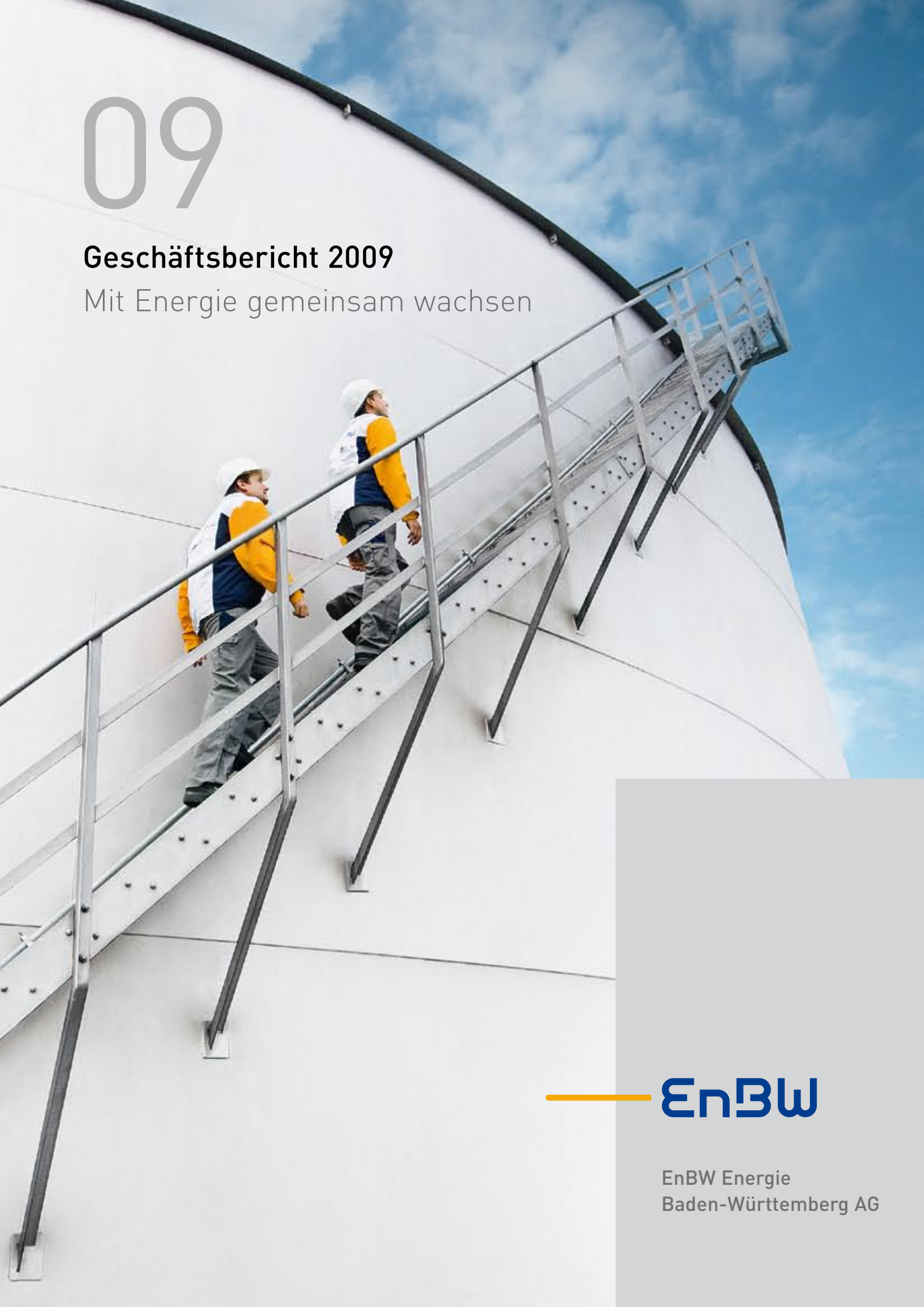


09

Geschäftsbericht 2009

Mit Energie gemeinsam wachsen



EnBW

EnBW Energie
Baden-Württemberg AG

Kurzporträt

Mit rund sechs Millionen Kunden und über 21.000 Mitarbeitern hat die EnBW Energie Baden-Württemberg AG 2009 einen Jahresumsatz von über 15 Milliarden Euro erzielt.

Als drittgrößtes deutsches Energieversorgungsunternehmen konzentrieren wir uns auf die Tätigkeitsbereiche Strom – unterteilt in die Geschäftsfelder Erzeugung und Handel sowie Netz und Vertrieb –, Gas sowie Energie- und Umweltdienstleistungen.

Wir bekennen uns zum Standort Baden-Württemberg und Deutschland. Hier ist der Fokus unserer Aktivitäten. Darüber hinaus sind wir auch auf weiteren Märkten Europas aktiv.

Auf einen Blick

EnBW-Konzern

Mio. €	2009	2008	Veränderung in %
Umsatz			
Strom Erzeugung und Handel	2.357,5	2.541,7	-7,2
Strom Netz und Vertrieb	10.031,3	10.194,7	-1,6
Gas	2.453,1	2.881,2	-14,9
Energie- und Umweltdienstleistungen	722,3	687,8	5,0
Außenumsatz gesamt	15.564,2	16.305,4	-4,5
Adjusted EBITDA	2.615,3	2.595,6	0,8
EBITDA	2.748,2	2.540,1	8,2
Adjusted EBIT	1.793,9	1.793,9	0,0
EBIT	1.889,3	1.468,2	28,7
Adjusted Konzernüberschuss ^{1, 2}	879,1	1.098,8	-20,0
Konzernüberschuss ^{1, 2}	768,2	879,3	-12,6
Ergebnis je Aktie aus Adjusted Konzernüberschuss ^{1, 2} in €	3,60	4,50	-20,0
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss ^{1, 2} in €	3,15	3,60	-12,5
Operating Cashflow	2.443,4	1.523,9	60,3
Free Cashflow ¹	1.292,1	404,5	-
Nettofinanzschulden ³	5.763,1	2.918,5	97,5
Investitionen ¹	4.374,1	1.404,2	-
Return on Capital Employed (ROCE) in %	15,1	17,1	-11,7
Kapitalkostensatz (WACC) vor Steuern in %	9,3	9,2	1,1
Durchschnittliches Capital Employed ¹	13.958,2	12.259,3	13,9
Wertbeitrag ¹	809,6	962,7	-15,9

Energieabsatz des EnBW-Konzerns

Mrd. kWh	2009	2008	Veränderung in %
Strom	119,7	130,5	-8,3
Gas	65,8	69,8	-5,7

Mitarbeiter des EnBW-Konzerns⁴

Anzahl	2009	2008	Veränderung in %
Mitarbeiter im Durchschnitt	20.914	20.357	2,7

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG.

³ Ohne kurzfristige Finanzmittel der Spezialfonds und kurzfristige Wertpapiere zur Deckung der Pensions- und Kernenergierückstellungen. Bereinigt um Bewertungseffekte aus zinsinduzierten Sicherungsgeschäften.

⁴ Anzahl der Mitarbeiter ohne Auszubildende und ohne ruhende Arbeitsverhältnisse.

Der Begriff Mitarbeiter bezeichnet weibliche und männliche Beschäftigte.

Der EnBW-Konzern

Die Geschäftsfelder des EnBW-Konzerns¹ im Überblick

STROM Erzeugung und Handel	GAS	ENERGIE- UND UMWELTDIENSTLEISTUNGEN
Erzeugung EnBW Kraftwerke AG EnBW Kernkraft GmbH EnBW Erneuerbare Energien GmbH	FERNGASSTUFE Importverträge und -infrastruktur EnBW Gas Midstream GmbH	Gesellschaften mit Dienstleistungsfunktion EnBW Energy Solutions GmbH EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH EnBW Kraftwerke AG Stadtwerke Düsseldorf AG EnBW Regional AG RBS wave GmbH
Handel/Beschaffung EnBW Trading GmbH	Speicher EnBW Gas Midstream GmbH GasVersorgung Süddeutschland GmbH EnBW Gas GmbH	
STROM Netz und Vertrieb	Handel/Portfoliosteuerung EnBW Gas Midstream GmbH EnBW Trading GmbH GasVersorgung Süddeutschland GmbH EnBW Gas GmbH	
Transport und Verteilung² EnBW Transportnetze AG EnBW Regional AG	VERTEILSTUFE	
Vertrieb EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH Yello Strom GmbH Watt Deutschland GmbH	Transport und Verteilung² GVS Netz GmbH EnBW Gasnetz GmbH	
	Vertrieb GasVersorgung Süddeutschland GmbH EnBW Gas GmbH EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH Yello Strom GmbH ³	

¹ Die Grafik zeigt die wesentlichen Gesellschaften des EnBW-Konzerns.

² Die netzbetreibenden Gesellschaften sind gemäß den Unbundling-Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes aufgestellt.

³ Projekt Gasvertrieb an Haushaltskunden.



WICHTIGE HINWEISE

Kein Angebot und keine Anlageempfehlung

Dieser Bericht wurde lediglich zu Ihrer Information erstellt. Er stellt kein Angebot, keine Aufforderung und keine Empfehlung zum Erwerb oder zur Veräußerung von Wertpapieren dar, deren Emittent die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW), eine Gesellschaft des EnBW-Konzerns oder eine andere Gesellschaft ist. Dieser Bericht stellt auch keine Bitte, Aufforderung oder Empfehlung zu einer Stimmabgabe oder Zustimmung dar. Alle Beschreibungen, Beispiele und Berechnungen wurden lediglich zur Veranschaulichung in diesen Bericht aufgenommen.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die auf aktuellen Annahmen, Plänen, Schätzungen und Prognosen der Geschäftsleitung der EnBW beruhen. Solche zukunftsgerichteten Aussagen sind daher nur zu dem Zeitpunkt gültig, zu dem sie erstmals veröffentlicht werden. Zukunftsgerichtete Aussagen ergeben sich aus dem Kontext, sind darüber hinaus jedoch auch an den Begriffen „kann“, „wird“, „sollte“, „plant“, „beabsichtigt“, „erwartet“, „denkt“, „schätzt“, „prognostiziert“, „potenziell“ oder „fortgesetzt“ sowie ähnlichen Ausdrücken zu erkennen.

Naturngemäß sind zukunftsgerichtete Aussagen mit Risiken und Unsicherheiten behaftet, die durch die EnBW nicht kontrolliert oder präzise vorhergesagt werden können. Tatsächliche Ereignisse, künftige Ergebnisse, die finanzielle Lage, Entwicklung oder Performance der EnBW und der Gesellschaften des EnBW-Konzerns können daher erheblich von den in diesem Bericht getätigten zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Deshalb kann nicht garantiert oder sonst dafür gehaftet werden, dass sich diese zukunftsgerichteten Aussagen als vollständig, richtig oder genau erweisen oder dass erwartete prognostizierte Ergebnisse in der Zukunft tatsächlich erreicht werden.

Keine Verpflichtung zur Aktualisierung

Die EnBW übernimmt keinerlei Verpflichtung jedweder Art, in diesem Bericht enthaltene Informationen und zukunftsgerichtete Aussagen an künftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen oder sonst zu aktualisieren. Dieser Geschäftsbericht steht in deutscher, englischer und französischer Sprache auch im Internet als Download zur Verfügung. Im Zweifelsfall ist die deutsche Version maßgeblich.

Inhalt

- 4 Brief an unsere Aktionäre
- 8 Der Vorstand

GEMEINSAM WACHSEN

- 15 Werte, Ziele, Strategie
- 21 Die EnBW am Kapitalmarkt

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT DES ENBW-KONZERNS UND DER ENBW AG

- 33 Überblick
- 35 Konzernstruktur und Geschäftstätigkeit
- 45 Konzernstrategie und wertorientierte Steuerung
- 48 Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen
- 57 Unternehmenssituation des EnBW-Konzerns
- 76 Unternehmenssituation der EnBW AG
- 79 Mitarbeiter
- 84 Forschung und Entwicklung
- 90 Risiko- und Chancenbericht
- 102 Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage des Konzerns
- 103 Vergütungsbericht
- 104 Nachtragsbericht
- 105 Angaben nach den §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht des Vorstands
- 107 Wesentliche Merkmale des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems
- 110 Prognosebericht

JAHRESABSCHLUSS DES ENBW-KONZERNS

- 125 Gewinn- und Verlustrechnung
- 126 Gesamtperiodenerfolgsrechnung
- 127 Bilanz
- 128 Cashflow-Rechnung
- 130 Eigenkapitalpiegel
- 132 Anhang
- 214 Bestätigungsvermerk
- 215 Versicherung der gesetzlichen Vertreter
- 216 Wesentliche Beteiligungen

CORPORATE GOVERNANCE

- 225 Bericht des Aufsichtsrats
- 231 Erklärung zur Unternehmensführung einschließlich Corporate Governance Bericht
- 242 Der Aufsichtsrat
- 244 Mandate der Vorstandsmitglieder
- 246 Zusätzliche Mandate der Aufsichtsratsmitglieder
- 248 Der Beirat

SERVICE

- 255 Glossar
- 258 Unsere Standorte
- 260 Mehrjahresübersicht
- 262 Impressum | Bildnachweis | Kontakte



„Im Berichtsjahr 2009 hat die EnBW eine ganze Reihe strategischer Maßnahmen erfolgreich umgesetzt. Mit 4.374,1 Millionen Euro haben wir unser Investitionsprogramm weiter ausgeweitet und in die Zukunftsfähigkeit der EnBW investiert.“

Hans-Peter Villis, Vorsitzender des Vorstands

Brief an unsere Aktionäre

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,
sehr geehrte Investoren und Freunde der EnBW,

das Jahr 2009 stand im Zeichen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Von der damit einhergehenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung waren die deutsche Wirtschaft sowie die Branche der Energieversorgungsunternehmen betroffen. Auch in den Geschäftszahlen 2009 der EnBW hat die Wirtschaftskrise ihre Spuren hinterlassen: So ging im Vergleich zum Vorjahr der Absatz im Strom- und Gasbereich spürbar um 8,3 beziehungsweise 5,7 Prozent zurück. Hauptgrund hierfür ist der konjunkturbedingte Produktionsrückgang bei Teilen unserer Industriekunden. In Folge des Absatzrückgangs sank im Geschäftsjahr 2009 auch unser Umsatz um 4,5 Prozent auf nunmehr 15.564,2 Millionen Euro.

Trotz dieser Belastungen konnte die EnBW jedoch auf der Ergebnisseite erfolgreich gegensteuern. Das operative Ergebnis vor Ertragsteuern und Zinsen (Adjusted EBIT) erreichte mit 1.793,9 Millionen Euro das Niveau des Vorjahres. Insbesondere durch die deutliche Verbesserung unserer Erzeugungsmarge konnten wir so die negativen Entwicklungen kompensieren und insgesamt ein zufriedenstellendes Jahresergebnis erzielen. Dies zeigt die operative Stärke der EnBW.

Der Adjusted Konzernüberschuss bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG fiel mit 879,1 Millionen Euro 20,0 Prozent niedriger aus als im Jahr zuvor. Ursachen hierfür sind höhere Zinsaufwendungen im Zusammenhang mit der Zunahme der Finanzverbindlichkeiten sowie ein niedrigeres Ergebnis aus dem Verkauf und der Bewertung von Wertpapieren. Der EnBW-Konzern konnte im Geschäftsjahr 2009 zwar ein angesichts des schwierigen Umfelds respektables Ergebnis erzielen, aber dennoch nicht nahtlos an die gute Entwicklung des Vorjahres anschließen.

Vor diesem Hintergrund schlägt der Vorstand in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat der Hauptversammlung am 29. April 2010 eine Dividendenausschüttung von 1,53 Euro pro berechtigter Stückaktie vor, nach 2,01 Euro im Vorjahr.

Die EnBW befindet sich in einer mehrjährigen Wachstumsphase. Im Geschäftsjahr 2009 haben wir wie geplant in die Zukunftsfähigkeit der EnBW investiert. Mit 4.374,1 Millionen Euro hat die Gesamtinvestitionssumme der EnBW ein Rekordniveau erreicht und lag um 2.969,9 Millionen Euro höher als noch im Vorjahr. 3.064,7 Millionen Euro entfallen dabei auf Finanzinvestitionen. Wesentliche Positionen waren hier der Erwerb des 26-prozentigen Anteils an der EWE Aktiengesellschaft, die Anteilserwerbe an den Kraftwerken Lippendorf und Bexbach, das Joint Venture mit der Borusan Holding und dem damit verbundenen Bau eines Windparks in der Türkei sowie der Kauf von Onshore-Windparks in Deutschland.

Diese Investitionen spiegeln unser Selbstverständnis wider: Ausgehend von starken Wurzeln in Baden-Württemberg will die EnBW mit einem ausgewogenen Geschäftsportfolio zur Spitzengruppe der europäischen Energieunternehmen gehören.

1.309,4 Millionen Euro der gesamten Investitionen entfielen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Davon wurden 1.006,4 Millionen Euro im Geschäftsfeld Strom getätigt. Wesentliche Projekte sind hier der Bau des Steinkohlekraftwerks RDK 8 in Karlsruhe, der Neubau des Wasserkraftwerks Rheinfelden, Offshore-Windanlagen sowie Restrukturierungsmaßnahmen und Kapazitätserweiterungen der Höchstspannungsnetze. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Investitionen ist der Bau eines Gasspeichers in Etzel. Im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen lag der Investitionsschwerpunkt im Bau eines Ersatzbrennstoffkraftwerks in Eisenhüttenstadt.

Das Geschäftsfeld Erzeugung ist ein wesentliches Element unserer strategischen Ausrichtung. Im Geschäftsjahr 2009 haben wir unsere Erzeugungskapazitäten einschließlich langfristiger Strombezugsrechte auf 15.771 Megawatt aufgestockt. Zu Jahresbeginn hat die EnBW ihre Kraftwerksleistung nochmals erhöht, so dass wir binnen weniger Monate unsere in Deutschland verfügbaren Kraftwerkskapazitäten um rund 2.000 Megawatt erweitern konnten. Neben modernsten Kohlekraftwerken gehören Anlagen zur Nutzung von Wind- und Wasserkraft zum Wachstums- und Investitionsprogramm, das für die Jahre 2010 bis 2012 unter Berücksichtigung von Desinvestitionen ein Nettovolumen von rund 5,1 Milliarden Euro umfassen soll.

Ein ausgewogenes Geschäftsportfolio reduziert Risiken und eröffnet Chancen. Daher wollen wir unser Gasgeschäft durch den Ausbau der Midstream-Aktivitäten deutlich stärken. Wir streben hierzu eine Zusammenarbeit mit der Verbundnetz Gas AG an, tätigen aber auch eigenständige Investitionen. Der Einstieg bei der EWE Aktiengesellschaft ermöglicht insbesondere im Gasgeschäft die gemeinsame Prüfung von Opportunitäten. Anders als einige Wettbewerber sehen wir die Übertragungsnetze als integralen Teil unseres Geschäfts. Wir werden auch weiterhin in den Erhalt, die Modernisierung und den Ausbau unserer Netze investieren.

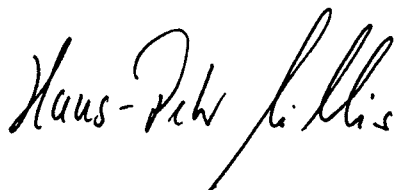
Die EnBW stammt aus Baden-Württemberg. Ihr Kernmarkt ist Deutschland und sie ist unternehmerisch in ausgesuchten Märkten im Ausland tätig. Vor allem der Anteils-erwerb an der EWE und der Kauf von Stromerzeugungskapazitäten im Norden und Osten haben die bundesweite Präsenz der EnBW verstärkt. Bei unseren internationalen Geschäftstätigkeiten konzentrieren wir uns auf ausgewählte Länder Mittel- und Osteuropas sowie auf die Türkei, wo 2009 das Joint Venture mit der Borusan Holding die Arbeit aufnahm.

Energieeffizienz ist für die EnBW ein zentrales Thema. Wir unterstützen unsere Kunden seit Jahren mit innovativen Lösungen bei der Umsetzung von Energiesparmaßnahmen. Als bundesweit erstes Energieunternehmen bietet die EnBW den von uns entwickelten intelligenten Stromzähler bundesweit an. Generell will die EnBW die Energieberatung forcieren. Es ist unser Ziel, in unseren Kundensegmenten in Energieberatung und -dienstleistung führend zu sein.

Energiepolitisch wird 2010 ein bedeutsames Jahr werden, nicht zuletzt wegen der aktuellen Diskussion um die angestrebte Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke. Die Bundesregierung hat erklärt, dass sie die Laufzeiten für Kernkraftwerke verlängern will. Dies ist energiewirtschaftlich und klimapolitisch wichtig und richtig, denn die Kernkraft ist Bestandteil eines ausgewogenen und breiten Energiemix, der wiederum Voraussetzung für eine sichere, wirtschaftlich verantwortbare und klimaschonende Stromerzeugung ist. Eine Laufzeitverlängerung bedarf jedoch einer Gesetzesänderung und somit sind wir wie die anderen Kernkraftwerksbetreiber auch auf die Bundespolitik angewiesen. Wir selbst führen derzeit mit zahlreichen Politikern Gespräche zu diesem Thema und legen unsere Argumente dar. Darüber hinaus werden wir selbstverständlich alles in unserer Macht Stehende unternehmen, um einen Weiterbetrieb des Kernkraftwerks GKN 1 zu ermöglichen.

Im Berichtsjahr 2009 hat die EnBW eine ganze Reihe strategischer Maßnahmen erfolgreich umgesetzt. Engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das konstruktive Miteinander in unseren Unternehmensgremien und das Vertrauen von Aktionären, Investoren und Freunden des Unternehmens sind, ebenso wie unsere Kunden, Grundlage dieses Erfolgs. Ihnen allen danke ich sehr herzlich und hoffe auf eine Fortsetzung der guten Zusammenarbeit.

Ihr

A handwritten signature in black ink, reading "Hans-Peter Villis". The signature is written in a cursive, flowing style.

Hans-Peter Villis
Vorsitzender des Vorstands

Karlsruhe, im März 2010

Der Vorstand



Dr. Rudolf Schulten

geboren 1955 in Göttingen
Mitglied des Vorstands
Chief Financial Officer
seit 1. Januar 2009
Bestellung bis 31. Dezember 2013
Mühlhausen

Christian Buchel

geboren 1963 in Straßburg
Mitglied des Vorstands
Chief Operating Officer
seit 1. Februar 2009
Bestellung bis 31. Januar 2012
Straßburg

Hans-Peter Villis

geboren 1958 in Castrop-Rauxel
Vorsitzender des Vorstands
Chief Executive Officer
seit 1. Oktober 2007
Bestellung bis 30. September 2012
Castrop-Rauxel/Karlsruhe



Dr. Hans-Josef Zimmer

geboren 1958 in Merzig
Mitglied des Vorstands
Chief Technical Officer
seit 1. Oktober 2007
Bestellung bis 30. September 2010
Steinfeld (Pfalz)

Dr. Bernhard Beck, LL.M.

geboren 1954 in Tuttlingen
Mitglied des Vorstands und
Arbeitsdirektor
Chief Personnel Officer
seit 1. Oktober 2002
Bestellung bis 30. September 2012
Leonberg



„Mit der EnBW verbinden uns
gemeinsame Werte und Visionen.
Und unsere Fähigkeiten ergänzen
sich optimal.“

Agah Uğur, CEO der Borusan Holding, Istanbul





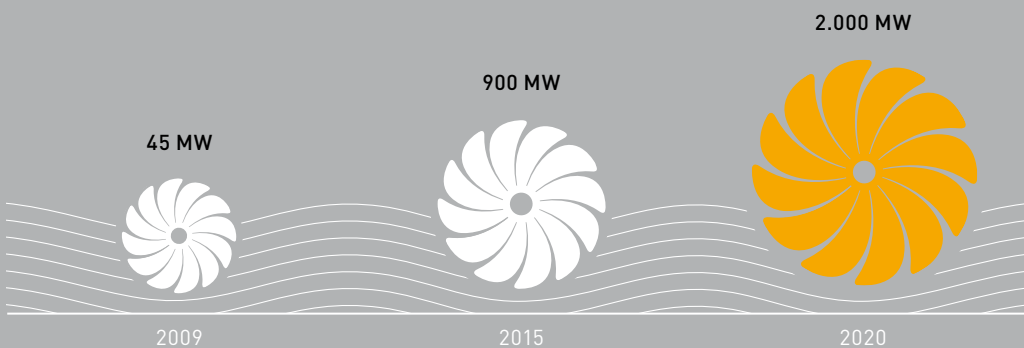
Windkraftpark Bandirma, Osttürkei

Klimaschonende Stromerzeugung

Die ersten Windkraftanlagen des Windkraftparks Bandirma mit einer Leistung von 45 MW sind bereits in Betrieb. In den kommenden Monaten soll die installierte Leistung sukzessive auf insgesamt 60 MW ausgebaut werden. Mit einer prognostizierten durchschnittlichen Jahresstromproduktion von rund 182.000 MWh wird der Windpark erheblich zur klimaschonenden Stromerzeugung beitragen.

2.000 MW

erneuerbare Energien
bis 2020



Die Borusan-Gruppe ist einer der größten und ältesten Mischkonzerne der Türkei und setzt sich aus Unternehmen verschiedener Wirtschaftszweige wie der Stahlindustrie, dem Vertrieb, der Logistik, der Telekommunikation und der Energiewirtschaft zusammen. Angesichts des rasant steigenden Energiebedarfs in der Türkei will Borusan massiv in den Energiesektor investieren. Der Fokus liegt auf erneuerbaren Energien. Im Zuge der Privatisierung der Energiewirtschaft in der Türkei setzen türkische Energieversorger verstärkt auf Wasserkraft und Wind. Bereits heute verfügt die Energieholding von Borusan über ein Projektportfolio im Bereich der erneuerbaren Energien. Borusan ist entschlossen, zu einem der führenden Energieerzeuger der Türkei zu werden.

Im April 2009 gründeten EnBW und Borusan ein Joint Venture mit dem Ziel, gemeinsam in der Türkei Kraftwerke zu entwickeln und zu bauen. In den nächsten Jahren wollen die beiden Unternehmen vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien 2.000 MW Erzeugungskapazitäten schaffen.

Die Kooperation mit dem Industriepartner Borusan ist vielversprechend. Die EnBW möchte ihre Präsenz in der Türkei ausbauen und weitere Wachstumsfelder in dem strategisch wichtigen Markt erschließen. Dabei gibt es ein klares Ziel: profitables Wachstum für die EnBW und ihre Partner.



Mit Energie gemeinsam wachsen

Wir wollen mit einem ausgewogenen Geschäftsportfolio zur Spitzengruppe der europäischen Energieunternehmen gehören. Unser Handeln ist dabei stets von Fairness und Vertrauen geprägt. Davon profitieren unsere Kunden ebenso wie unsere Partner.

Werte, Ziele, Strategie

- 15 Gemeinsam mit Energie wachsen
- 16 Ziele gemeinsam erreichen
- 17 Strategie konsequent verfolgen
- 18 Gemeinsam mit der EDF
- 18 Gemeinsam mit unseren Mitarbeitern
- 19 Engagiert für Umwelt und Gesellschaft

Die EnBW am Kapitalmarkt

- 21 Etablierter Emittent am Fremdkapitalmarkt
 - 22 Kapitalmärkte im Jahr 2009
 - 23 Entwicklung der EnBW-Anleihen im Jahr 2009
 - 24 EnBW-Aktie
 - 25 Vertrauen durch offene und transparente Kommunikation
 - 26 Serviceorientierte Investor Relations
-

Werte, Ziele, Strategie

Die EnBW steht für Fortschritt und Wettbewerb im Energiemarkt. Ausgehend von den starken Wurzeln in Baden-Württemberg will die EnBW mit einem ausgewogenen Geschäftsportfolio künftig zur Spitzengruppe der europäischen Energieunternehmen gehören. Gemeinsam mit Kunden, Mitarbeitern und Partnern verfolgen wir das Ziel, nachhaltig und profitabel zu wachsen. Wir setzen dabei auf ein umfangreiches Investitionsprogramm in ein ausgewogenes Geschäftsportfolio in den Bereichen Strom, Gas, Wärme und korrespondierende Dienstleistungen.

Gemeinsam mit Energie wachsen

Partnerschaft mit und für Privathaushalte, Stadtwerke, Kommunen, Gewerbebetriebe, mittelständische und große Industrieunternehmen heißt für uns auch, Produkte und Dienstleistungen anzubieten, die einen Mehrwert erzeugen. Kundenorientierte Energieberatungen und Dienstleistungen rund um die Energienutzung sind dabei wesentlich. Auf diese Weise können wir gemeinsam mit Energie wachsen.

- > Energieeffizienz und Energieeinsparung zur Verminderung der CO₂-Emissionen stehen im Mittelpunkt der Produktentwicklung für den Privatkundenbereich. Das Produktportfolio des Smart Home-Ansatzes wird Energieberatungsleistungen bis hin zu technischen Lösungen für die Energiebereitstellung, darunter Angebote rund um das Thema Elektromobilität, umfassen. Unser EnBW Intelligenter Stromzähler® schafft dabei die Voraussetzung für die Entwicklung intelligenter Energiemanagementsysteme zur Optimierung der Energieflüsse.
- > Auch im Jahr 2009 haben wir weitere „EnBW Netzwerke Energieeffizienz“ mit Kunden aus der Industrie gegründet. Bundesweit bestehen mittlerweile zwölf dieser Netzwerke, an denen sich 150 Unternehmen beteiligen. Wir unterstützen diese dabei, energietechnische Abläufe zu optimieren und Einsparpotenziale zu realisieren. Die im Ravensburger Netzwerk beteiligten Unternehmen konnten im Zeitraum von drei Jahren ihren Energieverbrauch im Schnitt um etwas über 8 % reduzieren. Die Unternehmen im Netzwerk Mitteldeutschland haben ebenfalls Energieeinsparungen von durchschnittlich 8 % erreicht. Im ersten Quartal 2010 werden zwei weitere Netzwerke in den Regionen Stuttgart und Berlin-Brandenburg starten.
- > Kommunen stehen wir mit Strom-, Gas- und Wärmeprodukten, Wasserversorgung sowie zahlreichen Dienstleistungen zur Seite. Wir setzen gemeinsam Energie- und Infrastrukturlösungen um, analysieren Verbrauchsdaten öffentlicher Einrichtungen und entwerfen Konzepte zur Erhöhung der Energieeffizienz. Dazu zählen beispielsweise die energetische Sanierung von Schulen oder öffentlichen Liegenschaften mittels Contractingangeboten zur Energieeinsparung. Zudem unterstützen wir Kommunen bei der Gründung von BürgerEnergiegenossenschaften, in denen Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien verwirklicht werden.
- > Unser Kundenservice konnte auch 2009 überzeugen: Das Testurteil von ServiceRating lautete „sehr gut“.

Eine wesentliche Grundlage unserer Lösungen für die Kunden bildet unsere Kompetenz in der Errichtung und im Betreiben von Erzeugungsanlagen und Netzen. Durch umfangreiche Aufwendungen für die Instandhaltung der Anlagen sowie Investitionen in den Netzausbau gewährleisten wir die gesicherte Versorgung mit Energie.

Ziele gemeinsam erreichen

Wir wollen künftig mit einem ausgewogenen Geschäftsportfolio zur Spitzengruppe der europäischen Energieunternehmen gehören. Zur Steigerung des Unternehmenswerts verfolgen wir das Ziel eines profitablen und nachhaltigen Wachstums. In den Bereichen Strom und Gas setzen wir dabei auf Optimierung in der gesamten Wertschöpfungskette. Wir sind vornehmlich in liberalisierten Märkten (Großhandels- und Endkundenmärkte) tätig, aber auch in regulierten Märkten wie Netze oder erneuerbare Energien nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). In der Erzeugung sind wir überzeugt von einem breiten und ausgewogenen Energiemix. Zusätzlich zu einer zuverlässigen Versorgung mit Energie bietet die EnBW ihren Kunden innovative Produkte und Dienstleistungen.

- > Ausgehend von der Verankerung in Baden-Württemberg wollen wir unsere Position unter den zehn größten Energieunternehmen in Europa festigen und ausbauen.
- > Die EnBW ist mehr als der klassische Energieversorger. Es ist unser Ziel, in unseren Kundensegmenten in Energieberatung und -dienstleistung führend zu sein.
- > Wir leisten unseren Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele Deutschlands. Den Anteil der erneuerbaren Energien an unserer Stromerzeugung wollen wir bis 2020 auf 20% erhöhen.
- > Wir optimieren kontinuierlich unsere Strukturen und Prozesse. Gemeinsam mit unserem strategischen Partner EDF setzen wir Projekte um und schöpfen Synergien aus. Auch in der Partnerschaft mit EWE sehen wir Synergiepotenzial.
- > Wir planen für die nächsten Jahre, kontinuierlich einen positiven Wertbeitrag zu erwirtschaften und das Adjusted EBIT auf hohem Niveau zu halten. Das Nettoinvestitions- und Wachstumsprogramm für die Jahre 2010 bis 2012 soll rund 5,1 Mrd. € umfassen. Als Ausdruck der finanziellen Stabilität des Unternehmens werden wir unser Rating im A-Bereich halten. Für unsere Aktionäre streben wir eine Ausschüttungsquote – bezogen auf den Adjusted Konzernüberschuss – von 40% bis 60% an.

Markenleitbild	Unsere Mission	Wir stehen für Fortschritt und Wettbewerb im Energiemarkt zum Wohl unserer Kunden				
	Unsere Vision	Ausgehend von unseren starken Wurzeln in Baden-Württemberg gehören wir durch hervorragende Leistungen mit einem ausgewogenen Geschäftsportfolio zur Spitzengruppe der europäischen Energieunternehmen				
	Wir sind im EnBW-Konzern überzeugt von	<ul style="list-style-type: none"> > den Vorteilen eines wettbewerbsorientierten Markts zum Wohle unserer Kunden > der Vorteilhaftigkeit einer umfassenden Verantwortung der vollständigen Wertschöpfungskette bei Strom und Gas > der Notwendigkeit eines breiten Energiemixes in der Erzeugung > den unternehmerischen Chancen aus einem weiteren Zusammenwachsen des europäischen Energiemarkts 				
	Unsere strategischen Stoßrichtungen	Entwicklung Erzeugungskapazitäten	Ausbau Gasgeschäft	Kernmarkt D, selektives Wachstum Ausland	Etablierung neuer Geschäftsfelder	Prozessverbesserungen und Synergien ausschöpfen
		Unternehmensleitbild, Führungsgrundsätze				

Strategie konsequent verfolgen

Erzeugungskapazitäten entwickeln: Die Grundlage des Geschäftsportfolios der EnBW ist die Erzeugung von Strom. Die Entwicklung unserer Erzeugungskapazitäten ist ein wesentliches Element des bereits in den vergangenen Jahren schrittweise ausgeweiteten Investitionsprogramms. Im Jahresverlauf 2009 haben wir unsere Erzeugungskapazitäten einschließlich langfristiger Strombezugsrechte um 771 MW auf 15.771 MW ausgeweitet. Ein ausgewogener Erzeugungsmix trägt sowohl der zuverlässigen Versorgung als auch den Klimaschutzziele Rechnung. Die Verdrängung von Altanlagen durch moderne Kohlekraftwerke in Verbindung mit Kraft-Wärme-Kopplung spielt dabei eine wichtige Rolle. Die Inbetriebnahme von RDK 8 mit einer installierten Leistung von rund 900 MW ist für das Jahr 2011 vorgesehen. RDK 8 ist eines der modernsten Steinkohlekraftwerke in Europa mit einem elektrischen Wirkungsgrad von über 46%. Ein weiteres Kohlekraftwerk in Mannheim (GKM 9), an dem wir beteiligt sind, ist im Bau; darüber hinaus sind Anlagen auf Kohle- und/oder Gasbasis in Düsseldorf, Karlsruhe und Lubmin in Planung. Im Jahr 2009 hat die EnBW außerdem Anteile an den Kraftwerken Lippendorf Block S, Rostock und Bexbach sowie Strombezugsrechte aus dem Kraftwerk Buschhaus erworben. Anlagen zur Nutzung von Wind- und Wasserkraft sind ebenfalls Bestandteil der Entwicklung unserer Erzeugungskapazitäten. In Rheinfelden und Iffezheim treiben wir die Gewinnung von Energie aus Wasserkraft voran. In vier Offshore-Windparks in der Nord- und Ostsee wollen wir in den nächsten Jahren Anlagen mit einer Gesamtleistung von 1.200 MW errichten. In der Türkei planen wir langfristig im Rahmen eines Joint Ventures die Inbetriebnahme von Anlagen mit Kapazitäten von insgesamt 2.000 MW, vorrangig im Bereich der erneuerbaren Energien. Darüber hinaus bauen wir auch unsere Aktivitäten in den Bereichen Geothermie, Fotovoltaik und Biomasse weiter aus.

Unsere Position am Energiemarkt wollen wir nicht nur auf der Erzeugungsseite weiter stärken. Bei den Aktivitäten in den Bereichen Strom, Gas, Wärme und bei korrespondierenden Dienstleistungen streben wir ein zunehmend ausgewogenes Geschäftsportfolio an.

Gasgeschäft ausbauen: Über unsere heutige Gas-Absatzposition hinaus werden wir unser Gasgeschäft durch den Ausbau unserer Midstream-Aktivitäten stärken. Dazu arbeiten wir an der Erweiterung unseres Portfolios aus Bezugsverträgen, Transportkapazitäten und Speichern. Dazu streben wir auch eine Zusammenarbeit mit der Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft an. Bei unserem Speicherprojekt in Etzel ist mit dem Baubeginn ein wesentlicher Meilenstein erreicht. Wir werden unser Prozess-Know-how bei Risikomanagement und Einsatzplanung sowie unsere Marktkenntnis aus dem Handel für die Optimierung unserer Assets einsetzen. Der Einstieg bei der EWE Aktiengesellschaft ermöglicht auch insbesondere im Gasgeschäft die gemeinsame Prüfung von Opportunitäten. Bei der Entwicklung und Optimierung eines europäischen Portfolios nutzen wir konsequent die zunehmenden Möglichkeiten des grenzüberschreitenden Transports und der liquiden Gasmärkte.

Kernmarkt Deutschland, selektives Wachstum im Ausland: 2009 konnten wir unsere Aktivitäten in Deutschland durch den Anteilserwerb an der EWE Aktiengesellschaft weiter ausbauen. Um im Wettbewerb um Kunden zu bestehen, positioniert sich die EnBW als Energiedienstleister mit einem hervorragenden Kundenservice sowie zahlreichen innovativen Produkten und Beratungsleistungen rund um das Thema Energieeffizienz, die einen Mehrwert für die Kunden schaffen.

Als vertikal integrierter Energieversorger nehmen wir ebenfalls umfangreiche Investitionen in die Modernisierung und Erneuerung unserer Netze vor. Der Rückbau des 220-kV-Netzes zugunsten des Ausbaus des 380-kV-Netzes leistet einen wichtigen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit und die Versorgungssicherheit unserer Transportnetze in Baden-Württemberg. 2009 beliefen sich die Investitionen in die Netze auf insgesamt 346,7 Mio. €.

Bei unseren internationalen Geschäftstätigkeiten konzentrieren wir uns auf ausgewählte Länder Mittel- und Osteuropas sowie auf die Türkei, wo 2009 das Joint Venture mit der Borusan Holding die Arbeit aufnahm. Für die Zukunft prüft die EnBW insbesondere Märkte, die sich durch eine hohe Marktattraktivität (Marktgröße und -wachstum, Liberalisierung, Profitabilität) auszeichnen und für die EnBW zugänglich sind. In den potenziellen Zielmärkten liegt unser Hauptaugenmerk zunächst auf dem Aufbau von Partnerschaften vor Ort. Neben den Möglichkeiten, organisch zu wachsen, prüfen wir ebenfalls Chancen, die sich aus dem Erwerb von Beteiligungen – insbesondere beim Eintritt in neue Märkte – ergeben. Die Eckpunkte der Beteiligungsstrategie sehen dabei in erster Linie die Wahrnehmung der unternehmerischen Führung im Zuge einer Mehrheitsbeteiligung vor. Die Beteiligungen müssen das Kerngeschäft der EnBW sinnvoll ergänzen und idealerweise von Beginn an einen positiven Ergebnisbeitrag liefern.



WEITERE INFORMATIONEN
Lagebericht/Erzeugungs-
portfolio EnBW-Konzern
> S. 36

Etablierung neuer Geschäftsfelder: Die Entwicklung neuer Geschäftsfelder ist ein weiterer Bestandteil zur Umsetzung des Wachstumskurses. Die EnBW hat bundesweit als erstes Unternehmen mit der Vertriebstochter Yello einen intelligenten Stromzähler eingeführt. In den Bereichen Smart Home sowie Elektromobilität beteiligen wir uns an zukunftsfähigen Lösungen für den effizienten Einsatz von Energie und betreiben mit unseren Partnern umfangreiche Initiativen. Die Geschäftsaktivitäten bei Wärme wollen wir intensivieren. Der Aufbau eines Geschäftsfelds in den Marktsegmenten „kundenindividuelle Lösungen“ und „Standardprodukte“ ist in der Umsetzung. Darüber hinaus wollen wir unsere Handelsaktivitäten für Dritte weiter ausbauen.

Das strategische Wachstums- und Investitionsprogramm bedeutet für die EnBW eine große Anstrengung, ist aber ohne Alternative. Neben der Innenfinanzierung aus dem Free Cashflow wird das Unternehmen zur Finanzierung auch weiterhin den Kapitalmarkt in Anspruch nehmen. Die Wahrung der Finanzkraft des Unternehmens und seiner Position am Kapitalmarkt wird bei der Ausgestaltung des Investitionsprogramms berücksichtigt. Das Investitionsprogramm wird von Desinvestitionen begleitet. Alle Beteiligungen der EnBW stehen dabei in Bezug auf ihre Fähigkeit, das Kerngeschäft zu unterstützen, auf dem Prüfstand. Die EnBW wird ihr Ziel, ihr Single-A-Rating zu halten, weiter konsequent verfolgen.

Gemeinsam mit der EDF



WEITERE INFORMATIONEN
Gemeinsame Aktivitäten
von EnBW und EDF
> S. 38, 82, 85, 101,
114, 118

Prozessverbesserungen und Synergien ausschöpfen: Bei gemeinsamen Projekten mit unserem strategischen Partner und Großaktionär EDF haben wir auch im vergangenen Jahr Wachstumspotenziale ausgeschöpft. Das Speicherprojekt Etzel mit dem gemeinsamen Bau und späteren Betrieb der obertägigen Anlage ist dabei ein herausragendes Beispiel für die Zusammenarbeit. Die Gesamtinvestitionssumme, die beide Unternehmen gemeinsam schultern, liegt hier im mittleren dreistelligen Millionenbereich. Ein weiteres Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit beider Unternehmen ist ebenfalls der Ausbau des Wasserkraftwerks in Iffezheim mit einem Investitionsvolumen von 100 Mio. €. In Kooperation mit der EDF ist es der EnBW zudem gelungen, Bezugsrechte in Höhe von 800 MW aus französischen Kernkraftwerken der EDF mit Bezugsrechten aus deutschen Kernkraftwerken von E.ON zu tauschen sowie mehr als 900 MW konventionelle Erzeugungskapazitäten von E.ON zu erwerben. Auch die 2008 angestoßenen neun Projekte entlang der gesamten EnBW-Wertschöpfungskette, die Synergien innerhalb der EDF-Gruppe ausschöpfen, wurden erfolgreich fortgeführt. Im Personalbereich bereiten wir uns im Rahmen gemeinsamer Aus- und Fortbildungsprogramme insbesondere für Ingenieure und Techniker auf die Herausforderungen der Zukunft vor und eröffnen unseren Mitarbeitern gleichzeitig internationale Karrierewege und die Möglichkeit ein internationales Netzwerk aufzubauen. Darüber hinaus hat die EnBW im vergangenen Jahr die Zusammenarbeit mit der EDF-Forschung verstärkt und zahlreiche neue Projekte mit dem European Institute for Energy Research (EIFER) entwickelt.

Gemeinsam mit unseren Mitarbeitern

Nur mit kompetenten und engagierten Mitarbeitern sowie effizienten Prozessen kann die EnBW für ihre Kunden und Geschäftspartner hervorragende Leistungen erbringen. Die Zusammenarbeit innerhalb der EnBW ist dabei von einer Unternehmenskultur geprägt, die sich durch partnerschaftliches und kooperatives Handeln auszeichnet. Die Erhöhung der Attraktivität der EnBW als Arbeitgeber – nach innen und außen – ist die zentrale Leitlinie unserer Maßnahmen in der Personalpolitik.

- Die EnBW strebt eine hohe Vielfalt der Mitarbeiter im Konzern an. Ein Schwerpunkt liegt dabei in einem ausgewogenen Verhältnis der Belegschaft nach Alter und Geschlecht. Vielfalt bedeutet für uns, die unterschiedlichen Lebenswelten und -phasen unserer Mitarbeiter zu achten, diese als Bereicherung wahrzunehmen und zu fördern. Dementsprechend setzt sich die EnBW stark für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ein. Die verschiedenen Herangehensweisen, Perspektiven und Ideen unserer Mitarbeiter eröffnen uns den Weg zu erfolgreichen und nachhaltigen Lösungen, von denen unsere Kunden und Geschäftspartner profitieren.
- Es ist unser Ziel, den Anteil an Frauen in Fach- und Führungspositionen deutlich zu erhöhen. Angebote wie das Frauennetzwerk mit verschiedenen Veranstaltungen sowie die Förderung von MINT- (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik-) Studentinnen sind dabei wesentliche Bestandteile unseres Maßnahmenkatalogs.

- > Die EnBW kümmert sich um ihre Mitarbeiter mit einem konzernweiten betrieblichen Gesundheitsmanagement und einer betrieblichen Altersversorgung. Die berufliche Weiterentwicklung fördern wir mit einem umfangreichen Karrieremanagement und Fortbildungsangebot.
- > „Gemeinsam besser“ ist das Motto des Konzernprogramms „Impuls“, das Ende 2008 gestartet wurde. Ziel dieses Programms, aber auch der Programme WIN und KVP (Kontinuierliches Verbesserungsprogramm) ist es, alle Mitarbeiter und Führungskräfte aktiv an einer kontinuierlichen Effizienzsteigerung der EnBW zu beteiligen, nachhaltige Kosten zu senken und die Wachstumsstrategie des Konzerns von innen zu stützen. Im Berichtsjahr haben unsere Mitarbeiter insgesamt 5.550 Verbesserungsvorschläge zur Optimierung der Arbeitsabläufe eingereicht; davon betrafen 4.276 die Optimierung des eigenen Arbeitsbereichs, die weiteren Vorschläge bezogen sich auf übergeordnete Abläufe im Konzern.

Ende des Jahres 2008 wurde erstmalig eine flächendeckende Mitarbeiterbefragung in 22 Gesellschaften der EnBW durchgeführt. Über 14.000 Mitarbeiter wurden zum Grad ihrer Verbundenheit mit dem Konzern beziehungsweise ihren Gesellschaften sowie den wesentlichen Treibern dieser Verbundenheit befragt. Mit einer Teilnahmequote von 72% beantworteten über 10.000 Mitarbeiter den Fragebogen. Im Vergleich mit deutschen Industrieunternehmen fühlen sich die EnBW-Mitarbeiter überdurchschnittlich mit ihrem Unternehmen verbunden. Auf Basis der Ergebnisse wurde im Jahr 2009 damit begonnen, auf allen Unternehmensebenen Maßnahmen abzuleiten. Die Befragung wird künftig regelmäßig durchgeführt.

Die Ergebnisse der Studie „Top Arbeitgeber Deutschland 2009“ belegen darüber hinaus den Erfolg unserer Initiativen. So konnten wir erneut in allen Kategorien gute bis sehr gute Ergebnisse erreichen. Verbesserungen im Vergleich zum Vorjahr haben wir in den Kategorien Jobsicherheit und Vergütung erzielt.

Engagiert für Umwelt und Gesellschaft

Die EnBW übernimmt Verantwortung beim Klima- und Umweltschutz. Mit zahlreichen Innovationen und Investitionen ermöglichen wir die zuverlässige, effiziente und klimaschonende Versorgung mit Energie.

- > Als erster und weiterhin einziger deutscher Energiekonzern weist die EnBW ein zertifiziertes Umweltmanagement auf Konzernebene auf. Die ISO-14001-Zertifizierung wurde in den letzten Jahren kontinuierlich ausgeweitet. Im Dezember 2009 waren 23 Gesellschaften zertifiziert. Bis Ende 2010 ist die Integration sämtlicher EnBW-Gesellschaften mit umweltrelevanten Anlagen und Tätigkeiten in das konzernweit gültige Umweltmanagementsystem abgeschlossen.
- > Auch 2009 waren 68% unserer Stromerzeugung CO₂-frei. Die spezifische CO₂-Emission des EnBW-Konzerns liegt mit 241 g/kWh weit unter dem Bundesdurchschnitt von 509 g/kWh. Wir setzen auf einen Energiemix, der die verschiedenen Energieträger sinnvoll verbindet, und bauen die erneuerbaren Energien bis 2020 als dritte Säule unseres Erzeugungsportfolios weiter aus.
- > Mit dem EnBW-Klimakongress, der 2009 bereits zum vierten Mal stattfand, hat die EnBW eine Vorreiterrolle in der energiepolitischen Diskussion über den Klimawandel eingenommen. Zudem waren wir an der Gründung wichtiger Wirtschaftsinitiativen zum Klimaschutz beteiligt („2° - Deutsche Unternehmer für Klimaschutz“, BDI-Initiative „Wirtschaft für Klimaschutz“ und „3C – Combat Climate Change“) und arbeiten nach wie vor aktiv an diesen mit.
- > Im Oktober startete die EnBW eine breit angelegte Öffentlichkeitsoffensive. Unter dem Motto „Weniger Verbrauch geht auch!“ riefen wir dazu auf, Energie effizienter zu nutzen. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit unseren Kunden Baden-Württemberg zum Energie-Musterland zu machen. Mit dieser Initiative unterstützen wir konzernweit alle Energieeffizienzdienstleistungen und Produkte und positionieren die Marke EnBW als Energiemanager für unsere Kunden.



WEITERE INFORMATIONEN
www.enbw.com
 > Konzern/Nachhaltigkeitsbericht
 > Engagement

Zukunft ist nur gemeinsam möglich. Im Einklang mit der Gesellschaft unterstützen wir Sport, Bildung, Kunst, Kultur und ehrenamtliches Engagement. Unsere Sponsoring-Aktivitäten in Baden-Württemberg und darüber hinaus sind ein Ausdruck unserer Verbundenheit mit den Regionen, in denen wir geschäftlich aktiv sind.

- Wir unterstützen in Baden-Württemberg Handball-, Basketball- und Volleyballvereine. Die Förderung junger Talente im Nachwuchsbereich ist uns ein besonderes Anliegen. Als Partner der EnBW-Oberliga Junioren geben wir Impulse zur optimalen Entwicklung der Stars von morgen. Auch im Breitensport engagieren wir uns seit vielen Jahren, insbesondere durch unsere Kooperation mit dem Badischen und dem Schwäbischen Turnerbund. Darüber hinaus sind wir Hauptsponsor der beiden Fußballvereine VfB Stuttgart und Karlsruher SC. Auch die Tour de Ländle ist ein wichtiges Engagement in Baden-Württemberg, an dem wir uns beteiligen.
- Als Energieunternehmen ist es uns wichtig, Kinder früh für naturwissenschaftlich-technische Zusammenhänge zu begeistern. Deshalb setzen wir uns für außerschulische Lernorte wie Science Center ein, entwickeln eigene Energieexponate oder – gezielt für Kindergärten – eine Experimentierkiste zum Thema Energie.
- Wir pflegen die enge Zusammenarbeit mit dem ZKM Zentrum für Kunst und Medientechnologie in Karlsruhe sowie mit dem Kunstmuseum Stuttgart. Zudem sind wir traditionell Partner des Stuttgarter Balletts und des Festspielhauses Baden-Baden. In Berlin sponsern wir das internationale Jugendorchesterfestival YoungEuroClassic, kooperieren mit dem Deutschen Theater und sind 2010 Partner der großen Olafur-Eliasson-Schau im Martin-Gropius-Bau.
- Mit der Stiftung Energieforschung fördern wir Forschungs-, Demonstrations- und Entwicklungsvorhaben zu Themen wie erneuerbare Energien und effiziente Energienutzung. Seit der Gründung im Jahr 1989 wurden mehr als 30 Mio. € an Forschungsgeldern – insbesondere für Projekte in Baden-Württemberg – ausgeschüttet.
- Die EnBW möchte einen Beitrag zum besseren Verständnis der Zusammenhänge zwischen Energiewirtschaft und Klimaschutz sowie zur Sicherung des Forschungsstandorts leisten und hat deshalb 2007 die Stiftung Energie & Klimaschutz Baden-Württemberg gegründet.
- Bereits zum sechsten Mal haben wir im Rahmen des Landeswettbewerbs „Echt gut! Ehrenamt in Baden-Württemberg“ den Sonderpreis „EnBW Ehrenamt Impuls“ verliehen. Damit bedanken wir uns bei allen Ehrenamtlichen, die als tragende Säulen der Gesellschaft ganz wesentlich das menschliche Bild unseres Gemeinwesens prägen.
- 2010 ist die EnBW Partner des Wissenschaftsjahrs "Die Zukunft der Energie" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Im Mittelpunkt stehen neue Ansätze der Energieforschung sowie die Suche der Forscherinnen und Forscher nach einer umweltverträglichen und effizienten Nutzung der Energie – quer durch die verschiedenen Fachdisziplinen. In diesem Rahmen werden wir uns konzernübergreifend an verschiedenen Aktivitäten beteiligen.

Die EnBW am Kapitalmarkt

Die EnBW hat im Jahr 2009 erfolgreich zwei Anleihen mit einem Gesamtvolumen von 1,35 Mrd. € begeben. Mit Fitch Ratings hat im Mai 2009 eine weitere Ratingagentur die laufende Bewertung des Unternehmens aufgenommen. Im Dezember 2009 haben Standard & Poor's sowie Moody's ihre Ratingeinschätzungen für die EnBW im A-Bereich bestätigt. Der Aktienkurs der EnBW verbuchte im Vergleich der Jahresschlusskurse 2009/2008 ein Plus von 6,1 %. Der Vorstand wird in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat der Hauptversammlung 2010 die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 1,53 € je Aktie vorschlagen.

Etablierter Emittent am Fremdkapitalmarkt

Neben der Innenfinanzierungskraft des Unternehmens fungiert der Fremdkapitalmarkt als zweite wesentliche Säule bei der Deckung des Finanzierungsbedarfs, der durch das laufende Investitions- und Wachstumsprogramm entsteht. Ein Operating Cashflow, der sich im Jahr 2009 auf 2.443,4 Mio. € belief, sowie verschiedene Instrumente der kurz- bis langfristigen Fremdfinanzierung (Geld-, Kapital- und Bankenmarkt) ermöglichen es der EnBW, bei der Kapitalbeschaffung flexibel zu agieren, die Kapitalstruktur effizient zu gestalten und die Kapitalkosten zu optimieren.

Der Fremdfinanzierungsrahmen der EnBW besteht derzeit aus folgenden Elementen, deren Notierung zum Großteil in Euro erfolgt:

- > Euro-Medium-Term-Note-(EMTN-)Programm (7,0 Mrd. €; zum 31. Dezember 2009 genutzt mit rund 5,2 Mrd. €)
- > Syndizierte Kreditlinie (2,5 Mrd. €, zum 31. Dezember 2009 ungenutzt)
- > Bilaterale kurzfristige Kreditlinien (342 Mio. €, zum 31. Dezember 2009 ungenutzt)
- > Commercial-Paper-(CP-)Programm (2,0 Mrd. €, zum 31. Dezember 2009 ungenutzt)
- > Maßnahmen zur Eigenkapitalstärkung und Emission von Sonderprodukten (beispielsweise Schweizer-Franken-Anleihe aus dem Jahr 2008 mit einem Volumen von 300 Mio. CHF)

Die EnBW trat auch im Jahr 2009 als Emittent am Kapitalmarkt auf: Anfang Juli platzierte sie erfolgreich zwei Anleihen mit einem Gesamtvolumen von 1,35 Mrd. € mit Laufzeiten von 6 Jahren (750 Mio. €) beziehungsweise 30 Jahren (600 Mio. €). Als Zeichen eines großen Investoreninteresses waren die Anleihen deutlich überzeichnet. Sie wurden mit Spreads von 105 beziehungsweise 215 Basispunkten über Midswap begeben. Die solide Finanzlage der EnBW wird durch die Bonitätseinschätzungen von den drei Ratingagenturen Fitch (aktuell: A), Moody's (aktuell: A2) und Standard & Poor's (aktuell: A-) bestätigt. Fitch hat die laufende Bewertung der EnBW im Mai 2009 aufgenommen. Seit Bestehen der Ratingeinschätzungen hat die EnBW ihr Ziel, ein A-Rating zu erhalten, stets erreicht. Ein Rating im A-Bereich bleibt unverändert das Ziel der EnBW. Zur Steuerung der Verschuldung wird der dynamische Verschuldungsgrad als Indikator verwendet, der sich aus dem Verhältnis der Nettoverbindlichkeiten zum Adjusted EBITDA ergibt. Per 31. Dezember 2009 belief sich der dynamische Verschuldungsgrad auf 3,51.



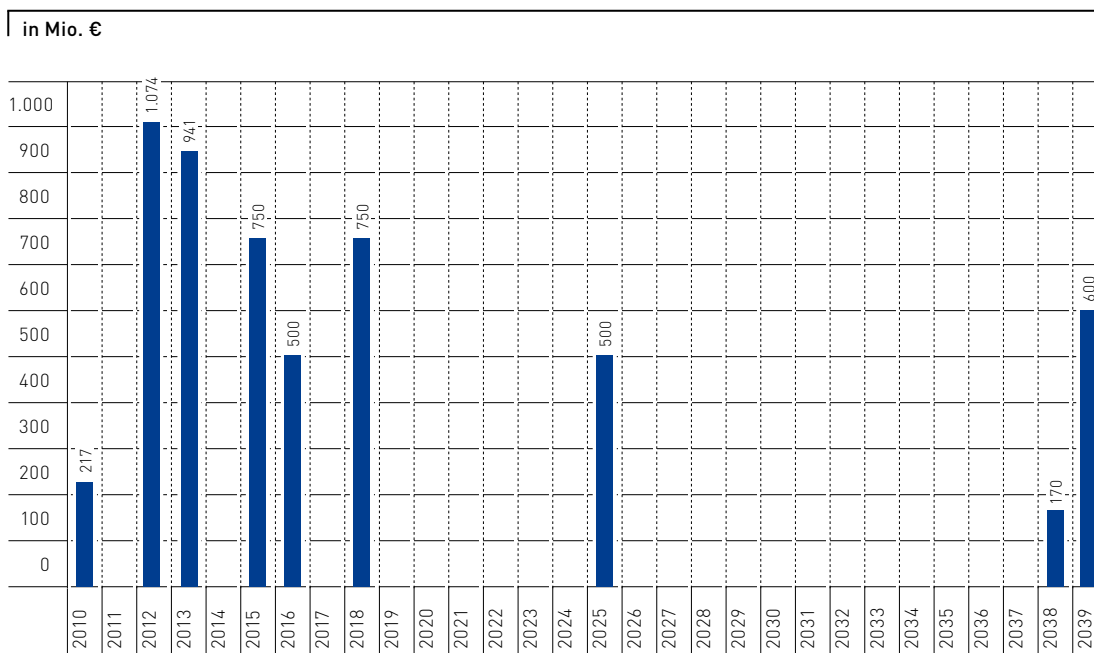
WEITERE INFORMATIONEN
Lagebericht/Finanzlage
> S. 63ff.



WEITERE INFORMATIONEN
www.enbw.com
> Investoren

Für die Finanzierung der EnBW hat der Fremdkapitalmarkt eine höhere Bedeutung als der Eigenkapitalmarkt. Dies spiegelt sich auch in der Investor-Relations-Arbeit wider. Insgesamt ist die EnBW mit verschiedenen Euro-Anleihen mit einem Volumen von insgesamt rund 5,2 Mrd. € auf den internationalen Kapitalmärkten vertreten. Zusätzlich bestehen Anleihen in Schweizer Franken (500 Mio. CHF). Das Fälligkeitsprofil der Anleihen weist eine ausgewogene Struktur auf, so dass weiterhin Flexibilität bei der Finanzierung gegeben ist.

Fälligkeitsprofil der EnBW-Anleihen

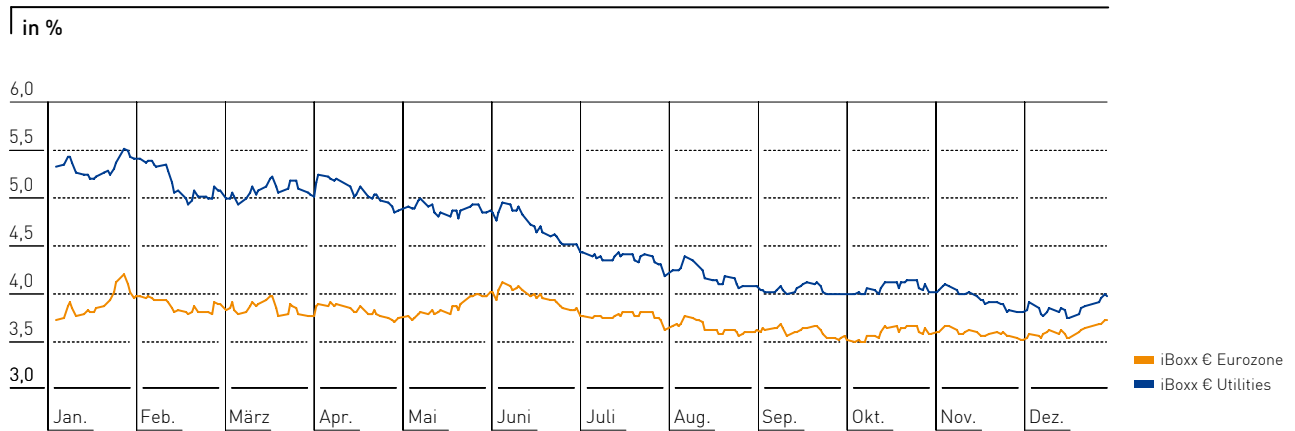


Kapitalmärkte im Jahr 2009

Im ersten Quartal 2009 standen die international bedeutenden Aktienindizes zunächst weiterhin unter dem Eindruck der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. In der Folgezeit vollzog sich an den Aktienmärkten eine spürbare Aufwärtsbewegung mit teilweise starken Schwankungen. Diese Entwicklung nahm auch der deutsche Leitindex DAX. Im März verbuchte er im Vergleich zum Niveau am Jahresanfang ein Minus von 23%. Ende Dezember 2009 erreichte er dann einen Stand von knapp 6.000 Punkten, was auf Zwölfmonatssicht einem Anstieg von 24% und gegenüber dem Tiefststand von 3.666 Punkten am 6. März 2009 von 64% entspricht.

Die Kurse von Unternehmensanleihen haben sich nach einem Einbruch in den ersten drei Monaten 2009 ebenfalls auf breiter Front erholt. Aufgrund des geringen Zinsniveaus notieren mittlerweile Anleihen von Unternehmen hoher Bonität, die vergleichsweise hohe Kupons aufweisen, deutlich über pari. 2009 haben sowohl Staaten als auch Unternehmen die Anleihemärkte mit einem hohen Emissionsvolumen in Anspruch genommen. Das Volumen neu begebener Anleihen von Unternehmen mit Investment Grade übertraf noch vor Jahresende 2009 die bisherige, 2001 erzielte Höchstmarke von 200 Mrd. €. Dazu haben auch die aus Emittentensicht im Jahresverlauf verbesserten Konditionen beigetragen. Anleger haben sich im Jahresverlauf ebenfalls verstärkt bei Anleihen aus Emerging Markets und von Unternehmen aus dem Junk-Bond-Bereich engagiert, nachdem hier der Markt im Zuge der Finanzkrise zum Stillstand gekommen war. Der Renditerückgang des iBoxx € Eurozone, der die Renditen von Staatsanleihen zahlreicher europäischer Länder abbildet, sowie des iBoxx € Utilities Index, der Anleihen europäischer Energieversorgungsunternehmen zusammenfasst, kam im letzten Quartal 2009 zum Stillstand. Der Renditeabstand der beiden Indizes hat sich im vierten Quartal weiter verringert und lag zum Jahresende bei circa 26 Basispunkten.

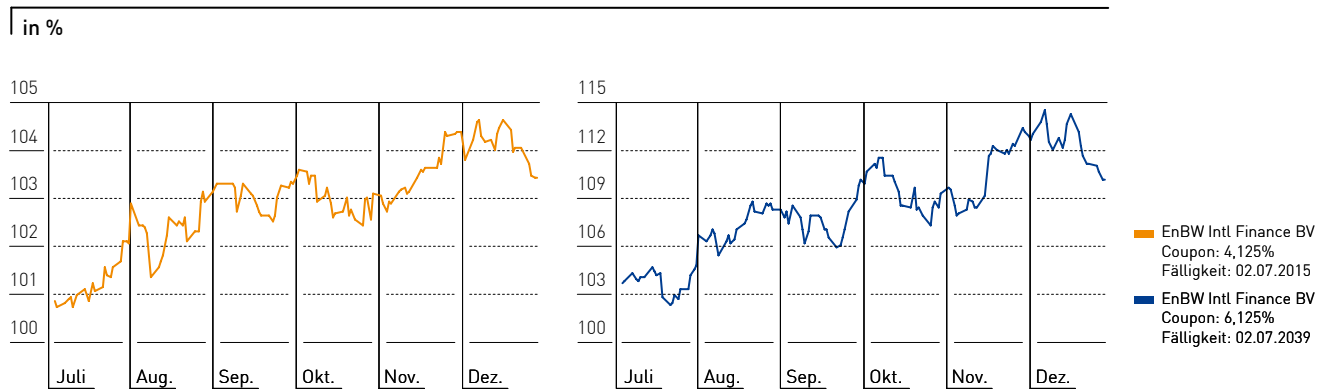
Renditeentwicklung am Rentenmarkt



Entwicklung der EnBW-Anleihen im Jahr 2009

Die Kurse der Anleihen der EnBW verzeichneten im Jahresverlauf 2009 einen deutlichen Anstieg. Gegenüber 2008 haben sich damit die Risikoprämien wieder eingengt. Insbesondere Anleihen mit mittleren Laufzeiten und hohen Kupons notierten zum Jahresende 2009 deutlich über pari. Die folgende Grafik zeigt die positive Entwicklung der im Juli 2009 begebenen Anleihen:

Performance der 2009 begebenen EnBW-Anleihen



EnBW-Aktie

Die Aktie der EnBW ist seit Oktober 1997 zum Börsenhandel zugelassen. Sie notiert im General Standard der Frankfurter Wertpapierbörse und am regulierten Markt der Stuttgarter Börse. Die Aktionärsstruktur der EnBW hat sich seit 2005 nicht wesentlich verändert. Die zwei Hauptaktionäre, OEW und EDF, halten jeweils 45,01% der Stimmrechte. Die weiteren Anteilseigner in Baden-Württemberg – kommunale Verbände und Kommunen im Versorgungsbereich – liegen insgesamt über 5%. Die EnBW hält unverändert eigene Aktien in Höhe von 2,3% des Grundkapitals. Der verbleibende Streubesitz beträgt damit etwa 1,84%.

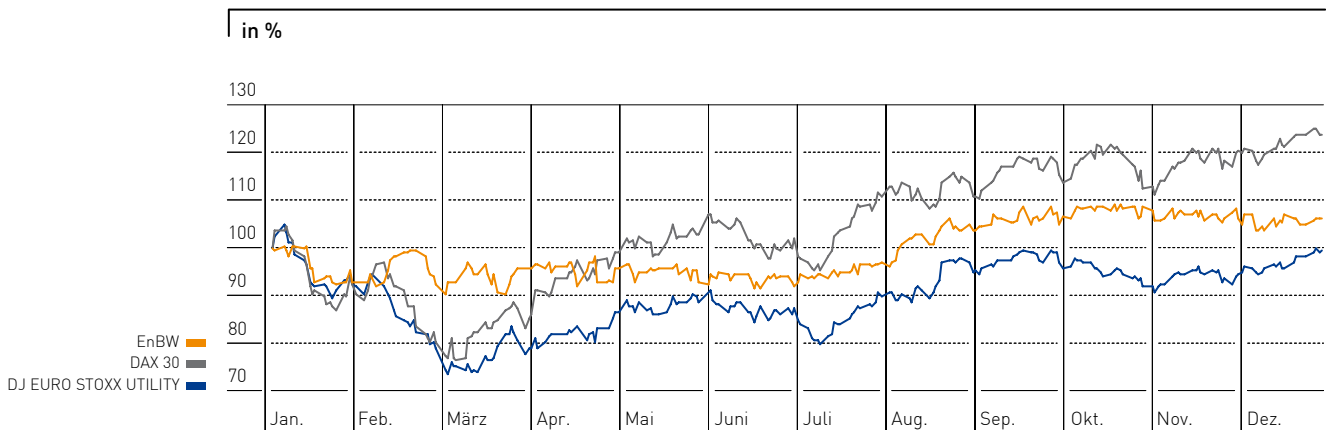
Aktionärsstruktur zum 31.12.2009¹

E.D.F. INTERNATIONAL SA	45,01%
OEW Energie-Beteiligungs GmbH	45,01%
Badische Energieaktionärs-Vereinigung	2,55%
EnBW Energie Baden-Württemberg AG	2,30%
Gemeindeelektrizitätsverband Schwarzwald-Donau	1,28%
Neckar-Elektrizitätsverband	0,69%
Landeselektrizitätsverband Württemberg	0,54%
Weitere kommunale Aktionäre	0,78%
Streubesitz	1,84%

¹ Werte auf zwei Kommastellen gerundet.

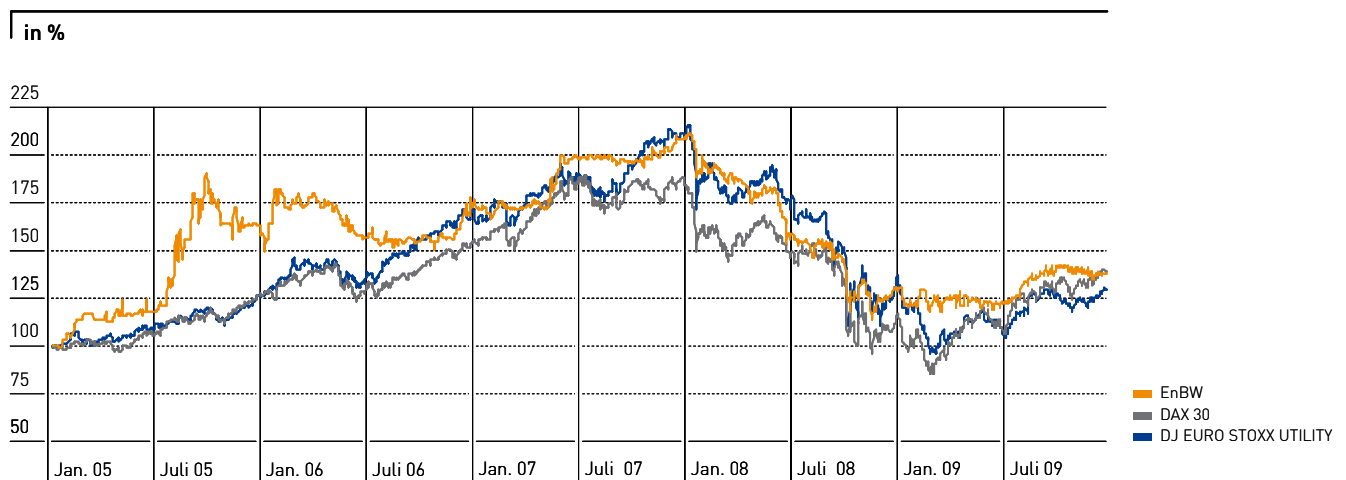
Kursentwicklung der EnBW-Aktie im Jahr 2009: Der Kurs der EnBW-Aktie lag Anfang 2009 bei knapp 38 €. Dem allgemeinen Abwärtstrend des Markts im ersten Quartal 2009 konnte sich die EnBW-Aktie nicht entziehen. Im März sank der Kurs auf seinen Tiefststand von 34 €, womit der Rückgang jedoch weniger stark ausfiel als derjenige des DAX. Im September 2009 erreichte der Kurs dann wieder ein Niveau von über 40 € und bewegte sich bis zum Jahresende zumeist in einem engen Band um diese Marke. Der Kurs zum Jahresultimo 2009 stellte sich auf 40 €, ein Plus von 6,1% im Vergleich zu Beginn des Jahres. Die Marktkapitalisierung belief sich damit auf rund 9,8 Mrd. € (Vorjahr: 9,2 Mrd. €). Der Jahreshöchstkurs bezogen auf den Tagesschlusskurs wurde am 20. Oktober 2009 mit 41,10 € erreicht.

Performance der EnBW-Aktie 2009



Im Vergleich zum DAX war der Kursanstieg der EnBW-Aktie zwar geringer, doch verzeichnete der Kurs im Jahresverlauf, wie oben skizziert, niedrigere Rückschläge. Gegenüber dem Verlauf des Index DJ EURO STOXX UTILITY, der die Kursentwicklung europäischer Versorger abbildet, hat die EnBW-Aktie besser abgeschnitten. Der Index bewegte sich im Jahr 2009 fast ausschließlich im negativen Bereich und schloss am Jahresende nahezu auf dem Niveau zu Jahresbeginn. Auf Sicht von fünf Jahren verbuchte die EnBW-Aktie ein Plus von etwa 38%. Damit liegt sie gleichauf mit der Entwicklung des DAX. Der DJ EURO STOXX UTILITY hingegen verzeichnete in diesem Zeitraum lediglich einen Anstieg von gut 30%.

Performance der EnBW-Aktie in den vergangenen fünf Jahren



Vertrauen durch offene und transparente Kommunikation

Das Vertrauen der Investoren in die stabilen Cashflows sowie das Wertschöpfungspotenzial der EnBW bilden die Grundlage für den Zugang zum Kapitalmarkt. Es ist ein Hauptziel der Finanzkommunikation des EnBW-Vorstands und des Bereichs Investor Relations, das Vertrauen von Investoren, Analysten und Ratingagenturen in die EnBW jederzeit und unabhängig von der Situation am Kapitalmarkt und vom aktuellen Finanzbedarf des Unternehmens zu sichern. Der offene und kontinuierliche Dialog ist ein wesentliches Element der vertrauensbildenden Maßnahmen im Bereich Investor Relations. Umfassend und zeitnah informieren wir über die Strategie des Konzerns. Die operative Entwicklung wird im Rahmen der Regelpublizität in den Quartals- und Jahresfinanzberichten ausführlich erläutert. Strategische und operative Entscheidungen im EnBW-Konzern werden anhand des Wertbeitrags und des Einflusses auf das Risikoprofil der EnBW getroffen. Die wertorientierten Kennzahlen der Unternehmenssteuerung stellt die EnBW seit dem Jahr 2005 jährlich in ihrem Geschäftsbericht dar.

Das Vertrauen der Kapitalmarktteilnehmer in die EnBW resultiert auch aus den vom Unternehmen geschaffenen Werten, von denen unsere Investoren profitieren. Zur Bestimmung der Dividende orientieren wir uns an der Ertragskraft des Unternehmens, dem Umfang des Investitionsprogramms, dem Volumen der Nettofinanzschulden sowie am dynamischen Verschuldungsgrad. In Anbetracht des anhaltend hohen Investitionsprogramms und des deshalb 2009 gestiegenen dynamischen Verschuldungsgrads wird der Vorstand in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat der Hauptversammlung 2010 die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 1,53 € je Aktie vorschlagen, nach 2,01 € im Vorjahr. Die Gesamtausschüttungssumme würde 373,7 Mio. € (Vorjahr: 491,0 Mio. €) betragen. Die Ausschüttungsquote belief sich auf 42,5%, und liegt damit am unteren Schwellenwert unseres Zielkorridors von 40% bis 60% des Adjusted Konzernüberschuss.

Serviceorientierte Investor Relations



WEITERE INFORMATIONEN

www.enbw.com

> Investoren

Die EnBW versteht Investor Relations als Dienstleistung. Sie verfolgt das Ziel, die Informationsbedürfnisse von Investoren, Analysten, Ratingagenturen und Banken zeitnah zu erfüllen. Durch eine aktive Kommunikation verdeutlichen wir im ständigen Dialog mit den Zielgruppen das Wertpotenzial der EnBW. Die Investor-Relations-Arbeit konzentriert sich aufgrund des geringen Streubesitzes der Aktie in erster Linie auf den Fremdkapitalmarkt (Fixed Income), also auf Anleihe-Investoren und Kreditanalysten der Buy- und Sell-Seite. Ein gutes Standing der EnBW vor allem bei Fixed-Income-Investoren gewährleistet den notwendigen Zugang zum Kapitalmarkt.

Wir pflegen einen kontinuierlichen Dialog mit den Akteuren des Kapitalmarkts: Zum Jahresauftakt 2009 nahm die EnBW an einer Investorenkonferenz in New York teil. Im März absolvierten wir eine europaweite Roadshow in zehn Städten, darunter Paris, London, Frankfurt und Zürich. Dabei führten wir mit rund 30 Fixed-Income-Investoren Einzelgespräche und informierten weitere 80 Investoren in Gruppenpräsentationen. In zahlreichen Gesprächen zur Unternehmensentwicklung standen im weiteren Jahresverlauf der Ausbau der Erzeugungskapazitäten durch den Erwerb von Kraftwerkskapazitäten, der Anteilserwerb an der EWE Aktiengesellschaft und die damit verbundenen Auflagen, der Tausch von Strombezugsrechten mit E.ON sowie Fragen zur Energiepolitik im Mittelpunkt. Mit der Société Générale nahm eine weitere bedeutende Bank die laufende Research-Coverage des Unternehmens auf. Die Einschätzung lautete zu Beginn auf „Halten“ mit einem Kursziel von 38 €. Dieser Wert lag zum Zeitpunkt der Veröffentlichung etwas über dem an der Börse notierten Kurs von 36 €. Das obere Ende der Bandbreite der in der Studie getroffenen Kurserwartungen beläuft sich auf 55 € je Aktie.



WEITERE INFORMATIONEN

Finanzkalender

im Umschlag

Auch im Jahr 2010 werden wir den strategischen Kurs der EnBW am Kapitalmarkt kommunikativ begleiten. Da die EnBW in der Landschaft europäischer Energieversorger und als Emittent am Kapitalmarkt zunehmend an Bedeutung gewinnt, planen wir, die Investor-Relations-Aktivitäten schrittweise auszubauen. Zu Beginn des Jahres 2010 hat sich die EnBW in New York und in Paris auf Investorenkonferenzen präsentiert.

Kennzahlen zur EnBW-Aktie ¹		2009	2008	2007	2006	2005
Jahreshöchstkurs	€	41,10	61,00	60,84	52,66	55,88
Jahrestiefstkurs	€	34,00	33,02	48,01	43,80	29,11
Jahresschlusskurs	€	40,00	37,70	60,16	50,55	45,80
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien zum 31.12. ²	Mio. Stück	244,257	244,257	244,257	244,257	243,957
Marktkapitalisierung zum 31.12. ³	Mrd. €	9,8	9,2	14,7	12,3	11,2
Börsenumsatz (gesamt)	Stück	676.205	835.367	1.112.602	566.187	902.000
Börsenumsatz (Tagesdurchschnitt)	Stück	2.662	3.289	4.769	2.220	3.537
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss ⁴	€	3,15	3,60	5,58	4,10	2,21
Operating Cashflow je Aktie	€	10,00	6,24	6,38	6,01	5,52
Ausschüttung	Mio. €	373,7 ^{5,6}	491,0	368,8	278,5	214,9
Dividende je Aktie	€	1,53 ⁶	2,01	1,51	1,14	0,88
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien (gewichteter Durchschnitt)	Mio. Stück	244,257	244,257	244,257	244,232	240,961

¹ Die Kursinformationen 2005 bis 2006 beziehen sich auf den Parketthandel an der Frankfurter Wertpapierbörse.

Die Kursinformationen ab 2007 beziehen sich auf die XETRA-Kurse.

² Gesamtzahl der Aktien: 250,006 Mio. Stück.

³ Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien zum Ende des Geschäftsjahres, multipliziert mit dem Jahresschlusskurs.

⁴ Bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG. Die Zahlen des Geschäftsjahres 2008 wurden angepasst.

⁵ Ausschüttung bezogen auf die zum 31.12.2009 dividendenberechtigten Aktien.

⁶ Dividendenvorschlag für das Geschäftsjahr 2009, vorbehaltlich der Zustimmung durch die Hauptversammlung am 29.04.2010.

Wertpapiertechnische Daten

ISIN/WKN	DE0005220008/522000
Börsenkürzel	Bloomberg EBK GY/ReutersEBK/EBKG.DE
Börsenplätze	Regulierter Markt: Frankfurt und Stuttgart; Freiverkehr: Berlin, München
Transparenzlevel	General Standard
Indizes	General All Share, DAXsector All Utilities, CDAX
Grundkapital in Stück	250.006.200
Aktiengattung	Nennwertlose Inhaberstammaktien

„Unsere BürgerEnergiegenossenschaft fördert die Eigeninitiative und leistet zusammen mit der EnBW einen nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz.“

Daniela Bühler, Mitglied der BürgerEnergiegenossenschaft Aichstetten







Fotovoltaikanlage auf dem Dach der Turn- und Festhalle Aichstetten

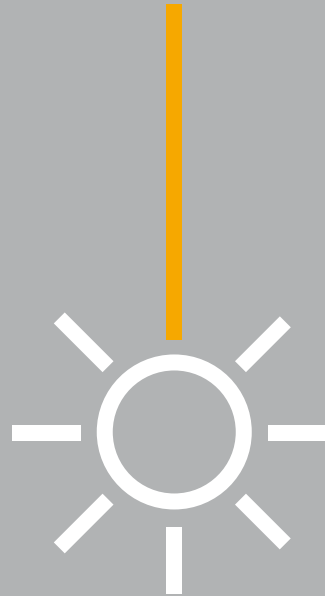
Gemeinsam die Zukunft gestalten

Die BürgerEnergiegenossenschaften in Baden-Württemberg sind ein Zukunftsmodell. Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Unternehmen und Institutionen setzen lokale und regionale Energieprojekte vor Ort in die Tat um. Dabei stehen erneuerbare Energien im Vordergrund. Die EnBW ist Partner bei diesen Projekten.

11.924 kWh

erzeugte Solarstrommenge und 7.105 kg vermiedene CO₂-Menge durch die Fotovoltaikanlage der BürgerEnergiegenossenschaft Aichstetten seit Inbetriebnahme

11.924 kWh

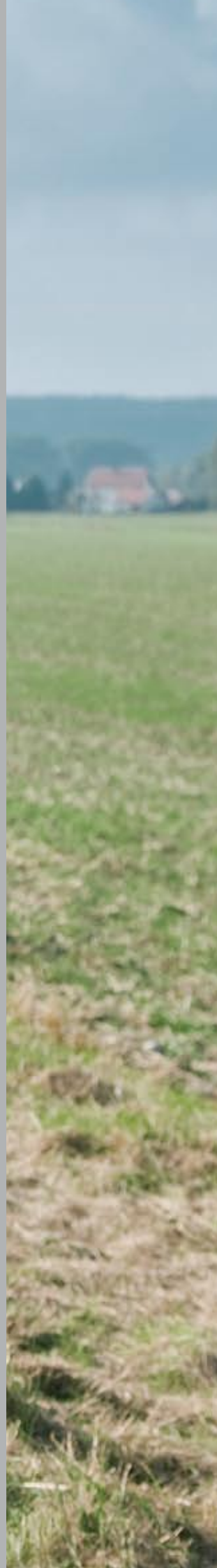


Die EnBW fördert das kommunale Engagement vor Ort und das Konzept der BürgerEnergie und unterstützt die BürgerEnergiegenossenschaften vor allem in der Startphase mit ihrem Know-how, wenn es um Fragen zu Technik und Wartung oder um Verträge geht. Den Bürgerinnen und Bürgern bietet die BürgerEnergiegenossenschaft die Möglichkeit, sich durch den Erwerb von Anteilen finanziell an konkreten Projekten zu beteiligen und mitzubestimmen, welche Energie- und Klimaschutzprojekte in ihrem Ort und in ihrer Region realisiert werden sollen. Das kann die Installation einer Fotovoltaikanlage auf einem öffentlichen Gebäude oder der Bau einer Windkraftanlage, eines Blockheizkraftwerks oder einer Biogasanlage genauso sein wie die Erschließung ungenutzter Wasserkraft.

Die Mitglieder einer BürgerEnergiegenossenschaft eint das Interesse am Thema Energie und der Wunsch, sich energiepolitisch zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Die Mitglieder wählen Vorstand und Aufsichtsrat aus ihrer Mitte; diese arbeiten ehrenamtlich. Jedes Mitglied hat eine Stimme, unabhängig von der Summe seiner Anteile. In Baden-Württemberg gibt es heute 16 BürgerEnergiegenossenschaften. Weitere sind in Vorbereitung.



WEITERE INFORMATIONEN
www.buerger-energie.de



Zusammengefasster Lagebericht

des EnBW-Konzerns und der EnBW AG

Überblick

- 33 Negatives gesamtwirtschaftliches Umfeld dämpft Geschäftsentwicklung
- 33 Vertrieb mit Nachfragerückgang konfrontiert
- 33 Strategie konsequent verfolgen, Investitionsvolumen ausgeweitet
- 34 Dividendenvorschlag von 1,53 € je Aktie
- 34 Weiterhin solide Finanz- und Vermögenslage
- 34 Wachstumsinvestitionen werden fortgeführt

Konzernstruktur und Geschäftstätigkeit

- 35 Struktur und wesentliche Geschäftsprozesse
- 42 Produkte, Markt und Wettbewerb

Konzernstrategie und wertorientierte Steuerung

- 45 Ziele
- 45 Strategie
- 46 Wertorientierte Steuerung

Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

- 48 Rahmenbedingungen
- 54 Politische und regulatorische Rahmenbedingungen

Unternehmenssituation des EnBW-Konzerns

- 57 Gesamtbeurteilung des Geschäftsverlaufs
- 58 Ertragslage
- 63 Finanzlage
- 68 Vermögenslage
- 73 Nicht bilanzierte immaterielle Vermögenswerte

Unternehmenssituation der EnBW AG

- 76 Unternehmenssituation der EnBW AG
- 76 Vermögenslage der EnBW AG
- 78 Ergebnis der EnBW AG und Dividende
- 78 Anmerkungen zur Berichtsweise
- 78 Schlussklärung über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Mitarbeiter

- 79 Entwicklung der Mitarbeiterzahlen und Personalstruktur
- 80 Personalstrategie
- 83 Bewertung des intellektuellen Kapitals: Humankapital

Forschung und Entwicklung

- 84 Ziele und Leitlinien der Forschung und Entwicklung
- 84 Schlanke Forschungs- und Entwicklungsstruktur
- 84 Aufwand, Personal, Resultate
- 85 Nutzung von externem Know-how – Kooperation mit der EDF
- 85 Ausgewählte Forschungs- und Entwicklungsergebnisse

Risiko- und Chancenbericht

- 90 Grundsätze des Risikomanagements
- 90 Struktur und Prozess des Risikomanagements
- 92 Umfeld- und Branchenrisiken
- 95 Strategische Risiken
- 96 Operative Risiken
- 97 IT-Risiken
- 97 Personalrisiken
- 98 Finanzrisiken
- 99 Sonstige Risiken
- 99 Gesamtbeurteilung
- 100 Risikomanagementsystem
- 100 Chancenmanagement

102 Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage des Konzerns

103 Vergütungsbericht

104 Nachtragsbericht

105 Angaben nach den §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht des Vorstands

Wesentliche Merkmale des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

- 107 Grundsätze
- 107 Struktur
- 108 Prozess

Prognosebericht

- 110 Erwartete Rahmenbedingungen
 - 112 Künftige politische und regulatorische Rahmenbedingungen
 - 112 Künftige Branchenentwicklung
 - 113 Unternehmensstrategie und künftige Unternehmensentwicklung
 - 114 Erwartete Unternehmensentwicklung
 - 116 Wesentliche Chancen und Risiken der nächsten zwei Jahre
 - 117 Entwicklungen im Personal- und Sozialbereich
 - 119 Entwicklung von Forschung und Innovation
 - 119 Gesamtbeurteilung der voraussichtlichen Entwicklung
 - 119 Zukunftsgerichtete Aussagen
-

Überblick

Der Geschäftsverlauf des EnBW-Konzerns wurde 2009 von den negativen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinträchtigt. Dennoch konnten wir unsere Marktposition als drittgrößtes Energieunternehmen in Deutschland behaupten. Mit einem Investitionsvolumen von 4,4 Mrd. € haben wir die Umsetzung unserer Unternehmensstrategie konsequent vorangetrieben. Die Finanz- und Vermögenssituation des EnBW-Konzerns bleibt trotz dieser großen Anstrengungen weiterhin solide.

HINWEIS

Die Verweise am Seitenrand sind nicht Bestandteil des Lageberichts.

Negatives gesamtwirtschaftliches Umfeld dämpft

Geschäftsentwicklung

Der EnBW-Konzern konnte im Geschäftsjahr 2009 nicht nahtlos an die gute Entwicklung des Vorjahres anschließen. Trotz des schlechten gesamtwirtschaftlichen Umfelds ist es jedoch gelungen, mit 1.793,9 Mio. € ein Adjusted EBIT auf Vorjahreshöhe zu erwirtschaften. Während die Entwicklung des Geschäftsfelds Strom Erzeugung und Handel die Erwartungen für das Adjusted EBIT übertreffen konnte, waren die Ergebnisse von Strom Netz und Vertrieb sowie Gas von deutlichen Nachfragerückgängen der B2B-Kunden betroffen. Der Konzernüberschuss bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG von 768,2 Mio. € lag im Geschäftsjahr 2009 um 12,6% unter dem Wert des Vorjahres. Dabei fiel insbesondere der Adjusted Konzernüberschuss bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG in Höhe von 879,1 Mio. € deutlich niedriger aus als im Jahr zuvor. Die Ursache hierfür ist ein spürbar ausgeweiteter Fehlbetrag im Adjusted Finanzergebnis. So hat die Zunahme der Finanzverbindlichkeiten im Konzern zu höheren Zinsaufwendungen geführt, zudem stellte sich ein niedriges Ergebnis aus dem Verkauf und der Bewertung von Wertpapieren ein. Der neutrale Konzernüberschuss bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG verbesserte sich hingegen auf -110,9 Mio. €. Im Vorjahr betrug dieser Fehlbetrag -219,5 Mio. €, bedingt durch hohe außerplanmäßige Abschreibungen. Im Zusammenhang mit dem Anstieg des Capital Employed durch das Investitions- und Wachstumsprogramm sowie der gedämpften Geschäftsentwicklung fiel der Wertbeitrag 2009 in Höhe von 809,6 Mio. € um 153,1 Mio. € niedriger aus als im Geschäftsjahr 2008. In die Umsetzung unserer Unternehmensstrategie haben wir auch im Jahr 2009 die Anzahl der Mitarbeiter im EnBW-Konzern erhöht, sie belief sich per 31. Dezember 2009 auf über 21.000, nach rund 20.500 zum Jahresultimo 2008.

Vertrieb mit Nachfragerückgang konfrontiert

Der Stromabsatz des EnBW-Konzerns ging 2009 gegenüber dem Vorjahr um 8,3% auf 119,7 Mrd. kWh zurück. Insbesondere B2B-Kunden haben ihre Nachfrage aufgrund der rückläufigen gesamtwirtschaftlichen Produktion deutlich verringert. Mit 65,8 Mrd. kWh lag der Gasabsatz um 5,7% unter dem Vorjahreswert. Positive Effekte eines kalten Winters im ersten Quartal 2009 wurden im weiteren Jahresverlauf durch höhere Temperaturen und die Nachfragerückgänge im Zuge der Wirtschaftskrise überkompensiert. Der Außenumsatz nach Abzug von Strom- und Erdgassteuer erreichte im Geschäftsjahr 2009 15.564,2 Mio. €, ein Minus von 4,5% gegenüber 2008. Trotz eines intensiven Wettbewerbs konnte der EnBW-Konzern seine Marktpositionen behaupten, die Kundenzahl liegt weiterhin bei rund sechs Millionen. Die EnBW ist mehr als der klassische Energieversorger. Es ist unser Ziel, in unseren Kundensegmenten bei Energieberatung und -dienstleistung führend zu sein.

Strategie konsequent verfolgen, Investitionsvolumen ausgeweitet

Als einziges Geschäftsfeld konnte im Geschäftsjahr 2009 Strom Erzeugung und Handel das Adjusted EBIT steigern. Wesentlicher Bestandteil unserer Unternehmensstrategie ist daher der Ausbau der Erzeugungskapazitäten. Im Jahr 2009 haben wir unsere Erzeugungskapazitäten um 771 MW auf 15.771 MW gegenüber Ende 2008

erhöht. Projekte für künftige Erzeugungskapazitäten sind insbesondere das RDK 8 im Karlsruher Rheinhafen, eines der modernsten Steinkohlekraftwerke in Europa, vier Offshore-Windparkprojekte mit einer Gesamtleistung von über 1.200 MW sowie Anlagen zur Nutzung von Wind- und Wasserkraft in der Türkei. Im Fokus der Aktivitäten im Bereich Gas-Midstream standen 2009 der Baufortschritt des Gasspeichers in Etzel, die Option auf den Anteilserwerb an der Verbundnetz Gas AG sowie die Prüfung von LNG-Terminals in Rotterdam und anderen Standorten in Europa. In Deutschland, dem Kernmarkt der EnBW, haben wir den Erwerb eines 26 %-Anteils an der EWE Aktiengesellschaft vollzogen. Ziel ist, gemeinsame Aktivitäten zu initiieren, um die Stärken beider Unternehmen sinnvoll zu bündeln. Die Gesamtinvestitionssumme erreichte mit 4,4 Mrd. € einen Rekordstand in der Unternehmensgeschichte der EnBW. Das Investitionsprogramm wird gleichzeitig von Desinvestitionen begleitet. Wir prüfen insbesondere nicht-strategische Minderheitsbeteiligungen auf ihren Verbleib im Unternehmen. Um Auflagen des Bundeskartellamts im Zuge des Anteilserwerbs an der EWE zu erfüllen, sind wir derzeit in der Endverhandlung des Verkaufs unserer Anteile an der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG und ihrer Tochterunternehmen.

Dividendenvorschlag von 1,53 € je Aktie

Das insgesamt stagnierende operative Ergebnis des EnBW-Konzerns sowie die Verschlechterung des Finanzergebnisses haben zu einem Rückgang des Adjusted Konzernüberschusses bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG im Geschäftsjahr 2009 um 20,0 % geführt. Nachdem die Dividende im Vorjahr um 33 % auf 2,01 € erhöht wurde, wird der Vorstand in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat der Hauptversammlung am 29. April 2010 vorschlagen, aus dem Bilanzgewinn der EnBW AG eine Dividende von 1,53 € auszuschütten. Dies würde einen Rückgang von 23,9 % bedeuten. Die Ausschüttungssumme beläuft sich auf 373,7 Mio. €, nach 491,0 Mio. € im Vorjahr.

Weiterhin solide Finanz- und Vermögenslage

Der Operating Cashflow legte im Geschäftsjahr 2009 vor allem aufgrund einer positiven Veränderung der Sicherheitsleistungen für Termingeschäfte mit Strom, Kohle und Emissionsrechten um 60,3 % auf 2.443,4 Mio. € zu. Der Cashflow aus Investitionstätigkeit erreichte aufgrund des hohen Investitionsvolumens -4.629,6 Mio. € gegenüber -366,4 Mio. € im Vorjahr. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit betrug 678,6 Mio. €. Im Vorjahr wurden Mittelzuflüsse von 598,6 Mio. € verbucht.

Das erhöhte Investitionsvolumen spiegelt sich auf der Aktivseite der Bilanz insbesondere im Anstieg der langfristigen Vermögenswerte und im Rückgang der liquiden Mittel wider. Im Zuge der geplanten Desinvestitionen erfolgte die Umgliederung der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG und ihrer Tochtergesellschaften sowie der Unternehmensgruppe der Pražská teplárenská Holding a.s in die Position „Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“. Insgesamt stieg die Bilanzsumme im Konzern im Vergleich zum 31. Dezember 2008 um 5,9 % auf 34.698,3 Mio. €. Die Eigenkapitalquote lag zum Jahresultimo 2009 bei 18,5 %, nach 17,1 % Ende 2008. Erhöhte langfristige Finanzverbindlichkeiten im Zuge der Finanzierung des Investitionsprogramms führten zu einem Anstieg der Nettofinanzschulden auf 5.763,1 Mio. €.

Wachstumsinvestitionen werden fortgeführt

Für das Geschäftsjahr 2010 erwarten wir ein Adjusted EBIT, das auf dem Niveau des Jahres 2009 liegen dürfte. Ursachen hierfür sind die bestehende Entscheidung zur Laufzeitverkürzung von Kernkraftwerken sowie die unsicheren politischen, wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen. Ab dem Jahr 2011 rechnen wir jedoch wieder mit einem Ergebnisanstieg. Unsere Wachstumsstrategie sieht für den Zeitraum 2010 bis 2012 eine Investitionssumme von 7,9 Mrd. € vor. Unter Berücksichtigung der Desinvestitionen werden die Nettoinvestitionen bei etwa 5,1 Mrd. € liegen. Die Finanzierung dürfte vollständig aus dem laufenden Cashflow erfolgen. Ein Rückgang der Nettoschulden ist unser Ziel. Die Unternehmensstrategie basiert weiterhin auf einer soliden Finanzsituation der EnBW – der Erhalt des A-Ratings ist für uns eine grundlegende Bedingung.

Konzernstruktur und Geschäftstätigkeit

Die EnBW ist ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen mit ausgewogenem Geschäftsportfolio. Wir sind in den Bereichen Strom, Gas, Wärme sowie Energie- und Umweltdienstleistungen, zu denen auch Wasserversorgung zählt, tätig und positionieren uns mit Produkten und Beratungsleistungen rund um das Thema Energieeffizienz. So behaupten wir unsere Marktposition in Deutschland im intensiven Wettbewerb.

Struktur und wesentliche Geschäftsprozesse

EnBW-Konzern

Der EnBW-Konzern ist ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen mit über 21.000 Mitarbeitern. Die zwei Geschäftsfelder Strom Erzeugung und Handel sowie Strom Netz und Vertrieb bilden die Aktivitäten des Konzerns im Bereich Strom ab. Daneben ist die EnBW in den Geschäftsfeldern Gas sowie Energie- und Umweltdienstleistungen aktiv. Von entscheidender Bedeutung für die Ergebnissituation des Konzerns ist das Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel. Die EnBW versorgt und berät etwa sechs Millionen Kunden und erreichte 2009 einen Energieabsatz von insgesamt 185,5 Mrd. kWh. Damit ist sie der drittgrößte inländische Energieversorger. Ausgehend von einer starken Verankerung in Baden-Württemberg erwirtschaftete das Unternehmen rund 92% des Umsatzes in Deutschland, der Auslandsanteil betrug folglich rund 8%. Eine strategische Partnerschaft besteht mit der EWE Aktiengesellschaft, dem fünftgrößten Energieunternehmen in Deutschland. Die EnBW hat im Laufe des Geschäftsjahres 2009 einen 26%-Anteil an dem Unternehmen erworben. In ausgewählten europäischen Ländern ist die EnBW über verschiedene Beteiligungen in erster Linie im Bereich Strom engagiert. Dazu zählen die Schweiz und Österreich sowie in Osteuropa Tschechien, Polen und Ungarn. Mit dem Ziel, Erzeugungskapazitäten auszubauen, ist der EnBW-Konzern im Rahmen eines Joint Ventures mit einem türkischen Industrieunternehmen seit dem Geschäftsjahr 2009 auch in der Türkei vertreten. In Zusammenarbeit mit der Electricité de France (EDF) werden innerhalb der EDF-Gruppe gemeinsame Wachstumsprojekte in Angriff genommen sowie Synergien realisiert.

Der Hauptsitz des EnBW-Konzerns befindet sich in Karlsruhe. Zu den wesentlichen materiellen Vermögenswerten des Unternehmens gehören zahlreiche Kraftwerke beziehungsweise Erzeugungsanlagen, Strom- und Gasnetze, Verteilungsanlagen und Gasspeicher. Die Regionalzentren sowie Vertriebsniederlassungen und -abwicklungszentren der Gesellschaft sind in ganz Baden-Württemberg verteilt. Weitere Vertriebsniederlassungen bestehen deutschlandweit. Die EnBW hält Beteiligungen in Dresden, Düsseldorf, Oldenburg, der Schweiz, Österreich, Ungarn, Tschechien und Polen. Die wesentlichen Beteiligungen der EnBW AG und deren Standorte sind im Jahresabschluss dargestellt. Aufgrund der kartellrechtlichen Auflagen zum Anteilserwerb an der EWE Aktiengesellschaft hat sich die EnBW AG entschlossen, ihre Anteile an der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG abzugeben. Die EnBW wird in den kommenden Monaten den Verkauf der GESO-Anteile endverhandeln. Zu den Beteiligungen, die von der GESO gehalten werden, zählt beispielsweise die ENSO Energie Sachsen Ost AG.

Im Bereich **Strom** deckt das Unternehmen alle Stufen der Wertschöpfungskette ab. Aufgrund der erstmaligen Anwendung des Rechnungslegungsstandards IFRS 8 erfolgt eine Unterteilung in die Geschäftsfelder **Strom Erzeugung und Handel** sowie **Strom Netz und Vertrieb**.



WEITERE INFORMATIONEN
Jahresabschluss/
Segmentberichterstattung
> S. 206



WEITERE INFORMATIONEN
Jahresabschluss/
Wesentliche Beteiligungen
> S. 216ff.

STROM Erzeugung und Handel		STROM Netz und Vertrieb	
Erzeugung	Handel/Beschaffung	Transport und Verteilung ¹	Vertrieb
EnBW Kraftwerke AG EnBW Kernkraft GmbH EnBW Erneuerbare Energien GmbH	EnBW Trading GmbH	EnBW Transportnetze AG EnBW Regional AG	EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH Yello Strom GmbH Watt Deutschland GmbH

¹ Die netzbetriebenden Gesellschaften sind gemäß den Unbundling-Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes aufgestellt.

Der überwiegende Teil des Kraftwerksparks der EnBW für die **Erzeugung** von Strom und Fernwärme wird durch die **EnBW Kraftwerke AG** verantwortet. Ziel ist ein effizientes und umweltschonendes Erzeugungssportfolio auf Basis verschiedener Energieträger. Für die Kernkraftwerke im Konzern übernimmt die **EnBW Kernkraft GmbH** sowohl die Betriebsführung als auch die Überwachung bei notwendigen Abbaumaßnahmen wie im Fall des Kernkraftwerks Obrigheim. Beide Gesellschaften bündeln ihre Kompetenzen in den Bereichen Planung, Bau, Betrieb, Instandhaltung und Optimierung der Großkraftwerke der EnBW. Im Fokus der **EnBW Erneuerbare Energien GmbH** steht der Ausbau weiterer Erzeugungskapazitäten, insbesondere der Windkraft.

Der Kraftwerkspark der EnBW, der zum Jahresende 2009 Erzeugungskapazitäten von 15.771 MW umfasste (2008: 15.000 MW), setzt sich zusammen aus Kernkraft-, Kohle-, Öl-, Gas- und Pumpspeicherkraftwerken sowie Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien. Dazu zählen Laufwasserkraftwerke, durch natürlichen Zufluss betriebene Speicherkraftwerke, Fotovoltaikanlagen, Windkraftträder und Biomasseanlagen. Auch unter Last-Gesichtspunkten weist die EnBW ein ausgewogenes Erzeugungssportfolio auf. Im Detail stellt sich das Erzeugungssportfolio des EnBW-Konzerns wie folgt dar:

Aufteilung des Erzeugungssportfolios des EnBW-Konzerns ¹ Elektrische Leistung in MW	31.12.2009	31.12.2008
Kernkraftwerke (inkl. EDF-Verträge)	4.846	4.846
Konventionelle Kraftwerke	7.240	6.585
Laufwasser- und Speicherkraftwerke	3.510	3.472
Sonstige erneuerbare Energien	175	97
Gesamt	15.771	15.000

¹ Im Erzeugungssportfolio sind auch langfristige Bezugsverträge und teileigene Kraftwerke enthalten.

Die EnBW hat ihr Erzeugungssportfolio im abgelaufenen Geschäftsjahr um 771 MW im Vergleich zum Vorjahr erweitert. Dieser Zuwachs ist insbesondere auf Anteilserhöhungen an den Kraftwerken Lippendorf und Bexbach zurückzuführen. 2010 sind weitere Kapazitätserhöhungen vorgesehen.

Der Anteil der Eigenerzeugung an der nutzbaren Stromabgabe des EnBW-Konzerns belief sich im Jahr 2009 auf 91%, nach 79% im Vorjahr. Die Veränderung ist auf die Erweiterung des Kraftwerksparks sowie rückläufige Absatzmengen im B2B-Bereich zurückzuführen.

Der Anteil CO₂-freier Stromeigenerzeugung betrug 2009 68%. Die CO₂-Emissionen des Kraftwerksparks der EnBW liegen damit bei 241gCO₂e/kWh, ein Wert deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt von 509gCO₂e/kWh.

Eigenerzeugung des EnBW-Konzerns ¹ nach Primärenergieträgern in % ²	2009	2008
Konventionelle Energie	27,6	28,2
Kernenergie	57,2	56,8
Erneuerbare Energien ³	10,6	10,8
Sonstiges	4,6	4,2

¹ In der Eigenerzeugung sind auch langfristige Bezugsverträge und teileigene Kraftwerke enthalten.

² Im Vorgriff auf die Umstellung des Wälzungsverfahrens für erneuerbare Energien ab 2010 (finanzielle statt physikalische Wälzung) werden die Quoten ab dem Geschäftsjahr 2009 jeweils auf Basis der Eigenerzeugung des EnBW-Konzerns ohne Berücksichtigung von EEG-Lieferungen ausgewiesen (Vorjahreswerte angepasst).

³ Analog der Ausweisung nach § 42 EnWG.

Im Bereich **Handel und Beschaffung**, der nächsten Stufe in der Wertschöpfungskette, kommt der **EnBW Trading GmbH (ETG)** wesentliche Bedeutung zu. Im Konzern übernimmt die ETG den Handel mit physischen und finanziellen Produkten für Strom, Gas, Kohle, Öl und CO₂-Zertifikate auf den Großhandelsmärkten. Unter anderem ist sie dabei an der EEX in Leipzig, der Powernext in Paris sowie der International Commodity Exchange und der European Climate Exchange in London aktiv. Neben dem Handel an regulierten Börsenplätzen ist die ETG auch im Over-the-Counter-(OTC-)Handel mit rund 170 nationalen und internationalen Vertragspartnern tätig. Die Handelsaktivitäten umfassen den Kauf der für die Stromerzeugung notwendigen Primärenergieträger über Spot- und Terminkontrakte sowie den Verkauf des erzeugten Stroms und den Bezug zusätzlicher Strommengen über den Großhandelsmarkt. Damit verantwortet die Gesellschaft die Brennstoffbeschaffung und -logistik, das Emissionsrechtmanagement sowie die Einsatzplanung und Steuerung des EnBW-Kraftwerksparks. Die ETG stellt ebenfalls die Deckung des Energiebedarfs der Vertriebsgesellschaften der EnBW sicher. Durch diesen übergreifenden Ansatz leistet die ETG insbesondere in Bezug auf Preis- und Mengenrisiken einen wesentlichen Beitrag zum Risikomanagement des EnBW-Konzerns. Neben der Unterstützung des operativen Geschäfts betreibt die ETG auch einen Eigenhandel, der jedoch strengen Regeln und Begrenzungen unterliegt.

Im Geschäftsfeld **Strom Netz und Vertrieb** übernehmen bezüglich der Netze die **EnBW Transportnetze AG (TNG)** den Transport und die **EnBW Regional AG (REG)** die Verteilung des Stroms über die eigenen Netze in Baden-Württemberg. Die EnBW gehört zu den vier Übertragungsnetzbetreibern in Deutschland. Die Betreiber sorgen für den sicheren Betrieb und die Instandhaltung der Netze. Sie müssen das Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch sowie die damit verbundene sichere Versorgung aufrechterhalten. Vonseiten der Netznutzer erhalten die Betreiber ein Netzentgelt, das durch die Bundesnetzagentur im Rahmen einer individuellen Erlösobergrenze festgesetzt wird. Die Übertragungs- und Verteilnetze der EnBW erstrecken sich insgesamt über eine Länge von rund 166.000 km und sind wie folgt unterteilt:

Stromkreislängen des EnBW-Konzerns in km	2009	2008
Übertragungsnetz¹		
Höchstspannung 380 kV	1.999	1.994
Höchstspannung 220 kV	1.829	2.055
Verteilnetz²		
Hochspannung 110 kV	9.813	9.801
Mittelspannung 30/20/10 kV	48.560	49.324
Niederspannung 0,4 kV	103.728	104.406

¹ Einbezogene Gesellschaften: EnBW Transportnetze AG und Energiedienst Holding AG.

² Einbezogene Gesellschaften: EnBW Regional AG, Energiedienst Holding AG, EnBW Ostwürttemberg DonauRies AG, ZEAG Energie AG, Stadtwerke Düsseldorf AG, ENSO Netz GmbH und Pražská energetika a.s. Der leichte Rückgang der Verteilnetzlänge ist darauf zurückzuführen, dass Konzessionsverträge in manchen Kommunen nicht neu abgeschlossen wurden.

Der Betrieb des Höchstspannungsnetzes (380 kV und 220 kV), das als Übertragungsnetz für den Transport von Strom über längere Strecken dient, liegt im Verantwortungsbereich der TNG. Zahlreiche Kuppelstellen ermöglichen die Anbindung des Höchstspannungsnetzes an das nationale und internationale Verbundnetz sowie den Anschluss großer Kraftwerke. Auf der anderen Seite ist das Netz über Transformatoren mit den regionalen Verteilnetzen verbunden. Zu den Aufgaben der TNG zählen die Steuerung der Energieflüsse im Netz sowie der Ausbau und die Instandhaltung der Netze. Über 200 Stromhändler, Kraftwerks- und Verteilnetzbetreiber sind Kunden und Partner der Gesellschaft.

Die REG ist der größte Verteilnetzbetreiber in Baden-Württemberg. Hierbei dienen Leitungen mit 110 kV für die Versorgung von Stadtwerken und Industriebetrieben, während 30-, 20- oder 10-kV-Leitungen im regionalen Verteilnetz für mittelgroße Abnehmer bestimmt sind. Das 0,4-kV-Leitungsnetz mit den dazugehörigen Umspannstationen wird von Haushalten, der Landwirtschaft und Gewerbebetrieben genutzt. Zu den Aufgaben der Gesellschaft zählen die Erstellung der Grundsätze für den Netzzugang und die Netznutzung sowie die Ermittlung der Nutzungsentgelte und die Gewährleistung der Versorgungszuverlässigkeit. Außerdem übernimmt sie den Vertrieb von Energie- und Netzdienstleistungen an Kommunen und Stadtwerke in Baden-Württemberg sowie das Konzessionsvertragsmanagement der EnBW.

Die **EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft GmbH (VSG)** ist die zentrale Vertriebsgesellschaft im EnBW-Konzern. Ihre Aufgabe ist der Vertrieb von Energie – dazu zählen Strom, Gas und Fernwärme – sowie Wasser und energienahen Dienstleistungen an die verschiedenen Kundengruppen: Industrie-, Gewerbe- und Privatkunden, Stadtwerke sowie Kommunen. Für die EnBW Gas GmbH ist die Gesellschaft als Dienstleister aktiv und unterstützt insbesondere die Vertriebstätigkeiten für Privat-, Industrie- und Weiterverteilernkunden.

Die **Watt Deutschland GmbH** ist Spezialist für den nationalen Stromvertrieb in den Kundengruppen Mittelstand und Filialisten und bietet darüber hinaus Energie- und Systemdienstleistungen an.

Im bundesweiten Vertrieb von Strom und weiteren Produkten (Yello Sparszähler^{online}/intelligenter Stromzähler) an Privat- und Gewerbekunden agiert die **Yello Strom GmbH**.

Im **Geschäftsfeld Gas** ist der EnBW-Konzern entlang der Wertschöpfungskette in den Bereichen Mid- und Downstream tätig. Das Midstream-Geschäft, auch Ferngasstufe genannt, umfasst Importverträge, -infrastruktur, die Gasspeicherung sowie den Handel beziehungsweise die Portfoliosteuerung. Beim Downstream, der Verteilstufe, erfolgen Gastransport, -verteilung und -vertrieb.

GAS				
Importverträge und -infrastruktur	Speicher	Handel / Portfoliosteuerung	Transport und Verteilung ¹	Vertrieb
EnBW Gas Midstream GmbH	EnBW Gas Midstream GmbH Gasversorgung Süddeutschland GmbH EnBW Gas GmbH	EnBW Gas Midstream GmbH EnBW Trading GmbH Gasversorgung Süddeutschland GmbH EnBW Gas GmbH	GVS Netz GmbH EnBW Gasnetz GmbH	Gasversorgung Süddeutschland GmbH EnBW Gas GmbH EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH Yello Strom GmbH ²
Ferngasstufe			Verteilstufe	

¹ Die netzbetreibenden Gesellschaften sind gemäß den Unbundling-Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes aufgestellt.

² Projekt Gasvertrieb an Haushaltskunden

Die **EnBW Gas Midstream GmbH** sichert dem EnBW-Konzern über eigene Importverträge und die Beteiligung an der erforderlichen Infrastruktur einen mittel- und langfristigen Zugang zu Gas. Vor diesem Hintergrund werden Engagements an LNG-Importterminals in Nordwesteuropa wie zum Beispiel in Rotterdam sowie bei der Untertagespeicherung von Gas geprüft. Das Gasspeicherprojekt in Etzel macht weiter Fortschritte. Die EnBW hatte sich im Jahr 2007 langfristige Nutzungsrechte für Salzkavernen in der Region Etzel gesichert. Zur Nutzung von Synergien haben EnBW und EDF, die auch über Speicherkavernen in der Region Etzel verfügt, eine 50:50-Joint-Venture-Gesellschaft gegründet. Deren Aufgabe ist die Errichtung und der kommerzielle Betrieb der obertägigen Anlage ab 2011. Der Baufortschritt der Anlage verläuft nach Plan. Die Anbindung an das Hochdrucknetz erfolgt über die 56 km lange Pipeline, an der EnBW und EDF beteiligt sind. Die Fertigstellung ist für Ende 2010 vorgesehen.

Zu den Kernaufgaben der **Gasversorgung Süddeutschland GmbH (GVS)** zählen Einkauf, Verkauf, Speicherung und Transport von Erdgas. Der Vertrieb beliefert Stadtwerke, regionale Gasversorger, Industriekunden und Kraftwerke im In- und Ausland mit Erdgas. Zusätzliche Dienstleistungen im Bereich Beratung und Service, Gaswirtschaft, Technik und Telekommunikation ergänzen das Angebot. Gesellschafter der GVS sind die EnBW und der italienische Energiekonzern Eni. Das Hochdruckgasnetz der GVS erstreckte sich in Baden-Württemberg Ende 2009 über eine Länge von rund 1.900 km. Die Netzbetreiberfunktion übt die 100 %-Tochter der GVS, die **GVS Netz GmbH**, aus. Bis September 2009 hat die GVS Netz gemeinsam mit der Eni Gas Transport Deutschland ihren Kunden alle Dienstleistungen rund um den Gastransport in einem eigenen Marktgebiet angeboten. Seit 1. Oktober 2009 ist dieses Marktgebiet Teil des erweiterten Marktgebiets NetConnect Germany.

Die **EnBW Gas GmbH** konzentriert sich auf die Gasversorgung von Endkunden in Baden-Württemberg und betreibt eigene Speicher. Die Netzbetreiberfunktion übt die 100 %-Tochter **EnBW Gasnetz GmbH** aus. Die gesamte Leitungslänge der Hoch-, Mittel- und Niederdrucknetze beträgt circa 4.500 km.

Zu den Versorgungsgebieten der Gasendverteilungsgesellschaften im EnBW-Konzern gehören in Baden-Württemberg insbesondere der Großraum Stuttgart, der Schwarzwald, die Schwäbische Alb, die Bodenseeregion, Nordbaden sowie Ostwürttemberg. Über die Beteiligungen an den Stadtwerken Düsseldorf sowie der ENSO Energie Sachsen Ost AG ist der EnBW-Konzern auch in der Region Düsseldorf sowie in Sachsen im Gasvertrieb tätig. Die **Yello Strom GmbH** bietet im Rahmen eines Pilotprojekts in Essen und Nürnberg Erdgas für Haushaltskunden an.

Im **Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen** ist der EnBW-Konzern in den Bereichen netz- und energienahe Dienstleistungen (im Wesentlichen Contractinglösungen), der thermischen und nicht-thermischen Entsorgung und der Wasserversorgung tätig.

ENERGIE- UND UMWELTDIENSTLEISTUNGEN

Gesellschaften mit Dienstleistungsfunktion

EnBW Energy Solutions GmbH
 EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH
 EnBW Kraftwerke AG
 Stadtwerke Düsseldorf AG
 EnBW Regional AG
 RBS wave GmbH

Die Contractingdienstleistungen werden von der **EnBW Energy Solutions GmbH** erbracht und bilden die gesamte Wertschöpfungskette ab. Diese erstreckt sich von der ersten Bedarfsanalyse über Planung, Finanzierung und Realisation bis hin zur Betriebsführung, Wartung und Instandhaltung der Anlagen bei den Kunden. Dabei handelt es sich um Energieanlagen, Heiz(kraft)werke und Medieninfrastruktur für die Versorgung mit verschiedenen Nutzenergien wie Wärme, Dampf, Kälte und Druckluft.

Die **EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH** erbringt umfangreiche Beratungs- und Dienstleistungen innerhalb des EnBW-Konzerns.

In der Abfallentsorgung ist der EnBW-Konzern über die **EnBW Kraftwerke AG** und die **Stadtwerke Düsseldorf AG** sowie deren Tochterunternehmen tätig. Zusammen verfügt die EnBW mit dem Müllheizkraftwerk Stuttgart-Münster und der Müllverbrennungsanlage der Stadtwerke Düsseldorf über eigene jährliche thermische Entsorgungskapazitäten in Höhe von circa 870.000 t Abfall. Außerdem gehören zum Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen auch die Wasserversorgung in Baden-Württemberg sowie in Gebieten von Hessen und Bayern. Dabei handelt es sich um die Wassergewinnung, -aufbereitung, -speicherung sowie -verteilung. Das Geschäft wird von der **EnBW Regional AG** sowie der **RBS wave GmbH** betrieben. Die netznahen beziehungsweise sonstigen Dienstleistungen des Geschäftsfelds umfassen beispielsweise Wartungsarbeiten, Erneuerungsmaßnahmen sowie Neubauten von Betriebsmitteln aller Art und auf allen Spannungs- und Druckebenen. In der

Straßenbeleuchtung werden sämtliche Leistungen erbracht, die eine ordnungsgemäße Beleuchtung des öffentlichen Raums sicherstellen. Für die Aufstellung und den Betrieb von Fotovoltaikanlagen in Kommunen werden ebenfalls Komplettlösungen angeboten. Zum Produktportfolio zählen außerdem Angebote zur Sprachkommunikation, Medien- und Sicherheitstechnik sowie Funk.

EnBW AG

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW AG) übernimmt als Holding die Leitungsfunktion im EnBW-Konzern. Ihr obliegt die strategische Führung und Steuerung des Konzerns entlang der wesentlichen Wertschöpfungsstufen in den Geschäftsfeldern. In der Holding sind ebenfalls die Funktionen eines konzernweiten Finanz- und Liquiditätsmanagements, die Personalsteuerung, die externe Kommunikation sowie die Konzernentwicklung zusammengefasst. Die EnBW AG hat mit wesentlichen Tochtergesellschaften Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge geschlossen.



WEITERE INFORMATIONEN

Die EnBW am
Kapitalmarkt/
Aktionärsstruktur
› S. 24

Die EnBW AG ist eine börsennotierte Aktiengesellschaft. Im regulierten Markt ist das Unternehmen dabei im General Standard der Deutschen Börse gelistet. Die Aktionärsstruktur der EnBW AG blieb 2009 im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Die beiden Hauptanteilseigner sind mit je 45,01% der EnBW-Aktien die E.D.F. INTERNATIONAL SA und die OEW Energie-Beteiligungs GmbH. Der Anteilsbesitz besteht in dieser Höhe seit der letzten Anpassung am 8. April 2005.

Der Lagebericht des EnBW-Konzerns und der EnBW AG wird zusammengefasst, da der Geschäftsverlauf, die wirtschaftliche Lage und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der EnBW AG nicht von dem Geschäftsverlauf, der wirtschaftlichen Lage und den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des EnBW-Konzerns abweichen.

Leitung und Kontrolle

Vorstand

Der Vorstand der EnBW AG besteht zum 31. Dezember 2009 aus fünf Mitgliedern, denen die gemeinschaftliche Leitung des Konzerns obliegt. Der Vorstand sorgt für eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswerts. Neben dem Ressort des Vorstandsvorsitzenden sind die Aufgaben des Vorstands in die Ressorts „Operations“, „Personal, Recht und IT“, „Finanzen“ und „Technik“ gegliedert.

Im Ressort des Vorstandsvorsitzenden werden insbesondere strategische, aktionärsbezogene, gesellschaftspolitische und konzernübergreifende Aufgaben sowie solche mit Öffentlichkeitswirkung angesiedelt. Dem Vorstandsvorsitzenden sind die Konzernführung und -entwicklung, die Marken und der Vertrieb, die Top-Management-Betreuung, die Entwicklung des Geschäftsfelds Gas, die Konzernrevision, die Unternehmenskommunikation sowie die Interessenvertretung in Wirtschaft, Technik und Energiepolitik zugeordnet. Die Konzernentwicklung beinhaltet die Bereiche Konzernstrategie und Mergers and Acquisitions sowie die Führung der Inlands- und Auslandsbeteiligungen. Um eine bestmögliche Optimierung der Wertschöpfungskette zu gewährleisten, ist der Bereich Marken und Vertrieb zusätzlich fachlich dem Ressort Operations zugeordnet. Medien, Sponsoring, Konzernpresse und interne Kommunikation liegen im Zuständigkeitsbereich der Unternehmenskommunikation. Die Interessenvertretung in Wirtschaft, Technik und Energiepolitik erfolgt über Repräsentanzen in Brüssel, Berlin und Stuttgart sowie die Koordination der Verbandsarbeit.

Die konzernweiten Finanzaktivitäten und damit verbundene Querschnittsfunktionen werden durch das Finanzressort gesteuert und koordiniert. Der Finanzvorstand verantwortet das Konzerncontrolling, die Konzernfinanzen und Investor Relations, das Rechnungswesen und Steuern sowie das Konzernrisikomanagement einschließlich Konzernkrisenmanagement. Neben den Schwerpunkten Konzernplanung und -reporting sowie Controlling der Geschäftsfeldbereiche, Gesellschaften und Beteiligungen ist im Konzerncontrolling auch die konzernweite Überwachung und Durchführung des Internen Kontrollsystems (IKS) zugeordnet.

Dem Vorstand im Ressort Operations obliegt die Steuerung und Optimierung der Upstream- und Downstream-Aktivitäten in den Bereichen Vertrieb, Handel und Netze. Energiewirtschaftliche Fragestellungen in den Bereichen Portfoliomanagement und Marktumfeld sowie der Umgang mit regulatorischen Aspekten werden ebenfalls vom Ressort Operations verantwortet. Darüber hinaus verantwortet der Vorstand Operations die Marketingaktivitäten. Die Contracting- und die damit verbundenen energienahen Dienstleistungsaktivitäten sind ebenfalls im Ressort Operations angesiedelt.

Das Ressort Personal, Recht und IT ist für die entsprechenden Querschnittsfunktionen dieser Bereiche und zugehörige strategische Fragestellungen verantwortlich. Des Weiteren obliegt dem Personalvorstand die Führung der Themenfelder Compliance, Materialwirtschaft, Arbeitsmedizin, Arbeitssicherheit, Datenschutz, Liegenschaften und Wissensmanagement. Er hat darüber hinaus die Funktion des Arbeitsdirektors.

Der Technikvorstand verantwortet die Energieerzeugung aus konventionellen, nuklearen und erneuerbaren Quellen sowie die Entwicklung und den Ausbau der dafür erforderlichen Anlagen. Er führt die entsprechenden Konzerngesellschaften. Das Technikressort steuert und koordiniert außerdem das Geschäftsfeld Entsorgung, technische Fragen der Netze, den Konzernumweltschutz, die Projektentwicklung im Kraftwerksbau sowie die Aufgabengebiete Forschung und Innovation und internationale Klimaschutzprojekte.

Aufgrund voraussichtlich längerer krankheitsbedingter Abwesenheit des Finanzvorstands Dr. Rudolf Schulten werden die dem Finanzressort zugeordneten Unternehmensbereiche und Konzerngesellschaften seit dem 22. Dezember 2009 vorübergehend von den übrigen vier Mitgliedern des Vorstands weitergeführt.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der EnBW AG besteht aus 20 Mitgliedern und ist gemäß dem deutschen Mitbestimmungsgesetz paritätisch mit Vertretern der Anteilseigner und Arbeitnehmer besetzt, wobei die Gewerkschaft ver.di drei Arbeitnehmervertreter nominiert.

Der Aufsichtsrat überwacht und berät den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. Gemeinsam mit dem Vorstand erörtert er regelmäßig die Geschäftsentwicklung, Planung und Strategie des Unternehmens. Bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen ist der Aufsichtsrat stets eingebunden. Rechtsgeschäfte und Maßnahmen, die der Zustimmung durch den Aufsichtsrat bedürfen, sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt. Der Aufsichtsrat ist insbesondere zuständig für die Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder und die Feststellung des Jahresabschlusses. Zur optimalen Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat einen Personalausschuss, einen Finanz- und Investitionsausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Nominierungsausschuss sowie einen Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Abs. 3 des Mitbestimmungsgesetzes gebildet. Das Kapitel Corporate Governance enthält Angaben zur Zusammensetzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse.

Weitere Erläuterungen finden sich in der Erklärung zur Unternehmensführung einschließlich Corporate Governance Bericht, die auf unserer Internetseite (www.enbw.com) im Bereich Investoren zugänglich ist.



WEITERE INFORMATIONEN
Corporate Governance/
Der Aufsichtsrat
> S. 242f.



WEITERE INFORMATIONEN
Corporate Governance
> S. 231ff.

Produkte, Markt und Wettbewerb

Markt- und Wettbewerbsstruktur

Die Energieversorger in Europa lassen sich grob in drei Gruppen unterteilen. Zur ersten Gruppe gehören Unternehmen wie EDF, Enel, E.ON oder RWE, deren Geschäftsaktivitäten europa- und auch weltweit in einer Vielzahl von Märkten stark diversifiziert sind. Die EnBW ist einer zweiten Gruppe von Unternehmen zuzuordnen, die ausgehend von einer starken Position in ihren Heimatmärkten ein Wachstum in ausgewählten europäischen Auslandsmärkten anstreben. Zu diesen Unternehmen zählen beispielsweise CEZ, DONG, EVN, Vattenfall oder Verbund. Darüber hinaus besteht in den einzelnen europäischen Ländern eine Vielzahl regional und lokal tätiger Unternehmen, die in ihren begrenzten Märkten eine starke Stellung aufweisen (beispielsweise Alpiq in der Schweiz, Hera in Italien, MVV und Thüga in Deutschland).

Marktposition der EnBW

Stromerzeugung: Bei der Stromerzeugung zählt die EnBW zu den zehn größten Unternehmen in Europa. Auf Basis der installierten Erzeugungskapazitäten zum Ende des Geschäftsjahres 2008 belegte sie Platz acht. Die EDF in Frankreich weist mit deutlichem Abstand die höchsten Erzeugungskapazitäten auf. Bezogen auf Deutschland ist die EnBW die Nummer drei in der Stromerzeugung, nach E.ON und RWE. In der Türkei ist die EnBW im Rahmen eines Joint Ventures seit 2009 beim Ausbau von Erzeugungskapazitäten aktiv, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien.

Regulierter Bereich der Netze: Die EnBW ist einer der vier Übertragungsnetzbetreiber in Deutschland und betreibt in Baden-Württemberg verschiedene Verteilnetze. Die Gesamtlänge des EnBW-Verteilnetzes für Strom beträgt 162.101 km, die Länge aller Hoch-, Mittel- und Niederdrucknetze für Gas der EnBW 17.984 km.

Stromvertrieb: Gemessen an der Zahl der Kunden und an den Absatzmengen ist der EnBW-Konzern der drittgrößte Stromversorger in Deutschland. In ihrem Stammland in Baden-Württemberg ist die EnBW in den B2B- und B2C-Kundengruppen Marktführer. Die nationale Vertriebsmarke Yello bietet bundesweit Strom für Privat- und Gewerbekunden an. Mit der Marke Watt werden dem Mittelstand und Filialisten national Energie- und Systemdienstleistungen angeboten.

Gas: Die Erweiterung der Wertschöpfungskette im Bereich Gas soll zur Stärkung der Marktposition beitragen. Traditionell ist die EnBW im Gasbereich in ihrem Stammland Baden-Württemberg aktiv und hat auch deutschlandweit Kunden. Zwei Drittel der Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg werden über das Hochdrucknetz der GVS mit Erdgas beliefert. Die ENSO ist in der Region Ostachsen gut im Markt etabliert. Die Stadtwerke Düsseldorf AG, an denen die EnBW beteiligt ist, erreicht einen hohen Marktanteil in der dortigen Region.

Energie- und Umweltdienstleistungen: In Bezug auf den Umsatz gehört die EnBW zu den größten Unternehmen im Bereich Energie- und Umweltdienstleistungen in Deutschland und zählt zu den führenden Anbietern von Contractingleistungen. Dabei nimmt die ESG im industriellen Contracting eine Spitzenposition im deutschen Markt ein. In Baden-Württemberg zählt der EnBW-Konzern zu den führenden Unternehmen im Bereich der thermischen Entsorgung von Abfällen. Eine marktführende Position im abfallwirtschaftlichen Bereich nimmt ebenfalls die Stadtwerke Düsseldorf AG in der Region Düsseldorf ein. Auf dem Gebiet der Wasserversorgung erzielte die EnBW 2009 einen Marktanteil von 11 % in Baden-Württemberg und ist damit hier der größte Wasserversorger.

Produkte und Wettbewerb

Die EnBW verfolgt eine Mehrmarkenstrategie im Vertrieb ihrer Produkte und Dienstleistungen. In Baden-Württemberg werden Strom, Gas, Energie- und Umweltdienstleistungen, Fern- und Nahwärme sowie Wasser unter der Marke EnBW angeboten. Die Marke NaturEnergie richtet sich an ökologisch orientierte Kunden. In ganz Deutschland ist die EnBW mit der Marke Yello im Vertrieb an private Verbraucher sowie Gewerbekunden präsent. Mittelständische Unternehmen sowie Filial- und Gewerbekunden werden über die Marke Watt mit Energie versorgt. Industriekunden und Weiterverteiler werden auch bundesweit unter der Marke EnBW angesprochen. Die Strategien der einzelnen Marken sind konsequent aufeinander abgestimmt. Kundenorientierung besitzt bei der EnBW oberste Priorität.

Strom

Im Jahr 2009 hat sich der intensive Wettbewerb auf dem deutschen Strommarkt in allen Kundengruppen fortgesetzt. Insbesondere im Wettbewerb um Privatkunden ist eine hohe Zahl regionaler und überregionaler Anbieter zu verzeichnen. Die Wechselbereitschaft der Kunden nimmt weiter zu. Laut BDEW haben seit 1998 bereits 60% aller Privatkunden den Stromtarif oder -anbieter gewechselt. Dabei hat der Anteil der Kunden, die schon einmal oder mehrmals einen neuen Anbieter gewählt haben, im Zeitraum Dezember 2008 bis September 2009 bundesweit von 18,9% auf 20,5% zugenommen. Der Wettbewerb um Privatkunden wird oftmals sehr preisaggressiv geführt, um Marktanteile hinzuzugewinnen. In Baden-Württemberg konnte die EnBW ihre gute Marktposition trotz des spürbaren Wettbewerbs behaupten. Das Unternehmen positionierte sich durch hohe Standards im Kundenservice und attraktive Kundenbindungsmaßnahmen. Das Angebot eines speziellen Ökostromprodukts in Baden-Württemberg stieß auf sehr große Resonanz. Im Herbst 2009 wurde vielen Kunden eine Tarifvariante mit Energiesparbonus und Preisgarantie angeboten. Der EnBW-Kundenservice erhielt bereits mehrfach Auszeichnungen neutraler Institutionen. Auch im Jahr 2009 lautete zum Beispiel das Testurteil von ServiceRating „sehr gut“. Im Unterschied zu vielen Wettbewerbern besetzt die EnBW aktiv das Thema Energieeffizienz und unterstützt ihre Kunden mit innovativen Produkten, beispielsweise mit dem EnBW Intelligenten Stromzähler®, den die EnBW seit Herbst 2008 als erster und in dieser Form bis heute einziger Energieversorger im Land anbietet. Im Jahr 2009 haben wir in Baden-Württemberg zusätzlich die Kampagne „Weniger Verbrauch geht auch“ gestartet. Bundesweit hat Yello als erstes Stromunternehmen im Dezember 2008 einen intelligenten Zähler angeboten und blieb auch 2009 der einzige nationale Anbieter eines intelligenten Stromzählers für Privatkunden. Auch Yello konnte die Marktstellung trotz eines intensiven Wettbewerbs behaupten. Ein wichtiger Faktor dabei ist die hohe Markenbekanntheit, die gestützt einen Wert von 97% erreicht.

Der Wettbewerb um B2B-Kunden wurde 2009 zusätzlich durch die negativen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verschärft. Kunden, die Verträge vor dem Verfall der Stromgroßhandelsmarktpreise abgeschlossen hatten, standen unter besonderem Druck, was häufig in die folgenden Vertragsverhandlungen einfluss. Die Wechselbereitschaft ist bei Industriekunden generell höher als bei anderen Kundengruppen. Der Wettbewerb wird sowohl von den großen deutschen Energieversorgern als auch von ausländischen sowie regionalen Anbietern bestimmt. Zu einer Intensivierung des Wettbewerbs haben im abgelaufenen Geschäftsjahr auch die Aktivitäten lokaler Stadtwerke beigetragen. Die EnBW stellt sich auf den intensivierten Wettbewerb durch eine Ausweitung des Angebots an handelsorientierten Stromprodukten ein. Für die Kunden wurde ein internetbasiertes Portal zum Management von Energieverträgen aufgebaut. Eine hohe Qualität von Beratung und Service ist die Basis der oft langjährigen Kundenbeziehungen der EnBW. Die „EnBW Netzwerke Energieeffizienz“ sind ein Beispiel für Aktivitäten, die Mehrwert bei den Kunden erzeugen und die Kundenbindung stärken. Seit 2009 wurde dies durch ein Franchise-Modell erweitert, das sich derzeit in der Testphase befindet.

Gas

Auch auf dem Gasmarkt hat sich die Wettbewerbsdynamik im Jahr 2009 weiter erhöht. Gemäß der jüngsten Erhebung der Bundesnetzagentur (BNetzA) können private Verbraucher mittlerweile im Durchschnitt zwischen zwölf Anbietern – im Großraum Stuttgart zwischen über 30 Anbietern – wählen. Im Jahr 2007 bestanden hingegen nur wenige Wahlmöglichkeiten. Dementsprechend hat sich nach Angaben der BNetzA die Zahl der Lieferantenwechsel bei Haushaltskunden bereits von 2007 auf 2008 mehr als verdreifacht. Zusätzlich steht Gas bei Privatkunden jedoch auch im Wettbewerb mit alternativen Lösungen, beispielsweise erneuerbaren Energien oder dem Passivenergiehaus.

Die EnBW Gas GmbH konnte ihre Marktposition bei Industrie- und Haushaltskunden im Großraum Stuttgart behaupten. Ein Instrument war die Einführung weiterer individueller und marktorientierter Produkte. Hierzu gehörte auch der Ausbau des Angebots von Produkten mit einem regenerativen Anteil in Form von Bioerdgas, das in eigenen Anlagen produziert wird. Das 2008 gestartete Pilotprojekt zum Einsatz von Wärmepumpen wurde 2009 umgesetzt und die ersten Kunden konnten gewonnen werden. Die Etablierung der EnBW als Marke für Erdgas ist über Kampagnen auch im Jahr 2009 weiter vorangetrieben worden.

In der Region Ostsachsen ist die ENSO im Gasendkundenvertrieb erfolgreich tätig.

Auch die Stadtwerke Düsseldorf, an denen die EnBW mehrheitlich beteiligt ist, konnten sich im Wettbewerb behaupten und sogar leicht ansteigende Kundenzahlen verbuchen. Kundenabgänge innerhalb des Stammbiets wurden mit erfolgreichen Vertriebsaktivitäten in ausgewählten Regionen Nordrhein-Westfalens überkompensiert.

Das Pilotprojekt der Yello Strom GmbH im Vertrieb des Kombiprodukts „Erdgas in Verbindung mit dem Sporzähler^{online}“ an Haushaltskunden in Essen und Nürnberg wurde 2009 fortgesetzt.

Die GVS konnte 2009 ihre Position in Baden-Württemberg und in Deutschland behaupten. Die Wirtschaftskrise hat sich hier in Form von Unternehmensinsolvenzen negativ ausgewirkt. Bei der Kundengruppe Weiterverleiher hat die erhöhte Liquidität auf dem Gasmarkt zu einem verstärkten direkten Bezug über den Gashandel geführt. Gleichwohl positioniert sich die GVS am Markt als zuverlässiger und leistungsstarker Lieferant für Erdgas. Zusätzliche Dienstleistungen rund um Technik, Logistik und Vertrieb runden das Angebot ab.

Energie- und Umweltdienstleistungen

Im Contractingbereich hat sich der Wettbewerb in Deutschland 2009 weiter professionalisiert und fokussiert. Die EnBW Energy Solutions GmbH (ESG) hat ihre Contractingaktivitäten bei Industriekunden in Baden-Württemberg und Deutschland weiter ausgebaut. Die gezielte Ansprache spezieller Branchen hat sich dabei als sehr erfolgreich erwiesen. Zielsetzung der Lösungen der ESG ist die Sicherung der langfristigen Versorgung des Kundenstandorts durch eine technisch-wirtschaftliche optimale und bedarfsgerechte Lösung. Das Leistungsportfolio der ESG zeichnet sich durch unterschiedliche Technologien, Brennstoffe und Anlagengrößen aus. Neben Anlagen, die mit Gas befeuert werden, betreibt die ESG bei ihren Kunden auch eine Reihe von Biomasseanlagen und Anlagen im KWK-Betrieb. Mit ihren Contractinglösungen trägt die ESG zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Kunden und zur Senkung der CO₂-Emission durch effiziente Erzeugungstechnologien bei.

Der Fokus im Entsorgungsbereich liegt auf der anlagenintensiven Entsorgung von Abfall in thermischen Abfallbehandlungsanlagen und dem zugehörigen Stoffstrommanagement (Waste to Energy). Die EnBW gewährleistet so zuverlässig die Entsorgungssicherheit für ihre kommunalen Partner. Die beiden großen Müllverbrennungsanlagen in Stuttgart und Düsseldorf sind wichtige Eckpfeiler der Fernwärmeversorgung beider Landeshauptstädte. Durch die gleichzeitige Erzeugung von Strom- und Fernwärme (Kraft-Wärme-Kopplung) liefern sie einen wichtigen Beitrag zur klimafreundlichen Energiebereitstellung. Die Basis des Geschäfts der thermischen Abfallentsorgung in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen bilden langfristige Verträge mit Landkreisen und Städten. Die Marktposition blieb im Jahr 2009 in beiden Regionen stabil.

Rund um die Wasserversorgung bietet die EnBW Regional AG vorwiegend in Baden-Württemberg sowohl Ingenieurdienstleistungen als auch die Betriebsführung der Anlagen für Kommunen an. Als weiterhin größter Wasserversorger in Baden-Württemberg wurden im Jahr 2009, ähnlich wie im Vorjahr, rund 38 Mio. m³ Wasser verkauft. Die EnBW trägt ihrer Verantwortung für die sichere Wasserversorgung in der Region Stuttgart unter anderem durch eine angemessene Bevorratung, die Fernüberwachung der Anlagen und die Erneuerung der Leitungsnetze Rechnung. Mit der Inbetriebnahme des dritten Hochbehälterneubaus im Jahr 2010 werden innerhalb von 24 Monaten 22.000 m³ neues Speichervolumen zur Verfügung stehen. In die Modernisierung und den Ausbau des vorhandenen Leitsystems für die Fernüberwachung der Anlagen hat die EnBW 2009 circa 1 Mio. € investiert. Mit einem knapp 1.500 km langen Leitungsnetz, das regelmäßig erneuert wird, stellt die EnBW auch mittel- und langfristig eine stabile, weitgehend störungsfreie Versorgung sicher. Im Bereich der Dienstleistungen, die von der RBS wave GmbH durchgeführt werden, hat sich die EnBW weiter etabliert. Insbesondere von Industriekunden konnte eine erhöhte Nachfrage nach komplexen Angeboten (Betriebsführung und Contracting) registriert werden. Mit dem Produkt LeakControl bietet die EnBW ihren Kunden ein Produkt zur Überwachung von Wasserverlusten und zur Erleichterung der Suche bei Rohrbrüchen.

Die Geschäftsentwicklung der netznahen Dienstleistungen im Bereich Stromversorgung konnte im Geschäftsjahr 2009 trotz der aufgrund der Wirtschaftskrise angespannten Marktsituation stabil gehalten werden. Weiterhin groß ist die Nachfrage nach Fotovoltaikanlagen. Im Bereich der Netzdienstleistungen ist die REG in allen Spannungsebenen am Markt etabliert und anerkannt.

Konzernstrategie und wertorientierte Steuerung

Die EnBW gehört zu den großen Energieunternehmen in Europa. Es ist unser Ziel, den Unternehmenswert durch profitables Wachstum zu steigern. Dabei achten wir auf die finanzielle Solidität unseres Unternehmens. Die EnBW wächst gemeinsam mit ihren Kunden, Mitarbeitern und Partnern.

Ziele

Die EnBW steht für Fortschritt und Wettbewerb im Energiemarkt. Ausgehend von den starken Wurzeln in Baden-Württemberg strebt die EnBW in Zukunft auf Basis eines ausgewogenen Geschäftsportfolios an, zur Spitzengruppe der europäischen Energieunternehmen zu zählen. Kundenorientierung ist unsere zentrale Leitlinie. In einem intensiven Wettbewerb will die EnBW Kunden durch das Angebot attraktiver und innovativer Produkte und Dienstleistungen überzeugen. Ziel ist, einen positiven Wertbeitrag zu erwirtschaften und die finanzielle Stabilität zu erhalten. Dies sichert die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens. Zukunft sichern bedeutet für die EnBW ebenfalls, den Klimaschutz konsequent voranzutreiben. Wir wollen bis 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien an unserer Eigenerzeugung auf 20% erhöhen.



WEITERE INFORMATIONEN
Werte, Ziele, Strategie
> S. 15ff.

Strategie

Die EnBW verfolgt eine langfristig orientierte Wachstumsstrategie und stützt sich dabei auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit ihren zwei Kernaktionären EDF und OEW. Um das Bestandsgeschäft zu sichern und Wachstumschancen zu nutzen, hat die EnBW in den vorangegangenen Jahren begonnen, ihr Investitionsvolumen deutlich auszuweiten. Im Jahr 2009 beliefen sich die Nettoinvestitionen auf 4,2 Mrd. €. Das aktuelle, von 2010 bis 2012 umzusetzende Investitionsprogramm umfasst Nettoinvestitionen im Volumen von 5,1 Mrd. €.

Eine wesentliche Säule des EnBW-Geschäftsportfolios ist die Erzeugung von Strom. Der Entwicklung der Stromerzeugungskapazitäten kommt auch im Rahmen unseres Wachstums- und Investitionsprogramms eine hohe Bedeutung zu. Allein im Jahresverlauf 2009 haben wir unsere Erzeugungskapazitäten einschließlich langfristiger Strombezugsrechte um 771 MW auf 15.771 MW ausgeweitet. Den Ausbau der erneuerbaren Energien treiben wir durch Investitionen insbesondere in Anlagen für die Nutzung von Wind- und Wasserkraft sowie in den Bereichen Geothermie, Fotovoltaik und Biomasse voran.



WEITERE INFORMATIONEN
Prognosebericht
> S. 113f.

Die zweite strategische Stoßrichtung des Investitionsprogramms ist der Ausbau des Gasgeschäfts. Hier verstärken wir unsere Aktivitäten insbesondere im Midstream-Bereich, um die Geschäftsmöglichkeiten aus der Zunahme des grenzüberschreitenden Transports und der wachsenden Liquidität der Gasmärkte zu nutzen. Wir werden dazu unser Know-how aus dem Stromhandel und unsere Marktkennntnis für die Optimierung unserer Assets einsetzen. Wir arbeiten an der Erweiterung unseres Assetportfolios aus Bezugsverträgen, Transportkapazitäten (Pipeline und LNG) und Speichern. Der gemeinsam mit der EDF betriebene Bau des Speicherprojekts Etzel ist dazu ein erster wichtiger Meilenstein. Auch der Einstieg bei der EWE Aktiengesellschaft ermöglicht künftig die gemeinsame Nutzung von Opportunitäten im Gasgeschäft.

Die EnBW hat den Anspruch, mehr zu sein als ein klassischer Energieversorger. Wir bieten unseren Kunden umfassende Lösungen in Energie-, Versorgungs- und Entsorgungsfragen. Neben Strom und Gas konzentrieren wir dazu unsere Anstrengungen auf die Erweiterung der Aktivitäten im Bereich Wärme. Wir wollen unser Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen gezielt ausbauen. Die EnBW verfolgt engagiert die Erschließung neuer Geschäftsfelder. Als erster deutscher Energieversorger führten wir beispielsweise über die Vertriebs-tochter Yello den intelligenten Stromzähler ein. Im Bereich der Elektromobilität treiben wir ganzheitliche

Lösungen voran, die nahtlos an das Konzept des Smart Home-Ansatzes anschließen. Energieeffizienz ist eine Leitlinie der EnBW, die hohe Priorität genießt. Maximale Energieeffizienz streben wir bei allen eigenen Geschäftstätigkeiten sowie in Zusammenarbeit mit unseren Kunden bei der Energieverwendung vor Ort an.

Die EnBW ist in Baden-Württemberg verwurzelt, in einer der wirtschaftlich stärksten Regionen Europas. Indem wir unsere Heimatregion unterstützen, sichern wir auch das Fundament der EnBW. Unser Horizont reicht aber darüber hinaus. Die EnBW ist deutschlandweit aktiv. 2009 haben wir beispielsweise den Anteilserwerb von 26 % an der EWE Aktiengesellschaft mit Hauptsitz in Oldenburg vollzogen. Der überwiegende Teil der 2009 in Deutschland erworbenen Stromerzeugungskapazitäten befindet sich außerhalb Baden-Württembergs. Bei ihrer internationalen Geschäftstätigkeit konzentriert sich die EnBW auf ausgewählte Länder Mittel- und Osteuropas sowie auf die Türkei, wo 2009 das Joint Venture mit der Borusan Holding die Arbeit aufnahm.

Die Geschäftsaktivitäten der EnBW bilden ein diversifiziertes Geschäftsportfolio, das sich nach Produkten und Dienstleistungen, Wertschöpfungsstufen und geografischen Gesichtspunkten gliedern lässt. In der Stromerzeugung und Gasbeschaffung agieren wir auf wettbewerbsintensiven Großhandelsmärkten. Die Effizienz und Flexibilität des Erzeugungs- und Beschaffungsportfolios sind hier erfolgsentscheidend.

Es ist Strategie der EnBW, ihre Position auf allen drei Märkten zu behaupten und auszubauen, um von den jeweiligen marktspezifischen Vorteilen zu profitieren. Für Investoren bietet die EnBW ein risikominderndes, ausgewogenes Geschäftsportfolio.

Das strategische Wachstums- und Investitionsprogramm bedeutet für die EnBW eine große Anstrengung, ist aber ohne Alternative. Sein Zuschnitt berücksichtigt die Finanzkraft des Unternehmens und erhält seine Position am Kapitalmarkt:

- Die Investitionen konzentrieren sich auf die strategischen Stoßrichtungen und erzielen langfristig positive Wertbeiträge.
- Das Investitionsprogramm wird von Desinvestitionen begleitet. Dabei stehen insbesondere nichtstrategische Minderheitsbeteiligungen der EnBW auf dem Prüfstand.
- Die EnBW wird ihr Ziel, ihr Single-A-Rating zu halten, konsequent weiterverfolgen.



WEITERE INFORMATIONEN
Wertbeitrag 2009
› S. 70f.

Wertorientierte Steuerung

Die wertorientierte Steuerung der EnBW basiert auf dem Wertbeitrag. Dieser misst die Entwicklung des Unternehmenswerts aus finanzieller Sicht. Grundgedanke des Wertbeitrags ist, dass der Unternehmenswert steigt, wenn die Rentabilität des eingesetzten Kapitals über der geforderten Verzinsung für dieses Kapital liegt. Im Detail wird der Wertbeitrag wie folgt ermittelt:

Wertbeitrag	=	ROCE – Kapitalkostensatz	x	Capital Employed
--------------------	---	--------------------------	---	------------------

$$\text{Mit ROCE} = \frac{\text{Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis}}{\text{Capital Employed}}$$

Die Rentabilität des eingesetzten Kapitals (Return on Capital Employed, ROCE) ergibt sich aus dem Verhältnis des Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis zum eingesetzten Kapital (Capital Employed). Das Adjusted EBIT stellt die operative und nachhaltige Leistung der EnBW dar. Das Beteiligungsergebnis wird berücksichtigt, da Beteiligungen ein integraler Bestandteil des Geschäftsmodells sind. Das Adjusted EBIT, das um neutrale Effekte bereinigt ist, stellt eine Vorsteuergröße dar, somit erfolgt auch die Umrechnung des Beteiligungsergebnisses auf einen Vorsteuerwert. Sämtliche Vermögenswerte des operativen Geschäfts werden dem Capital Employed zugerechnet, nicht zinstragendes Kapital, beispielsweise Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, wird davon abgezogen. Da es sich beim Capital Employed um eine Stichtagsbetrachtung und beim Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis um eine zeitraumbezogene Größe handelt, wird für das Capital Employed der Durchschnitt aus dem Jahresanfangs- und Jahresendwert sowie den drei dazwischenliegenden

Quartalsendwerten gebildet. Die Differenz zwischen ROCE und Kapitalkostensatz, der auf der gewogenen Verzinsung des Eigen- und Fremdkapitals basiert, multipliziert mit dem Capital Employed ergibt dann den erwirtschafteten Wertbeitrag. Dieser ist positiv, wenn der ROCE über dem Kapitalkostensatz liegt.

Der Wertbeitrag ist die Grundlage der strategischen Entscheidungen und operativen Maßnahmen der EnBW. Die Voraussetzung für Investitions- und Geschäftsentscheidungen ist ein positiver Wertbeitrag des jeweiligen Projekts über den gesamten Betrachtungszeitraum. Die Geschäftsaktivitäten des EnBW-Konzerns enthalten unterschiedliche Risikopositionen. Aus diesem Grund werden den Vorhaben jeweils risikoadjustierte Kapitalkosten zugrunde gelegt.

Der Wertbeitrag wird durch verschiedene Größen beeinflusst. In den letzten fünf Jahren konnte der ROCE aufgrund einer guten operativen Entwicklung kontinuierlich gesteigert werden. In der Folge legte der Wertbeitrag ebenso zu. Vor dem Hintergrund des 2009 begonnenen umfangreichen Investitionsprogramms lässt sich diese Entwicklung nicht fortschreiben. So erhöhen Investitionen in den Folgejahren das eingesetzte Kapital deutlich. Naturgemäß entfalten Investitionen ihre Ergebniswirkung über einen längeren und den Investitionen oftmals nachgelagerten Zeitraum. Investitionen in Sachanlagen für den Neubau von Erzeugungskapazitäten wirken sich, abgesehen von Abschreibungseffekten, beispielsweise erst nach Inbetriebnahme der Anlagen positiv auf das operative Ergebnis des Konzerns aus. Dies führt zu einer gewissen Zyklizität in der Entwicklung des ROCE und damit auch des Wertbeitrags in Abhängigkeit des Investitionsvolumens. Trotz der damit tendenziell senkenden Wirkung auf den Wertbeitrag lässt die EnBW die Methodik zur Ermittlung des Wertbeitrags unverändert, die Investitionen werden ohne Verzögerung dem Capital Employed zugerechnet. Die Strategie der EnBW verfolgt das Ziel, den Unternehmenswert langfristig und nachhaltig zu steigern. Jährliche Schwankungen im Rahmen des Investitionszyklus sind demgegenüber von nachgeordneter Bedeutung.

Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

Die negativen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben zu einer Verminderung des Energieverbrauchs in Deutschland geführt. Die Preise auf den Großhandelsmärkten von Strom, Brennstoffen und CO₂-Zertifikaten sind 2009 deutlich unter das Vorjahresniveau gesunken. Durch ein aktives Risikomanagement sind wir bestrebt, die auftretenden Risiken möglichst zu reduzieren. Der politische und regulatorische Einfluss auf die Energiebranche bleibt weiterhin hoch.

Rahmenbedingungen

Der Geschäftsverlauf der EnBW wird durch verschiedene externe Faktoren beeinflusst, die sich vor allem aus wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sowie der Preissituation an den Märkten für Strom, Brennstoffe und CO₂-Zertifikate ergeben.

Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und Europa ist der Absatz an Endkunden im Strom- und Gasbereich gesunken. Während der Verbrauch privater Haushalte weitestgehend konjunkturunabhängig ist, schlagen sich starke Wachstums- oder Schrumpfungsphasen der Wirtschaft deutlich in der Nachfrage der Industrie und somit im Absatz der EnBW nieder. Darüber hinaus spielt auch die Witterung insbesondere beim Gasabsatz eine wichtige Rolle. So konnte der konjunkturbedingte Nachfragerückgang im Januar und Februar 2009 beim Gas durch im Vergleich niedrigere Temperaturen teilweise kompensiert werden.

Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene wird die Energiebranche in hohem Maße von politischen Entscheidungen beeinflusst. Ein Schwerpunkt ist dabei die Einführung von markt- und wettbewerbsorientierten Regelungen. Zusätzlich hat das gestiegene Bewusstsein für die Notwendigkeit, den Klimawandel zu begrenzen und den Umweltschutz zu forcieren, für eine starke Dynamik auf der politischen und regulatorischen Ebene gesorgt. Insgesamt ist eine sehr hohe Dichte an gesetzgeberischem Handeln im Energiebereich festzustellen. Die Energiepolitik übt einen großen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung und die Unternehmensstrukturen der Gesellschaften in der Branche aus. Vor diesem Hintergrund ist auch die EnBW mit schwierigen und sich ständig verändernden Anforderungen konfrontiert, denen das Unternehmen nach Möglichkeit mit flexiblen und langfristig orientierten Lösungen zu begegnen versucht.

Die Preise an den Märkten für Strom, Brennstoffe und CO₂ bestimmen den Geschäftsverlauf der EnBW sowohl auf der Kosten- als auch auf der Erlösseite: Die Preise der Primärenergieträger und der CO₂-Zertifikate bestimmen die variablen Kosten der Stromproduktion der Kraftwerke der EnBW und sind die entscheidenden Einflussgrößen auf die Entwicklung des Strompreises auf dem Großhandelsmarkt. CO₂-Zertifikate sind ein Inputfaktor der Stromproduktion, da sie im Rahmen des europäischen Emissionshandels für die bei der Erzeugung entstehenden CO₂-Emissionen nachgehalten werden müssen. In Abhängigkeit vom Preisniveau auf den Großhandelsmärkten ergibt sich dabei eine unterschiedliche Profitabilität der verschiedenen Kraftwerke. Die EnBW bezieht die für die Stromerzeugung notwendigen Mengen an Primärenergieträgern und CO₂-Zertifikaten im Voraus auf Termin. Gleichzeitig veräußert sie die geplante Stromproduktion ebenfalls auf dem Terminmarkt. Damit reduziert die EnBW Unsicherheiten aus der Preisentwicklung für die Erzeugungsmarge des Unternehmens. Dies bedeutet, dass die Kosten und Erlöse im Geschäftsjahr 2009 maßgeblich auf die Konditionen der in den Jahren zuvor abgeschlossenen Kontrakte zurückzuführen sind. Die dargestellten Preisentwicklungen des Jahres 2009 wirken somit im Wesentlichen auf die Folgeperioden. Dies gilt ebenso für die vertriebsseitig am Terminmarkt beschafften Strommengen.

Gesamtwirtschaftliche Situation

Als Folge der im Jahr 2008 einsetzenden Finanzmarktkrise zeichnete sich mit Beginn des zweiten Halbjahres 2008 auch eine merkliche Abschwächung der weltweiten Konjunktur ab. Vor diesem Hintergrund reduzierte sich das weltweite Wirtschaftswachstum, gemessen anhand des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP), im Jahr 2008 nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) auf 3,0%, nach 5,2% im Jahr zuvor. Im Jahr 2009 verstärkte sich der Abschwung, was zu einem deutlichen Einbruch der Konjunktur und einem Rückgang der weltwirtschaftlichen Leistung um voraussichtlich 1,1% geführt haben dürfte.

2009 ist die Wirtschaftsleistung der Eurozone nach Schätzungen von Eurostat um 4,0% im Vergleich zum Vorjahr gesunken. 2008 konnte noch ein kleines Plus von 0,6% erzielt werden. Für die Staaten in Mittel- und Osteuropa geht der IWF sogar von einem Rückgang im Jahr 2009 um durchschnittlich 5,0% aus, nachdem im Vorjahr noch ein deutliches Wachstum verzeichnet werden konnte. Auch die Türkei wurde von einem heftigen Konjunkturabschwung erfasst. Eurostat geht für das Jahr 2009 von einem Minus von 5,8% aus, nach einem Plus von 0,9% im Jahr zuvor.

Nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) beläuft sich die Verringerung des BIP in Deutschland 2009 auf schätzungsweise 4,8%. Mit einem prognostizierten Minus im Export von 14,6% und um 8,2% rückläufigen Anlageinvestitionen befinden sich insbesondere die traditionellen Wachstumstreiber der deutschen Wirtschaft tief im negativen Bereich. Im Ergebnis lag die Industrieproduktion nach den bisher vorhandenen Angaben von Eurostat im Zeitraum Januar bis August 2009 in jedem Monat mindestens 18% unter dem jeweiligen Wert des Vorjahresmonats.

Energieverbrauch

Die stark gesunkene Wirtschaftsleistung in Deutschland hat den Energieverbrauch im laufenden Jahr, insbesondere durch den Rückgang der Industrieproduktion, deutlich gedämpft. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) geht für das Jahr 2009 nach ersten Schätzungen von einem Stromverbrauch von 519 Mrd. kWh aus. Dies ist ein Rückgang um rund 5% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Beim Gas verringerte sich die Nachfrage in der gleichen Periode ebenfalls um etwa 5,5% auf 890 Mrd. kWh, nach 942 Mrd. kWh im Vorjahr. Stabilisierend auf die Energienachfrage haben die konjunkturell eher unabhängigen Verbrauchergruppen Haushalte und Gewerbe, Handel sowie Dienstleistungen und die relativ kalten Wintermonate Januar und Februar gewirkt.

Stromerzeugung und -export

Auch die Nettostromerzeugung¹ ging in Deutschland zurück. Bereinigt um Kalendereffekte lag sie im Zeitraum Januar bis Oktober 2009 mit 343 TWh um 9,5% unter dem Wert der Vorjahresperiode für die Stromerzeugung (Quelle: BDEW, vorläufige Daten). Dies war einerseits auf den Rückgang der Nachfrage zurückzuführen, andererseits reduzierte sich auch der Nettoexportüberschuss von 17 TWh in der vergleichbaren Vorjahresperiode auf 8 TWh in den Monaten von Januar bis Oktober (Quelle: BDEW, vorläufige Daten).

Wie bereits im Jahr 2008 waren Kernenergie und Braunkohle die wichtigsten Energieträger in Deutschland. Die Erzeugungsleistung aus regenerativen Energien hat im Jahr 2009 weiter zugenommen. Trotz des niedrigeren Winddargebots gegenüber dem Vorjahr stieg die Einspeisung erneuerbarer Energien im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Vergleich zum Vorjahr um knapp 5,7% auf 75,2 TWh (unverbindlicher Vorschauwert, Quelle: BDEW).

Gasbeschaffung

Erdgas für den deutschen Bedarf wird zum Großteil über langfristige Bezugsverträge geliefert. Von diesen Mengen stammten im Jahr 2008 37% aus Russland, 26% aus Norwegen und 19% aus den Niederlanden. Der Anteil der inländischen Produktion in Höhe von 14% ist rückläufig, was die zunehmende Importabhängigkeit Deutschlands und Westeuropas verdeutlicht. Pipelines stellen das wichtigste Transportmittel dar. Alternativ können durch den Import von verflüssigtem Erdgas (Liquefied Natural Gas – LNG) Förderregionen erschlossen werden, die nicht über eine Pipelineverbindung zum europäischen Markt verfügen. Im Zuge der Inbetriebnahme neuer Importterminals gewinnt diese Beschaffungsalternative in Europa zunehmend an Bedeutung. Auch die EnBW prüft hier eigene Projekte, wie beispielsweise die Beteiligung am Bau eines LNG-Terminals in Rotterdam.

¹ Stromerzeugung abzüglich des Eigenbedarfs der Kraftwerke. Enthält nicht Stromerzeugung von Industrie, Bahn und Privaten.

Preisentwicklung der Primärenergieträger und CO₂-Zertifikate

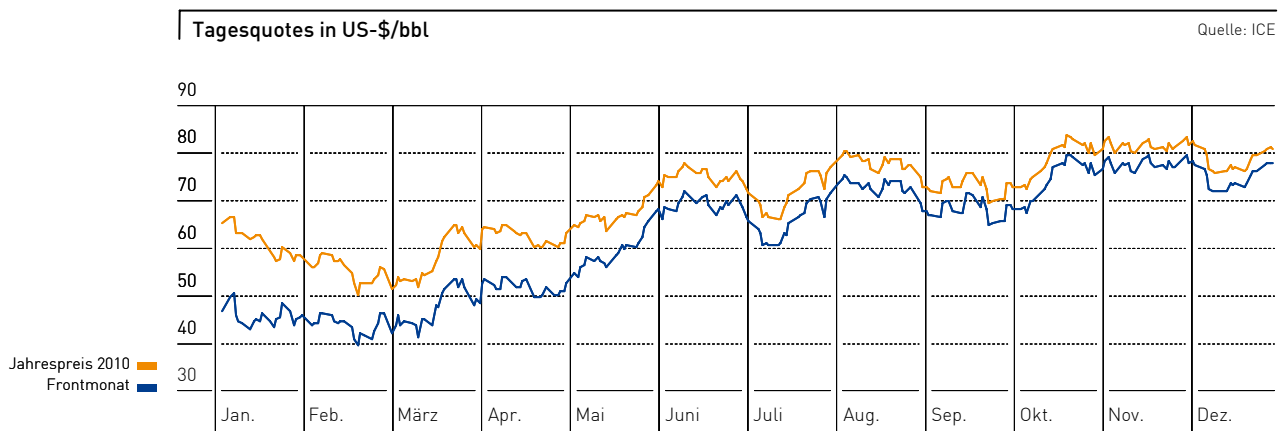
Insgesamt ist festzustellen, dass vor dem Hintergrund der negativen konjunkturellen Entwicklung im Jahr 2009 die Preise von Erdöl, Kohle, Erdgas sowie die Preise von CO₂-Zertifikaten deutlich unter dem Niveau des Vorjahres lagen. Nach einem starken Preisanstieg in der ersten Jahreshälfte 2008 folgte bereits in der zweiten Hälfte 2008 ein ausgeprägter Abfall der Notierungen, dem im Lauf des Jahres 2009 speziell bei Öl und Kohle eine leichte Erholung folgte.

Ölmarkt

Das Jahr 2009 wies deutlich niedrigere Ölpreise für kurzfristige Lieferungen auf als das Vorjahr. Vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise erfolgte ausgehend von einem Rekordpreis von 146 US-\$ für ein Barrel (159 l) der Sorte Brent im Juli 2008, eine lang anhaltende Korrekturphase der Ölpreise bis auf einen Tiefstand im Februar 2009 von 39,55 US-\$ pro Barrel. Nachfragerückgänge, die zeitverzögert als Reaktion auf das bis Mitte 2008 hohe Preisniveau auftraten, verstärkten den Nachfrageeinbruch zusätzlich. Ausgehend von dem Tiefpunkt folgte bis in den August hinein eine lang anhaltende Phase wieder steigender Ölpreise, an die sich eine Seitwärtsbewegung bis zum Jahresende anschloss. Ein Grund für die positive Preisentwicklung ist das Verhalten der OPEC, die eine Reduzierung ihrer Fördermengen um 4,2 Mio. Barrel pro Tag – circa 5% der weltweiten Nachfrage – beschlossen hatte, um die Angebotsmenge dem eingebrochenen Verbrauch anzupassen und somit die Preise zu stabilisieren. Die neuen Förderquoten wurden von den OPEC-Mitgliedsstaaten zunächst weitestgehend eingehalten, im Zuge der steigenden Ölpreise ging die Quotendisziplin jedoch beständig zurück. Darüber hinaus nährte die positive Entwicklung einiger Frühindikatoren, wie diverser Einkaufsmanagerindizes, bei vielen Marktteilnehmern die Hoffnung auf eine baldige Erholung der Weltwirtschaft und damit auch der weltweiten Ölnachfrage. Der Anstieg der Ölpreise vollzog sich daher, bevor sich die Nachfrage auch physisch erhöhte. Die Markterwartung eines in Zukunft wieder anziehenden Wirtschaftswachstums spiegelt sich auch in den höheren Ölpreisen für spätere Lieferjahre (Contango) wider. Tendenziell preissenkende Faktoren wie weit überdurchschnittlich stark gefüllte Öl- und Ölproduktlager sowie eine sehr hohe Reservekapazität der OPEC haben sich nur in geringem Umfang in der Preisentwicklung niedergeschlagen. Allerdings milderten sie potenziell preistreibende Effekte geopolitischer Entwicklungen in Nigeria oder dem Iran weitestgehend ab. Ein weiterer bedeutender Faktor der Ölpreisentwicklung 2009 war die Wertentwicklung des US-\$. Seit Anfang März 2009 hatte die US-Währung gegenüber dem Euro bis in den Oktober hinein nahezu 20% an Wert verloren. Ein Wertverfall des US-\$ wirkt ceteris paribus preissteigernd auf die in US-\$ notierten Ölpreise.

Der durchschnittliche Preis für kurzfristige Lieferungen betrug im Jahr 2009 62,67 US-\$ pro Barrel, ein Rückgang von 35,85 US-\$ pro Barrel beziehungsweise 36% gegenüber 2008. Die Entwicklung der Frontmonatsnotierungen galt in leicht abgeschwächter Form auch für die Entwicklung der Terminpreise 2010.

Entwicklung der Preise für Rohöl (Brent)

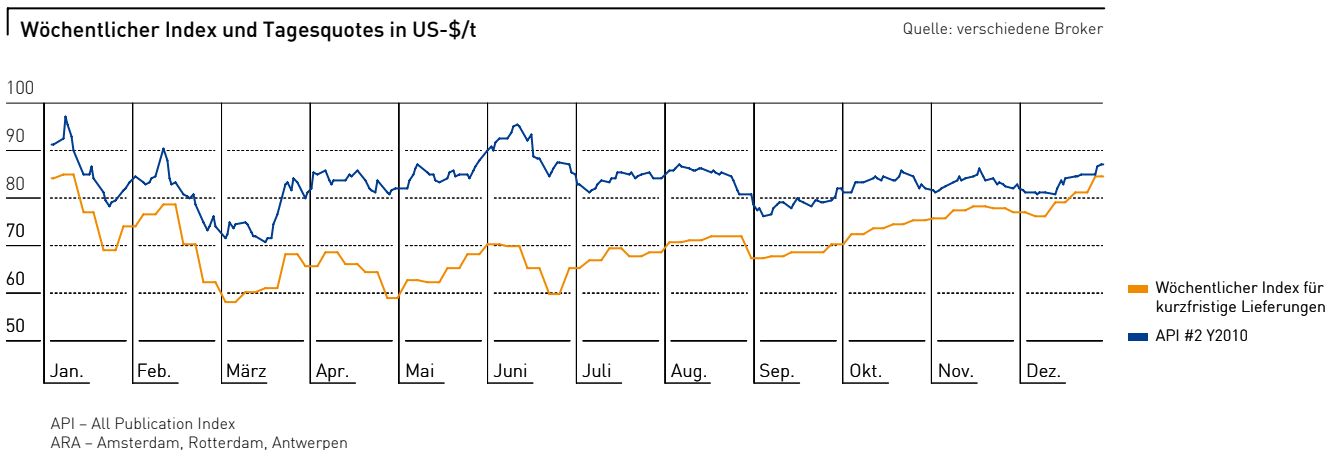


Kohlemarkt

Die Notierungen für kurzfristige Steinkohleimporte in den ARA-Raum (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen) haben im Januar sowie Februar 2009 den Abwärtstrend aus dem zweiten Halbjahr 2008 zunächst fortgesetzt. In den Folgemonaten bewegten sie sich tendenziell seitwärts und stiegen zum Jahresende auf ein Niveau von 84,73 US-\$/t an. Die Preise für Steinkohlelieferungen in den ARA-Raum für 2010 sind von Jahresanfang bis Mitte März 2009 zurückgegangen und haben sich nach einer leichten Erholung bis Mitte Juni 2009 tendenziell seitwärts bewegt. Gegen Jahresende lag die Notierung bei 87,16 US-\$/t. Im Durchschnitt lagen die Notierungen für kurzfristige Lieferungen um etwa 52% sowie für Lieferungen im Jahr 2010 um 39% deutlich unter den Werten des Vorjahres.

Der Preisrückgang im Vergleich zum Jahr 2008 ging mit einer niedrigen Kohlenachfrage im Jahr 2009 einher: Im ersten Halbjahr 2009 wurden nach Angaben des Vereins der Kohleimporteure seewärtig rund 13 Mio. t Kraftwerkskohle¹ weniger als im Vorjahreshalbjahr gehandelt. Die schwache konjunkturelle Lage der Weltwirtschaft und niedrige Gaspreise auf dem Spotmarkt haben einen senkenden Einfluss auf die Kohlenachfrage gehabt. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Marktlage deutlich entspannt und beispielsweise zu hohen Lagerbeständen in verschiedenen europäischen Ländern geführt. Ein hoher Kohleimportbedarf Chinas im Jahr 2009 sowie gestiegene Frontmonatsnotierungen für Öl wirkten stützend auf die Kohlepreise.

Entwicklung der Kohlepreise (ARA-Raum)



Gasmarkt

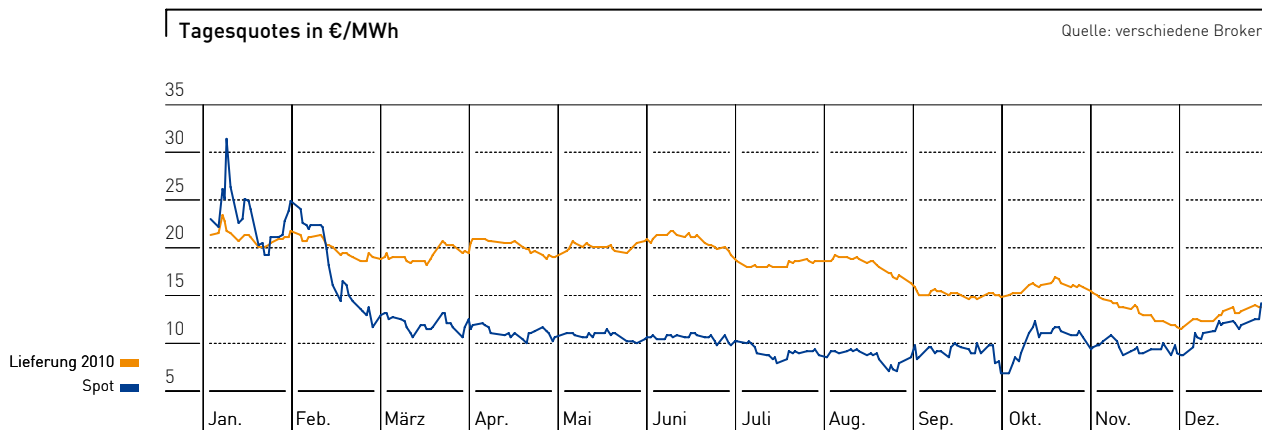
Die Basis der Gasversorgung in Deutschland stellen langfristige Gasimportverträge dar, deren Preise zeitversetzt dem Ölpreis folgen. Infolge des Ölpreisanstiegs bis Mitte des Jahres 2008 erreichte der Grenzübergangspreis für Erdgas des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) im November 2008 mit 31,49 €/MWh seinen Höchststand. Aufgrund des deutlichen Rückgangs des Ölpreises in der zweiten Jahreshälfte 2008 sank der Grenzübergangspreis im ersten Halbjahr 2009 spürbar. Im August 2009 erreichte er mit 16,84 €/MWh seinen vorläufigen Tiefststand, nachdem er im Januar noch bei 30,03 €/MWh gelegen hatte. Dies entspricht einem Preisrückgang von 44%. Der Anstieg des Ölpreises ab dem zweiten Quartal 2009 spiegelte sich in einem Anstieg des Grenzübergangspreises wieder. Im Oktober legte er auf ein Niveau von 17,40 €/MWh zu. Verglichen mit dem durchschnittlichen Importpreis des Jahres 2008 (27,06 €/MWh) liegt der durchschnittliche Grenzübergangspreis für die ersten neun Monate 2009 in Höhe von 22,17 €/MWh rund 18% niedriger.

Neben Gasimportverträgen stellt der Großhandelsmarkt eine Bezugsquelle für Erdgas dar. Im Jahr 2009 lag der Jahresdurchschnittspreis für Erdgas mit sofortiger Lieferung (Spotmarkt) auf dem niederländischen Title Transfer Facility (TTF), dem liquidesten kontinentaleuropäischen Großhandelsmarkt, mit 12,12 €/MWh weit unter dem Vorjahreswert in Höhe von 24,97 €/MWh. Neben der konjunkturbedingt schwachen Nachfrage kann als Ursache hierfür das zunehmende Importvolumen von kurzfristig geliefertem verflüssigten Erdgas angeführt werden. Dessen Notierung orientiert sich am Großhandelsmarktpreis, wodurch ein Angebot unterhalb des ölpreisindizierten Grenzübergangspreises möglich ist. Zudem waren vermutlich manche Marktteilnehmer gezwungen, nicht benötigte Liefermengen aus Take-or-Pay-Verpflichtungen (Mindestabnahmeverpflichtungen) auf dem Großhandelsmarkt zu verkaufen, was den Preis zusätzlich unter Druck setzte.

¹ Steinkohlequalitäten, die in Kraftwerken verfeuert werden.

Auf dem Terminmarkt wurden Lieferungen für 2010 im Jahr 2009 durchschnittlich mit 18,08€/MWh gehandelt. Im Vergleich lag der Preis für diese Kontrakte im Jahr 2008 bei 30,77€/MWh, womit sich der Rückgang auf 41% beläuft. Hierin dürfte sich eine aufgrund der Wirtschaftskrise reduzierte Nachfragerwartung widerspiegeln.

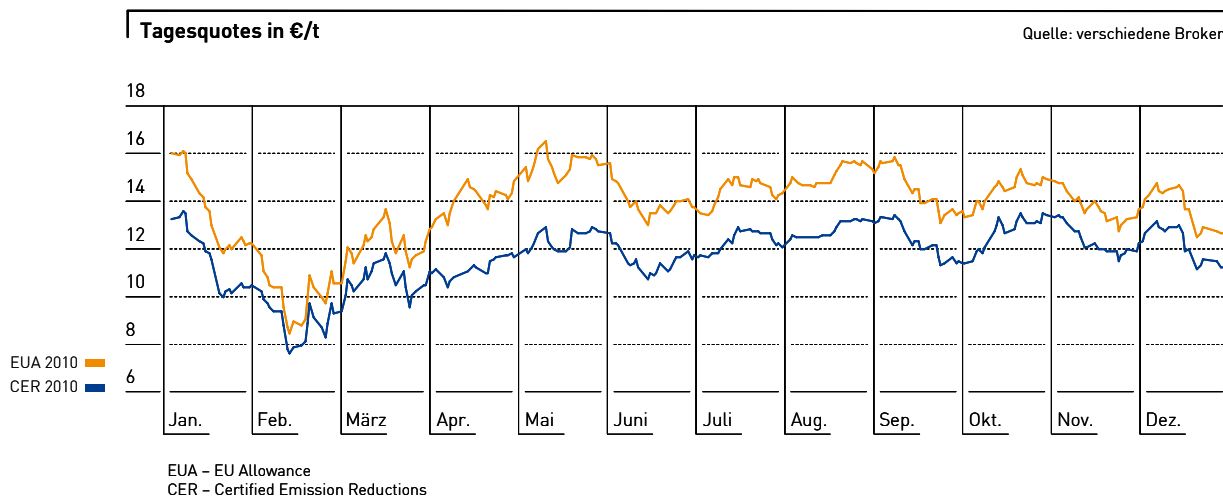
Entwicklung der Preise für Erdgas (niederländischer Großhandelsmarkt)



CO₂-Zertifikate

Gegenüber 2008 lagen die Preise für Emissionszertifikate (EU Allowance – EUA) mit Lieferung 2010 (EUA-10) im Jahr 2009 auf einem deutlich niedrigeren Niveau. Notierten sie 2008 noch im Durchschnitt bei 23,88 €/t CO₂, lagen sie 2009 durchschnittlich bei 13,77 €/t CO₂. Anfang 2009 fiel der EUA-Preis bis zum Februar auf ein Niveau von etwa 8 €/t CO₂. Danach zog er wieder an und bewegte sich bis zum Jahresende zwischen 12,50 und 16,50 €/t CO₂. Gründe für den Preiseinbruch im Vergleich zum Vorjahr waren die geringeren Emissionen aufgrund der negativen Konjunktorentwicklung, die zu einem Rückgang der Industrieproduktion und des Stromverbrauchs führte. Zudem ergaben sich aus der Brennstoffpreisentwicklung deutlich geringere Fuel-Switch-Kosten (Kosten für den Wechsel auf CO₂-ärmere Erzeugung).

Entwicklung der Preise für Emissionszertifikate (EUA und CER)



Ein weiteres Instrument, mit dem Unternehmen bis zu einem gewissen Umfang ihre Emissionen decken können, sind Zertifikate aus Projekten zur Emissionsreduktion in Schwellen- und Entwicklungsländern (Certified Emission Reductions – CER). Die Entwicklung des Preisniveaus der CER-10-Zertifikate orientierte sich im Geschäftsjahr größtenteils an den Bewegungen der EUA-10-Zertifikate.

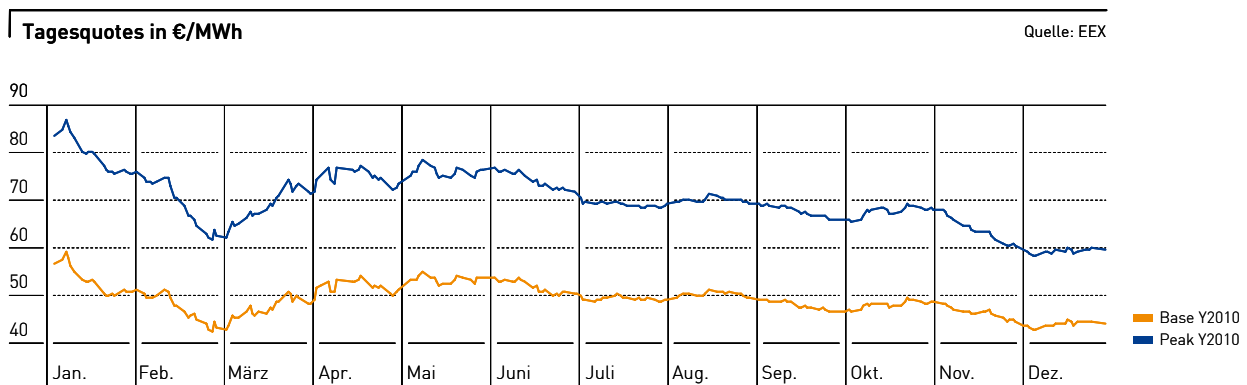
Strommarkt

Auf dem Großhandelsmarkt für Strom lagen 2009 sowohl die Preise für sofortige Lieferungen (Spotmarkt) als auch für Terminkontrakte 2010 deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. Ursächlich hierfür sind die ebenfalls im Mittel erheblich unter dem Vorjahresniveau liegenden Kosten für die Primärenergieträger Öl, Kohle und Erdgas sowie niedrigere Preise für CO₂-Zertifikate. Außerdem kam es im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung zu einem deutlichen Lastrückgang im Vergleich zum Vorjahr.

Für das Grundlastprodukt Base am Spotmarkt der EEX ergab sich im Jahr 2009 ein mittlerer Preis von 38,85 €/MWh, der rund 41% niedriger lag als der Spotpreis im Vorjahr.

Auf dem Terminmarkt der EEX setzte sich der im Juli 2008 begonnene Preisrückgang für das Grundlastprodukt Base für das Jahr 2010 insbesondere aufgrund des deutlichen Rückgangs der CO₂-, aber auch der Brennstoffpreise bis Ende Februar 2009 zunächst fort. Im weiteren Verlauf des Jahres stabilisierten sich die Notierungen gleichzeitig mit den Kohlepreisen und bewegten sich seit Mitte März in einer Spanne von 43 bis 55 €/MWh. Der durchschnittliche Preis im Jahr 2009 lag mit 49,22 €/MWh immer noch rund 29% niedriger als im Vorjahr.

Entwicklung der Terminmarktpreise für Strom (EEX)



Strom- und Gaspreise von Privat- und Industriekunden

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts haben sich die Strompreise für Privathaushalte in den Monaten Januar bis Oktober 2009 im Vergleich zum Vorjahr weiter erhöht. Der Grund hierfür ist, dass Teile der Strommengen für Privatkunden und Gewerbebetriebe jeweils zum Teil mehrere Jahre im Voraus und in einzelnen Tranchen über den Großhandelsmarkt bezogen werden. Dadurch wird das Risiko von Preisspitzen reduziert, andererseits die Anpassung an ein schnell sinkendes Preisniveau verzögert. Im Preisniveau des Jahres 2009 spiegelt sich unter anderem der starke Anstieg des Strompreises im ersten Halbjahr 2008 am Großhandelsmarkt wider. Zusätzlich haben höhere Belastungen aus dem EEG zu dem höheren Preisniveau beigetragen. Der BDEW ermittelte für einen Musterhaushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 kWh im Jahr 2009 monatliche Stromkosten von durchschnittlich 67,70 €, nach rund 63,15 € im Vorjahr (Stand: Herbst 2009). Davon entfallen rund 26,17 € auf staatlich induzierte Kosten. Die Preise für Industriekunden sind in der Regel stärker an das aktuelle Preisniveau auf dem Großhandelsmarkt gekoppelt, sodass im Jahr 2009 zum Teil sinkende Preise zu beobachten waren. Laut BDEW ging der Strompreis für einen typischen mittelständischen Industriebetrieb von 13,25 ct/kWh im Jahr 2008 auf 11,23 ct/kWh im Berichtsjahr zurück.

Die Gaspreise für Privatkunden legten nach Angaben des Statistischen Bundesamts zunächst in den ersten drei Monaten des Jahres 2009 gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich zu. In den Folgemonaten verlangsamte sich der Preisanstieg spürbar, bevor ab Juli 2009 ein Preisrückgang einsetzte. Dieser beschleunigte sich auf -18,7% im November 2009 gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Erdgaspreise vollzogen damit zeitversetzt die Preisentwicklung der Ölpreise nach.

Politische und regulatorische Rahmenbedingungen

Europäische Energiepolitik

3. Binnenmarktpaket: Das ursprünglich im Herbst 2007 vorgelegte Gesetzespaket wurde im Juni 2009 verabschiedet. Im Zentrum der langwierigen Verhandlungen um das 3. Binnenmarktpaket stand insbesondere die Frage der eigentumsrechtlichen Entflechtung der Übertragungsnetze von den vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen. Im Ergebnis sind bei der Umsetzung in nationales Recht alternativ zum Ownership Unbundling die Optionen eines Independent System Operators oder eines Independent Transmission Operators möglich. Ein Verkauf der Transportnetze der Energieversorger wie der EnBW ist also nicht zwingend vorgeschrieben. Welche Regelungen in Deutschland getroffen werden, ist vor dem Hintergrund der neuen politischen Konstellationen noch nicht abzusehen. Ungeachtet dessen haben mit E.ON und Vattenfall bisher zwei der vier Übertragungsnetzbetreiber in Deutschland beschlossen, ihre Übertragungsnetze zu veräußern. Für E.ON war der Verkauf Bestandteil der Auflagen, die dem Unternehmen durch die Europäische Kommission auferlegt wurden. Die EnBW spricht sich für den Verbleib der Übertragungsnetze im Konzern aus.

Energie- und Klimapakete: Bestandteile der im Januar 2008 vorgelegten Gesetzesvorschläge zum Energie- und Klimapakete waren eine Emissionshandelsrichtlinie für die Zuteilung von CO₂-Zertifikaten, eine Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien, die rechtlich verbindliche Ziele für den Ausbau vorsehen sollte, sowie ein Richtlinienentwurf zur Speicherung von CO₂, das bei der Verbrennung fossiler Energieträger bei der Stromerzeugung entsteht. Im April 2009 wurde das „Green Package“ schließlich beschlossen.

Im Rahmen des neuen Emissionshandelsregimes ist nun die vollständige Versteigerung von CO₂-Zertifikaten für die Energiewirtschaft mit Beginn der dritten Handelsphase ab 2013 vorgesehen. Aus dieser Regelung ergeben sich Zusatzkosten für Energieversorger, die in ihrer Höhe vom Anteil der CO₂-basierten Stromerzeugung abhängen. Insgesamt hat dies eine Belastung der Wirtschaftlichkeit der fossilen Erzeugung zur Folge. Die Kommission stellt den Mitgliedsstaaten in einer Annex-Erklärung frei, aus den Einnahmen der CO₂-Zertifikateversteigerung Investitionsbeihilfen von bis zu 15 % für neue effiziente fossile Kraftwerke zu gewähren. Der Kraftwerkspark der EnBW weist derzeit CO₂-Emissionen unter dem bundesweiten Durchschnitt auf. Basierend darauf würde sich ein geringer Bedarf an CO₂-Zertifikaten ab dem Jahr 2013 ergeben. Daneben ist das Unternehmen bestrebt, CO₂-Zertifikate im Rahmen von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern zu erwerben, um den zusätzlichen Bedarf weiter zu reduzieren.

Die Richtlinie zur Kohlenstoffabscheidung und -lagerung (Carbon Dioxide Capture and Storage – CCS) schafft einen Rechtsrahmen für die Erprobung und Einführung der CCS-Technologie, die bislang erst in Pilotprojekten angewandt wird. Für 2015 ist ein Monitoring vorgesehen mit der Folge, dass die Anwendung der CCS-Technologie dann bei entsprechender Einsatzreife verbindlich vorgeschrieben werden könnte.

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien sieht das Energie- und Klimapakete die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am EU-Endenergieverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 20 % vor. Für die einzelnen Mitgliedsstaaten bestehen auf Basis der Ausgangslage, den vorhandenen Potenzialen und der Wirtschaftskraft konkrete Zielvorgaben. Für Deutschland ergibt sich gemäß diesen Vorgaben ein Anteil von 18,5 %. Zusätzlich soll bis 2020 auch der Anteil an erneuerbaren Energien im Verkehrssektor auf 10 % zulegen und der Einsatz von Elektrofahrzeugen als einer wichtigen Zukunftstechnologie gefördert werden. Die EnBW treibt den Ausbau von eigenen Erzeugungskapazitäten bei erneuerbaren Energien voran und engagiert sich ebenfalls auf dem Gebiet der Elektromobilität.

Richtlinie für Industrieemissionen: Zur Reduzierung der Schadstoffbelastung von Luft, Wasser und Boden aus Industrieanlagen wird eine Richtlinie zur Herabsetzung der Emissionsobergrenzen für diese Anlagen erarbeitet. In Abhängigkeit von der finalen Ausgestaltung kann daraus ein Nachrüstbedarf für Industrieanlagen entstehen. Die Richtlinie muss vom Europäischen Rat und vom Europaparlament beschlossen und danach in nationales Recht umgesetzt werden. Der bisherige Zeitplan sieht eine Verabschiedung nicht vor Sommer 2010 vor. Welche Anlagen der EnBW in welchem Ausmaß betroffen sein werden, kann daher noch nicht beurteilt werden.

Energiepolitik in Deutschland

Die bis zur Bundestagswahl 2009 bestehende Regierungskoalition hat die Entwürfe des **Energieeffizienzgesetzes (EnEffG)** und des **Gesetzes zu Abscheidung, Transport und Lagerung von CO₂ (CCS-Gesetz)** nicht mehr beschlossen. Da es sich in beiden Fällen jedoch um die zwingende Umsetzung von EU-Richtlinien handelt, muss die Formulierung der Gesetze nun erneut in Angriff genommen werden. Der Grund für eine versäumte



WEITERE INFORMATIONEN
Forschung und
Entwicklung > S. 89

Einigung der damaligen Regierungskoalition beim CCS-Gesetzentwurf waren Bedenken einzelner Länder, die über mögliche Orte für CO₂-Speicher verfügen. Von Nachteil ist dies vor allem im Hinblick auf die Rechtssicherheit für CCS-Pilotprojekte wie auch für die Möglichkeit, die im Klimapaket der EU vorgesehenen Fördermittel für CCS-Anlagen zu erhalten. Die bei der EnBW im Bau befindlichen und geplanten konventionellen Kraftwerke verfügen über die Möglichkeit zur Abscheidung und Lagerung von CO₂.

Erneuerbare-Energien-Gesetz-(EEG-)Wälzungsmechanismus: Durch die im zweiten Quartal 2009 beschlossene Verordnung verringert sich der Umsetzungsaufwand des EEG erheblich. Im Gegensatz zur bisherigen physikalischen Verteilung zu gleichen Teilen unter den Lieferanten wird nun ab 2010 der bei den Verteilnetzbetreibern eingespeiste EEG-Strom über die Transportnetzbetreiber gesammelt und direkt an der Börse verkauft. Dies bedeutet eine Vereinfachung der Abwicklung für die Lieferanten und reduziert ihr Prognoserisiko. Auch für die EnBW wird die Abschaffung der physikalischen Wälzung ab 2010 zu einer Risikoreduzierung und zur Vermeidung von Verlusten führen.

Weitere Gesetze: Noch vor der Bundestagswahl konnte das **Wasserhaushaltsgesetz (WHG)** verabschiedet werden. Das ursprünglich vorgesehene Verbot von Querverbauten wurde nicht aufgenommen, wodurch der Neubau von Wasserkraftwerken weiterhin möglich bleibt. Die EnBW betreibt im Bereich Wasserkraft zahlreiche Anlagen. Die mit dem Gesetz getroffene Regelung eröffnet dem Unternehmen damit auch in Zukunft die Möglichkeit, weitere Projekte in Angriff zu nehmen.

Ende August 2009 trat das **Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG)** in Kraft. Das Gesetz sieht unter anderem beschleunigte Genehmigungsverfahren für Netzausbauprojekte vor, für die ein besonderer Bedarf besteht. Davon erfasst sind auch Projekte der TNG.

Kernenergie: Die Bundestagswahl 2009 hat zu veränderten politischen Verhältnissen geführt. Als Grundlage für die Energiepolitik der laufenden Legislaturperiode will die Bundesregierung bis zum Ende des Jahres 2010 ein umfassendes Energiekonzept erarbeiten. Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP stellt eine Rücknahme der Laufzeitverkürzung für Kernkraftwerke in Aussicht. An welche konkreten Bedingungen dies geknüpft sein wird, ist derzeit noch nicht klar. Im Rahmen der Laufzeitverkürzung war bislang die Abschaltung von Block 1 des EnBW-Kernkraftwerks Neckarwestheim (GKN I) im Frühjahr 2010 geplant.

Kohlekraftwerke: Im Zuge der Diskussion um den Klimawandel fordern politische und gesellschaftliche Kreise einen Ausstieg aus der Kohlekraft und damit den Verzicht auf beziehungsweise das Verbot von Neubauprojekten. Ähnlich wie im vorangegangenen Jahr waren Kraftwerksprojekte anderer Energieversorger 2009 erneut mit verzögerten Genehmigungsverfahren oder nachteiligen Gerichtsentscheidungen konfrontiert. Das Steinkohlekraftwerk RDK 8 der EnBW ist hiervon weiterhin nicht betroffen. Der Baufortschritt läuft planmäßig, die Inbetriebnahme ist für 2011 geplant. Der Bau moderner und effizienter Kohlekraftwerke ist nötig, um die Energieversorgung zu gewährleisten. Gleichzeitig ersetzen sie ältere Kraftwerke, die einen höheren CO₂-Ausstoß aufweisen.

Übertragungsnetze: Die Umsetzung des 3. Binnenmarktpakets in Deutschland ist insbesondere vor dem Hintergrund des Vorgehens bei den Übertragungsnetzen für die EnBW von Bedeutung. Welche Position die neue Bundesregierung in dieser Fragestellung einnimmt, ist aktuell noch nicht zu beurteilen. Die EnBW spricht sich für einen Verbleib der Netze im Konzern aus.

Kartell- und Gerichtsverfahren: Im Fokus der Kartellbehörden steht nun auch die Preisbildung im Bereich Fernwärme. Von der kartellrechtlichen Prüfung nach §§ 19, 29 GWB sind unter anderem Unternehmen des EnBW-Konzerns betroffen. Derzeit stehen wir in Kontakt mit den jeweiligen Kartellbehörden. Die Unternehmen des EnBW-Konzerns im Bereich Heizstrom sind aufgrund eines günstigen Preisniveaus nur als Vergleichsunternehmen von der kartellrechtlichen Prüfung betroffen. Kartellrechtliche Missbrauchsverfahren werden derzeit gegen keine Gesellschaft des EnBW-Konzerns geführt.

Aktuelle Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zu Preisanpassungsklauseln bei Sonderverträgen: Preisanpassungsklauseln in Sonderverträgen sind gemäß den strengen Kriterien des deutschen AGB-Rechts (§ 307 BGB) hohen Anforderungen bezüglich Transparenz und Angemessenheit unterworfen. Wie schon in der Vergangenheit hat sich der Bundesgerichtshof auch 2009 mit der Wirksamkeit von Preisanpassungsklauseln in Sonderverträgen befasst. Die in den Sonderverträgen der EnBW verwendeten Preisanpassungsklauseln wurden, soweit erforderlich, der aktuellen Rechtsprechung angepasst.

Regulierung der Strom- und Gasmärkte

Netzentgelte: Für alle Strom- und Gasnetzbetreiber in Deutschland wurde mit Beginn des Jahres 2009 eine individuelle Obergrenze für die Erlöse aus Netzentgelten für die Dauer von vier Jahren (für Gasnetze) beziehungsweise fünf Jahren (für Stromnetze) festgelegt. Die von der Bundesnetzagentur (BNetzA) für die EnBW bestimmten Erlösobergrenzen liegen überwiegend über den zuletzt anerkannten Netzentgelten des Jahres 2008. Dadurch hat sich im Geschäftsjahr 2009 ein positiver Umsatz- und Ergebniseffekt ergeben. Eine Belastung aus der Mehrerlösabschöpfung basierend auf den Entscheidungen des Bundesgerichtshofs vom August 2008 wird sich ab 2010 bemerkbar machen. Die Netzbetreiber haben durch Beibehaltung der ursprünglichen Entgelte bis zur Genehmigung der Netznutzungsentgelte in den vorangegangenen Jahren Mehrerlöse erzielt.

Bereits im Herbst 2008 hatte die BNetzA entschieden, auch die überregionalen Fernleitungsnetzbetreiber in die Regulierung mit einzubeziehen. Die Unternehmen unterliegen somit auch der Kostenprüfung und nicht mehr dem Vergleichsmarktprinzip. Die zum 1. Oktober 2009 genehmigten Netzentgelte wurden bis zu 25% gekürzt. Die Mehrerlösabschöpfung wird sich erst ab 2011 bemerkbar machen. Mit Beginn des Jahres 2010 werden auch die überregionalen Fernleitungsnetzbetreiber (E.ON Gastransport, Dong Energy, Eni Gas Transport Deutschland, Erdgas Münster Transport, Gasunie Deutschland, GRTgaz Deutschland, Ontras, Statoil Hydro, Thyssengas und Wingas) in die Anreizregulierung einbezogen.

Zusammenlegung von Gasmarktgebieten: Im Jahresverlauf 2009 hat sich die Anzahl der Marktgebiete von zwölf auf sechs reduziert. Dies geschah in zwei Schritten zum 1. April (zwölf auf zehn) und zum 1. Oktober (zehn auf sechs). Die Zusammenlegung der Gasmarktgebiete verfolgt das Ziel, den Netzzugang beim Gastransport zu vereinfachen, und trägt zur Intensivierung des Wettbewerbs in Deutschland bei. Zum 1. April 2009 legten die Gasnetzbetreiber Gasunie Deutschland, EWE-Netz und Erdgas Münster Transport ihre Marktgebiete zu einem gemeinsamen Marktgebiet zusammen. In einer weiteren Stufe der Zusammenlegung Anfang Oktober haben sich unter dem Namen Gaspool die Unternehmen Gasunie Deutschland, Ontras – VNG Gastransport, Wingas Transport, Dong Energy und Statoil Hydro Deutschland zusammengeschlossen. Des Weiteren ist die Marktgebietskooperation der Netzbetreiber bayernets, Eni Gas Transport Deutschland, E.ON Gastransport, GRTgaz Deutschland und GVS Netz unter dem Dach der NetConnect Germany entstanden. Eine weitere Verringerung der Anzahl der Marktgebiete ist vorgesehen.

Unternehmenssituation des EnBW-Konzerns

In einem gesamtwirtschaftlich schwierigen Umfeld erwirtschaftete der EnBW-Konzern 2009 mit 1.793,9 Mio. € ein Adjusted EBIT auf dem Niveau des Vorjahres. Belastungen im Finanzergebnis führten im Berichtszeitraum zu einem Rückgang des Adjusted Konzernüberschuss um 20,0% auf 879,1 Mio. €. Vor dem Hintergrund des ausgeweiteten Investitionsvolumens stiegen die Nettoschulden um 2,3 Mrd. € auf 9,2 Mrd. €.

Der im Geschäftsjahr 2009 erstmals anzuwendende International Financial Reporting Standard IFRS 8 führt zu einer geänderten Segmentberichterstattung des EnBW-Konzerns. Das bisherige Geschäftsfeld Strom wurde in die Segmente Strom Erzeugung und Handel sowie Strom Netz und Vertrieb unterteilt.

Gesamtbeurteilung des Geschäftsverlaufs

Die Auswirkungen der schlechten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung haben auch im Geschäftsverlauf der EnBW ihre Spuren hinterlassen. Wir konnten nicht nahtlos an die guten Ergebnisse des Vorjahres anknüpfen, haben aber dennoch respektable Resultate erzielt. Zusätzlich ergaben sich aus dem ausgeweiteten Investitionsprogramm höhere Finanzierungsaufwendungen.

Trotz rückläufiger Absatzmengen bei Strom und Gas erzielten wir ein Adjusted EBIT auf dem Niveau des Vorjahres. Wie im Vorjahr leistete der Geschäftsbereich Strom Erzeugung und Handel hierzu einen erheblich Beitrag. Die Erzeugungsmarge verbesserte sich 2009 erneut. Der Adjusted Konzernüberschuss blieb vor allem aufgrund gestiegener Belastungen im Finanzergebnis unter dem Vorjahreswert. Bedingt durch das erhöhte Investitionsvolumen ging der Wertbeitrag des Unternehmens – die komprimierte Kennzahl unseres wirtschaftlichen Erfolgs – im Vergleich zum Vorjahr um 153,1 Mio. € auf 809,6 Mio. € zurück.

Als drittgrößtes Energieunternehmen in Deutschland hat die EnBW ihre Position bei den Kunden auch in einem anhaltend intensiven Wettbewerb behauptet.

Prognoseabweichungen

Absatz und Ergebnisentwicklung 2009	Prognose laut Geschäftsbericht 2008 für 2009	Entwicklung 2009 im Vergleich zur Prognose
Absatz Strom (ohne Handel)	sinkend	stark sinkend
Absatz Gas (ohne Handel)	steigend	sinkend
Adjusted EBIT Konzern	konstant	konstant

Der Strom- und Gasabsatz des EnBW-Konzerns wurde stärker als vorhergesehen von den Folgen der Wirtschaftskrise belastet. Deutliche Produktionsrückgänge in unseren Kundenbranchen haben sich beim Stromabsatz an B2B-Kunden in größerem Umfang bemerkbar gemacht. Trotz eines kalten Winters im ersten Quartal 2009 konnte die Prognose für den Gasabsatz nicht erreicht werden. Zu den konjunkturbedingten Absatzzrückgängen im B2B-Geschäft traten negative Effekte aus höheren Temperaturen im weiteren Jahresverlauf. Das niedrige Preisniveau erhöhte den Wettbewerbsdruck bei Großkunden zusätzlich.

Trotz der im Jahresverlauf gestiegenen Belastungen aus der negativen konjunkturellen Entwicklung erreichte das Adjusted EBIT auf Konzernebene das Niveau des Vorjahres und entsprach damit der ursprünglichen Prognose. Die Belastungen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise wurden insbesondere durch höhere Erträge aus der Bereitstellung von Regelenergie, geringere Aufwendungen aus der Einspeisung von Windenergie und höhere Netzentgelte kompensiert.

Der Zielwert für den Adjusted Konzernüberschuss (konstant auf Vorjahresniveau 2008) konnte nicht erreicht werden. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sich das Adjusted Beteiligungs- und Finanzergebnis unter anderem aufgrund von Belastungen aus der Wirtschaftskrise schlechter als geplant entwickelt hat.

Ertragslage

Absatz und Umsatz

Stromabsatz des EnBW-Konzerns in Mrd. kWh	Erzeugung und Handel		Netz und Vertrieb		Gesamt	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Privatkunden (B2C)	0,0	0,0	22,4	23,1	22,4	23,1
Industrie und Weiterverteiler (B2B)	2,6	1,2	47,9	60,0	50,5	61,2
Handel	35,8	35,9	11,0	10,3	46,8	46,2
Gesamt	38,4	37,1	81,3	93,4	119,7	130,5

Im Zuge der Wirtschaftskrise verringerte sich der Stromabsatz des EnBW-Konzerns im Geschäftsjahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 8,3% auf 119,7 Mrd. kWh. Hauptverantwortlich für den Rückgang ist insbesondere der um 17,5% niedrigere Absatz bei den B2B-Kunden. Diese Kunden haben ihre Nachfrage aufgrund der deutlich rückläufigen gesamtwirtschaftlichen Produktion spürbar gesenkt. Der Stromabsatz an Privatkunden ist hingegen weniger konjunkturabhängig und lag mit 22,4 Mrd. kWh lediglich 3,0% unter dem Niveau des Vorjahres. Im Handel ergab sich insgesamt ein geringfügiger Zuwachs von 1,3% im Absatz. Dies bremste etwas den Absatzrückgang auf Konzernebene.

Gasabsatz des EnBW-Konzerns in Mrd. kWh	2009	2008	Veränderung in %
Privatkunden (B2C)	12,3	12,5	-1,6
Industrie und Weiterverteiler (B2B)	53,5	57,3	-6,6
Gesamt	65,8	69,8	-5,7

Der Gasabsatz des EnBW-Konzerns in Höhe von 65,8 Mrd. kWh lag im Berichtszeitraum 5,7% unter dem Wert des Vorjahres. Die durch den kalten Winter im ersten Quartal 2009 erzielte Absatzsteigerung wurde im weiteren Jahresverlauf von höheren Temperaturen sowie den Auswirkungen der konjunkturellen Talfahrt überkompensiert. Zudem hat eine Diversifizierung des Gasbezugs bei Großkunden für den Rückgang des Absatzes im B2B-Segment um 3,8 Mrd. kWh auf 53,5 Mrd. kWh beigetragen. Aufgrund niedriger Gaspreise auf dem Großhandelsmarkt bezogen die Großkunden ihr Gas direkt von dort. Der Absatz an Privatkunden war um 1,6% niedriger als im Vorjahr und betrug 12,3 Mrd. kWh.

Außenumsatz des EnBW-Konzerns nach Geschäftsfeldern in Mio. € ¹	2009	2008	Veränderung in %
Strom Erzeugung und Handel	2.357,5	2.541,7	-7,2
Strom Netz und Vertrieb	10.031,3	10.194,7	-1,6
Gas	2.453,1	2.881,2	-14,9
Energie- und Umweltdienstleistungen	722,3	687,8	5,0
Gesamt	15.564,2	16.305,4	-4,5

¹ Nach Abzug von Strom- und Erdgassteuer.

Vor allem aufgrund negativer Umsatzentwicklungen in den Geschäftsfeldern Strom Erzeugung und Handel sowie Gas sinkt der Außenumsatz des EnBW-Konzerns im Geschäftsjahr 2009 vor Abzug von Strom- und Erdgassteuer auf 16.537,5 Mio. €; ein Minus von 4,8% gegenüber dem Vorjahr. Nach Abzug von Strom- und Erdgassteuer verringerten sich die Außenumsatzerlöse um 4,5% auf 15.564,2 Mio. €. Ohne Konsolidierungseffekte wären diese um 5,2% zurückgegangen.

Strom Erzeugung und Handel: Die Umsatzerlöse des Geschäftsfelds Strom Erzeugung und Handel reduzierten sich aufgrund geringerer Strompreise auf dem Großhandelsmarkt trotz des im Vergleich zum Vorjahr höheren Absatzes um 7,2% auf 2.357,5 Mio. €. Der Umsatzanteil dieses Geschäftsfelds am Gesamtumsatz des EnBW-Konzerns entspricht 15,1%, nach 15,6% im Jahr 2008.

Strom Netz und Vertrieb: Der Umsatzrückgang im Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb belief sich auf 1,6%. Positive Preiseffekte wurden durch einen verminderten Absatz im Zuge der Wirtschaftskrise überkompensiert. Mit einem Umsatz von 10.031,3 Mio. € trägt das Geschäftsfeld 64,5% zum Konzernumsatz bei, ein Zuwachs von 2,0 Prozentpunkten.

Gas: Die Umsätze im Geschäftsfeld Gas gingen im Geschäftsjahr 2009 um 14,9% auf 2.453,1 Mio. € zurück, nach 2.881,2 Mio. € im Jahr zuvor. Grund für den Umsatzrückgang waren sowohl gesunkene Gaspreise als auch der verminderte Gasabsatz. Die erzielten Umsatzerlöse entsprechen einem Anteil am Konzernumsatz von 15,8%, nach 17,7% im Vorjahr.

Energie- und Umweltdienstleistungen: Eine positive Geschäftsentwicklung im Bereich sonstige Dienstleistungen führte im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen zu einem Anstieg der Umsätze um 5,0% auf 722,3 Mio. €. Vom Konzernumsatz erwirtschaftete das Geschäftsfeld 2009 einen Anteil von 4,6%, der leicht über dem Niveau des Vorjahres liegt.

Entwicklung wesentlicher Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge um 198,4 Mio. € auf 1.014,2 Mio. € im Jahr 2009 resultiert im Wesentlichen aus höheren Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen. Der Materialaufwand verminderte sich um 8,1% auf 11.121,1 Mio. €. Grund für diese Entwicklung waren insbesondere geringere Aufwendungen für Strom- und Gasbezug. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Anzahl an Mitarbeitern im EnBW-Konzern und der ab April 2009 wirksamen Tarifierhöhung stieg der Personalaufwand um 9,3% auf 1.617,6 Mio. €. Die Abschreibungen im Jahr 2009 lagen deutlich unter dem Vorjahresniveau und summierten sich auf 858,9 Mio. €. Der Rückgang um 19,9% ist auf um 232,7 Mio. € geringere außerplanmäßige Abschreibungen zurückzuführen. Im Geschäftsjahr 2008 hatte der EnBW-Konzern größere außerplanmäßige Abschreibungen auf das Strom- und Gasnetz vorgenommen.

Die Verringerung des Beteiligungsergebnisses ist im Wesentlichen durch im Geschäftsjahr 2009 vorgenommene Abschreibungen auf Beteiligungen in Höhe von 165,4 Mio. € verursacht. Die Abschreibung auf die Beteiligung an der EWE Aktiengesellschaft betrug 95,0 Mio. €. Der Wertminderungsbedarf resultiert unter anderem aus einem Rückgang der Ergebniserwartungen aufgrund der schlechten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die übrigen Abschreibungen waren hauptsächlich durch eine Wertminderung einer als Finanzinvestition gehaltenen Beteiligung verursacht. Das Finanzergebnis von -714,4 Mio. € lag deutlich unter dem Wert des Jahres 2008 von -473,1 Mio. €. Verantwortlich dafür sind in erster Linie höhere Finanzierungsaufwendungen sowie geringere Ergebnisse aus Wertpapieren.

Ergebnis

Der Konzernüberschuss bezogen auf Anteile der Gesellschafter der EnBW AG ging im Geschäftsjahr 2009 um 12,6% auf 768,2 Mio. € zurück, nach 879,3 Mio. € im Vorjahr. Der Adjusted Konzernüberschuss in Höhe von 879,1 Mio. € lag merklich unter dem Niveau des Vorjahres. Der neutrale Konzernüberschuss betrug -110,9 Mio. €, nach -219,5 Mio. € im Vorjahr.

Adjusted und neutrales Ergebnis


Eine wesentliche interne Steuerungsgröße des EnBW-Konzerns ist das Adjusted EBIT – das Ergebnis vor Ertragsteuern, Finanzergebnis und Beteiligungsergebnis. Das Adjusted EBIT ist um neutrale Ergebniseffekte bereinigt, um die Entwicklung der operativen Ertragslage zutreffend wiederzugeben. Das neutrale Ergebnis erfasst außerordentliche Effekte. Dazu gehören Ergebnisse aus Anlagenabgängen, außerordentliche Effekte bei den Kernenergie



WEITERE INFORMATIONEN
Jahresabschluss/Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung und zur Bilanz · S. 150ff.

rückstellungen, Erträge aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen, Aufwendungen aus der Restrukturierung, wesentliche Ergebniseffekte aufgrund von Gesetzesänderungen sowie außerplanmäßige Abschreibungen.

Adjusted Ergebnis

 WEITERE INFORMATIONEN
Jahresabschluss/Segment-
berichterstattung
› S. 206f.

Adjusted EBIT des EnBW-Konzerns nach Geschäftsfeldern in Mio. €	2009	2008	Veränderung in %
Strom Erzeugung und Handel	1.590,9	1.461,2	8,9
Strom Netz und Vertrieb	130,9	177,8	-26,4
Gas	152,0	192,7	-21,1
Energie- und Umweltdienstleistungen	86,2	100,1	-13,9
Holding/Konsolidierung	-166,1	-137,9	-20,4
Gesamt	1.793,9	1.793,9	0,0

Das Adjusted EBIT des EnBW-Konzerns erreichte 1.793,9 Mio. € und lag damit auf dem Niveau des Vorjahres. Der Beitrag der Konsolidierungseffekte zum Adjusted EBIT war geringfügig.

Einen Anstieg im Adjusted EBIT um 8,9 % auf 1.590,9 Mio. € erzielte das Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel. Positiv haben sich hier vor allem bessere Konditionen der in den Vorjahren für das Geschäftsjahr 2009 abgeschlossenen Terminkontrakte für die Stromerzeugung, Erträge aus Derivaten sowie höhere Erträge aus der Bereitstellung von Regelenergie ausgewirkt, sodass die Erzeugungsmarge ausgeweitet werden konnte. Belastungen hingegen entstanden für das Ergebnis aus höheren Fixkosten sowie aus der Wiedervermarktung von nicht abgesetzten Mengen bei B2B-Kunden, die ihre Nachfrage im Zuge der konjunkturellen Talfahrt reduziert hatten. Diese Mengen mussten über den Markt zu einem niedrigeren Preis verkauft werden. Das Ergebnis des Vorjahres enthielt zudem Erstattungsbeträge im Rahmen eines gerichtlichen Vergleichsvorschlags für Ermäßigungen beim Wasserentnahmeentgelt.

Das Adjusted EBIT im Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb ging um 26,4 % auf 130,9 Mio. € zurück. Im regulierten Bereich verbesserte sich das Adjusted EBIT aufgrund der Erhöhung der Netznutzungsentgelte und durch Entlastungen im Bereich der Regelenergie. Gegenläufig wirkten Belastungen aus der Einspeisung von Windenergie, erhöhte Kosten für Verlustenergie sowie höhere Aufwendungen für die Netzanbindung von Offshore-Windparks. Im Vertriebsbereich wurde das Ergebnis durch die Wirtschaftskrise, höhere EEG-Bezugskosten und den gestiegenen Wettbewerb belastet. Die periodenfremden Erlöse fielen im Geschäftsjahr 2009 deutlich geringer aus als im Jahr zuvor.

Im Geschäftsfeld Gas ergab sich ein Rückgang des Adjusted EBIT um 21,1 % auf 152,0 Mio. €. Der Absatzzrückgang und der intensiverte Wettbewerb verursachten einen Ergebnissrückgang im Vertrieb. Das periodenfremde Ergebnis lag deutlich unter dem Niveau des Vorjahrs. Das Ergebnis im Midstream-Bereich wurde durch Projektkosten belastet.

Das Adjusted EBIT im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen sank um 13,9 % und betrug 86,2 Mio. €. Der Ergebnissrückgang ist hauptsächlich auf den Bereich sonstige Dienstleistungen zurückzuführen.

Für den Bereich Holding/Konsolidierung stand im Geschäftsjahr 2009 ein negatives Adjusted EBIT in Höhe von 166,1 Mio. € zu Buche, im Vergleich zu -137,9 Mio. € im Jahr 2008. Die Ausweitung des Fehlbetrags rührt unter anderem aus gestiegenen Belastungen im Zusammenhang mit dem Pensionsversicherungsverein her.

Adjusted Ertragskennzahlen des EnBW-Konzerns in Mio. €	2009	2008	Veränderung in %
Adjusted Beteiligungsergebnis	221,2	217,3	1,8
Adjusted Finanzergebnis ¹	-680,5	-394,7	-72,4
Adjusted Ertragsteuern ¹	-403,4	-420,7	4,1
Adjusted Konzernüberschuss ¹	931,2	1.195,8	-22,1
davon Gewinnanteile anderer Gesellschafter	(52,1)	(97,0)	-46,3
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG	(879,1)	(1.098,8)	-20,0

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Das Adjusted Beteiligungsergebnis nahm um 1,8% auf 221,2 Mio. € zu. Hierzu trug eine verbesserte Ertragslage at equity bewerteter Beteiligungen im Ausland, unter anderem in Polen bei. Belastungen ergaben sich für das Adjusted Beteiligungsergebnis aus der Umgliederung der DREWAG Stadtwerke Dresden GmbH in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte. Durch die Umgliederung wurde die Equity-Bewertung im zweiten Halbjahr 2009 nicht mehr durchgeführt. Der Beitrag der EWE Aktiengesellschaft war aufgrund einer schwächeren operativen Ergebnisentwicklung im zweiten Halbjahr 2009 gering.

Das Adjusted Finanzergebnis fiel mit -680,5 Mio. € deutlich schlechter als im Vorjahr aus. Gründe für den Rückgang um 285,8 Mio. € waren höhere Zinsaufwendungen in Zusammenhang mit der gestiegenen Verschuldung des Konzerns sowie geringere Ergebnisse aus dem Verkauf und der Bewertung von Wertpapieren.

Die Adjusted Ertragsteuern lagen geringfügig unter dem Niveau des Vorjahres und betrugen 403,4 Mio. €. Dies entspricht einer Adjusted Steuerquote von 30,2% (Vorjahr: 26,0%). Der Anstieg der Steuerquote resultiert vor allem aus höheren periodenfremden Steuern im Geschäftsjahr 2009. Basierend auf den genannten Effekten reduziert sich der Adjusted Konzernüberschuss bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG im Geschäftsjahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 219,7 Mio. € auf 879,1 Mio. €.

Neutrales Ergebnis

Neutrales Ergebnis des EnBW-Konzerns in Mio. €	2009	2008	Veränderung in %
Neutrales EBIT Strom Erzeugung und Handel	39,1	-67,0	-
Neutrales EBIT Strom Netz und Vertrieb	32,7	-32,5	-
Neutrales EBIT Gas	-1,0	-242,6	99,6
Neutrales EBIT Energie- und Umweltdienstleistungen	1,0	-13,8	-
Neutrales EBIT Holding/Konsolidierung	23,6	30,2	-21,9
Neutrales EBIT gesamt	95,4	-325,7	-
Neutrales Beteiligungsergebnis	-138,9	34,0	-
Neutrales Finanzergebnis	-33,9	-78,4	56,8
Neutrale Ertragsteuern	-29,4	82,4	-
Neutraler Konzernüberschuss	-106,8	-287,7	62,9
davon Gewinnanteile anderer Gesellschafter	(4,1)	(-68,2)	-
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG	(-110,9)	(-219,5)	49,5

Das neutrale EBIT im Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel war 2008 vor allem durch Sonderaufwendungen im Kernenergiebereich belastet. Im Geschäftsjahr 2009 konnten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen Belastungen aus Abschreibungen auf das Vorratsvermögen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte überkompensieren. Der Hauptgrund für die Verbesserung des neutralen EBIT im Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb liegt in höheren Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen im Geschäftsjahr 2009. Das neutrale EBIT im Geschäftsfeld Gas war im Geschäftsjahr 2008 durch außerplanmäßige Abschreibungen auf die Gasnetze belastet. Das neutrale EBIT in den Bereichen Energie- und Umweltdienstleistungen sowie Holding/Konsolidierung hat sich im Vergleich zum Vorjahr in absoluten Werten nur geringfügig verändert. Per Saldo verbesserte sich das neutrale EBIT auf Konzernebene deutlich auf 95,4 Mio. €, nach einem Fehlbetrag von -325,7 Mio. € im Vorjahr.

Das neutrale Beteiligungsergebnis lag deutlich unter dem Niveau des Vorjahres, in dem ein Veräußerungsgewinn angefallen war. Belastungen entstanden im Geschäftsjahr 2009 vor allem durch außerplanmäßige Abschreibungen auf unsere Beteiligung an der EWE Aktiengesellschaft sowie auf Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden. Das neutrale Finanzergebnis verbesserte sich im Geschäftsjahr 2009 hauptsächlich durch geringere Wertberichtigungen auf Wertpapiere im Vergleich zum Vorjahr. Die Veränderung bei den neutralen Ertragsteuern ergibt sich aus der Veränderung des neutralen EBIT. Die neutralen Effekte im Beteiligungs- und Finanzergebnis sind in der Regel weitgehend steuerfrei. Der neutrale Konzernüberschuss summierte sich im Jahr 2009 auf -106,8 Mio. €, nach -287,7 Mio. € im Vorjahr. Vor diesem Hintergrund stiegen die Gewinnanteile der anderen Gesellschafter auf 4,1 Mio. €. Insgesamt verbesserte sich der neutrale Konzernüberschuss bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG um 108,6 Mio. € auf -110,9 Mio. €.

Überleitung Ergebnis

Nicht bereinigt um neutrale Ergebniseffekte ging der Konzernüberschuss bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG um 111,1 Mio. € auf 768,2 Mio. € zurück.

Ergebnisdarstellung des EnBW-Konzerns 1. Januar bis 31. Dezember 2009

in Mio. €

	2009	2008	Veränderung in %
Adjusted EBITDA	2.615,3	2.595,6	0,8%
Neutrales EBITDA	132,9	-55,5	
EBITDA	2.748,2	2.540,1	8,2%
Adjusted EBIT	1.793,9	1.793,9	0,0%
Neutrales EBIT	95,4	-325,7	
EBIT	1.889,3	1.468,2	28,7%
Adjusted Konzernüberschuss ^{1,2}	879,1	1.098,8	-20,0%
Neutraler Konzernüberschuss ¹	-110,9	-219,5	49,5%
Konzernüberschuss ^{1,2}	768,2	879,3	-12,6%

¹ Bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG.

² Die Zahlen der Vergleichsperiode wurden angepasst.

Finanzlage

Finanzmanagement der EnBW

Grundlagen und Ziele

Das Finanzmanagement im EnBW-Konzern verfolgt die Zielsetzung, die Kapitalkosten zur Finanzierung der Unternehmensstrategie möglichst gering zu halten, die jederzeitige Liquidität der operativen Geschäftstätigkeit sicherzustellen und das Risiko von Zinsänderungen für den Konzern einzugrenzen. Zielsetzung ist ebenfalls, mittelfristig ein A-Rating zu erhalten und die Kapitalstruktur unter dieser Bedingung zu optimieren. Vor diesem Hintergrund bewegt sich die Verschuldung im Zuge der Unternehmenssteuerung in einer angemessenen Bandbreite. Zur Steuerung wird der dynamische Verschuldungsgrad verwendet, der das Verhältnis der Nettverbindlichkeiten zum Adjusted EBITDA abbildet. Für die Feinststeuerung werden zudem die wesentlichen Kennzahlen der Ratingagenturen berücksichtigt. Die Minimierung der Kapitalkosten erfolgt unter der Prämisse, die finanzielle Flexibilität zur Ausübung von strategischen Optionen zu bewahren.

Um diese Ziele zu erreichen, orientiert sich die Finanzierungsstrategie der EnBW an den folgenden Grundsätzen:

- Eine langfristige Ausfinanzierung in den Kapitalmärkten umzusetzen, die die Fristenkongruenz zur Kapitalbindung der Aktiva in der Bilanz beachtet. Bankenfinanzierungen werden nur in Einzelfällen in Anspruch genommen und dienen häufig nur der Zwischenfinanzierung. Dies ermöglicht eine langfristige Finanzierung zu kostengünstigen Konditionen.
- Die Finanzierung auf einer Mehrsäulenstrategie aufzubauen, sodass in Abhängigkeit der Ziele des Finanzmanagements aus den verschiedenen Finanzierungsformen flexibel gewählt werden kann.
- Den Einsatz von Zinsswaps in klar definierten Grenzen vorzunehmen, um die Finanzierungsbedingungen zu optimieren.
- Eine diversifizierte Investorenbasis in den Fremdkapitalmärkten zu erreichen. Die EnBW legt großen Wert auf eine Diversifizierung anhand geografischer Merkmale, aber auch nach den Zielsetzungen der Investoren.

Im operativen Geschäft werden Derivate nur zur Absicherung von Grundgeschäften verwendet, beispielsweise bei Termingeschäften im Handel mit Strom und Primärenergieträgern. Auch Devisen- und Zinsderivate werden nur zur Absicherung von Grundgeschäften eingesetzt.

Bestandteil des Finanzmanagements ist ebenso die Steuerung der Finanzaktiva (Asset-Management). Als Grundlage hierfür ermittelt die EnBW anhand eines cashfloworientierten Modells die sich in den nächsten 30 Jahren ergebenden Effekte in der Bilanz, Gewinn- und Verlust- sowie in der Cashflow-Rechnung. Dieses Modell berücksichtigt die versicherungsmathematischen Gutachten zu Pensionsrückstellungen sowie externe Gutachten zu Nuklearrückstellungen. Zudem ermöglicht es die Simulation verschiedener Rendite- und Zuführungsalternativen.

Eine weitere Hauptaufgabe des Finanzmanagements ist die Sicherung des finanziellen Vermögens des EnBW-Konzerns in seinem Bestand und seiner Handelbarkeit sowie der Gewährleistung ausreichender Liquiditätsreserven, sodass der Konzern seine Zahlungsverpflichtungen jederzeit uneingeschränkt erfüllen kann. Die Treasury-Richtlinie des EnBW-Konzerns definiert die durch den Gesamtvorstand der EnBW zugelassenen Finanzgeschäfte und den vorgegebenen Handlungsrahmen. Die Treasury-Richtlinie gilt für alle Gesellschaften, die vollkonsolidiert oder durch einen Gewinnabführungsvertrag mit der EnBW AG verbunden sind. Für alle weiteren Unternehmen besitzt die Richtlinie Grundsatzcharakter. Die Vorteile der zentralen Steuerung des Finanzmanagements sind Risikominimierung, Transparenz und Kostenoptimierung.

Treasury

Der Treasury-Bereich verantwortet die konzernweite Steuerung sämtlicher Treasury-Prozesse. Das Liquiditätsmanagement erfolgt im Rahmen einer systemgestützten rollierenden Liquiditätsplanung und gilt für den zuvor definierten Geltungsbereich. Ein weiteres Aufgabenfeld ist die zentrale Verwaltung der Kredit- und Avallinien sowie die Vergabe von Garantie- und Patronatserklärungen. Zu den weiteren Aufgaben der Treasury-Aktivitäten zählen das Zinsrisiko- und Währungsmanagement.



Zinsrisiko- und Währungsmanagement

Aufgabe des Zinsrisikomanagements der EnBW ist die Steuerung und Überwachung der verzinslichen und zinsensitiven Aktiva und Passiva in der Bilanz. Es ist das Ziel, den Einfluss von Zinsschwankungen beziehungsweise -risiken auf die Ertrags- und Vermögenslage zu begrenzen. Im Rahmen der rollierenden Liquiditätsplanung berichten die einbezogenen Gesellschaften regelmäßig über die bestehenden Risikopositionen. Der Treasury-Bereich analysiert diese quartalsweise auf aggregierter Ebene und erarbeitet eine Zinsrisikostategie. Die Zinssätze der Finanzverbindlichkeiten des EnBW-Konzerns sind zum großen Teil vertraglich fixiert, sodass sich eine Änderung des Zinsniveaus im Wesentlichen nur bei Neuaufnahmen und anstehenden Refinanzierungen auf das Zinsergebnis der EnBW auswirkt. Das Risikopotenzial wird auf Basis aktueller Zinssätze und möglicher Veränderungen dieser Zinssätze ermittelt. Eine entsprechende Sensitivitätsanalyse findet sich im Anhang.

Grundsätzlich gilt, dass die aus dem operativen Geschäft resultierenden Währungspositionen durch entsprechende Devisentermingeschäfte geschlossen werden. Die Einzelgesellschaften informieren den Treasury-Bereich ab einer Nettoposition von 500 Tsd. € für den Risikozeitraum von zwölf Monaten. Insgesamt haben Währungsschwankungen aus operativer Tätigkeit keine wesentlichen Auswirkungen auf das Ergebnis der EnBW. Eventuelle Translationsrisiken werden im Zug des Währungsmanagements einzelfallabhängig einem Monitoring unterzogen.

Asset-Management

Die langfristigen Pensions- und Kernenergierückstellungen des Konzerns sollen innerhalb eines ökonomisch sinnvollen Zeitraums durch entsprechende Finanzanlagen gedeckt werden. Es besteht das Ziel, die vorgegebenen Anlageziele bei minimalem Risiko zu erreichen. Die Optimierung des Risiko-/Ertragsprofils der Finanzanlagen wurde auch 2009 fortgesetzt. Das Anlagevolumen belief sich 2009 auf über 5,5 Mrd. € und war auf insgesamt zehn Asset-Klassen verteilt. Die Finanzanlagen sind in vier Masterfonds mit den folgenden Anlagezielen gebündelt:

- Langfristige Zielrendite der Finanzanlagen bei 5,5 %
- Risikominimierung
- Minimierung der Auswirkungen auf Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung
- Breite Diversifizierung der Asset-Klassen
- Kostenreduktion und Verwaltungsvereinfachung

Finanzierungsfazilitäten

Der EnBW-Konzern verfügt neben der Innenfinanzierungskraft mit einem Free Cashflow von 1.292,1 Mio. € im Jahr 2009 und vorhandenen eigenen Mitteln über folgende Instrumente für die Deckung des Gesamtfinanzierungsbedarfs:

- Euro-Medium-Term-Note-(EMTN-)Programm (7,0 Mrd. €; zum 31. Dezember 2009 genutzt mit rund 5,2 Mrd. €)
- Syndizierte Kreditlinie (2,5 Mrd. €, zum 31. Dezember 2009 ungenutzt)
- Bilaterale kurzfristige Kreditlinien (342 Mio. €, zum 31. Dezember 2009 ungenutzt)
- Commercial-Paper-(CP-)Programm (2,0 Mrd. €, zum 31. Dezember 2009 ungenutzt)
- Maßnahmen zur Eigenkapitalstärkung und Emission von Sonderprodukten (beispielsweise Schweizer-Franken-Anleihe aus dem Jahr 2008 mit einem Volumen von 300 Mio. CHF)

In Zusammenhang mit dem Investitionsprogramm wurde das EMTN-Programm im April 2009 von 5,0 Mrd. € um 2,0 Mrd. € aufgestockt. Am 1. Juli 2009 hat die EnBW erfolgreich zwei Anleihen mit einem Volumen von insgesamt 1,35 Mrd. € mit mittlerer (6 Jahre, Coupon: 4,125 %) und langer (30 Jahre, Coupon: 6,125 %) Laufzeit platziert. 1,0 Mrd. € der syndizierten Kreditlinie ist jährlich revolving und wurde erfolgreich im Mai 2009 verlängert. Die zweite Tranche läuft mit einem Teilbetrag von 1,442 Mrd. € bis Mai 2012; die verbleibenden 58 Mio. € stehen bis Mai 2010 zur Verfügung. Die Höhe des Zinssatzes des syndizierten Kredits bewegt sich auf dem zum Zeitpunkt des Abschlusses marktüblichen Niveau. Das CP-Programm ermöglichte auch in einem schwierigen Marktumfeld jederzeit den kurzfristigen Zugang zum Kapitalmarkt. Als Sonderprodukte bestehen konzernweit Anleihen im Umfang von 500 Mio. CHF.

Die Dokumentationen für kurz- und langfristige Kapitalmarktaufnahmen unter dem etablierten EMTN- und dem CP-Programm sowie alle weiteren Kreditdokumentationen mit Banken (zum Beispiel syndizierte Kreditlinien) beinhalten international anerkannte übliche Standardklauseln. Ein wesentlicher Bestandteil der Finanzierungs- politik der EnBW ist die Abgabe einer Negativverklärung sowie eine Pari-passu-Klausel gegenüber den Gläubigern.

Die EnBW verfügte im Jahr 2009 jederzeit über den erforderlichen Zugang zum Kapitalmarkt. Die Finanzie- rungskonditionen für das Unternehmen bewegten sich auf dem marktüblichen Niveau. Im Jahr 2009 bestanden keine Kapitalmarktfälligkeiten. Für 2010 belaufen sich die Kapitalmarktfälligkeiten auf 217 Mio. €. Für 2011 bestehen keine Kapitalmarktfälligkeiten.



WEITERE INFORMATIONEN
Jahresabschluss/Fällig- keitsstruktur der Finanz- verbindlichkeiten > S. 179

Rating und Ratingentwicklung

Ein Ziel der Finanzstrategie des Unternehmens ist, das Rating im A-Bereich mittelfristig zu gewährleisten. Seit dem Beginn der Bonitätsbewertung durch die beiden Ratingagenturen Standard & Poor's (2000) und Moody's (2002) hat die EnBW diese Anforderung stets erfüllt. Mit Fitch hat im Mai 2009 eine weitere Ratingagentur die laufende Bewertung des Unternehmens aufgenommen. Die Einschätzung durch Fitch (A) liegt gleichauf mit der von Moody's (A2) und eine Stufe über dem Rating von Standard & Poor's (A-).

Ratingüberblick Rating/Ausblick	2009	2008	2007	2006	2005
Fitch	A/stabil				
Standard & Poor's	A-/negativ	A-/stabil	A-/stabil	A-/positiv	A-/stabil
Moody's	A2/stabil	A2/stabil	A2/stabil	A2/stabil	A3/stabil

Nach der Ankündigung der EnBW, einen Anteil von knapp 48 % an der Verbundnetz Gas AG erwerben zu wollen, setzten Standard & Poor's und Moody's den Ausblick ihrer Ratings unter Beobachtung für eine mögliche Herab- setzung. Im Dezember 2009 schlossen Moody's und Standard & Poor's die Überprüfung des EnBW-Ratings ab und bestätigten sowohl das Langfrustrating der EnBW mit „A2“ beziehungsweise „A-“ als auch das Kurzfrustrating „Prime-1“ und „A-2“. Standard & Poor's bewertet das EnBW-Geschäftsprofil weiterhin als stark und das Finanz- profil als „mittelstark“. Mit Verweis auch auf die Unsicherheiten, die mit der Umsetzung des komplexen Wach- stumsprogramms der EnBW verbunden sind, vergab Standard & Poor's einen negativen Ausblick für das Rating. Der Ausblick des Ratings bei Moody's ist stabil. Moody's begründet seine Entscheidung damit, dass die EnBW über die Verlängerung der Call-Option zur Übernahme der VNG-Aktien von EWE, den zeitnah geplanten Verkauf der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG (GESO) und über das angekündigte Desinvestitionsprogramm künftig eine Stärkung der Finanzsituation erlangt.

Investitionsanalyse

Zahlungswirksame Nettoinvestitionen des EnBW-Konzerns in Mio. €	2009	2008	Veränderung in %
Strom Erzeugung und Handel ¹	620,7	538,1	15,4
Strom Netz und Vertrieb ¹	385,7	400,1	-3,6
Gas	62,8	65,3	-3,8
Energie- und Umweltdienstleistungen	240,2	253,1	-5,1
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen gesamt¹	1.309,4	1.256,6	4,2
Auszahlungen für den Erwerb von voll- und quotenkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen ²	3.041,5	107,6	-
Auszahlungen für den Erwerb von Beteiligungen ³	23,2	40,0	-42,0
Investitionen gesamt¹	4.374,1	1.404,2	-
Einzahlungen aus Verkäufen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen	-93,0	-58,2	59,8
Zugänge von Baukosten- und Investitionszuschüssen	-65,1	-79,0	-17,6
Einzahlungen aus dem Verkauf von voll- und quotenkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen ⁴	-45,0	-62,4	-27,9
Einzahlungen aus dem Verkauf von Beteiligungen ³	-1,3	-70,5	-98,2
Desinvestitionen gesamt	-204,4	-270,1	-24,3
Nettoinvestitionen (zahlungswirksam)¹	4.169,7	1.134,1	-

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Mit dem Erwerb übernommene flüssige Mittel sind nicht enthalten. Diese betragen im Berichtszeitraum 24,8 Mio. € (Vorjahr: 3,6 Mio. €).

³ Ohne Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden.

⁴ Mit dem Verkauf abgegebene flüssige Mittel sind nicht enthalten. Diese betragen im Berichtszeitraum 0,0 Mio. € (Vorjahr: 2,2 Mio. €).

Die EnBW hat im abgelaufenen Geschäftsjahr ihr Wachstums- und Investitionsprogramm konsequent fortgesetzt. Im Geschäftsjahr 2009 wendete die EnBW 4.374,1 Mio. € für Investitionen auf. Das entspricht einem Zuwachs von 2.969,9 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr.

29,9% oder 1.309,4 Mio. € der gesamten Investitionen entfielen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Davon wurden 620,7 Mio. € im Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel getätigt, wobei der Schwerpunkt auf dem Ausbau der Kraftwerke lag. Wesentliche Projekte sind hier der Bau des Steinkohlekraftwerks RDK 8 in Karlsruhe und des Wasserkraftwerks in Rheinfelden sowie von Offshore-Windanlagen. Im Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb wurde im Wesentlichen in die Restrukturierung der Höchstspannungsnetze investiert. Im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen lag der Schwerpunkt im Bau eines Ersatzbrennstoffkraftwerks in Eisenhüttenstadt.

Die Finanzakquisitionen der EnBW betragen im Jahr 2009 3.064,7 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Zuwachs von 2.917,1 Mio. €. Wesentliche Positionen waren hier der Erwerb eines 26%-Anteils an der EWE Aktiengesellschaft, die Anteilserwerbe an den Kraftwerken Lippendorf und Bexbach, das Joint Venture mit der Borusan Holding in der Türkei sowie der Kauf von Onshore-Windanlagen von der Plambeck neue Energien AG in Niedersachsen und Brandenburg.

Für den Erwerb von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen bestanden zum 31. Dezember 2009 Investitionsverpflichtungen in Höhe von 888,3 Mio. € (Vorjahr: 1.475,1 Mio. €). Die Verpflichtungen zum Erwerb von Unternehmen betragen 1.137,2 Mio. € (Vorjahr: 2.758,2 Mio. €). Die Finanzierung der Investitionsverpflichtung wird aus dem laufenden Cashflow erfolgen.

Desinvestitionen wurden im Jahr 2009 in Höhe von 204,4 Mio. € vorgenommen, die im Wesentlichen aus dem Verkauf der Gegenbauer Holding SA & Co. KG, aus Netzabgängen und Baukostenzuschüssen resultieren. Per Saldo belief sich die Nettoinvestitionssumme im Jahr 2009 damit auf 4.169,7 Mio. €.

Liquiditätsanalyse

Free Cashflow in Mio. €	2009	2008	Veränderung in %
FFO (Funds from Operations) vor Steuern und Finanzierung	2.427,7	2.325,6	4,4
Veränderung der Vermögenswerte und Schulden aus operativer Geschäftstätigkeit	212,7	-536,1	-
Gezahlte Ertragsteuern	-197,0	-265,6	-25,8
Operating Cashflow	2.443,4	1.523,9	60,3
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen ¹	-1.309,4	-1.256,6	4,2
Einzahlungen aus Verkäufen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen	93,0	58,2	59,8
Zugänge von Baukosten- und Investitionszuschüssen	65,1	79,0	-17,6
Free Cashflow¹	1.292,1	404,5	-

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Der Funds from Operations (FFO) von 2.427,7 Mio. € lag 2009 aufgrund eines Anstiegs des EBITDA um 8,2% über dem Niveau des Vorjahres von 2.325,6 Mio. €. Der im Vergleich zum EBITDA geringere Anstieg des FFO resultierte vor allem aus der Auflösung langfristiger Rückstellungen, die nicht zahlungswirksam waren.

Der Operating Cashflow stieg gegenüber dem Vorjahr um 60,3% auf 2.443,4 Mio. €. Grund für das deutliche Plus ist, dass im Berichtsjahr die Vermögenswerte und Schulden aus operativer Geschäftstätigkeit um 212,7 Mio. € zurückgegangen sind, während sie im Vorjahr um 536,1 Mio. € angestiegen waren. Diese Veränderung resultiert im Wesentlichen daraus, dass Sicherungsleistungen für Termingeschäfte mit Strom, Kohle und Emissionsrechten im Vorjahr den Operating Cashflow belastet hatten, während sie im Berichtsjahr zu einer Verbesserung des Operating Cashflow führten. Der positive Effekt aus Sicherheitsleistungen resultiert aus der Aufnahme weiterer Handelspartner sowie aus der Marktbewertung. Zudem waren die gezahlten Ertragsteuern im Jahr 2009 niedriger als im Vorjahr. Für das Geschäftsjahr 2009 erfolgten Steuererstattungen aufgrund der in den Vorjahren geleisteten Quellensteuerzahlungen. Zusätzlich erhielt die EnBW 2009 erstmalig Körperschaftsteuerguthaben ausgezahlt.

Vor dem Hintergrund des gestiegenen Operating Cashflow übertraf 2009 auch der Free Cashflow das Vorjahresniveau um 887,6 Mio. € und erreichte 1.292,1 Mio. €. Während die Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen gestiegen sind, wirkte sich die Erhöhung der Einzahlungen aus Verkäufen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen positiv auf den Free Cashflow aus.

Cashflow-Rechnung in Mio. €	2009	2008	Veränderung in %
Operating Cashflow	2.443,4	1.523,9	60,3
Cashflow aus Investitionstätigkeit ¹	-4.629,6	-366,4	-
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ¹	678,6	598,6	13,4
Zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel	-1.507,6	1.756,1	-
Währungskursveränderung der flüssigen Mittel	2,0	10,6	-81,1
Veränderung der flüssigen Mittel	-1.505,6	1.766,7	-

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Vor dem Hintergrund des deutlich ausgeweiteten Investitionsprogramms der EnBW belief sich der Cashflow aus Investitionstätigkeit 2009 auf -4.629,6 Mio. €, gegenüber -366,4 Mio. € im Vorjahr. Neben deutlich gestiegenen Auszahlungen für den Erwerb von voll- und quotenkonsolidierten sowie at equity bewerteten Unternehmen waren höhere Investitionen in sonstige finanzielle Vermögenswerte sowie geringere Einzahlungen aus dem Verkauf von Finanzinstrumenten für den hohen Mittelabfluss verantwortlich. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit beläuft sich auf 678,6 Mio. €, nach 598,6 Mio. € im Vorjahr. Die Mittelzuflüsse aus der Aufnahme von

Finanzverbindlichkeiten überstiegen die Mittelabflüsse aus der Zahlung von Zinsen und Dividenden sowie der Tilgung von Finanzverbindlichkeiten.

Unter Berücksichtigung geringfügig positiver Effekte aus Währungskursveränderungen verzeichnet der EnBW-Konzern einen Rückgang der flüssigen Mittel um 1.505,6 Mio. € auf 1.578,9 Mio. € per 31. Dezember 2009 im Vergleich zum Jahresultimo 2008. Darin sind flüssige Mittel in Höhe von 108,1 Mio. € der zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte enthalten.

Auf Basis der vorhandenen liquiden Mittel, des deutlich positiven Free Cashflow und der verfügbaren externen Finanzierungsquellen war die Zahlungsfähigkeit des EnBW-Konzerns im Geschäftsjahr 2009 jederzeit gewährleistet. Die künftige Zahlungsfähigkeit der EnBW ist durch die solide Finanzlage, zu der auch ungenutzte Kreditlinien in Höhe von 2,842 Mrd. € gehören, gesichert.



WEITERE INFORMATIONEN
Jahresabschluss/Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung und zur Bilanz > S. 150ff.

Vermögenslage

Kurzfassung der Bilanz des EnBW-Konzerns in Mio. € ¹	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Aktiva			
Langfristige Vermögenswerte	24.124,8	21.128,7	14,2
Sachanlagen	(11.925,2)	(11.585,3)	2,9
At equity bewertete Unternehmen	(3.756,7)	(1.932,2)	94,4
Übrige finanzielle Vermögenswerte	(5.691,4)	(4.960,3)	14,7
Latente Steuern	(29,2)	(28,7)	1,7
Kurzfristige Vermögenswerte	8.875,5	11.626,2	-23,7
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	1.698,0	4,0	-
	34.698,3	32.758,9	5,9
Passiva			
Eigenkapital	6.407,7	5.591,5	14,6
Langfristige Schulden	19.806,8	17.959,6	10,3
Rückstellungen	(9.399,8)	(9.307,8)	1,0
Latente Steuern	(1.677,0)	(1.634,8)	2,6
Finanzverbindlichkeiten	(6.737,0)	(4.925,1)	36,8
Kurzfristige Schulden	7.715,7	9.207,8	-16,2
Rückstellungen	(1.006,2)	(1.109,1)	-9,3
Finanzverbindlichkeiten	(447,3)	(394,7)	13,3
Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	768,1	0,0	-
	34.698,3	32.758,9	5,9

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Der Anstieg der Bilanzsumme des EnBW-Konzerns um 5,9% auf 34.698,3 Mio. € per 31. Dezember 2009 gegenüber dem Vorjahresstichtag ist insbesondere auf die Zunahme der langfristigen Vermögenswerte um 2.996,1 Mio. € zurückzuführen. Darin sind im Wesentlichen der Erwerb des 26%-Anteils an der EWE Aktiengesellschaft sowie der Erwerb und die Wertsteigerung langfristiger Wertpapiere enthalten. Das Sachanlagevermögen erhöhte sich aufgrund der Anteilerwerbe an den Kraftwerken Lippendorf und Bexbach. Gegenläufig wirkte im Sachanlagevermögen die Umgliederung der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG und ihrer Tochtergesellschaften sowie der Unternehmensgruppe der Pražská teplárenská Holding a.s. in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte. Der Rückgang der kurzfristigen Vermögenswerte ist durch geringere flüssige Mittel aufgrund der Investitionen, gesunkene Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie rückläufige Marktwerte der derivativen Finanzinstrumente verursacht.

Neben dem positiven Konzernergebnis trug auch die Steigerung der Marktwerte der Wertpapiere zum Anstieg des Eigenkapitals um 816,2 Mio. € auf 6.407,7 Mio. € zum Geschäftsjahresabschluss 2009 bei. Die langfristigen Schulden erhöhten sich insbesondere aufgrund der gestiegenen Finanzverbindlichkeiten auf 19.806,8 Mio. €.

Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus neu aufgenommenen Anleihen und Bankverbindlichkeiten zur Finanzierung des Investitionsprogramms. Die lang- und kurzfristigen Rückstellungen haben sich im Jahresverlauf nur geringfügig verändert und beinhalten insbesondere Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie Rückstellungen im Kernenergiebereich. Die Umgliederung von Schulden der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG und ihrer Tochtergesellschaften sowie der Unternehmensgruppe der Pražská teplárenská Holding a.s. in die Schulden der zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten haben zu einem Rückgang der kurzfristigen Schulden geführt. Zudem haben gesunkene Marktwerte der derivativen Finanzinstrumente, verminderte Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und das Auslaufen einer Put-Option eines Minderheitsgesellschafters zu einer Verringerung dieser Position beigetragen.

Kennzahlen zur Vermögensstrukturanalyse	2009	2008	Veränderung in %
Eigenkapitalquote in % ¹	18,5	17,1	8,2
Durchschnittliches Capital Employed in Mio. € ¹	13.958,2	12.259,3	13,9
Nettoschulden/Eigenkapital ¹	1,4	1,2	16,7
Deckungsgrad langfristige Vermögenswerte (langfristige Vermögenswerte/Eigenkapital) ¹	3,8	3,8	0,0

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Die Eigenkapitalquote stieg trotz der Erhöhung der Bilanzsumme von 17,1% zum Jahresultimo 2008 auf 18,5% per 31. Dezember 2009. Das durchschnittliche Capital Employed nahm aufgrund des erhöhten Investitionsvolumens insbesondere zum Ausbau der Kraftwerkskapazitäten und für den Erwerb eines Anteils an der EWE Aktiengesellschaft im Vergleich zum Vorjahr um 13,9% zu. Aufgrund der erhöhten Nettoschulden im Zuge der durchgeführten Akquisitionen hat sich das Verhältnis aus Nettoschulden zu Eigenkapital 2009 etwas verschlechtert. Die Kennzahl „Deckungsgrad langfristige Vermögenswerte“ blieb zum Bilanzstichtag 2009 trotz des erhöhten Investitionsvolumens stabil auf dem Wert des Vorjahres von 3,8.

Nettoschulden

Die kurzfristigen Finanzmittel waren zum 31. Dezember 2009 im Vergleich zum Vorjahresultimo um 996,6 Mio.€ rückläufig, bedingt durch die Umsetzung des Investitionsprogramms. Die zur Finanzierung des Programms emittierten Anleihen und in Anspruch genommenen Kreditlinien trugen außerdem zum Anstieg der Nettofinanzschulden um 2.844,6 Mio.€ auf 5.763,1 Mio.€ zum Bilanzstichtag 2009 bei. Dadurch weiteten sich die Nettoschulden ebenfalls deutlich auf 9.172,0 Mio.€ zum gleichen Zeitpunkt aus. Der etwas geringere Anstieg der Nettoschulden resultiert vor allem aus gesunkenen Verbindlichkeiten aus Put-Optionen.

Nettoschulden in Mio. € ¹	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Flüssige Mittel ²	-1.217,8	-2.216,3	-45,1
Kurzfristige Wertpapiere ²	-154,3	-152,4	1,2
Kurzfristige Finanzmittel²	-1.372,1	-2.368,7	-42,1
Anleihen ³	5.446,6	4.110,3	32,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	962,5	556,4	73,0
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	726,1	620,5	17,0
Finanzverbindlichkeiten³	7.135,2	5.287,2	35,0
Nettofinanzschulden^{2,3}	5.763,1	2.918,5	97,5
Pensions- und Kernenergierückstellungen	9.355,8	9.013,1	3,8
Langfristige Wertpapiere und Ausleihungen ⁴	-4.983,3	-4.231,4	17,8
Kurzfristige Finanzmittel der Spezialfonds und kurzfristige Wertpapiere zur Deckung der Pensions- und Kernenergierückstellungen	-785,2	-1.218,7	-35,6
Verbindlichkeiten aus Put-Optionen	28,5	529,2	-94,6
Sonstiges	-146,4	-162,4	-9,9
Zwischensumme^{3,4}	9.232,5	6.848,3	34,8
Nettoschulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	-60,5	0,0	-
Nettoschulden^{3,4}	9.172,0	6.848,3	33,9

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Ohne kurzfristige Finanzmittel der Spezialfonds und kurzfristige Wertpapiere zur Deckung der Pensions- und Kernenergierückstellungen.

³ Bereinigt um Bewertungseffekte aus zinsinduzierten Sicherungsgeschäften.

⁴ Beinhaltet Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden.

Der dynamische Verschuldungsgrad setzt die Nettoschulden ins Verhältnis zum Adjusted EBITDA.

Dynamischer Verschuldungsgrad in Mio. € ¹	2009	2008	Veränderung in %
Nettoschulden	9.172,0	6.848,3	33,9
Adjusted EBITDA	2.615,3	2.595,6	0,8
Dynamischer Verschuldungsgrad	3,51	2,64	33,0

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Zum 31. Dezember 2009 ist der dynamische Verschuldungsgrad auf 3,51 angestiegen. Ursache hierfür war die im Zuge des Investitionsprogramms ausgeweitete Nettoverschuldung. Gleichzeitig prüft die EnBW jedoch auch eine Reihe von Desinvestitionen, die senkend auf den dynamischen Verschuldungsgrad wirken werden.

Wertbeitrag

Wertbeitrag nach Geschäftsfeldern 2009	Strom Erzeugung und Handel	Strom Netz und Vertrieb	Gas	Energie- und Umwelt- dienst- leistungen	Holding/ Konsoli- dierung	Gesamt
Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis (Mio. €)	1.674,3	344,6	161,7	97,6	-172,7	2.105,5
Durchschnittliches Capital Employed (Mio. €)	4.837,4	4.960,4	1.794,0	1.324,4	1.042,0	13.958,2
ROCE (%)	34,6	6,9	9,0	7,4	-	15,1
Kapitalkostensatz (%)	10,5	8,9	8,9	9,6	-	9,3
Wertbeitrag (Mio. €)	1.165,8	-99,2	1,8	-29,1	-	809,6

Wertbeitrag nach Geschäftsfeldern 2008 ¹	Strom Erzeugung und Handel	Strom Netz und Vertrieb	Gas	Energie- und Umwelt-dienstleistungen	Holding/Konsolidierung	Gesamt
Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis (Mio. €)	1.486,7	424,8	203,1	113,9	-137,9	2.090,6
Durchschnittliches Capital Employed (Mio. €)	4.001,9	4.903,8	1.863,9	1.347,9	141,8	12.259,3
ROCE (%)	37,1	8,7	10,9	8,5	-	17,1
Kapitalkostensatz (%)	10,4	8,8	8,8	9,6	-	9,2
Wertbeitrag (Mio. €)	1.070,5	-6,7	39,1	-15,5	-	962,7

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde weiterhin ein positiver Wertbeitrag erwirtschaftet.

Die deutliche Zunahme des Capital Employed ging einher mit einer geringfügigen Steigerung des Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis. Dementsprechend belief sich der Wertbeitrag auf 809,6 Mio. €. Dies entspricht gegenüber 2008 einem Rückgang von 153,1 Mio. €.

Zur Wertbeitragsentwicklung der Geschäftsfelder

Im Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel erhöhte sich der Wertbeitrag um 95,3 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Die Steigerung des Adjusted EBIT resultiert vor allem aus besseren Konditionen der für das Geschäftsjahr 2009 abgeschlossenen Terminkontrakte für die Stromerzeugung, Erträgen aus Derivaten sowie höheren Erträgen aus der Bereitstellung von Regelenergie. Belastungen hingegen entstanden für das Ergebnis aus höheren Fixkosten sowie aus der Wiedervermarktung von nicht abgesetzten Mengen bei B2B-Kunden als Folge der Wirtschaftskrise. Das Ergebnis des Vorjahres enthielt zudem Erstattungsbeträge im Rahmen eines gerichtlichen Vergleichsvorschlags für Ermäßigungen beim Wasserentnahmeentgelt. Die höhere Kapitalbasis ist vor allem auf gestiegene Sachinvestitionen zum Ausbau der Kraftwerkskapazitäten, insbesondere durch den Erwerb der Kraftwerksanteile Lippendorf und Bexbach, den Kraftwerksneubau RDK 8 und den Bau des Wasserkraftwerks Rheinfelden, sowie auf die Realisierung von Windkraftprojekten zurückzuführen.

Der Wertbeitrag im Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb sank um 92,5 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr. Im regulierten Bereich verbesserte sich das Adjusted EBIT aufgrund der Erhöhung der Netznutzungsentgelte und durch Entlastungen im Bereich der Regelenergie. Gegenläufig wirkten Belastungen aus der Einspeisung von Windenergie, erhöhte Kosten für Verlustenergie sowie höhere Aufwendungen für die Netzanbindung von Offshore-Windparks. Im Vertriebsbereich wurde das Ergebnis durch die Wirtschaftskrise, höhere EEG-Bezugskosten und den gestiegenen Wettbewerb belastet. Die periodenfremden Erlöse fielen im Geschäftsjahr 2009 deutlich geringer aus als im Jahr zuvor. Die Kapitalbasis blieb nahezu konstant.

Der Wertbeitrag im Geschäftsfeld Gas reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 37,3 Mio. €. Der Absatzrückgang und der intensiverte Wettbewerb verursachten einen Ergebnismrückgang im Vertrieb. Das periodenfremde Ergebnis lag deutlich unter dem Niveau des Vorjahrs. Das Ergebnis im Midstream-Bereich wurde durch Projektkosten belastet. Die gesunkene Kapitalbasis ist im Wesentlichen bedingt durch außerplanmäßige Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen im Geschäftsjahr 2008; mit voller Wirkung auf die Kapitalbasis 2009.

Der Wertbeitrag im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen lag 13,6 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Hauptgrund war insbesondere der Ergebnismrückgang im Bereich sonstige Dienstleistungen. Der geringfügige Rückgang der Kapitalbasis resultiert zum einen aus dem Verkauf von Beteiligungen, zum anderen aus dem gegenläufigen Effekt der gestiegenen Sachinvestitionen.

Für den Bereich Holding/Konsolidierung ergab sich ein deutlicher Anstieg des Capital Employed durch den Erwerb eines 26%-Anteils an der EWE Aktiengesellschaft.

Zur Ermittlung des Wertbeitrags

Die Kapitalkosten vor Steuern stellen eine Mindestverzinsung auf das eingesetzte Kapital dar. Erst wenn die erzielte Verzinsung (ROCE) über den Kapitalkosten liegt, entsteht ein positiver Wertbeitrag. Zur Ermittlung der Kapitalkosten wird der gewichtete Durchschnitt der Eigen- und Fremdkapitalkosten zugrunde gelegt. Der gewichtete Durchschnitt ist der jeweilige Anteil von Eigen- und Fremdkapital am Gesamtkapital. Der Wert des Eigenkapitals entspricht dabei der Marktbewertung und nicht dem bilanziellen Wert. Die Eigenkapitalkosten basieren auf der Rendite einer risikofreien Anlage sowie einem unternehmensspezifischen Risikoaufschlag (Marktrisikoprämie). Dieser bestimmt sich aus der Differenz der risikofreien Anlage und der Rendite des Gesamtmarkts in Abhängigkeit vom Betafaktor. In den Kapitalkosten werden die Eigenkapitalkosten auf Vorsteuerbasis berücksichtigt. Die langfristigen Konditionen, zu denen der EnBW-Konzern Fremdkapital aufnehmen kann, dienen zur Festlegung der Fremdkapitalkosten auf Vorsteuerbasis.

Ableitung des Kapitalkostensatzes (WACC)	2009	2008
Risikofreier Zinssatz (r_f)	4,0%	4,7%
Marktrisikoprämie (MRP)	5,0%	5,0%
Betafaktor (β)	0,9	1,1
Eigenkapitalkostensatz nach Steuern	8,4%	10,0%
Fremdkapitalkostensatz vor Steuern (r_{FK})	6,5%	5,7%
Tax Shield der Fremdkapitalzinsen	-1,7%	-1,5%
Fremdkapitalkostensatz nach Steuern	4,8%	4,2%
Anteil Eigenkapital (EK)	50,0%	40,0%
Anteil Fremdkapital (FK)	50,0%	60,0%
Kapitalkostensatz nach Steuern	6,6%	6,5%
Steuersatz (s)	29,0%	29,0%
Kapitalkostensatz vor Steuern (Konzern)	9,3%	9,2%

$$\text{WACC} = (r_f + \beta \times \text{MRP}) \times \frac{\text{EK}}{\text{EK} + \text{FK}} \times \frac{1}{(1-s)} + r_{FK} \times \frac{\text{FK}}{\text{EK} + \text{FK}}$$

Um den unterschiedlichen Risiken unserer Geschäftsaktivitäten entlang der Wertschöpfungskette gerecht zu werden, ermitteln wir die Kapitalkosten separat für die einzelnen Geschäftsfelder.

Zur Bestimmung des ROCE wird zunächst das Adjusted EBIT bestimmt. Das im Konzern erzielte EBIT wird um neutrale Ergebnisbeiträge bereinigt. Ergebnisbeiträge aus Beteiligungen werden zum Adjusted EBIT addiert, sofern die Beteiligungen dauerhafter Bestandteil des Geschäftsmodells der EnBW sind. Eine Vorsteuerbetrachtung findet statt, um die Vergleichbarkeit mit dem Adjusted EBIT zu gewährleisten.

Das Capital Employed beinhaltet sämtliche Vermögenswerte des operativen Geschäfts. Unverzinsliches Fremdkapital – zum Beispiel Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen – werden hiervon abgezogen. Das Capital Employed errechnet sich aus dem Durchschnitt des Jahresanfangs- und Jahresendwerts sowie den drei Quartalswerten.

Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis in Mio. € ¹	2009	2008
EBIT	1.889,3	1.468,2
Neutrales EBIT	-95,4	325,7
Beteiligungsergebnis ²	82,3	244,7
Neutrales Beteiligungsergebnis	138,9	-34,0
Steueranpassung Beteiligungsergebnis ³	90,4	86,0
Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis	2.105,5	2.090,6

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Ohne Erträge aus Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden.

³ Adjusted Beteiligungsergebnis/0,71 – Adjusted Beteiligungsergebnis (mit 0,71 = 1 - Steuersatz 29 %).

Durchschnittliches Capital Employed in Mio. € ¹	2009	2008
Immaterielle Vermögenswerte	1.806,4	1.702,6
Sachanlagen	11.925,2	11.585,3
Investment Properties	70,3	86,6
Beteiligungen ²	4.464,8	2.661,1
Vorratsvermögen	944,8	862,9
Kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ³	2.786,3	3.125,1
Übrige Vermögenswerte	5.324,0	4.679,8
Nicht zinstragende Rückstellungen	-1.050,2	-1.403,8
Nicht zinstragende Verbindlichkeiten ⁴	-7.464,6	-7.536,1
Zuschüsse	-1.519,0	-1.717,6
Latente Steuern ⁵	-1.647,8	-1.606,1
Vermögenswerte und Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten, die den Nettoschulden zuzuordnen sind	-60,5	0,0
Capital Employed zum 31.12.	15.579,7	12.439,8
Durchschnittliches Capital Employed⁶	13.958,2	12.259,3

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Beinhaltet at equity bewertete Unternehmen, Anteile an verbundenen Unternehmen sowie sonstige Beteiligungen, die der operativen Geschäftstätigkeit zuzuordnen sind.

³ Ohne verbundene Unternehmen.

⁴ Ohne verbundene Unternehmen, ohne potenzielle Kaufpreisverpflichtungen aus Put-Optionen.

⁵ Aktive und passive latente Steuern saldiert.

⁶ Durchschnittliche Berechnung auf Basis der jeweiligen Quartalswerte des Berichtsjahres und des Vorjahresendwerts.

Nicht bilanzierte immaterielle Vermögenswerte

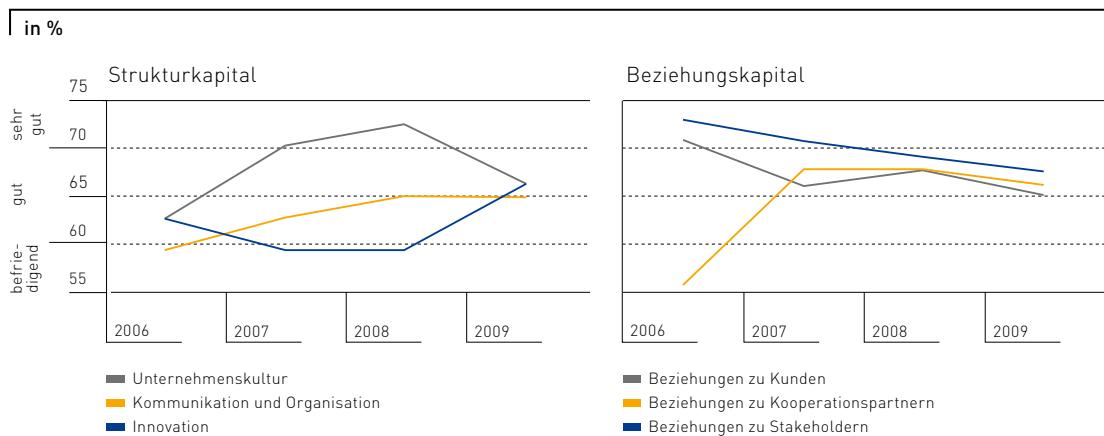
Der Erfolg der EnBW basiert zusätzlich auf einer Reihe immaterieller Vermögenswerte, die nicht in der Bilanz erfasst werden. Das Human-, Struktur- und Beziehungskapital der EnBW, das so genannte intellektuelle Kapital, hat einen bedeutenden Einfluss auf die Geschäftstätigkeit des Unternehmens und spiegelt sich damit im Unternehmenswert der EnBW wider. Vor diesem Hintergrund ist das professionelle Management des intellektuellen Kapitals eine strategische Herausforderung. Als einziges Großunternehmen in Deutschland nutzt die EnBW hierfür bereits seit dem Jahr 2005 den Ansatz der „Wissensbilanz – Made in Germany“. Dabei werden die Einflussfaktoren des intellektuellen Kapitals von fachlich und hierarchisch repräsentativ zusammengesetzten Mitarbeitergruppen im Rahmen einer systematischen Selbsteinschätzung beurteilt. Anhand von 27 Fragen werden die Qualität und Quantität der einzelnen Faktoren wie beispielsweise Unternehmenskultur, Motivation und Kundenbeziehungen sowie die Systematik, mit der diese entwickelt werden, beurteilt. Auf Basis der Ergebnisse aus den zentralen Gesellschaften des Konzerns entsteht im rollierenden Verfahren¹ ein konzernweiter Überblick über die Entwicklung des intellektuellen Kapitals. Damit lassen sich Optimierungsfelder identifizieren und anschließend Maßnahmen zur Verbesserung einleiten, überwachen und steuern.



WEITERE INFORMATIONEN
Mitarbeiter/Humankapital
> S. 83

¹ In den Gesellschaften des Bereichs Strom erfolgt die Wissensbilanzierung immer in den ungeraden Jahren, in den Gesellschaften des Geschäftsfelds Gas sowie den Servicegesellschaften in den geraden Jahren. Die Ergebnisse des aktuellen und des Vorjahres werden zu einem konzernweiten Überblick konsolidiert (bestehend aus den Ergebnissen der Wissensbilanzierung in zwölf Konzerngesellschaften). Dieser auf der Ebene der Geschäftsfelder praktizierte Zweijahresrhythmus hat seine Ursache vor allem in der Veränderungsgeschwindigkeit bei der Verbesserung des intellektuellen Kapitals.

Entwicklung der Einflussfaktoren des intellektuellen Kapitals der EnBW



Strukturkapital: Die einzelnen Faktoren für die Bewertung des Strukturkapitals erreichten 2009 ein gutes Niveau. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bewertung der Unternehmenskultur zwar geringfügig verschlechtert, sie wird jedoch insgesamt als angenehm, konstruktiv und gut wahrgenommen. Der Rückgang ist vor allem auf die im Zuge der Wachstumsstrategie des Unternehmens gestiegenen Anforderungen zurückzuführen. Die Integration neuer und junger Mitarbeiter wird weiterhin als wichtige Herausforderung gesehen und die Instrumente der Personalpolitik zur Entwicklung der Unternehmenskultur sind noch systematischer sowie nachhaltiger einzusetzen. Die Kommunikation und Organisation im EnBW-Konzern wird weitgehend ähnlich wie im Vorjahr eingeschätzt. Es bestehen zahlreiche Möglichkeiten für den Austausch zwischen den Mitarbeitern. Probleme wurden hierbei insbesondere in der Kommunikation an Schnittstellen zwischen Gesellschaften, Abteilungen und Hierarchieebenen identifiziert. Die Beurteilung der Innovationsfähigkeit des Unternehmens hat sich gesteigert. Die eingeleiteten Innovationsprogramme führten zu einer verbesserten Systematik des Innovationsprozesses und zu einer erhöhten Anzahl von Produkt- und Prozessinnovationen im Konzern. Gesteigert werden kann die Innovationsfähigkeit nach Angaben der Befragten durch die Einbindung zusätzlicher Innovationspartner und eine Verkürzung des Umsetzungszeitraums der Innovationen.

Beziehungskapital: Mit Bewertungen von knapp unter 70 % liegen die Faktoren des Beziehungskapitals im guten oberen Bereich. Die Beurteilung der Kundenbeziehung hat sich im Jahr 2009 erneut etwas verschlechtert. Dies trifft insbesondere auf den Bereich B2B zu. Optimierungspotenzial wird dabei vor allem beim Kundenbeziehungsmanagement gesehen, das im liberalisierten Energiemarkt vor stetig wachsenden Herausforderungen steht. Die von der EnBW durchgeführten Kundenzufriedenheitsanalysen belegen das gute Niveau, zeigen jedoch auch Raum für Verbesserungen auf. Die Qualität der Beziehung zu Kooperationspartnern erreichte nahezu das gute Niveau des Vorjahres. Die hohe Anzahl der Kooperationsbeziehungen, häufige Kontakte und die oftmals enge Zusammenarbeit tragen hierzu bei. Verbesserungen können nach den Ergebnissen der Analyse durch eine stärkere Systematisierung des Umgangs mit Kooperationspartnern erreicht werden. Das kritische Bild von Energieversorgern in der Öffentlichkeit, die wahrgenommenen Rekommunalisierungsbestrebungen einzelner Kommunen und regulatorische Entwicklungen sind für den geringfügigen Rückgang der Bewertung der Beziehung zu Stakeholdern verantwortlich. Die Kontaktpflege der EnBW mit wichtigen Stakeholdern wurde 2009 mit „gut“ bewertet; gleichzeitig sollte die Pflege der Beziehungen nach Ansicht der Befragten auf eine größere Anzahl an Mitarbeitern verteilt werden.

Eine große Bedeutung kommt ebenfalls der Marke EnBW zu. Ein positives Markenimage zu erhalten und auszubauen ist in den Beziehungen zu Kunden, Partnern und Behörden von großer Bedeutung. Die gemeinsame Markenidentität der EnBW bildet die Basis für die klare Positionierung der EnBW im intensiven Wettbewerb. Diese strategische Ausrichtung hat dazu geführt, dass die Marke EnBW neben einer sehr hohen Bekanntheit in Baden-Württemberg auch an Klarheit bei ihren Kunden gewonnen hat. Das Management des immateriellen Vermögenswerts Marke zahlt sich somit aus: Das Bild bei ihren Kunden unterstützt die Kundenbindung.

Die grundlegende Voraussetzung dafür ist, dass die Kunden in hohem Maße mit ihrem Unternehmen zufrieden sind. Die EnBW hat in einem schwierigen Wettbewerbsumfeld die Kundenzufriedenheit und Kundenloyalität ihrer Privatkunden im Jahr 2009 weiterhin auf gutem Niveau gehalten. Die EnBW kann sich damit vor den nationalen Wettbewerbern RWE, E.ON und Vattenfall platzieren.

In unseren Geschäftsbeziehungen legen wir Wert auf einen partnerschaftlichen Umgang. Wir bemühen uns, sämtliche Interessen zu berücksichtigen. So ist es uns beispielsweise gelungen, beim Bau von Erzeugungsanlagen oftmals einen reibungslosen Ablauf bei behördlichen Genehmigungen zu erreichen.

Unternehmenssituation der EnBW AG

Der Jahresüberschuss der EnBW AG verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 697,2 Mio. € auf 456,2 Mio. €. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags in Höhe von 124,1 Mio. € und nach Einstellung von 100,0 Mio. € in die anderen Gewinnrücklagen ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 480,3 Mio. €. Der Hauptversammlung wird eine Dividende von 1,53 € je Aktie vorgeschlagen.

Unternehmenssituation der EnBW AG



WEITERE INFORMATIONEN
www.enbw.com
> Investoren > Download-
center

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW AG) hat als Holding die Leitungsfunktion im EnBW-Konzern. Die wirtschaftliche Lage der EnBW AG hängt wesentlich von der wirtschaftlichen Lage des Konzerns ab. Der Jahresabschluss der EnBW AG wird gemäß Handelsgesetzbuch und Aktiengesetz aufgestellt. Der von der Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, geprüfte ausführliche Jahresabschluss sowie der mit dem Konzern zusammengefasste Lagebericht der EnBW AG werden zusammen mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Der vollständige Jahresabschluss der EnBW AG steht als Download zur Verfügung.

Vermögenslage der EnBW AG

Die Vermögenslage der EnBW AG wird maßgeblich von ihren Beteiligungen sowie der zentralen Finanz- und Liquiditätssteuerung bestimmt. Die zentrale Finanz- und Liquiditätssteuerung wirkt sich sowohl auf die Finanzanlagen als auch auf die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus. Bei der EnBW AG werden die Pensionsverpflichtungen der wesentlichen Tochtergesellschaften gebündelt. Die jährlichen Aufwendungen für die Altersversorgung werden von den jeweiligen Tochtergesellschaften vergütet.

Kurzfassung Bilanz der EnBW AG in Mio. € ¹	31.12.2009	31.12.2008
Aktiva		
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	10,2	11,1
Sachanlagen	10,5	10,1
Finanzanlagen	15.018,7	12.165,0
	15.039,4	12.186,2
Umlaufvermögen		
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.664,3	2.377,3
Übrige Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	496,9	606,1
Wertpapiere und flüssige Mittel	1.450,5	2.061,3
	4.611,7	5.044,7
Rechnungsabgrenzungsposten	60,8	55,3
	19.711,9	17.286,2
Passiva		
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	640,0	640,0
Kapitalrücklage	22,2	22,2
Gewinnrücklagen	1.433,6	1.333,6
Bilanzgewinn	480,3	615,1
	2.576,1	2.610,9
Rückstellungen	3.548,0	3.383,1
Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	12.885,4	11.225,8
Übrige Verbindlichkeiten	687,3	48,7
	13.572,7	11.274,5
Rechnungsabgrenzungsposten	15,1	17,7
	19.711,9	17.286,2

¹ Nach deutschem Handelsrecht.

Das Finanzanlagevermögen stieg um 2.853,7 Mio. €. Wesentliche Zugänge waren in den Ausleihungen an verbundene Unternehmen ein Darlehen an die EnBW Kraftwerk Lippendorf Beteiligungsgesellschaft mbH für den Zukauf weiterer Anteile am Kraftwerk Lippendorf sowie bei den Beteiligungen der Erwerb eines 26 %-Anteils an der EWE Aktiengesellschaft. Die Veränderung bei den Wertpapieren und flüssigen Mittel ist durch den Rückgang der flüssigen Mittel um 914,7 Mio. € geprägt.

Die Eigenkapitalquote der EnBW AG sank gegenüber dem Vorjahr um 2,0 Prozentpunkte auf 13,1%. Diese Veränderung resultiert unter anderem aus dem Anstieg der Bilanzsumme um 2.425,7 Mio. € im Wesentlichen infolge der getätigten Investitionen.

Im Geschäftsjahr wurden durch eine Tochtergesellschaft zwei Anleihen in Höhe von insgesamt 1.350,0 Mio. € ausgegeben und die Liquidität der EnBW in Form von Darlehen zur Verfügung gestellt. Dieser Sachverhalt trägt im Wesentlichen zur Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 1.659,6 Mio. € bei.

Ergebnis der EnBW AG und Dividende

Kurzfassung der Gewinn- und Verlustrechnung der EnBW AG in Mio. € ¹	2009	2008
Beteiligungsergebnis	1.291,0	2.025,8
Zinsergebnis	-391,4	-415,9
Personalaufwand	-208,4	-175,7
Sonstige Aufwendungen und Erträge	-109,6	-165,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	581,6	1.268,3
Steuern	-125,4	-114,9
Jahresüberschuss	456,2	1.153,4

¹ Nach deutschem Handelsrecht.

Der Jahresüberschuss der EnBW AG für das Geschäftsjahr 2009 beträgt 456,2 Mio.€ und liegt damit um 697,2 Mio.€ unter dem Vorjahreswert. Der Bilanzgewinn beläuft sich auf 480,3 Mio.€ und berücksichtigt einen Gewinnvortrag von 124,1 Mio.€ sowie die Zuführung in andere Gewinnrücklagen in Höhe von 100,0 Mio.€. Das Beteiligungsergebnis verschlechterte sich im Vergleich zum Vorjahr um 734,8 Mio.€. Negative Effekte ergaben sich hierbei 2009 aus höheren Aufwendungen aus Verlustübernahmen und Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen. Zudem waren im Vorjahr positive Einmaleffekte bei den Erträgen aus der Zuschreibung von Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen enthalten.

Der negative Saldo aus sonstigen Aufwendungen und Erträgen verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 56,3 Mio.€. Er enthält im Wesentlichen Konzernverrechnungen sowie Werbe- und Beratungsaufwendungen.

Der Steueraufwand ist um 10,5 Mio.€ höher als im Vorjahr. Die Veränderung ist insbesondere auf höhere Steuernachzahlungen für frühere Geschäftsjahre zurückzuführen.

Wir werden der Hauptversammlung am 29. April 2010 vorschlagen, aus dem Bilanzgewinn der EnBW AG eine Dividende von 1,53 € je Aktie auszuschütten. Zum 31. Dezember 2009 waren insgesamt 244.256.523 Aktien dividendenberechtigt. Die Ausschüttungssumme der EnBW AG für das Geschäftsjahr 2009 wird bei entsprechendem Beschluss durch die Hauptversammlung 373,7 Mio.€ betragen.

Anmerkungen zur Berichtsweise

Der Konzernabschluss der EnBW wird entsprechend § 315a Abs. 1 HGB zu den am Bilanzstichtag verpflichtend in der Europäischen Union anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt.

Schlussklärung über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Vorstand der EnBW AG erstellte für das Geschäftsjahr 2009 gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen, der mit folgender Erklärung schließt: „Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns zu dem Zeitpunkt bekannt waren, an dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist nicht benachteiligt worden. Berichtspflichtige Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse der herrschenden Unternehmen lagen nicht vor.“

Mitarbeiter

Die über 21.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im EnBW-Konzern tragen wesentlich zum Erfolg und zur Erreichung der Wachstumsziele des Unternehmens bei. Daher ist ein zentrales Element unserer Personalstrategie, die Kompetenzen und Fähigkeiten unserer Mitarbeiter zu sichern und weiterzuentwickeln. Fairness, Respekt und Vertrauen sind die Grundlagen eines partnerschaftlichen und kooperativen Miteinanders im Unternehmen.

Entwicklung der Mitarbeiterzahlen und Personalstruktur

Im EnBW-Konzern waren zum 31. Dezember 2009 21.124 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahresstichtag ist dies ein Anstieg um 623 Beschäftigte beziehungsweise 3,0%. Ein Hauptgrund für den Zuwachs ist die Übernahme von mehr als 330 Auszubildenden in den Konzern. Zusätzlich wurden Neueinstellungen in verschiedenen Bereichen vorgenommen, die auf der Umsetzung der Wachstumsstrategie des Unternehmens beruhen. Im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen stieg die Mitarbeiterzahl deutlich an, resultierend aus geänderten Zuordnungen der Belegschaft in den Geschäftsfeldern Strom Netz und Vertrieb, Gas sowie Holding. Außerdem wurde in das Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen auch ein Teil der Geschäftstätigkeit der ENSO Energie Sachsen Ost AG eingegliedert.

Mitarbeiter des EnBW-Konzerns ¹	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Strom Erzeugung und Handel	4.794	4.546	5,5
Strom Netz und Vertrieb	6.420	7.130	-10,0
Gas	733	923	-20,6
Energie- und Umweltdienstleistungen	8.586	7.282	17,9
Holding	591	620	-4,7
Gesamt	21.124	20.501	3,0
In Mitarbeiteräquivalenten ²	20.064	19.610	2,3

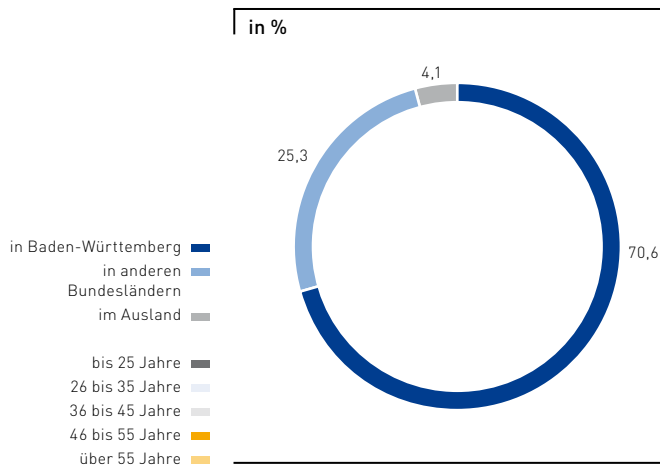
¹ Anzahl der Mitarbeiter ohne Auszubildende und ohne ruhende Arbeitsverhältnisse.
Der Begriff Mitarbeiter bezeichnet weibliche und männliche Beschäftigte.

² Umgerechnet in Vollzeitbeschäftigungen.

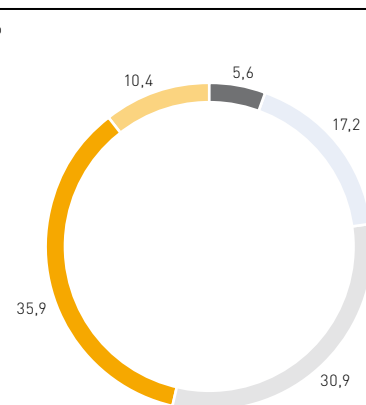
An 14 Unternehmensstandorten hat die EnBW im Jahr 2009 erneut 334 Ausbildungs- und Studienplätze in den Kerngesellschaften in Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt. Start der neuen Ausbildungsrunde war der 7. September. Damit konnte die traditionell sehr hohe Ausbildungsquote der Kerngesellschaften auch in einem schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld aufrechterhalten werden; zum Jahresende 2009 betrug sie, ähnlich wie im Vorjahr, 7,6%.

Von den 21.124 Beschäftigten des Konzerns sind 70,6% in Baden-Württemberg tätig, 25,3% sind im weiteren Bundesgebiet, 4,1% im Ausland aktiv. Die größte Anzahl von Mitarbeitern im Ausland ist in unseren Beteiligungen in der tschechischen Republik beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr zeigte die regionale Verteilung unserer Mitarbeiter nur geringfügige Veränderungen. Das durchschnittliche Alter der Mitarbeiter im EnBW-Konzern blieb 2009 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert bei 43,6 Jahren. Die größte Altersgruppe stellen mit etwa 36% die 46- bis 55-Jährigen. Zusammen mit den 36- bis 45-Jährigen bilden sie etwa 67% der Belegschaft. Auch die Verteilung nach Altersgruppen hat sich im Geschäftsjahr 2009 kaum verändert.

Mitarbeiter nach Regionen



Mitarbeiter nach Altersgruppen



Von den Beschäftigten bei der EnBW verfügen 22,9 % über einen Hochschul-, Fachhochschul- oder Dualen Hochschul¹-Abschluss (Vorjahr: 21,4 %). Eine Fachschulausbildung oder Lehre haben 71,5 % der Mitarbeiter absolviert (Vorjahr: 72,8 %). Die verbleibenden 5,6 % haben einen Schulabschluss ohne eine weitere nachgewiesene Ausbildung (Vorjahr: 5,8 %). Weitere Strukturkennzahlen der Belegschaft des EnBW-Konzerns lauten wie folgt: Zum Jahresende 2009 betrug der Anteil der Frauen an der Gesamtmitarbeiterzahl 25,2 % (Vorjahr: 24,8 %). Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Teilzeitquote, unter Berücksichtigung der Mitarbeit in Altersteilzeit, um 1,5-Prozentpunkte auf 12,3 % beziehungsweise 2.588 Mitarbeiter. Von den Mitarbeitern in Teilzeit waren 1.538 Frauen, ein Anteil von 59,4 %, nach 59,8 % im Vorjahr.

Vor dem Hintergrund der Wachstumsstrategie der EnBW lagen Schwerpunkte der Personalarbeit im Geschäftsjahr 2009 auf dem Personalaufbau und der konzerninternen Umstrukturierung: Die Einstellung und Integration neuer Mitarbeiter erfolgte insbesondere in den Bereichen Erzeugung (konventionelle und erneuerbare Energien), IT und Energiehandel. Um unseren potenziellen Bewerbern ein noch genaueres Bild der EnBW als Arbeitgeber vermitteln zu können, haben wir uns im Geschäftsjahr 2009 mit der Fragestellung auseinandergesetzt: Wofür stehen wir als Arbeitgeber? Die so weiterentwickelte EnBW-Arbeitgebermarke ist nun die Grundlage unserer gesamten Personalarbeit und -kommunikation. Auch die Überalterung der Gesellschaft stellt Unternehmen im Hinblick auf die Altersstruktur der Belegschaft vor große Herausforderungen. Um auf diese angemessen reagieren zu können, hat die EnBW im Geschäftsjahr 2009 eine konzernweite Demografie-Analyse durchgeführt. Die Ergebnisse der Analyse werden für die Ausrichtung der künftigen Personalpolitik eine bedeutende Rolle spielen.

Personalstrategie

Das Personalmanagement der EnBW unterstützt die Umsetzung der EnBW-Unternehmensstrategie. Die Gewinnung, Bindung und Entwicklung von Mitarbeitern stehen dabei im Fokus. Die Personalstrategie trägt dazu bei, die Attraktivität der EnBW als Arbeitgeber nach innen und außen zu sichern. Hierzu sind die Personalmaßnahmen entlang der fünf Themenfelder Unternehmens- und Führungskultur, Nachwuchssicherung, Mitarbeiter, Führungskräfte sowie Internationalisierung ausgerichtet, wie das nachfolgende Schaubild verdeutlicht.

¹ Duale Hochschule: vormals Berufsakademie

Unterstützung der Unternehmensstrategie

Sicherung der Arbeitgeberattraktivität nach innen und außen

Unternehmens-
und Führungs-
kultur

Nachwuchs-
sicherung

Mitarbeiter

Führungskräfte

Internationa-
lisierung

HR Exzellenz: Prozesse, IT, Kennzahlen

Unternehmens- und Führungskultur

Basierend auf dem Unternehmensleitbild sind Fairness, Respekt und Vertrauen die Maßstäbe der Zusammenarbeit im Unternehmen. Die EnBW trägt das Gütesiegel „Fair Company“ der Zeitschrift „Junge Karriere“. Diese Auszeichnung wird an Unternehmen vergeben, die verantwortungsvolle Grundsätze im Umgang mit Berufseinsteigern einhalten. Gemäß der Studie „Top Arbeitgeber Deutschland 2009“ gehört die EnBW bereits zum fünften Mal in Folge zu den attraktivsten Arbeitgebern in Deutschland. Hervorzuheben ist dabei vor allem der dritte Platz in der Kategorie „Work Life Balance“. Diese Beispiele unterstreichen den Anspruch, eine motivierende Arbeitsatmosphäre im Unternehmen zu gewährleisten. In den Führungsgrundsätzen der EnBW, die die Grundlage für den Umgang der Führungskräfte mit ihren Mitarbeitern bilden, spiegelt sich der Leitgedanke eines partnerschaftlichen und kooperativen Handelns wider. Mitarbeiter kontinuierlich zu informieren und den Meinungsaustausch zu fördern sind ebenfalls Elemente unserer Unternehmenskultur. Zentrale Instrumente der internen Kommunikation sind die monatlich erscheinende EnBW-Mitarbeiterzeitung, das konzernweite Intranet und die zu aktuellen Themen stattfindende Informationsveranstaltung „Quo vadis“. Außerdem führen wir regelmäßig eine Befragung unserer Mitarbeiter durch.

Nachwuchssicherung

Auszubildende: Zur Ausbildung in technischen und kaufmännischen Berufen sowie für Studiengänge an Dualen Hochschulen und Fachhochschulen hat die EnBW im Jahr 2009 erneut 334 Ausbildungs- und Studienplätze in den Kerngesellschaften in Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt. Alle Auszubildenden und Studierenden mit einem erfolgreichen Abschluss werden in ein auf zwölf Monate befristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Zudem besteht eine Option auf eine unbefristete Übernahme. Die Sicherung einer Anschlussbeschäftigung stellt einen wichtigen Beitrag zur Gewinnung und Bindung von Nachwuchskräften dar.

Studentenförderung: Zur Sicherung qualifizierter Nachwuchskräfte arbeitet die EnBW intensiv mit Hochschulen zusammen. Das Engagement umfasst unter anderem Dozententätigkeiten, Seminare, Events, Stipendien und Stiftungsprofessuren. Einen wichtigen Bestandteil bilden hier unsere speziellen Förderprogramme, mit denen wir besonders begabte Studierende an unser Unternehmen binden und als künftige Mitarbeiter gewinnen wollen. Insgesamt waren im Geschäftsjahr 2009 1.000 Studierende im Rahmen von Praktika oder Abschlussarbeiten sowie als Werksstudenten bei den EnBW-Kerngesellschaften im Einsatz.

Konzerntraineeprogramm: Im Rahmen des Konzerntraineeprogramms fördert die EnBW interne und externe akademische Nachwuchskräfte. In zwölf Monaten durchlaufen die Trainees in verschiedenen Gesellschaften und Bereichen des EnBW-Konzerns mehrere Theorie- und Praxisphasen, zu denen auch eine Auslands- und eine „Blaumannphase“ gehören. Die Trainees lernen dabei die Wertschöpfungskette des Konzerns kennen und entwickeln ein umfassendes Verständnis von den Geschäftsfeldern des Unternehmens.

Mitarbeiter

Entwicklung und Förderung: Im jährlichen Mitarbeitergespräch legen Führungskraft und Mitarbeiter gemeinsam Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Ziele fest. Als zentraler Punkt wird zudem die individuelle Entwicklung der Mitarbeiter geplant. Hierfür kann insbesondere das umfangreiche Angebot der EnBW Akademie mit Seminaren zu Methoden-, Sozial- und Fachkompetenz, Veranstaltungen sowie Einzeltrainings zur Führungskompetenz genutzt werden. Darüber hinaus stehen zahlreiche externe Angebote zur Verfügung. Eines der internen



WEITERE INFORMATIONEN
www.enbw.com
> Karriere

Programme zur Entwicklung von Nachwuchsführungskräften bei der EnBW ist das „Job Family Programm“. Innerhalb der fünf Jobfamilien Marketing und Vertrieb, Netze und Verteilung, Handel und Energiewirtschaft, Support sowie Erzeugung und Entwicklung werden Mitarbeiter in dem zwölfmonatigen Programm auf eine zukünftige Führungsfunktion vorbereitet. Den systematischen Transfer von Wissen und Erfahrung gewährleisten wir im Fall eines Personalwechsels mit dem Instrument der Wissensstaffette.



WEITERE INFORMATIONEN
Werte, Ziele, Strategie
› S. 18f.

Zusätzliche Angebote: Arbeits- und Lebenswelten unterliegen in der heutigen Zeit kontinuierlichen Veränderungen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ist eine wichtige Größe in der persönlichen Lebensplanung. Die EnBW verzahnt beide Bereiche, um die Motivation und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter langfristig zu sichern. Ein zentraler Bestandteil ist die aktive Gesundheitsförderung und -vorsorge für Mitarbeiter der EnBW. Dazu gehören Betriebssportgruppen, der arbeitsmedizinische Dienst, jährliche Impfaktionen sowie Physiotherapieangebote.

Vergütung: Die im April 2009 getroffenen Vereinbarungen für die tarifgebundenen Unternehmen bis Ende 2010 führten zu einem Anstieg der Tarifvergütung mit Wirkung zum 1. April um 3,6%. Zusätzlich erhielten die Mitarbeiter im April eine Einmalzahlung von 1.200 €. In einer zweiten Stufe wird sich die Vergütung vereinbarungsgemäß zum April 2010 um weitere 2,0% erhöhen. Darüber hinaus wird das Engagement der EnBW-Mitarbeiter auch durch betriebliche Erfolgsbeteiligungen honoriert. Die Ausschüttung bemisst sich dabei am Erreichen von kernbezogenen Unternehmenszielen. Die Verhandlungen zu dem Ende 2008 durch den Arbeitgeberverband Elektrizitätswerke Baden-Württemberg gekündigten Manteltarifvertrag, der in wesentlichen Teilen seit 1973 unverändert bestand, wurden im Berichtsjahr 2009 fortgesetzt. Ziel ist es, Rahmenbedingungen für die baden-württembergischen Energieversorgungsunternehmen zu schaffen, die in stärkerem Maße markt- und wettbewerbsorientiert sind.

Führungskräfte

Die Zusammensetzung des Managementteams orientiert sich an den Erfordernissen zur Umsetzung der Wachstumsstrategie des Unternehmens. Die bestehenden Instrumente und Prozesse der Führungskräfteentwicklung wurden dazu auf ihre Zielsetzung und Wirksamkeit hin überprüft. Als Ergebnis konnte im Jahr 2009 mit dem Vorstand eine Leadership Performance Strategy erarbeitet werden. Die konsequente Verknüpfung von bewährten Instrumenten mit neuen oder modifizierten Ansätzen, wie beispielsweise jährliche Führungskräftekonferenzen zur Potenzialbewertung, bereiten die nächsten Stufen zur Etablierung eines jährlichen Managementprozesses zur zielgerichteten Entwicklung und Nachfolgeplanung der Führungskräfte vor. Um der besonderen Rolle des Top Managements bei der erfolgreichen Führung des Unternehmens Rechnung zu tragen, wurde der Bereich „Betreuung Top Management“ eingerichtet. Zielsetzung dieser Einheit ist es, durch individuelle und zielgruppenorientierte Maßnahmen die Besetzungsqualität auf diesen Positionen nachhaltig zu verbessern. Dies umfasst neben der anforderungsorientierten Auswahl und Vorbereitung der Führungskräfte sowie der Nachwuchskräfte für diese Ebene auch die Begleitung und Qualifizierung in der jeweiligen Aufgabe. Die Zusammenarbeit mit der EDF haben wir unter anderem im Rahmen einer internationalen Führungskräftekonferenz für das Top Management intensiviert.

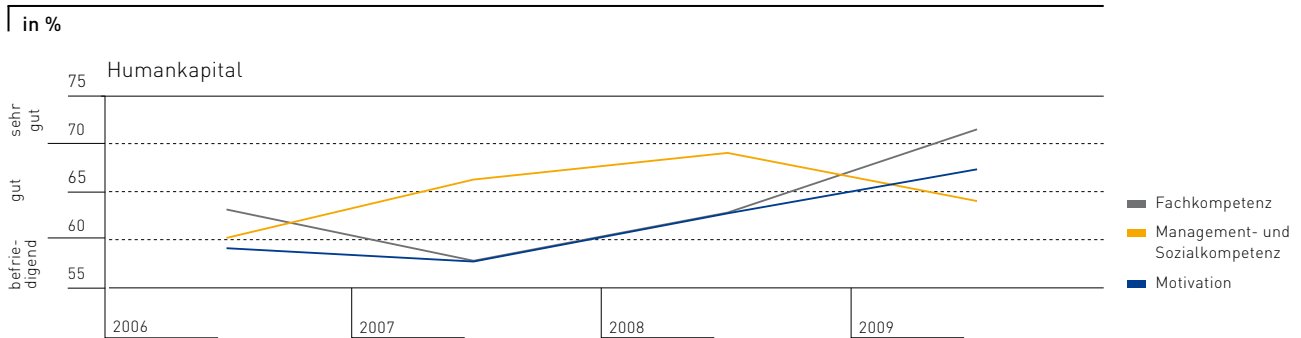
Internationalität – Erfolgreiche Zusammenarbeit mit der EDF

Die EnBW legt Wert auf das Denken und Handeln in internationalen Zusammenhängen. Dazu arbeitet die EnBW mit der EDF im Rahmen eines Mitarbeiteraustauschs zusammen und entsendet Mitarbeiter zur Steuerung von eigenen Beteiligungen. Mitarbeiter beider Unternehmen sind dabei oft mehrere Jahre im jeweiligen Partnerunternehmen oder einer Auslandsbeteiligung aktiv. Ein weiteres erfolgreiches Modell mit der EDF-Gruppe ist die gemeinsame Einstellung von Personal (Co-Recruitment). Im Nuklearbereich startete so bereits das Programm „We offer a future“ zum vierten Mal. In die zweite Runde ging das Programm „connExion“, das im konventionellen Kraftwerksbereich verankert ist. Seit Anfang 2008 tauschen sich Führungskräfte der unteren und mittleren Ebene im Rahmen des „Network-Twinning-Programms“ innerhalb der EDF-Gruppe zu Themen der Netztechnik aus. Das „Network-Twinning-Programms“ ergänzt das bereits 2004 eingeführte „Leadership-Twinning-Programm“, das sich auf den Vertrieb und vertriebsnahe Bereiche konzentriert.

Dem Austausch von Know-how und damit dem wechselseitigen Erhalt kerntechnischen Wissens dient auch die Zusammenarbeit zwischen EDF und EnBW beim Bau des neuen Kernkraftwerktyps EPR Flamanville. Die EnBW stellt in Flamanville einen technischen Geschäftsführer und ist somit unmittelbar eingebunden. Der Leiter im Bereich Erzeugung Nuklear in der EnBW Holding ist wiederum ein Kollege von der EDF.

Bewertung des intellektuellen Kapitals: Humankapital

Entwicklung der Einflussfaktoren des intellektuellen Kapitals der EnBW



Die EnBW bewertet ihr Humankapital seit dem Jahr 2005 nach der Methode „Wissensbilanz – Made in Germany“. Seit 2008 wird dieses insgesamt mit „gut“ bewertet. Einen sehr guten Wert hat im Jahr 2009 die Fachkompetenz erzielt. Der Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass in den Vorjahren bestehende Ressourcenprobleme, die in Zusammenhang mit dem Unternehmenswachstum und der -umstrukturierung standen, beseitigt worden sind. Dies gelang durch die Schaffung neuer Stellen sowie eine Verbesserung in der Systematik der Mitarbeitergewinnung und -weiterbildung. Die Bewertung der Management- und Sozialkompetenz konnte durch eingeführte Konzernprogramme bis zum Jahr 2008 kontinuierlich zulegen. 2009 war ein geringfügiger Rückgang festzustellen. Deutlich gestiegene Anforderungen durch das Unternehmenswachstum und die zunehmende Komplexität des Geschäfts haben hier negativ gewirkt. Programme zur Führungskräfteentwicklung konnten noch nicht ausreichend gegensteuern. Die Bewertung der Motivation der Belegschaft der EnBW nimmt seit 2007 einen positiven Verlauf. Hauptgründe hierfür sind eine verbesserte Ressourcensituation und eine zunehmende Stabilität nach den Veränderungen der Vorjahre.



WEITERE INFORMATIONEN
 Unternehmenssituation
 des EnBW-Konzerns/
 Beziehungs- und Struktur-
 kapital · S. 73ff.

Forschung und Entwicklung

Forschung, Entwicklung und Innovation erlangen nicht zuletzt bei der Umsetzung der Klimaschutzziele eine immer größere Bedeutung. Für die EnBW sind ihre Aktivitäten in diesem Bereich entscheidend, um den Anforderungen an eine umweltschonende, sichere und kostengünstige Versorgung mit Energie auch in Zukunft gerecht zu werden. Wir konzentrieren uns dabei besonders auf die Steigerung der Energieeffizienz, die Weiterentwicklung erneuerbarer Energiequellen sowie die Reduzierung der Emissionen.

Ziele und Leitlinien der Forschung und Entwicklung

Unsere Forschungs- und Entwicklungsarbeiten schaffen die Grundlage für Lösungen, die in eigenen Anlagen und bei unseren Kunden einen Mehrwert erzeugen, und ebnen den Weg in Richtung einer nachhaltigen Energieversorgung. Die EnBW verfolgt bei ihren Forschungs- und Entwicklungsarbeiten einen ganzheitlichen Ansatz. Durch den Einsatz fortschrittlicher Technologien werden entlang der gesamten Wertschöpfungskette des Unternehmens einschließlich der Anwendungen beim Kunden Innovationen realisiert:

- Effizienz klassischer¹ Kraftwerke durch neue Werkstoffe und bessere Verfahren steigern
- CO₂-Emissionen mindern durch CO₂-Abtrennung, -Bindung und -Umwandlung
- Erneuerbare Energiequellen stärker nutzen: Bioenergie, Geothermie, neue Brennstoffe
- Stromnetze effizienter machen durch intelligentes Energiemanagement
- Energieeffizienz in der Anwendung erhöhen: Energie zum Wohnen (Wärmepumpe, Brennstoffzelle)

Außerdem engagieren wir uns bei internationalen Klimaschutzprojekten (Clean Development Mechanism (CDM)). Die EnBW hat eine schlanke und schlagkräftige Struktur im Bereich Forschung und Innovation. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die frühzeitige Kooperation mit der Wissenschaft, unseren Lieferanten und mit jungen Unternehmen. Damit möchten wir die Entwicklung praxisrelevanter Innovationen gewährleisten, die einen Beitrag zur Wertsteigerung des Unternehmens liefern.

Schlanke Forschungs- und Entwicklungsstruktur

Im EnBW-Konzern ist jede EnBW-Gesellschaft dafür verantwortlich, in ihrem jeweiligen Bereich der Wertschöpfungskette auch F&E-Aktivitäten zu initiieren. Der in der Holding angesiedelte Forschungsbereich koordiniert und unterstützt die Gesellschaften dabei. Darüber hinaus entwickelt der Forschungsbereich die strategischen Forschungsziele und treibt die Entwicklung übergeordneter Initiativen voran. Die EnBW konzentriert sich besonders auf Projekte, die an der Schnittstelle zur Marktreife stehen. Statt in eigenen Laboren arbeiten wir eng und vertrauensvoll mit der Wissenschaft und Technologielieferanten zusammen. In der Kooperation mit unseren Forschungspartnern setzen wir Neuentwicklungen im eigenen Haus oder bei unseren Kunden um.

Aufwand, Personal, Resultate

Die Schwerpunkte im Bereich Forschung und Innovation lagen im Jahr 2009 auf der Optimierung konventioneller Kraftwerke, der Erschließung weiterer erneuerbarer Energiequellen und dem Ausbau der dezentralen Erzeugung, insbesondere durch weiteren Zubau im Feldtest für Brennstoffzellenheizgeräte. Der EnBW-Forschungsaufwand summierte sich 2009 auf 32,0 Mio. €, nach 28,9 Mio. € im Jahr 2008.

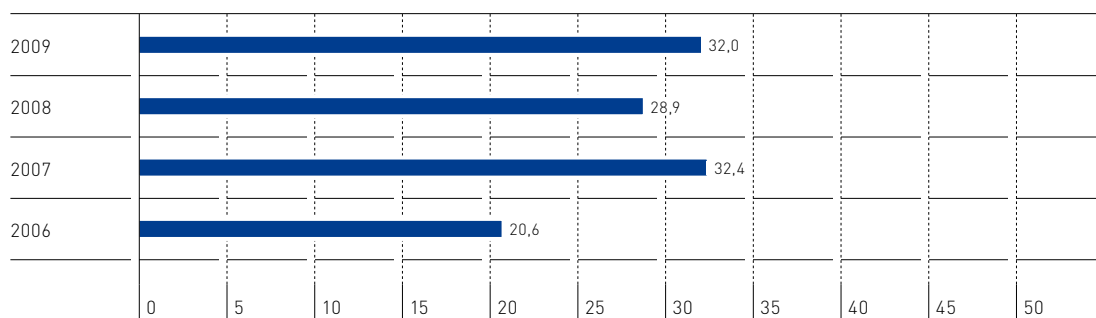
¹ Klassisch = konventionell/thermisch und kerntechnisch.

Aufgrund der intensivierten Aktivitäten im Bereich Elektromobilität stieg die Anzahl der im EnBW-Konzern in Forschung, Entwicklung und Innovation involvierten Mitarbeiter im Geschäftsjahr 2009 um 20 auf rund 170 Mitarbeiter. Etwa 150 von ihnen arbeiten in den EnBW-Gesellschaften und führen im Rahmen ihrer operativen Arbeit auch F&E-Projekte durch. Im strategischen Kernbereich Forschung und Innovation in der Holding sind gegenüber dem Vorjahr unverändert 19 Mitarbeiter, vorwiegend Ingenieure sowie Natur- und Wirtschaftswissenschaftler, tätig. Sie werden auch von zahlreichen Studierenden unterstützt und leisten so einen Beitrag in der praxisorientierten Ausbildung.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde erneut ein weiteres EnBW-Forschungsprojekt ausgezeichnet: Das Vorhaben MeRegio mobil zählt zu den fünf Gewinnern des Technologiewettbewerbs „Informations- und Kommunikationstechnik für Elektromobilität“ des Bundeswirtschaftsministeriums. Die EnBW übernimmt dabei die Führung des beteiligten Konsortiums. Ziel ist es, in Baden-Württemberg eine weitreichende Infrastruktur für die Nutzung von Elektrofahrzeugen zu entwickeln und aufzubauen und bis Ende 2011 in einem regionalen Feldtest zu erproben.

Forschungsaufwand EnBW-Konzern

in Mio. €



Nutzung von externem Know-how – Kooperation mit der EDF

Die Zusammenarbeit mit Hochschulen in der Forschung wurde 2009 im gesamten Konzern und in allen Konzerngesellschaften ausgebaut. Zu den wichtigsten externen Forschungs- und Innovationspartnern gehören die Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Baden-Württemberg, vor allem in Hohenheim, Karlsruhe und Stuttgart. Im weiteren Bundesgebiet bestehen enge Verbindungen zu Universitäten und Forschungseinrichtungen in Aachen, Berlin, Cottbus, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Köln und München.

Die EnBW hat auch im vergangenen Jahr die Zusammenarbeit mit der EDF-Forschung verstärkt und zahlreiche neue Projekte mit dem European Institute for Energy Research (EiFER) entwickelt. Im Jahr 2009 belief sich das Auftragsvolumen auf 2,8 Mio. €, verteilt auf 26 Projekte (2008: 2,6 Mio. € bei 29 Projekten). Hierzu zählt beispielsweise ein neues Bioenergieprojekt: Durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von EnBW und EDF in Baden und im Elsass werden ungenutzte Potenziale bei der Biogasgewinnung mobilisiert. Das EiFER unterstützt auch die Elektromobilitätsaktivitäten der EnBW durch Prozessoptimierung bei der Errichtung der Ladestationen. Diese Entwicklung wird auch in dem gemeinsamen grenzüberschreitenden EDF-/EnBW-Projekt Klébér fortgesetzt.

Ausgewählte Forschungs- und Entwicklungsergebnisse

Kernenergie

In der deutschen Kernenergieforschung engagiert sich die EnBW seit vielen Jahren in mehreren vom Fachverband VGB PowerTech koordinierten Gemeinschaftsvorhaben. Dabei unterstützten wir im Jahr 2009 rund 130 größtenteils mehrjährige Projekte führender nationaler und internationaler Institute und Einrichtungen. In der ersten Jahreshälfte 2009 konnten rund 40 Projekte der 150 im Vorjahr bestehenden Projekte erfolgreich abgeschlossen werden. In der gleichen Zeit wurden etwa 20 neue Projekte gestartet. Die Mehrzahl dieser Projekte befasst sich mit aktuellen Fragestellungen der Optimierung des Kraftwerksbetriebs.

Um das Fachwissen im Bereich Kernenergie zu erhalten und auszubauen, unterstützt die EnBW einen Lehrstuhl für „Anlagendynamik und Systemanalyse“ am neu gegründeten Karlsruher Institut für Technologie (KIT) sowie acht Promotionsstipendiaten an verschiedenen Forschungseinrichtungen. Die Arbeiten befassen sich mit der Optimierung der sich in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke, Wirtschaftlichkeitsaspekten der Kernenergie, der Verbesserung der Konstruktion und Auslegung von Komponenten für „Generation-IV-Reaktoren“ und dem Verhalten radioaktiver Stoffe in verschiedenen Medien.

Effizienzsteigerung in der klassischen Erzeugung und CO₂-Abtrennung

Die Effizienzsteigerung in der Kraftwerkstechnik besitzt für die EnBW einen hohen Stellenwert. Ein erhöhter Wirkungsgrad bedeutet automatisch einen verringerten Einsatz von Kohle und niedrigere CO₂-Emissionen. Eine entscheidende Komponente für die Steigerung der Energieeffizienz in der Nutzung konventioneller Brennstoffe ist die Erhöhung der Dampfparameter Druck und Temperatur. In dem Forschungsprojekt 725 °C GKM erfolgten 2009 die Errichtung und der Betrieb einer Versuchsanlage zur Erprobung von Hochtemperaturwerkstoffen auf Nickelbasis. Dadurch wollen wir in den Folgejahren Auskünfte über das Langzeitverhalten neuer innovativer Kesselwerkstoffe unter Arbeitsbedingungen gewinnen, die wir dann beim Einsatz neuer Werkstoffe im Kraftwerksbau sowie als Grundlage für die Auslegung von hocheffizienten Dampferzeugeranlagen mit Dampftemperaturen von mindestens 700 °C und einem Druck von etwa 350 bar nutzen können. Die EnBW betreibt zusätzlich verschiedene Projekte zu Herstellungs-, Bearbeitungs- und Prüfverfahren von Hochtemperaturwerkstoffen sowie der Qualifizierung von Werkstoffen.

Die Abschätzung der Investitions- und Betriebskosten sowie die Beurteilung der technisch-wirtschaftlichen Randbedingungen eines hocheffizienten Kohlekraftwerks waren Gegenstand der Pre-Engineering-Studie NRW PP700. Die Ergebnisse der Studie zeigen für eine Erhöhung der Dampfparameter von 600 °C/250 bar auf 700 °C/350 bar eine Steigerung des Wirkungsgrads um 3,2 Prozentpunkte auf insgesamt 48,2%. Weitergehende Optimierungsmaßnahmen des Kraftwerksprozesses ermöglichen eine Steigerung des Gesamtwirkungsgrads auf 50,2%.

Zur Reduzierung von CO₂-Emissionen aus fossil befeuerten Kraftwerken hat die EnBW 2009 eine Versuchsanlage zur Entwicklung und Erprobung des Carbonate-Looping-Verfahrens, also der Abscheidung von CO₂ aus Rauchgas mit Kalk, errichtet. Vorteile des Verfahrens sind der vergleichsweise niedrige Wirkungsgradverlust und der Einsatz des bereits bekannten Stoffes Kalkstein im Kraftwerksprozess. Die Inbetriebnahme der Versuchsanlage erfolgte Anfang 2010. Der Versuchsbetrieb wird noch im ersten Halbjahr 2010 beginnen, sodass erste Ergebnisse im Laufe des Jahres vorliegen werden.

Die EnBW hat sich außerdem an einem weiteren Projekt zur Abscheidung von CO₂ aus Rauchgasen beteiligt, auf Basis des Chilled-Ammonia-Verfahrens (Abscheidung mittels einer Ammoniakwäsche des Rauchgases). In Zusammenarbeit mit EPRI, ALSTOM, WeEnergy und insgesamt 37 Kraftwerksbetreibern wurde an einem Kraftwerk in den Vereinigten Staaten hierfür eine Versuchsanlage aufgebaut. Der Versuchsbetrieb wurde nach dem erfolgreichen Einsatz der Anlage Ende 2009 planmäßig beendet. Die Anlage erreichte eine kontinuierliche CO₂-Abscheidung über mehr als 7.000 Stunden bei hohen CO₂-Abscheideraten. Die Evaluierung der Betriebs- und Investitionskosten ist noch in Bearbeitung.

Den Test unterschiedlicher gaselektiver Membranen zur CO₂-Abtrennung in unserem Rheinshafendampfkraftwerk haben wir 2009 fortgesetzt. Weitere Untersuchungen mit größeren Membranflächen sollen zeigen, ob diese einfache und verlustarme Methode in der Praxis Verwendung finden kann.

Zur Optimierung und Kostensenkung im Kraftwerksbetrieb hat die EnBW ebenfalls zahlreiche Projekte durchgeführt. Das gilt auch für die zur Rauchgasreinigung eingesetzten Katalysatoren. Gegenstand des Projekts DENOPT war die Untersuchung der Mechanismen, die die Wirksamkeit der Katalysatoren zur Rauchgasentstickung vermindern sowie die (Weiter-)Entwicklung von Verfahren zur Regenerierung der Katalysatoren. Bis zum Projektende im Sommer 2010 werden Verfahren analysiert, inwieweit Ersatzinvestitionen für neue Katalysatoren durch die Regeneration alter Elemente weiter verzögert oder vollständig vermieden werden können. Die praktischen Versuche dazu finden in EnBW-Kraftwerken statt.

Für die Projekte der Initiative „Kraftwerke 21. Jahrhundert“ haben Baden-Württemberg und Bayern 2009 zusammen mit Wissenschaft und Industrie die zweite Tranche auf den Weg gebracht. Das Gesamtvolumen aller 50 Projekte beträgt rund 10 Mio. €. Die Laufzeit ist bis 2012 geplant. Die EnBW beteiligt sich an Projekten mit den Schwerpunkten zur CO₂-Abscheidung, der Minderung von Verschlackungen in Kohlekraftwerksfeue-

rungen, der Entwicklung der FLOX-Brennertechnologie (ein Verbrennungsverfahren ohne sichtbare Flamme und mit deutlicher Reduktion von Stickstoffoxidemissionen) für Kohlestaubfeuerungen und der Entwicklung von nanokeramischen Schutzschichten als Korrosionsschutz für Wärmeübertragerrohre in Müllverbrennungsanlagen. Erste Ergebnisse sind im Laufe des Jahres zu erwarten.

Internationale Klimaschutzprojekte/CDM

Die EnBW betreibt auf Madagaskar ein Forschungsprojekt, um unfruchtbare Böden durch Bioenergiegewinnung nutzbar zu machen. Dies kann durch den Anbau der Jatropha-Pflanze erreicht werden, deren Früchte sehr ölhaltig sind. Neben der Kultivierung dieser Wildpflanze auf unfruchtbaren Böden soll mit dem Vorhaben eine Methode entwickelt werden, die die Errichtung und Nutzung solcher Plantagen im Rahmen des Clean Development Mechanism (CDM) ermöglicht. Anfang 2010 hat die Anbaufläche ein Ausmaß von 1.000 ha erreicht. Eine Erweiterung der Plantage kann erfolgen, sobald sich die politische Lage in Madagaskar wieder entspannt hat.

Erschließung neuer Energiequellen

Geothermie: Die Energie- und Wasserversorgung Bruchsal GmbH und die EnBW Energie Baden-Württemberg AG haben in Bruchsal das erste Geothermiekraftwerk Baden-Württembergs errichtet und am 19. Dezember feierlich eingeweiht. Für die Stromerzeugung wird in dieser Anlage 120 °C heißes Thermalwasser aus einer Tiefe von 2.500 m genutzt. Bruchsal zählt zu den wenigen Regionen in Deutschland, die in der Tiefe natürliche Heißwasservorkommen aufweisen, die direkt gefördert werden können. Obwohl die Energiegewinnung aus Erdwärme auf einem einfachen Prinzip basiert, werden an Technik und Betrieb hohe Anforderungen gestellt. Das Kraftwerk in Bruchsal bedeutet einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Nutzung der Geothermie mit hoch salinaren und gashaltigen Thermalwässern. Diese kommen in Deutschland insbesondere im Oberrheingraben vor, der als besonders attraktiver Standort für Erdwärmekraftwerke erforscht wird.

Aus dem Geothermiekraftwerk Soultz-sous-Forêts, an dem die EnBW beteiligt ist, konnten seit der Inbetriebnahme im Juni 2008 erste Betriebserfahrungen gewonnen werden. Positiv waren insbesondere die hohe Verfügbarkeit der Zirkulation des Thermalwasserkreislaufs und die Fortschritte bei der Materialforschung hinsichtlich Korrosion. Das Kraftwerk ist inzwischen im Leistungsbetrieb.

Bioerdgas: Die Forschungsarbeiten an der Pilotanlage für die Erzeugung und Einspeisung von Biogas ins Erdgasnetz in Laupheim wurden planmäßig und erfolgreich abgeschlossen. Nachdem die Pilotanlage auch im Dauerbetrieb reibungslos läuft, wird eine Kapazitätserweiterung geplant. Auf Basis des Projekts wurde eine weitere Anlage in Blaufelden-Emmertsbühl in Angriff genommen. Kapazitätsbedingt können Bioerdgasanlagen vielfach nur an übergeordnete Hochdrucktransportleitungen angeschlossen werden, die vielerorts weit entfernt von möglichen Biogas-Erzeugungsstandorten verlaufen. Mittels eines neuen Verfahrens kann das aufbereitete Bioerdgas künftig direkt in das örtliche Erdgasverteilnetz eingespeist werden. Im Fall der Anlage in Blaufelden-Emmertsbühl reduziert sich die Zuleitung so von 4,8 km auf knapp 800 m. Gleichzeitig werden Kosten und Energie gespart, da der Aufwand für die permanente Verdichtung des Bioerdgases auf den höheren Druck der Transportleitung entfällt. Übersteigt die Menge des kontinuierlich eingespeisten Bioerdgases den Verbrauch im Ortsverteilnetz, wird das überschüssige Gas am bestehenden Koppelpunkt zum übergeordneten Transportnetz durch einen neu zu installierenden Verdichter zurückgespeist. Die EnBW Gas GmbH geht auf Basis des neuen Verfahrens allein in Baden-Württemberg von einer Verdoppelung der wirtschaftlich interessanten Standorte für die Einspeisung von Bioerdgas aus. In Blaufelden-Emmertsbühl sollen ab Sommer 2010 rund 20 Mio. kWh Bioerdgas erzeugt werden, womit mehr als 1.000 Haushalte versorgt werden können.

Bisher ungenutzte Biomasseströme für die Energiegewinnung nutzbar zu machen ist ein wichtiges Anliegen der EnBW-Forschung. Dabei sind unter anderem Abfälle aus der Nahrungsmittelproduktion von Interesse. Im September 2009 erfolgte der Start des auf fünf Jahre angelegten Projekts ETAMAX, das durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Initiative „BioEnergie 2021 – Forschung für die Nutzung von Biomasse“ gefördert wird. Zentrales Anliegen ist die Optimierung der Biogaserzeugung beziehungsweise -aufbereitung mit neuen Gärverfahren, die flexibel mit verschiedenen Biomassen als Ausgangsmaterial arbeiten können. Die Biogasausbeute soll zusätzlich erhöht werden, indem auch die bisher ungenutzten Reste der Vergärung einbezogen werden. Im Projekt soll eine kleine Pilot-Vergärungsanlage entstehen, die Biogas aus nicht mehr verwertbaren Gemüseabfällen des Stuttgarter Großmarkts gewinnt. Die EnBW bearbeitet im Konsortium Aufgaben der Biogasaufbereitung und untersucht die kommerziellen Perspektiven des Verfahrens.

Dezentrale Energieerzeugung

Im Rahmen von CALLUX, dem Praxistest für den Einsatz der Brennstoffzelle im Eigenheim, konnten seit Beginn des Projekts im Jahr 2008 13 Brennstoffzellenheizgeräte in Betrieb genommen werden. Etwa 800 Anlagen wollen die beteiligten Unternehmen, darunter die EnBW, bis Ende 2012 installiert haben. Allein die EnBW stellt im Rahmen des Projekts rund 10,5 Mio. € bereit, um Brennstoffzellen in Privathaushalten zu erproben. Insgesamt sind 222 neue Brennstoffzellenheizgeräte bei der EnBW geplant. Die Brennstoffzellenheizgeräte erzeugen Strom und Wärme durch elektrochemische Energiewandlung, im Gegensatz zu herkömmlichen Blockheizkraftwerken, die Verbrennungsmotoren verwenden.

Die 2008 gemeinsam mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) initiierte Forschungsplattform für dezentrale Energien nimmt Gestalt an. Als erstes Vorhaben wurde die Entwicklung einer Mikrogasturbine zur Nutzung von Biogas gestartet. Die Aufgaben bestehen dabei in der Anpassung der Brennkammer heutiger Mikrogasturbinen für den Einsatz von Biogas und der Optimierung der Anlage für bessere Ausnutzung des Brennstoffs sowie einer Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der dezentralen Energieerzeugung im kleinen Leistungsmaßstab. Für drei weitere Anlagenkonzepte mit Erdgas, Biogas und Holzgas sind konkrete Forschungsprojekte in Vorbereitung.

Netze

In ihrem Hochspannungsnetz setzt die EnBW seit dem Frühjahr 2008 erfolgreich den deutschlandweit ersten umweltfreundlichen Transformator mit Rapsölisolierung ein. Der Vorteil dieses Betriebsmittels ist, dass die Umwelt bei einem Schaden nicht mit dem bisher eingesetzten Mineralöl belastet wird. Der Transformator in Bad Teinach im Schwarzwald überträgt Energie vom 110-kV-Hochspannungsnetz in das 20-kV-Mittelspannungsnetz und läuft seit seiner Aufstellung unterbrechungsfrei und ohne erkennbare Alterung des Isolieröls. Die EnBW ist Vorreiter beim Einsatz von für die Umwelt unschädlichem Isolieröl in Betriebsmitteln. Pflanzenöl kann auch wirtschaftlich eine Alternative zu Mineralöl oder dem Gas Schwefelhexafluorid werden. Der Schwerpunkt im Jahr 2009 lag auf der Zustandsanalyse des Pflanzenöls, die auch 2010 andauert. Zusätzlich hat die EnBW für ein weiteres Einsatzgebiet sechs Messwandler mit biologischem Isolieröl angeschafft, die ab 2010 ebenfalls im Praxistest untersucht werden sollen. Messwandler dienen der Messung und Zählung von elektrischer Energie auf Hochspannungsniveau.

Smart Grids/Energieeffizienz in der Anwendung

Als erstes Energieversorgungsunternehmen in Deutschland setzt die EnBW schon seit Herbst 2008 intelligente Stromzähler bei ihren Kunden ein. Diese Idee wurde weiterentwickelt: Anfang November 2009 begann mit den ersten 100 von insgesamt 1.000 Testhaushalten das vom Bundeswirtschaftsministerium im Rahmen der „E-Energy“-Ausschreibung geförderte Forschungsprojekt „MeRegio“ (Minimum Emission Region). Durch eine intelligente Vernetzung von dezentraler Stromerzeugung (zum Beispiel Fotovoltaik, Blockheizkraftwerke), Speichermedien (zum Beispiel Batterien, Elektrofahrzeuge, Wärmespeicher) und Verbrauchsstellen (zum Beispiel Haushaltsgeräte, Wärmepumpen) soll der Einsatz von Energie effizienter und der CO₂-Ausstoß einer ganzen Region verringert werden. Als zentrale Kommunikationseinheit zwischen Verbrauchsstelle und Energieversorger verfügen alle Testhaushalte über den intelligenten Stromzähler. Die Kunden testen in den kommenden drei Jahren die Flexibilität ihres eigenen Verbrauchsverhaltens. Dank des dynamischen Tarifs kostet der Strom die Testhaushalte in verbrauchsarmen Zeiten weniger als in verbrauchsstarken. Zusätzlich soll während des vierjährigen Forschungsprojekts eine Zertifizierung für klimafreundliche Regionen in Deutschland entwickelt werden. Partner des von der EnBW geführten Projekts sind die Firmen ABB, SAP, IBM, Systemplan und das Karlsruher Institut für Technologie (KIT).

Elektromobilität: Im Bereich Elektromobilität hat die EnBW im Rahmen eines Pilotprojekts in einer vom Bund geförderten Maßnahme in der „Modellregion Stuttgart“ die ersten Ladestationen zur Erforschung der Elektromobilität errichtet. Zusätzlich werden Ämter der Stadt mit Elektrorollern ausgestattet. Ab 2010 sollen dann weitere 500 Elektroroller zum Einsatz kommen. Ziel ist es, das Nutzungsverhalten großflächig zu erforschen und die Vernetzung zum intelligenten Energiemanagement zu testen. Auf Basis dieser Erkenntnisse können die Infrastruktur, Ladestationen und Abrechnungssysteme der Zukunft entwickelt werden.

Im zweijährigen Forschungsprojekt „MeRegio mobil“ untersucht die EnBW gemeinsam mit weiteren Forschungspartnern die Anbindung von Elektrofahrzeugen mittels intelligenter Ladestationen an ein Hausenergiemanagementsystem („Smart Home“).

Der Einsatz von Elektrofahrzeugen wie auch Brennstoffzellenfahrzeugen erfordert eine zuverlässige Infrastruktur. Die EnBW unterstützt mit ihrem technologischen Know-how in der Stromerzeugung und mit ihrem hohen Anteil an CO₂-freiem Strom beide Antriebstechnologien. Um den Aufbau einer flächendeckenden Infrastruktur zur Versorgung von Brennstoffzellenfahrzeugen mit Wasserstoff zu prüfen, hat die EnBW im September dieses Jahres mit weiteren Vertretern führender Industrieunternehmen die gemeinsame Initiative „H₂-Mobility“ gegründet.

Risiko- und Chancenbericht

Die Risikolage des EnBW-Konzerns hat sich im Jahr 2009 insbesondere aufgrund der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise verschärft, einzelne Risiken haben sich realisiert. Das Konzernrisikomanagement hat Risiken frühzeitig erkannt und Maßnahmen zur Risikominimierung ergriffen. Wir gehen von einer weiterhin verschärften Risikosituation in den Bereichen Wettbewerb und Markt aus. Bestandsgefährdende Risiken bestehen für den Konzern nicht. Zugleich eröffnen sich der EnBW zahlreiche und vielfältige Chancen, die wir durch strategische und operative Maßnahmen versuchen auszuschöpfen.

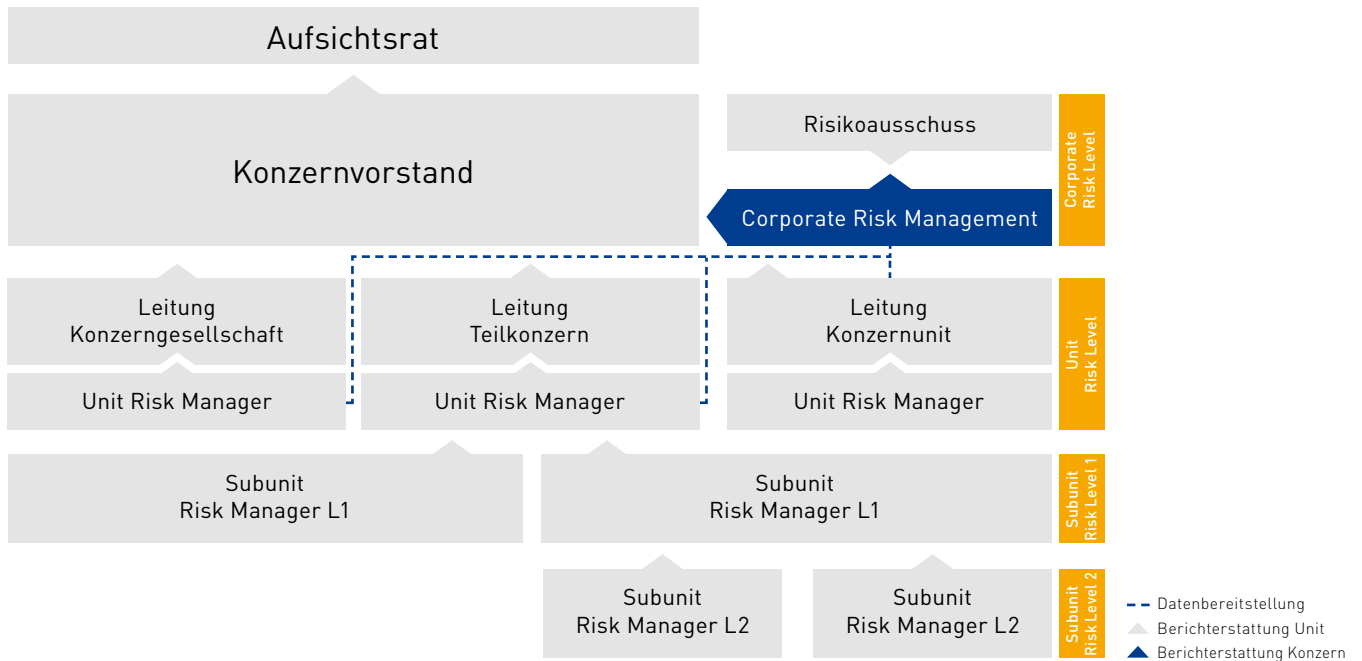
Grundsätze des Risikomanagements

Die Geschäftstätigkeit des EnBW-Konzerns steht kontinuierlich unter dem Einfluss interner und externer Risiken. Die Risiken für den EnBW-Konzern unterteilen sich in Umfeld- und Branchenrisiken, strategische Risiken, operative Risiken, IT-Risiken, Personalrisiken, Finanzrisiken und sonstige Risiken. Das Risikomanagement der EnBW definiert Risiko als einen Sachverhalt, der eine Beeinträchtigung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Unternehmens verursachen kann und ein Erreichen der operativen und strategischen Ziele erschwert. Hierbei sind Risiken entweder grundsätzlich planbare, aber dennoch der Zufälligkeit unterliegende oder aber nicht prognostizierbare Ereignisse. Das Risikomanagement des EnBW-Konzerns koordiniert den proaktiven und präventiven Prozess zur Steuerung von Risiken in Abhängigkeit der gewählten Risikodefinition und der Zielsetzung. Dies umfasst die Risikoidentifikation, die Risikoanalyse und -bewertung, die Risikofrüherkennung, die Risikosteuerung sowie die Risikodokumentation und -berichterstattung. Bei der Risikosteuerung werden Maßnahmen in der Form von Risikovermeidung, Risikominderung, Risikoüberwälzung, bilanzieller Risikovorsorge oder Risikotoleranz ergriffen. Der Betrachtungshorizont des Risikomanagements erstreckt sich grundsätzlich über den mittelfristigen Planungszeitraum. In Einzelfällen werden Risiken, denen eine besondere Bedeutung zukommt, über diesen Zeitraum hinaus berücksichtigt. Das Chancenmanagement und die wesentlichen Chancen für den EnBW-Konzern werden im Anschluss an die Darstellung der Gesamtbeurteilung der Risikosituation erläutert.

Struktur und Prozess des Risikomanagements

Das Risikomanagementsystem im EnBW-Konzern ist in zentrale und dezentrale Einheiten gegliedert. Die konzernweite Vorgabe von Methoden und Prozessen übernimmt das Konzernrisikomanagement, das auf der Holdingebene verankert ist. Ein wesentliches Instrument des Risikomanagements ist das Risikohandbuch, das im gesamten Konzern den Umgang mit Risiken definiert. Anhand der festgelegten Anforderungen an die Berichterstattung und aufgrund der Berichtspflichten erfolgt ausgehend von der Ebene der Einzelgesellschaften eine Risikoaggregation entlang der festgelegten Berichtslinien. Die Abteilung Konzernrisikomanagement verantwortet zusätzlich die Risikoberichterstattung an den Konzernvorstand.

Struktur

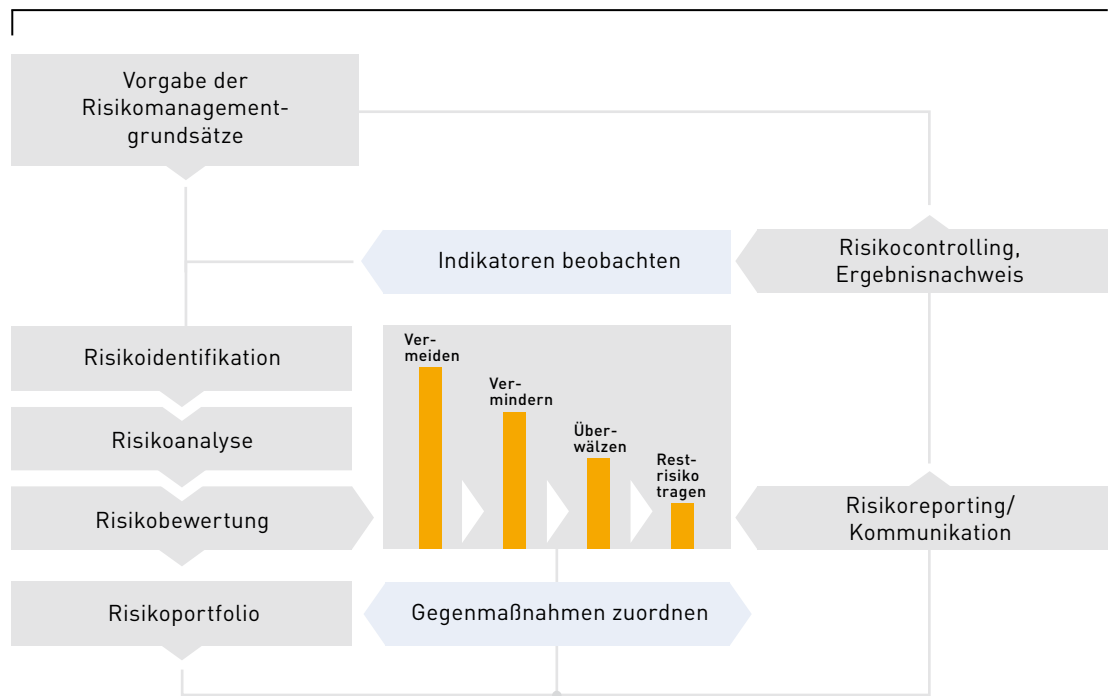


Auf Konzernebene besteht ein interdisziplinär besetzter Konzernrisikoausschuss. Er behandelt Fragen und Sachverhalte des Risikomanagements aus verschiedenen Perspektiven des Konzerns und stellt die Qualität des Konzernrisikoberichts sicher. Der Konzernvorstand berichtet über die Risikosituation in regelmäßigen Sitzungen an den Aufsichtsrat. Im Aufsichtsrat übernimmt insbesondere der Prüfungsausschuss die detaillierte Bewertung der Risikolage des Konzerns.

Der Risikomanagementprozess ist als kontinuierlicher Vorgang in die betrieblichen Abläufe der Gesellschaften im EnBW-Konzern sowie auf Holdingebene integriert. Das Risikomanagement des EnBW-Konzerns umfasst die Identifikation, Analyse und Bewertung sowie das Reporting von Risiken. Dieser Prozess ermöglicht eine angemessene Risikofrüherkennung und unterstützt die Risikosteuerung in ihren verschiedenen Ausprägungen. Der Risikomanagementprozess umfasst verschiedene Berichts- und Eskalationsstufen. Die Erfassungsschwelle von Risiken liegt bei einem möglichen Schaden von 1 Mio. €. Diese Risiken verbleiben zur Steuerung in der Verantwortung der Geschäftsführung der jeweiligen Einzelgesellschaft. Risiken bis zu einer Auswirkung von 20 Mio. € auf den Planungshorizont beziehungsweise 10 Mio. € im ersten Planjahr werden an das entsprechende Vorstandsressort berichtet. Die Konzernrisikoschwelle beträgt 50 Mio. €. Derartige Risiken werden dem Gesamtvorstand vorgelegt. Die Risikoberichterstattung erfolgt monatlich in standardisierter Form. Beim Eintritt einer akuten und zeitkritischen Risikosituation wird der Vorstand sofort in Kenntnis gesetzt.

Generell ist bei Risiken mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von kleiner als 50% zu prüfen, ob eine Verarbeitung in der nächsten Vorschau beziehungsweise Planungsrunde zu erfolgen hat. Werden identifizierte Risiken mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von größer als 50% eingestuft, sind hierfür, soweit möglich, bilanzielle Maßnahmen zu treffen. Darüber hinaus sind diese Risiken im Rahmen der folgenden Planungsrunde zu berücksichtigen.

Prozess



Nachdem bereits im Jahr 2008 das Kreditrisikomanagement konzernweit durch die Einführung einer einheitlichen Kreditrisikobewertung vorangetrieben wurde, haben wir 2009 in Anbetracht der Finanz- und Wirtschaftskrise das Instrumentarium zur Risikosteuerung 2009 ausgeweitet. Die Monitoringgruppe zur Überwachung von Kreditrisiken kontrolliert kontinuierlich die möglichen Folgen für die EnBW, die aus der Absenkung von Ratingeinschätzungen unserer Kunden und Handelspartner resultieren würden.

Auf Basis der Einzelrisiken bei der Risikobewertung und -berichterstattung wird zurzeit eine Konzernrisikoposition erarbeitet. Das Ausmaß der Schwankungen von Konzernergebnisgrößen wird hierbei in Form von stochastischen Modellierungen abgeschätzt, in denen verschiedene Risikoszenarien Berücksichtigung finden. Dadurch ist eine kontinuierliche Validierung der Konzernplanung unter Berücksichtigung der Risikolandschaft möglich. Im Rahmen der Erstellung der Konzernrisikoposition wurde 2009 ein Prozess zur Erhebung von Chancen etabliert, sodass diese neben den Risiken in der Modellierung abgebildet werden können.

Das Konzernrisikomanagement setzte auch im Geschäftsjahr 2009 die Zusammenarbeit und die enge Vernetzung mit anderen Konzernmanagementsystemen fort, vor allem mit den Bereichen Planung und Rechnungslegung, Krisenmanagement und Konzernrevision. Damit ist das Konzernrisikomanagement ein wesentlicher Bestandteil des Internen Kontrollsystems der EnBW. Eine enge Zusammenarbeit besteht auch mit dem Bereich Compliance, der die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften und unternehmensinterner Richtlinien durch die Mitarbeiter sicherstellt.

Es ist das Ziel der EnBW, die zur Verfügung stehenden Methoden und Verfahren zum Risikomanagement kontinuierlich zu verfeinern. Die fachliche Expertise der Mitarbeiter in Bezug auf das Risikomanagement entwickeln wir in regelmäßigen Workshops und Informationsveranstaltungen weiter.

Umfeld- und Branchenrisiken

Gesamtwirtschaftliche Risiken

Konjunktorentwicklung: Die Prognosen für die künftige konjunkturelle Entwicklung und für die damit verbundene Energienachfrage sind wesentliche Komponenten für die Planung von Strom- und Gasabsatzmengen der EnBW. Sollte der Konjunkturverlauf dabei erheblich im negativen Sinne von der Planung abweichen, ergeben sich zahlreiche Risiken für die EnBW, wie das Jahr 2009 deutlich gezeigt hat. Der konjunkturelle Einbruch der Gesamtwirtschaft, insbesondere durch den starken Rückgang der Industrieproduktion, führte zu einer deutlich sinkenden Strom- und Gasnachfrage. Dies ist mit einer verminderten Nachfrage bei Kunden der EnBW verbunden,

wodurch Absatzrisiken im Vertrieb der EnBW entstehen, die zu einem Wegfall von Vertriebsmarge führen können. Eine rückläufige Absatzmenge bedeutet gleichzeitig geringere Durchleitungsmengen in den EnBW-Netzen und somit sinkende Netzerlöse in der aktuellen Planperiode. Zusätzlich besteht das Risiko, dass bereits für den Vertrieb beschaffte Mengen im Falle einer Nichtabnahme wiedervermarktet werden müssen. In Abhängigkeit vom Preisniveau auf dem Großhandelsmarkt ergibt sich das Risiko, dass der Wiederverkauf zu Preisen unterhalb der ursprünglichen Beschaffungskonditionen erfolgt. Im Ausblick zur Konjunktorentwicklung 2010 zeichnet sich generell eine leicht positive Tendenz ab, gleichwohl weitere Unsicherheitsfaktoren bestehen bleiben. Risiken können sich für die EnBW jedoch auch aus einem unvorhergesehenen Konjunkturanstieg ergeben, da in diesem Falle eine Nachbeschaffung von Primärenergieträgern und Strom stattfinden müsste.

CO₂-Zertifikatezuteilung: Im Rahmen der Verteilung der im Nationalen Allokationsplan NAP II festgelegten CO₂-Mengen besteht für die EnBW kein Risiko für den aktuellen Planungszeitraum, da eine planerische Verarbeitung von zugeteilten und zu beschaffenden Zertifikaten erfolgt ist. Unsicherheiten bestehen allerdings für die dritte Zuteilungsperiode, die ab 2013 beginnt. Für den Vergabeprozess der Zertifikate ist eine Vollauktionierung geplant, deren genaue Ausgestaltung jedoch noch nicht im Detail geregelt ist. Die wirtschaftlichen Folgen sind für den Konzern somit noch nicht abschätzbar. Das Beschaffungs- und Einsatzrisiko der CO₂-Zertifikate wird im Rahmen des integrierten Risikomanagementprozesses konzernweit einheitlich gesteuert. Zusätzlich zu europäischen Zertifikaten werden hierbei internationale Zertifikate aus den im Kyoto-Protokoll definierten projektbasierten Mechanismen (Clean Development Mechanism und Joint Implementation) genutzt.

Marktentwicklung

Nahezu alle Assets und Geschäfte unserer Konzerngesellschaften in den Bereichen Erzeugung, Handel und Vertrieb sind Marktpreisänderungsrisiken ausgesetzt. Die Bewertung und Steuerung des aus Marktpreisänderungen entstehenden Gewinn- oder Verlustpotenzials zählen zu den Hauptaufgaben unseres Risikomanagements. Unser Risikomanagement und Risikocontrolling basieren auf Best-Practice-Verfahren und werden kontinuierlich den Marktentwicklungen angepasst. Die EnBW Trading GmbH (ETG) hat sich dabei freiwillig den für Finanzdienstleister vorgeschriebenen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verpflichtet und lässt die Einhaltung dieser Richtlinien im Rahmen des Jahresabschlusses durch die Wirtschaftsprüfer überprüfen. Das Risikocontrolling der ETG erfasst täglich die Marktpreisänderungs- und Kreditrisiken, die Einhaltung der Limite und das an den aktuellen Marktpreisen gemessene Ergebnis. Durch das frühzeitige Absichern von Energiepreisrisiken an den Terminmärkten sichert die ETG das Konzernergebnis. Grundlage der Absicherungsstrategie ist ein Hedgekonzept, das auch die Wahrung von Chancen beinhaltet. Zentrales Organ der Risikosteuerung ist ein Risikomanagementkomitee, in das verschiedene Konzerngesellschaften entlang der Wertschöpfungskette sowie die Konzernholding eingebunden sind. Das Kerngeschäft der ETG ist die Vermarktung und die Absicherung in Bezug auf Marktpreisänderungsrisiken unserer Eigenerzeugung vorrangig über den Großhandelsmarkt. Im Rahmen der Risikosteuerung für den Vertrieb sichert die EnBW die Bereitstellung erwarteter Absatzmengen. Die Risikosteuerung für unsere Stromerzeugung sieht insbesondere die finanzielle Absicherung gegen fallende Strompreise und steigende Brennstoff- und Emissionszertifikatepreise vor. Währungsrisiken aus dem Bezug von Brennstoffen, die in Fremdwährungen gehandelt werden, sichert die ETG grundsätzlich ab. Chancen, die sich aus der Flexibilität unserer Kraftwerke ergeben, werden durch eine kontinuierliche Optimierung entsprechend aktueller Marktpreise genutzt. Um zusätzliche Erträge zu erwirtschaften, nutzt die ETG ihr Know-how an den Energiemärkten über die Risikosteuerung hinaus auch für unseren Eigenhandel.

Aus der Marktentwicklung lassen sich folgende wesentliche Marktpreisrisiken ableiten:

Im Rahmen unserer Energiehandelstätigkeit werden im EnBW-Konzern Energiehandelskontrakte für Zwecke des Preisrisikomanagements, der Kraftwerksoptimierung, der Lastglättung und der Margenoptimierung abgeschlossen. Darüber hinaus ist der Eigenhandel nur innerhalb enger, klar definierter Limite erlaubt. Die Preisänderungsrisiken entstehen im Wesentlichen durch die Beschaffung und Veräußerung von Strom, durch die Beschaffung der Brennstoffe Kohle, Gas und Öl sowie die Beschaffung von Emissionsrechten. Darüber hinaus entstehen Preisrisiken für den EnBW-Konzern durch das Eingehen von spekulativen Positionen im Eigenhandel. Die Preisrisiken werden anhand fortlaufend überprüfter Marktpreiserwartungen mit geeigneten Finanzinstrumenten abgesichert. Im Berichtsjahr wurden als Sicherungsinstrumente Forwards, Futures, Swaps und Optionen eingesetzt. Zum 31. Dezember 2009 betragen die Nominalwerte aller Energiederivate insgesamt 36.264,7 Mio. €. Der Marktwert aller Energiederivate belief sich zum selben Zeitpunkt auf -249,5 Mio. €.

Der EnBW-Konzern ist durch die Beschaffung und Preisabsicherung des Brennstoffbedarfs sowie durch Gas- und Ölhandelsgeschäfte Risiken aus Fremdwährung ausgesetzt. Darüber hinaus bestehen für den EnBW-Konzern Währungsrisiken aus in Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten. Das Währungsrisiko wird anhand fortlaufend überprüfter Devisenkursereignissen mit geeigneten Finanzinstrumenten, im Berichtsjahr vor allem über Devisentermingeschäfte, abgesichert. Währungsrisiken bestehen für den EnBW-Konzern im Wesentlichen in US-Dollar und in Schweizer Franken. Das bei ausländischen Konzerngesellschaften außerhalb der Eurozone gebundene Nettovermögen sowie die Umrechnungsrisiken (Translationsrisiken) werden nur in Einzelfällen gegen Wechselkursschwankungen gesichert. Die EnBW AG ist im Wesentlichen Währungsrisiken aus in Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten in Japanischen Yen und Schweizer Franken ausgesetzt. Im Wesentlichen erfolgt eine Absicherung über geeignete Finanzinstrumente, wie Swapgeschäfte.

Sowohl der EnBW-Konzern als auch die EnBW AG benutzen zinsensitive Finanzinstrumente, um den Erfordernissen der operativen und strategischen Liquiditätssteuerung gerecht zu werden. Zinsrisiken ergeben sich hieraus nur aus variabel verzinslichen Instrumenten. Zinsrisiken bestehen auf der Aktivseite aus Bankguthaben sowie auf der Passivseite aus variabel verzinslichen Bankverbindlichkeiten. Daneben bestehen Zinsrisiken aus Derivaten in Form von Swapgeschäften. Für den EnBW-Konzern und die EnBW AG bestehen diese Risiken hauptsächlich in der Eurozone.

Das Nominalvolumen der Zins- und Währungsderivate zum 31. Dezember 2009 betrug 3.425,2 Mio. €. Die Marktwerte dieser Derivate beliefen sich auf -18,5 Mio. €.

Wettbewerbs- und Preisrisiken: Im Geschäftsfeld Gas hat sich das Preisrisiko erhöht. Ein intensivierter Wettbewerb und die Ölpreisentwicklung sind die Haupttreiber dieser Risikoposition. Sowohl die Anzahl als auch die Preisaggressivität der Wettbewerber nimmt zu. Auch im Geschäftsfeld Strom sehen wir uns einem dynamischen und starken Wettbewerb ausgesetzt, der unsere Mengen- und Preisrisiken verstärkt. Ein Risiko für die Vertriebsergebnisse kann sich durch die Erhöhung der Netzkosten ergeben, wenn diese nicht an den Kunden weitergegeben werden können.

Verlustenergie: Beim Transport durch die Netze verlorene Energie muss von den Netzgesellschaften der EnBW am Markt nachbeschafft werden. Zwar ist die Menge der Verlustenergie durch Erfahrungswerte gut abzuschätzen, die Marktpreise für die Nachbeschaffung sind allerdings sehr volatil. Das Risiko für den EnBW-Konzern besteht darin, dass die Nachbeschaffungspreise die Planpreise übersteigen können. Im Gegensatz zum Vorjahr konnte die EnBW Transportnetze AG (TNG) im Jahr 2009 jedoch aufgrund des zum Beschaffungszeitpunkt gesunkenen Preisniveaus Verlustenergie unter Planpreisen einkaufen.

Politische und regulatorische Risiken

3. Europäisches Binnenmarktpaket: Im Juni 2009 wurde auf europäischer Ebene das 3. Binnenmarktpaket verabschiedet. Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf sieht es die Möglichkeit für Alternativen zur eigentumsrechtlichen Entflechtung der Übertragungsnetze (Ownership Unbundling) vor. So bleiben bei der Umsetzung in nationales Recht weiterhin die Optionen eines Independent System Operators oder eines Independent Transmission Operators („Dritter Weg“) bestehen. Ein Verkauf der Transportnetze ist also nicht zwingend vorgeschrieben, wodurch sich die Risikosituation für EnBW reduziert hat.

Richtlinie für Industrieemissionen: Auf Ebene der Europäischen Union wurde im Jahr 2009 über die Verschärfung von Emissionsobergrenzen für Stickoxide und Schwefeldioxid bei Industrieanlagen diskutiert und mit der Erarbeitung einer Richtlinie zur Herabsetzung der Emissionsobergrenzen begonnen. Der bisherige Zeitplan sieht die zweite Lesung im Parlament für Januar 2010 und die Verabschiedung für Sommer 2010 vor. Für die EnBW kann sich hieraus je nach Ausgestaltung der Grenzwerte ein Nachrüstungsbedarf bei bestehenden Anlagen ergeben. Der Investitionsumfang ist abhängig von der Anzahl der betroffenen Anlagen sowie den jeweiligen technischen Gegebenheiten.

Erneuerbare-Energien-Gesetz-Novelle: Im Rahmen der EEG-Novellierung wurde mit Verabschiedung einer Verordnung zum Erneuerbare-Energien-Gesetz-(EEG-)Wälzungsmechanismus die finanzielle Wälzung festgelegt. Unsicherheiten in der Vermarktung der erneuerbaren Energien und bei der Prognose der EEG-Umlagen bergen Risiken sowohl für die Übertragungsnetzbetreiber als auch für die Vertriebe. Während der Übertragungsnetzbetreiber für die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien einen festen Preis zahlen muss, verkauft er den Strom zu einem im Vorfeld unvorhersehbaren Preis über den Großhandelsmarkt. Die Vertriebe zahlen zum Ausgleich eine EEG-Umlage an die Übertragungsnetzbetreiber. Für den Übertragungsnetzbetreiber bestehen

kurzfristig Risiken, sofern die Zahlungsströme kurzfristig nicht ausgeglichen werden. Die Saldierung der Zahlungsströme erfolgt mit einer Zeitverzögerung von zwei Jahren. Für die Vertriebe ergeben sich Planungsrisiken, da die Festlegung der EEG-Umlage für das folgende Jahr jeweils erst nach Planungsabschluss stattfindet.

Netznutzungsentgelte: Zum 1. Januar 2009 wurde im Rahmen der Anreizregulierung für alle Strom- und Gasnetzbetreiber in Deutschland eine individuelle Obergrenze für die Erlöse aus Netznutzungsentgelten für die Dauer von vier (für Gasnetze) und fünf Jahren (für Stromnetze) festgelegt. Die von der Bundesnetzagentur (BNetzA) bestimmten Erlösobergrenzen für die EnBW lagen dabei überwiegend über den zuletzt anerkannten Netznutzungsentgelten des Jahres 2008, weshalb wir grundsätzlich von einem positiven Umsatzeffekt ausgehen. Eine Belastung durch die Mehrerlösabschöpfung infolge der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs vom August 2008 wird sich voraussichtlich ab 2010 bemerkbar machen. Dabei handelt es sich um Mehrerlöse, die die Netzbetreiber im Zeitraum vom 1. November 2005 bis zum Zeitpunkt der Genehmigung der Netznutzungsentgelte im Jahr 2006 erzielt hatten. Die Ausgestaltung der Anreizregulierung sowie weiterer möglicher Regulierungsmaßnahmen verfolgen wir weiterhin aufmerksam.

Missbrauchsverfahren Regelennergie: Das Missbrauchsverfahren der BNetzA gegen die deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) besteht fort. Gegenstand des Verfahrens ist die von den ÜNB ausgeschriebene Regelleistung. Die BNetzA untersucht das systembedingte Gegeneinanderregeln zwischen den vier deutschen Regelzonen. Sollte die BNetzA einen Missbrauch feststellen, besteht das Risiko, dass ein Teil der seit 2006 von unserem ÜNB, der TNG, getätigten Regelleistungsausgaben nicht anerkannt und in künftigen Entgeltperioden entgeltmindernd berücksichtigt wird. Zur zukünftigen Verminderung des Gegeneinanderregels wurde der optimierte Netzbetrieb eingeführt. Das weitere Vorgehen der BNetzA bleibt abzuwarten.

Kartellrechtliche Preisüberprüfungen: Die Preisbildung im Bereich Fernwärme ist im Laufe des Jahres 2009 in den Fokus der Kartellbehörden gerückt. Im Rahmen der Sektorenuntersuchung hat auch die EnBW einen Auskunftbeschluss erhalten. Die Untersuchung ist ein ergebnisoffenes Verfahren ohne einen Verdacht gegen unsere Unternehmen und stellt kein Missbrauchsverfahren dar. Wir stehen dabei in Kontakt mit den jeweiligen Kartellbehörden. Im Bereich Heizstrom sind Unternehmen des EnBW-Konzerns nicht von der kartellrechtlichen Überprüfung betroffen, sondern werden vielmehr wegen eines günstigen Preisniveaus als Vergleichsunternehmen herangezogen.

Strategische Risiken

Wirtschaftlichkeit von Investitionen: Ein wesentliches Element der Konzernstrategie ist ein umfangreiches Investitionsprogramm. Der strategische Kurs der EnBW ist dabei wie bei jedem Unternehmen naturgemäß mit Risiken verbunden. Den Entwicklungsmöglichkeiten stehen potenzielle Ergebniseinbußen gegenüber. Generell entstehen diese unter anderem aus der Fehleinschätzung von Kundenanforderungen und Umfeldbedingungen sowie technologischen Fehlentscheidungen. Im Rahmen der Umsetzung der strategischen Projekte besteht darüber hinaus das Risiko, dass die Phase der Wirtschaftlichkeit nicht oder verspätet erreicht wird. Vor diesem Hintergrund ergeben sich bei Neubauprojekten im Bereich Erzeugungskapazitäten drei wesentliche Risikopositionen: Großprojekte sind von behördlichen Genehmigungen abhängig, die sich fallweise verzögern oder bei Nichterteilung zu Projektabbrüchen und damit zu einer Abschreibung bereits getätigter Vorleistungen führen können. Zusätzlich ist derzeit zu beobachten, dass bereits erteilte Genehmigungen im Nachgang hinsichtlich ihrer Rechtmäßigkeit infrage gestellt werden. In Zusammenhang mit dem derzeitigen Marktumfeld können Finanzierungsrisiken mit Folgen für die Gesamtkosten des Projekts entstehen. Zudem bestehen in der Umsetzungsphase eines Projekts grundsätzlich Qualitäts-, Termin- und Kostenrisiken. Mit einer vorausschauenden Vertragsgestaltung und umfassendem Claim Management versucht die EnBW, diesen Risiken entgegenzuwirken.

Beteiligungen: Im Rahmen ihrer Wachstumsstrategie strebt die EnBW auch den Erwerb von Beteiligungen an. Dabei bestehen grundsätzlich Unsicherheiten über den erfolgreichen Abschluss einer Transaktion sowie der anschließend folgenden Integration der Gesellschaft in den Konzern. Darüber hinaus sind wir dem Risiko einer Minderung der Werthaltigkeit von Beteiligungen aufgrund von Unsicherheiten zu Annahmen bezüglich der Geschäftsentwicklung ausgesetzt. Dies gilt insbesondere für neu erworbene, aber auch für bestehende Beteiligungen. Das Investitionsprogramm der EnBW umfasst neben Akquisitionen auch Verkäufe von Assets und Gesellschaften. Hierbei besteht ein generelles Risiko, dass am Markt keine adäquaten Verkaufspreise erzielt werden können.

Wiederabschluss von Konzessionsverträgen: Ein Konzessionsvertrag ist eine Übereinkunft zwischen einer Kommune und einem Energieversorgungsunternehmen (EVU), die dem EVU das Recht gewährt, auf öffentlichen Wegen Leitungen zu verlegen und zu betreiben, mit denen Endverbraucher im Gebiet der Kommune unmittelbar versorgt werden. Die Kommune erhält im Gegenzug eine Konzessionsabgabe. Nach Ablauf eines Konzessionsvertrags hat die Kommune die Möglichkeit, den Betrieb des Leitungsnetzes an andere EVU zu vergeben, die das Leitungsnetz vom bisherigen Netzbetreiber erwerben. Bis zum Jahr 2013 laufen im Netzgebiet der EnBW und ihrer wesentlichen Beteiligungen etwa 400 Strom- und Gaskonzessionsverträge aus und stehen zur Neuverhandlung an. Der Verlust eines Konzessionsgebiets kann einen Ertragswertnachteil mit sich ziehen. Des Weiteren sind Kundenverluste an den neuen Konzessionsnehmer infolge höheren Wettbewerbs zu befürchten. Das Interesse Dritter an von uns gehaltenen Konzessionen hat sich grundsätzlich verstärkt. Gleichzeitig zeigen Städte und Gemeinden vermehrt Interesse daran, ihre Strom-, Gas- und Wassernetze wieder in die öffentliche Hand zurückzuführen. Diese Rekommunalisierungsbestrebungen erhöhen zusätzlich das Risiko. Mit einem aktiven Konzessionsvertrags- und Beziehungsmanagement mit den Städten und Gemeinden unterstreicht die EnBW ihre Rolle als starke Partnerin in Baden-Württemberg. Im Jahr 2009 konnten rund 300 Konzessionsverträge neu verhandelt und abgeschlossen werden. Damit hat der EnBW-Konzern im verstärkten Wettbewerb mit Stadtwerken die Gesamtzahl der Konzessionen nahezu stabil gehalten.

Status Konzessionsverhandlungen im EnBW-Konzern		
2009 abgeschlossene Konzessionsverträge		
Strom	Bestand	192
	Neu	1
Gas	Bestand	104
	Neu	4
2010–2013 auslaufende Konzessionsverträge		
Strom		312
Gas		68

Operative Risiken

Die Produktionsprozesse entlang der Wertschöpfungskette in den Geschäftsfeldern des EnBW-Konzerns erfordern komplexe und hoch spezialisierte technische Anlagen. Es ist unser Ziel, Schäden an Anlagen zu vermeiden und Ausfälle zu minimieren. Der Einsatz moderner Technik, Instandhaltungsmaßnahmen für die Anlagen und Schulung der Mitarbeiter sind dabei unsere Maßnahmen, um endogene Risiken zu beherrschen. Trotz der hohen Standards können Risiken nicht gänzlich vermieden werden. Risiken, die sich aus exogenen Faktoren ergeben, sind schwieriger bestimmbar, da sich externe Einflüsse meist sehr schnell und unvorhergesehen auf unsere Prozesse auswirken. Dennoch versuchen wir, auch diesen Risiken mit präventiven Maßnahmen zu begegnen.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen operativer Risiken minimieren wir unter anderem, sofern möglich und wirtschaftlich sinnvoll, durch den Abschluss von Versicherungen. Hierzu führen wir eine jährliche Bedarfsanalyse des Versicherungsschutzes durch, um gegen eintretende Sachschäden in ausreichendem Umfang versichert zu sein. Die Höhe des zu tragenden Selbstbehalts wählen wir nach ökonomisch sinnvollen Maßstäben. Die Ertragslage des Konzerns kann durch Betriebsunterbrechungen je nach Dauer besonders im Kraftwerksbereich deutlich belastet werden.

Kraftwerksrückbau: Langlaufende und komplexe Großprojekte wie der Kraftwerksrückbau in Obrigheim sind grundsätzlich risikobehaftet. Im Fokus stehen dabei besonders technische und regulative Risiken sowie Marktrisiken, die zur Überschreitung von Kosten- und Zeitplänen führen können. Derzeit verläuft der Rückbau nach Plan.

Kraftwerksneubau: Derzeit realisiert die EnBW unter anderem Kraftwerksneubauprojekte in Karlsruhe, Mannheim (über die Beteiligung an der Großkraftwerk Mannheim AG), Eisenhüttenstadt und Rheinfelden. Außerdem erweitert die EnBW die Erzeugungskapazitäten im Bereich der erneuerbaren Energien. Investitionsprojekte dieser Größenordnung und Komplexität sind Qualitäts-, Kosten- und Terminrisiken ausgesetzt, denen wir mit einem engen Projektrisikomanagement begegnen.

Neue Eislastkarte: Die Deutsche Kommission für Elektrotechnik (DKE) hat zur Einführung einer neuen Eislastkarte für Hoch- und Höchstspannungsnetze Anfang 2008 einen entsprechenden Normentwurf veröffentlicht, der unabhängig vom tatsächlichen Zustand der Netze an der geografischen Höhenlage orientierte technische Anforderungen an Masten und Freileitungen zur Eislasttragfähigkeit definiert. Inzwischen wurde unter anderem mit den Netzgesellschaften der EnBW ein geänderter Kartenentwurf erstellt. Dennoch verzögert sich die Veröffentlichung infolge von Einwänden anderer Netzbetreiber. Bis zur Verabschiedung bleibt ein Risiko aus den noch nicht endgültig festgelegten Anforderungen bestehen.

IT-Risiken

Für den reibungslosen Ablauf zahlreicher Geschäftsprozesse der EnBW sind Kommunikations- und Informationssysteme von zentraler Bedeutung. Daher liegt ein großes Augenmerk darauf, die IT-Netzwerke und -Applikationen ohne Störungen bereitzustellen und die Durchführung der Prozesse optimal zu unterstützen. Die Bereitstellung und die Integration der Soft- und Hardwarelösungen werden von zentraler Stelle gesichert. Von hoher Priorität ist die IT-Sicherheit im gesamten Konzern.

Mögliche IT-Risiken minimieren wir durch hohe Sicherheitsstandards. Ein fester Bestandteil dieser Standards sind die EnBW-Konzerngrundsätze zur Sicherheit in der Informations- und Kommunikationstechnologie (EKSIT@), die ein konzernweites, verbindliches Regelwerk zur Nutzung unserer Informations- und Kommunikationssysteme darstellen. Dabei wird besonderer Wert auf die Aspekte IT-Sicherheit, Datenschutz und Datensicherheit gelegt. Unsere Leitlinien basieren auf internationalen und branchenspezifischen Sicherheitsstandards.

Applikationen im IT-Netzwerk werden entsprechend ihrer Bedeutung gemäß dem identifizierten Schutzbedarf gesichert. IT-Dienstleister werden durch Service Level Agreements verpflichtet, die gewünschten Anforderungen zu gewährleisten. Die Bewertung des IT-Risikos erfolgt über einen Abgleich des Sollzustands mit dem eingerichteten Schutzbedarf. Daraus werden gegebenenfalls Maßnahmen für die Weiterentwicklung der IT-Systeme abgeleitet, um die erforderliche Sicherheit herzustellen. Der Analyse- und Bewertungsprozess wird in Zusammenarbeit von IT- und Risikomanagern durchgeführt und kontinuierlich weiterentwickelt.

Personalrisiken

Die Mitarbeiter des EnBW-Konzerns leisten einen wesentlichen Beitrag für die Entwicklung des Unternehmens. Die EnBW ist dabei dem Risiko ausgesetzt, nicht in ausreichendem Maße über Mitarbeiter mit den erforderlichen Qualifikationen zu verfügen, um die operativen und strategischen Anforderungen umsetzen zu können. Dieses Risiko resultiert aus dem Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt mit anderen Unternehmen und wird durch demografische Entwicklungen verschärft. Die EnBW begegnet diesem Risiko durch zahlreiche interne Personalentwicklungsmaßnahmen sowie die Positionierung des Unternehmens als attraktiver Arbeitgeber. Die Arbeitgebermarke EnBW wurde im Jahr 2009 in zahlreichen Workshops neu definiert.

Ein Vergütungsrisiko bei der Entwicklung des Personalaufwands besteht im Rahmen von Tarifverhandlungen gegenüber den in der Planung berücksichtigten Werten. Der Tarifabschluss 2009 sieht eine Fixierung der Personalvergütung bis Dezember 2011 vor. Für den sich anschließenden Zeitraum sind neue Tarifabschlüsse zu erwarten. Die Unsicherheit besteht in Höhe und Dauer der ausstehenden Tarifabschlüsse im Planungszeitraum.

Finanzrisiken

Kontrahentenausfallrisiko

Kontrahentenausfallrisiken entstehen hauptsächlich aus Over-the-Counter-Markt-(OTC-)Geschäften, die zur Absicherung und Optimierung der Kraftwerkskapazitäten im Handelsbereich eingesetzt werden, und aus Kundengeschäften. Bestandteile des Kontrahentenausfallrisikos auf Handelsseite sind das Settlement Risk und das Mark-to-Market Risk. Das Settlement Risk entsteht aus unbesicherten Forderungen gegenüber Handelspartnern. Dieses Risiko besteht auch gegenüber Kunden aus der Vertriebstätigkeit des Konzerns. Das Mark-to-Market Risk entsteht aus der Marktbewertung der offenen Handelspositionen im Handelsportfolio, wodurch das Risiko beim Ausfall eines Handelspartners dargestellt wird, das durch die Wiedereindeckung der Handelsposition, zu dann aktuellen Marktpreisen, entstehen kann.

Für Geschäfte an Energiebörsen wie EEX oder ICE schließt das Clearing der Geschäfte über die Börse und die notwendige Clearingbank ein Kontrahentenausfallrisiko aus. Bei bilateralen Margining-Vereinbarungen im Handelsbereich werden gegen bestehende Kontrahentenrisiken Sicherheiten gestellt, womit das Kontrahentenausfallrisiko aus der gegebenen Geschäftsbeziehung aktiv begrenzt und innerhalb der akzeptierten Grenzen gehalten wird. Für Handelspartner im OTC-Markt legen wir einen Kreditrahmen in Abhängigkeit von deren Bonität fest. Regelmäßig wird das Kontrahentenausfallrisiko ermittelt und die Einhaltung der Kreditrahmen beziehungsweise deren Verteilung überwacht. Handelsgeschäfte am OTC-Markt schließt die ETG grundsätzlich auf Basis von Rahmenverträgen ab, wie sie zum Beispiel von der European Federation of Energy Traders (EFET), der International Swaps and Derivatives Association (ISDA) oder der International Emissions Trading Association (IETA) veröffentlicht werden.

Im Zuge der Wirtschaftskrise ist von einem Anstieg der Zahl der Unternehmensinsolvenzen auszugehen, wodurch das Risiko von Forderungsausfällen zunimmt. Ebenso ist mit längeren Forderungslaufzeiten zu rechnen. Dieser Effekt tritt dabei mit zeitlichem Verzug auch nach dem Erreichen der wirtschaftlichen Talsohle ein, sodass mit dem vollen Umfang der Auswirkungen erst in der Folgezeit zu rechnen ist. Mit einer aktiven Steuerung der Ausfallrisiken bei Kunden und Handelspartnern begrenzt die EnBW mögliche negative Auswirkungen. Ausgelöst durch eine zunehmende Anzahl von Unternehmensinsolvenzen bestehen Unsicherheiten aus zukünftigen Verpflichtungen für den branchenübergreifenden Pensionssicherungsverein.

Finanzierungs- und Liquiditätsrisiken

Liquidität/Finanzierung: Aufgrund unserer stabilen Innenfinanzierung und den fest zugesagten Kreditlinien konnte die EnBW im Geschäftsjahr 2009 jederzeit ihren Mittelbedarf decken. Für 2010 ist aus derzeitiger Sicht keine Refinanzierung notwendig. Des Weiteren sehen wir momentan keine Liquiditätsengpässe auf den externen Märkten.

Asset-Management

Leitlinien der konservativen Anlagestrategie der Finanzmittel der EnBW sind eine gute Bonität, eine hohe Liquidität und eine breite Diversifikation der Anlagen. Diese Strategie haben wir auch 2009 weiterverfolgt. Im Jahr 2009 bestand aufgrund der negativen Kursentwicklungen zum Jahresbeginn ein erhöhtes Impairment-Risiko für das Wertpapierportfolio, das sich teilweise realisiert hat. Vor dem Hintergrund der in der Folgezeit erneut steigenden Kurse nahm dieses Risiko wieder ab. Dessen ungeachtet bleibt hier naturgemäß die Gefahr der Verfehlung der Zielrendite und weiterer Impairments bestehen. Der auf Einzeltitelbasis ermittelte Value at Risk betrug zum Bilanzstichtag 103,2 Mio. € (95%/10 Tage). Im Vorjahr betrug dieser 107,0 Mio. € (95%/10 Tage).

Aufgrund des volatilen Finanzmarktumfelds unterliegen unsere Kapitalanlagen Kursänderungs- und weiteren Verlustrisiken. Sofern diese Risiken zu Wertminderungen führen, die signifikant oder länger anhaltend sind, ist eine Abschreibung auf die entsprechenden Wertpapiere vorzunehmen. Im Geschäftsjahr 2009 betrug die Abschreibungen aufgrund signifikanter Wertminderungen 57,0 Mio. € (Vorjahr: 89,1 Mio. €). Für länger anhaltende Wertminderungen waren im Geschäftsjahr 2009 keine Abschreibungen vorzunehmen. Bei unverändertem Kapitalmarktumfeld besteht im Geschäftsjahr 2010 aus länger anhaltenden Wertminderungen ein Abschreibungsrisiko auf das zum Bilanzstichtag vorhandene Wertpapierportfolio im oberen zweistelligen Millionenbereich.

Sonstige Risiken

Rechtliche Risiken

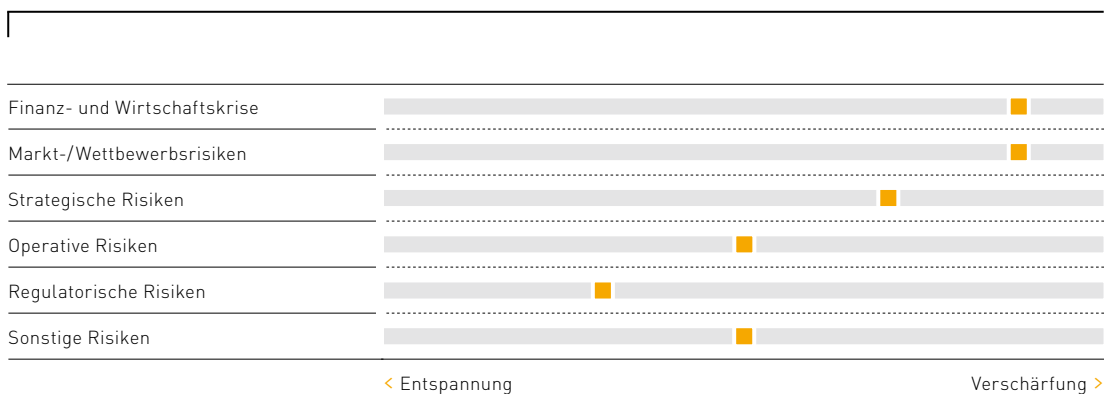
Die unternehmerische Tätigkeit der EnBW birgt eine Vielzahl rechtlicher Risiken aus vertraglichen Beziehungen zu Kunden und Geschäftspartnern sowie aus der rechtspolitischen Entwicklung. Die rechtlichen Risiken im operativen Geschäft bestehen vor allem im Bereich der Preisgestaltung für Energielieferungen (im Besonderen §§ 315, 307 BGB) und im Rahmen der Bedingungen der Netznutzung und des Kraftwerksbetriebs.

Zwischenzeitlich sind zu dem Themenkomplex Preisanpassungsklauseln Urteile des BGH ergangen. Bedauerlicherweise fehlt es aber nach wie vor an einer umfassenden höchstrichterlichen Rechtsprechung, die alle anstehenden Fragen abdeckt. Soweit notwendig, wurden die im EnBW-Konzern verwendeten Preisanpassungsklauseln der aktuellen Rechtsprechung angepasst. Neben zivilrechtlichen Auseinandersetzungen mit Vertragspartnern spielen auch kartell- und regulierungsrechtliche Maßnahmen eine Rolle. Hervorzuheben sind insbesondere die im Rahmen von Sektorenuntersuchungen durchgeführten kartellrechtlichen Preisüberprüfungen nach §§ 19, 29 GWB. Gerichtliche Verfahren und sonstige rechtliche Auseinandersetzungen haben ihren Schwerpunkt im zivilrechtlichen Bereich. Auch im öffentlich-rechtlichen Bereich werden Gerichtsverfahren mit hoher wirtschaftlicher Bedeutung geführt. In Abstimmung mit den Fachbereichen sowie dem Rechtsbereich wurden bilanzielle Risikovorsorgen in angemessenem Umfang gebildet.

Gesamtbeurteilung

Das Risikomanagementsystem wurde im Jahr 2009 kontinuierlich weiterentwickelt. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Risiken werden regelmäßig bewertet. Die Risikolage des EnBW-Konzerns hat sich unterjährig im Jahr 2009 insbesondere durch die Finanz- und Wirtschaftskrise verschärft.

Entwicklung der Risikolage 2009



Ergebnisseitig waren dabei vor allem die teilweise realisierten Risiken aus Wiedervermarktung und Minderabsatz deutlich spürbar. Außerordentliche Ergebnisbelastungen ergaben sich aus Wertberichtigungen auf Kapitalanlagen und Forderungen. Das Risikomanagement des EnBW-Konzerns hat die Risiken frühzeitig erkannt und Maßnahmen zur Risikominimierung ergriffen. Im Ausblick ist bei Risiken, die aus dem konjunkturellen und regulatorischen Umfeld entstehen, von einer geringfügigen Entspannung auszugehen. Im Gegensatz hierzu erwarten wir eine Zunahme von Wettbewerbs- und Marktrisiken, die die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des EnBW-Konzerns beeinflussen können. Außerdem trägt die gestiegene Anzahl von Investitionsvorhaben zu einer Erhöhung der Projektrisiken bei.

Die Risikopotenziale für den Konzern vermindern wir durch operative und bilanzielle Maßnahmen. Risiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit werden mit bilanzieller Vorsorge in Form von Rückstellungen und Wertberichtigungen Rechnung getragen. Wesentliche Risiken werden im Rahmen von aktuellen Vorschaurechnungen berücksichtigt.

Bestandsgefährdende Risiken konnten 2009 weder aus Einzelrisiken noch aus der Gesamtrisikoposition des EnBW-Konzerns festgestellt werden.

Risikomanagementsystem

Das Konzernrisikomanagement informierte auch im Jahr 2009 in Quartalsberichten sowie monatlichen Risiko-veränderungsreports den EnBW-Vorstand, die Geschäftsleitungen der Konzerngesellschaften und die Leiter der einbezogenen Konzerneinheiten über die aktuelle Risikolage. Mittels Eilmitteilung unterrichteten wir die Entscheidungsträger bei unvorhersehbar aufgetretenen und realisierten Risiken. Der EnBW-Vorstand informierte seinerseits den EnBW-Aufsichtsrat mit detaillierten Quartalsberichten über die aktuelle Risikolage des Konzerns. Gemäß dem Deutschen Corporate-Governance-Kodex beschäftigte sich der Prüfungsausschuss in seinen Sitzungen mit Risiken, die die Ertrags-, Finanz-, und Vermögenslage des Konzerns wesentlich beeinflussen können.

Das Risikomanagementsystem im Konzern und in den einzelnen Gesellschaften wird regelmäßig durch die Konzernrevision geprüft – sowohl hinsichtlich der Erfüllung gesetzlicher Anforderungen als auch hinsichtlich seiner Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit. Darüber hinaus wird das Risikofrüherkennungssystem ebenfalls regelmäßig durch den Wirtschaftsprüfer geprüft.

Chancenmanagement

Grundlagen

Die Geschäftstätigkeit der EnBW und Entwicklungen im Umfeld eröffnen kontinuierlich Chancen für das Unternehmen. Sie können beispielsweise von Weichenstellungen in der Energiepolitik auf europäischer Ebene bis hin zum einzelnen Verbesserungsvorschlag eines Mitarbeiters im Rahmen des betrieblichen Vorschlagswesens reichen. Chancen tragen zum Unternehmenserfolg bei, wenn sie möglichst frühzeitig erkannt und effektiv genutzt werden. Die EnBW ist von den Vorteilen eines wettbewerbsorientierten Markts zum Wohle ihrer Kunden überzeugt. Daher sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ungeachtet ihres jeweiligen Verantwortungsbereichs und -umfangs, dazu angehalten, unternehmerisch zu denken und zu handeln und somit permanent Chancen zu suchen und wahrzunehmen. Auf operativer Ebene identifizieren somit die Konzerngesellschaften Chancen, die sich im Rahmen der Betriebstätigkeit beziehungsweise aufgrund verbesserter Marktbedingungen sowie externer Faktoren in Form einer überplanmäßigen Ergebnisentwicklung realisieren können. Zudem obliegt es dem Bereich Konzernstrategie, gemeinsam mit den am Markt tätigen Einheiten der EnBW, im Umfeld und innerhalb der EnBW systematisch strategische Chancen zu erfassen, zu bewerten und Maßnahmen zu deren Ausschöpfen zu entwickeln. Der Vorstand der EnBW erörtert regelmäßig strategische Chancen.

Chancenkategorien

Chancen können sich grundsätzlich im Umfeld der gesamten EnBW oder im Rahmen einer einzelnen Geschäftstätigkeit eröffnen. Dabei stellen sie häufig die Gegenposition zu entsprechenden Risiken dar. Die Chancen aus der Entwicklung der Unternehmensumfeldbedingungen lassen sich in Chancen aus Veränderungen im politischen und regulatorischen Umfeld, in Chancen aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Chancen aus Marktentwicklungen sowie aus technologischen Entwicklungen untergliedern. Die veränderten Rahmenbedingungen können für die EnBW im Vergleich zu Wettbewerbern von unterschiedlicher Relevanz sein. Ausgewählte, unternehmensspezifische Chancen werden nachfolgend beschrieben.

Unternehmensspezifische Chancen

Eine wesentliche externe Chance besteht für die EnBW darin, die in einer früheren Legislaturperiode beschlossene Laufzeitverkürzung für Kernkraftwerke zurückzunehmen. Das Stromerzeugungsportfolio der EnBW weist einen überdurchschnittlich hohen Anteil an CO₂-effizienten Erzeugungskapazitäten auf, die auf Kernkraft und auf Wasserkraft basieren. Je nach konkreter Ausgestaltung der Regelungen hinsichtlich der Kernkraftnutzung können sich für den EnBW-Konzern positive Ergebniseffekte ergeben. Eine dauerhafte unternehmensstrategische Chance beruht auf dem partnerschaftlichen Ansatz, den die EnBW bei der Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen oder Organisationen traditionell verfolgt. Die starke Position der EnBW in der Region Baden-Württemberg beispielsweise stützt sich auch auf die enge Verbundenheit mit dem Kernaktionär OEW. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der EDF eröffnet der EnBW vielfältige Chancen auf den europäischen und auch globalen Märkten. Auch die 2008 beschlossene Beteiligung an EWE bietet Kooperationsfelder und damit das Potenzial zur Ausschöpfung von Synergien beispielsweise in den Bereichen Einkauf, Handel, IT, Gas, Türkei und erneuerbare Energien.

Weitere unternehmensstrategische Chancen eröffnen sich für die EnBW aus ihrem Selbstverständnis, über die klassische Rolle als Versorger hinaus Energieberater und Energiedienstleister zu sein. Das Thema Energieeffizienz spielt dabei eine entscheidende Rolle. Die wachsende Bedeutung des Faktors Energieeffizienz verschafft der EnBW voraussichtlich Wachstumspotenziale, da sie sich seit Jahren in diesem Bereich mit Nachdruck engagiert und bereits eine ganze Reihe von Produkten und Dienstleistungen mit greifbarem Kundennutzen anbietet. Die EnBW ist sich ihrer Verantwortung für den Klima- und Umweltschutz bewusst. Sie setzt daher auf einen Energiemix, der die verschiedenen Energieträger sinnvoll verbindet. Unsere Stromeigenerzeugung basiert in zunehmenden Maße auf erneuerbaren Energien wie Wind und Wasserkraft und ist zu 68% CO₂-frei. Die erworbene Kompetenz in diesem Bereich eröffnet der EnBW zusätzliche Geschäftschancen.

Ebenfalls den unternehmensstrategischen Chancen ist die Erschließung neuer Geschäftsfelder durch die EnBW zuzuordnen. Im Bereich der Elektromobilität beispielsweise treibt sie ganzheitliche Lösungen voran, die nahtlos mit dem Konzept des Smart Home verknüpft sind. Wir sehen die Chance, durch intelligente Angebote völlig neue Absatzmärkte für EnBW-Strom und -Wärme zu gewinnen. Der Eintritt in neue Märkte bietet der EnBW weitere unternehmensstrategische Chancen. Im Fokus der EnBW stehen ausgewählte Länder in Mittel- und Osteuropa sowie die Türkei. Im Vergleich zu Deutschland und Westeuropa bewegt sich die Wirtschaftsleistung dort noch auf niedrigerem Niveau, entfaltet aber eine höhere Dynamik. Die EnBW sieht die Chance, durch ein Engagement vor Ort an dieser Wachstumsdynamik zu partizipieren.

Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage des Konzerns

Die wirtschaftliche Lage des EnBW-Konzerns ist trotz der schwierigen Rahmenbedingungen des Jahres 2009 weiterhin solide. Operativ hat die EnBW trotz Absatzrückgängen im Strom- und Gasbereich das Ertragsniveau des Vorjahres, gemessen am Adjusted EBIT, erreicht. Insbesondere das Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel stützte das Ergebnis. Der Adjusted Konzernüberschuss war hingegen durch Belastungen aus der Finanzkrise sowie höhere Finanzaufwendungen beeinflusst und erreichte nicht den Wert des Vorjahres. Ein deutlich positiver Free Cashflow unterstreicht die finanzielle Stärke des Unternehmens.

Im Rahmen des Investitions- und Wachstumsprogramms hat die EnBW ihre Position als drittgrößtes Energieunternehmen in Deutschland weiter gefestigt. Darüber hinaus engagieren wir uns fokussiert in ausgewählten Ländern Mittel- und Osteuropas sowie in der Türkei. Unser Ziel ist ein ausgewogenes Geschäftsportfolio, um in einem sich intensivierenden Wettbewerbsumfeld sowie bei kontinuierlich hohen politischen und regulatorischen Unsicherheiten zu bestehen. Das zentrale Element unserer Strategie ist ein umfangreiches Investitionsprogramm, das wir auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten konsequent fortgesetzt haben. Die 2009 getätigten Investitionen und Akquisitionen legen die Basis für das künftige Wachstum der EnBW. Effizienzsteigerungen werden fortlaufend durch das Impuls-Programm realisiert.



WEITERE INFORMATIONEN
Unternehmenssituation
des EnBW-Konzerns/
Finanzierungsfazilitäten
> S. 64

Das Investitionsprogramm bedeutet jedoch ebenfalls große Anstrengungen für die EnBW und äußert sich in einem Anstieg der Nettofinanzschulden. Neben der Innenfinanzierungskraft aus dem laufenden Cashflow hat die EnBW im Jahr 2009 erfolgreich den Kapitalmarkt mit der Emission von zwei Anleihen mit einem Gesamtvolumen von 1,35 Mrd. € in Anspruch genommen. Bisher ungenutzte weitere Finanzierungsinstrumente erweitern den finanziellen Spielraum des Konzerns. Zudem prüfen wir eine Reihe von Desinvestitionen in einem möglichen Volumen von bis zu 2,8 Mrd. €. Aktuell befinden wir uns in der Endverhandlung mit einem Bieter für unsere Beteiligung an der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG. Die aktuellen Ratingeinschätzungen des Unternehmens liegen weiterhin im angestrebten A-Bereich. Mit Fitch und Moody's sehen zwei der drei Ratingagenturen die EnBW mit einem stabilen Ausblick. Wir beurteilen die finanzielle Lage des Konzerns als solide. Wir gehen auch in Zukunft von einer starken operativen Ertragskraft des EnBW-Konzerns aus, auf deren Basis wir weiterhin eine Dividende auf hohem Niveau an unsere Aktionäre ausschütten können, ohne die Substanz des Unternehmens zu beanspruchen.

Die bestehenden Regelungen zur Laufzeitverkürzung von Kernkraftwerken werden sich negativ auf die wirtschaftliche Lage der EnBW auswirken. In Abhängigkeit der anstehenden Verhandlungen zur Rücknahme der Laufzeitverkürzung können sich diese Effekte jedoch verringern. Trotz der verbesserten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen können die niedrigen Preise auf den Großhandelsmärkten für Strom dämpfend auf die Ertragskraft des Unternehmens wirken.

Vergütungsbericht

Der im Corporate Governance Bericht auf den Seiten 234 bis 240 enthaltene Vergütungsbericht ist Bestandteil des Lageberichts. Der Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die für die Festlegung der Vergütung der Vorstandsmitglieder maßgeblich sind, und erläutert die Struktur und Höhe der Vorstandsvergütung sowie die Vergütung des Aufsichtsrats.

Nachtragsbericht

Nachdem die EnBW dem Bundeskartellamt die Entscheidung zum Verkauf der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG angezeigt hat, hat sich das Unternehmen zwischenzeitlich für die Technischen Werke Dresden (TWD), eine 100 %-Tochter der Landeshauptstadt Dresden, als präferierten Bieter entschieden. Die weiteren Verhandlungen führt sie nun exklusiv mit der TWD mit dem Ziel, zeitnah einen Kaufvertrag abzuschließen. Über die weiteren Details des Verhandlungsstands haben EnBW und TWD Stillschweigen vereinbart. Ende Januar 2010 hat die EnBW AG ihre 100 %-Beteiligung an der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG in die EnBW International Finance B.V. zur Stärkung deren Finanzierungskraft gegen Gewährung neuer Anteile eingebracht.

Im Januar unterzeichnete die EnBW einen Vertrag zur vorzeitigen Beendigung eines langfristigen Stromlieferungsvertrags mit einem ausländischen Vertragspartner. Die Wirksamkeit des Vertrags ist aufschiebend bedingt. Sofern die aufschiebenden Bedingungen eintreten, erhält die EnBW eine Ausgleichszahlung im zweistelligen Millionenbereich, die zu einem Sonderertrag im Geschäftsjahr 2010 führt.

> Angaben nach den §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht des Vorstands

Angaben nach den §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht des Vorstands

Der Vorstand macht nachfolgend die nach den §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB vorgeschriebenen Angaben und erläutert diese zugleich gemäß § 176 Abs. 1 Satz 1 AktG.

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das Grundkapital der EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) beträgt 640.015.872,00 € und ist in 250.006.200 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von jeweils 2,56 € eingeteilt.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

Unter dem Datum vom 17. April 2009 veröffentlichte die Electricité de France (EDF) das Referenzdokument 2008 für die französische Finanzmarktaufsicht (Autorité des Marchés Financiers), in dem sie auch über zwischen EDF und dem Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW) getroffene Vereinbarungen informierte. Danach verständigten sich die beiden EnBW-Hauptaktionäre EDF und OEW in einer Aktionärsvereinbarung vom 26. Juli 2000 über die Innehabung und Koordinierung der Ausübung der Rechte und der Einflussmöglichkeiten als Aktionäre. Demnach werden EDF und OEW ihre Stimmrechte aus ihren Aktien einheitlich nach vorausgehender Beratung in einem von ihnen eingerichteten Aktionärsausschuss ausüben. Insbesondere werden EDF und OEW Kandidaten für die Wahl von Aktionärsvertretern in den aus 20 Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat vorschlagen und versuchen, mit ihren Stimmen vier von der EDF und drei – darunter den Aufsichtsratsvorsitzenden – vom OEW vorgeschlagene Aufsichtsratsmitglieder zu wählen. Außerdem wollen die Parteien der Aktionärsvereinbarung ihren Einfluss dahingehend geltend machen, dass eine von der EDF benannte Person zum Mitglied des Vorstands bestellt wird.

EDF und OEW haben sich in der Aktionärsvereinbarung außerdem Beschränkungen für die Übertragung von EnBW-Aktien auferlegt. Der OEW kann gebundene Aktien (25,005% der EnBW-Aktien) nur mit Zustimmung der EDF an Dritte veräußern, während die EDF gebundene EnBW-Aktien (25,005%) nur mit Zustimmung des OEW an Dritte veräußern kann, wenn diese nicht bereit sind, EnBW-Aktien des OEW zum gleichen Preis zu erwerben. Der OEW hat darüber hinaus ein Vorkaufsrecht auf die von der EDF gehaltenen gebundenen EnBW-Aktien (25,005%). In Bezug auf die von EDF und OEW über die gebundenen Aktien (jeweils 25,005%) hinaus gehaltenen EnBW-Aktien haben sich EDF und OEW für jeden Fall einer beabsichtigten Veräußerung wechselseitig Vorkaufsrechte eingeräumt.

Diese Beschränkungen dauern für die Laufzeit der Aktionärsvereinbarung zunächst bis 31. Dezember 2011 und darüber hinaus, solange EDF und OEW gemeinsam eine Mehrheitsbeteiligung halten und jede Partei wenigstens 17% der EnBW-Aktien hält.

Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital, die 10 % überschreiten

Die E.D.F. INTERNATIONAL SA mit Sitz in Paris (Frankreich) und die OEW Energie-Beteiligungs GmbH mit Sitz in Ravensburg halten zum 31. Dezember 2009 jeweils direkt 45,01% am Grundkapital der EnBW.

Alleinige Anteilsinhaberin der E.D.F. INTERNATIONAL SA ist die börsennotierte Electricité de France SA mit Sitz in Paris (Frankreich), die wiederum von der Republik Frankreich kontrolliert wird. Die Electricité de France SA und die Republik Frankreich sind daher jeweils indirekt über die E.D.F. INTERNATIONAL SA mit 45,01% am Grundkapital der EnBW beteiligt.

Alleiniger Anteilsinhaber der OEW Energie-Beteiligungs GmbH ist der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke mit Sitz in Ravensburg. Dieser ist daher indirekt über die OEW Energie-Beteiligungs GmbH mit 45,01% am Grundkapital der EnBW beteiligt.

Gesetzliche Vorschriften und Bestimmungen der Satzung über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und über die Änderung der Satzung

Die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands obliegt dem Aufsichtsrat gemäß § 84 AktG in Verbindung mit § 31 MitbestG. Diese Kompetenz wird in § 7 Abs. 1 Satz 2 der Satzung der EnBW abgebildet. Sollte ausnahmsweise ein erforderliches Vorstandsmitglied fehlen, hat nach § 85 AktG die Bestellung eines Vorstandsmitglieds durch das Gericht zu erfolgen, wenn ein dringender Fall vorliegt.

Das Recht zu Satzungsänderungen liegt gemäß § 119 Abs. 1 Nr. 5 AktG bei der Hauptversammlung. Die entsprechenden konkretisierenden Verfahrensregeln sind in den §§ 179, 181 AktG enthalten. Aus Praktikabilitätsgesichtspunkten wurde die Kompetenz für Satzungsänderungen, die lediglich die Fassung betreffen, dem Aufsichtsrat übertragen. Diese durch § 179 Abs. 1 Satz 2 AktG eröffnete Möglichkeit ist in § 18 Abs. 3 der Satzung verankert.

Beschlüsse der Hauptversammlung zur Änderung der Satzung bedürfen nach § 179 Abs. 2 AktG einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals, sofern die Satzung nicht eine andere – für die Änderung des Unternehmensgegenstands jedoch nur eine höhere – Kapitalmehrheit bestimmt. Nach § 18 Abs. 1 der Satzung bedürfen die Beschlüsse der Hauptversammlung der Mehrheit der abgegebenen Stimmen (einfache Stimmenmehrheit), soweit nicht Gesetz oder Satzung eine größere Mehrheit oder weitere Erfordernisse bestimmen. Schreibt das Gesetz eine größere Mehrheit der abgegebenen Stimmen beziehungsweise des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals vor, so genügt in den Fällen die einfache Mehrheit, in denen das Gesetz es der Satzung überlässt, dies zu bestimmen.

Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Seit 29. April 2004 existiert bei der EnBW keine Ermächtigung der Hauptversammlung nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zum Erwerb eigener Aktien durch die Gesellschaft mehr. Die Gesellschaft kann eigene Aktien daher nur aufgrund und nach Maßgabe der übrigen Erwerbstatbestände des § 71 Abs. 1 AktG erwerben. Die Gesellschaft verfügt zum 31. Dezember 2009 über 5.749.677 eigene Aktien, die aufgrund früherer Ermächtigungen nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworben wurden. Die Veräußerung eigener Aktien der Gesellschaft kann über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre der Gesellschaft erfolgen. Eine Verwendung – insbesondere Veräußerung – eigener Aktien in anderer Weise kann nur im Rahmen des Beschlusses der Hauptversammlung vom 29. April 2004 erfolgen. Aus den von der EnBW gehaltenen eigenen Aktien stehen der Gesellschaft nach § 71b AktG keine Rechte zu.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, und die hieraus folgenden Wirkungen

Folgende Vereinbarungen der EnBW stehen unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots im Sinne der §§ 289 Abs. 4 Nr. 8, 315 Abs. 4 Nr. 8 HGB:



WEITERE INFORMATIONEN
Unternehmenssituation
des EnBW-Konzerns/
Finanzierungsfazilitäten
> S. 64

Ein syndizierter Darlehensvertrag über eine bis zum 31. Dezember 2009 noch nicht in Anspruch genommene Kreditlinie in Höhe von 2,5 Mrd. € und ein bilaterales langfristiges Bankdarlehen in Höhe von 500 Mio. € können von den Darlehensgebern beim Kontrollwerb eines Dritten gekündigt und zur Zahlung fällig gestellt werden. Dies gilt nicht, wenn es sich bei dem Dritten um EDF oder OEW oder eine andere deutsche öffentlich-rechtliche Körperschaft handelt.

Im Rahmen des Shareholder Agreements zwischen der EnBW und Eni S.p.A. hat Eni S.p.A. im Fall eines Kontrollwechsels bei der EnBW das Recht, die 50%-Beteiligung der EnBW an der EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH zu erwerben. Die EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH hält 100% der Anteile an der Gasversorgung Süddeutschland GmbH. Der Kaufpreis, den die Eni S.p.A. für den Anteil der EnBW an der EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH bezahlen müsste, bemisst sich nach einem gutachterlich ermittelten Marktwert.

Im Falle eines Kontrollwechsels bei der EnBW ist die EnBW verpflichtet, ihre Aktienbeteiligung an der EWE Aktiengesellschaft (EWE) den kommunalen Anteilseignern der EWE, der Weser-Ems-Energiebeteiligungen GmbH und dem Energieverband Elbe-Weser-Beteiligungsholding GmbH, zum Kauf anzubieten. Kaufpreis ist der gutachterlich zu ermittelnde Marktpreis. Ein Kontrollwechsel liegt vor, wenn ein anderer Aktionär als EDF oder OEW unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Aktien oder Stimmrechte an der EnBW erlangt.

Die Ziffern 4, 5 und 9 der §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB waren bei der EnBW im Geschäftsjahr 2009 nicht einschlägig.

Wesentliche Merkmale des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand macht nachfolgend die nach § 289 Abs. 5, 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB vorgeschriebenen Angaben.

Grundsätze

Das rechnungslegungsbezogene Interne Kontrollsystem (IKS) der EnBW dient der Sicherstellung einer ordnungsgemäßen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Die Wirksamkeit des IKS wird gewährleistet, indem die konzernweiten Kontrollmechanismen auf Einzelgesellschafts- und Konzernebene auf Eignung und Funktionsfähigkeit überprüft werden. Hierdurch wird die nötige Transparenz geschaffen, um bestehende Kontrollschwächen zu identifizieren, ihre Relevanz für den Jahresabschluss zu erörtern und zeitnah zu beheben. Die IKS-Methodik im EnBW-Konzern basiert auf dem COSO-Standard, einem international etablierten Rahmen für Interne Kontrollsysteme.

Das rechnungslegungsbezogene IKS wird als wirksam eingestuft, wenn die Kontrollmechanismen einen standardisierten und überwachten Reifegrad erreichen sowie keine wesentlichen Kontrollschwächen vorhanden sind. Der Reifegrad bezieht sich auf das Verständnis von einem IKS und den Umsetzungsgrad der konzernweiten IKS-Methodik in den Konzerngesellschaften. Die Wesentlichkeit von Kontrollschwächen bezieht sich auf die Eintrittswahrscheinlichkeit und das Ausmaß einer möglichen Falschaussage im Verhältnis zu den betroffenen Jahresabschlussposten.

Das rechnungslegungsbezogene Risikomanagementsystem ist ein Teil des rechnungslegungsbezogenen IKS und bezeichnet Maßnahmen zur Identifizierung und Bewertung von Risiken, die das Ziel eines regelkonformen Jahresabschlusses gefährden.

Ein IKS kann keine absolute Sicherheit über die Erreichung der verbundenen Ziele sowie der Vollständigkeit geben. Nicht absehbare Veränderungen im Kontrollumfeld, kriminelle Handlungen oder menschliche Fehler können in Einzelfällen die Leistungsfähigkeit des IKS beeinträchtigen.

Um die Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung sicherzustellen, ist das IKS bezogen auf den Rechnungslegungsprozess wie nachfolgend beschrieben ausgestaltet.

Struktur

Das IKS der EnBW besteht aus einer zentralen und einer dezentralen Organisation. In den wesentlichen Gesellschaften gibt es einen IKS-Verantwortlichen, der die Wirksamkeit des IKS auf Gesellschaftsebene überwacht und aufgetretene Kontrollschwächen bewertet. Jährlich wird ein IKS-Gesellschaftsbericht erstellt, der durch die Geschäftsleitung der Gesellschaften genehmigt wird.

Der IKS-Verantwortliche auf Konzernebene unterstützt die Einzelgesellschaften bei der Umsetzung einer standardisierten Vorgehensweise und konsolidiert die erhobenen Daten. Dem Konzernvorstand wird jährlich ein aggregierter IKS-Konzernbericht vorgelegt. Dieser bildet die Grundlage für die Berichterstattung des Konzernvorstands an den vom Aufsichtsrat gebildeten Prüfungsausschuss.

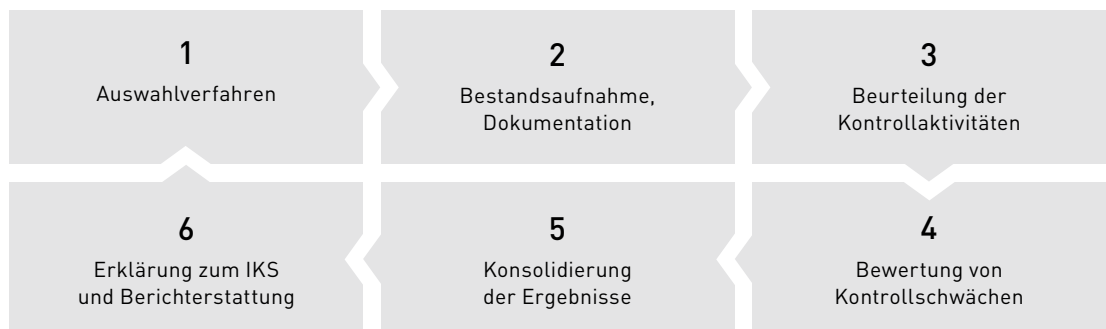
Organisationsstruktur der IKS-Finanzberichterstattung



Prozess

Das IKS durchläuft einen jährlichen Regelkreislauf, der die Aktualität der Dokumentation, die Eignung und Funktionalität der Kontrollen überwacht sowie auftretende Kontrollschwächen identifiziert und zur Bewertung bringt.

IKS-Phasen in der EnBW



Rechnungslegungsbezogenes Risikomanagement (Phase 1)

In einem risikoorientierten Auswahlverfahren werden die aus Konzernsicht wesentlichen Jahresabschlussposten, relevanten Gesellschaften und Prozesse auf Basis von quantitativen und qualitativen Risikoindikatoren identifiziert.

Im Rahmen dieses zentralen Auswahlverfahrens werden ebenso die aus Konzernsicht relevanten Jahresabschlussaussagen definiert. Diese beziehen sich auf die aus Managementsicht wesentlichen Risikobereiche der identifizierten Jahresabschlussposten. Diese „risikoorientierten“ Jahresabschlussaussagen dienen dann als Basis zur Ableitung konkreter Kontrollziele für den einzelnen Jahresabschlussposten. Die Kontrollziele stellen dabei Anforderungen dar, um die wesentlichen Jahresabschlussaussagen der relevanten Jahresabschlussposten angemessen abzudecken und somit dem Risiko einer fehlerhaften Finanzberichterstattung zu begegnen.

> Wesentliche Merkmale des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung (Phasen 2–6)

Um eine Abdeckung der im zentralen Auswahlverfahren definierten Kontrollziele sicherzustellen, werden Prozesse und Kontrollaktivitäten bei als wesentlich eingestuften Gesellschaften im Detail dokumentiert und aktualisiert. An die Dokumentationsphase schließt sich die Beurteilung der Wirksamkeit dieser Kontrollaktivitäten an. Es wird betrachtet, ob die Aktivitäten geeignet sind, die definierten Kontrollziele zu erfüllen. Darüber hinaus erfolgt eine Überprüfung der Funktionsfähigkeit der identifizierten Kontrollen. Hierbei werden die Kontrolldurchführung und deren geeignete Dokumentation in festgelegten Frequenzen überwacht. Ergeben sich aus der Beurteilung, der Eignung oder der Funktionsfähigkeit so genannte Kontrollschwächen, erfolgt eine Bewertung hinsichtlich deren Auswirkungen auf den Jahresabschluss. Die Ergebnisse werden in einem Bericht auf Gesellschaftsebene sowie in einem aggregierten Konzernbericht dargestellt. Diese Berichte dienen als Grundlage für die Berichterstattung gegenüber dem Prüfungsausschuss.

Sicherung der Einhaltung maßgeblicher Vorschriften

Über standardisierte Prozesse werden die Vollständigkeit und Konsistenz der Jahresabschlusserstellung und -offenlegung sichergestellt. Das rechnungslegungsbezogene IKS definiert Kontrollen, die die Einhaltung der Konzernbilanzierungsrichtlinien, Bilanzierungsrichtlinien der Einzelgesellschaften, sowie Verfahrensanweisungen und Zeitpläne der einzelnen Rechnungslegungsprozesse gewährleisten sollen.

Prognosebericht

Die EnBW strebt durch organisches, aber auch externes Wachstum mittelfristig eine Verbesserung der wesentlichen operativen Finanzkennzahlen an. Aufgrund der bestehenden Entscheidung zur Laufzeitverkürzung von Kernkraftwerken und des unsicheren politischen, wirtschaftlichen sowie regulatorischen Umfelds erwarten wir für das Jahr 2010 kurzfristig ein Ergebnis (Adjusted EBIT) auf dem Niveau des Vorjahres.

In unserem Prognosebericht gehen wir, soweit möglich, auf die erwartete künftige Entwicklung der EnBW und des Umfelds des Unternehmens in den nächsten zwei Geschäftsjahren ein.

Erwartete Rahmenbedingungen

Künftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das Ende der konjunkturellen Talfahrt scheint im Jahr 2009 erreicht worden zu sein. Ausgehend von einem niedrigen Niveau wird in Schätzungen für die Jahre 2010 und 2011 ein geringes bis moderates BIP-Wachstum erwartet. Für die Weltwirtschaft geht der Internationale Währungsfonds in seiner Herbstprognose 2009 von einem Zuwachs der Wirtschaftsleistung von 3,1% im Jahr 2010 und 4,2% im Jahr danach aus. Dabei dürfte sich das Wachstum in den Entwicklungsländern deutlich dynamischer entwickeln als in den Industriestaaten. Dies unterstreichen auch die Annahmen von Eurostat für die Eurozone, die für 2010 lediglich einen Anstieg von 0,7% sowie von 1,5% im Jahr 2011 vorhersehen. Für die Länder Mittel- und Osteuropas geht der Internationale Währungsfonds von einem Plus von durchschnittlich 1,8% bereits im Jahr 2010 aus. Von höheren Zuwächsen geht Eurostat in der Türkei aus, einem der Wachstumsmärkte der EnBW. 2010 werden 2,8% und 2011 3,6% BIP-Wachstum prognostiziert. In Deutschland erwartet Eurostat ein Wachstum von 1,2% im Jahr 2010 und 1,7% im Jahr 2011. Etwas optimistischer ist das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), das bereits für 2010 einen Anstieg der volkswirtschaftlichen Leistung um 2,1% prognostiziert. Einzelne Stimmen warnen jedoch auch vor neuen Rückschlägen für das Wirtschaftswachstum, sodass eine Rückkehr auf den Expansionspfad in vielen Ländern noch störanfällig erscheint. Probleme werden dabei weiterhin im Finanzsektor gesehen, aber auch die Folgen aus dem Rückzug der Regierungen und Notenbanken aus den Konjunkturprogrammen sowie der expansiven Geldpolitik werden kritisch diskutiert.

Energienachfrage: Starke Wachstums- oder Schrumpfungsphasen der Gesamtwirtschaft haben auf die Energienachfrage der Industrie einen großen Einfluss, wie das Jahr 2009 deutlich gezeigt hat. Aufgrund der Konjunkturstabilisierung sollte sich die Industrieproduktion ebenfalls erholen. Im Vergleich zu 2009 dürfte die Nachfrage nach Strom und Gas in den nächsten zwei Jahren wieder geringfügig ansteigen.

Künftige Entwicklung der Märkte

Ölmarkt: Die Marktteilnehmer rechnen für die kommenden Jahre mit höheren Ölpreisen als 2009. Während der Durchschnittspreis für kurzfristige Öllieferungen 2009 62,67 US-\$/bbl betrug, lagen die Terminmarktpreise für 2010 und 2011 Mitte Dezember 2009 bei 77 US-\$/bbl beziehungsweise 83 US-\$/bbl. Ausschlaggebend für das höhere Preisniveau in den kommenden Jahren sind die Erwartungen, dass sich die globale Konjunktur und infolgedessen auch die globale Ölnachfrage zunehmend erholen wird. Inwiefern die derzeitige Preiserwartung in den jeweiligen Jahren tatsächlich eintreten wird, hängt maßgeblich von der tatsächlichen Entwicklung von Angebot und Nachfrage, dem zukünftigen Wert des US-Dollar sowie der Attraktivität von Rohöl als Anlageklasse ab.

Kohlemarkt: Gegen Ende 2009 lagen die Marktpreise für Terminlieferungen von Steinkohle in den ARA- (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen-)Raum für die Jahre 2010 beziehungsweise 2011 mit 87,16 US-\$/t und 99,54 US-\$/t auf einem höheren Niveau als die Spotnotierungen mit 84,73 US-\$/t. Dies ist aus unserer Sicht auf die erwartete Entwicklung der weltweiten Wirtschaftsleistung, insbesondere des Wirtschaftswachstums in Asien zurückzuführen. Je höher dieses ausfällt, desto größer ist tendenziell die weltweite Kohlenachfrage und

damit die preisstützende Wirkung auf die Kohlenotierungen. Ein wesentlicher Unsicherheitsfaktor für die Kohlemarktentwicklung ist die Importmenge von China und Indien, die durch eine schnell wachsende Inlandsnachfrage bei gleichzeitigem Ausbau der Inlandsförderung beeinflusst wird. Ein weiterer Faktor für die Preise ist die Entwicklung der Wechselkurse: Sollte der US-Dollar weiter an Wert verlieren, so erwarten wir daraus auch einen preistreibenden Effekt für die in US-Dollar notierten Kohlepreise und umgekehrt.

Gasmarkt: Während das Preisniveau in den langfristigen Bezugsverträgen in der Regel zeitversetzt den Ölpreisen folgt, hängt die Preisentwicklung auf den Großhandelsmärkten von der Angebots- und Nachfragesituation ab. Auf dem niederländischen Großhandelsmarkt TTF betragen im Dezember 2009 die Preise für Gaslieferungen im Jahr 2010 durchschnittlich 12,96€/MWh und für das Jahr 2011 durchschnittlich 18,00€/MWh. Dies entspricht gegenüber dem durchschnittlichen Spotmarktpreis des Jahres 2009 von 12,12€/MWh einem Aufschlag in Höhe von rund 7% für das Jahr 2010 beziehungsweise rund 49% für das Jahr 2011. Ein stabiles Angebot von Pipelinegas sowie eine weiterhin kontinuierliche Lieferung von verflüssigtem Erdgas (LNG) nach Europa könnten auch in Zukunft ein niedriges Preisniveau begünstigen. Allerdings dürfte ein konjunktureller Aufschwung das Preisniveau nachhaltig erhöhen. Zudem würde ein erneuter Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine vermutlich kurzfristig zu Preisaufschlägen führen.

CO₂-Zertifikate: In Abhängigkeit von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind die künftige Energienachfrage und das damit verbundene Emissionsaufkommen wesentliche Faktoren für die Preisentwicklung von CO₂-Zertifikaten. Preisrelevant für die Zertifikate (EUA) sind ebenfalls die Fuelswitch-Kosten (Kosten für den Wechsel von Kohle auf den CO₂-ärmeren Energieträger Gas), die sich aus der Entwicklung der Kohle- und Gaspreise bestimmen. Zwei weitere wesentliche Einflussgrößen auf die künftige Preisbildung ergeben sich aus den folgenden Entwicklungen: Im Falle des Zustandekommens eines Kyoto-Nachfolgeabkommens wird die EU das bereits ambitionierte Ziel der CO₂-Reduktion von 20% auf 30% bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu 1990 erhöhen. Dies wäre einhergehend mit einer geringeren Gesamtzuteilung von CO₂-Zertifikaten und hätte eine preiserhöhende Wirkung. In diesem Jahr wird außerdem die Entscheidung zur genauen Ausgestaltung des Auktionsmechanismus der EUA ab dem Jahr 2013 erwartet. Dies ist insbesondere für Stromversorgungsunternehmen von Bedeutung, da diese ab 2013 keine kostenlose Zuteilung von Zertifikaten mehr erhalten.

Strommarkt: Die Preise der Primärenergieträger und der CO₂-Zertifikate bestimmen die Grenzkosten der Stromproduktion und sind somit entscheidend für die Höhe des Strompreises an einem wettbewerblichen Markt. Dies verdeutlicht der simultane Rückgang der Preise von Strom und Primärenergieträgern ab der zweiten Jahreshälfte 2008. Auch zukünftig wird daher die Preisentwicklung der Brennstoff- und CO₂-Preise entscheidend für die Entwicklung des Strompreises am Großhandelsmarkt sein. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass ungeplante Kraftwerksausfälle oder extreme Witterungsverhältnisse kurzfristig auf den Spotmarktpreis einwirken.

Das Preisniveau wird ebenfalls von den politischen Rahmenbedingungen wie dem Ausbau der erneuerbaren Energien oder der Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke beeinflusst. Die Wirkung der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke ist aufgrund der zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannten Ausgestaltung nur schwer einschätzbar.

Der prognostizierte wachsende Anteil erneuerbarer Energiequellen an der Stromerzeugung wird einen senkenden Einfluss auf den Großhandelsmarktpreis ausüben. Dem preissenkenden Einfluss auf der Großhandelsseite stehen allerdings auf der Endkundenseite höhere Kosten infolge des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gegenüber. Am Spotmarkt ist dabei weiterhin von einer hohen Volatilität auszugehen, die vor allem auch auf die zunehmende Einspeisung der Windenergie zurückzuführen ist.

Die Terminmarktnotierungen bilden die Erwartungen der Marktteilnehmer in Bezug auf das künftige Preisniveau am Spotmarkt ab. Aufgrund ansteigender Terminpreiskurven bei den Primärenergieträgern und CO₂-Zertifikaten zeigte zum Jahresende 2009 auch die Terminpreiskurve für Strom für Lieferungen in den Folgejahren einen ansteigenden Verlauf. Dies lässt ein steigendes Preisniveau am Spotmarkt für die Jahre 2010 und 2011 erwarten. Die Preise für die Baseprodukte der Jahre 2010 und 2011 lagen am 28. Dezember 2009 bei 44,36€/MWh beziehungsweise 51,93€/MWh. Dies würde im Vergleich zum durchschnittlichen Strompreis am Spotmarkt im Jahr 2009 einen von den Marktteilnehmern erwarteten Preisanstieg von rund 14% beziehungsweise 34% bedeuten.

Künftige politische und regulatorische Rahmenbedingungen

Die europäische und deutsche Energiepolitik wird auch in den nächsten Jahren einen großen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der EnBW haben.

Europa: In Abhängigkeit von der Ausgestaltung der Richtlinie für Industrieemissionen kann sich ein Nachrüstungsbedarf für Anlagen der EnBW ergeben. Die Verabschiedung der Richtlinie ist für den Sommer 2010 geplant. Der Klimaschutz wird auch weiterhin im Zentrum von Initiativen der Europäischen Kommission stehen. Weitere konkrete Vorhaben zeichnen sich derzeit noch nicht ab.

Deutschland: Die Umsetzung des Energieeffizienzgesetzes (EnEffG) und des Gesetzes zu Abscheidung, Transport und Lagerung von CO₂ (CCS-Gesetz) stehen für die aktuelle Legislaturperiode erneut auf der Tagesordnung. Die Umsetzung des 3. Binnenmarktpakets in Deutschland ist insbesondere vor dem Hintergrund des Vorgehens bei den Übertragungsnetzen für die EnBW von Bedeutung. Welche Position die neue Bundesregierung in dieser Fragestellung einnimmt, ist aktuell noch nicht zu beurteilen. Nach den Vorgaben der EU ist eine eigentumsrechtliche Entflechtung nicht notwendig. Die EnBW spricht sich für den Verbleib der Netze im Konzern aus. Eine enge Kooperation mit anderen Netzbetreibern unter Beibehaltung der vier Regelzonen ist erstrebenswert. Auch der Klimaschutz bleibt weiterhin auf der Agenda der Bundesregierung: Der Koalitionsvertrag setzt sogar das Ziel einer Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 – unabhängig von Beiträgen anderer europäischer oder außereuropäischer Länder.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung angekündigt, bis zum Herbst 2010 ein umfassendes Energiekonzept vorzulegen, das die Frage nach dem zukünftigen Energiemix beantworten soll. Von besonderer Bedeutung für die EnBW ist die eventuelle Rücknahme der Laufzeitverkürzung für Kernkraftwerke. Die konkrete Ausgestaltung der Bedingungen, zu denen diese erfolgen kann, ist bisher noch unklar.

Regulatorische Rahmenbedingungen: Die individuellen Erlösobergrenzen für Netzentgelte der Strom- und Gasnetze sind bis zu den Jahren 2013 beziehungsweise 2012 festgelegt. Damit ist die Umsatzentwicklung im Netzbereich vorgezeichnet. Eine Belastung aus der Mehrerlösabschöpfung wird sich aufgrund eines Urteils des Bundesgerichtshofs ab 2010 (Stromnetze) beziehungsweise 2011 (Gasnetze) bemerkbar machen.

Es ist davon auszugehen, dass die Anzahl der Gasmarktgebiete weiter reduziert wird.

Künftige Branchenentwicklung

In Europa wächst die Zahl der Energieunternehmen, die über ihre angestammten Heimatmärkte hinaus operieren. Dies erfolgt entweder über den Erwerb von Beteiligungen oder den eigenen Markteintritt. Dabei steht die Errichtung von Erzeugungskapazitäten für Strom im Mittelpunkt der Aktivitäten. Auch im Gasbereich wird es weitere Veränderungen beispielsweise im regulatorischen Umfeld, bei der Nachfrage der einzelnen Verbrauchergruppen, beim Angebot im europäischen Markt und bei den notwendigen Flexibilitäten geben. Auf deren Grundlage werden die Gasversorgungsunternehmen dann ihre zukünftigen Investitionen planen. Die EnBW wird den Herausforderungen gerecht und schaut neben dem kurzfristigen Wandel zum Beispiel im Gasmarkt auch auf die langfristige Perspektive. Dies sieht man an den langfristigen Investitionen der EnBW in das Gas-Midstream-Geschäft.

Die EnBW geht von einem weiter verschärften Wettbewerb um Privat- und Industriekunden aus. Dazu trägt die Preissensibilität der Kunden bei. Eine große Anzahl von Anbietern bemüht sich um die Gewinnung von Marktanteilen. Zusätzlich wird der Wettbewerb in den nächsten Jahren durch ein erweitertes Produktangebot gekennzeichnet sein. So sehen gesetzliche Vorgaben einen verstärkten Einbau von intelligenten Zählern bei Privat- und Gewerbekunden vor. Das wachsende Bewusstsein für Energieeffizienz in allen Kundengruppen wird sich grundsätzlich in erweiterten Ansprüchen an das Angebot der Energieversorgungsunternehmen äußern.

Der Markt für Energie- und Umweltdienstleistungen wird vor diesem Hintergrund aus Sicht der EnBW weiter wachsen. Weitere Energieunternehmen werden ihre Aktivitäten in diesem Bereich verstärken. Dabei ist zum Beispiel der verstärkte Einbau von intelligenten Stromzählern zu nennen, bei dem die EnBW führend ist. In einem zweiten Schritt kann sich daraus eine Produktwelt rund um das Smart Home der Zukunft entwickeln, also zum Beispiel die energieoptimierte Steuerung von Haushaltsgeräten, zeitvariable Stromtarife sowie die Vernetzung von dezentraler Erzeugung, Verbrauch und Speicherung von Energie.

Unternehmensstrategie und künftige Unternehmensentwicklung

Künftige Unternehmensentwicklung

Investitions- und Wachstumsprogramm

Mit dem Ziel, das Bestandsgeschäft zu sichern und Wachstumschancen zu ergreifen, hat die EnBW in den vorangegangenen Jahren begonnen, ihr Investitionsvolumen schrittweise auszuweiten. Im Jahr 2009 erreichte die Investitionssumme mit 4,4 Mrd. € einen Höchstwert in der Unternehmensgeschichte. Für den Zeitraum 2010 bis 2012 planen wir Bruttoinvestitionen von 7,9 Mrd. €. Davon entfallen 5,2 Mrd. € auf Sachinvestitionen und 2,7 Mrd. € auf Finanzinvestitionen. Die Bruttoinvestitionen verteilen sich wie folgt auf die strategischen Stoßrichtungen des Konzerns:

- **Entwicklung Erzeugungskapazitäten:** 2,9 Mrd. €. Die Schwerpunkte liegen dabei auf dem Bau neuer thermischer Kraftwerke (1,5 Mrd. €) und Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien (1,5 Mrd. €), in erster Linie Wind und Wasserkraft.
- **Ausbau des Gasgeschäfts:** 1,6 Mrd. €. Schwerpunkte dabei sind unser Gasspeicherprojekt in Etzel und die Option auf den Erwerb eines 48%-Anteils an der VNG im Rahmen unserer Aktivitäten im Bereich Gas Midstream.
- **Kernmarkt Deutschland, selektives Wachstum im Ausland:** 1,0 Mrd. €. Schwerpunkte hier sind Wasser- und Windkraftanlagen in der Türkei. Daneben ist die Aufstockung unserer Anteile an der PRE in Prag vorgesehen.
- **Etablierung neuer Geschäftsfelder:** 0,4 Mrd. €. Wesentliche Investitionsvorhaben sind hier der Ausbau des Energiedienstleistungs- und Contractinggeschäfts.
- **Erhalt und Optimierung des Bestandsgeschäfts:** 2,0 Mrd. €.

Der Anteil der Investitionen für Wachstumsprojekte beträgt 59 %. Die verbleibenden 41 % entfallen jeweils zur Hälfte auf Ersatz- und Erneuerungsmaßnahmen, insbesondere für Kraftwerke und Netze.

Das Investitionsprogramm wird von Desinvestitionen begleitet. Beteiligungen werden auf ihre Zugehörigkeit zum Kerngeschäft der EnBW geprüft. Vor diesem Hintergrund sehen wir Desinvestitionen von 2,8 Mrd. € vor. Um Auflagen des Bundeskartellamts im Rahmen des Anteilserwerbs an der EWE Aktiengesellschaft zu erfüllen, planen wir auch die Veräußerung der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG. Per Saldo ergibt sich daraus eine Nettoinvestitionssumme für den Zeitraum 2010 bis 2012 von 5,1 Mrd. €.

Künftige Erzeugungskapazitäten, Absatzmärkte, Produkte, Dienstleistungen und Verfahren

Im Rahmen der Entwicklung der Erzeugungskapazitäten treibt die EnBW derzeit den Bau einer Vielzahl neuer Anlagen voran. Zu den thermischen Kraftwerken zählt dabei insbesondere RDK 8 (912 MW). Die Erzeugungskapazitäten aus erneuerbaren Energien sollen ebenfalls steigen. Wasser- und Windkraftanlagen in der Nord- und Ostsee und in Baden-Württemberg tragen hierzu einen Hauptteil bei. Ein Ausbau der Erzeugungskapazitäten über 2012 hinaus erfolgt durch bereits begonnene Kraftwerksprojekte, zum Beispiel GKM 9 in Mannheim, das bis 2013 mit einem EnBW-Anteil von 290 MW den Betrieb aufnehmen soll. Für die Offshore-Windparks in der Nord- und Ostsee streben wir bis zum Jahr 2015/16 den Betrieb sämtlicher derzeit geplanter Anlagen mit einer Leistung von 1.200 MW an. Neuen Erzeugungsanlagen steht die Aufgabe bestehender Erzeugungskapazitäten gegenüber. Unter Berücksichtigung dieser Faktoren ist es unser Ziel, das Erzeugungsportfolio langfristig in einer Größenordnung von 14.000 bis 15.000 MW stabil zu halten.

Beim Ausbau des Gasgeschäfts ist der Erwerb der VNG-Anteile weiterhin eine Option. Daneben erweitern wir unsere Speicherkapazitäten durch unser Gasspeicherprojekt in Etzel in Höhe von bis zu 200 Mio. m³.

Im Ausland sollen die Erzeugungskapazitäten des Joint Ventures in der Türkei, vorrangig im Bereich der erneuerbaren Energien, langfristig insgesamt auf bis zu 2.000 MW wachsen. Nach dem erfolgreichen Einstieg in die Türkei prüfen wir für den Ausbau der internationalen Geschäftstätigkeiten der EnBW in Abstimmung mit unserem Partner EDF den Markteintritt oder die Intensivierung eines bestehenden Engagements in ausgewählten Ländern Mittel- und Osteuropas.

Im Rahmen der Etablierung neuer Geschäftsfelder bieten wir als Energieberater und Energiedienstleister innovative Produkte und Dienstleistungen, die einen Mehrwert beim Kunden erzielen. Das Thema Energieeffizienz spielt dabei eine entscheidende Rolle. Der intelligente Stromzähler war dabei nur der Beginn einer Reihe von Neuerungen. Im Bereich Smart Home planen wir den Einsatz einer umfassenden Energiemanagementplattform für Privathaushalte. Daran knüpft ebenfalls unser Engagement bei der Elektromobilität im

Rahmen eines Modellprojekts in Stuttgart. Wir beteiligen uns ebenfalls an einem Projekt zur Prüfung des Betriebs von Elektrofahrzeugen mit Wasserstoff. Bei Projekten wie Smart Home sind eine Reihe neuer Produkte und Dienstleistungen wie beispielsweise zur dezentralen Erzeugung und zur Unterstützung von Energieeffizienzmaßnahmen geplant. Des Weiteren intensivieren wir den Direktvertrieb für Strom in Baden-Württemberg. Ausbauen wollen wir zusätzlich unsere Aktivitäten in den Feldern Wärme und Contracting.

Im Rahmen der EDF-Gruppe prüfen wir kontinuierlich gemeinsame Projekte, die zur Umsetzung der Strategien beider Unternehmen beitragen. So streben wir eine gemeinsame Weiterentwicklung im Marktgebiet Polen an. Auch die Realisierung von Synergien steht weiterhin im Fokus beider Unternehmen. In der Zusammenarbeit mit der EWE Aktiengesellschaft werden neue gemeinsame Tätigkeitsfelder definiert. Zunächst konzentrieren wir uns auf die Bereiche Einkauf, Handel, IT, Gas, Türkei und erneuerbare Energien. Im Teilprojekt erneuerbare Energien soll zum Beispiel die Entwicklung neuer Technologien vorangetrieben werden. In weiteren Schritten folgen auch die Themen Erzeugung, Vertrieb, Netze, Forschung und Entwicklung sowie Telekommunikation.

Finanzierung

Die beschriebene Wachstumsstrategie der EnBW, die einhergeht mit der Überprüfung unseres Minderheitenanteilsportfolios, kann voraussichtlich in den kommenden Jahren vollständig aus dem laufenden Cashflow finanziert werden. Somit wird die Nettofinanzverschuldung, mit Ausnahme eventuell kurzfristiger Mittelaufnahmen, sich voraussichtlich bis zum Jahresende 2012, trotz des geplanten Investitionsprogramms von circa 7,9 Mrd. €, reduzieren. Die 2012 fällige EMTN-Anleihe wird wahrscheinlich zu refinanzieren sein. Um diesen Bedarf zu decken, bedient sich die EnBW verschiedener Finanzierungsquellen. Die Nutzung der Produkte wird unter Abwägung von finanzstrategischen Anforderungen einer kostengünstigen Finanzierung und jederzeitiger Sicherstellung von Liquidität entschieden.



WEITERE INFORMATIONEN
Die EnBW am Kapitalmarkt
> S. 21

Erwartete Unternehmensentwicklung

In der folgenden Darstellung der wirtschaftlichen Aussichten des Unternehmens stellen wir in erster Linie auf die operative organische Entwicklung des EnBW-Konzerns ab. Konsolidierungseffekte aus den im Jahr 2009 erworbenen Kraftwerksanteilen und sämtliche seit Anfang 2010 voll beziehungsweise quotal konsolidierte Gesellschaften (inklusive Kraftwerken) werden separat als Konsolidierungseffekt ausgewiesen. Die Vergleichsperiode 2009 wurde um das operative Ergebnis der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG sowie der tschechischen Fernwärmeaktivitäten bereinigt und in die Ermittlung des Ergebnisses aus der Konsolidierung einbezogen. Die Ergebnisse aus dem Verkauf von Beteiligungen werden als außerordentliche Effekte im neutralen Ergebnis des EnBW-Konzerns abgebildet.

Erwartete Absatz- und Umsatzentwicklung¹

Die absolute Höhe des Umsatzes des EnBW-Konzerns ist für die Ergebnisentwicklung von untergeordneter Bedeutung. Zum einen wird der Umsatz im Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel insbesondere von den Handelsaktivitäten unserer Tradinggesellschaft bestimmt. Er kann in Abhängigkeit von der unterjährigen Marktentwicklung durchaus hohen Schwankungen unterworfen sein, ohne dass sich dies entsprechend im Ergebnis niederschlägt. Zweitens wird die Entwicklung der Umsatzerlöse im Geschäftsfeld Gas durch die Kopplung des Gaspreises an den Ölpreis beeinflusst. Für die erzielte Rohmarge des Segments Gas ist dieser Zusammenhang jedoch nicht entscheidend.

Bei den Umsätzen des Geschäftsfelds Energie- und Umweltdienstleistungen in den Bereichen Wasser, thermische Entsorgung und Contracting gehen wir für 2010 von einem geringfügigen Anstieg von 1 bis 3% aus.

¹ Geschäftsfelder bereinigt um Änderungen des Konsolidierungskreises.

Für die künftige Ertragslage des Unternehmens ist der Absatz im B2C- und B2B-Bereich der Geschäftsfelder Strom Netz und Vertrieb sowie Gas relevant: Der verschärfte Wettbewerb auf dem Strommarkt in Deutschland ist ein Hauptgrund für den im Jahr 2010 erwarteten geringfügigen Rückgang der Absätze an B2C-Kunden. Zusätzlich machen sich die Bestrebungen in Richtung einer höheren Energieeffizienz bemerkbar. Auch 2011 rechnen wir noch nicht mit einer Umkehr der rückläufigen Absatzentwicklung. Im Geschäft mit B2B-Kunden gehen wir trotz eines intensiven Wettbewerbs von einer Absatzmenge auf dem Niveau des Vorjahres für die nächsten zwei Jahre aus. Der EnBW-Konzern verfolgt dabei weiterhin eine konsequente Kostendeckung. Im Geschäftsfeld Gas planen wir im B2C-Segment trotz des sich ändernden Kundenverhaltens für die nächsten zwei Jahre mit Absatzmengen auf dem Niveau des Jahres 2009. Trotz des verschärften Wettbewerbs erwarten wir aufgrund der Normalisierung der Spotmarktpreise für Gas im B2B-Segment leicht steigende Absatzmengen im Geschäftsjahr 2010, da Kunden Gas in geringerem Umfang direkt über den Großhandelsmarkt beziehen, als dies beispielsweise im Jahr 2009 der Fall gewesen ist. 2011 sehen wir darüber hinaus gute Chancen, den Absatz durch die Gewinnung von Neukunden steigern zu können.

(Außen-)Absatz B2C und B2B oder Umsatz der Geschäftsfelder 2010 gegenüber Vorjahr

Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb (Absatz)	konstant [-1 bis +1 %]
Geschäftsfeld Gas ohne Handel (Absatz)	geringfügig steigend [+1 bis +3 %]
Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen (Umsatz)	geringfügig steigend [+1 bis +3 %]

Erwartete Ergebnisentwicklung (Adjusted EBIT)¹

Im Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb wirkt eine Vielzahl von Faktoren auf die Ergebnisentwicklung: So gehen wir im regulierten Bereich (Netze) von sinkenden Netzentgelten in diesem Jahr aus. Zum einen wirkt sich weitgehend ergebnisneutral die Änderung von der physikalischen hin zur finanziellen Wälzung der EEG-Umlage mindernd auf die Netznutzungsentgelte aus. Zum anderen entsteht eine Ergebnisbelastung aus der Mehrerlösabschöpfung. Den rückläufigen Erlösen stehen sinkende Aufwendungen unter anderem für Verlustenergie und aus weiteren Effizienzprogrammen gegenüber. Der Vertrieb ist ausgehend von einem nicht zufriedenstellenden Ergebnis aufgrund deutlich gestiegener Belastungen beim Strombezug und aus dem EEG im Jahr 2009 im aktuellen Geschäftsjahr weiterhin mit signifikant steigenden Belastungen aus dem EEG konfrontiert – zum Teil als Folge des deutschlandweit verringerten Absatzes an Endkunden im Rahmen der Wirtschaftskrise. Positive Effekte werden sich hingegen aus der bereits begonnenen strategischen Neuausrichtung der Vertriebe ergeben. Zudem werden die im Jahr 2009 vorgenommenen beziehungsweise angekündigten Strompreiserhöhungen 2010 ganzjährig wirksam. Daher gehen wir für 2010 für das Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb von einer Ergebnissituation auf dem Niveau des Vorjahres aus. Ein geringfügig positiver Trend sollte sich für 2011 ergeben.

Den Erwartungen für die Ergebnisentwicklung im Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel liegt die derzeit gültige Kernenergievereinbarung zugrunde. Die auf dieser Basis 2010 nur begrenzt zur Verfügung stehenden Erzeugungskapazitäten von GKN I haben einen erheblich niedrigeren Ergebnisbeitrag dieses Kraftwerks zur Folge. Kompensiert wird diese Entwicklung durch eine im Vergleich zum Vorjahr verbesserte Erzeugungsmarge. Die Verbesserung ergibt sich aus den stark angestiegenen Strompreisen auf dem Großhandelsmarkt im ersten Halbjahr 2008, auf deren Grundlage ein großer Teil der Strommengen für 2010 gesichert wurde. Insgesamt sollte das Ergebnis 2010 geringfügig über dem Niveau von 2009 liegen. Im Jahr 2011 gehen wir gegenüber 2010 von einem konstanten Ergebnis aus.

Im Geschäftsfeld Gas erwarten wir, dass infolge des Preisdrucks das Ergebnis belastet wird. Gleichzeitig gehen wir von rückläufigen Netzentgelten durch die Mehrerlösabschöpfung aus. Aufwendungen für die Entwicklung des Bereichs Gas-Midstream in der Form von Beratungsaufwand oder Ausgaben im Zusammenhang mit den im Bau befindlichen Gasspeichern machen sich zusätzlich bemerkbar. In Summe planen wir 2010 mit einem signifikanten Ergebnisrückgang. Ein Ergebniswachstum des Geschäftsfelds Gas aufgrund höherer Absatzmengen erwarten wir dann im Jahr 2011.

¹ Bereinigt um Änderungen des Konsolidierungskreises.

Steigende Ergebnisse im Contractingbereich dürften 2010 zu einem deutlichen Ergebnisplus im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen führen. Auch für 2011 gehen wir von einem ähnlichen Zuwachs aus. Zu der positiven Entwicklung des Contractinggeschäfts trägt unter anderem die Inbetriebnahme des Heizkraftwerks in Eisenhüttenstadt im Jahr 2011 bei.

Aus den Zu- und Abgängen im Konsolidierungskreis des Unternehmens ergibt sich ein negativer Effekt, der sich in etwa auf -1% des Adjusted EBIT im Konzern beläuft. Negative Effekte für das operative Ergebnis ergeben sich aus dem geplanten Verkauf der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG und der Fernwärmeaktivitäten in Tschechien. Teilweise werden diese durch die Ergebnisbeiträge der im Jahresverlauf 2009 beziehungsweise Anfang 2010 erworbenen Erzeugungskapazitäten und die geplante Ausweitung der tschechischen Stromaktivitäten kompensiert.

Auf Ebene des EnBW-Konzerns gehen wir im Jahr 2010 von einem Adjusted EBIT aus, das auf dem Niveau des Vorjahres liegt. Im Jahr 2011 rechnen wir mit einem Ergebnisanstieg. Angestoßene Effizienzprogramme in den Konzerngesellschaften mit einem Volumen von gesamt etwa 250 Mio. € bis 2011 werden sich positiv in der Ergebnisentwicklung bemerkbar machen.

Ergebnisentwicklung 2010 (Adjusted EBIT) gegenüber dem Vorjahr¹	
Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel	geringfügig steigend (+1 bis +3%)
Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb	konstant (-1 bis +1%)
Geschäftsfeld Gas	fallend (zweistellig)
Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen	steigend (zweistellig)
Konsolidierungskreis	-1% des Adjusted EBIT Konzern
Adjusted EBIT Konzern	konstant (-1 bis +1%)

¹ Geschäftsfelder bereinigt um Änderungen des Konsolidierungskreises.

Adjusted Konzernüberschuss, Dividende, neutrales Ergebnis und ROCE

Das Adjusted Beteiligungsergebnis und das Adjusted Finanzergebnis werden sich entsprechend unserer Erwartung 2010 gegenüber dem Vorjahr verbessern. Die Investitionen der Jahre 2010 und 2011 werden aus dem laufenden Cashflow finanziert werden. Die Adjusted Steuerquote normalisiert sich 2010 und sollte 28% betragen, nachdem sie 2009 aufgrund erhöhter periodenfremder Steuern bei 30,2% lag. Unserer Planung zufolge steigt der Adjusted Konzernüberschuss 2010 im Vergleich zu 2009 an. Für die Folgejahre streben wir ein weiteres kontinuierliches Wachstum an. Unter Berücksichtigung des Nettoinvestitionsvolumens und des erwarteten Rückgangs der Nettoschulden halten wir an einer Ausschüttungsquote von 40% bis 60% – bezogen auf den Adjusted Konzernüberschuss – fest. Im neutralen Ergebnis gehen wir aufgrund des Verkaufs der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG und weiterer geplanter Desinvestitionen von einem deutlich positiven Ergebnis für 2010 aus.

Der Return on Capital Employed (ROCE) wird im Jahr 2010 tendenziell sinken. Der Grund hierfür ist eine steigende Mittelbindung im Capital Employed im Rahmen des Investitions- und Wachstumsprogramms. Zu bereits weitgehend abbeschriebenen Anlagen kommen dabei im Rahmen unserer Wachstumsstrategie neue Anlagen (mehrjährige Bauvorhaben wie RDK 8, Offshore-Windparks) hinzu, die jedoch erst nach ihrer Inbetriebnahme künftig einen Ertrag generieren. Außerdem wirken sich Veränderungen im Konsolidierungskreis belastend auf den ROCE aus.

Wesentliche Chancen und Risiken der nächsten zwei Jahre

Das künftige Ergebnis der EnBW ist wesentlich von der Entwicklung der Rohstoff- und Strompreise, die sich in der Erzeugungsmarge niederschlagen, abhängig. Durch die im Rahmen unserer Sicherheitsstrategie getätigten Termingeschäfte sind jedoch die wesentlichen Volumina für das Jahr 2010 und das Folgejahr gesichert. Grundsätzlich steigen in den Folgejahren naturgemäß die offenen Mengen und somit sowohl die Chancen als auch die Risiken.

Die Verfügbarkeit unserer Kraftwerke stellt einen weiteren Risikofaktor für die Ertragslage dar. In der Vergangenheit konnten unsere Kraftwerke im nationalen Vergleich stets überdurchschnittliche Werte in Bezug auf die Verfügbarkeiten erzielen.

In Abhängigkeit von der Ausgestaltung der angekündigten Rücknahme der Laufzeitverkürzung von Kernkraftwerken besteht für die EnBW die Chance, zusätzliche Ergebnisbeiträge zu erzielen.

Die nicht absehbaren Aktivitäten der Wettbewerber sowie der durch Unsicherheit geprägte politische und rechtliche Rahmen für Preismaßnahmen stellen eher Risiken als Chancen für die Realisierung des von uns angestrebten Vertriebsserfolgs und den Ausbau des Kundenbestands im Strom- und Gasbereich dar. Der Gasabsatz ist grundsätzlich in hohem Maße von Temperaturschwankungen abhängig. Zusätzlich wirken auf den Strom- und Gasabsatz mögliche Änderungen des Verbraucherverhaltens (Förderprogramme zur Energieeffizienz) und die konjunkturelle Entwicklung, insbesondere beim Verbrauch von Industrie und Gewerbe. Die Risiken sind hierbei tendenziell höher einzustufen als die Chancen.

Das 3. Binnenmarktpaket der EU eröffnet der Bundesregierung bei der Umsetzung die Möglichkeit, die Netze bei den Unternehmen zu belassen. Als Risiko ist naturgemäß nicht auszuschließen, dass es dennoch zu einem Ownership Unbundling kommt.

Ausgehend von den Bestrebungen für den Klimaschutz und bei der Energieeffizienz sehen wir zusätzliches Wachstumspotenzial im Contractingmarkt, insbesondere im Bereich der dezentralen Erzeugung. Dabei kommt der kombinierten Erzeugung von Wärme und Strom sowie der Einsatzmöglichkeit von biogenen Brennstoffen für dezentrale Erzeugungslösungen eine besondere Bedeutung zu. Wir beobachten ein wachsendes Interesse von Unternehmen über alle Branchen hinweg nach gesamthaften und komplexen Contractingmodellen. Als einer führenden Contractinggesellschaft in Deutschland bietet sich uns hier die Chance, in den nächsten Jahren verstärkt zu expandieren.

In Abhängigkeit von der Entwicklung der volatilen Kapitalmärkte ergeben sich für die Kapitalanlagen der EnBW sowohl Chancen als auch Risiken. Sofern diese Risiken zu Wertminderungen führen, die signifikant oder länger anhaltend sind, ist eine Abschreibung auf die entsprechenden Wertpapiere vorzunehmen. Abschreibungsrisiken bestehen insbesondere bei unverändertem Kapitalmarktumfeld aufgrund dann vorliegender länger anhaltender Wertminderungen.

Entwicklungen im Personal- und Sozialbereich

Kompetente und engagierte Mitarbeiter tragen einen wesentlichen Teil dazu bei, die Ziele der Unternehmensstrategie der EnBW zu erreichen. Gleichzeitig ist die Gewinnung von Mitarbeitern auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere in bestimmten Berufsgruppen, schwieriger geworden, da hier weniger Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Zusätzlich wird die EnBW auch mit den Herausforderungen der demografischen Entwicklung konfrontiert. Die Maßnahmen der Personalstrategie der EnBW sind vor diesem Hintergrund entsprechend der Bausteine Personalgewinnung, -entwicklung und -bindung ausgerichtet. Ziel ist, die Attraktivität der EnBW als Arbeitgeber nach innen und außen weiter zu steigern. Eine intensive Nachwuchsförderung, gezielte Personalentwicklungsmaßnahmen und Seminare unterstützen unsere Mitarbeiter und eröffnen Potenziale für morgen. Die personalwirtschaftlichen Instrumente der EnBW werden regelmäßig an die aktuellen Arbeitsmarktentwicklungen angepasst.

Kompetenzmanagement: Der demografische Wandel und die damit verbundene langfristige Verknappung des Angebots junger Menschen am Arbeitsmarkt erschwert die Personalplanung. Zu welchem Zeitpunkt müssen wie viele Mitarbeiter mit welchen Qualifikationen und Kompetenzen dem Unternehmen zur Verfügung stehen? Diese Fragestellung ist ein zentraler Dreh- und Angelpunkt des Kompetenzmanagements. Hier hat die EnBW bereits erste Erfahrungen in der Durchführung von Pilotanwendungen in technisch geprägten Unternehmenseinheiten sammeln können. Unsere Erfahrungen bei der Lösung der Herausforderungen in Zusammenhang mit dem demografischen Wandel werden in Zukunft in die weitere Konzeptionierung des Kompetenzmanagements einfließen.

Talentmanagement: Zur Förderung der Talente der EnBW – vom Auszubildenden bis zur Führungskraft – werden die Berufseinstiegs- und Mitarbeiterentwicklungsprogramme kontinuierlich weiterentwickelt. Ziel

ist es, Leistungsträger langfristig an die EnBW zu binden, indem man ihnen dafür frühzeitig Perspektiven innerhalb des Konzerns aufzeigt. Das Traineeprogramm des EnBW-Konzerns wird auch im Jahr 2010 fortgesetzt. Die bewährten Personalinstrumente zur Identifikation und Entwicklung von Führungs(nachwuchs)-kräften, wie beispielsweise Führungskonferenzen und Förderkreise, werden weiterhin konzernweit Anwendung finden. Besetzungsrisiken werden mithilfe einer gesellschaftsübergreifenden Nachfolgeplanung reduziert. Dadurch bietet die EnBW ihren Führungskräften auch künftig interessante Entwicklungsperspektiven.

Führungskräftemanagement: Mit der Einführung des systematischen Prozesses zur „Managemententwicklung EnBW (MEEnBW)“ wird die weitere Stärkung der Managementkompetenzen auf allen Ebenen fortgesetzt. Die bewährten Personalinstrumente zur Identifikation und Entwicklung von Führungs(nachwuchs)kräften, wie Führungskonferenzen und Förderkreise, werden in diesen Prozess integriert und um Maßnahmen zur flächendeckenden Nachfolgeplanung und individuellen Karriereplanung sowie verbindliche Qualifizierungsprogramme erweitert. Hierdurch werden die Führungs- und Managementfähigkeiten der Führungskräfte nachhaltig verbessert, Entwicklungsperspektiven planbar und Besetzungsrisiken vermieden.

Unternehmens- und Führungskultur: Die positive Entwicklung der Unternehmens- und Führungskultur im EnBW-Konzern bleibt ein zentrales Element der Personalstrategie. Hierzu sollen auch zukünftig regelmäßige Mitarbeiterbefragungen durchgeführt werden. Zur Umsetzung der strategischen Ausrichtung der EnBW sind Führungskräfte mit breitem Erfahrungshintergrund und fundiertem Management-Know-how notwendig. Die Anpassung der Führungsgrundsätze als Basis für das gemeinsame Führungsverständnis bildet die Leitlinie und das verbindende Element im EnBW-Konzern.

Manteltarifvertrag: Die EnBW ist bestrebt, die Verhandlungen über die strukturelle Neuausrichtung des 2008 gekündigten Tarifvertrags konstruktiv voranzutreiben und erfolgreich zum Abschluss zu bringen. Schwerpunkte der Neuordnung sind die Abbildung aktueller Berufsbilder und heute üblicher Arbeitsformen, die Neugestaltung der Vergütungsstrukturen, weitere Flexibilisierungen bei der Verteilung der Arbeitszeit sowie Anpassungen an die aktuelle Rechtslage.

Beruf und Privatleben: Ende 2009 startete der Reauditierungsprozess für die erneute Erlangung des Zertifikats Audit „berufundfamilie“ der Hertie-Stiftung. Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben wird bis zum Beginn des Jahres 2011 das Angebot an Kinderbetreuung auf 80 Plätze ausgebaut werden. Durch den Bau einer öffentlichen Kindertagesstätte auf dem Stuttgarter Firmengelände entstehen rund 35 neue Betreuungsplätze für Kinder im Alter von sechs Monaten bis sechs Jahren. Auch in Karlsruhe beteiligt sich die EnBW am Bau einer Kindertagesstätte und steigert so die Anzahl an Betreuungsplätzen auf 35.

Ausbildung und Hochschulpräsenz: Auch 2010 bietet die EnBW zahlreichen Schulabgängern die Chance auf eine qualifizierte Berufsausbildung. Mit 334 Plätzen für Auszubildende sowie Studierende der Dualen Hochschule (DH) und Fachhochschulen (FH) ist das Angebot so hoch wie in den Vorjahren. Die Zusammenarbeit mit Hochschulen ist ein wichtiger Erfolgsfaktor, um Talente frühzeitig für den Konzern begeistern zu können. Dieses Engagement gilt es deshalb weiter auszubauen.

Analyse Arbeitgeberattraktivität: Die Arbeitgeberattraktivität der EnBW wird 2010 erneut durch die externe Studie „Top Arbeitgeber Deutschland“ bewertet werden. Auch unsere Mitarbeiter werden wir 2010/2011 erneut zu ihrer Verbundenheit mit der EnBW befragen.

Mitarbeiter- und Aufwandsentwicklung: In den Folgejahren wird eine zielgerichtete Erhöhung der Mitarbeiterzahl entlang der strategischen Zielsetzungen der EnBW stattfinden. Dies umfasst sowohl organische wie anorganische Wachstumsfelder, aber auch die zielgerichtete Erweiterung der Personalkapazitäten vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen.

Internationale Mobilität der Mitarbeiter: Seit Jahren besteht eine Zusammenarbeit von EnBW und EDF, in deren Rahmen die Mitarbeiter beider Unternehmen oft mehrere Jahre im jeweiligen Partnerunternehmen oder in einer EnBW-Auslandsbeteiligung arbeiten. Ebenso gibt es auch kurzfristige Austauschmöglichkeiten (Twinningprogramme) zwischen EDF und EnBW und Projekte mit neuen, gemeinsam rekrutierten Mitarbeitern (so genannte Co-Recruitments).

Entwicklung von Forschung und Innovation

Die F&E-Aufwendungen in den Jahren 2010 und 2011 werden voraussichtlich auf dem Niveau des Jahres 2009 in Höhe von 32,0 Mio. € liegen. Die Zahl der Mitarbeiter wird dabei ebenfalls weitgehend unverändert bleiben. Die EnBW treibt in den nächsten zwei Jahren die bestehenden Projekte entlang der Innovationsschwerpunkte voran. Neue Vorhaben fokussieren sich insbesondere auf solche, die für den Klimaschutz relevant sind. Nachdem die Versuche zur CO₂-Abtrennung mit Membranfiltern im Kraftwerk abgeschlossen wurden, soll im nächsten Schritt mit der Entwicklung größerer Membranen begonnen werden. Damit wollen wir die Chancen von einfacheren Methoden zur CO₂-Abtrennung besser bewerten. Das Engagement im Bereich E-Mobilität wird ausgebaut. Der Schwerpunkt der EnBW liegt dabei auf der kundenorientierten Entwicklung eines offenen Systems für Aufladung und Abrechnung. Untersuchungen dazu wurden 2009 im Rahmen der regierungsgeförderten Projekte MeRegio mobil und Modellregion Stuttgart bereits begonnen und werden künftig weiter intensiviert. Beim Einsatz von Elektrofahrzeugen auf Basis von Brennstoffzellen werden im Rahmen der Initiative H₂-Mobility mögliche künftige Geschäftsfelder verstärkt analysiert. Des Weiteren werden die Forschungsaktivitäten bei der Offshore-Windenergienutzung verstärkt.



WEITERE INFORMATIONEN
Forschung und
Entwicklung > S. 84ff.

Gesamtbeurteilung der voraussichtlichen Entwicklung

Aufgrund der unsicheren politischen Rahmenbedingungen und der derzeitigen Kernenergievereinbarung gehen wir für das Jahr 2010 von einem Adjusted EBIT auf dem Niveau des Vorjahres aus. Mittelfristig planen wir ein nachhaltiges profitables Wachstum. Im Rahmen unseres Investitionsprogramms werden wir bis 2012 netto rund 5 Mrd. € in unsere Geschäftsfelder investieren. Das Investitionsvolumen finanzieren wir dabei aus dem Cashflow des Unternehmens; die Nettofinanzverschuldung wird somit voraussichtlich deutlich abnehmen. Damit wird die EnBW ihre solide Finanzsituation zusätzlich verbessern. Ein Rating im A-Bereich bleibt weiterhin unser Ziel.

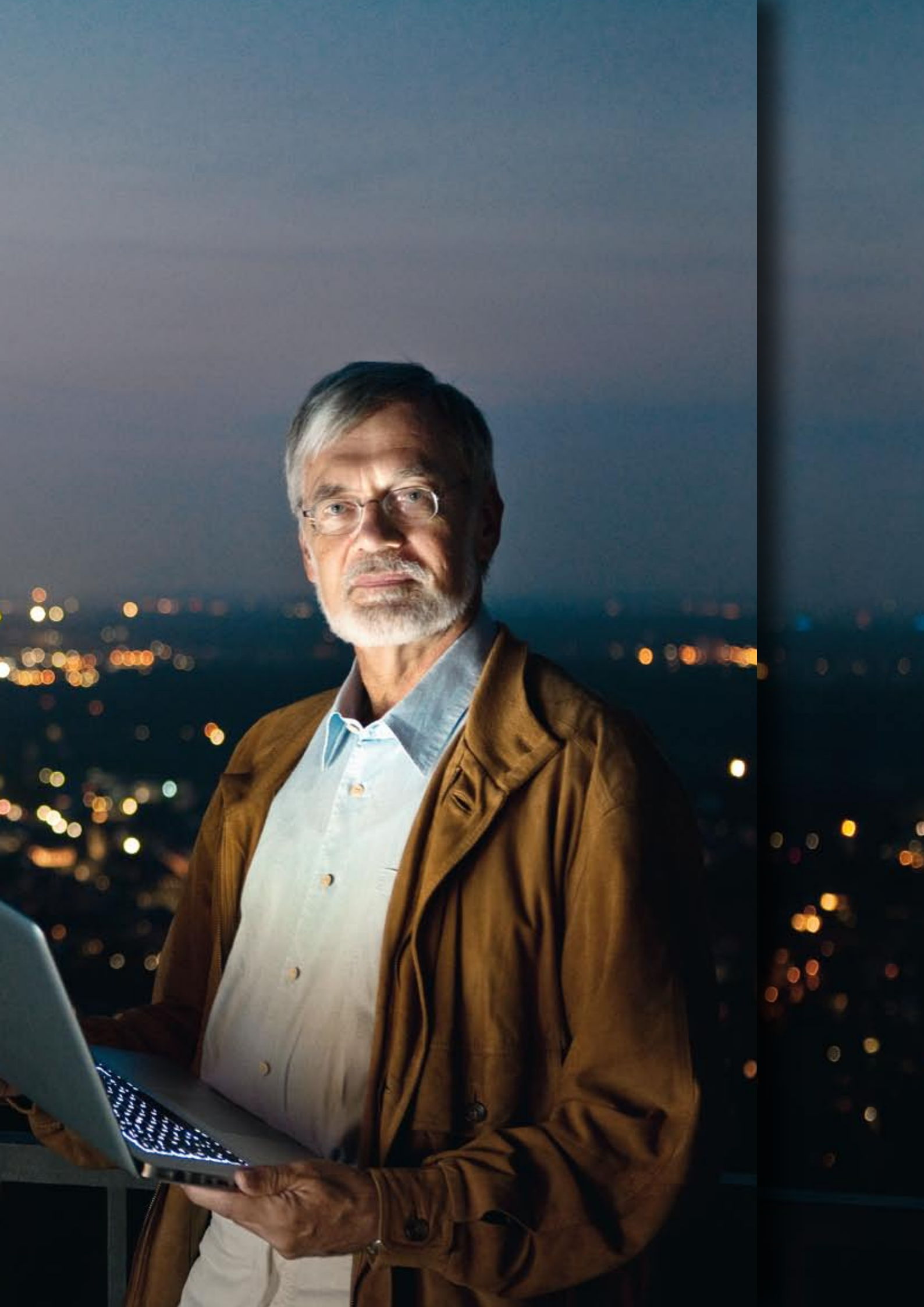
Zukunftsgerichtete Aussagen

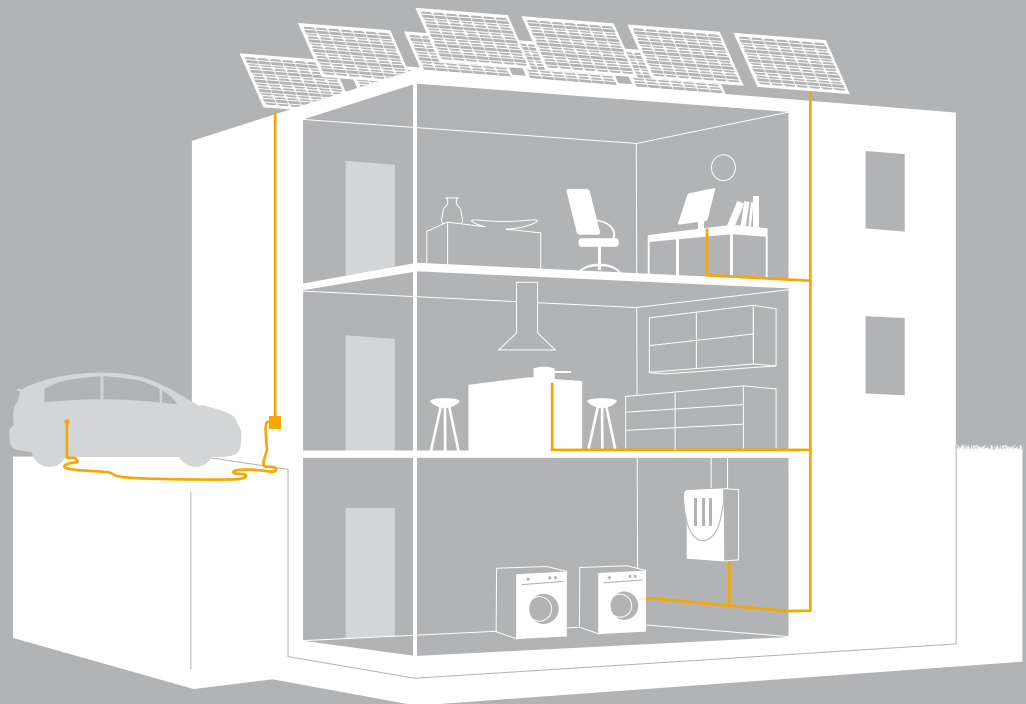
Dieser Bericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Annahmen und Prognosen der Unternehmensleitung der EnBW beruhen. Solche Aussagen sind Risiken und Ungewissheiten unterworfen. Diese und andere Faktoren können dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse, die Finanzlage, die Entwicklungen oder die Performance der Gesellschaft wesentlich von den hier abgegebenen Einschätzungen abweichen. Die EnBW übernimmt keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an künftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

„Gemeinsam mit der EnBW verwirklichen wir die Idee von einer Region, in der der CO₂-Ausstoß auf ein Minimum reduziert ist und Energieeffizienz großgeschrieben wird.“

Prof. Dr. Hartmut Schreck, Karlsruher Institut für Technologie (KIT)







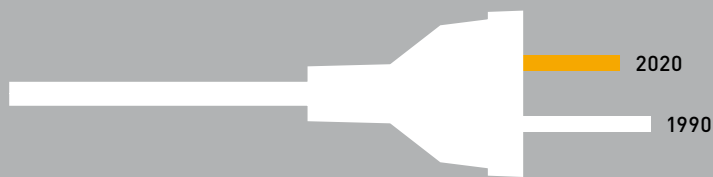
Das schlaue Netz setzt sich auch im Haushalt fort.
Hier kann der Verbraucher künftig durch automatische
Steuerung die Effizienz erhöhen.

Das schlaue Netz

Ziel des Forschungsprojekts MeRegio ist es, durch eine intelligente Vernetzung von dezentraler Stromerzeugung, Speichermedien und Verbrauchern Energie so effizient einzusetzen, dass sich der CO₂-Ausstoß einer ganzen Region verringert. Die EnBW als Projektkoordinator arbeitet dabei mit starken Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft zusammen.

20 %

Ziel der Europäischen Union:
Reduktion des Primärenergie-
verbrauchs bis zum Jahr 2020



Die Energieversorgung von morgen ist vernetzt. Das Stromnetz der Zukunft regelt automatisch Angebot und Nachfrage und koordiniert private und industrielle Stromerzeugung.

In einer Modellregion in Baden-Württemberg (Minimum Emission Region – MeRegio) testen bereits die ersten 100 von insgesamt 1.000 privaten und gewerblichen Kunden das „Netz der Zukunft“. Der Tarif ist variabel, also in verbrauchsarmen Zeiten günstiger als in verbrauchsstarken. Die Vernetzung ändert die Rolle der Stromkunden komplett: Jeder wird sein eigener Energiemanager. Eine Schlüssel-funktion hat dabei der intelligente Stromzähler, den die EnBW als erstes Energieversorgungsunternehmen eingeführt hat.

Der nächste Schritt ist dann die vollständige IT-Vernetzung von Stromerzeugung, -verteilung und -verbrauch. Die Idee: Alle Komponenten des Systems von der Solaranlage bis zum Gefrierfach des Endverbrauchers sollen über eine zentrale Systemplattform miteinander verbunden und gesteuert werden, um so Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit der Stromversorgung zu optimieren. Im Idealfall entsteht am Ende ein sich selbst regelndes System.



WEITERE INFORMATIONEN
www.meregio.de

Jahresabschluss

des EnBW-Konzerns

125	Gewinn- und Verlustrechnung
126	Gesamtperiodenerfolgsrechnung
127	Bilanz
128	Cashflow-Rechnung
130	Eigenkapitalspiegel
132	Anhang
214	Bestätigungsvermerk
215	Versicherung der gesetzlichen Vertreter
216	Wesentliche Beteiligungen

Gewinn- und Verlustrechnung des EnBW-Konzerns

Mio. € ¹	Anhang	2009	2008
Umsatzerlöse inklusive Strom- und Erdgassteuer		16.537,5	17.367,5
Strom- und Erdgassteuer		-973,3	-1.062,1
Umsatzerlöse	(1)	15.564,2	16.305,4
Bestandsveränderung		-2,1	16,2
Andere aktivierte Eigenleistungen		69,6	53,6
Sonstige betriebliche Erträge	(2)	1.014,2	815,8
Materialaufwand	(3)	-11.121,1	-12.099,1
Personalaufwand	(4)	-1.617,6	-1.480,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(5)	-1.159,0	-1.071,4
EBITDA		2.748,2	2.540,1
Abschreibungen	(6)	-858,9	-1.071,9
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)		1.889,3	1.468,2
Beteiligungsergebnis	(7)	82,3	251,3
davon Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen		(80,7)	(142,8)
davon übriges Beteiligungsergebnis		(1,6)	(108,5)
Finanzergebnis	(8)	-714,4	-473,1
davon Finanzerträge		(374,3)	(457,8)
davon Finanzaufwendungen		(-1.088,7)	(-930,9)
Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT)		1.257,2	1.246,4
Ertragsteuern	(9)	-432,8	-338,3
Konzernüberschuss		824,4	908,1
davon Gewinnanteile anderer Gesellschafter		(56,2)	(28,8)
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG		(768,2)	(879,3)
Aktien im Umlauf (Mio. Stück), gewichtet		244,257	244,257
Ergebnis je Aktie aus fortzuführenden Aktivitäten (€)²		3,15	3,60
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss (€)²		3,15	3,60

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Verwässert und unverwässert; bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG.

Gesamtperiodenerfolgsrechnung des EnBW-Konzerns

Mio. € ¹	2009	2008
Konzernüberschuss	824,4	908,1
Unterschiedsbetrag aus der Währungsumrechnung	1,5	-25,1
Cashflow Hedge	11,5	-314,8
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	347,9	-531,8
At equity bewertete Unternehmen	-108,0	22,3
Ertragsteuern auf ergebnisneutral erfasste Aufwendungen und Erträge	23,2	49,1
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	276,1	-800,3
Gesamtperiodenerfolg	1.100,5	107,8
davon Gewinnanteile anderer Gesellschafter	(67,8)	(23,8)
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG	(1.032,7)	(84,0)

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

> Bilanz
des EnBW-Konzerns

Bilanz des EnBW-Konzerns

Mio. € ¹	Anhang	31.12.2009	31.12.2008	01.01.2008
Aktiva				
Langfristige Vermögenswerte				
Immaterielle Vermögenswerte	(10)	1.806,4	1.702,6	1.666,7
Sachanlagen	(11)	11.925,2	11.585,3	11.417,2
Investment Properties	(12)	70,3	86,6	87,7
At equity bewertete Unternehmen	(13)	3.756,7	1.932,2	1.856,5
Übrige finanzielle Vermögenswerte	(14)	5.691,4	4.960,3	5.734,4
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(15)	425,9	400,7	372,6
Ertragsteuererstattungsansprüche	(16)	215,9	228,2	253,8
Sonstige langfristige Vermögenswerte	(17)	203,8	204,1	179,8
Latente Steuern	(23)	29,2	28,7	6,0
		24.124,8	21.128,7	21.574,7
Kurzfristige Vermögenswerte				
Vorratsvermögen	(18)	944,8	862,9	732,7
Finanzielle Vermögenswerte	(19)	771,7	584,7	727,6
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(15)	2.807,5	3.147,0	2.073,6
Ertragsteuererstattungsansprüche	(16)	241,2	305,0	255,1
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	(17)	2.639,5	3.642,1	1.557,8
Flüssige Mittel	(20)	1.470,8	3.084,5	1.317,8
		8.875,5	11.626,2	6.664,6
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	(25)	1.698,0	4,0	3,4
		10.573,5	11.630,2	6.668,0
		34.698,3	32.758,9	28.242,7
Passiva				
Eigenkapital	(21)			
Anteile des Konzerns				
Gezeichnetes Kapital		640,0	640,0	640,0
Kapitalrücklage		22,2	22,2	22,2
Gewinnrücklagen		4.596,9	4.319,7	3.788,4
Neubewertungsrücklage gemäß IFRS 3		49,6	49,6	49,6
Eigene Aktien		-204,1	-204,1	-204,1
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen		225,2	-39,3	756,0
		5.329,8	4.788,1	5.052,1
Anteile anderer Gesellschafter		1.077,9	803,4	950,3
		6.407,7	5.591,5	6.002,4
Langfristige Schulden				
Rückstellungen ²	(22)	9.399,8	9.307,8	8.989,1
Latente Steuern	(23)	1.677,0	1.634,8	1.617,1
Finanzverbindlichkeiten	(24)	6.737,0	4.925,1	3.364,2
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	(24)	1.993,0	2.091,9	2.127,0
		19.806,8	17.959,6	16.097,4
Kurzfristige Schulden				
Rückstellungen ³	(22)	1.006,2	1.109,1	1.131,3
Finanzverbindlichkeiten	(24)	447,3	394,7	588,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(24)	2.803,4	3.241,1	2.155,5
Ertragsteuerverbindlichkeiten	(24)	27,1	12,3	6,3
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	(24)	3.431,7	4.450,6	2.253,6
		7.715,7	9.207,8	6.135,0
Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten und nicht fortzuführenden Aktivitäten	(25)	768,1	0,0	7,9
		8.483,8	9.207,8	6.142,9
		34.698,3	32.758,9	28.242,7

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Davon langfristige Ertragsteuerrückstellungen: 143,3 Mio. € [31.12.2008: 127,2 Mio. €; 01.01.2008: 37,3 Mio. €].

³ Davon kurzfristige Ertragsteuerrückstellungen: 84,2 Mio. € [31.12.2008: 139,8 Mio. €; 01.01.2008: 192,6 Mio. €].

Cashflow-Rechnung des EnBW-Konzerns

Mio. € ^{1,2}	2009	2008
1. Operativer Bereich		
EBITDA	2.748,2	2.540,1
Veränderung der langfristigen Rückstellungen	-393,0	-228,9
Ergebnis aus Anlagenabgängen	-14,6	-3,2
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	87,1	17,6
Funds from Operations (FFO) vor Steuern und Finanzierung	2.427,7	2.325,6
Veränderung der Vermögenswerte und Schulden aus operativer Geschäftstätigkeit	212,7	-536,1
Vorräte	(-64,1)	(-164,4)
Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(-194,6)	(-55,9)
Saldo aus sonstigen Vermögenswerten und Schulden	(513,1)	(-309,5)
Kurzfristige Rückstellungen	(-41,7)	(-6,3)
Gezahlte Ertragsteuern	-197,0	-265,6
Operating Cashflow	2.443,4	1.523,9
2. Investitionsbereich		
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	-1.309,4	-1.256,6
Einzahlungen aus Verkäufen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen	93,0	58,2
Zugänge von Baukosten- und Investitionszuschüssen	65,1	79,0
Auszahlungen aus dem Erwerb von voll- und quotenkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen	-3.016,7	-104,0
Einzahlungen aus dem Verkauf von voll- und quotenkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen	45,0	60,2
Investitionen in sonstige finanzielle Vermögenswerte	-1.227,5	-616,4
Einzahlungen aus dem Verkauf sonstiger finanzieller Vermögenswerte	572,2	973,5
Einzahlungen/Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	-229,8	26,5
Erhaltene Zinsen	235,8	265,7
Erhaltene Dividenden	142,7	147,5
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-4.629,6	-366,4

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Weitere Angaben im Anhang unter Sonstige Angaben.

> Cashflow-Rechnung
des EnBW-Konzerns

Mio. € ^{1,2}	2009	2008
3. Finanzierungsbereich		
Gezahlte Zinsen Finanzierungsbereich	-357,4	-246,0
Gezahlte Dividenden	-542,3	-436,5
Aufnahme von Finanzverbindlichkeiten	2.084,9	1.956,7
Tilgung von Finanzverbindlichkeiten	-506,6	-667,8
Kapitalherabsetzung für Anteile anderer Gesellschafter	0,0	-7,8
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	678,6	598,6
Zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel	-1.507,6	1.756,1
Währungskursveränderung der flüssigen Mittel	2,0	10,6
Veränderung der flüssigen Mittel	-1.505,6	1.766,7
Flüssige Mittel am Anfang der Periode	3.084,5	1.317,8
Flüssige Mittel am Ende der Periode	1.578,9	3.084,5
davon flüssige Mittel innerhalb der kurzfristigen Vermögenswerte	(1.470,8)	(3.084,5)
davon flüssige Mittel der zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte	(108,1)	(0,0)

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Weitere Angaben im Anhang unter Sonstige Angaben.

Mio. € ¹	2009	2008
Gezahlte Zinsen Investitionsbereich (aktivierte Fremdkapitalkosten)	-22,7	-10,6
Gezahlte Zinsen Finanzierungsbereich	-357,4	-246,0
Gesamtbetrag der in der Periode gezahlten Zinsen	-380,1	-256,6

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Eigenkapitalspiegel des EnBW-Konzerns

Mio. € ¹	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Neubewer- tungsrücklage gemäß IFRS 3	Eigene Aktien
Stand: 01.01.2008	640,0	22,2	3.787,7	49,6	-204,1
Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethode			0,7		
Stand: 01.01.2008 nach Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethode	640,0	22,2	3.788,4	49,6	-204,1
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen					
Konzernüberschuss ²			879,3		
Gesamtperiodenerfolg	0,0	0,0	879,3	0,0	0,0
Gezahlte Dividenden			-368,8		
Übrige Veränderungen			20,8		
Stand: 31.12.2008	640,0	22,2	4.319,7	49,6	-204,1
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen					
Konzernüberschuss			768,2		
Gesamtperiodenerfolg	0,0	0,0	768,2	0,0	0,0
Gezahlte Dividenden			-491,0		
Übrige Veränderungen					
Stand: 31.12.2009	640,0	22,2	4.596,9	49,6	-204,1

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Der Konzernüberschuss enthält rückwirkende Anpassungen vom 01.01.2008 bis 31.12.2008 in Höhe von 7,5 Mio. €.

³ Davon kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten zum 31.12.2009 in Höhe von 22,1 Mio. € (davon Anteile der Gesellschafter der EnBW AG: 19,0 Mio. €; Anteile anderer Gesellschafter: 3,1 Mio. €).

> Eigenkapitalspiegel
des EnBW-Konzerns

Unterschieds- betrag aus der Währungs- umrechnung	Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen ³					Summe
	Cashflow Hedge	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögens- werte	At equity bewertete Unternehmen	Anteile des Konzerns	Anteile anderer Gesellschafter	
21,9	75,6	549,0	109,5	5.051,4	950,3	6.001,7
				0,7		0,7
21,9	75,6	549,0	109,5	5.052,1	950,3	6.002,4
-25,1	-260,3	-532,2	22,3	-795,3	-5,0	-800,3
				879,3	28,8	908,1
-25,1	-260,3	-532,2	22,3	84,0	23,8	107,8
				-368,8	-67,7	-436,5
				20,8	-103,0	-82,2
-3,2	-184,7	16,8	131,8	4.788,1	803,4	5.591,5
-1,1	54,4	319,2	-108,0	264,5	11,6	276,1
				768,2	56,2	824,4
-1,1	54,4	319,2	-108,0	1.032,7	67,8	1.100,5
				-491,0	-51,3	-542,3
				0,0	258,0	258,0
-4,3	-130,3	336,0	23,8	5.329,8	1.077,9	6.407,7

Anhang des EnBW-Konzerns zum Jahresabschluss 2009

Allgemeine Grundlagen

Der Konzernabschluss der EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) wird entsprechend § 315a Abs. 1 HGB zu den am Bilanzstichtag verpflichtend in der Europäischen Union anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Zusätzlich werden die Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) beachtet. Noch nicht verpflichtend in Kraft getretene IFRS und IFRIC werden nicht angewendet. Der Konzernabschluss entspricht damit den vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten IFRS und IFRIC, soweit diese in EU-Recht übernommen wurden.

Der Konzernabschluss wird in Millionen Euro (Mio. €) ausgewiesen. Neben der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Gesamtperiodenerfolgsrechnung, die Bilanz, die Cashflow-Rechnung sowie die Eigenkapitalentwicklung des EnBW-Konzerns gesondert dargestellt.

Zur übersichtlicheren Darstellung sind in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Bilanz Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert aufgeführt und erläutert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Der Konzernabschluss wird auf den Stichtag des Jahresabschlusses des Mutterunternehmens aufgestellt. Das Geschäftsjahr des Mutterunternehmens ist das Kalenderjahr.

Der Sitz der Gesellschaft ist Karlsruhe, Deutschland. Die Anschrift lautet EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe.

Die Hauptaktivitäten der EnBW sind den Angaben zur Segmentberichterstattung zu entnehmen.

Der Vorstand der EnBW hat den Konzernabschluss am 5. Februar 2010 aufgestellt.

Konsolidierungsgrundsätze

Die in die Konsolidierung einbezogenen Abschlüsse der in- und ausländischen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen wurden einheitlich nach den bei der EnBW geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Erwerbsmethode durch Verrechnung der Anschaffungskosten mit dem anteiligen, neu bewerteten Eigenkapital der Tochterunternehmen zum Zeitpunkt ihres Erwerbs. Dabei werden Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt. Danach noch verbleibende positive Unterschiedsbeträge werden als Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert. Negative Unterschiedsbeträge werden nach nochmaliger Überprüfung ihrer Berechnung sofort erfolgswirksam erfasst.

Bei der Konsolidierung erworbener Anteile anderer Gesellschafter von Unternehmen, die bereits vollkonsolidiert sind, wird keine Neubewertung des Nettovermögens durchgeführt. Ein positiver Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten des zusätzlichen Anteils und dem korrespondierenden Buchwert des Nettovermögens wird als Geschäfts- oder Firmenwert ausgewiesen. Ein negativer Unterschiedsbetrag wird erfolgswirksam vereinnahmt.

Forderungen, Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Eventualverbindlichkeiten zwischen konsolidierten Unternehmen werden aufgerechnet. Konzerninterne Erträge werden mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet. Zwischenergebnisse werden eliminiert, sofern sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Steuerabgrenzungen werden vorgenommen.

Die Konsolidierung der Gemeinschaftsunternehmen erfolgt nach den gleichen Grundsätzen wie bei den Tochterunternehmen.

Die gleichen Bilanzierungsgrundsätze gelten auch für die nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen. Ein Geschäfts- oder Firmenwert ist im Beteiligungsansatz enthalten. Negative Unterschiedsbeträge werden im Beteiligungsergebnis erfolgswirksam erfasst.

Konsolidierungskreis

Nach der Vollkonsolidierungsmethode werden alle Tochterunternehmen einbezogen, auf deren Finanz- und Geschäftspolitik nach dem sogenannten Control Concept ein beherrschender Einfluss ausgeübt werden kann. Bei der Vollkonsolidierung werden die Vermögenswerte und Schulden einer Tochtergesellschaft vollständig in den Konzernabschluss übernommen.

Gemeinschaftlich geführte Unternehmen werden anhand der Quotenkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen. Bei der Quotenkonsolidierung werden die Vermögenswerte und Schulden des Tochterunternehmens entsprechend der Höhe der Beteiligung des Mutterunternehmens im Konzernabschluss berücksichtigt.

Die Equity-Bewertung kommt zur Anwendung, wenn die Möglichkeit eines maßgeblichen Einflusses auf die Geschäftspolitik des assoziierten Unternehmens besteht, aber weder die Voraussetzungen eines Tochter- noch die eines Gemeinschaftsunternehmens vorliegen. Bei der Bewertung von Anteilen bedeutet dies, dass nicht die Vermögenswerte und Schulden des Unternehmens im Konzernabschluss dargestellt werden, sondern nur sein anteiliges Eigenkapital.

Anteile an Tochterunternehmen, an gemeinschaftlich geführten Unternehmen oder nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen, die aus Konzernsicht von untergeordneter Bedeutung sind, werden nach IAS 39 bilanziert.

Der Anteilsbesitz des EnBW-Konzerns wird entsprechend § 313 Abs. 4 HGB in einer gesonderten Aufstellung angegeben, die zusammen mit dem Jahresabschluss im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht wird. Die Liste der wesentlichen Beteiligungen ist Bestandteil des Anhangs.

Wechselseitige Beteiligungen nach § 19 Abs. 1 AktG liegen im EnBW-Konzern nicht vor.

Der Konsolidierungskreis setzt sich wie folgt zusammen:

Art der Konsolidierung und Anzahl	31.12.2009	31.12.2008
Vollkonsolidierung	99	90
Quotenkonsolidierung (Gemeinschaftsunternehmen)	36	10
Assoziierte Unternehmen	17	17

Änderungen des Konsolidierungskreises

Von den im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wurden im Berichtsjahr 11 (Vorjahr: 3) inländische Gesellschaften und 1 (Vorjahr: 2) ausländische Gesellschaft erstmals konsolidiert. Keine Gesellschaft (Vorjahr: 7) wurde entkonsolidiert, 3 (Vorjahr: 3) Gesellschaften wurden verschmolzen. Im Vorjahr waren von den entkonsolidierten Gesellschaften alle 7 Unternehmen aus dem Inland, davon wurden 6 Gesellschaften aufgrund untergeordneter Bedeutung entkonsolidiert.

Von den Gemeinschaftsunternehmen, die entsprechend unserer Anteilshöhe in den Konzernabschluss einbezogen werden, wurde im Berichtsjahr 1 (Vorjahr: 0) inländische Gesellschaft erstmals vollkonsolidiert und 2 (Vorjahr: 0) inländische Gesellschaften erstkonsolidiert. Darüber hinaus wurde die ausländische Gesellschaft Borusan EnBW Enerji yatırımları ve Üretim A. Ş. erstmals als Teilkonzern quotenkonsolidiert. Der Teilkonzern umfasst 24 ausländische Tochtergesellschaften der Borusan EnBW Enerji yatırımları ve Üretim A. Ş.

Im Bereich der assoziierten Unternehmen wurde im Berichtsjahr keine (Vorjahr: 0) ausländische Gesellschaft und 1 (Vorjahr: 1) inländische Gesellschaft erstmals konsolidiert. Es wurde 1 (Vorjahr: 1) inländische und keine (Vorjahr: 0) ausländische Gesellschaft entkonsolidiert.

Unternehmenserwerbe

Onshore-Windparks

Die EnBW erwarb mit Wirkung zum 31. März beziehungsweise 21. April 2009 Anteile von jeweils 100% an der Plambeck Neue Energien Windpark Fonds LX GmbH & Co. KG, Cuxhaven, der Plambeck Neue Energien Windpark Fonds CI GmbH & Co. KG, Cuxhaven, sowie der Plambeck Neue Energien Windpark Fonds CIV GmbH & Co. KG, Cuxhaven, zu einem Kaufpreis von 33,1 Mio. €. Die Windkraftanlagen der Gesellschaften wurden Ende März beziehungsweise Mitte April fertiggestellt. Die Gesellschaften trugen im Jahresabschluss 2009 -1,7 Mio. € zum Ergebnis nach Ertragsteuern bei. Die Auswirkungen auf die Konzernumsatzerlöse und das Ergebnis nach Ertragsteuern im Jahresabschluss 2009 bei Einbeziehung der Gesellschaften bereits seit Beginn des Jahres sind unwesentlich. Durch den Erwerb wurden folgende Vermögenswerte und Schulden übernommen:

Mio. €	Buchwert nach IFRS	Bei Erwerb angesetzt
Immaterielle Vermögenswerte	0,0	0,4
Sachanlagen	77,5	86,3
Kurzfristige Vermögenswerte	12,6	12,6
Summe Vermögenswerte	90,1	99,3
Langfristige Schulden	48,1	49,0
Kurzfristige Schulden	19,6	19,6
Summe Schulden	67,7	68,6
Nettovermögen	22,4	30,7
Anschaffungskosten		33,1
Geschäfts- oder Firmenwert		2,4

Kraftwerke Lippendorf und Bexbach (E.ON-Anteil)

Mit Wirkung zum 29. Mai 2009 erwarb die EnBW 100% an der Gesellschaft für die Beteiligung an dem Kraftwerk Lippendorf mbH, Hannover. Die Gesellschaft enthält einen 50%-Anteil des Kohlekraftwerks Lippendorf Block S. Gleichzeitig wurden 100% an der Gesellschaft für die Beteiligung an dem Kraftwerk Bexbach mbH, Hannover, erworben, die einen 8,3%-Anteil am Kohlekraftwerk Bexbach enthält. Der Kaufpreis belief sich in Summe auf 906,7 Mio. €. Die neu übernommenen Kraftwerksanteile trugen im Jahresabschluss 2009 ohne Finanzierungszinsen -2,2 Mio. € zum Ergebnis nach Ertragsteuern bei. Bei einer Einbeziehung der neuen Kraftwerksanteile bereits seit Beginn des Jahres würden sich die Konzernumsatzerlöse um 77,9 Mio. € auf 15.642,1 Mio. € und das Ergebnis nach Ertragsteuern um 1,0 Mio. € auf 825,4 Mio. € erhöhen. Durch den Erwerb wurden folgende Vermögenswerte und Schulden übernommen:

Mio. €	Buchwert nach IFRS	Bei Erwerb angesetzt
Immaterielle Vermögenswerte	0,0	225,1
Sachanlagen	109,7	528,4
Kurzfristige Vermögenswerte	58,5	197,0
Summe Vermögenswerte	168,2	950,5
Langfristige Schulden	2,0	4,5
Kurzfristige Schulden	20,0	40,2
Summe Schulden	22,0	44,7
Nettovermögen	146,2	905,8
Anschaffungskosten		906,7
Geschäfts- oder Firmenwert		0,9

Kraftwerk Bexbach (STAWAG-Anteil)

Mit Wirkung zum 1. Oktober 2009 erwarb die EnBW weitere 16,7% am Kohlekraftwerk Bexbach. Der Kaufpreis belief sich auf 83,6 Mio. €. Der neu übernommene Kraftwerksanteil trug im Jahresabschluss 2009 -1,0 Mio. € zum Ergebnis nach Ertragsteuern bei. Bei einer Einbeziehung des neuen Kraftwerksanteils bereits seit Beginn des Jahres würden sich die Konzernumsatzerlöse um 48,9 Mio. € auf 15.613,1 Mio. € erhöhen und das Ergebnis nach Ertragsteuern um 0,7 Mio. € auf 825,1 Mio. € erhöhen. Durch den Erwerb wurden folgende Vermögenswerte und Schulden übernommen:

Mio. €	Buchwert nach IFRS	Bei Erwerb angesetzt
Sachanlagen	6,3	68,7
Kurzfristige Vermögenswerte	0,0	19,4
Summe Vermögenswerte	6,3	88,1
Langfristige Schulden	0,0	5,3
Kurzfristige Schulden	0,0	0,0
Summe Schulden	0,0	5,3
Nettovermögen	6,3	82,8
Anschaffungskosten		83,6
Geschäfts- oder Firmenwert		0,8

Erwerbe von at equity bewerteten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen**EWE Aktiengesellschaft**

Das Bundeskartellamt hat am 6. Juli 2009 dem Erwerb eines 26%-Anteils an der EWE Aktiengesellschaft unter Auflagen zugestimmt. Die Auflagen beinhalten, dass sich entweder EnBW von ihrer Tochtergesellschaft GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG trennt oder die EWE-Beteiligung VNG – Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft an Dritte veräußert wird. Der Anteilserwerb erfolgt in Form eines Aktienkaufs und einer Kapitalerhöhung. Das Gesamttransaktionsvolumen beträgt rund 2 Mrd. €. Die EWE Aktiengesellschaft wird als assoziiertes Unternehmen unter Anwendung der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen. Mit ihrem Hauptsitz in Oldenburg ist die EWE Aktiengesellschaft insbesondere in den Bereichen Strom- und Gasversorgung, Gastransport sowie Telekommunikation und Informationstechnologie tätig. Die EWE Aktiengesellschaft ist in der Segmentberichterstattung dem Segment Holding zugeordnet.

Joint Venture mit Borusan Holding A. Ş.

Am 31. Juli 2009 erwarb die EnBW 50% an Borusan EnBW Enerji yatırımları ve Üretim A. Ş., einem Joint Venture mit der Borusan Holding A. Ş. Ziel des Joint Ventures ist es, in den nächsten Jahren Erzeugungskapazitäten überwiegend im Bereich der erneuerbaren Energien aufzubauen. Das Joint Venture hat seinen Sitz in Istanbul und wird im Konzernabschluss quotenkonsolidiert.

Erwerbe nach Bilanzstichtag**Kraftwerk Rostock**

Mit Wirkung zum 1. Januar 2010 erwarb die EnBW 100% an der Gesellschaft für die Beteiligung an dem Kraftwerk Rostock mbH, Hannover. Die Gesellschaft enthält einen 50,4%-Anteil des Kraftwerks Rostock. Der Kaufpreis belief sich auf 320,9 Mio. €. Durch den Erwerb wurden folgende Vermögenswerte und Schulden übernommen:

Mio. €	Buchwert nach IFRS	Bei Erwerb angesetzt
Immaterielle Vermögenswerte	0,0	164,2
Sachanlagen	11,2	116,7
Kurzfristige Vermögenswerte	0,0	52,0
Summe Vermögenswerte	11,2	332,9
Langfristige Schulden	0,0	0,0
Kurzfristige Schulden	0,0	12,0
Summe Schulden	0,0	12,0
Nettovermögen ¹	11,2	320,9
Anschaffungskosten		320,9
Geschäfts- oder Firmenwert		0,0

¹ Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der Vermögenswerte und Schulden ist noch nicht abgeschlossen. Es wurden daher gemäß IFRS 3.6.2 provisorische Werte angesetzt.

Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Das IASB und das IFRIC haben folgende Standards und Interpretationen neu verabschiedet, die ab dem Geschäftsjahr 2009 verpflichtend anzuwenden sind:

- **Sammelstandard zur Änderung verschiedener IFRS (2008) „Verbesserungen der International Financial Reporting Standards“:** Die Änderungen sind das Ergebnis des ersten jährlichen Verbesserungsprozesses (Annual Improvement Process) des IASB und betreffen eine Vielzahl einzelner IFRS. Die Änderungen sollen den Inhalt der Vorschriften konkretisieren und unbeabsichtigte Inkonsistenzen zwischen den Standards beseitigen. Die erstmalige Anwendung dieser Änderungen hatte keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.
- **Kosten der Investition in ein Tochterunternehmen, ein gemeinsam kontrolliertes oder ein assoziiertes Unternehmen – Änderungen des IFRS 1 (2008) „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards“ und IAS 27 (2008) „Konzern- und Einzelabschlüsse“:** Die Änderungen führen zu Erleichterungen in der Bewertung von Beteiligungen in den Einzelabschlüssen von IFRS-Erstanwendern. Die erstmalige Anwendung hatte keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.
- **Ausübungsbedingungen und Annullierungen – Änderungen des IFRS 2 (2008) „Anteilsbasierte Vergütung“:** Die Änderung des IFRS 2 stellt die Definition von „Ausübungsverbindlichkeiten“ bei aktienbasierten Vergütungen klar. Des Weiteren erfolgt eine Klärung, dass alle Annullierungen von aktienbasierten Vergütungsplänen identisch zu bilanzieren sind, unabhängig von der kündigenden Partei. Die erstmalige Anwendung des geänderten IFRS 2 hatte keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.
- **Verbesserungen der Angaben zu Finanzinstrumenten – Änderungen des IFRS 7 (2009) „Finanzinstrumente: Angaben“:** Die Änderungen betreffen die Angaben zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte und zum Liquiditätsrisiko. Die Darstellung der beizulegenden Zeitwerte hat in einer dreistufigen „Fair-Value-Hierarchie“ zu erfolgen und entspricht nunmehr dem Wortlaut der US-amerikanischen Regelungen des Statements of Financial Accounting Standard (SFAS) 157. Darüber hinaus werden die Angabepflichten zum Liquiditätsrisiko klargestellt und erweitert. Hierzu haben die Angaben über die Restlaufzeitenanalyse für nichtderivative Finanzverbindlichkeiten auch Verträge über abgegebene Finanzgarantien zu beinhalten. Bei der Fälligkeitsanalyse von derivativen Finanzverbindlichkeiten sind deren vertragliche Restlaufzeiten zu berücksichtigen, sofern diese wesentlich für das Verständnis des zeitlichen Anfalls der Cashflows sind. Die Änderungen führten zu erweiterten Anhangsangaben zu Finanzinstrumenten im EnBW-Konzernabschluss.
- **IFRS 8 (2006) „Geschäftssegmente“:** IFRS 8 ersetzt den bisherigen IAS 14 „Segmentberichterstattung“ und passt den Standard mit geringfügigen Unterschieden an die US-GAAP-Regelungen des SFAS 131 an. IFRS 8 schreibt die Identifizierung operativer Segmente basierend auf der internen Steuerung (Management Approach) vor. Durch die erstmalige Anwendung des IFRS 8 erfolgt eine Aufteilung des Geschäftsfelds Strom in die Bereiche Strom Erzeugung und Handel sowie Strom Netz und Vertrieb. Weitere Auswirkungen in der Abgrenzung der Segmente ergeben sich durch die Anwendung des IFRS 8 nicht.

- > **IAS 1 (2007) „Darstellung des Abschlusses“**: Der Standard verlangt separate Darstellungen für Eigenkapitalveränderungen, die aus Transaktionen mit den Anteilseignern in ihrer Eigenschaft als Eigenkapitalgeber entstehen, und sonstige Eigenkapitalveränderungen. Die Eigenkapitalveränderungsrechnung umfasst folglich lediglich Details zu Geschäftsvorfällen mit Anteilseignern, während sämtliche übrigen Eigenkapitalveränderungen in einer einzigen Zeile dargestellt werden. Zudem führt der Standard eine Darstellung des Gesamtperiodenerfolgs ein, in der sämtliche in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Ertrags- und Aufwandsposten sowie alle ergebnisneutral im Eigenkapital erfassten Erfolgsbestandteile entweder in einer einzigen Aufstellung oder aber in zwei miteinander verbundenen Aufstellungen dargestellt werden. Durch die Änderungen wird insbesondere im Jahresabschluss die Gesamtergebnisrechnung in zwei getrennten Aufstellungen, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie einer Überleitung vom Konzernüberschuss zum Gesamtperiodenerfolg, dargestellt. Des Weiteren führten die Änderungen des IAS 1 zu erweiterten Anhangsangaben.
- > **IAS 23 (2007) „Fremdkapitalkosten“**: Durch die Änderung des IAS 23 wird das bisherige Wahlrecht der sofortigen aufwandswirksamen Erfassung von Fremdkapitalkosten, die unmittelbar in Zusammenhang mit dem Erwerb, Bau oder der Herstellung qualifizierter Vermögenswerte anfallen, abgeschafft. Diese Fremdkapitalkosten sind künftig verpflichtend als Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu aktivieren. Die EnBW hat den Standard im Geschäftsjahr 2009 rückwirkend zum 1. Januar 2007 angewandt. Aufgrund der rückwirkenden Anwendung wurden die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss stellen sich wie folgt dar:

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €	2008
Finanzaufwendungen	10,6
Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT)	10,6
Ertragsteuern	-3,1
Konzernüberschuss	7,5
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG	(7,5)
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss (€)	0,03

Bilanz in Mio. €	31.12.2008	01.01.2008
Sachanlagen	11,6	1,0
Gewinnrücklagen	8,2	0,7
Latente Steuern	3,4	0,3

Cashflow-Rechnung in Mio. €	2008
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	-10,6
Gezahlte Zinsen Finanzierungsbereich	10,6

- > **Kündbare Finanzinstrumente und bei Liquidation entstehende Verpflichtungen – Änderungen des IAS 32 (2008) „Finanzinstrumente: Darstellung“ und IAS 1 (2008) „Darstellung des Abschlusses“**: Die wesentlichen Änderungen betreffen den Ausweis bestimmter kündbarer Finanzinstrumente und von Verpflichtungen, die lediglich im Liquidationsfall entstehen. Demzufolge werden einige Finanzinstrumente, die derzeit die Definition einer finanziellen Verbindlichkeit erfüllen, als Eigenkapital klassifiziert. Die erstmalige Anwendung hatte keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.
- > **Überarbeitete Fassung zur Umgliederung finanzieller Vermögenswerte – Änderungen an IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ und IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“**: Das IASB hat eine aktualisierte Fassung der am 13. Oktober 2008 veröffentlichten Änderungen des IAS 39 und IFRS 7 herausgegeben. Durch die Aktualisierung erfolgt eine Klarstellung des Anwendungszeitpunkts der am 13. Oktober 2008 veröffentlichten Änderungen. Die überarbeiteten Fassungen von IAS 39 und IFRS 7 hatten keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.

- **Eingebettete Derivate – Änderungen des IFRIC 9 „Neubeurteilung eingebetteter Derivate“ und des IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“:** Durch die Änderungen des IFRIC 9 und des IAS 39 wird klargestellt, dass bei Umgliederungen aus der Bewertungskategorie „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert“ eingebettete Derivate neu zu beurteilen und gegebenenfalls getrennt vom Basisvertrag anzusetzen sind. Die erstmalige Anwendung hatte keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.
- **IFRIC 13 „Kundenbindungsprogramme“:** Die Interpretation befasst sich mit der Bilanzierung und Bewertung von Umsatzerlösen aus Verkaufsprozessen und damit in Zusammenhang stehenden Aufwendungen für Verpflichtungen, die aus Kundenbindungsprogrammen, zum Beispiel Prämien- oder Bonusbeziehungsweise Treueprogrammen, resultieren, die von den Herstellern beziehungsweise Dienstleistungsanbietern selbst oder von Dritten betrieben werden. Die Interpretation hatte keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.
- **IFRIC 14 „Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswerts, Mindestfinanzierungsvorschriften und ihre Wechselwirkung“:** Die Interpretation gibt Hinweise, wie die Begrenzung nach IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ für einen Überschuss festzulegen ist, der als Vermögenswert angesetzt werden kann. Zudem wird erklärt, welche Auswirkungen sich auf die Bewertung von Vermögenswerten und Rückstellungen aus leistungsorientierten Plänen aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung zu einer Mindestbeitragszahlung ergeben, beispielsweise durch Gesetz oder durch die Regelungen des Plans. Dadurch wird sichergestellt, dass Unternehmen einen Planvermögensüberschuss als Vermögenswert konsistent bilanzieren. Eine weitere Verpflichtung ist jedoch nach IFRIC 14 durch den Arbeitgeber nicht anzusetzen, solange die Mindestbeitragszahlung an das Unternehmen zurückgezahlt wird. Die erstmalige Anwendung von IFRIC 14 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.

Auswirkungen neuer, noch nicht anzuwendender Rechnungslegungsstandards

Das IASB und das IFRIC veröffentlichten bereits folgende Standards und Interpretationen, deren Anwendung für das Geschäftsjahr 2009 jedoch noch nicht verpflichtend ist. Die künftige Anwendung setzt die Übernahme durch die EU in europäisches Recht voraus.

- **Sammelstandard zur Änderung verschiedener IFRS (2009) „Verbesserungen der International Financial Reporting Standards“:** Die Änderungen sind das Ergebnis des jährlichen Verbesserungsprozesses (Annual Improvement Process) des IASB und betreffen eine Vielzahl einzelner IFRS. Die Änderungen sollen den Inhalt der Vorschriften konkretisieren und unbeabsichtigte Inkonsistenzen zwischen den Standards beseitigen. Sofern im jeweiligen Standard nichts anderes geregelt ist, sind die Änderungen erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2010 beginnen. Die Änderungen sind noch nicht in europäisches Recht übernommen. Die Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.
- **IFRS 1 (2008) „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards“:** Die Neufassung des IFRS 1 betrifft ausschließlich den formalen Aufbau des Standards. Der überarbeitete IFRS 1 ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2010 beginnen. Die Neufassung des IFRS 1 wird keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.
- **Zusätzliche Ausnahmen für Erstanwender – Änderung des IFRS 1 (2009) „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards“:** Die Änderungen betreffen die rückwirkende Anwendung der IFRS in bestimmten Situationen und sollen gewährleisten, dass dem Erstanwender bei der IFRS-Umstellung keine verhältnismäßig hohen Kosten entstehen. Die Änderungen sind erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2010 beginnen. Die Änderungen wurden noch nicht von der EU in europäisches Recht übernommen. Die Änderungen werden keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.
- **Aktienbasierte Vergütungsansätze mit Barausgleich im Konzern – Änderungen des IFRS 2 (2009) „Anteilsbasierte Vergütung“:** Durch die Änderungen soll eine Klarstellung hinsichtlich der Bilanzierung von anteilsbasierten Vergütungen mit Barausgleich im Konzern erfolgen. Der geänderte Standard ist erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2010 beginnen. Die Übernahme der Änderungen in europäisches Recht steht noch aus. Die Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.

- **IFRS 3 (2008) „Unternehmenszusammenschlüsse“**: Die wesentlichen Änderungen betreffen den Anwendungsbereich und die Bilanzierung sukzessiver Anteilerwerbe sowie die Einführung eines Wahlrechts: Minderheitenanteile können entweder zum beizulegenden Zeitwert oder mit dem anteiligen Nettovermögen bewertet werden. Je nach Ausübung des Wahlrechts wird ein im Rahmen des Unternehmenserwerbs eventuell entstehender Geschäfts- oder Firmenwert vollständig oder nur anteilig ausgewiesen. Darüber hinaus enthält der überarbeitete Standard Neuerungen zum Ansatz und zur Bewertung übernommener Vermögenswerte und Schulden. IFRS 3 ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Die Änderungen des IFRS 3 werden sich auf die Bilanzierung künftiger Unternehmenserwerbe im EnBW-Konzern auswirken.
- **IFRS 9 (2009) „Finanzinstrumente“**: Mit der Veröffentlichung des IFRS 9 schließt das IASB die erste von drei Phasen der Reform der Bilanzierung von Finanzinstrumenten ab. Das IASB beabsichtigt, mit IFRS 9 bis Ende 2010 den bestehenden IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ vollständig zu ersetzen. Der Standard befasst sich in der ersten Phase mit der Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten. Durch IFRS 9 werden die bisher bestehenden vier Bewertungskategorien reduziert auf nunmehr zwei Bewertungskategorien, zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert. Darüber hinaus enthält der Standard insbesondere Regelungen zu Umklassifizierungen, eingebetteten Derivaten sowie zur Fair Value Option. IFRS 9 enthält keine Regelungen zur Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Verbindlichkeiten. Der Standard ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. IFRS 9 wurde noch nicht in europäisches Recht übernommen. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss werden derzeit geprüft.
- **IAS 24 (2009) „Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen“**: Durch die Überarbeitung des IAS 24 werden zunächst Berichtspflichten von Unternehmen, an denen der Staat beteiligt ist, vereinfacht. Bestimmte Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen, die sich aus einer Beteiligung des Staates ergeben, sind von den Angabepflichten des IAS 24 ausgenommen. Des Weiteren wurde die Definition der nahe stehenden Unternehmen und Personen grundlegend überarbeitet. Der überarbeitete Standard ist erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen. Die Übernahme in europäisches Recht steht noch aus. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss werden derzeit geprüft.
- **IAS 27 (2008) „Konzern- und Einzelabschlüsse“**: Die Neufassung des IAS 27 enthält insbesondere geänderte Regelungen hinsichtlich der Bilanzierung von Änderungen der Beteiligungsquoten. Künftig ist eine erfolgsneutrale Erfassung für Transaktionen vorgesehen, durch die ein Mutterunternehmen seine Beteiligungsquote an einem Tochterunternehmen verändert, ohne dabei die Beherrschung über das Tochterunternehmen zu verlieren. Die Neufassung des Standards ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Die Neufassung des IAS 27 wird sich auf die künftige Bilanzierung von Änderungen der Beteiligungsquoten von Tochterunternehmen im EnBW-Konzern auswirken.
- **Klassifizierung von Bezugsrechten – Änderung des IAS 32 (2009) „Finanzinstrumente: Darstellung“**: Die Änderung regelt die Bilanzierung von in Fremdwährung lautenden Bezugsrechten sowie Optionen und Optionsscheinen beim Emittenten, auf dessen Eigenkapitalinstrumente sich diese Rechte beziehen. Künftig sind diese Rechte als Eigenkapital und nicht mehr als Schulden auszuweisen. Der überarbeitete Standard ist erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Februar 2010 beginnen. Die Änderungen werden voraussichtlich keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.
- **Geeignete Grundgeschäfte – Änderung des IAS 39 (2008) „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“**: Durch die Änderung des IAS 39 werden die Anwendungsgrundsätze des Hedge Accounting in den Bereichen Designation von Inflationsrisiken als Grundgeschäft sowie Designation eines einseitigen Risikos eines Grundgeschäfts ergänzt. Die Änderungen sind erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Die Änderungen werden voraussichtlich keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.
- **IFRIC 12 „Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen“**: IFRIC 12 regelt die Bilanzierung von Vereinbarungen, bei denen die öffentliche Hand als Konzessionsgeber Aufträge an private Betreiber als Konzessionsnehmer vergibt und die der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen dienen, zum Beispiel von Flughäfen, Gefängnissen, Energie- und Wasserversorgungseinrichtungen etc. Zur Erfüllung dieser Aufgaben nutzt der Betreiber eine Infrastruktur, die in der Verfügungsmacht der öffentlichen Hand bleibt. Für Bau, Betrieb und Instandhaltung jedoch ist der Betreiber zuständig. Die Interpretation ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die nach dem 29. März 2009 beginnen. Die Änderungen werden voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.

- **Vorauszahlungen im Rahmen von Mindestdotierungsverpflichtungen – Änderung des IFRIC 14 (2009) „Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswerts, Mindestfinanzierungsvorschriften und ihre Wechselwirkung“:** Die Änderung von IFRIC 14 ist in den Fällen relevant, in denen ein Unternehmen Mindestdotierungsverpflichtungen unterliegt und Vorauszahlungen leistet, um diese Mindestdotierungsverpflichtungen zu erfüllen. Die Änderung ermöglicht es den Unternehmen, den Vorteil aus einer solchen Vorauszahlung als Vermögenswert anzusetzen. IFRIC 14 ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen. Die Änderungen des IFRIC 14 wurden noch nicht in EU-Recht übernommen. Die Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.
- **IFRIC 15 „Vereinbarungen zum Bau von Immobilien“:** Die Interpretation IFRIC 15 befasst sich mit der Bilanzierung von Immobilienverkäufen, bei denen der Vertragsabschluss mit einem Dritten bereits vor Fertigstellung der Immobilie erfolgt. IFRIC 15 stellt hierzu klar, unter welchen Bedingungen IAS 11 „Fertigungsaufträge“ oder IAS 18 „Erträge“ zur Anwendung kommt. Des Weiteren wird durch die Interpretation der Zeitpunkt der Umsatzrealisierung festgelegt. Die Interpretation ist für Geschäftsjahre anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2009 beginnen. Die Interpretation wird voraussichtlich keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.
- **IFRIC 16 „Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb“:** IFRIC 16 regelt die Fragen, was als Risiko bei der Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb anzusehen ist und wo innerhalb des Konzerns das Sicherungsinstrument zur Minderung dieses Risikos gehalten werden darf. Die Interpretation ist für Geschäftsjahre anzuwenden, die nach dem 30. Juni 2009 beginnen. Die Interpretation wird voraussichtlich keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.
- **IFRIC 17 „Sachdividenden an Eigentümer“:** Die Interpretation regelt die bilanzielle Behandlung von Sachdividenden im IFRS-Abschluss des zu leistenden Unternehmens. Die Verpflichtung aus einer Sachdividendenausschüttung ist in Übereinstimmung mit den Vorschriften des IAS 37 zu bewerten. Der bilanzielle Ansatz erfolgt zu dem Zeitpunkt, ab dem die Ausschüttung ordnungsgemäß genehmigt wurde und nicht mehr im Ermessen des zu leistenden Unternehmens liegt. Die Interpretation ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. November 2009 beginnen. Die Interpretation wird voraussichtlich keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.
- **IFRIC 18 „Übertragung von Vermögenswerten durch einen Kunden“:** Die Interpretation regelt die Bilanzierung von Vermögenswerten, die ein Unternehmen von einem Kunden erhält, um diesen an ein Leitungsnetz anzuschließen oder ihm einen dauerhaften Zugang zur Versorgung mit Gütern oder Dienstleistungen zu gewähren. IFRIC 18 ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. November 2009 beginnen. Die Interpretation wird voraussichtlich keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.
- **IFRIC 19 „Tilgung finanzieller Verbindlichkeiten durch Eigenkapitalinstrumente“:** Durch IFRIC 19 werden die Anforderungen in den IFRS verdeutlicht, wenn ein Unternehmen die vollständige oder teilweise Tilgung einer finanziellen Verbindlichkeit durch die Ausgabe von Aktien oder anderen Eigenkapitalinstrumenten vornimmt. Die Interpretation ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2010 beginnen. Die Übernahme in europäisches Recht steht noch aus. Die Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.

Ausweisänderung

Zur besseren Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage haben wir im Geschäftsjahr 2009 Ansprüche und Verpflichtungen aus Stromlieferungen und nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz saldiert ausgewiesen. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Bilanz in Mio. €	31.12.2008	01.01.2008
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-34,5	-35,1
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	-158,1	-167,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-159,4	-167,8
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	-33,2	-35,1

Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden mit den fortgeführten Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten bilanziert und mit Ausnahme des Geschäfts- oder Firmenwerts linear entsprechend ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer der entgeltlich erworbenen Software beträgt drei bis fünf Jahre, die Abschreibungsdauer der Konzessionen erfolgt entsprechend den jeweiligen vertraglichen Regelungen. Kundenbeziehungen werden über ihre Vertragslaufzeit abgeschrieben, Wasserrechte und die zugrunde liegenden Konzessionsverträge werden über 30 Jahre abgeschrieben. Die Nutzungsdauern sowie die Abschreibungsmethoden werden jährlich überprüft.

Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung werden entsprechend den Regelungen des IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“ nicht planmäßig abgeschrieben, sondern einmal jährlich sowie bei Vorliegen von Anhaltspunkten, die darauf hindeuten, dass der erzielbare Betrag geringer als der Buchwert sein könnte, auf Wertminderung getestet.

Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten bewertet. Abnutzbare Sachanlagen werden entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer der einzelnen Komponenten linear abgeschrieben. Die Abschreibung im Zugangsjahr erfolgt zeitanteilig.

Sofern für den Erwerb oder die Herstellung eines qualifizierten Vermögenswerts ein beträchtlicher Zeitraum (mehr als zwölf Monate) erforderlich ist, um diesen in seinen beabsichtigten gebrauchsfertigen Zustand zu versetzen, werden die bis zur Erlangung des gebrauchsfertigen Zustands angefallenen und direkt zurechenbaren Fremdkapitalkosten aktiviert. Bei spezifischen Fremdfinanzierungen werden die diesbezüglich anfallenden Fremdkapitalkosten angesetzt. Bei nicht spezifischen Fremdfinanzierungen wird ein konzern einheitlicher Fremdkapitalkostensatz von 5,0 % (Vorjahr: 5,2 %) berücksichtigt. Im laufenden Geschäftsjahr wurden Fremdkapitalkosten in Höhe von 22,7 Mio. € (Vorjahr: 10,6 Mio. €) aktiviert.

Wartungs- und Reparaturkosten werden als Aufwand erfasst. Erneuerungs- und Erhaltungsaufwendungen, die zu einem künftigen Nutzenzufluss eines Vermögenswerts führen, werden aktiviert.

Investitionszulagen oder -zuschüsse mindern die Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten der entsprechenden Vermögenswerte nicht, sondern werden passivisch abgegrenzt.

Unter den nuklearen Erzeugungsanlagen wird auch der um Abschreibungen verminderte Barwert der geschätzten Kosten für die Stilllegung und den Abbau der kontaminierten Anlagen ausgewiesen.

Die planmäßigen Abschreibungen für unsere wesentlichen Sachanlagen werden nach folgenden konzern einheitlichen Nutzungsdauern bemessen:

	Jahre
Gebäude	25–50
Kraftwerke	15–50
Stromverteilungsanlagen	25–45
Gasverteilungsanlagen	15–55
Wasserverteilungsanlagen	20–40
Andere Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung	5–14

Nutzungsdauern und Abschreibungsmethoden werden jährlich überprüft.

Eine Sachanlage wird entweder bei Abgang ausgebucht oder dann, wenn aus der weiteren Nutzung oder Veräußerung des Vermögenswerts kein wirtschaftlicher Nutzen mehr erwartet wird. Die aus der Ausbuchung des Vermögenswerts resultierenden Gewinne oder Verluste werden als Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös und dem Buchwert des Vermögenswerts ermittelt und in der Periode, in der der Vermögenswert ausgebucht wird, erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Leasingverhältnisse

Bei Leasingverhältnissen handelt es sich um Vereinbarungen, bei denen der Leasinggeber das Recht zur Nutzung eines bestimmten Vermögenswerts für einen festgelegten Zeitraum gegen eine Zahlung oder eine Reihe von Zahlungen auf den Leasingnehmer überträgt. Dies gilt auch für Vereinbarungen, bei denen die Übertragung eines solchen Rechts nicht ausdrücklich beschrieben ist. Leasingverhältnisse sind entweder als Finanzierungsleasing oder als Operating-Leasing einzustufen.

Leasingverhältnisse, bei denen der EnBW-Konzern als Leasingnehmer im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken am Leasinggegenstand trägt, werden als Finanzierungsleasing behandelt. Der Leasinggegenstand wird mit dem niedrigeren Wert aus beizulegendem Zeitwert und Barwert der Mindestleasingzahlungen angesetzt. In gleicher Höhe wird eine Verbindlichkeit passiviert. Der aktivierte Leasinggegenstand wird über den kürzeren der beiden Zeiträume aus wirtschaftlicher Nutzungsdauer und Laufzeit des Leasingverhältnisses planmäßig abgeschrieben. Die Verbindlichkeit wird in den Folgeperioden unter Berücksichtigung der Effektivzinsmethode getilgt und fortgeschrieben. Alle übrigen Leasingverhältnisse, bei denen der EnBW-Konzern als Leasingnehmer auftritt, werden als Operating-Leasing eingestuft. Bei Operating-Leasingverhältnissen werden die Leasingraten beziehungsweise Mietzahlungen direkt als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Leasingverhältnisse, bei denen der EnBW-Konzern als Leasinggeber im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken am Leasinggegenstand auf den Leasingnehmer überträgt, werden beim Leasinggeber als Verkaufs- und Finanzierungsgeschäft abgebildet. In Höhe des Nettoinvestitionswerts aus dem Leasingverhältnis wird eine Forderung bilanziert. Die Zahlungen des Leasingnehmers werden unter Berücksichtigung der Effektivzinsmethode als Tilgungsleistung beziehungsweise Zinsertrag erfasst. Alle übrigen Leasingverhältnisse mit dem EnBW-Konzern als Leasinggeber werden als Operating-Leasingverhältnis behandelt. Der Leasinggegenstand bleibt in der Konzernbilanz und wird planmäßig abgeschrieben. Die Zahlungen des Leasingnehmers werden linear über die Laufzeit des Leasingverhältnisses als Ertrag erfasst.

Investment Properties

Investment Properties, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien, umfassen Grundstücke und Gebäude, die zur Erzielung von Mieteinnahmen oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten und von der EnBW nicht selbst genutzt werden. Abnutzbare Investment Properties werden zu fortgeführten Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten bewertet und nach der linearen Methode über eine Laufzeit von 25 bis 50 Jahren planmäßig abgeschrieben. Der Marktwert wird nach international anerkannten Methoden, zum Beispiel nach der Discounted-Cashflow-Methode oder durch Ableitung aus aktuellen Marktpreisen, ermittelt und ist im Anhang angegeben.

Wertminderungen

Zu jedem Bilanzstichtag werden die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte, Sachanlagen und Investment Properties auf Werthaltigkeit überprüft. Bei Hinweisen auf eine mögliche Wertminderung wird im Rahmen des Wertminderungstests der erzielbare Betrag des betreffenden Vermögenswerts ermittelt. Dieser entspricht dem höheren der Beträge aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert.

Der beizulegende Zeitwert wird auf Grundlage eines Unternehmensbewertungsmodells ermittelt und spiegelt als bestmögliche Schätzung den Betrag wider, zu dem ein unabhängiger Dritter den betreffenden Vermögenswert erwerben würde. Der Nutzungswert entspricht dem Barwert der künftigen Cashflows, die voraussichtlich aus einem Vermögenswert oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit erzielt werden können. Eine zahlungsmittelgenerierende Einheit stellt dabei die kleinste identifizierbare Gruppe von Vermögenswerten dar, deren Mittelzuflüsse weitgehend unabhängig von den Mittelzuflüssen anderer Vermögenswerte oder Gruppen von Vermögenswerten sind.

Sofern kein erzielbarer Betrag für einen einzelnen Vermögenswert ermittelt werden kann, wird der erzielbare Betrag für die zahlungsmittelgenerierende Einheit bestimmt, der der betreffende Vermögenswert zugeordnet werden kann.

Aus Unternehmenserwerben resultierende Geschäfts- oder Firmenwerte werden den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet, die erwartungsgemäß aus den Synergien des Unternehmenszusammenschlusses Nutzen ziehen sollen. Der erzielbare Betrag dieser zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten wird mindestens einmal jährlich auf Werthaltigkeit überprüft. Eine zusätzliche Überprüfung findet statt, wenn zu anderen Zeitpunkten Hinweise auf eine mögliche Wertminderung vorliegen. Für weitere Einzelheiten verweisen wir auf die Ausführungen unter der Anhangsangabe (10) Immaterielle Vermögenswerte.

Ist der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts niedriger als der Buchwert, erfolgt eine sofortige ergebniswirksame Wertberichtigung des Vermögenswerts. Im Fall von Wertberichtigungen in Zusammenhang mit zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, denen ein Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet wurde, wird zunächst der zugeordnete Geschäfts- oder Firmenwert reduziert. Übersteigt der Wertberichtigungsbedarf den Buchwert des Geschäfts- oder Firmenwerts, wird der Differenzbetrag proportional auf die verbleibenden langfristigen Vermögenswerte der zahlungsmittelgenerierenden Einheit verteilt.

Entfällt zu einem späteren Zeitpunkt der Grund für eine früher vorgenommene Wertminderung, erfolgt eine ergebniswirksame Zuschreibung. Die Wertobergrenze bildet hierbei der Buchwert, der sich ohne Wertberichtigung in der Vergangenheit ergeben hätte (fortgeführte Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten). Ein in früheren Berichtsperioden erfasster Wertminderungsaufwand für Geschäfts- oder Firmenwerte darf nicht wieder rückgängig gemacht werden. Zuschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte werden daher nicht vorgenommen.

At equity bewertete Unternehmen

Die nach der Equity-Methode bilanzierten Anteile an assoziierten Unternehmen werden zunächst mit den Anschaffungskosten und in den Folgeperioden entsprechend dem fortgeschriebenen anteiligen Nettovermögen angesetzt. Die Buchwerte werden jährlich um die anteiligen Ergebnisse, die ausgeschütteten Dividenden und die sonstigen Eigenkapitalveränderungen erhöht oder vermindert. Ein Geschäfts- oder Firmenwert ist im Beteiligungsansatz enthalten.

Finanzielle Vermögenswerte

Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen, an nicht nach der Equity-Methode bilanzierten assoziierten Unternehmen und an übrigen Beteiligungen sowie Teile der Wertpapiere sind der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ zugeordnet. Dieser Bewertungskategorie werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die nicht als „zu Handelszwecken gehalten“ oder „bis zur Endfälligkeit gehalten“ sowie als „Kredite und Forderungen“ einzustufen sind. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert, sofern dieser verlässlich ermittelt werden kann. Sofern sich der beizulegende Zeitwert mangels Vorliegen eines aktiven Markts nicht verlässlich ermitteln lässt, sind diese finanziellen Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Unrealisierte Gewinne und Verluste werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Liegt am Bilanzstichtag eine dauerhafte oder signifikante Wertminderung vor, werden Anpassungen an den negativen Marktwert ergebniswirksam erfasst. Bei Veräußerung wird der bisher im Eigenkapital erfolgsneutral erfasste unrealisierte Gewinn oder Verlust ergebniswirksam ausgewiesen. Wertminderungen werden über ein Wertberichtigungskonto abgebildet.

Wertpapiere, die der Bewertungskategorie „bis zur Endfälligkeit gehalten“ zugeordnet sind, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Ausleihungen werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Marktüblich verzinsten Ausleihungen werden mit dem Nominalwert bilanziert, gering oder unverzinsliche Ausleihungen mit dem Barwert.

Die unter den kurzfristigen finanziellen Vermögenswerten ausgewiesenen und der Bewertungskategorie „zu Handelszwecken gehalten“ zuzuordnenden Wertpapiere werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Änderungen des Marktwerts werden sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Von der Möglichkeit, finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten (Fair Value Option), macht die EnBW keinen Gebrauch.

Vorräte

Die Vorräte werden zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten angesetzt. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu Durchschnittswerten. Die Herstellungskosten enthalten gemäß IAS 2 die direkt zurechenbaren Einzelkosten und angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten einschließlich Abschreibungen. Die Herstellungskosten werden auf Basis der Normalbeschäftigung ermittelt. Fremdkapitalkosten werden nicht als Teil der Herstellungskosten aktiviert. Risiken aus einer geminderten Verwertbarkeit wird durch angemessene Abschläge Rechnung getragen. Soweit erforderlich, wird der im Vergleich zum Buchwert niedrigere realisierbare Nettoveräußerungswert angesetzt. Wertaufholungen bei früher abgewerteten Vorräten werden als Minderung des Materialaufwands erfasst.

Die unter den Vorräten ausgewiesenen Kernbrennelemente werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Die Abschreibungen werden nach Maßgabe des Verbrauchs ermittelt.

Emissionsrechte

Unentgeltlich erworbene Emissionsrechte des laufenden Geschäftsjahres werden mit dem Nominalwert, die zur Deckung des erwarteten Verbrauchs entgeltlich erworbenen Emissionsrechte mit den Anschaffungskosten unter den Vorräten bilanziert. Zu Handelszwecken erworbene Emissionsrechte werden dagegen erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert unter den sonstigen Vermögenswerten bilanziert, wobei die Zeitertschwankungen unmittelbar ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen werden.

Für die Verpflichtung zur Rückgabe von CO₂-Emissionsrechten wird eine sonstige Rückstellung gebildet. Der Wertansatz der Rückstellung ergibt sich aus dem Buchwert der dafür unentgeltlich zur Verfügung gestellten Emissionsrechte sowie bei einer bestehenden Deckungslücke aus dem Buchwert der im Bestand befindlichen Emissionsrechte. Werden darüber hinaus weitere Emissionsrechte benötigt, sind diese mit dem beizulegenden Zeitwert am Stichtag berücksichtigt.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen werden mit den Anschaffungskosten nach Abzug erforderlicher Wertberichtigungen bilanziert, die sich am tatsächlichen Ausfallrisiko orientieren. Unter- oder nicht verzinsliche Forderungen werden mit dem Barwert angesetzt. Wertberichtigungen werden teilweise unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos vorgenommen. Die Entscheidung, ob die Wertberichtigung über ein Wertberichtigungskonto erfolgt oder direkt den Buchwert mindert, hängt von der Wahrscheinlichkeit des erwarteten Forderungsausfalls ab.

Eigene Anteile

Erwirbt der Konzern eigene Anteile, so werden diese vom Eigenkapital abgezogen. Der Kauf, der Verkauf, die Ausgabe oder die Einziehung eigener Anteile wird nicht erfolgswirksam erfasst.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Bei leistungsorientierten Versorgungsplänen werden die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gemäß IAS 19 nach der Methode der laufenden Einmalprämie (Projected-Unit-Credit-Methode) berechnet. Dieses Verfahren berücksichtigt neben den am Bilanzstichtag bekannten Renten und Anwartschaften auch künftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, die außerhalb einer Bandbreite von 10% des Verpflichtungsumfangs liegen, werden auf die durchschnittliche Restlebensarbeitszeit linear verteilt. Die Rückstellung wird in Höhe des Vermögens der zur Deckung der Pensionsverpflichtung gebildeten Fonds gekürzt. Der Dienstzeitaufwand wird im Personalaufwand ausgewiesen, der Zinsanteil der Rückstellungszuführung und die erwarteten Erträge aus Planvermögen hingegen im Finanzergebnis.

Bei beitragsorientierten Versorgungsplänen werden die Zahlungen bei Fälligkeit als Aufwand erfasst und im Personalaufwand ausgewiesen.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen sämtliche am Bilanzstichtag erkennbaren rechtlichen oder faktischen Verpflichtungen gegenüber einer anderen Partei aufgrund von Ereignissen der Vergangenheit, die der Höhe und/oder dem Eintrittszeitpunkt nach unsicher sind. Die Rückstellungen werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Die Bewertung erfolgt mit dem Erwartungswert beziehungsweise mit dem Betrag, der über die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit verfügt.

Die langfristigen Rückstellungen werden mit ihrem auf den Bilanzstichtag abgezinsten Erfüllungsbetrag angesetzt. Davon ausgenommen sind die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Für diese gelten gemäß IAS 19 besondere Regelungen.

Latente Steuern

Latente Steuern wurden gemäß Temporary Concept (IAS 12) auf sämtliche zeitliche Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede zwischen Steuerbilanz und IFRS-Bilanz der Einzelgesellschaften gebildet. Latente Steuern aus Konsolidierungsvorgängen werden gesondert angesetzt. Aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden bilanziert, sofern deren Realisierung mit ausreichender Sicherheit gewährleistet ist. Die latenten Steuern werden auf Basis der Steuersätze ermittelt, die in den jeweiligen Ländern zum Zeitpunkt der Realisierung gelten oder erwartet werden. Für inländische Konzerngesellschaften wurde ein Steuersatz von 29,0% angewandt. Steueransprüche und Steuerschulden werden je Organkreis beziehungsweise je Gesellschaft saldiert, sofern die Voraussetzungen hierfür bestehen.

Finanzverbindlichkeiten

Finanzverbindlichkeiten werden bei erstmaligem Ansatz zu ihrem beizulegenden Zeitwert bilanziert. Bei der Folgebewertung werden sie zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing werden zum niedrigeren Wert aus beizulegendem Zeitwert und Barwert der Mindestleasingraten zum Zeitpunkt der Aktivierung des Leasinggegenstands bewertet.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie übrige Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie übrige Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Die als Schulden passivierten Baukostenzuschüsse werden entsprechend der Nutzung der Sachanlagen ergebniswirksam unter den sonstigen betrieblichen Erträgen aufgelöst. Der Auflösungszeitraum bei den Baukostenzuschüssen beträgt in der Regel 40 bis 45 Jahre. Investitionskostenzuschüsse und -zulagen werden entsprechend dem Abschreibungsverlauf der zugehörigen Anlagegüter aufgelöst. Die Auflösung wird offen mit den Abschreibungen verrechnet.

Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten und nicht fortzuführenden Aktivitäten

Als „zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“ werden einzelne langfristige Vermögenswerte und Gruppen von Vermögenswerten ausgewiesen, die in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können, deren Veräußerung sehr wahrscheinlich ist und die insgesamt die in IFRS 5 definierten Kriterien erfüllen. Unter der Position „Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten und nicht fortzuführenden Aktivitäten“ werden Schulden ausgewiesen, die Bestandteil einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe von Unternehmenswerten oder einer nicht fortzuführenden Aktivität darstellen.

Vermögenswerte, die erstmalig als „zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“ klassifiziert werden, dürfen nicht mehr planmäßig abgeschrieben werden, sondern sind mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten anzusetzen.

Gewinne oder Verluste aus der Bewertung einzelner zur Veräußerung gehaltener Vermögenswerte und von Gruppen von Vermögenswerten werden bis zu ihrer endgültigen Veräußerung im Ergebnis aus fortzuführenden Aktivitäten ausgewiesen.

Aufwendungen und Erträge aus der Geschäftstätigkeit nicht fortzuführender Aktivitäten werden ebenso wie Gewinne und Verluste aus deren Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten als Ergebnis aus nicht fortzuführenden Aktivitäten ausgewiesen. Gewinne und Verluste aus der Veräußerung der nicht fortzuführenden Aktivitäten sind ebenfalls unter dieser Position auszuweisen.

Derivate

Derivate nach IAS 39 werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Ihr Ausweis erfolgt unter den sonstigen Vermögenswerten und übrigen Verbindlichkeiten und Zuschüssen.

Handelt es sich um Verträge, die zum Zweck des Empfangs oder der Lieferung von nicht finanziellen Posten gemäß des erwarteten Einkaufs-, Verkaufs- oder Nutzungsbedarfs abgeschlossen wurden und weiterhin diesem Zweck dienen (Own Use), werden diese nicht als Derivate nach IAS 39, sondern als schwebende Geschäfte gemäß IAS 37 bilanziert.

Derivate sind der Kategorie „zu Handelszwecken gehalten“ zugeordnet, sofern kein Hedge Accounting angewendet wird. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Bei Derivaten, die in einem Sicherungszusammenhang stehen, bestimmt sich die Bilanzierung von Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts nach der Art des Sicherungsgeschäfts.

Bei Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von Cashflow Hedges, die zum Ausgleich künftiger Cashflow-Risiken aus bereits bestehenden Grundgeschäften oder geplanten, mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretenden Transaktionen eingesetzt werden, werden die unrealisierten Gewinne und Verluste in Höhe des eingedeckten Grundgeschäfts zunächst erfolgsneutral im Eigenkapital (kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen) ausgewiesen. Eine Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt zeitgleich mit der Ergebniswirkung des abgesicherten Grundgeschäfts.

Bei einem Fair Value Hedge, der zur Absicherung von beizulegenden Zeitwerten von bilanzierten Vermögenswerten oder Schulden eingesetzt wird, werden die Ergebnisse aus der Bewertung von Derivaten und der dazugehörigen Grundgeschäfte ergebniswirksam gebucht.

Fremdwährungsrisiken aus Beteiligungen mit ausländischer Funktionalwährung werden durch Hedges einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb abgesichert. Unrealisierte Wechselkursdifferenzen werden zunächst erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst und zum Zeitpunkt der Veräußerung des ausländischen Geschäftsbetriebs erfolgswirksam in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht.

Eventualverbindlichkeiten

Bei Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um mögliche Verpflichtungen gegenüber Dritten oder um gegenwärtige Verpflichtungen, bei denen ein Ressourcenabfluss unwahrscheinlich ist oder deren Höhe nicht verlässlich bestimmt werden kann. Eventualverbindlichkeiten werden nicht bilanziert.

Ertragsrealisierung

Umsatzerlöse werden grundsätzlich bei Risikoübergang auf den Kunden realisiert. Die maßgeblichen Risiken und Chancen gehen grundsätzlich beim Eigentumsübergang oder bei Besitzübergang auf den Kunden über. Die Bewertung der Umsatzerlöse bemessen sich für Güter beziehungsweise Dienstleistungen nach dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen oder zu erhaltenden Gegenleistung. Umsatzerlöse werden um Erlöschmälerungen, zum Beispiel Preisnachlässe oder Skonti, gekürzt und ohne Umsatzsteuer sowie nach Eliminierung konzerninterner Verkäufe ausgewiesen. Umsatzerlöse resultieren zum größten Teil aus Strom- und Gasverkäufen, aus der Verteilung von Strom und Gas sowie aus der Abfallentsorgung, energienahen Dienstleistungen und aus der Wasserversorgung.

Zinserträge werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode zeitanteilig erfasst. Dividendenerträge werden zu dem Zeitpunkt erfasst, an dem das Recht auf den Empfang der Zahlung entsteht.

Ermessensentscheidungen und Schätzungen bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses sind bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Ermessensentscheidungen und Schätzungen vorzunehmen, die sich auf den Ausweis und die Bewertung der Vermögenswerte und Schulden, der Aufwendungen und Erträge sowie der Eventualverbindlichkeiten auswirken können.

Bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind insbesondere folgende Ermessensentscheidungen zu treffen:

- Bei bestimmten Warentermingeschäften ist zu entscheiden, ob diese als Derivat nach IAS 39 oder als schwebende Geschäfte entsprechend den Vorschriften des IAS 37 zu bilanzieren sind.
- Finanzielle Vermögenswerte sind den Bewertungskategorien des IAS 39 „zu Handelszwecken gehalten“, „zur Veräußerung verfügbar“, „bis zur Endfälligkeit gehalten“ und „Kredite und Forderungen“ zuzuordnen.
- Bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen sieht IAS 19 unterschiedliche Möglichkeiten zur Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste vor. Im EnBW-Konzern wird das Korridorverfahren angewendet.

Die Schätzungen beruhen auf Annahmen und Prognosen, die von Natur aus ungewiss sind und Veränderungen unterliegen können. Die wichtigsten zukunftsbezogenen Annahmen sowie sonstige am Stichtag bestehende Quellen von Schätzungsunsicherheiten, aufgrund derer ein beträchtliches Risiko besteht, dass innerhalb des nächsten Geschäftsjahres eine wesentliche Anpassung der Buchwerte von Vermögenswerten und Schulden erforderlich sein wird, werden im Folgenden erläutert:

Geschäfts- oder Firmenwerte: Die Werthaltigkeit der Geschäfts- oder Firmenwerte wird jährlich im Rahmen eines Impairment-Tests geprüft. Im Zuge dieses Tests müssen vor allem in Bezug auf künftige Zahlungsmittelüberschüsse Schätzungen vorgenommen werden. Zur Ermittlung des erzielbaren Betrags ist ein angemessener Diskontierungszinssatz zu wählen. Eine künftige Änderung der gesamtwirtschaftlichen, der Branchen- oder der Unternehmenssituation kann zu einer Reduzierung der Zahlungsmittelüberschüsse beziehungsweise des Diskontierungszinssatzes und somit gegebenenfalls zu einer außerplanmäßigen Abschreibung der Geschäfts- oder Firmenwerte führen.

Sachanlagen: Technischer Fortschritt, eine Verschlechterung der Marktsituation oder Schäden können zu einer außerplanmäßigen Abschreibung der Sachanlagen führen.

Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten: Wertänderungen finanzieller Vermögenswerte der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Nachhaltige Wertminderungen werden erfolgswirksam im Periodenergebnis erfasst. Objektive Hinweise für das Vorliegen einer nachhaltigen Wertminderung bei Eigenkapitalinstrumenten ergeben sich, wenn der beizulegende Zeitwert signifikant oder länger anhaltend unter dem Wert der fortgeführten Anschaffungskosten liegt. Im Geschäftsjahr 2009 wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf zur Veräußerung verfügbare Finanzinvestitionen in Höhe von 57,0 Mio. € ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst (Vorjahr: 89,1 Mio. €).

Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten: Der beizulegende Zeitwert finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten wird anhand von Börsenkursen oder auf Grundlage anerkannter Bewertungsverfahren einschließlich der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Sofern die in das Bewertungsverfahren eingehenden Parameter sich nicht auf beobachtbare Marktdaten stützen, sind entsprechende Annahmen zu treffen, die sich auf die Höhe des beizulegenden Zeitwerts der finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten auswirken können.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögenswerte: Um dem Kreditrisiko Rechnung zu tragen, werden Wertberichtigungen auf zweifelhafte Forderungen gebildet. Die Höhe der Wertberichtigung umfasst hierbei Einschätzungen und Beurteilungen einzelner Forderungen, die auf den Fälligkeitsstrukturen der Forderungssalden, der Bonität der Kunden, den Erfahrungen in Bezug auf Ausbuchungen von Forderungen der Vergangenheit und Veränderungen von Zahlungsbedingungen basieren. Zum 31. Dezember 2009 betragen die Wertberichtigungen bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie den sonstigen Vermögenswerten insgesamt 70,1 Mio. € (Vorjahr: 82,8 Mio. €).

Pensionsrückstellungen: Bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen kommt es durch die Wahl der Prämissen wie Rechnungszins oder Trendannahmen, durch den Ansatz biometrischer Wahrscheinlichkeiten mit den Heubeck-Richttafeln 2005 G sowie durch anerkannte Näherungsverfahren bei der Ermittlung der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung gegebenenfalls zu Abweichungen im Vergleich zu den tatsächlichen im Zeitablauf entstehenden Verpflichtungen. Bei der Ermittlung des Zinssatzes für 2009 wurden Anleihen mit Sondereigenschaften nicht mitberücksichtigt.

Kernenergierückstellungen: Die Rückstellungen für Stilllegung und Entsorgung im Kernenergiebereich basieren auf externen Gutachten, die jährlich aktualisiert werden. Diesen Gutachten liegen Kostenschätzungen der Erfüllungsbeträge für die jeweilige Verpflichtung zugrunde. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich insbesondere aus Änderungen des Verpflichtungsumfangs und aus Abweichungen von den angenommenen Kostenentwicklungen sowie bei Änderungen der Zahlungszeitpunkte. Weiterhin kann eine Änderung des Diskontierungszinses zu einer Anpassung der Kernenergierückstellungen führen.

Drohverlustrückstellungen: Drohverlustrückstellungen werden in der Regel für nachteilige Bezugs- und Absatzverträge gebildet. Eine künftige Änderung der Marktpreise auf der Bezugs- oder Absatzseite kann zu einer Anpassung der Drohverlustrückstellungen führen.

Bilanzierung von Erwerben: Im Rahmen eines Anteilerwerbs werden sämtliche identifizierten Vermögenswerte und Schulden sowie Eventualverbindlichkeiten für Zwecke der Erstkonsolidierung zum beizulegenden Zeitwert am Erwerbsstichtag angesetzt. Zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte dieser Vermögenswerte und Schulden zum Erwerbsstichtag werden Schätzungen herangezogen. Die Bewertung von Grundstücken und Gebäuden sowie von Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgt in der Regel durch unabhängige Gutachter. Der Ansatz börsengehandelter Wertpapiere erfolgt zum Börsenpreis. Die Bewertung immaterieller Vermögenswerte richtet sich zum einen nach der Art des immateriellen Vermögenswerts und zum anderen nach der Komplexität der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts. Der beizulegende Zeitwert wird demnach auf Basis eines unabhängigen externen Bewertungsgutachtens bestimmt.

Ertragsteuern: Für die Bildung von Steuerrückstellungen sowie bei der Beurteilung der Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern auf Verlustvorträge sind gleichermaßen Schätzungen vorzunehmen. Bei der Beurteilung der Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern bestehen Unsicherheiten in Bezug auf die Auslegung komplexer Steuervorschriften sowie auf die Höhe und den Zeitpunkt künftiger zu versteuernder Einkünfte.

Equity-Bewertung: Bei einigen Gesellschaften lagen uns keine IFRS-Abschlüsse vor. Aus diesem Grund wurde die Equity-Bewertung auf Grundlage einer Schätzung der HGB-IFRS-Unterschiede durchgeführt.

Gemeinschaftsunternehmen

Der Anteil der Gemeinschaftsunternehmen an der Konzernbilanz sowie an der Gewinn- und Verlustrechnung gliedert sich wie folgt:

Bilanz in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Langfristige Vermögenswerte	378,1	338,4
Kurzfristige Vermögenswerte	138,8	140,2
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	151,0	0,0
Langfristige Schulden	139,9	97,6
Kurzfristige Schulden	107,8	80,9
Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	17,3	0,0

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €	2009	2008
Umsatzerlöse	443,9	369,7
Materialaufwand	-319,9	-257,2
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	69,0	57,1
Beteiligungs- und Finanzergebnis	5,5	8,0
Ergebnis vor Ertragsteuern	74,5	65,1
Ertragsteuern	-15,3	-11,9
Ergebnis nach Ertragsteuern	59,2	53,2

Währungsumrechnung

In den Einzelabschlüssen rechnen die Gesellschaften die Transaktionen in fremder Währung mit dem Wechselkurs zum Zeitpunkt des Zugangs um. Nicht monetäre Posten werden zum Bilanzstichtag mit dem Kurs bewertet, der zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes galt. Monetäre Posten werden mit dem Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen aus monetären Posten werden ergebniswirksam in den sonstigen betrieblichen Erträgen beziehungsweise sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Berichtswährung der EnBW, die auch der funktionalen Währung entspricht, ist der Euro (€). Die Jahresabschlüsse der Konzerngesellschaften werden in Euro umgerechnet. Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß IAS 21 „Auswirkungen von Wechselkursveränderungen“ nach der Methode der funktionalen Währung. Gemäß dieser Methode werden bei den Gesellschaften, die nicht in Euro berichten, die Vermögenswerte und Schulden mit dem Mittelkurs zum Bilanzstichtag, die Aufwendungen und Erträge mit dem Jahresdurchschnittskurs umgerechnet. Bei den entsprechenden Gesellschaften handelt es sich um wirtschaftlich selbstständige ausländische Teileinheiten, bei denen grundsätzlich die funktionale Währung identisch mit der jeweiligen Landeswährung ist. Unterschiedsbeträge aus der Währungsumrechnung der Vermögenswerte und Schulden gegenüber der Umrechnung des Vorjahres sowie Umrechnungsdifferenzen zwischen der Gewinn- und Verlustrechnung und der Bilanz werden erfolgsneutral im Eigenkapital innerhalb der kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen erfasst. Bei den ausländischen Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden, wird entsprechend vorgegangen.

Die Gesellschaften des EnBW-Konzerns entfalten ihre Geschäftstätigkeit im Wesentlichen im Euroraum. Im Geschäftsjahr und im Vorjahr war eine Anwendung der Regelungen des IAS 29 zu der Rechnungslegung in Hochinflationländern nicht notwendig. Keine wesentliche Konzerngesellschaft hatte ihren Sitz in einem Hochinflationland.

Für die Währungsumrechnung wurden unter anderem folgende Wechselkurse zugrunde gelegt:

1 €	Stichtagskurs		Durchschnittskurs	
	2009	2008	2009	2008
Schweizer Franken	1,48	1,49	1,51	1,59
Pfund Sterling	0,89	0,95	0,89	0,80
US-Dollar	1,44	1,39	1,39	1,47
Ungarische Forint	270,42	266,70	280,48	251,78
Tschechische Kronen	26,47	26,88	26,45	24,96
Japanische Yen	133,16	126,14	130,28	152,45

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung und zur Bilanz

(1) Umsatzerlöse

Umsatzerlöse werden erfasst, wenn der Risikübergang auf den Kunden erfolgt ist. Die von den Gesellschaften gezahlte Strom- und Erdgassteuer wird offen von den Umsatzerlösen abgesetzt.

Um die Geschäftsentwicklung zutreffender darzustellen, werden Aufwendungen und Erträge aus Energiehandelsgeschäften netto ausgewiesen. Der Nettoausweis führt zu einer Saldierung von Umsatzerlösen und Materialaufwand aus Energiehandelsgeschäften. Für das Geschäftsjahr 2009 betragen die netto ausgewiesenen Energiehandelsumsätze 6.301,7 Mio. € (Vorjahr: 7.810,1 Mio. €).

Die Segmentberichterstattung enthält eine Gliederung der Umsätze nach Geschäftsfeldern und Regionen.

(2) Sonstige betriebliche Erträge

Mio. €	2009	2008
Pacht- und Mieterträge	28,3	35,1
Erträge aus der Auflösung und Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	15,5	7,3
Erträge aus Anlagenabgängen	36,3	27,7
Währungskursgewinne	11,7	20,9
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	383,1	166,1
Erträge aus der Auflösung und dem Abgang von Baukostenzuschüssen	110,7	90,3
Erträge aus Derivaten	100,3	99,1
Übrige	328,3	369,3
Gesamt	1.014,2	815,8

In den Anlagenabgängen sind Erträge aus dem Abgang von zur Veräußerung gehaltenen Immobilien in Höhe von 3,0 Mio. € (Vorjahr: 5,8 Mio. €) enthalten.

Die Zuschreibungen auf Sachanlagen und Investment Properties betragen im Berichtsjahr 3,4 Mio. € (Vorjahr: 1,8 Mio. €).

In den übrigen sonstigen betrieblichen Erträgen sind darüber hinaus unter anderem Erträge aus der Auflösung von abgegrenzten Verbindlichkeiten sowie Erträge aus Versicherungsleistungen enthalten.

(3) Materialaufwand

Mio. €	2009	2008
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	8.834,6	9.818,2
Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.286,5	2.280,9
Gesamt	11.121,1	12.099,1

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren umfassen insbesondere die Strom- und Gasbezugskosten sowie die erforderlichen Zuführungen – mit Ausnahme der Aufzinsung – zu Rückstellungen für die Stilllegung der Kernkraftwerke, soweit diese nicht aktivierungspflichtig sind. Darüber hinaus sind Kosten für die Entsorgung bestrahlter Brennelemente und radioaktiver Abfälle sowie Kosten für den Verbrauch von Kernbrennelementen, Kernbrennstoffen und Brennstoffen für konventionelle Kraftwerke enthalten.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen enthalten überwiegend Aufwendungen für Netznutzung, Fremdleistungen für Betrieb und Instandhaltung der Anlagen sowie Konzessionsabgaben. Des Weiteren sind hier die sonstigen direkt der Leistungserstellung zurechenbaren Aufwendungen ausgewiesen.

(4) Personalaufwand

Mio. €	2009	2008
Vergütungen	1.253,9	1.183,9
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	363,7	296,5
davon für Altersversorgung	(152,4)	(100,0)
Gesamt	1.617,6	1.480,4

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	2009	2008
Strom Erzeugung und Handel	4.671	4.493
Strom Netz und Vertrieb	6.444	7.226
Gas	727	914
Energie- und Umweltdienstleistungen	8.487	7.130
Holding	585	594
Mitarbeiter	20.914	20.357
Auszubildende im Konzern	1.262	1.247

Die Aufwendungen für die Altersversorgung aus der Zuführung zur Pensionsverpflichtung betragen 47,9 Mio. € (Vorjahr: 56,2 Mio. €). Die übrigen Aufwendungen für die Altersversorgung beinhalten im Wesentlichen sonstige rückstellungsfähige Sozialleistungen sowie Beiträge an den Pensionsversicherungsvereine.

In der Gesamtzahl sind die Mitarbeiter der quotaleinbezogenen Unternehmen mit 712 Mitarbeitern (Vorjahr: 678) entsprechend ihrem EnBW-Anteil erfasst.

(5) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Mio. €	2009	2008
Mieten, Pachten, Leasing	72,9	74,7
Aufwand aus Einzelwertberichtigungen zu Forderungen	52,3	40,3
Aufwand aus Anlagenabgängen	21,7	24,5
Währungskursverluste	14,2	15,8
Sonstige Personalkosten	80,7	71,9
Werbeaufwand	103,6	125,5
Verwaltungs- und Vertriebskosten	121,9	127,3
Prüfungs-, Rechts- und Beratungskosten	185,7	161,8
Aufwand aus Derivaten	36,6	138,2
Versicherungen	44,8	41,8
Abgaben	7,5	7,0
Sonstige Steuern	26,1	13,4
Abschreibungen auf das Vorratsvermögen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte	116,5	0,0
Übrige	274,5	229,2
Gesamt	1.159,0	1.071,4

(6) Abschreibungen

Mio. €	2009	2008
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	115,0	97,1
Abschreibungen auf Sachanlagevermögen	748,3	973,9
Abschreibungen auf Investment Properties	1,8	7,2
Auflösung der Investitionskostenzuschüsse	-6,2	-6,3
Gesamt	858,9	1.071,9

Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung vorgenommen. Die außerplanmäßigen Abschreibungen auf sonstige immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagevermögen und Investment Properties betragen 37,5 Mio. € (Vorjahr: 270,2 Mio. €). Die außerplanmäßigen Abschreibungen des Vorjahres sind im Wesentlichen durch Abschreibungen auf die Strom- und Gasnetze aufgrund einer weiteren Reduzierung der Netznutzungsentgelte durch die Bundesnetzagentur bedingt.

(7) Beteiligungsergebnis

Mio. €	2009	2008
Laufendes Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	175,9	142,8
Abschreibungen at equity bewerteter Unternehmen	-102,0	0,0
Zuschreibungen at equity bewerteter Unternehmen	6,8	0,0
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	80,7	142,8
Erträge aus Beteiligungen ¹	55,0	58,8
davon verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	(6,2)	(8,2)
Abschreibungen auf Beteiligungen	-63,4	-4,4
davon verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	(-1,2)	(-2,5)
Ergebnis aus dem Verkauf von Beteiligungen	10,0	54,1
Übriges Beteiligungsergebnis	1,6	108,5
Beteiligungsergebnis	82,3	251,3

¹ Davon 0,0 Mio. € (Vorjahr: 6,6 Mio. €) Erträge aus Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden.

Das Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen beinhaltet Abschreibungen auf die EWE Aktiengesellschaft (95,0 Mio. €). Der Wertminderungsbedarf resultiert unter anderem aus einem Rückgang der Ergebniserwartungen aufgrund der schlechten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die Zuschreibung betrifft eine ausländische Gesellschaft.

In den Abschreibungen auf Beteiligungen sind Wertminderungen auf Beteiligungen in Höhe von 62,2 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €) enthalten, die im Wesentlichen auf eine als Finanzinvestition gehaltene Beteiligung entfallen. Die Wertminderungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen betragen 1,2 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €).

(8) Finanzergebnis

Mio. €	2009	2008
Zinsen und ähnliche Erträge	252,3	302,6
davon verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	[0,3]	[0,5]
Andere Finanzerträge	122,0	155,2
Finanzerträge	374,3	457,8
Finanzierungszinsen ¹	-332,2	-232,4
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-47,0	-32,7
davon verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	[-0,1]	[-0,3]
Zinsanteil der Zuführungen zu den Rückstellungen	-511,2	-488,7
Personalrückstellungen	[-230,8]	[-218,8]
Kerntechnische Rückstellungen	[-272,7]	[-254,8]
Sonstige langfristige Rückstellungen	[-7,7]	[-15,1]
Andere Finanzaufwendungen	-198,3	-177,1
Finanzaufwendungen¹	-1.088,7	-930,9
Finanzergebnis¹	-714,4	-473,1

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Die Zinsen und ähnlichen Erträge enthalten Zinserträge aus verzinslichen Wertpapieren und Ausleihungen, Dividenden und sonstige Gewinnanteile.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden Zinserträge in Höhe von 28,0 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) mit diesen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Zinsaufwendungen verrechnet.

Die Finanzierungszinsen beinhalten Aufwendungen für Bankzinsen und Anleihen in Höhe von 263,2 Mio. € (Vorjahr angepasst: 158,2 Mio. €), den Zinsanteil für die Kosten von Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 38,0 Mio. € (Vorjahr: 42,2 Mio. €) sowie sonstige Finanzierungszinsen in Höhe von 31,0 Mio. € (Vorjahr: 32,0 Mio. €).

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Aufwendungen enthalten insbesondere Zinsen auf Put-Optionen von Minderheitsgesellschaftern bereits vollkonsolidierter Unternehmen in Höhe von 31,7 Mio. € (Vorjahr: 23,8 Mio. €). Die Zinsanteile aus der Zuführung von Rückstellungen betreffen die jährliche Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen.

In den anderen Finanzaufwendungen sind im Geschäftsjahr 2009 insbesondere Aufwendungen aus Wertberichtigungen unserer Kapitalanlagen, die der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ zugeordnet sind, infolge der allgemeinen Finanzkrise an den Kapitalmärkten in Höhe von 57,0 Mio. € (Vorjahr: 89,1 Mio. €) enthalten. Darüber hinaus beinhalten die anderen Finanzaufwendungen Wertminderungen auf Ausleihungen in Höhe von 14,8 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) sowie Kursverluste aus Verkäufen von Wertpapieren in Höhe von 90,6 Mio. € (Vorjahr: 69,6 Mio. €). Die anderen Finanzerträge enthalten unter anderem realisierte Kursgewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren in Höhe von 82,8 Mio. € (Vorjahr: 92,4 Mio. €).

(9) Ertragsteuern

Mio. €	2009	2008
Tatsächliche Ertragsteuern		
Inländische Körperschaftsteuer	150,6	187,4
Inländische Gewerbesteuer	82,2	71,3
Ausländische Ertragsteuern	37,4	29,1
Summe	270,2	287,8
Latente Steuern¹		
Inland	168,0	57,3
Ausland	-5,4	-6,8
Summe	162,6	50,5
Ertragsteuern (-Ertrag/+Aufwand)¹	432,8	338,3

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

In den tatsächlichen Ertragsteuern sind im Saldo Aufwendungen in Höhe von 69,6 Mio. € enthalten (Vorjahr: 32,8 Mio. €), die vorangegangene Perioden betreffen. In den latenten Steuern sind im Saldo Erträge von 26,4 Mio. € enthalten (Vorjahr: 46,3 Mio. €), die vorangegangene Perioden betreffen.

Im laufenden Geschäftsjahr betrug der Körperschaftsteuersatz 15,0% zuzüglich des Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5%. Der Gewerbesteuersatz lag bei 13,2%. Hieraus resultiert ein Steuersatz in Höhe von 29,0%. Für die ausländischen Gesellschaften wird der im Sitzland jeweils maßgebliche Steuersatz zur Berechnung der Ertragsteuern zugrunde gelegt. Latente Steueransprüche und -verbindlichkeiten werden mit den im Zeitpunkt der Realisierung gültigen Steuersätzen bewertet.

Der latente Steueraufwand wurde im Jahr 2009 durch den Ansatz bisher nicht genutzter steuerlicher Verlustvorträge um 2,5 Mio. € (Vorjahr: 6,7 Mio. €) gemindert. Ferner wurde der latente Steueraufwand durch die Anpassung von steuerlichen Verlustvorträgen um 27,3 Mio. € (Vorjahr: Rückgang um 0,6 Mio. €) erhöht.

Die Überleitung vom theoretischen Ertragsteueraufwand zum effektiven Ertragsteueraufwand stellt sich wie folgt dar:

Mio. € ¹	2009	%	2008	%
Ergebnis vor Ertragsteuern	1.257,2		1.246,4	
Theoretischer Steuersatz		29,0		29,0
Theoretischer Ertragsteueraufwand	364,6		361,5	
Steuereffekte durch				
Unterschiede ausländischer Steuersätze und Steuersatzabweichungen	-14,0	-1,1	0,3	0,0
Steuerfreie Erträge	-50,9	-4,0	-56,6	-4,5
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	82,5	6,6	63,7	5,1
Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen und Kürzungen	21,9	1,7	21,8	1,7
Equity-Bewertung assoziierter Unternehmen	-23,4	-1,9	-41,6	-3,3
Veränderung nicht bewerteter Verlustvorträge	24,8	2,0	-3,3	-0,3
Steuerfreie Veräußerungen von Beteiligungen	-16,8	-1,3	-2,1	-0,2
Periodenfremde Steuern	43,2	3,4	-13,5	-1,1
Sonstiges	0,9	0,0	8,1	0,7
Effektive Ertragsteuern (-Ertrag/+Aufwand)	432,8		338,3	
Effektive Steuerquote		34,4		27,1

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

(10) Immaterielle Vermögenswerte

Mio. € ¹	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, Lizenzen u. ä. Rechte	Selbst erstellte immaterielle Wirtschafts- güter	Geschäfts- oder Firmen- werte	Sonstige	Summe
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten					
Stand: 01.01.2009	1.579,1	69,3	702,1	20,2	2.370,7
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises ²	268,1	0,0	97,0	0,0	365,1
Zugänge	29,0	2,8	0,0	8,4	40,2
Umbuchungen	10,7	6,1	0,0	-9,8	7,0
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-56,4	0,0	-112,1	-3,2	-171,7
Währungsanpassungen	0,9	0,0	1,6	0,0	2,5
Abgänge	-14,4	0,0	-38,6	-1,4	-54,4
Stand: 31.12.2009	1.817,0	78,2	650,0	14,2	2.559,4
Kumulierte Abschreibungen					
Stand: 01.01.2009	623,3	30,8	14,0	0,0	668,1
Zugänge	96,0	10,3	0,0	0,0	106,3
Umbuchungen	2,2	-0,1	0,0	0,0	2,1
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-20,5	0,0	0,0	0,0	-20,5
Währungsanpassungen	0,3	0,0	0,0	0,0	0,3
Abgänge	-12,0	0,0	0,0	0,0	-12,0
Wertminderungen	8,7	0,0	0,0	0,0	8,7
Stand: 31.12.2009	698,0	41,0	14,0	0,0	753,0
Buchwerte					
Stand: 31.12.2009	1.119,0	37,2	636,0	14,2	1.806,4
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten					
Stand: 01.01.2008	1.474,8	68,8	684,8	17,1	2.245,5
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises ²	0,3	0,0	16,1	0,1	16,5
Zugänge	124,5	0,4	0,0	7,2	132,1
Umbuchungen	3,2	0,1	0,0	-4,2	-0,9
Währungsanpassungen	21,1	0,0	1,2	0,0	22,3
Abgänge	-44,8	0,0	0,0	0,0	-44,8
Stand: 31.12.2008	1.579,1	69,3	702,1	20,2	2.370,7
Kumulierte Abschreibungen					
Stand: 01.01.2008	544,0	20,8	14,0	0,0	578,8
Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	-0,2	0,0	0,0	0,0	-0,2
Zugänge	86,1	10,0	0,0	0,0	96,1
Umbuchungen	-1,4	0,0	0,0	0,0	-1,4
Währungsanpassungen	3,5	0,0	0,0	0,0	3,5
Abgänge	-9,7	0,0	0,0	0,0	-9,7
Wertminderungen	1,0	0,0	0,0	0,0	1,0
Stand: 31.12.2008	623,3	30,8	14,0	0,0	668,1
Buchwerte					
Stand: 31.12.2008	955,8	38,5	688,1	20,2	1.702,6

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Beinhaltet auch Anteilsaufstockungen.

Vom Buchwert der immateriellen Vermögenswerte entfallen 189,0 Mio. € (Vorjahr: 223,8 Mio. €) auf Finanzierungsleasingverträge. Diese betreffen im Wesentlichen ein Strombezugsrecht in Höhe von 185,3 Mio. € (Vorjahr: 217,5 Mio. €). Die Laufzeit des Vertrags endet im Jahr 2015. Außerdem sind im Buchwert der immateriellen Vermögenswerte Konzessionen zum Betreiben von Kraftwerken in Höhe von 626,8 Mio. € (Vorjahr: 393,1 Mio. €) und Kundenbeziehungen in Höhe von 105,8 Mio. € (Vorjahr: 139,7 Mio. €) enthalten.

Im Jahr 2009 wurden insgesamt 32,0 Mio. € (Vorjahr: 28,9 Mio. €) für Forschung und Entwicklung aufgewendet. Die nach IFRS geforderten Aktivierungskriterien wurden nicht erfüllt.

Im Rahmen des Wertminderungstests wurden die Geschäfts- oder Firmenwerte den jeweiligen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet. Im Jahr 2009 wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte vorgenommen.

Zum 31. Dezember 2009 betrug der gesamte Geschäfts- oder Firmenwert 636,0 Mio. € (Vorjahr angepasst: 688,1 Mio. €). Von diesem Betrag entfallen 84,1% (Vorjahr: 86,0%) auf die in der folgenden Tabelle dargestellten zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen zahlungsmittelgenerierender Einheiten:

Zahlungsmittelgenerierende Einheit/ Gruppe von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten ¹	Diskontierungsfaktoren nach Steuern in %		Geschäfts- oder Firmenwert in Mio. €	
	2009	2008	2009	2008
Stromverteilung/Stromvertrieb	4,9–7,4	4,9–7,8	151,4	207,0
Gasverteilung/Gasvertrieb	4,9–7,4	4,9–7,8	45,4	101,6
Teilkonzern Stadtwerke Düsseldorf AG	4,9–7,4	4,9–7,8	127,4	165,3
Teilkonzern Energiedienst Holding AG (ohne EnAlpin AG)	4,9–7,4	4,9–7,8	117,8	117,8
Teilkonzern Borusan EnBW Enerji yatırımları ve Üretim A. Ş.	11,9	-	92,9	-

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Die den anderen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen zahlungsmittelgenerierender Einheiten zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerte betragen jeweils weniger als 10% des gesamten Geschäfts- oder Firmenwerts. Ihre Summe belief sich insgesamt auf 101,1 Mio. € (Vorjahr: 96,4 Mio. €).

Die Bestimmung des erzielbaren Betrags der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten erfolgt auf Basis des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten. Der beizulegende Zeitwert wird anhand eines Unternehmensbewertungsmodells unter Zugrundelegung von Cashflow-Planungen ermittelt, die auf den vom Vorstand für einen Zeitraum von drei Jahren genehmigten und zum Zeitpunkt der Durchführung des Wertminderungstests gültigen Mittelfristplanungen basieren. Die Planungen beruhen auf Erfahrungen der Vergangenheit sowie auf Einschätzungen über die künftige Marktentwicklung.

Wesentliche Annahmen, auf denen die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich der Veräußerungskosten basiert, umfassen die Prognosen künftiger Strom- und Gaspreise, der Rohstoffpreise, der unternehmensbezogenen Investitionstätigkeit, der regulatorischen Rahmenbedingungen sowie von Wachstums- und Diskontierungszinssätzen.

Die zur Diskontierung der Cashflows verwendeten Zinssätze werden auf Basis von Marktdaten ermittelt und liegen zwischen 4,9% und 11,9% nach Steuern beziehungsweise 7,0% und 15,0% vor Steuern (Vorjahr: 4,9% bis 7,8% nach Steuern, 7,0% bis 10,9% vor Steuern).

Für die Extrapolation der Cashflows jenseits des Detailplanungszeitraums werden zur Berücksichtigung des erwarteten preis- und mengenbedingten Wachstums konstante Wachstumsraten von 1,0% und 1,5% (Vorjahr: 1,0% und 1,5%) zugrunde gelegt.

Der in der Türkei tätige Teilkonzern Borusan EnBW Enerji yatırımları ve Üretim A. Ş. besitzt, bezogen auf die Höhe des Geschäfts- oder Firmenwerts, den geringsten Überschuss des erzielbaren Betrags über den Buchwert. Der Überschuss beträgt 45,7 Mio. €. Der erzielbare Betrag von Borusan EnBW Enerji yatırımları ve Üretim A. Ş. wurde unter Verwendung eines Diskontierungszinssatzes in Höhe von 11,9 % ermittelt. Eine Erhöhung des Diskontierungszinssatzes um 1,5 % würde den Überschuss zwischen Buchwert und erzielbarem Betrag auf Null reduzieren.

Die Wertänderung einer Put-Option eines Minderheitsgesellschafters eines bereits vollkonsolidierten Unternehmens wurde rückwirkend für das Geschäftsjahr 2008 mit dem entsprechenden Firmenwert verrechnet. Die Verrechnung führte zu einem Anstieg des Firmenwerts um 14,8 Mio. €.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte entwickelten sich in den einzelnen Geschäftsfeldern wie folgt:

Mio. € ¹	Strom Erzeugung und Handel	Strom Netz und Vertrieb	Gas	Energie- und Umweltdienst- leistungen	Summe
Buchwerte Stand: 01.01.2009	151,5	340,2	140,2	56,2	688,1
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises ²	97,0	0,0	0,0	0,0	97,0
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	0,0	-56,0	-56,1	0,0	-112,1
Sonstige Veränderungen	-16,5	-1,0	-8,9	-10,6	-37,0
Buchwerte Stand: 31.12.2009	232,0	283,2	75,2	45,6	636,0
Buchwerte Stand: 01.01.2008	149,4	322,9	141,1	57,4	670,8
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises ²	-0,3	17,7	-0,9	-0,4	16,1
Sonstige Veränderungen	2,4	-0,4	0,0	-0,8	1,2
Buchwerte Stand: 31.12.2008	151,5	340,2	140,2	56,2	688,1

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Beinhaltet auch Anteilsaufstockungen.

(11) Sachanlagen

Mio. € ¹	Grund- stücke und Bauten	Kraft- werks- anlagen	Vertei- lungs- anlagen	Andere Anlagen	Anlagen im Bau	Summe
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten						
Stand: 01.01.2009	3.674,5	11.731,7	14.764,9	1.516,3	802,1	32.489,5
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	50,4	643,0	0,0	0,2	74,7	768,3
Zugänge	22,7	220,1	266,6	87,6	759,2	1.356,2
Umbuchungen	68,0	40,4	112,2	18,3	-249,4	-10,5
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-181,5	-63,5	-1.136,2	-60,2	-15,9	-1.457,3
Währungsanpassungen	3,2	2,0	3,1	0,3	0,1	8,7
Abgänge	-34,9	-85,6	-188,5	-78,2	-9,5	-396,7
Stand: 31.12.2009	3.602,4	12.488,1	13.822,1	1.484,3	1.361,3	32.758,2
Kumulierte Abschreibungen						
Stand: 01.01.2009	1.361,4	9.794,4	8.785,9	957,1	5,4	20.904,2
Zugänge	62,8	258,9	300,6	97,6	0,0	719,9
Umbuchungen	6,8	-10,0	-0,8	-0,6	34,3	29,7
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-43,5	-38,1	-460,6	-45,4	0,0	-587,6
Währungsanpassungen	0,5	1,0	1,1	0,1	0,0	2,7
Abgänge	-26,0	-25,0	-132,8	-74,0	-3,3	-261,1
Wertminderungen	2,7	17,8	7,8	0,1	0,0	28,4
Zuschreibungen	0,0	-0,1	-3,1	0,0	0,0	-3,2
Stand: 31.12.2009	1.364,7	9.998,9	8.498,1	934,9	36,4	20.833,0
Buchwerte						
Stand: 31.12.2009	2.237,7	2.489,2	5.324,0	549,4	1.324,9	11.925,2
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten						
Stand: 01.01.2008	3.558,7	11.602,5	14.414,3	1.506,1	481,1	31.562,7
Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethode	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	1,0
Stand: 01.01.2008 ²	3.558,7	11.602,5	14.414,3	1.506,1	482,1	31.563,7
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	2,0	-12,6	14,3	-1,0	1,8	4,5
Zugänge ³	131,0	109,8	308,7	110,9	543,5	1.203,9
Umbuchungen	21,1	69,9	94,0	-17,1	-216,3	-48,4
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-1,9	0,0	-7,1	-0,3	0,0	-9,3
Währungsanpassungen	-0,4	13,9	3,4	1,0	0,2	18,1
Abgänge	-36,0	-51,8	-62,7	-83,3	-9,2	-243,0
Stand: 31.12.2008	3.674,5	11.731,7	14.764,9	1.516,3	802,1	32.489,5
Kumulierte Abschreibungen						
Stand: 01.01.2008	1.351,8	9.564,7	8.261,5	961,5	7,0	20.146,5
Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0,0	-6,4	0,0	-1,6	0,0	-8,0
Zugänge	59,9	242,7	316,1	91,6	0,0	710,3
Umbuchungen	-39,4	18,5	13,4	-19,4	0,0	-26,9
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-1,6	0,0	-6,8	-0,3	0,0	-8,7
Währungsanpassungen	-0,2	8,3	2,1	0,8	0,0	11,0
Abgänge	-14,2	-34,2	-51,4	-75,7	-7,0	-182,5
Wertminderungen	5,1	1,1	251,8	0,2	5,4	263,6
Zuschreibungen	0,0	-0,3	-0,8	0,0	0,0	-1,1
Stand: 31.12.2008	1.361,4	9.794,4	8.785,9	957,1	5,4	20.904,2
Buchwerte						
Stand: 31.12.2008	2.313,1	1.937,3	5.979,0	559,2	796,7	11.585,3

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Der Buchwert der Anlagen im Bau beträgt zum 01.01.2008 475,1 Mio. €.

³ Die Zugänge bei den Anlagen im Bau enthalten rückwirkende Anpassungen vom 01.01.2008 - 31.12.2008 in Höhe von 10,6 Mio. €.

Gegenstände des Sachanlagevermögens unterliegen im Umfang von 46,7 Mio. € (Vorjahr: 19,5 Mio. €) Verfügungsbeschränkungen in Form von Grundpfandrechten.

Die Grundstücke und Bauten umfassen unter anderem auch grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken. Bei den anderen Anlagen werden Abfallentsorgungsanlagen, sonstige technische Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung mitberücksichtigt.

Vom Buchwert der Sachanlagen entfallen 12,9 Mio. € (Vorjahr: 15,7 Mio. €) auf Finanzierungsleasingverträge. Diese betreffen im Wesentlichen das Maschinengebäude des Rheinhafen-Dampfkraftwerks Karlsruhe. Die EnBW wird ihre Option, das Maschinengebäude 2015 nach Ende der Vertragslaufzeit zu erwerben, mit hoher Wahrscheinlichkeit ausüben.

Die Buchwerte der in den langfristigen Vermögenswerten aktivierten Finanzierungsleasingverträge sind nachfolgend zusammengefasst dargestellt:

Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	189,0	223,8
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	12,9	15,7
Gesamt	201,9	239,5

Die Konzerninvestitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen in Höhe von 1.309,4 Mio. € (Vorjahr angepasst: 1.256,6 Mio. €) lassen sich wie folgt aus dem Anlagespiegel ableiten:

Mio. € ¹	31.12.2009	31.12.2008
Zugänge zu den immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen laut Anlagespiegel	1.396,4	1.336,0
Zugänge zu aktivierten Vermögenswerten aus Finanzierungsleasingverträgen	0,0	-13,8
Zugänge zur aktivierten Rückstellung für Stilllegung und Abbau der nuklearen Erzeugungsanlagen	-136,6	-65,6
Zugänge zu den immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen der zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte	49,6	0,0
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	1.309,4	1.256,6

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

(12) Investment Properties

Mio. €	
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten	
Stand: 01.01.2009	150,5
Zugänge	0,1
Umbuchungen	5,1
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-26,3
Abgänge	-6,0
Stand: 31.12.2009	123,4
Kumulierte Abschreibungen	
Stand: 01.01.2009	63,9
Zugänge	1,4
Umbuchungen	2,9
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-10,6
Abgänge	-4,7
Wertminderungen	0,4
Zuschreibungen	-0,2
Stand: 31.12.2009	53,1
Buchwert	
Stand: 31.12.2009	70,3
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten	
Stand: 01.01.2008	150,1
Zugänge	0,1
Umbuchungen	14,3
Abgänge	-14,0
Stand: 31.12.2008	150,5
Kumulierte Abschreibungen	
Stand: 01.01.2008	62,4
Zugänge	1,6
Umbuchungen	4,3
Abgänge	-9,3
Wertminderungen	5,6
Zuschreibungen	-0,7
Stand: 31.12.2008	63,9
Buchwert	
Stand: 31.12.2008	86,6

Der Marktwert der Immobilien, die als Investment Properties zu klassifizieren sind, betrug zum Bilanzstichtag 87,4 Mio. € (Vorjahr: 103,2 Mio. €). Der Marktwert wurde entweder durch ein Discounted-Cashflow-Verfahren ermittelt oder aus aktuellen Marktpreisen abgeleitet. Rund die Hälfte der Investment Properties wurde von externen Gutachtern bewertet. Die Mieterträge betragen 9,2 Mio. € (Vorjahr: 10,9 Mio. €). Die direkt zurechenbaren betrieblichen Aufwendungen beliefen sich auf 2,8 Mio. € (Vorjahr: 1,4 Mio. €). Die betrieblichen Aufwendungen, denen keine Mieterträge gegenüberstehen, betragen 0,4 Mio. € (Vorjahr: 0,4 Mio. €).

Es bestehen wie im Vorjahr keine Verpflichtungen zum Erwerb von Investment Properties.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden durch den Verkauf von Investment Properties Veräußerungserlöse in Höhe von 1,6 Mio. € (Vorjahr: 7,8 Mio. €) erzielt.

Die Forderungen aus unkündbaren operativen Leasingverhältnissen des EnBW-Konzerns in Höhe von 76,4 Mio. € (Vorjahr: 89,4 Mio. €) stammen im Wesentlichen aus der Vermietung von Gewerbe- und Wohnimmobilien. In der abgelaufenen Periode wurden 1,2 Mio. € (Vorjahr: 0,9 Mio. €) bedingte Mietzahlungen vereinnahmt.

Die ausstehenden Mindestleasingzahlungen weisen folgende Fälligkeiten auf:

Mio. €	2009	2008
Fälligkeit bis 1 Jahr	21,6	21,1
Fälligkeit 1 bis 5 Jahre	21,7	31,9
Fälligkeit über 5 Jahre	33,1	36,4
Gesamt	76,4	89,4

(13) At equity bewertete Unternehmen

Mio. €	
Anschaffungskosten	
Stand: 01.01.2009	1.939,0
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	2.138,1
Zu-/Abgänge aufgrund von Ergebnissen	175,9
Zu-/Abgänge aufgrund von direkt im Eigenkapital erfassten Beträgen	-108,0
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-201,6
Währungsanpassungen	2,3
Abgänge aufgrund von Dividendenausschüttungen	-87,6
Sonstige Zu-/Abgänge	0,6
Stand: 31.12.2009	3.858,7
Kumulierte Abschreibungen	
Stand: 01.01.2009	6,8
Wertminderungen	102,0
Zuschreibungen	-6,8
Stand: 31.12.2009	102,0
Buchwert	
Stand: 31.12.2009	3.756,7
Anschaffungskosten	
Stand: 01.01.2008	1.863,3
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	53,6
Zu-/Abgänge aufgrund von Ergebnissen	142,8
Zu-/Abgänge aufgrund von direkt im Eigenkapital erfassten Beträgen	22,3
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-43,6
Währungsanpassungen	-20,0
Abgänge aufgrund von Dividendenausschüttungen	-88,6
Sonstige Zu-/Abgänge	9,2
Stand: 31.12.2008	1.939,0
Kumulierte Abschreibungen	
Stand: 01.01.2008	6,8
Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0,0
Stand: 31.12.2008	6,8
Buchwert	
Stand: 31.12.2008	1.932,2

Die folgenden Darstellungen zeigen die wesentlichen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz der at equity bewerteten Unternehmen:

Ergebnisdaten at equity bewerteter Unternehmen in Mio. €	2009	2008
Umsatzerlöse	11.088,4	8.163,8
Jahresüberschuss	476,8	490,1
Anpassung an EnBW-Anteil und Equity-Bewertung	-396,1	-347,3
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	80,7	142,8

Bilanzdaten at equity bewerteter Unternehmen in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Vermögenswerte	21.415,7	11.925,0
Schulden	13.124,9	6.548,0
Eigenkapital	8.290,8	5.377,0
Anpassung an EnBW-Anteil und Equity-Bewertung	-4.534,1	-3.444,8
Buchwert at equity bewerteter Unternehmen	3.756,7	1.932,2

Unser Anteil an den Eventualverbindlichkeiten at equity bewerteter Unternehmen zum 31. Dezember 2009 beträgt 510,2 Mio. € (Vorjahr: 609,3 Mio. €).

Der Börsenwert der Anteile, für die öffentliche Marktpreise existieren, liegt bei 1.010,3 Mio. € (Vorjahr: 851,9 Mio. €). Die entsprechenden Buchwerte dieser Anteile betragen 1.175,6 Mio. € (Vorjahr: 1.236,8 Mio. €). Aufgrund des höheren Nutzungswerts besteht kein Wertminderungsbedarf.

Folgende at equity bewertete Unternehmen haben einen abweichenden Abschlussstichtag und werden mit ihren Jahresabschlusszahlen zum Stichtag 30. September 2009 einbezogen:

- > Elektrizitätswerk Rheinau AG, Rheinau/Schweiz
- > EVN AG, Maria Enzersdorf/Österreich

(14) Übrige finanzielle Vermögenswerte

Mio. €	Anteile an verbundenen Unternehmen	Sonstige Beteiligungen ^{1,2}	Langfristige Wertpapiere ³	Ausleihungen	Summe
Anschaffungskosten					
Stand: 01.01.2009	79,4	941,2	4.030,5	119,3	5.170,4
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0,0	1,1	-0,1	8,7	9,7
Zugänge	5,0	50,2	3.049,4	28,2	3.132,8
Umbuchungen	15,2	-14,4	-242,3	-9,6	-251,1
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-1,0	-22,1	-177,2	-0,5	-200,8
Währungsanpassungen	0,0	0,2	0,0	-0,3	-0,1
Abgänge	-13,3	-23,1	-1.835,0	-24,2	-1.895,6
Stand: 31.12.2009	85,3	933,1	4.825,3	121,6	5.965,3
Kumulierte Abschreibungen					
Stand: 01.01.2009	10,9	85,5	104,8	8,9	210,1
Wertminderungen	1,2	62,2	48,5	0,3	112,2
Umbuchungen	15,0	-14,8	0,0	-2,4	-2,2
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-0,3	0,0	-5,8	0,0	-6,1
Abgänge	0,0	-1,5	-32,6	-6,0	-40,1
Stand: 31.12.2009	26,8	131,4	114,9	0,8	273,9
Buchwerte					
Stand: 31.12.2009	58,5	801,7	4.710,4	120,8	5.691,4
Anschaffungskosten					
Stand: 01.01.2008	63,6	912,9	4.831,6	145,7	5.953,8
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	1,0	0,0	0,0	0,0	1,0
Zugänge	14,0	161,8	2.654,5	32,1	2.862,4
Umbuchungen	1,6	-2,1	-304,6	-3,1	-308,2
Währungsanpassungen	0,0	4,5	0,0	1,3	5,8
Abgänge	-0,8	-135,9	-3.151,0	-56,7	-3.344,4
Stand: 31.12.2008	79,4	941,2	4.030,5	119,3	5.170,4
Kumulierte Abschreibungen					
Stand: 01.01.2008	8,1	140,4	16,8	54,1	219,4
Wertminderungen	2,5	1,9	89,1	0,0	93,5
Umbuchungen	0,0	-0,3	0,3	-0,1	-0,1
Währungsanpassungen	0,0	0,1	-0,1	0,0	0,0
Zu-/Abgänge	0,3	-56,6	0,0	-45,1	-101,4
Zuschreibungen	0,0	0,0	-1,3	0,0	-1,3
Stand: 31.12.2008	10,9	85,5	104,8	8,9	210,1
Buchwerte					
Stand: 31.12.2008	68,5	855,7	3.925,7	110,4	4.960,3

¹ Von den Zugängen der Anschaffungskosten stammen 0,1 Mio. € (Vorjahr: 1,2 Mio. €), von den Abgängen der Anschaffungskosten 13,4 Mio. € (Vorjahr: 3,1 Mio. €) aus der Marktbewertung.

² Von den Buchwerten der Anschaffungskosten entfallen 152,1 Mio. € (Vorjahr: 195,3 Mio. €) auf Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden.

³ Von den Zugängen der Anschaffungskosten stammen 368,0 Mio. € (Vorjahr: 103,2 Mio. €), von den Abgängen der Anschaffungskosten 81,1 Mio. € (Vorjahr: 642,2 Mio. €) aus der Marktbewertung.

Bei den im Finanzanlagevermögen ausgewiesenen Anteilen an verbundenen Unternehmen handelt es sich um aus Wesentlichkeitsgründen nicht in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen.

Bei den langfristigen Wertpapieren handelt es sich vor allem um festverzinsliche Wertpapiere sowie um börsennotierte Aktien. Ein Großteil der langfristigen Wertpapiere wird in Spezialfonds gehalten. Im Rahmen der Konsolidierung werden die einzelnen Wertpapiere der Spezialfonds in der Konzernbilanz gesondert nach der jeweiligen Anlageart ausgewiesen.

Die Ausleihungen bestehen aus Ausleihungen an verbundene Unternehmen in Höhe von 0,6 Mio. € (Vorjahr: 1,3 Mio. €), Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von 21,2 Mio. € (Vorjahr: 21,0 Mio. €) sowie aus sonstigen Ausleihungen in Höhe von 99,0 Mio. € (Vorjahr: 88,1 Mio. €).

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte werden auf einem gesonderten Wertberichtigungskonto erfasst und sind aus dem Anlagespiegel ersichtlich.

(15) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Mio. €	31.12.2009			31.12.2008		
	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ¹	2.807,5	425,9	3.233,4	3.147,0	400,7	3.547,7
davon gegen verbundene Unternehmen	(21,2)	(10,0)	(31,2)	(21,9)	(14,5)	(36,4)
davon gegen Beteiligungen	(26,2)	(1,9)	(28,1)	(48,5)	(4,9)	(53,4)
davon gegen at equity bewertete Unternehmen	(24,1)	(0,0)	(24,1)	(12,8)	(0,0)	(12,8)

¹ Die kurzfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen zum 01.01.2008 2.073,6 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 31.12.2008 in Höhe von -34,5 Mio. € (zum 01.01.2008: -35,1 Mio. €).

Bei den langfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen in Zusammenhang mit Stromlieferungen, deren Laufzeiten nicht dem gewöhnlichen Geschäftszyklus entsprechen.

Die Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entwickelten sich wie folgt:

Mio. €	2009	2008
Stand zum 01.01.	47,3	56,1
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-5,0	0,0
Verbrauch	-32,6	-34,6
Nettozuführungen	27,1	25,8
Stand zum 31.12.	36,8	47,3

Die in den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthaltenen Kreditrisiken stellen sich wie folgt dar:

Mio. € ¹	31.12.2009	31.12.2008
Nicht überfällig und nicht wertgemindert	3.118,0	3.437,1
Überfällig und nicht wertgemindert		
Laufzeit bis 3 Monate	38,8	37,9
Laufzeit zwischen 3 und 6 Monaten	4,1	3,8
Laufzeit zwischen 6 Monaten und 1 Jahr	5,9	3,7
Laufzeit über 1 Jahr	12,8	7,3
Wertgemindert	53,8	57,9
Gesamt	3.233,4	3.547,7

¹ Die nicht überfälligen und nicht wertgeminderten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen zum 01.01.2008 2.318,3 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 31.12.2008 in Höhe von -34,5 Mio. € (zum 01.01.2008: -35,1 Mio. €).

Für die nicht wertgeminderten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen liegen zum Bilanzstichtag keine Anzeichen eines Wertberichtigungsbedarfs vor.

(16) Ertragsteuererstattungsansprüche

Unter den kurz- und langfristigen Ertragsteuererstattungsansprüchen ist im Wesentlichen das Körperschaftsteuerguthaben aus der Umstellung auf das Halbeinkünfteverfahren nach dem Steuersenkungsgesetz vom 23. Oktober 2000 durch die Neuregelung des Gesetzes über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG) vom 7. Dezember 2006 ausgewiesen.

Ferner sind anrechenbare Kapitalertragsteuern und anrechenbare Zinsabschlagsteuern aus Vorjahren sowie des laufenden Jahres enthalten.

(17) Sonstige Vermögenswerte

Mio. €	31.12.2009			31.12.2008		
	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt
Sonstige Steuererstattungsansprüche	63,4	0,0	63,4	122,4	0,0	122,4
Derivate	2.027,2	37,7	2.064,9	2.732,2	32,8	2.765,0
davon ohne Sicherungsbeziehung	(1.951,1)	(11,0)	(1.962,1)	(2.551,0)	(6,2)	(2.557,2)
davon in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	(53,7)	(0,0)	(53,7)	(165,5)	(3,0)	(168,5)
davon in Sicherungsbeziehung Fair Value Hedge	(22,4)	(26,7)	(49,1)	(15,7)	(23,6)	(39,3)
Forderungen aus Finanzierungsleasing	7,0	34,6	41,6	7,5	37,6	45,1
Geleistete Anzahlungen ¹	91,9	42,7	134,6	122,0	40,5	162,5
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	17,5	57,1	74,6	25,2	62,3	87,5
Übrige Vermögenswerte	432,5	31,7	464,2	632,8	30,9	663,7
Gesamt¹	2.639,5	203,8	2.843,3	3.642,1	204,1	3.846,2

¹ Die kurzfristigen geleisteten Anzahlungen betragen zum 01.01.2008 85,8 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 31.12.2008 in Höhe von -158,1 Mio. € (zum 01.01.2008: -167,8 Mio. €).

Die Forderungen aus Finanzierungsleasing resultieren aus Verträgen zur Lieferung verschiedener Energiemedien wie Strom, Wärme, Kälte und Druckluft, bei denen das wirtschaftliche Eigentum der geleasten technischen Anlagen und Maschinen dem Leasingnehmer zuzurechnen ist. Die Leasingverträge beinhalten Preisanpassungsklauseln sowie Mietverlängerungs- und Kaufpreisoptionen, die nur von den entsprechenden Vertragsunternehmen ausgeübt werden können. Den Verträgen liegen folgende Parameter und Fristigkeiten zugrunde:

Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Summe der Leasingraten	51,6	55,9
Zinsanteil der ausstehenden Leasingraten	10,0	10,8
Barwert der ausstehenden Leasingraten	41,6	45,1

Der Nominalwert der ausstehenden Leasingraten hat folgende Fälligkeiten:

Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Fälligkeit bis 1 Jahr	9,3	10,3
Fälligkeit 1 bis 5 Jahre	25,3	30,8
Fälligkeit über 5 Jahre	17,0	14,8
Gesamt	51,6	55,9

Der Barwert der noch ausstehenden Leasingraten verteilt sich wie folgt:

Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Fälligkeit bis 1 Jahr	8,3	8,8
Fälligkeit 1 bis 5 Jahre	20,7	25,3
Fälligkeit über 5 Jahre	12,6	11,0
Gesamt	41,6	45,1

Für ausstehende Forderungen aus Finanzierungsleasing waren wie im Vorjahr keine Wertberichtigungen und Zuschreibungen erforderlich.

Die geleisteten Anzahlungen enthalten Anzahlungen für Strombezugsverträge in Höhe von 74,8 Mio. € (Vorjahr angepasst: 54,0 Mio. €). Von den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen 28,5 Mio. € (Vorjahr: 33,4 Mio. €) abgegrenzte Leasingraten.

Die übrigen Vermögenswerte enthalten Sicherheitsleistungen für außerbörsliche Handelsgeschäfte in Höhe von 142,8 Mio. € (Vorjahr: 239,5 Mio. €).

Die Wertberichtigungen auf zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete sonstige Vermögenswerte entwickelten sich wie folgt:

Mio. €	2009	2008
Stand zum 01.01.	35,5	28,7
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-0,5	0,0
Verbrauch	-11,4	-0,4
Nettozuführungen	9,7	7,2
Stand zum 31.12.	33,3	35,5

Die Kreditrisiken der in den sonstigen Vermögenswerten enthaltenen Finanzinstrumente stellen sich wie folgt dar:

Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Nicht überfällig und nicht wertgemindert	2.566,7	3.464,5
Überfällig und nicht wertgemindert		
Laufzeit bis 3 Monate	0,2	0,1
Laufzeit zwischen 3 und 6 Monaten	0,1	0,0
Laufzeit zwischen 6 Monaten und 1 Jahr	0,0	0,0
Laufzeit über 1 Jahr	0,1	0,1
Wertgemindert	0,3	0,4
Gesamt	2.567,4	3.465,1

Für die nicht wertgeminderten sonstigen Vermögenswerte liegen zum Bilanzstichtag keine Anzeichen eines Wertberichtigungsbedarfs vor.

(18) Vorratsvermögen

Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	566,0	380,9
Kernbrennelemente (inkl. darauf geleistete Anzahlungen)	291,7	386,5
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	41,0	46,9
Fertige Erzeugnisse und Waren	30,3	34,0
Geleistete Anzahlungen	15,8	14,6
Gesamt	944,8	862,9

Es liegen keine Sicherungsübereignungen von Vorräten vor. Wesentliche langfristige Fertigungsaufträge, die eine Bilanzierung als langfristige Auftragsfertigung erfordern würden, sind nicht gegeben.

Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen auf die Vorräte in Höhe von 80,1 Mio. € (Vorjahr: 28,3 Mio. €) vorgenommen.

(19) Finanzielle Vermögenswerte

Die kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte enthalten im Wesentlichen Genussscheine sowie festverzinsliche Wertpapiere. Die übrigen kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte betreffen im Wesentlichen ausgegebene Darlehen. Aufgrund der Bewertung zum Marktwert ergaben sich im Geschäftsjahr Zuschreibungen in Höhe von 3,5 Mio. € (Vorjahr: 3,7 Mio. €) sowie Abschreibungen in Höhe von 0,8 Mio. € (Vorjahr: 3,1 Mio. €).

Im Geschäftsjahr 2009 wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf übrige finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 23,0 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) vorgenommen. Davon entfallen auf Wertpapiere, die der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ zugeordnet sind, 8,5 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €).

Mio. €	2009	2008
Genussscheine, Fonds und Aktien	686,5	502,9
Übrige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	85,2	81,8
Gesamt	771,7	584,7

Insgesamt wurden kurzfristige finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 102,2 Mio. € (Vorjahr: 95,6 Mio. €) als Sicherheiten gestellt. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Sicherheiten für Börsengeschäfte, die sich entsprechend der Entwicklung des Handelsvolumens verändern. Die gestellten Sicherheiten unterliegen einer marktüblichen Verzinsung. Diese Sicherheiten werden von den Börsen bei Nichterfüllung der durch die Börsengeschäfte resultierenden Verpflichtungen in Anspruch genommen.

(20) Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel betreffen fast ausschließlich Guthaben bei Kreditinstituten, die überwiegend als Termin- und Tagesgeld angelegt sind.

Von den flüssigen Mitteln entfallen 77,5 Mio. € (Vorjahr: 64,2 Mio. €) auf quotall konsolidierte Unternehmen.

Wesentliche Verfügungsbeschränkungen für Zahlungsmittel bestanden nicht.

(21) Eigenkapital

Die Entwicklung des Eigenkapitals und das Gesamtergebnis sind im Eigenkapitalspiegel gesondert dargestellt. Die Bestandteile des Gesamtergebnisses sind in der Gesamtperiodenerfolgsrechnung aggregiert dargestellt.

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital der EnBW AG beträgt 640.015.872,00 € (Vorjahr: 640.015.872,00 €) und ist in 250.006.200 (Vorjahr: 250.006.200) auf den Inhaber lautende Stückaktien eingeteilt, die voll eingezahlt sind. Die Stückaktien sind rechnerisch mit jeweils 2,56 €/Stück (Vorjahr: 2,56 €/Stück) am gezeichneten Kapital beteiligt.

Die E.D.F. INTERNATIONAL SA und die OEW Energie-Beteiligungs GmbH halten zum 31. Dezember 2009 jeweils direkt 45,01% des Grundkapitals der EnBW AG (Vorjahr: E.D.F. INTERNATIONAL SA und Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW) jeweils 45,01%).

Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage sind die Beträge enthalten, die bei der Ausgabe von Aktien der EnBW AG über den rechnerischen Wert der Aktien hinaus erzielt wurden.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen enthalten die anteiligen Gewinnrücklagen der Muttergesellschaft und der sonstigen einbezogenen Gesellschaften nach dem Erstkonsolidierungszeitpunkt. Die Gewinnrücklagen enthalten rückwirkende Anpassung aufgrund der Aktivierung von Fremdkapitalkosten zum 31. Dezember 2008 in Höhe von 8,2 Mio. € (zum 1. Januar 2008: 0,7 Mio. €).

Bilanzgewinn der EnBW AG

Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags in Höhe von 124,1 Mio. € (Vorjahr: 38,1 Mio. €) sowie nach Einstellung in andere Gewinnrücklagen in Höhe von 100,0 Mio. € (Vorjahr: 576,4 Mio. €) ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 480,3 Mio. € (Vorjahr: 615,1 Mio. €). Wir werden der Hauptversammlung am 29. April 2010 vorschlagen, aus dem Bilanzgewinn der EnBW AG eine Dividende von 1,53 € (Vorjahr: 2,01 €) je Aktie auszusütten. Zum 31. Dezember 2009 waren insgesamt 244.256.523 Aktien (Vorjahr: 244.256.523 Aktien) dividendenberechtigt. Die Ausschüttungssumme der EnBW AG für das Geschäftsjahr 2009 wird bei entsprechendem Beschluss durch die Hauptversammlung 373,7 Mio. € (Vorjahr: 491,0 Mio. €) betragen.

In der Konzerneigenkapitalgliederung nach IFRS wurden für das gezeichnete Kapital und die Kapitalrücklage die Ansätze der EnBW AG nach deutschem Handelsrecht übernommen. Der Bilanzgewinn der EnBW AG wird innerhalb der Gewinnrücklagen ausgewiesen.

Neubewertungsrücklage gemäß IFRS 3

Die Neubewertungsrücklage gemäß IFRS 3 wurde in Zusammenhang mit den sukzessiv durchgeführten Erwerben der Stadtwerke Düsseldorf AG, der Erdgas Südwest GmbH sowie der GSW Gas- und Wärmeservice GmbH gebildet. Sie ermittelt sich aus den zwischen den Erwerbszeitpunkten eingetretenen Veränderungen der beizulegenden Zeitwerte der Vermögenswerte und Schulden gemäß der vor der Vollkonsolidierung gehaltenen Anteile.

Eigene Aktien

Zum 31. Dezember 2009 hält die EnBW AG 5.749.677 Stück eigene Aktien (Vorjahr: 5.749.677 Stück eigene Aktien), die im Einzelabschluss der EnBW AG zu 35,79 € (Vorjahr: 35,79 €) bewertet sind. Dies entspricht 2,3% (Vorjahr: 2,3%) des Grundkapitals.

Aus den unmittelbar und mittelbar gehaltenen eigenen Aktien stehen der Gesellschaft keine Rechte zu; sie sind nicht dividendenberechtigt. Die eigenen Aktien werden entsprechend den Regelungen der IFRS nicht als Wertpapiere ausgewiesen, sondern von den Gewinnrücklagen offen abgesetzt.

Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen

In den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen werden Marktwertänderungen der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte, Marktwertänderungen von Cashflow Hedges, die direkt im Eigenkapital erfassten Werte für die Equity-Bewertung sowie Währungsumrechnungsdifferenzen aus der Umrechnung ausländischer Abschlüsse erfasst.

Hinsichtlich der erfolgsneutralen Veränderungen der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte sowie der Cashflow Hedges verweisen wir auf die Ausführungen zur Berichterstattung zu den Finanzinstrumenten.

Darstellung der Bestandteile der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge:

Mio. €	2009	2008
In der laufenden Periode entstandene unrealisierte Gewinne (Vorjahr: Verluste)	1,5	-25,1
Unterschiedsbetrag aus der Währungsumrechnung	1,5	-25,1
In der laufenden Periode entstandene unrealisierte Gewinne (Vorjahr: Verluste)	51,7	-224,0
Ergebniswirksame Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	55,4	27,3
Umgliederung in die Anschaffungskosten von gesicherten Geschäften	-95,6	-118,1
Cashflow Hedge	11,5	-314,8
In der laufenden Periode entstandene unrealisierte Gewinne (Vorjahr: Verluste)	283,1	-539,5
Ergebniswirksame Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	64,8	7,7
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	347,9	-531,8
In der laufenden Periode entstandene unrealisierte Verluste (Vorjahr: Gewinne)	-108,0	22,3
At equity bewertete Unternehmen	-108,0	22,3
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge vor Steuern	252,9	-849,4
Ertragsteuern	23,2	49,1
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	276,1	-800,3

Darstellung der Steuereffekte der unrealisierten Aufwendungen und Erträge im Eigenkapital:

Mio. €	2009			2008		
	Vor Steuern	Steuer-aufwand/-ertrag	Nach Steuern	Vor Steuern	Steuer-aufwand/-ertrag	Nach Steuern
Unterschiedsbetrag aus der Währungsumrechnung	1,5	1,0	2,5	-25,1	2,7	-22,4
Cashflow Hedge	51,7	19,8	71,5	-224,0	24,4	-199,6
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	283,1	-25,7	257,4	-539,5	-5,0	-544,5
At equity bewertete Unternehmen	-108,0	0,0	-108,0	22,3	0,0	22,3
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	228,3	-4,9	223,4	-766,3	22,1	-744,2

Darstellung der Steuereffekte der ergebniswirksamen Umgliederungen in die Gewinn- und Verlustrechnung und in die Anschaffungskosten von gesicherten Geschäften:

Mio. €	2009			2008		
	Vor Steuern	Steuer-aufwand/-ertrag	Nach Steuern	Vor Steuern	Steuer-aufwand/-ertrag	Nach Steuern
Cashflow Hedge	-40,2	23,3	-16,9	-90,8	27,8	-63,0
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	64,8	4,8	69,6	7,7	-0,8	6,9
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	24,6	28,1	52,7	-83,1	27,0	-56,1

Anteile anderer Gesellschafter

Die Anteile anderer Gesellschafter zeigen den Anteilsbesitz Dritter an den Konzerngesellschaften. Die Anteile anderer Gesellschafter betreffen insbesondere ENSO Energie Sachsen Ost AG, Energiedienst-Gruppe, Stadtwerke Düsseldorf AG, Gasversorgung Süddeutschland GmbH und Erdgas Südwest GmbH.

(22) Rückstellungen

Für die Erläuterung der Rückstellungen im Anhang werden die in der Bilanz nach Fristigkeiten getrennt ausgewiesenen Rückstellungen wieder zusammengefasst betrachtet.

Mio. €	31.12.2009			31.12.2008		
	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	223,3	3.952,0	4.175,3	216,0	3.913,7	4.129,7
Steuerrückstellungen	86,3	143,7	230,0	141,6	127,5	269,1
Rückstellungen im Kernenergiebereich	215,2	4.965,3	5.180,5	147,9	4.735,5	4.883,4
Rückstellungen für nicht vertragliche nukleare Verpflichtungen	(138,2)	(3.740,8)	(3.879,0)	(81,4)	(3.629,3)	(3.710,7)
Rückstellungen für vertragliche nukleare Verpflichtungen	(77,0)	(1.224,5)	(1.301,5)	(66,5)	(1.106,2)	(1.172,7)
Sonstige Rückstellungen	481,4	338,8	820,2	603,6	531,1	1.134,7
Sonstige Stromrückstellungen	(177,9)	(35,0)	(212,9)	(221,7)	(24,3)	(246,0)
Personalarückstellungen	(48,2)	(136,6)	(184,8)	(73,0)	(169,1)	(242,1)
Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	(62,0)	(127,0)	(189,0)	(43,7)	(306,2)	(349,9)
Übrige Rückstellungen	(193,3)	(40,2)	(233,5)	(265,2)	(31,5)	(296,7)
Gesamt	1.006,2	9.399,8	10.406,0	1.109,1	9.307,8	10.416,9

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden entsprechend den bestehenden Versorgungszusagen für Anwartschaften und laufende Leistungen an die berechtigten aktiven und ehemaligen Mitarbeiter sowie die Hinterbliebenen gebildet. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um leistungsorientierte Versorgungspläne. Zusätzlich erhalten die Mitarbeiter eine Zusage über eine Energiepreismäßigung in der Rentenzeit.

Die Zusagen bemessen sich vor allem nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit sowie der Vergütung der Mitarbeiter. Darüber hinaus werden leistungsorientierte Zusagen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung über Multi-Employer Plans gewährt. Die Beitragszahlung an die Zusatzversorgungskasse erfolgt in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes des jeweiligen zusatzversorgungspflichtigen Arbeitsentgelts des Arbeitnehmers.

Die Höhe der Rückstellungen der leistungsorientierten Zusagen entspricht dem Barwert der künftig erwarteten Verpflichtungen, korrigiert um die noch nicht amortisierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste. Die Berechnung erfolgt nach versicherungsmathematischen Methoden. Es wurde Planvermögen gemäß IAS 19.7 geschaffen, das ausschließlich zur Deckung von Pensionsverpflichtungen verwendet und von den Pensionsverpflichtungen abgesetzt wird.

Die wesentlichen Parameter (Durchschnittswerte) der Berechnung der leistungsorientierten Versorgungszusagen für die inländischen Gesellschaften sind nachfolgend dargestellt:

	31.12.2009	31.12.2008
Diskontierungszins	5,75 %	6,00 %
Künftig erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung	3,00 %	3,00 %
Künftig erwarteter Rentenanstieg	2,20 %	2,40 %
Fluktuationsrate	2,00 %	2,00 %
Erwartete Rendite des Planvermögens	5,50 %	5,50 %

Den Berechnungen liegen die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde.

Der Aufwand für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. €	2009	2008
Pensionsaufwand		
Aufwand für im Berichtsjahr verdiente Versorgungsansprüche	46,7	55,4
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	0,0	0,1
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	0,8	0,7
Erwarteter Ertrag aus dem Planvermögen	-4,5	-5,2
Zinsaufwand für bereits erworbene Versorgungsansprüche	229,1	210,4
Gesamt	272,1	261,4

Der Barwert der Versorgungsansprüche für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen lässt sich zum bilanzierten Wert der Versorgungsansprüche wie folgt überleiten:

Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Anwartschaftsbarwert aller Versorgungsansprüche	4.109,3	3.952,0
davon intern finanzierte Versorgungsansprüche	(4.016,0)	(3.748,0)
davon extern finanzierte Versorgungsansprüche	[93,3]	[204,0]
Marktwert des Planvermögens	-78,2	-91,7
Überdeckung aus den Versorgungsansprüchen	0,0	1,7
Noch nicht verrechnete versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	144,2	267,7
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.175,3	4.129,7

Entwicklung des Planvermögens in Mio. €	2009	2008
Marktwert des Planvermögens zu Beginn des Geschäftsjahres	91,7	105,4
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	4,5	5,2
Vermögensübertragungen	-11,7	0,2
Auszahlung an Begünstigte	-7,7	-8,0
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	1,4	-11,1
Marktwert des Planvermögens zum Ende des Geschäftsjahres	78,2	91,7

Die tatsächlichen Erträge aus Planvermögen betragen 5,9 Mio. € (Vorjahr: -5,9 Mio. €). Künftige Zahlungen an das Planvermögen sind wie im Vorjahr keine geplant.

Erfahrungsbedingte Anpassungen in Mio. €	2009	2008	2007	2006	2005
Anwartschaftsbarwert der Versorgungsansprüche	-17,3	-53,1	-31,9	-22,7	29,6
Marktwert des Planvermögens	1,4	-11,1	-0,8	-1,8	-0,1

Die erfahrungsbedingten Anpassungen des Anwartschaftsbarwerts der Versorgungsansprüche, die nicht durch Prämissenänderung entstanden, sind ein Teil der in der jeweiligen Periode neu entstandenen versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste. Die erfahrungsbedingten Anpassungen des Marktwerts des Planvermögens entsprechen den in der jeweiligen Periode neu entstandenen versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten.

Zusammensetzung des Planvermögens in %	31.12.2009	31.12.2008
Aktien	21,4	12,6
Festverzinsliche Wertpapiere	72,8	65,8
Sonstige Vermögenswerte	5,8	21,6
	100,0	100,0

Das Anlageziel für das ausgelagerte Pensionsvermögen ist die fristenkongruente Abdeckung der Versorgungsansprüche. Das Planvermögen enthält weder Aktien von EnBW-Konzernunternehmen noch selbst genutzte Immobilien. Die Anlagestrategie berücksichtigt die Fälligkeitsstruktur und den Umfang der Versorgungsansprüche. Die durchschnittliche Rendite betrug 7,0% (Vorjahr: -5,7%). Die erwartete Rendite lag bei 5,5% (Vorjahr: 5,5%). Der Bestimmung der erwarteten Rendite liegen Asset-Prognosen der jeweiligen Asset-Klassen sowie Bankgespräche zugrunde. Die Prognosen basieren auf Erfahrungswerten und Wirtschaftsdaten.

Entwicklung des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung in Mio. €	2009	2008
Anwartschaftsbarwert aller Versorgungsansprüche zu Beginn des Geschäftsjahres	3.952,0	4.244,7
Aufwand für im Berichtsjahr verdiente Versorgungsansprüche	46,7	55,4
Zinsaufwand für bereits erworbene Versorgungsansprüche	229,1	210,4
Auszahlung an Begünstigte	-231,5	-214,6
Versicherungsmathematische Gewinne(-)/Verluste(+)	125,7	-345,2
Änderung des Konsolidierungskreises und Währungsanpassungen	0,0	-0,1
Umbuchungen	-12,7	1,4
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung zum Ende des Geschäftsjahres	4.109,3	3.952,0

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung unterteilt sich wie folgt in vermögensgedeckte und nicht vermögensgedeckte Versorgungsansprüche:

Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Versorgungsansprüche mit Vermögensdeckung	93,3	204,0
Vollständige Vermögensdeckung	[93,3]	[92,3]
Teilweise Vermögensdeckung	[0,0]	[111,7]
Versorgungsansprüche ohne Vermögensdeckung	4.016,0	3.748,0

Der Barwert der Versorgungsansprüche, der Marktwert des Planvermögens und der Überschuss beziehungsweise Fehlbetrag des Plans entwickelten sich seit 2005 wie folgt:

Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005
Barwert der Versorgungsansprüche	4.109,3	3.952,0	4.244,7	4.590,3	4.614,0
Marktwert des Planvermögens	-78,2	-91,7	-105,4	-105,6	-101,2
Überschuss bzw. Fehlbetrag des Plans	4.031,1	3.860,3	4.139,3	4.484,7	4.512,8

Multi-Employer Plans

Die Multi-Employer Plans, bei denen es sich um leistungsorientierte Versorgungspläne handelt, werden als beitragsorientierte Pläne bilanziert, da eine korrekte Aufteilung der Verpflichtungen beziehungsweise der Vermögenswerte auf die partizipierenden Unternehmen nicht möglich ist. Der Aufwand aus leistungsorientierten Pensionszusagen über Multi-Employer Plans belief sich auf 12,4 Mio. € (Vorjahr: 12,7 Mio. €). Mögliche künftige Beitragssteigerungen aus nicht ausfinanzierten Versorgungsverpflichtungen werden keinen wesentlichen Einfluss auf den EnBW-Konzern haben.

Die Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung beliefen sich im Jahr 2009 auf 100,1 Mio. € (Vorjahr: 89,9 Mio. €).

Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen enthalten im Wesentlichen Rückstellungen für Ertragsteuern wie die Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag sowie für die Gewerbesteuer.

Rückstellungen im Kernenergiebereich

Die Rückstellungen im Kernenergiebereich sind für die Entsorgung bestrahlter Brennelemente und radioaktiver Betriebsabfälle sowie für die Stilllegung und den Rückbau der kontaminierten Anlagenteile gebildet.

Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Stilllegung und Rückbau	3.126,2	2.933,9
Brennelementeentsorgung	1.843,1	1.763,1
Betriebsabfälle	211,2	186,4
Gesamt	5.180,5	4.883,4

Die Rückstellungen basieren insgesamt auf öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und Auflagen in den Betriebsgenehmigungen.

Soweit in Erfüllung dieser öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen noch keine zivilrechtlichen Verträge zum Bilanzstichtag abgeschlossen waren, erfolgte die Bewertung der Rückstellungen auf Basis externer Gutachten und Kostenschätzungen (nicht vertragliche nukleare Verpflichtungen). Dies ist im Wesentlichen bei den im Stilllegungsbereich erwarteten Kosten des Nachbetriebs der Anlage, der Demontage und Entsorgung der nuklearen Anlagenteile der Fall sowie bei den eigentlichen Kosten der Endlagerung. Im Bereich der Entsorgung von Brennelementen handelt es sich bei dem nicht vertraglichen Anteil überwiegend um die Kosten für eine endlagergerechte Konditionierung, die Transportkosten, die Kosten für die Beschaffung von Endlagerbehältern sowie die Kosten für die eigentliche Endlagerung.

Darüber hinaus ist die Bewertung eines Teils der Rückstellungen bereits durch zivilrechtliche Verträge konkretisiert (vertragliche nukleare Verpflichtungen). Dies sind zum einen die Personalkosten für Eigenpersonal, soweit dies voraussichtlich mit der Stilllegung befasst sein wird. Im Rahmen der Entsorgung von Brennelementen handelt es sich zum anderen im Wesentlichen um die ausstehenden Kosten für die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente, die Kosten der dezentralen Zwischenlagerung in Standortnähe und der zentralen Zwischenlagerung in den Zwischenlagern Gorleben und Ahaus sowie um die Kosten für Transport und Beschaffung von Behältern.

Rückstellungsspiegel in Mio. €	Stand 01.01.2009	Zuführung	Auflösung	Aufzinsung
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.129,7	47,5	0,0	224,2
Steuerrückstellungen	269,1	61,2	11,8	0,0
Rückstellungen im Kernenergiebereich	4.883,4	122,8	78,0	272,7
Sonstige Rückstellungen	1.134,7	329,9	303,4	13,9
Sonstige Stromrückstellungen	(246,0)	(90,1)	(65,3)	(1,1)
Personalarückstellungen	(242,1)	(45,4)	(12,7)	(6,1)
Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	(349,9)	(64,7)	(201,1)	(4,3)
Übrige Rückstellungen	(296,7)	(129,7)	(24,3)	(2,4)
Gesamt	10.416,9	561,4	393,2	510,8

Die Rückstellungen für Stilllegung und Rückbau der kontaminierten Anlagenteile werden zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme mit dem abgezinsten Erfüllungsbetrag angesetzt. Dieser wird korrespondierend unter den Erzeugungsanlagen ausgewiesen und planmäßig abgeschrieben. Er beträgt 264,4 Mio. € (Vorjahr: 246,3 Mio. €). Schätzungsänderungen in Zusammenhang mit der Änderung der Annahmen zur künftigen Kostenentwicklung wurden grundsätzlich erfolgsneutral durch Anpassung der korrespondierenden Bilanzposten in Höhe von 81,4 Mio. € (Vorjahr: 55,2 Mio. €) in Ansatz gebracht. Bei stillgelegten Kraftwerken wurden solche Schätzungsänderungen ergebniswirksam verbucht. Die Ermittlung der Kosten der Stilllegung und des Abbaus der Anlagen basiert auf dem Szenario der unmittelbaren Beseitigung der Anlagen.

Die Rückstellungen im Kernenergiebereich werden in Höhe des Barwerts der erwarteten künftigen Verpflichtungen berechnet und jährlich aufgezinst. Der Diskontierungszins zur Berechnung der Rückstellungen beträgt unverändert 5,5%. Die Inanspruchnahme wird nach heutiger Kenntnis größtenteils in dem Zeitraum 2020 bis 2050 erwartet.

Die bei den Rückstellungen im Kernenergiebereich berücksichtigten geleisteten Anzahlungen an Wiederaufarbeitungsunternehmen und an das Bundesamt für Strahlenschutz betragen 462,0 Mio. € (Vorjahr: 451,9 Mio. €). Die Zahlungen an das Bundesamt für Strahlenschutz erfolgen auf Basis der Endlagervorausleistungsverordnung für die Errichtung der Endlager Gorleben und Konrad.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Stromrückstellungen betreffen Verpflichtungen aus den CO₂-Emissionsrechten, dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz und der konventionellen Strom- und Brennstoffbeschaffung.

Die Personalarückstellungen betreffen im Wesentlichen Verpflichtungen aus Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelungen, Jubiläumsverpflichtungen sowie Restrukturierungsmaßnahmen.

Die Auflösung innerhalb der Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften im Geschäftsjahr 2009 betrifft vor allem eine Rückstellung in Zusammenhang mit einem langfristigen Strombezugsvertrag.

Die sonstigen Rückstellungen werden mit einem Zinssatz von durchschnittlich 3,50% bis 4,25% (Vorjahr: 4,50% bis 4,75%) diskontiert.

> Anhang des EnBW-Konzerns
zum Jahresabschluss 2009

	Erfolgsneutrale Veränderungen	Änderungen im Konsolidierungs- kreis, Währungs- anpassungen, Umbuchungen	Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögens- werte	Inanspruch- nahme	Stand 31.12.2009
	0,0	12,8	-15,0	223,9	4.175,3
	0,0	-3,9	-20,9	63,7	230,0
	81,4	-2,6	0,0	99,2	5.180,5
	0,0	0,7	-78,5	277,1	820,2
	(0,0)	(36,2)	(-9,1)	(86,1)	(212,9)
	(0,0)	(0,7)	(-31,0)	(65,8)	(184,8)
	(0,0)	(-11,9)	(0,0)	(16,9)	(189,0)
	(0,0)	(-24,3)	(-38,4)	(108,3)	(233,5)
	81,4	7,0	-114,4	663,9	10.406,0

(23) Latente Steuern

Die latenten Steuern auf Bewertungsunterschiede der fortzuführenden Aktivitäten zur Steuerbilanz setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. € ¹	31.12.2009		31.12.2008	
	Aktive latente Steuern ²	Passive latente Steuern ²	Aktive latente Steuern ²	Passive latente Steuern ²
Immaterielle Vermögenswerte	14,9	67,3	11,2	86,7
Sachanlagen ³	91,9	1.901,1	86,9	2.082,2
Finanzielle Vermögenswerte	23,7	217,8	26,9	162,4
Sonstige Vermögenswerte	9,6	13,3	7,3	9,4
Derivative Finanzinstrumente	0,0	10,5	0,0	8,8
Langfristige Vermögenswerte	140,1	2.210,0	132,3	2.349,5
Vorräte	7,4	8,9	0,0	0,0
Finanzielle Vermögenswerte	0,0	8,8	0,0	1,8
Sonstige Vermögenswerte	201,9	631,3	182,5	887,7
Kurzfristige Vermögenswerte	209,3	649,0	182,5	889,5
Rückstellungen	412,8	572,8	585,7	497,0
Verbindlichkeiten und Zuschüsse	354,1	8,1	419,8	39,6
Langfristige Schulden	766,9	580,9	1.005,5	536,6
Rückstellungen	67,6	41,0	84,8	92,7
Verbindlichkeiten und Zuschüsse	745,7	103,8	846,4	43,0
Kurzfristige Schulden	813,3	144,8	931,2	135,7
Verlustvorträge	7,3	0,0	53,7	0,0
Latente Steuern vor Saldierung	1.936,9	3.584,7	2.305,2	3.911,3
Saldierung	-1.907,7	-1.907,7	-2.276,5	-2.276,5
Latente Steuern nach Saldierung	29,2	1.677,0	28,7	1.634,8

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Aktive und passive latente Steuern jeweils vor Saldierung.

³ Die passiven latenten Steuern auf Sachanlagen betragen zum 01.01.2008 2.080,7 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 31.12.2008 in Höhe von 3,4 Mio. € (zum 01.01.2008: 0,3 Mio. €)

Im Jahr 2009 wurden 1.907,7 Mio. € (Vorjahr: 2.276,5 Mio. €) aktive latente Steuern mit passiven latenten Steuern saldiert. Die Saldierung der latenten Steuern erfolgt je Organkreis beziehungsweise je Gesellschaft, sofern die erforderlichen Voraussetzungen vorliegen. Der passivische Saldo aus konsolidierungsbedingten latenten Steuern beträgt 2,5 Mio. € (Vorjahr: 18,6 Mio. €).

Es werden nur auf die Verlustvorträge, von deren Nutzbarkeit mit ausreichender Sicherheit ausgegangen werden kann, latente Steueransprüche gebildet. Steuerliche Verlustvorträge haben die tatsächliche Steuerbelastung in der Berichtsperiode um 21,6 Mio. € (Vorjahr: 110,5 Mio. €) gemindert. Bisher noch nicht genutzte Verlustvorträge, für die in der Bilanz kein latenter Steueranspruch angesetzt wurde, bestanden in Höhe von 28,7 Mio. € für Körperschaftsteuer und 57,0 Mio. € für Gewerbesteuer (Vorjahr: 40,7 Mio. € für Körperschaftsteuer und 71,1 Mio. € für Gewerbesteuer). Die vorhandenen steuerlichen Verlustvorträge sind unbegrenzt vortragbar und betreffen ausschließlich deutsche Gesellschaften. Nach dem Steuervergünstigungsabbaugesetz sind seit 2004 nur noch 60 % des 1 Mio. € übersteigenden Betrags des laufenden steuerlichen Einkommens mit Verlustvorträgen verrechenbar.

Die latenten Steuern auf die steuerlichen Verlustvorträge setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Körperschaftsteuer (oder vergleichbare ausländische Steuer)	4,2	49,8
Gewerbesteuer	3,1	3,9
Gesamt	7,3	53,7

Darstellung der Entwicklung der latenten Steuer auf steuerliche Verlustvorträge:

Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Anfangsbestand	53,7	156,9
Verlustnutzung (Verbrauch von Verlustvorträgen)	-21,6	-110,5
Korrektur in Vorjahren nicht angesetzter Verlustvorträge (Zugang)	2,5	6,7
Berichtigung steuerlicher Verlustvorträge	-27,3	0,6
Endbestand	7,3	53,7

Die latenten Steuern auf die Verlustvorträge werden voraussichtlich in Höhe von 3,3 Mio. € für Körperschaftsteuer (Vorjahr: 47,3 Mio. €) innerhalb eines Jahres, der restliche Betrag in Höhe von 0,9 Mio. € für Körperschaftsteuer (Vorjahr: 2,5 Mio. €) und in Höhe von 3,1 Mio. € (Vorjahr: 3,9 Mio. €) für Gewerbesteuer innerhalb von fünf Jahren realisiert.

Mit den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen des Eigenkapitals wurden zum 31. Dezember 2009 insgesamt 41,0 Mio. € latente Steueransprüche (Vorjahr: 17,8 Mio. € latente Steueransprüche) erfolgsneutral verrechnet.

(24) Verbindlichkeiten und Zuschüsse

Für die Erläuterung der Verbindlichkeiten und Zuschüsse im Anhang werden die in der Bilanz nach Fristigkeiten getrennt ausgewiesenen Posten wieder zusammengefasst betrachtet.

Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Langfristige Verbindlichkeiten	7.289,3	5.382,7
Kurzfristige Verbindlichkeiten ¹	6.631,2	8.015,4
Verbindlichkeiten¹	13.920,5	13.398,1
Langfristige Zuschüsse	1.440,7	1.634,3
Kurzfristige Zuschüsse	78,3	83,3
Zuschüsse	1.519,0	1.717,6
Langfristige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	8.730,0	7.017,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Zuschüsse ¹	6.709,5	8.098,7
Verbindlichkeiten und Zuschüsse¹	15.439,5	15.115,7

¹ Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen zum 01.01.2008 4.919,5 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 31.12.2008 in Höhe von -177,8 Mio. € (zum 01.01.2008: -194,1 Mio. €).

Verbindlichkeiten in Mio. €	31.12.2009	Davon Restlaufzeit		
		< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre
Anleihen	5.495,7	217,3	2.024,6	3.253,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	962,5	102,1	221,4	639,0
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	726,1	127,9	462,9	135,3
Finanzverbindlichkeiten	7.184,3	447,3	2.708,9	4.028,1
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	182,1	45,8	109,0	27,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.808,8	2.803,4	5,4	0,0
davon Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	(11,3)	(11,3)	(0,0)	(0,0)
davon Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	(123,6)	(118,2)	(5,4)	(0,0)
davon Verbindlichkeiten gegenüber at equity bewerteten Unternehmen	(23,6)	(23,6)	(0,0)	(0,0)
Sonstige Rechnungsabgrenzungen	186,0	32,1	153,9	0,0
Derivate	2.332,9	2.321,3	7,3	4,3
davon ohne Sicherungsbeziehung	(2.041,0)	(2.033,7)	(7,3)	(0,0)
davon in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	(291,9)	(287,6)	(0,0)	(4,3)
Übrige Verbindlichkeiten	1.226,4	981,3	67,8	177,3
davon aus Ertragsteuern	(27,1)	(27,1)	(0,0)	(0,0)
davon Zinsen aus Steuernachzahlungen	(1,4)	(0,0)	(1,4)	(0,0)
davon aus sonstigen Steuern	(124,1)	(123,5)	(0,4)	(0,2)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(44,0)	(22,1)	(15,8)	(6,1)
Sonstige Verbindlichkeiten	6.736,2	6.183,9	343,4	208,9
Gesamt	13.920,5	6.631,2	3.052,3	4.237,0

Verbindlichkeiten Vorjahr in Mio. €	31.12.2008	Davon Restlaufzeit		
		< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre
Anleihen	4.142,9	0,0	2.232,7	1.910,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	556,4	287,5	114,7	154,2
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	620,5	107,2	349,1	164,2
Finanzverbindlichkeiten	5.319,8	394,7	2.696,5	2.228,6
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen ¹	178,7	70,4	74,9	33,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ²	3.250,0	3.241,1	8,9	0,0
davon Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	(12,4)	(12,4)	(0,0)	(0,0)
davon Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	(122,8)	(113,9)	(8,9)	(0,0)
davon Verbindlichkeiten gegenüber at equity bewerteten Unternehmen	(9,8)	(9,8)	(0,0)	(0,0)
Sonstige Rechnungsabgrenzungen	200,7	57,3	143,4	0,0
Derivate	2.874,4	2.871,5	2,9	0,0
davon ohne Sicherungsbeziehung	(2.623,7)	(2.620,8)	(2,9)	(0,0)
davon in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	(243,6)	(243,6)	(0,0)	(0,0)
davon in Sicherungsbeziehung Fair Value Hedge	(7,1)	(7,1)	(0,0)	(0,0)
Übrige Verbindlichkeiten ³	1.574,5	1.380,4	45,0	149,1
davon aus Ertragsteuern	(13,0)	(12,3)	(0,0)	(0,7)
davon Zinsen aus Steuernachzahlungen	(1,0)	(0,0)	(1,0)	(0,0)
davon aus sonstigen Steuern	(151,8)	(151,8)	(0,0)	(0,0)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(30,7)	(18,3)	(5,9)	(6,5)
Sonstige Verbindlichkeiten^{1,2,3}	8.078,3	7.620,7	275,1	182,5
Gesamt^{1,2,3}	13.398,1	8.015,4	2.971,6	2.411,1

¹ Die kurzfristigen erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen betragen zum 01.01.2008 34,7 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 31.12.2008 in Höhe von -33,2 Mio. € (zum 01.01.2008: -35,1 Mio. €).

² Die kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen zum 01.01.2008 2.155,5 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 31.12.2008 in Höhe von -159,4 Mio. € (zum 01.01.2008: -167,8 Mio. €).

³ Die kurzfristigen übrigen Verbindlichkeiten betragen zum 01.01.2008 1.212,7 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 31.12.2008 in Höhe von 14,8 Mio. € (zum 01.01.2008: 8,8 Mio. €).

Im Geschäftsjahr 2009 stiegen die Finanzverbindlichkeiten um 1.864,5 Mio. € (Vorjahr: 1.367,3 Mio. €).

Im aktuellen Geschäftsjahr hat die EnBW International Finance B.V. unter dem etablierten Debt-Issuance-Programm am 1. Juli 2009 zwei Anleihen mit einem Volumen von insgesamt 1,35 Mrd. € platziert, eine Anleihe in Höhe von 750 Mio. € mit einer Laufzeit von 6 Jahren und eine weitere Anleihe in Höhe von 600 Mio. € mit einer Laufzeit von 30 Jahren.

Im Vorjahr hatte die EnBW International Finance B.V. die am 25. Februar 2008 fällige 400-Mio.-CHF-Anleihe im Teilbetrag von 300 Mio. CHF refinanziert. Darüber hinaus wurden bei der EnBW International Finance B.V. unter dem etablierten Debt-Issuance-Programm am 20. November 2008 eine öffentliche Anleihe in Höhe von 750 Mio. € mit einer Laufzeit von fünf Jahren und eine weitere öffentliche Anleihe in Höhe von 750 Mio. € mit einer Laufzeit von zehn Jahren aufgenommen. Am 16. Dezember 2008 wurde eine Privatplatzierung in Höhe von 20 Mrd. JPY mit einer Laufzeit von 30 Jahren emittiert. Diese wurde bei Abschluss mit einem Währungsswapgeschäft in Euro getauscht.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich gegenüber dem Vorjahr um 406,1 Mio. € erhöht (Vorjahr: 9,5 Mio. €). Dies ist auf die Aufnahme eines langfristigen bilateralen Bankdarlehens in Höhe von 500 Mio. € für den Bau des Steinkohlekraftwerks RDK 8 in Karlsruhe zurückzuführen. Bei einer Tochtergesellschaft wurde ein fälliges langfristiges Konsortialdarlehen in Höhe von 172,5 Mio. € mit einem Teilbetrag von 80 Mio. € refinanziert. Darüber hinaus haben sich planmäßige Tilgungsleistungen bei der EnBW AG und den Tochtergesellschaften ebenfalls rückläufig bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewirkt.

Unter der Position „Sonstige Finanzverbindlichkeiten“ sind insbesondere langfristige Finanzierungsleasingverträge enthalten, die im Jahresverlauf planmäßig getilgt wurden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich im Geschäftsjahr 2009 die Position „Sonstige Finanzverbindlichkeiten“ insgesamt um 105,6 Mio. € erhöht (Vorjahr: Rückgang um 107,4 Mio. €). Grund hierfür sind vor allem (Rest-) Kaufpreisverpflichtungen aus getätigten Akquisitionen.

Die Fälligkeitsstruktur unserer Finanzverbindlichkeiten ergibt sich wie folgt:

Mio. €	Fälligkeit 2010	Fälligkeit 2011	Fälligkeit 2012	Fälligkeit 2013	Fälligkeit 2014	Fälligkeit nach 2014	Summe
Anleihen	217,3	0,0	1.065,6	959,0	0,0	3.253,8	5.495,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	102,1	107,3	38,8	25,5	49,8	639,0	962,5
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	127,9	208,4	91,1	84,7	78,7	135,3	726,1
Finanzverbindlichkeiten	447,3	315,7	1.195,5	1.069,2	128,5	4.028,1	7.184,3

Weitere Informationen zu beizulegenden Zeitwerten sowie undiskontierten Cashflows nach Jahresscheiben befinden sich im Abschnitt „Berichterstattung zu den Finanzinstrumenten“.

Die Struktur der wesentlichen Anleihen stellt sich wie folgt dar:

Emittent	Emissionsvolumen	Buchwerte	Coupon	Fälligkeit
EnBW International Finance B.V.	150 Mio. €	149,9 Mio. €	5,000 %	06.09.2010
EnBW International Finance B.V.	1.000 Mio. €	998,2 Mio. €	5,875 %	28.02.2012
EnBW International Finance B.V.	300 Mio. CHF	211,8 Mio. € ¹	3,125 %	25.02.2013
EnBW International Finance B.V.	750 Mio. €	747,2 Mio. €	6,000 %	20.11.2013
EnBW International Finance B.V.	750 Mio. €	753,9 Mio. € ¹	4,125 %	07.07.2015
EnBW International Finance B.V.	500 Mio. €	495,6 Mio. €	4,250 %	19.10.2016
EnBW International Finance B.V.	750 Mio. €	745,7 Mio. €	6,875 %	20.11.2018
EnBW International Finance B.V.	500 Mio. €	505,6 Mio. € ¹	4,875 %	16.01.2025
EnBW International Finance B.V.	20 Mrd. JPY	165,0 Mio. €	3,880 %	16.12.2038
EnBW International Finance B.V.	600 Mio. €	588,0 Mio. €	6,125 %	07.07.2039
Diverse		134,8 Mio. €		
Summe Anleihen		5.495,7 Mio. €		

¹ Bereinigt um Bewertungseffekte aus zinsinduzierten Sicherungsgeschäften.

Bei den ausstehenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten handelt es sich zum überwiegenden Teil um bilaterale Kreditvereinbarungen.

Wie im Vorjahr verfügte die EnBW AG zum 31. Dezember 2009 über eine vollständig ungenutzte, fest zugesagte syndizierte Kreditlinie in Höhe von 2,5 Mrd. €. Zusätzlich waren weitere 342 Mio. € (Vorjahr: 253 Mio. €) bilaterale freie Kreditlinien im Konzern vorhanden.

Die durchschnittliche Verzinsung der Finanzverbindlichkeiten hat sich 2009 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

Durchschnittliche Verzinsung in %	31.12.2009	31.12.2008
Bankverbindlichkeiten	3,0	4,1
Anleihen	4,9	5,5
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	4,6	4,6
Summe Finanzverbindlichkeiten	4,6	5,2

Die durchschnittliche Verzinsung der Finanzverbindlichkeiten hat sich 2009 im Vergleich zum Vorjahr reduziert, da sich bei Neuaufnahmen das allgemein gesunkene Marktzinsniveau positiv ausgewirkt hat.

Für den Großteil der Finanzverbindlichkeiten bestehen weiterhin langfristig fixierte Zinsvereinbarungen.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 46,7 Mio. € (Vorjahr: 19,5 Mio. €) durch Grundpfandrechte gesichert.

Die Mindestleasingzahlungen aus den in den sonstigen Finanzverbindlichkeiten enthaltenen Finanzierungsleasingverträgen haben folgende Fälligkeiten:

Mio. €	Nominalwert		Barwert	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Fälligkeit bis 1 Jahr	106,6	106,3	102,3	102,4
Fälligkeit 1 bis 5 Jahre	413,7	417,0	329,1	334,4
Fälligkeit über 5 Jahre	76,4	179,1	50,4	114,9
Gesamt	596,7	702,4	481,8	551,7

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen nicht konsolidierte verbundene Unternehmen. In den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind Verpflichtungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von 2.020,2 Mio. € (Vorjahr: 2.232,2 Mio. €) enthalten. Die übrigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen potenzielle Kaufpreisverpflichtungen aus Put-Optionen von Minderheitsgesellschaftern bereits vollkonsolidierter Unternehmen in Höhe von 28,5 Mio. € (Vorjahr angepasst: 529,2 Mio. €), Verbindlichkeiten aus Steuern einschließlich Zinsen aus Steuernachzahlungen in Höhe von 152,6 Mio. € (Vorjahr: 165,8 Mio. €), Sicherheitsleistungen für außerbörsliche Handelsgeschäfte (erhaltene Margin Calls) in Höhe von 324,7 Mio. € (Vorjahr: 151,9 Mio. €) sowie Zinsverpflichtungen aus Anleihen in Höhe von 128,4 Mio. € (Vorjahr: 95,4 Mio. €).

Zuschüsse

Unter den Zuschüssen werden Investitionszulagen sowie Baukosten- und Investitionskostenzuschüsse ausgewiesen.

Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Investitionszulagen	5,2	12,8
Investitionskostenzuschüsse	24,8	31,5
Baukostenzuschüsse	1.489,0	1.673,3
Gesamt	1.519,0	1.717,6

Die Investitionszulagen wurden entsprechend § 4a InvZulG gewährt.

Noch nicht ertragswirksam gewordene Baukostenzuschüsse wurden überwiegend für Investitionen im Strom- und Gasbereich gezahlt, wobei die bezuschussten Vermögenswerte im Eigentum der EnBW-Konzerngesellschaften verbleiben.

Die Auflösung der Zuschüsse erfolgt entsprechend den angenommenen Nutzungsdauern der betroffenen Vermögensgegenstände. Vom Gesamtbetrag der Zuschüsse werden 1.440,7 Mio. € (Vorjahr: 1.634,3 Mio. €) später als innerhalb eines Jahres ertragswirksam.

(25) Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte sowie Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten

Aufgrund einer Auflage des Bundeskartellamts in Zusammenhang mit dem Erwerb der Anteile an der EWE Aktiengesellschaft plant die EnBW, ihre Beteiligung an der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG (GESO) zu verkaufen. Vor diesem Hintergrund werden die Vermögenswerte und Schulden der GESO und deren Tochtergesellschaften als zur Veräußerung gehalten ausgewiesen. Abwertungen auf niedrigere Zeitwerte waren nicht erforderlich. Die Verkaufsverhandlungen begannen im Oktober 2009, ein Vertragsabschluss wird im ersten Halbjahr 2010 erwartet.

Aufgrund der Umstrukturierung bei den tschechischen Beteiligungen plant die EnBW, ihre Beteiligung an der Pražská teplárenská Holding a.s. (PT), Prag/Tschechien, Anfang 2010 zu veräußern. Deshalb werden die Vermögenswerte und Schulden der PT und deren Tochtergesellschaften als zur Veräußerung gehalten ausgewiesen. Abwertungen auf niedrigere Zeitwerte waren nicht erforderlich.

Die Vermögenswerte und Schulden der Veräußerungsgruppen der GESO und der PT zum 31. Dezember 2009 gliedern sich wie folgt:

Mio. €	Strom Erzeugung und Handel	Strom Netz und Vertrieb	Gas	Energie- und Umweltdienstleistungen	Holding/Konsolidierung	31.12.2009
Langfristige Vermögenswerte						
Immaterielle Vermögenswerte	0,3	62,2	89,7	5,4	0,0	157,6
Sachanlagen	97,6	443,0	300,2	67,4	0,0	908,2
Sonstige langfristige Vermögenswerte	1,1	190,8	0,0	22,7	194,5	409,1
	99,0	696,0	389,9	95,5	194,5	1.474,9
Kurzfristige Vermögenswerte						
Kurzfristige Vermögenswerte	45,2	63,5	7,5	88,7	16,5	221,4
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	144,2	759,5	397,4	184,2	211,0	1.696,3

Mio. €	Strom Erzeugung und Handel	Strom Netz und Vertrieb	Gas	Energie- und Umweltdienstleistungen	Holding/Konsolidierung	31.12.2009
Langfristige Schulden						
Rückstellungen	0,3	11,4	1,9	51,7	0,0	65,3
Latente Steuern	7,1	6,2	4,8	86,5	3,5	108,1
Verbindlichkeiten und Zuschüsse	0,0	150,2	13,3	1,2	0,0	164,7
	7,4	167,8	20,0	139,4	3,5	338,1
Kurzfristige Schulden						
Rückstellungen	1,2	22,4	10,5	6,5	0,0	40,6
Verbindlichkeiten und Zuschüsse	6,8	312,9	39,7	30,0	0,0	389,4
	8,0	335,3	50,2	36,5	0,0	430,0
Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	15,4	503,1	70,2	175,9	3,5	768,1

Die übrigen zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte in Höhe von 1,7 Mio. € (Vorjahr: 4,0 Mio. €) betreffen im Wesentlichen Grundstücke und Gebäude.

Berichterstattung zu den Finanzinstrumenten

Zu den Finanzinstrumenten zählen originäre Finanzinstrumente und Derivate.

Die originären Finanzinstrumente umfassen auf der Aktivseite die finanziellen Vermögenswerte, die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die sonstigen Vermögenswerte und die flüssigen Mittel. Auf der Passivseite umfassen sie die Finanzverbindlichkeiten, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und die übrigen Verbindlichkeiten.

Beizulegende Zeitwerte und Buchwerte von Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien

Die nachfolgende Tabelle stellt die beizulegenden Zeitwerte sowie Buchwerte der in den einzelnen Bilanzpositionen enthaltenen finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten dar:

Aktiva zum 31.12.2009

Mio. €	Beizulegender Zeitwert	Buchwerte nach Bewertungskategorien			
		Zu Handelszwecken gehalten	Zur Veräußerung verfügbar	Bis zur Endfälligkeit gehalten	Kredite und Forderungen
Finanzielle Vermögenswerte ¹	6.503,0	419,9	4.734,7	1.102,5	206,0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.233,4				3.233,4
Sonstige Vermögenswerte	2.567,4	1.962,1			460,9
Flüssige Mittel	1.470,8				1.470,8
Summe	13.774,6	2.382,0	4.734,7	1.102,5	5.371,1

Passiva zum 31.12.2009

Mio. €	Beizulegender Zeitwert	Buchwerte nach Bewertungskategorien	
		Zu Handelszwecken gehalten	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten
Finanzverbindlichkeiten	7.668,8		6.702,5
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	445,4		445,4
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	3.156,9	2.041,0	824,0
Summe	11.271,1	2.041,0	7.971,9

¹ Der Buchwert der zu Anschaffungskosten bewerteten Eigenkapitalinstrumente beträgt zum Bilanzstichtag 554,1 Mio. €.

> Anhang des EnBW-Konzerns
zum Jahresabschluss 2009

Derivate in Sicherungs- beziehungen	Wertansatz nach IAS 17	Nicht im Anwen- dungsbereich von IFRS 7	Bilanz		
			Gesamt	Langfristig	Kurzfristig
			6.463,1	5.691,4	771,7
			3.233,4	425,9	2.807,5
102,8	41,6	275,9	2.843,3	203,8	2.639,5
			1.470,8		1.470,8
102,8	41,6	275,9	14.010,6	6.321,1	7.689,5

Derivate in Sicherungs- beziehungen	Wertansatz nach IAS 17	Nicht im Anwen- dungsbereich von IFRS 7	Bilanz		
			Gesamt	Langfristig	Kurzfristig
	481,8		7.184,3	6.737,0	447,3
		2.363,4	2.808,8	5,4	2.803,4
291,9		2.262,4	5.419,3	1.987,6	3.431,7
291,9	481,8	4.625,8	15.412,4	8.730,0	6.682,4

Aktiva zum 31.12.2008

Mio. € ¹	Beizulegender Zeitwert	Buchwerte nach Bewertungskategorien			
		Zu Handelszwecken gehalten	Zur Veräußerung verfügbar	Bis zur Endfälligkeit gehalten	Kredite und Forderungen
Finanzielle Vermögenswerte ²	5.566,8	152,4	4.097,7	1.102,8	192,1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.547,7				3.547,7
Sonstige Vermögenswerte	3.465,1	2.557,2			655,0
Flüssige Mittel	3.084,5				3.084,5
Summe	15.664,1	2.709,6	4.097,7	1.102,8	7.479,3

Passiva zum 31.12.2008

Mio. € ¹	Beizulegender Zeitwert	Zu Handelszwecken gehalten	Buchwerte nach Bewertungskategorien	
			Zu fortgeführten Anschaffungskosten	bewertete finanzielle Verbindlichkeiten
Finanzverbindlichkeiten	5.433,5			4.768,1
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	592,8			592,8
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	3.544,5	2.623,7		670,1
Summe	9.570,8	2.623,7		6.031,0

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Der Buchwert der zu Anschaffungskosten bewerteten Eigenkapitalinstrumente beträgt zum Bilanzstichtag 604,8 Mio. €.

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgt anhand der am Bilanzstichtag veröffentlichten Marktwerte sowie der nachfolgend beschriebenen Methoden einschließlich der zugrunde gelegten Prämissen.

Finanzielle Vermögenswerte

Der beizulegende Zeitwert originärer Finanzinstrumente der Kategorie „zu Handelszwecken gehalten“ entspricht dem am Bilanzstichtag gültigen Börsenkurs beziehungsweise dem gültigen Rücknahmepreis.

Für Finanzinstrumente, die der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ zugeordnet sind, wird der beizulegende Zeitwert grundsätzlich anhand von Börsenkursen beziehungsweise Rücknahmepreisen ermittelt. Sofern mangels Vorliegen eines aktiven Markts der beizulegende Zeitwert für bestimmte Eigenkapitalinstrumente nicht verlässlich ermittelt werden kann, sind diese zu Anschaffungskosten bewertet.

Derivate in Sicherungs- beziehungen	Wertansatz nach IAS 17	Nicht im Anwen- dungsbereich von IFRS 7	Bilanz		
			Gesamt	Langfristig	Kurzfristig
			5.545,0	4.960,3	584,7
			3.547,7	400,7	3.147,0
207,8	45,1	381,1	3.846,2	204,1	3.642,1
			3.084,5		3.084,5
207,8	45,1	381,1	16.023,4	5.565,1	10.458,3

Derivate in Sicherungs- beziehungen	Wertansatz nach IAS 17	Nicht im Anwen- dungsbereich von IFRS 7	Bilanz		
			Gesamt	Langfristig	Kurzfristig
	551,7		5.319,8	4.925,1	394,7
		2.657,2	3.250,0	8,9	3.241,1
250,7		2.988,4	6.532,9	2.082,3	4.450,6
250,7	551,7	5.645,6	15.102,7	7.016,3	8.086,4

Bei den Finanzinvestitionen der Kategorie „bis zur Endfälligkeit gehalten“ handelt es sich um börsennotierte Wertpapiere. Der beizulegende Zeitwert wird anhand des Börsenkurses zum Bilanzstichtag abgeleitet und beträgt zum 31. Dezember 2009 insgesamt 1.142,4 Mio. € (Vorjahr: 1.124,6 Mio. €).

Für Ausleihungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, gibt es keine liquiden Märkte. Für kurzfristige Ausleihungen wird angenommen, dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht. Für langfristige Ausleihungen wird der Marktwert durch Diskontierung der künftig erwarteten Cashflows ermittelt. Sofern diese Ausleihungen variabel verzinslich sind, entspricht der Buchwert dem beizulegenden Zeitwert.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Bilanzstichtag annähernd dem beizulegenden Zeitwert. Unter- oder nicht verzinsliche Forderungen mit Restlaufzeiten von über einem Jahr werden mit ihrem Barwert in der Bilanz ausgewiesen.

Sonstige Vermögenswerte

Derivate werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Der beizulegende Zeitwert für Forderungen aus Finanzierungsleasing wird durch Diskontierung der künftig erwarteten Cashflows ermittelt.

Für kurzfristige übrige sonstige Vermögenswerte wird angenommen, dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht. Für langfristige übrige sonstige Vermögenswerte wird der Marktwert durch Diskontierung der künftig erwarteten Cashflows ermittelt. Sofern diese Vermögenswerte variabel verzinslich sind, entspricht der Buchwert dem beizulegenden Zeitwert.

Flüssige Mittel

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente haben kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Bilanzstichtag annähernd dem beizulegenden Zeitwert.

Finanzverbindlichkeiten

Der beizulegende Zeitwert der kapitalmarktnotierten Anleihen entspricht den Nominalwerten multipliziert mit den Kursnotierungen zum Abschlussstichtag.

Für kurzfristige Finanzverbindlichkeiten wird angenommen, dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht. Für langfristige Finanzverbindlichkeiten wird der Marktwert durch Diskontierung der künftig zu entrichtenden Cashflows ermittelt. Sofern diese Finanzverbindlichkeiten variabel verzinslich sind, entspricht der Buchwert dem beizulegenden Zeitwert. Der Zeitwert der Anleihen zum 31. Dezember 2009 beträgt 5.951,6 Mio. € (Vorjahr: 4.245,0 Mio. €). Der Zeitwert der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 991,1 Mio. € (Vorjahr: 568,0 Mio. €).

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Bilanzstichtag annähernd dem beizulegenden Zeitwert.

Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse

Derivate werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Für kurzfristige Verbindlichkeiten wird angenommen, dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht. Für langfristige Verbindlichkeiten wird der Marktwert durch Abzinsung der künftig zu entrichtenden Cashflows ermittelt. Sofern diese Verbindlichkeiten variabel verzinslich sind, entspricht der Buchwert dem beizulegenden Zeitwert.

Der beizulegende Zeitwert der Leasingverbindlichkeiten wird durch Diskontierung der künftig erwarteten Cashflows ermittelt.

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten wird anhand folgender Bewertungshierarchie vorgenommen:

- Stufe 1: notierte (nicht angepasste) Preise auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten.
- Stufe 2: Verfahren, bei denen sämtliche Input-Parameter, die sich wesentlich auf den erfassten beizulegenden Zeitwert auswirken, entweder direkt oder indirekt beobachtbar sind.
- Stufe 3: Verfahren, die Input-Parameter verwenden, die sich wesentlich auf den erfassten beizulegenden Zeitwert auswirken und nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren.

Die nachfolgenden Tabellen stellen die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumente dar:

Vermögenswerte bewertet zum beizulegenden Zeitwert zum 31.12.2009

Mio. €	Beizulegender Zeitwert	Hierarchie der Input-Daten		
		1. Stufe	2. Stufe	3. Stufe
Finanzielle Vermögenswerte	4.600,5	2.756,0	1.844,5	0,0
zu Handelszwecken gehalten	(419,9)	(154,3)	(265,6)	(0,0)
zur Veräußerung verfügbar	(4.180,6)	(2.601,7)	(1.578,9)	(0,0)
Zu Handelszwecken gehaltene sonstige Vermögenswerte	1.962,1	32,8	1.929,3	0,0
Derivate in Sicherungsbeziehungen	102,8	1,4	101,4	0,0
Summe	6.665,4	2.790,2	3.875,2	0,0

Verbindlichkeiten bewertet zum beizulegenden Zeitwert zum 31.12.2009

Mio. €	Beizulegender Zeitwert	Hierarchie der Input-Daten		
		1. Stufe	2. Stufe	3. Stufe
Zu Handelszwecken gehaltene übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	2.041,0	38,0	2.003,0	0,0
Derivate in Sicherungsbeziehungen	291,9	64,7	227,2	0,0
Summe	2.332,9	102,7	2.230,2	0,0

Vermögenswerte bewertet zum beizulegenden Zeitwert zum 31.12.2008

Mio. €	Beizulegender Zeitwert	Hierarchie der Input-Daten		
		1. Stufe	2. Stufe	3. Stufe
Finanzielle Vermögenswerte	3.645,3	2.339,6	1.305,7	0,0
zu Handelszwecken gehalten	(152,4)	(152,4)	(0,0)	(0,0)
zur Veräußerung verfügbar	(3.492,9)	(2.187,2)	(1.305,7)	(0,0)
Zu Handelszwecken gehaltene sonstige Vermögenswerte	2.557,2	0,0	2.557,2	0,0
Derivate in Sicherungsbeziehungen	207,8	0,0	207,8	0,0
Summe	6.410,3	2.339,6	4.070,7	0,0

Verbindlichkeiten bewertet zum beizulegenden Zeitwert zum 31.12.2008

Mio. €	Beizulegender Zeitwert	Hierarchie der Inputdaten		
		1. Stufe	2. Stufe	3. Stufe
Zu Handelszwecken gehaltene übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	2.623,7	50,9	2.572,8	0,0
Derivate in Sicherungsbeziehungen	250,7	40,6	210,1	0,0
Summe	2.874,4	91,5	2.782,9	0,0

Aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert für die zum 31. Dezember des jeweiligen Jahres im Bestand befindlichen Finanzinstrumente sind folgende Gesamterträge und -aufwendungen entstanden:

Gesamterträge und -aufwendungen von Vermögenswerten bewertet zum beizulegenden Zeitwert

Mio. €	2009	2008
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst	1.488,1	2.374,8
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte	6,6	4,4
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-54,4	-89,1
Zu Handelszwecken gehaltene sonstige Vermögenswerte	1.503,4	2.398,8
Derivate in Sicherungsbeziehung	32,5	60,7
Im Eigenkapital erfasst	261,2	-452,8
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	267,8	-539,5
Derivate in Sicherungsbeziehung	-6,6	86,7

Gesamterträge und -aufwendungen von Verbindlichkeiten bewertet zum beizulegenden Zeitwert

Mio. €	2009	2008
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst	-1.467,6	-2.431,2
Zu Handelszwecken gehaltene übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	-1.467,6	-2.441,7
Derivate in Sicherungsbeziehung	0,0	10,5
Im Eigenkapital erfasst	-74,4	-185,7
Derivate in Sicherungsbeziehung	-74,4	-185,7

Die Erträge beziehungsweise Aufwendungen aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert von „zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten“ werden im Finanzergebnis ausgewiesen. Dies gilt ebenfalls für Erträge beziehungsweise Aufwendungen aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert von „zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“, die in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wurden. Die Erträge beziehungsweise Aufwendungen aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert von „zu Handelszwecken gehaltenen sonstigen Vermögenswerten sowie übrigen Verbindlichkeiten und Zuschüssen“ werden entweder im sonstigen betrieblichen Ertrag beziehungsweise im sonstigen betrieblichen Aufwand oder im Finanzergebnis dargestellt. Erträge beziehungsweise Aufwendungen von Derivaten in Sicherungsbeziehung, die in der Gewinn und Verlustrechnung erfasst sind, werden im sonstigen betrieblichen Ertrag beziehungsweise im sonstigen betrieblichen Aufwand oder im Finanzergebnis ausgewiesen.

Nettogewinne oder -verluste nach Bewertungskategorien

Mio. €	2009	2008
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten	81,0	-9,0
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-137,7	-29,5
Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte	0,0	0,0
Kredite und Forderungen	-39,5	-35,8
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	-8,1	0,0

In der Darstellung der Nettogewinne und -verluste werden Derivate, die sich in einer Sicherungsbeziehung befinden, nicht berücksichtigt. Freistehende Derivate sind in der Bewertungskategorie „zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten“ enthalten.

Der Nettogewinn (Vorjahr: Nettoverlust) der Bewertungskategorie „zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten“ enthält neben Ergebnissen aus der Marktbewertung auch Zins- und Währungseffekte.

In dem Nettoverlust der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ werden neben Wertberichtigungen auch Ergebniseffekte aus dem Abgang sowie Währungseffekte ausgewiesen.

Bei den Nettoverlusten der Bewertungskategorie „Kredite und Forderungen“ handelt es sich im Wesentlichen um Währungseffekte, Wertberichtigungen und Zuschreibungen.

Der Nettoverlust der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten resultiert im Wesentlichen aus Gebühren für die Bereitstellung von Kreditlinien.

Ergebnisse aus Marktwertänderungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten wurden im Geschäftsjahr 2009 in Höhe von 267,8 Mio. € (Vorjahr: -539,5 Mio. €) erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.¹ Von den erfolgsneutral gebuchten Marktwertänderungen wurden 64,8 Mio. € (Vorjahr: 7,7 Mio. €) ergebnismindernd in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht.

Die Wertberichtigungen auf finanzielle Vermögenswerte der Bewertungskategorien „zur Veräußerung verfügbar“ und „Kredite und Forderungen“ betragen 120,4 Mio. € (Vorjahr: 93,5 Mio. €) beziehungsweise 0,3 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €). Forderungen aus Lieferungen und Leistungen waren mit 34,8 Mio. € (Vorjahr: 32,9 Mio. €) wertberichtigt. Auf zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten sonstigen Vermögenswerten wurden im Geschäftsjahr 2009 Wertberichtigungen in Höhe von 17,4 Mio. € (Vorjahr: 13,0 Mio. €) vorgenommen.

Gesamtzinserträge und -aufwendungen

Mio. € ¹	2009	2008
Gesamtzinserträge	248,1	330,4
Gesamtzinsaufwendungen	-317,0	-229,8

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Die Gesamtzinserträge und -aufwendungen resultieren aus Finanzinstrumenten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Zinserträge aus Ausleihungen, Darlehen und Bankguthaben sowie um Zins- und Dividendenerträge finanzieller Vermögenswerte der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“. Die Zinsaufwendungen resultieren insbesondere aus den Anleihen, Bankverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing.

In den Gesamtzinserträgen sind Zinserträge aus wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten in Höhe von 0,5 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €) enthalten.

Derivate

Zur Absicherung der Risiken werden im Commodity-Bereich sowohl physisch als auch finanziell zu erfüllende Optionen und Termingeschäfte, im Devisenbereich im Wesentlichen Termingeschäfte eingesetzt. Im Finanzierungsbereich werden zur Risikobegrenzung Swapschäfte abgeschlossen.

Alle Derivate, die zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, werden als Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten bilanziert. Die Derivate sind zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von Derivaten, die weder ausschließlich für den eigenen Gebrauch (Own Use) bestimmt sind noch die Voraussetzungen als Sicherungsgeschäft zur Absicherung von Cashflows erfüllen, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

¹ Nicht berücksichtigt ist das Ergebnis aus Marktwertänderungen in Höhe von 15,3 Mio. € von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die zur Veräußerung gehalten werden.

Bilanzielle Sicherungsbeziehungen gemäß IAS 39 bestehen im Finanzbereich vor allem zur Sicherung von Währungsrisiken aus Beteiligungen mit ausländischer Funktionalwährung sowie zur Sicherung von Zinsrisiken aus langfristigen Verbindlichkeiten. Im Commodity-Bereich werden Schwankungen künftiger Zahlungsströme gesichert, die aus geplanten Beschaffungs- und Absatzgeschäften resultieren.

Cashflow Hedges

Cashflow Hedges bestehen insbesondere im Commodity-Bereich zur Absicherung von Preisrisiken aus künftigen Absatz- und Beschaffungsgeschäften, zur Begrenzung des Währungsrisikos aus Fremdwährungsverbindlichkeiten sowie zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos variabel verzinslicher Verbindlichkeiten.

Die Änderung des beizulegenden Zeitwerts der eingesetzten Sicherungsgeschäfte, vor allem Termingeschäfte und Futures, werden, soweit effektiv, direkt in den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen im Eigenkapital (Marktbewertung von Finanzinstrumenten) bis zur Auflösung der Sicherungsbeziehung erfasst. Der ineffektive Teil des Gewinns oder Verlusts aus einem Sicherungsinstrument wird sofort erfolgswirksam erfasst.

Zum 31. Dezember 2009 betragen die unrealisierten Verluste aus Derivaten 194,6 Mio. € (Vorjahr: Verluste 206,2 Mio. €). Im Berichtsjahr wurde der effektive Teil von Cashflow Hedges in Höhe von 51,7 Mio. € (Vorjahr: -224,0 Mio. €) im Eigenkapital erfasst. Aus dem ineffektiven Teil von Cashflow Hedges ergab sich zum 31. Dezember 2009 ein Ertrag von 4,9 Mio. € (Vorjahr: Aufwand 6,9 Mio. €), aus Umgliederungen aus den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen des Eigenkapitals ein Aufwand von 55,4 Mio. € (Vorjahr: 27,3 Mio. €). Die Umgliederung erfolgt in Umsatzerlöse (Erhöhung um 318,6 Mio. €, Vorjahr: Verminderung um 123,5 Mio. €), Materialaufwendungen (Erhöhung um 316,1 Mio. €, Vorjahr: Verminderung um 121,9 Mio. €), sonstige betriebliche Erträge (Verminderung um 42,7 Mio. €, Vorjahr: 25,7 Mio. €) und im Finanzergebnis (Verringerung um 15,2 Mio. €, Vorjahr: 0,0 Mio. €).

In den Umgliederungen war im Vorjahr die Dedesignation von Cashflow-Hedge-Beziehungen in Höhe von 25,7 Mio. € vorhanden, da mit einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit der prognostizierten Transaktion nicht mehr gerechnet werden konnte. Im laufenden Berichtsjahr lag kein entsprechender Sachverhalt vor.

Für die Verminderung der Anschaffungskosten der Vorratsbestände wurden aus den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen des Eigenkapitals 95,6 Mio. € (Vorjahr: 118,1 Mio. €) umgegliedert.

Zum 31. Dezember 2009 sind bestehende Grundgeschäfte in Cashflow Hedges mit Laufzeiten bis 29 Jahre (Vorjahr: bis 30 Jahre) im Fremdwährungsbereich einbezogen. Im Commodity-Bereich betragen die Laufzeiten geplanter Grundgeschäfte bis drei Jahre (Vorjahr: bis drei Jahre).

Sicherungsbeziehungen werden im Rahmen der Optimierung branchenüblich neu- und dedesigniert.

Fair Value Hedges

Fair Value Hedges bestehen vor allem zur Absicherung festverzinslicher Verbindlichkeiten gegenüber Marktpreisrisiken. Als Sicherungsinstrumente werden Zinsswaps genutzt. Bei Fair Value Hedges wird sowohl das Grund- als auch das Sicherungsgeschäft hinsichtlich des abgesicherten Risikos erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Im Berichtsjahr wurde die Wertveränderung der beizulegenden Zeitwerte von Sicherungsinstrumenten in Höhe von 9,8 Mio. € (Vorjahr: 52,4 Mio. €) erfolgswirksam erfasst. Für die gesicherten Verbindlichkeiten sind die aus dem gesicherten Risiko resultierenden Marktwertveränderungen ebenfalls erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zu vereinnahmen. Im Berichtsjahr wurden die Marktwertschwankungen aus den Grundgeschäften in Höhe von 9,6 Mio. € (Vorjahr: -54,2 Mio. €) erfolgswirksam erfasst.

Hedges von Nettoinvestitionen in ausländische Teileinheiten

Zur Sicherung von Fremdwährungsrisiken aus Beteiligungen mit ausländischer Funktionalwährung werden originäre Fremdwährungsanleihen eingesetzt. Zum 31. Dezember 2009 wurden -0,9 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €) aus der Währungskursänderung der Sicherungsgeschäfte im Posten Währungsumrechnung innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen

Verträge, soweit sie zum erwarteten Nutzungsbedarf des Unternehmens abgeschlossen worden sind, werden nicht nach den Vorschriften des IAS 39 bilanziell erfasst.

Marktübliche Käufe und Verkäufe (Kassakäufe/-verkäufe) von originären Finanzinstrumenten werden grundsätzlich am Erfüllungstag bilanziert. Derivative finanzielle Vermögenswerte werden zum Handelstag bilanziell erfasst. Derivative und originäre Finanzinstrumente werden dann bilanziell erfasst, wenn die EnBW Vertragspartei geworden ist.

Für den Kauf und Verkauf von Brennstoffen erfolgt die Bezahlung in Euro, US-Dollar oder Pfund Sterling.

Die Bewertung von Kontrahentenrisiken erfolgt unter Einbeziehung der Fristigkeit des jeweils aktuellen Wiederbeschaffungs- und Absatzrisikos. Darüber hinaus werden diese Risiken unter Berücksichtigung des aktuellen Ratings der Ratingagentur Moody's analysiert. Die Handelspartner, die über kein entsprechendes externes Rating verfügen, werden einem internen Ratingverfahren unterzogen.

Das Kontrahentenrisiko basiert auf Wiederbeschaffungs- und Absatzrisiken, die sich aus den Marktwerten der jeweiligen Position mit dem einzelnen Handelspartner zum Stichtag ergeben. Die Ermittlung erfolgt unter Berücksichtigung der mit dem Handelspartner in Rahmenverträgen vereinbarten Netting-Möglichkeiten. Im Fall des Vorliegens einer Netting-Vereinbarung werden positive und negative Marktwerte je Handelspartner saldiert. Bei fehlendem Netting werden nur positive Marktwerte berücksichtigt.

Mit einzelnen Handelspartnern sind im Rahmen des Kreditrisikomanagements bilaterale Margin Agreements vereinbart. Margin-Zahlungen aufgrund dieser Agreements werden im Rahmen der Beurteilung des Kontrahentenrisikos berücksichtigt.

Kontrahentenrisiko in Mio. € Moody's	31.12.2009		31.12.2008	
	< 1 Jahr	1-5 Jahre	< 1 Jahr	1-5 Jahre
bis A1	48,8	32,1	380,0	26,3
bis A3	324,3	328,9	168,9	65,7
Baa1	31,2	4,6	25,0	7,0
bis Baa3	19,9	0,5	51,8	11,1
unter Baa3	1,6	1,2	0,0	0,0
Gesamt	425,8	367,3	625,7	110,1

Das Nominalvolumen der im Folgenden dargestellten Derivate wird unsaldiert angegeben. Es stellt die Summe aller Kauf- und Verkaufsbeträge dar, die den Geschäften zugrunde liegen. Die Höhe des Nominalvolumens erlaubt Rückschlüsse auf den Umfang des Einsatzes von Derivaten. Sie gibt aber nicht das Risiko des Konzerns wieder, da den derivativen Geschäften Grundgeschäfte mit gegenläufigen Risiken gegenüberstehen. Für börsengehandelte Derivate werden Sicherheiten hinterlegt beziehungsweise haben wir Sicherheiten erhalten.

Mio. €	Derivate mit Sicherungsbeziehung			
	Nominalvolumen		Marktwert	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Devisentermingeschäfte				
< 1 Jahr	374,5	300,6	0,5	2,6
1-5 Jahre	738,3	665,4	-33,5	14,9
> 5 Jahre	150,2	159,2	-4,5	3,0
Stromoptionen und -futures				
< 1 Jahr	1.863,0	1.822,4	-0,2	-0,9
1-5 Jahre	2.220,1	2.125,0	-64,6	-39,7
Stromtermingeschäfte				
< 1 Jahr	0,0	0,0	0,0	0,0
1-5 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Gastermin- und -swappeschäfte				
< 1 Jahr	0,0	0,0	0,0	0,0
1-5 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Kohletermin- und -swappeschäfte				
< 1 Jahr	527,0	330,6	-90,6	94,9
1-5 Jahre	731,3	664,8	-45,4	-149,3
Derivate für Emissionsrechte				
< 1 Jahr	0,0	0,0	0,0	0,0
1-5 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Zinsswaps				
Festzin Zahler				
< 1 Jahr	0,0	190,0	0,0	-0,6
> 1 Jahr	0,0	0,0	0,0	0,0
Festzin Empfänger				
< 1 Jahr	0,0	0,0	0,0	-3,6
> 1 Jahr	1.250,2	495,2	49,2	36,8
Übrige Termingeschäfte und Derivate				
< 1 Jahr	0,0	33,8	0,0	-1,0
1-5 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtsumme	7.854,6	6.787,0	-189,1	-42,9
davon Derivate mit positivem beizulegendem Zeitwert			(102,8)	(207,8)
davon Derivate mit negativem beizulegendem Zeitwert			(291,9)	(250,7)

> Anhang des EnBW-Konzerns
zum Jahresabschluss 2009

Derivate ohne Sicherungsbeziehung				Derivate Summe			
Nominalvolumen		Marktwert		Nominalvolumen		Marktwert	
31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
709,5	700,5	-31,4	0,5	1.084,0	1.001,1	-30,9	3,1
202,1	459,3	1,2	-20,0	940,4	1.124,8	-32,3	-5,1
0,0	0,0	0,0	0,0	150,2	159,2	-4,5	3,0
1.530,6	578,3	1,4	-1,4	3.393,6	2.400,7	1,2	-2,3
1.034,5	760,3	17,4	-2,1	3.254,6	2.885,3	-47,2	-41,8
18.633,2	18.960,7	-36,7	40,5	18.633,2	18.960,7	-36,7	40,5
5.098,0	4.859,5	-22,3	-69,6	5.098,0	4.859,5	-22,3	-69,6
402,6	145,3	3,0	-13,0	402,6	145,3	3,0	-13,0
266,6	1,6	-7,5	0,0	266,6	1,6	-7,5	0,0
2.017,8	1.612,2	17,1	-37,3	2.544,8	1.942,8	-73,5	57,6
807,2	993,8	0,7	17,8	1.538,5	1.658,6	-44,7	-131,5
527,6	856,4	-3,8	26,9	527,6	856,4	-3,8	26,9
399,2	703,5	-18,2	-34,0	399,2	703,5	-18,2	-34,0
0,0	44,8	0,0	-0,5	0,0	234,8	0,0	-1,1
0,0	3,8	0,0	-0,1	0,0	3,8	0,0	-0,1
0,4	0,0	0,0	0,0	0,4	0,0	0,0	-3,6
0,0	0,0	0,0	0,0	1.250,2	495,2	49,2	36,8
165,7	97,1	1,1	30,3	165,7	130,9	1,1	29,3
40,3	24,3	-0,9	-4,5	40,3	24,3	-0,9	-4,5
31.835,3	30.801,4	-78,9	-66,5	39.689,9	37.588,5	-268,0	-109,4
		(1.962,1)	(2.557,2)			(2.064,9)	(2.765,0)
		(2.041,0)	(2.623,7)			(2.332,9)	(2.874,4)

Überleitungsrechnung von Derivaten in Sicherungsbeziehung zu den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen (Cashflow Hedge) im Eigenkapital

Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
Derivate in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge mit positivem beizulegendem Zeitwert	53,7	168,5	-114,8
Derivate in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge mit negativem beizulegendem Zeitwert	291,9	243,6	48,3
	-238,2	-75,1	-163,1
Latente Steuer auf erfolgsneutrale Veränderung der Derivate in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	64,7	20,6	44,1
Ineffektivität der Sicherungsbeziehung	4,4	7,2	-2,8
Kaskadierungseffekte	38,8	-137,6	176,4
Anteile anderer Gesellschafter	0,0	0,2	-0,2
Cashflow Hedge (Sicherungsbeziehung im Eigenkapital)	-130,3	-184,7	54,4

Die Kaskadierungseffekte betreffen die bis zum Zeitpunkt der Kaskadierung kumulierte Marktveränderung der in Sicherungsbeziehung stehenden Futures.

Im Rahmen der Kaskadierung werden Jahres- und Quartal-Futures nicht durch Barausgleich, sondern durch weitere Futures erfüllt.

Überleitungsrechnung der Veränderung der Bilanzwerte freistehender Derivate zur Gewinn- und Verlustrechnung

Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
Derivate mit positivem beizulegendem Marktwert	1.962,1	2.557,2	-595,1
Derivate mit negativem beizulegendem Marktwert	2.041,0	2.623,7	-582,7
Änderung des Konsolidierungskreises und Designation Hedge Accounting	8,0	-4,0	12,0
Umbuchung in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Schulden	2,6	0,0	2,6
Gezahlte Optionsprämie	9,9	-4,0	13,9
Veränderung der beizulegenden Zeitwerte der Derivate	-58,4	-74,5	16,1

Das Ergebnis in der Gewinn- und Verlustrechnung aus Derivaten setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. €	2009	2008
Bewertungsergebnis	16,1	-101,4
Realisiertes Ergebnis	49,9	96,7
Ineffektivität der Sicherungsbeziehung	4,9	-6,9
Ergebnis aus Derivaten	70,9	-11,6
davon sonstige betriebliche Erträge	(100,3)	(99,1)
davon sonstige betriebliche Aufwendungen	(36,6)	(138,2)
davon Finanzerträge	(24,7)	(49,7)
davon Finanzaufwendungen	(17,5)	(22,2)

Das realisierte Ergebnis kehrt die bisherige Marktbewertung freistehender Derivate, die wirtschaftlich gesichert sind, zum Zeitpunkt der Realisierung des Derivats wieder um. Die gesicherten Grundgeschäfte werden durch die vorangegangene Marktbewertung der Derivate nicht zu dem mit dem Derivat abgesicherten Preis, sondern zum aktuellen Tageskurs (Spotpreis) durchgeführt.

Zur Erhöhung der Transparenz weisen wir sowohl die Effekte aus der Marktbewertung als auch das realisierte Ergebnis aus.

Risikomanagementsystem

Grundsätze zum Risikomanagement der EnBW

Die EnBW ist als Energieversorgungsunternehmen im Rahmen des operativen Geschäfts sowie bei Geldanlagen und Finanzierungsvorgängen finanzwirtschaftlichen Preisrisiken im Währungs-, Zins- und Commodity-Bereich ausgesetzt. Daneben bestehen Kredit- und Liquiditätsrisiken. Unternehmenspolitik ist es, diese Risiken durch ein systematisches Risikomanagement auszuschalten oder zu begrenzen.

Wechselkursschwankungen zwischen dem Euro und anderen Währungen, Zinsschwankungen an den internationalen Geld- und Kapitalmärkten sowie Preisschwankungen an den Märkten für Strom, Kohle, Gas und Emissionsrechte stellen die wesentlichen Preisrisiken für die EnBW dar. Die Sicherungspolitik zur Eingrenzung dieser Risiken wird vom Vorstand vorgegeben und ist in konzerninternen Richtlinien dokumentiert. Sie sieht auch den Einsatz von Derivaten vor.

Die zur Absicherung finanzwirtschaftlicher Risiken eingesetzten Derivate unterliegen den in der Richtlinie für das Risikomanagement festgelegten Beurteilungskriterien wie Value-at-Risk-Kennziffern und Positions- und Verlustlimiten. Die Funktionstrennung der Bereiche Handel, Abwicklung und Kontrolle bilden ein weiteres zentrales Element des Risikomanagements.

Die entsprechenden Finanztransaktionen werden nur mit bonitätsmäßig erstklassigen Kontrahenten abgeschlossen. Eine Absicherung der Risikoposition durch geeignete Sicherungsinstrumente kann auch unter Bewahrung von Marktchancen erfolgen.

Bei den aus den Finanzinstrumenten resultierenden Risiken sowie den entsprechenden Methoden zur Messung und Steuerung sind gegenüber dem Vorjahr keine nennenswerten Änderungen zu verzeichnen.

Hinsichtlich weiterer Angaben zum Risikomanagementsystem der EnBW verweisen wir auf unsere Ausführungen im Risikobericht als Teil des Lageberichts.

Kreditrisiko

Kreditrisiken entstehen für die EnBW durch Nichterfüllung vertraglicher Vereinbarungen durch den Kontrahenten. Die EnBW steuert ihre Kreditrisiken, indem grundsätzlich eine hohe Bonität von den Kontrahenten gefordert wird und das Kreditrisiko mit den Kontrahenten begrenzt wird. Die Ratings der Kontrahenten werden durch das Bonitätsmanagementsystem der EnBW fortlaufend überwacht. Commodity- und Energiegeschäfte werden grundsätzlich auf Basis von Rahmenverträgen, zum Beispiel EFET, ISDA oder IETA, abgeschlossen. Das Eingehen dieser Rahmenverträge setzt eine gründliche Bonitätsprüfung des Kontrahenten voraus. Nur bei begründetem Interesse des Unternehmens, zum Beispiel bei der Entwicklung neuer Märkte, können Ausnahmen von dieser Geschäftspolitik zugelassen werden. Gemessen an der Kundenstruktur sind die Forderungen gegenüber einzelnen Kontrahenten nicht so groß, dass sie eine wesentliche Risikokonzentration bedeuten würden.

Finanzanlagegeschäfte werden nur mit Kontrahenten abgeschlossen, die und deren Anlagengrenzen in der Treasury-Richtlinie definiert sind. Eine Einhaltung dieser Richtlinie wird durch das Interne Kontrollsystem fortlaufend überwacht.

Das maximale Ausfallrisiko finanzieller Vermögenswerte (einschließlich Derivate mit positivem Marktwert) entspricht den in der Bilanz angesetzten Buchwerten. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 beträgt das maximale Ausfallrisiko 13.734,7 Mio. € (Vorjahr angepasst: 15.642,3 Mio. €).

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiken entstehen für die EnBW durch die Verpflichtung, Verbindlichkeiten vollständig und rechtzeitig zu tilgen. Aufgabe des Cash- und Liquiditätsmanagements der EnBW ist es, jederzeit die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens sicherzustellen.

Im Cashmanagement werden alle Zahlungsmittelbedarfe und -überschüsse zentral ermittelt. Durch die Saldierung der Zahlungsmittelbedarfe und -überschüsse wird die Anzahl der Bankgeschäfte auf ein Minimum reduziert. Das Netting erfolgt durch ein Cashpooling-Verfahren. Das Cashmanagement hat zur Steuerung der Bankkonten und internen Verrechnungskonten sowie zur Durchführung automatisierter Zahlungsvorgänge standardisierte Prozesse und Systeme implementiert.

Zur Liquiditätssteuerung wird konzernzentral ein auf Cashflows basierender Finanzplan erstellt. Der entstehende Finanzierungsbedarf wird mittels geeigneter Instrumente im Rahmen der Liquiditätssteuerung gedeckt. Neben der täglich verfügbaren Liquidität unterhält die EnBW auch weitere Liquiditätsreserven in Höhe von 2,8 Mrd. € (Vorjahr: 3,3 Mrd. €), die kurzfristig verfügbar sind. Die Höhe der Liquiditätsreserven richtet sich nach der strategischen Liquiditätsplanung unter Berücksichtigung festgelegter Worst-Case-Parameter. Bei der Liquiditätsreserve handelt es sich um zugesagte syndizierte und freie Kreditlinien mit unterschiedlichen Fristigkeiten. Durch die vorhandene Liquidität sowie die bestehenden Kreditlinien sieht sich die EnBW keiner Risikokonzentration ausgesetzt.

Weitere Erläuterungen zu den Finanzverbindlichkeiten sind der Anhangsangabe (24) Verbindlichkeiten und Zuschüsse zu entnehmen.

In den nachfolgenden Tabellen werden die künftigen undiskontierten Cashflows finanzieller Verbindlichkeiten und derivativer Finanzinstrumente aufgezeigt, die eine Auswirkung auf den künftigen Liquiditätsstatus des EnBW-Konzerns haben.

In die Betrachtung einbezogen werden alle zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 bestehenden und in der Bilanz ausgewiesenen vertraglichen Verpflichtungen.

Bei den emittierten Fremdkapitalinstrumenten sowie bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden Zins- und Tilgungszahlungen berücksichtigt.

Den Zinszahlungen festverzinslicher Finanzinstrumente liegt der vertraglich vereinbarte Zinssatz zugrunde. Bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten werden die zuletzt vor dem 31. Dezember 2009 fixierten Zinssätze herangezogen.

In Fremdwährung lautende Finanzinstrumente werden mit dem jeweiligen Kassakurs zum 31. Dezember 2009 umgerechnet.

Bei den Derivaten werden grundsätzlich Derivate mit positivem und negativem Marktwert berücksichtigt, sofern sie zu einem Nettomittelabfluss führen. Der Ermittlung der undiskontierten Cashflows liegen folgende Bedingungen zugrunde:

- Swapgeschäfte finden in der Liquiditätsanalyse nur Berücksichtigung, sofern sie zu einem Nettomittelabfluss führen.
- Devisentermingeschäfte werden berücksichtigt, sofern sie einen Mittelabfluss verursachen.
- Bei den Forward-Geschäften werden alle Käufe berücksichtigt. Die künftigen Cashflows ergeben sich jeweils aus der mit dem Vertragspreis bewerteten Menge.
- Future-Geschäfte sind in die Liquiditätsanalyse nicht einbezogen, da sie durch die tägliche Ausgleichszahlung (Variation Margin) glattgestellt werden und somit kein Liquiditätsrisiko besteht.

Undiskontierte Cashflows zum 31.12.2009

Mio. €	Summe	2010	2011	2012	2013	Cashflows > 2013
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten						
Emittierte Fremdkapitalinstrumente	8.274,4	441,7	282,8	1.348,4	1.174,2	5.027,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.191,4	129,7	132,0	91,0	101,1	737,6
Verbindlichkeiten Finanzierungsleasing	596,7	106,6	105,8	102,3	102,3	179,7
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	274,1	23,6	107,9	14,9	14,9	112,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	445,4	440,0	1,2	1,2	1,2	1,8
Übrige finanzielle Verpflichtungen	824,0	631,5	47,1	1,2	1,1	143,1
Derivative finanzielle Vermögenswerte						
	949,0	331,6	442,6	163,0	11,8	0,0
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten						
	11.008,8	7.935,8	2.598,1	440,7	34,2	0,0
Gesamt	23.563,8	10.040,5	3.717,5	2.162,7	1.440,8	6.202,3

Undiskontierte Cashflows zum 31.12.2008

Mio. € ¹	Summe	2009	2010	2011	2012	Cashflows > 2012
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten						
Emittierte Fremdkapitalinstrumente	5.946,7	225,4	441,9	215,4	1.280,9	3.783,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	608,2	294,4	40,2	58,5	24,8	190,3
Verbindlichkeiten Finanzierungsleasing	702,5	106,3	106,8	106,4	102,9	280,1
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	112,0	7,9	7,0	7,0	6,6	83,5
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	592,8	583,9	8,9	0,0	0,0	0,0
Übrige finanzielle Verpflichtungen	670,1	530,2	0,0	0,0	0,0	139,9
Derivative finanzielle Vermögenswerte						
	950,5	749,1	178,9	21,1	1,1	0,3
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten						
	9.916,8	6.968,4	2.457,1	418,0	64,0	9,3
Gesamt	19.499,6	9.465,6	3.240,8	826,4	1.480,3	4.486,5

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Der Anstieg bei den derivativen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf ein höheres Volumen an Terminkäufen von Strom zurückzuführen. Das im Zuge dessen ebenfalls größere Volumen der Verkäufe wird hier nicht berücksichtigt; stattdessen ist nur die einseitige Sicht auf alle einen Mittelabfluss verursachenden Derivate dargestellt. Auch die im Rahmen unserer Risikomanagementaktivitäten mit zahlreichen Handelspartnern abgeschlossenen Netting Agreements werden hier außen vor gelassen, sodass sich das tatsächliche Liquiditätsrisiko der EnBW aus Derivaten nicht unmittelbar erschließt.

Marktpreisrisiken

Währungsrisiken

Die EnBW ist durch die Beschaffung und Preisabsicherung des Brennstoffbedarfs sowie durch Gas- und Öl-handelsgeschäfte Fremdwährungsrisiken ausgesetzt. Darüber hinaus bestehen für die EnBW Währungsrisiken aus in Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten. Das Währungsrisiko wird anhand fortlaufend überprüfter Devisenkursenerwartungen mit geeigneten Finanzinstrumenten, im Berichtsjahr insbesondere über Devisentermingeschäfte, abgesichert. Die Sicherung von Wechselkursrisiken erfolgt zentral. Währungsrisiken bestehen für die EnBW im Wesentlichen in US-Dollar und in Schweizer Franken.

Das bei ausländischen Konzerngesellschaften außerhalb der Eurozone gebundene Nettovermögen sowie die Umrechnungsrisiken (Translationsrisiken) werden nur in Einzelfällen gegen Wechselkursschwankungen gesichert.

Nachfolgend werden die Auswirkungen von Wechselkursänderungen auf das Jahresergebnis und das Eigenkapital analysiert. Die Analyse wurde unter der Annahme durchgeführt, dass sich alle anderen Parameter, zum Beispiel Zinsen, nicht verändern. Es wurden Finanzinstrumente in die Analyse einbezogen, deren Wechselkursrisiko das Eigenkapital beziehungsweise das Jahresergebnis verändern könnte. Im Wesentlichen sind das Sicherungsinstrumente aus Cashflow Hedges und aus Hedges von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe, freistehende Derivate sowie Forderungen und Verbindlichkeiten, die in Fremdwährung denominated sind.

Eine Aufwertung (Abwertung) des Euros um 10% gegenüber sämtlichen Währungen zum Stichtag 31. Dezember 2009 würde das Jahresergebnis um 5,2 Mio. € (Vorjahr: 21,9 Mio. €) verschlechtern (verbessern). Die hypothetische Ergebnisveränderung ergibt sich aus den Währungssensitivitäten Euro/US-Dollar (-1,5 Mio. €; Vorjahr: 16,1 Mio. €) und Euro/Schweizer Franken (6,7 Mio. €; Vorjahr: 5,8 Mio. €).

Das Eigenkapital würde sich bei einer Aufwertung (Abwertung) um 10% zum Stichtag 31. Dezember 2009 um 127,5 Mio. € erhöhen (verringern). Im Vorjahr hätte eine Aufwertung (Abwertung) um 10% zu einer Verringerung (Erhöhung) um 40,5 Mio. € geführt. Die hypothetische Eigenkapitalveränderung ergibt sich aus den Währungssensitivitäten Euro/US-Dollar (94,1 Mio. €; Vorjahr: -70,9 Mio. €) und Euro/Schweizer Franken (33,4 Mio. €; Vorjahr: 30,4 Mio. €).

Zinsrisiken

Die EnBW benutzt eine Vielzahl zinsensitiver Finanzinstrumente, um den Erfordernissen der operativen und strategischen Liquiditätssteuerung gerecht zu werden. Zinsrisiken ergeben sich hieraus nur aus variabel verzinslichen Instrumenten.

Zinsbedingte Marktwertänderungen zinstragender Wertpapiere der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ werden bei den sonstigen Preisrisiken für Aktien, Aktienfonds und zinstragende Wertpapiere dargestellt.

Zinsrisiken bestehen auf der Aktivseite aus Bankguthaben und auf der Passivseite aus variabel verzinslichen Bankverbindlichkeiten. Daneben bestehen Zinsrisiken aus Derivaten in Form von Swapgeschäften. Zinsrisiken bestehen für die EnBW hauptsächlich in der Eurozone.

Nachfolgend werden die Auswirkungen von Zinssatzänderungen auf das Jahresergebnis und das Eigenkapital analysiert. Die Analyse wurde unter der Annahme durchgeführt, dass sich alle anderen Parameter, zum Beispiel Wechselkurse, nicht verändern. Es wurden nur Finanzinstrumente in die Analyse einbezogen, deren Zinsänderungsrisiko das Eigenkapital beziehungsweise das Jahresergebnis verändern könnte. Für die Analyse wird der Mittelwert aus den letzten zehn Jahren der Veränderung der Umlaufrendite herangezogen.

Eine Abweichung des Zinsniveaus im Euroraum zum Stichtag 31. Dezember 2009 um 50 Basispunkte (Vorjahr: 70 Basispunkte) bezogen auf das Nominalvolumen würde das Jahresergebnis insgesamt um 6,3 Mio. € verschlechtern (erhöhen). Im Vorjahr hätte eine Abweichung zu einer Verbesserung (Verschlechterung) um 4,5 Mio. € geführt. Die hypothetische Ergebnisveränderung setzt sich aus potenziellen Effekten aus Zinsderivaten in Höhe von 6,3 Mio. € (Vorjahr: 2,2 Mio. €), variabel verzinslichen Bankguthaben in Höhe von -3,3 Mio. € (Vorjahr: -8,4 Mio. €) sowie originären variabel verzinslichen Finanzschulden in Höhe von 3,3 Mio. € (Vorjahr: 1,7 Mio. €) zusammen.

Commodity-Preisrisiken

Im Rahmen unserer Energiehandelstätigkeit werden Energiehandelskontrakte für Zwecke des Preisrisikomanagements, der Kraftwerksoptimierung, der Lastglättung und der Margenoptimierung abgeschlossen. Darüber hinaus ist der Eigenhandel nur innerhalb enger, klar definierter Limite erlaubt.

Die Preisänderungsrisiken entstehen im Wesentlichen durch die Beschaffung und Veräußerung von Strom, durch die Beschaffung der Brennstoffe Kohle, Gas und Öl sowie durch die Beschaffung von Emissionsrechten. Darüber hinaus entstehen Preisrisiken für die EnBW durch das Eingehen spekulativer Positionen im Eigenhandel. Die Preisrisiken werden anhand fortlaufend überprüfter Marktpreiserwartungen mit geeigneten Finanzinstrumenten abgesichert. Im Berichtsjahr wurden als Sicherungsinstrumente Forwards, Futures, Swaps und Optionen eingesetzt.

Nachfolgend wird die Sensitivität der Bewertung von Derivaten auf Strom, Kohle, Öl, Gas und Emissionsrechte analysiert. Die Analyse wurde unter der Annahme durchgeführt, dass alle anderen Parameter sich nicht verändern. Es wurden nur Derivate in die Analyse einbezogen, deren Marktwertschwankungen das Eigenkapital beziehungsweise das Jahresergebnis beeinflussen. Hierbei handelt es sich um Derivate, die als freistehende Derivate bilanziert werden, sowie um Derivate, die als Sicherungsinstrumente im Rahmen von Cashflow Hedges eingesetzt wurden. Nicht in die Betrachtung einbezogen sind Derivate, die für Zwecke des Empfangs oder der Lieferung nicht finanzieller Posten gemäß dem erwarteten Einkaufs-, Verkaufs- oder Nutzungsbedarf des Unternehmens bestimmt sind (Own Use) und damit nicht nach IAS 39 zu bilanzieren sind. Ebenso sind unsere Erzeugungs- und Vertriebspositionen in die Analyse nicht mit einbezogen. Daher entsprechen die nachfolgend dargestellten Sensitivitäten nicht den tatsächlichen ökonomischen Risiken des EnBW-Konzerns und dienen lediglich der Erfüllung der Angabenvorschriften des IFRS 7.

Sensitivitäten in Bezug auf den Strompreis

Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises um 25 % (Vorjahr: 25 %) zum Stichtag 31. Dezember 2009 würde das Jahresergebnis um 130,4 Mio. € (Vorjahr: 73,3 Mio. €) verbessern (verschlechtern).

Das Eigenkapital würde sich bei einer Reduktion (einem Anstieg) des Marktpreises um 25 % (Vorjahr: 25 %) zum Stichtag 31. Dezember 2009 um 192,2 Mio. € verringern (erhöhen). Im Vorjahr hätte eine Reduktion (ein Anstieg) zu einer Erhöhung (Verringerung) um 10,8 Mio. € geführt.

Sensitivitäten in Bezug auf den Kohlepreis

Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises um 30 % (Vorjahr: 45 %) zum Stichtag 31. Dezember 2009 würde das Jahresergebnis um 16,0 Mio. € (Vorjahr: 36,8 Mio. €) verschlechtern (verbessern).

Das Eigenkapital würde sich bei einer Reduktion (einem Anstieg) des Marktpreises um 30 % (Vorjahr: 45 %) zum Stichtag 31. Dezember 2009 um 295,4 Mio. € (Vorjahr: 252,9 Mio. €) verringern (erhöhen).

Sensitivitäten in Bezug auf den Ölpreis

Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises um 40 % (Vorjahr: 40 %) zum Stichtag 31. Dezember 2009 würde das Jahresergebnis um 9,2 Mio. € (Vorjahr: 16,6 Mio. €) verschlechtern (verbessern).

Sensitivitäten in Bezug auf den Gaspreis

Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises um 30 % (Vorjahr: 30 %) zum Stichtag 31. Dezember 2009 würde das Jahresergebnis um 16,9 Mio. € (Vorjahr: 6,0 Mio. €) verschlechtern (verbessern).

Sensitivitäten in Bezug auf den Preis für Emissionsrechte

Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises um 50 % (Vorjahr: 40 %) zum Stichtag 31. Dezember 2009 würde das Jahresergebnis um 44,8 Mio. € (Vorjahr: 37,3 Mio. €) verschlechtern (verbessern).

Sonstige Preisrisiken für Aktien, Aktienfonds und zinstragende Wertpapiere

Die EnBW besitzt Anlagen in Aktien und Aktienfonds und in festverzinslichen Wertpapieren, aus denen Preisänderungsrisiken für das Unternehmen resultieren.

Bei der Auswahl der Wertpapiere achtet das Unternehmen auf eine hohe Marktgängigkeit sowie auf eine gute Bonität. Zum Stichtag 31. Dezember 2009 waren Aktien, Aktienfonds sowie festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 4.600,5 Mio. € (Vorjahr: 3.645,3 Mio. €) dem Marktpreisrisiko ausgesetzt.

Nachfolgend werden die Auswirkungen von Preisänderungsrisiken aus Aktien und Aktienfonds sowie zinstragenden Wertpapieren auf das Jahresergebnis und das Eigenkapital analysiert. Die Analyse wurde unter der Annahme durchgeführt, dass sich alle anderen Parameter, zum Beispiel Währung, nicht verändern. Es wurden Finanzinstrumente in die Analyse einbezogen, deren Preisänderungsrisiko das Eigenkapital beziehungsweise das Jahresergebnis verändern könnte.

Die Analyse des Marktpreisrisikos von Aktien und Aktienfonds wurde anhand der historischen Volatilität durchgeführt. Als realistisches Szenario wurde eine Standardabweichung unterstellt. Das Marktpreisrisiko festverzinslicher Wertpapiere wurde mithilfe der Modified Duration ermittelt. Unter Berücksichtigung der angenommenen Änderungen der Zinssätze (siehe Zinsrisiko) bezogen auf den beizulegenden Zeitwert der festverzinslichen Wertpapiere wird das Ergebnis in absoluten Geldbeträgen ermittelt.

Die der Sensitivitätsanalyse unterliegenden Prämissen betragen für Aktien und Aktienfonds 18% (Vorjahr: 15%) und für zinstragende Wertpapiere 2% (Vorjahr: 3%).

Beim gegebenen Risikoszenario würde sich das Jahresergebnis um 16,0 Mio. € (Vorjahr: 5,6 Mio. €) erhöhen (verringern). Die hypothetische Ergebnisveränderung resultiert im Wesentlichen aus Aktien und festverzinslichen Wertpapieren.

Beim gegebenen Risikoszenario würde sich das Eigenkapital um 359,4 Mio. € (Vorjahr: 273,8 Mio. €) erhöhen (verringern). Von der hypothetischen Ergebnisveränderung entfallen 310,3 Mio. € (Vorjahr: 211,3 Mio. €) auf Aktien und Aktienfonds und 49,1 Mio. € (Vorjahr: 62,5 Mio. €) auf festverzinsliche Wertpapiere.

Sonstige Angaben

Ergebnis je Aktie

		2009	2008
Ergebnis aus fortzuführenden Aktivitäten ¹	Mio. €	824,4	908,1
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG ¹	Mio. €	(768,2)	(879,3)
Konzernüberschuss ¹	Mio. €	824,4	908,1
davon Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG ¹	Mio. €	(768,2)	(879,3)
Zahl der in Umlauf befindlichen Aktien (gewichteter Durchschnitt)	Tsd. Stück	244.257	244.257
Ergebnis je Aktie aus fortzuführenden Aktivitäten ^{1,2}	€	3,15	3,60
Ergebnis je Aktie aus fortzuführenden Aktivitäten vor Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwert aus der Kapitalkonsolidierung ^{1,2}	€	3,15	3,60
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss ^{1,2}	€	3,15	3,60
Dividende je Aktie für das Geschäftsjahr 2008 der EnBW AG	€	-	2,01
Vorgeschlagene Dividende je Aktie für das Geschäftsjahr 2009 der EnBW AG	€	1,53	-

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG.

Das Ergebnis je Aktie wird ermittelt, indem das den Gesellschaftern der EnBW AG zurechenbare Ergebnis durch die durchschnittliche Anzahl der in Umlauf befindlichen Aktien dividiert wird. Eine Verwässerung der Kennzahl kann durch sogenannte potenzielle Aktien aufgrund von Aktienoptionen und Wandelanleihen auftreten. Die EnBW besitzt keine potenziellen Aktien, sodass das unverwässerte Ergebnis je Aktie identisch mit dem verwässerten Ergebnis je Aktie ist.

Eventualverbindlichkeiten und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Angaben zu den Eventualverbindlichkeiten und sonstigen finanziellen Verpflichtungen erfolgen zu Nominalwerten.

Eventualverbindlichkeiten

Für die Risiken aus nuklearen Schäden haben die deutschen Kernkraftwerksbetreiber nach Inkrafttreten des novellierten Atomgesetzes (AtG) und der novellierten Atomrechtlichen Deckungsvorsorge-Verordnung (AtDeckV) am 27. April 2002 bis zu einem Maximalbetrag von 2,5 Mrd. € je Schadensfall Deckungsvorsorge nachzuweisen. Von dieser Vorsorge sind 255,6 Mio. € über eine einheitliche Haftpflichtversicherung abgedeckt. Die Nuklear Haftpflicht GbR erfasst nur noch die solidarische Absicherung in Bezug auf Ansprüche in Zusammenhang mit behördlich angeordneten Evakuierungsmaßnahmen im Bereich zwischen 0,5 Mio. € und 15 Mio. €. Konzernunternehmen haben sich entsprechend ihrer Anteile an Kernkraftwerken verpflichtet, deren Betriebsgesellschaften liquiditätsmäßig so zu stellen, dass diese ihren Verpflichtungen aus ihrer Zugehörigkeit zur Nuklear Haftpflicht GbR jederzeit nachkommen können.

Zur Erfüllung der anschließenden Deckungsvorsorge in Höhe von 2.244,4 Mio. € je Schadensfall haben die EnBW Energie Baden-Württemberg AG und die übrigen Obergesellschaften der deutschen Kernkraftwerksbetreiber mit Vertrag vom 11. Juli/27. Juli/21. August/28. August 2001 vereinbart, den haftenden Kernkraftwerksbetreiber im Schadensfall – nach Ausschöpfung dessen eigener Möglichkeiten und der seiner Muttergesellschaften – finanziell so auszustatten, dass dieser seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann (Solidarvereinbarung). Vertragsgemäß beträgt der auf die EnBW Energie Baden-Württemberg entfallende Anteil bezüglich Haftung, zuzüglich 5% für Schadensabwicklungskosten, 24,921% zum 31. Dezember 2009 und zum 1. Januar 2010 unverändert 24,921%. Ausreichende Liquiditätsvorsorge besteht und ist im Liquiditätsplan berücksichtigt.

Darüber hinaus bestehen im EnBW-Konzern noch folgende sonstige Eventualverbindlichkeiten:

Mio. €	31.12.2009	Davon Restlaufzeit			31.12.2008
		< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	
Bürgschaften und Sicherheiten	233,8	219,5	8,0	6,3	138,0
Bürgschaften für fremde Leistungen	115,7	105,1	0,3	10,3	122,3
Eventualverbindlichkeiten aus schwebenden Rechtsstreitigkeiten	133,2	132,8	0,4	0,0	166,4
Gesamt	482,7	457,4	8,7	16,6	426,7

In den Bürgschaften und Sicherheiten, Bürgschaften für fremde Leistungen und in den Eventualverbindlichkeiten aus schwebenden Rechtsstreitigkeiten sind 8,2 Mio. € (Vorjahr angepasst: 2,8 Mio. €) aus Gemeinschaftsunternehmen enthalten. Für die schwebenden Rechtsstreitigkeiten wurden aufgrund geringer Erfolgsaussichten der Gegenseite keine Rückstellungen gebildet. Darüber hinaus sind gegen die EnBW verschiedene Prozesse, behördliche Untersuchungen oder Verfahren sowie andere Ansprüche anhängig, deren Erfolg allerdings als sehr unwahrscheinlich erachtet wird und die daher nicht unter den Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen werden.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Im EnBW-Konzern bestehen langfristige Verpflichtungen für den Bezug von Erdgas, Kohle und anderen fossilen Brennstoffen sowie Strom. Weiterhin bestehen Verpflichtungen aus langfristigen Uranbezugs-, Konversions-, Anreicherungs-, Fertigungs- und Entsorgungsverträgen. Im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen bestehen außerdem langfristige Verpflichtungen aus Entsorgungsverträgen. Das Gesamtvolumen dieser Verpflichtungen beläuft sich auf 19,5 Mrd. € (Vorjahr: 23,1 Mrd. €).

Die übrigen sonstigen finanziellen Verpflichtungen setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. €	31.12.2009	Davon Restlaufzeit			31.12.2008
		< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	
Finanzielle Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	274,1	30,6	122,5	121,0	199,9
Bestellobligo	453,3	288,7	116,1	48,5	425,9
Investitionsverpflichtungen aus Sachanlagen	886,7	633,3	253,4	0,0	1.473,7
Investitionsverpflichtungen aus immateriellen Vermögenswerten	1,6	1,6	0,0	0,0	1,4
Finanzielle Verpflichtungen aus Unternehmenserwerben ¹	1.137,2	758,2	294,8	84,2	2.758,2
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	119,4	65,2	51,7	2,5	93,7
Gesamt	2.872,3	1.777,6	838,5	256,2	4.952,8

¹ In den finanziellen Verpflichtungen aus Unternehmenserwerben < 1Jahr sind Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden, in Höhe von 80,1 Mio. € (Vorjahr: 98,2 Mio. €) enthalten.

In den übrigen sonstigen finanziellen Verpflichtungen sind Verpflichtungen aus Gemeinschaftsunternehmen in Höhe von 392,1 Mio.€ (Vorjahr: 17,4 Mio.€) enthalten. Davon entfallen auf zukünftige Unternehmenserwerbe 310,0 Mio.€ (Vorjahr: 0,0 Mio€).

Honorare des Abschlussprüfers

Die als Aufwand erfassten Honorare des Konzernabschlussprüfers setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. €	2009	2008
Abschlussprüfung	2,2	2,7
Sonstige Bestätigungsleistungen	1,1	1,0
Steuerberatungsleistungen	0,6	0,5
Sonstige Leistungen	0,2	0,2
Gesamt	4,1	4,4

Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB beziehungsweise § 264b HGB

Die folgenden inländischen Tochtergesellschaften haben im Geschäftsjahr 2009 gemäß § 264 Abs. 3 Nr. 1 HGB beziehungsweise § 264b HGB von der Möglichkeit zur Befreiung von den Offenlegungspflichten nach den §§ 325 bis 329 HGB Gebrauch gemacht:

Offenlegungserleichterungen nach § 264 Abs. 3 HGB

- > EnBW Akademie Gesellschaft für Personal und Managemententwicklung mbH, Stuttgart
- > EnBW EnHol Beteiligungsgesellschaft mbH, Karlsruhe
- > EnBW Erneuerbare Energien GmbH, Stuttgart
- > EnBW Etzel Speicher GmbH, Karlsruhe
- > EnBW Gas GmbH, Stuttgart
- > EnBW Gasnetz GmbH, Stuttgart
- > EnBW Gas Midstream GmbH, Stuttgart (vormals EnBW Waste Management GmbH, Stuttgart)
- > EnBW Kernkraft GmbH, Obrigheim
- > EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH, Stuttgart
- > EnBW Kraftwerk Lippendorf Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart
- > EnBW Kraftwerke AG, Stuttgart
- > EnBW REG Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart
- > EnBW Regional AG, Stuttgart
- > EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH, Karlsruhe
- > EnBW Trading GmbH, Karlsruhe
- > EnBW Technische Dienste und kaufmännische Leistungen GmbH, Karlsruhe
- > EnBW Transportnetze AG, Stuttgart
- > EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH, Stuttgart

- > EnBW Windpark Alt Zeschdorf GmbH, Cuxhaven
- > EnBW Windpark Buchholz GmbH, Cuxhaven
- > EnBW Windpark Schwienau II GmbH, Cuxhaven
- > Kernkraftwerk Obrigheim GmbH, Obrigheim
- > MSE Mobile Schlammentwässerungs GmbH, Karlsbad-Ittersbach
- > Neckarwerke Stuttgart GmbH, Stuttgart
- > NWS Energiehandel GmbH, Stuttgart
- > NWS REG Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart
- > OSD SCHÄFER GmbH, Karlsruhe (vormals Objektschutzdienst Schäfer GmbH, Karlsruhe)
- > Tewaterio GmbH, Stuttgart
- > T-plus GmbH, Karlsruhe
- > TWS Kernkraft GmbH, Gemmrigheim
- > U-plus Umweltservice AG, Karlsruhe
- > Yello Strom GmbH, Köln
- > Yello Strom Verwaltungs-GmbH, Karlsruhe

Offenlegungserleichterungen nach § 264b HGB

- > EnBW City GmbH & Co. KG, Stuttgart
- > EnBW Grundstücks- und Gebäudemanagement GmbH & Co. KG Karlsruhe, Karlsruhe
- > EnBW Grundstücks- und Gebäudemanagement GmbH & Co. KG Stuttgart, Stuttgart
- > EnBW Real Estate Two GmbH & Co. KG, Stuttgart
- > EnSüdWest Energiebeteiligungen AG & Co. KG, Karlsruhe
- > EVGA Grundstücks- und Gebäudemanagement GmbH & Co. KG, Obrigheim
- > Facilma Grundbesitzmanagement und -service GmbH & Co. Besitz KG, Obrigheim
- > KMS Kraftwerke Grundbesitzmanagement und -service GmbH & Co. KG, Karlsruhe
- > NWS Grundstücksmanagement GmbH & Co. KG, Obrigheim
- > Salamander Marken GmbH & Co. KG, Kornwestheim

Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate-Governance-Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der EnBW Energie Baden-Württemberg AG haben die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate-Governance-Kodex am 10. Dezember 2009 abgegeben und den Aktionären im Internet unter www.enbw.com/entsprechenserklaerung dauerhaft zugänglich gemacht.

Die Entsprechenserklärung der börsennotierten Tochtergesellschaft ZEAG Energie AG ist im Internet unter www.zeag-energie.de abrufbar.

Aktiengeschäfte und Aktienbesitz von Personen mit Führungsaufgaben

Der Gesellschaft sind im Geschäftsjahr 2009 keine Meldungen über Geschäfte mit EnBW-Aktien oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten von Personen mit Führungsaufgaben oder mit ihnen in einer engen Beziehung stehenden Personen nach § 15a Wertpapierhandelsgesetz zugegangen. Der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder an EnBW-Aktien beträgt weniger als 1% der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Cashflow-Rechnung

In der Cashflow-Rechnung sind die Zahlungsströme nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit gegliedert. Als Saldo ergibt sich die zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel im Geschäftsjahr 2009 in Höhe von -1.507,6 Mio. € (Vorjahr: 1.756,1 Mio. €).

Die flüssigen Mittel beinhalten fast ausschließlich Guthaben bei Kreditinstituten, die überwiegend als Termin- und Tagesgeld angelegt sind. Die flüssigen Mittel im Cashflow beinhalten flüssige Mittel von zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten.

Zuführungen, Auflösungen und Inanspruchnahme der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie der Rückstellungen im Kernenergiebereich werden im Rahmen der Cashflow-Rechnung als Veränderung der langfristigen Rückstellungen gezeigt.

Im Geschäftsjahr 2009 ergab sich ein Operating Cashflow in Höhe von 2.443,4 Mio. € (Vorjahr: 1.523,9 Mio. €).

Die sonstigen zahlungsunwirksamen Aufwendungen und Erträge stellen sich wie folgt dar:

Mio. €	2009	2008
Erträge aus dem Abgang und der Auflösung von Baukostenzuschüssen	-110,7	-90,3
Erträge und Aufwendungen aus der Veränderung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	36,8	33,0
Zuschreibungen auf Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögenswerte	-3,4	-1,8
Bewertungsergebnis aus Derivaten ¹	46,2	69,8
Abschreibungen auf das Vorratsvermögen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte	116,5	0,0
Sonstige	1,7	6,9
Gesamt	87,1	17,6

¹ Derivate, denen keine Ein- oder Auszahlungen aus Variation Margins gegenüberstehen.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden 51,3 Mio. € (Vorjahr: 67,7 Mio. €) an fremde Gesellschafter von Konzernunternehmen ausgeschüttet.

Die Kaufpreise für den Erwerb von voll- und quotenkonsolidierten sowie at equity bewerteten Unternehmen betragen im Berichtsjahr insgesamt 3.041,5 Mio. € (Vorjahr: 107,6 Mio. €). Mit dem Erwerb von Anteilen wurden im Berichtsjahr flüssige Mittel in Höhe von 24,8 Mio. € übernommen (Vorjahr: 3,6 Mio. €). Die Kaufpreise wurden in Form von Zahlungsmitteln erbracht und entfallen vor allem auf den Erwerb eines 26%-Anteils an der EWE Aktiengesellschaft, den Erwerb von Kraftwerksanteilen an Bexbach und Lippendorf, den Kauf eines 50%-Anteils an Borusan EnBW Enerji yatırımları ve Üretim A. Ş. sowie den Erwerb von drei Onshore-Windparks.

Die Einzahlungen aus dem Verkauf von voll- und quotenkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen betragen 45,0 Mio. € (Vorjahr: 62,4 Mio. €). Mit dem Verkauf von voll- und quotenkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen wurden flüssige Mittel in Höhe von 0,0 Mio. € (Vorjahr: 2,2 Mio. €) abgegeben. Im Geschäftsjahr 2009 resultieren die Einzahlungen aus dem Verkauf der Gegenbauer Holding SA & Co. KG.

Im Weiteren verweisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht zur Finanzlage der EnBW.

Funds from Operations (FFO)

Im Berichtsjahr verbesserte sich der Funds from Operations (FFO) vor Steuern und Finanzierung um 102,1 Mio. € auf 2.427,7 Mio. € (Vorjahr: 2.325,6 Mio. €). Ursächlich hierfür ist die gestiegene Ertragskraft im Konzern. Der FFO nach Steuern und Finanzierung stieg um 24,6 Mio. € auf 2.251,8 Mio. € (Vorjahr angepasst: 2.227,2 Mio. €).

Funds from Operations (FFO) in Mio. € ¹	2009	2008
FFO vor Steuern und Finanzierung	2.427,7	2.325,6
Gezahlte Ertragsteuern	-197,0	-265,6
Erhaltene Zinsen und Dividenden	378,5	413,2
Gezahlte Zinsen Finanzierungsbereich	-357,4	-246,0
FFO nach Steuern und Finanzierung	2.251,8	2.227,2

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Zusätzliche Angaben zum Kapitalmanagement

Das Kapitalmanagement der EnBW erstreckt sich sowohl auf die Steuerung auf der Passivseite als auch auf das Management des Finanzanlagevermögens.

Grundlage für alle Überlegungen zum langfristig orientierten Kapitalmanagement der EnBW ist eine kapitalmarkttheoretische Analyse zur Bestimmung der optimalen Kapitalstruktur. Für die Betrachtung werden Fremd- und Eigenkapital berücksichtigt. Die Optimierung der Kapitalstruktur ist auf die Minimierung der Gesamtkapitalkosten ausgerichtet, wobei jedoch eine Prämie für die Beibehaltung der finanziellen Flexibilität berücksichtigt wird. Die optimale Kapitalstruktur impliziert ein Ratingziel im A-Bereich für die EnBW. Diese Analyse wird laufend durchgeführt beziehungsweise fortgeschrieben.

Ausgehend von der Mittelfristplanung analysiert die EnBW den finanziellen Handlungsspielraum (Headroom) für ein gegebenes Ratingziel. Damit wird der Rahmen für die strategischen Handlungsoptionen gesetzt. Der Vorstand befasst sich mit diesem Thema mindestens einmal jährlich.

Akquisitionen und Desinvestitionen sind der wesentliche Einflussfaktor auf den finanziellen Handlungsspielraum des Unternehmens. Die erwarteten und durchgeführten Akquisitionen und Desinvestitionen werden regelmäßig überprüft und dem ermittelten Headroom gegenübergestellt.

Die kurzfristige Liquiditätssteuerung für die EnBW erfolgt derzeit mit einem rollierenden Planungshorizont von drei Monaten. Darüber hinaus hat die EnBW Instrumente im Einsatz, die Prognosen über den Liquiditätsbedarf über einen mittelfristigen Zeitraum hinaus zulassen.

Kapitalmanagement bei der EnBW umfasst auch die bewusste Steuerung der Finanzaktiva basierend auf den Gutachten zu Pensionsrückstellungen sowie den Gutachten zu Nuklearrückstellungen. Die EnBW ermittelt in einem cashfloworientierten Modell die sich in den nächsten 30 Jahren ergebenden Effekte. Dieses Modell ist Grundlage für die Steuerung der Finanzanlagen. Es lässt die Simulation von verschiedenen Rendite- und Zuführungsalternativen zu.

Die EnBW steuert die Finanzanlagen so, dass die Pensions- und Nuklearverpflichtungen bis zum Jahr 2032 gedeckt sind.

Segmentberichterstattung

Nach Konzernbereichen in Mio. € ¹	Strom Erzeugung und Handel		Strom Netz und Vertrieb		Gas	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Umsatzerlöse						
Außenumsatz	2.357,5	2.541,7	10.031,3	10.194,7	2.453,1	2.881,2
Innenumsatz	4.582,5	4.846,9	456,8	452,5	97,7	136,3
Gesamtumsatz	6.940,0	7.388,6	10.488,1	10.647,2	2.550,8	3.017,5
Ergebnisgrößen						
Adjusted EBIT	1.590,9	1.461,2	130,9	177,8	152,0	192,7
EBIT	1.630,0	1.394,2	163,6	145,3	151,0	-49,9
Planmäßige Abschreibungen	-352,1	-325,7	-237,7	-242,7	-81,9	-99,2
Außerplanmäßige Abschreibungen	-21,1	-4,7	-8,7	-20,2	0,0	-236,3
Adjusted Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	49,1	14,3	115,5	135,4	2,2	2,9
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	65,8	14,3	115,5	142,1	2,2	2,9
Wesentliche zahlungsunwirksame Posten	-152,6	-130,3	-0,8	22,6	1,8	6,2
Vermögenswerte und Schulden						
Capital Employed	5.473,7	4.185,8	4.939,1	4.901,9	1.682,1	1.819,5
davon immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und Investment Properties	(5.672,5)	(4.376,1)	(4.432,9)	(4.923,8)	(1.774,8)	(2.237,6)
davon Buchwert at equity bewerteter Unternehmen	(291,9)	(227,0)	(1.310,0)	(1.544,8)	(36,1)	(36,5)
Sonstige Segmentinformationen						
Investitionen	620,7	538,1	385,7	400,1	62,8	65,3

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

> Anhang des EnBW-Konzerns
zum Jahresabschluss 2009

	Energie- und Umwelt- dienstleistungen		Holding/ Konsolidierung		Gesamt	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
	722,3	687,8	0,0	0,0	15.564,2	16.305,4
	518,9	715,3	-5.655,9	-6.151,0	0,0	0,0
	1.241,2	1.403,1	-5.655,9	-6.151,0	15.564,2	16.305,4
	86,2	100,1	-166,1	-137,9	1.793,9	1.793,9
	87,2	86,3	-142,5	-107,7	1.889,3	1.468,2
	-149,2	-132,2	-0,5	-1,9	-821,4	-801,7
	-7,7	-9,0	0,0	0,0	-37,5	-270,2
	3,9	5,8	-4,7	0,0	166,0	158,4
	-3,1	-16,5	-99,7	0,0	80,7	142,8
	6,1	1,4	-0,2	0,2	-145,7	-99,9
	1.351,0	1.272,0	2.133,8	260,6	15.579,7	12.439,8
	(1.907,3)	(1.821,6)	(14,4)	(15,4)	(13.801,9)	(13.374,5)
	(77,7)	(123,9)	(2.041,0)	(0,0)	(3.756,7)	(1.932,2)
	240,2	253,1	0,0	0,0	1.309,4	1.256,6

Der im Geschäftsjahr 2009 erstmals angewendete IFRS 8 hat zur Folge, dass wir unser bisheriges Geschäftsfeld Strom in die Segmente Strom Erzeugung und Handel und Strom Netz und Vertrieb unterteilen. Die Segmentberichterstattung umfasst somit die berichtspflichtigen Segmente Strom Erzeugung und Handel, Strom Netz und Vertrieb, Gas sowie Energie- und Umweltdienstleistungen und orientiert sich an der internen Berichterstattung.

Das Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel umfasst die Wertschöpfungsstufen Erzeugung sowie Handel und Beschaffung. Das Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb umfasst die Wertschöpfungsstufen Transport, Verteilung sowie Vertrieb. Im Geschäftsfeld Gas sind die Bereiche Ferngasstufe (Midstream) mit Importverträgen und -infrastruktur, Speicherung, Handel, Portfoliosteuerung sowie die Verteilstufe (Downstream) mit Transport, Verteilung und Vertrieb enthalten. Das Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen besteht aus den Bereichen Thermische Entsorgung, Nichtthermische Entsorgung, Wasser sowie Sonstige Dienstleistungen.

Vermögenswerte, Schulden, Erträge und Aufwendungen, die auf die EnBW AG entfallen, unsere Beteiligung an der EWE Aktiengesellschaft sowie auf andere, nicht den gesondert dargestellten Segmenten zuordenbare Tätigkeiten werden zusammen mit den Eliminierungen zwischen den Segmenten in der Spalte Holding/Konsolidierung ausgewiesen. Die direkt zuordenbaren Kosten der EnBW AG werden anhand von Schlüsseln auf die einzelnen Geschäftsfelder verrechnet.

Die Segmentdaten wurden in Übereinstimmung mit den Ansatz- und Bewertungsmethoden im Konzernabschluss ermittelt. Die Innenumsätze geben die Höhe der Umsätze zwischen den Konzerngesellschaften an. Die Umsätze zwischen den Segmenten wurden zu Marktpreisen getätigt.

Eine der wesentlichen internen Steuerungsgrößen ist das Adjusted EBIT. Das Adjusted EBIT ist eine um neutrale Ergebniseffekte bereinigte Ergebnisgröße, die die Entwicklung der operativen Ertragslage zutreffend wiedergibt. Im Lagebericht wird die Entwicklung der Geschäftsfelder anhand des Adjusted EBIT erläutert.

Das Adjusted EBIT der berichtspflichtigen Segmente lässt sich folgendermaßen auf das Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT) überleiten:

in Mio. €	2009	2008
Adjusted EBIT ¹	1.960,0	1.931,8
Neutrales EBIT ¹	71,8	-355,9
Holding/Konsolidierung	-142,5	-107,7
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	1.889,3	1.468,2
Beteiligungsergebnis	82,3	251,3
Finanzergebnis	-714,4	-473,1
Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT)	1.257,2	1.246,4

¹ Beinhaltet die berichtspflichtigen Segmente Strom Erzeugung und Handel, Strom Netz und Vertrieb, Gas sowie Energie- und Umweltdienstleistungen.

Die wesentlichen zahlungsunwirksamen Posten beinhalten insbesondere Aufwendungen aus der Zuführung von Rückstellungen sowie Erträge aus der Auflösung von Baukostenzuschüssen.

Das Capital Employed, das wir als Segmentvermögen ansetzen, beinhaltet sämtliche Vermögenswerte des operativen Geschäfts. Unverzinsliches Fremdkapital – zum Beispiel Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen – werden hiervon abgezogen. Das Capital Employed berechnet sich wie folgt:

Capital Employed in Mio. € ¹	31.12.2009	31.12.2008	01.01.2008
Immaterielle Vermögenswerte	1.806,4	1.702,6	1.666,7
Sachanlagen	11.925,2	11.585,3	11.417,2
Investment Properties	70,3	86,6	87,7
Beteiligungen ²	4.464,8	2.661,1	2.573,9
Vorratsvermögen	944,8	862,9	732,7
Kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ³	2.786,3	3.125,1	2.062,3
Übrige Vermögenswerte ³	5.324,0	4.679,8	2.548,7
davon Ertragsteuererstattungsansprüche	[457,1]	[533,2]	[508,9]
davon zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	[1.698,0]	[4,0]	[3,4]
davon sonstige Steuererstattungsansprüche	[63,4]	[122,4]	[33,7]
davon Derivate	[2.064,9]	[2.765,0]	[1.021,7]
davon geleistete Anzahlungen	[134,6]	[162,5]	[119,6]
davon aktive Rechnungsabgrenzungsposten	[74,6]	[87,5]	[89,3]
davon übrige Vermögenswerte	[464,2]	[663,7]	[417,1]
davon langfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	[415,9]	[386,2]	[358,4]
davon Vermögenswerte die den Nettoschulden zuzuordnen sind	[-48,7]	[-44,7]	[-3,4]
Nicht zinstragende Rückstellungen	-1.050,2	-1.403,8	-1.438,6
Nicht zinstragende Verbindlichkeiten ⁴	-7.464,6	-7.536,1	-4.342,6
davon erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	[-182,1]	[-178,7]	[-129,9]
davon Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	[-2.797,5]	[-3.237,6]	[-2.153,0]
davon sonstige Rechnungsabgrenzungen	[-186,0]	[-200,7]	[-173,4]
davon Derivate	[-2.332,9]	[-2.874,4]	[-910,5]
davon übrige Verbindlichkeiten	[-1.226,4]	[-1.574,5]	[-1.434,1]
davon Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	[-768,1]	[0,0]	[0,0]
davon Verbindlichkeiten die den Nettoschulden zuzuordnen sind	[28,4]	[529,8]	[458,3]
Zuschüsse	-1.519,0	-1.717,6	-1.733,3
Latente Steuern ⁵	-1.647,8	-1.606,1	-1.611,1
Vermögenswerte und Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten die den Nettoschulden zuzuordnen sind	-60,5	0,0	0,0
Capital Employed	15.579,7	12.439,8	11.963,6

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Beinhaltet at equity bewertete Unternehmen, Anteile an verbundenen Unternehmen sowie sonstigen Beteiligungen, die der operativen Geschäftstätigkeit zuzuordnen sind.

³ Ohne verbundene Unternehmen.

⁴ Ohne verbundene Unternehmen, ohne Kaufpreisverpflichtungen aus Put-Option.

⁵ Aktive und passive latente Steuer saldiert.

Durch die Änderung des IAS 23 wurden bei der EnBW rückwirkend Fremdkapitalkosten, die unmittelbar in Zusammenhang mit dem Erwerb, Bau oder der Herstellung qualifizierter Vermögenswerte anfallen, aktiviert. Aufgrund der rückwirkenden Anwendung wurden die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst. Zum 1. Januar 2008 ergab sich für die EnBW ein Anpassungsbedarf im Sachanlagevermögen in Höhe von 1,0 Mio. €. Das Capital Employed nach Segmenten stellt sich nach der Aktivierung der Fremdkapitalkosten wie folgt dar:

Capital Employed zum 01.01.2008 in Mio. €	Strom Erzeugung und Handel	Strom Netz und Vertrieb	Gas	Energie- und Umwelt-dienstleistungen	Holding/ Konsolidierung	Gesamt
Capital Employed	3.951,2	4.817,5	1.849,4	1.281,9	63,6	11.963,6
davon immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und Investment Properties	(4.106,1)	(4.804,4)	(2.524,8)	(1.690,4)	(45,9)	(13.171,6)
davon Buchwert at equity bewerteter Unternehmen	(213,1)	(1.417,0)	(34,6)	(191,8)	(0,0)	(1.856,5)

Der Außenumsatz nach Regionen wird nach dem Ort der Lieferung ermittelt. Im EnBW-Konzern gibt es keinen externen Kunden mit dem 10% oder mehr des Außenumsatzes erzielt werden.

Außenumsatz nach Regionen in Mio. €	2009	2008
Deutschland	14.353,9	14.640,9
Europäischer Währungsraum ohne Deutschland	659,0	1.165,7
Restliches Europa	550,2	498,8
Anderes Ausland	1,1	0,0
	15.564,2	16.305,4

Immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und Investment Properties nach Regionen in Mio. € ¹	31.12.2009	31.12.2008	01.01.2008
Deutschland	12.148,5	11.834,3	11.698,7
Europäischer Währungsraum ohne Deutschland	0,0	0,0	0,0
Restliches Europa	1.482,7	1.540,2	1.472,9
Anderes Ausland	170,7	0,0	0,0
	13.801,9	13.374,5	13.171,6

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen

Zu den nahestehenden Unternehmen zählen insbesondere die Electricité de France (EDF) und der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW). Der Abschluss der EnBW AG wird in den Konzernabschluss der EDF quotal einbezogen.

Die mit der EDF im Berichtsjahr getätigten Geschäfte wirkten sich folgendermaßen auf den Konzernabschluss der EnBW aus:

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €	2009	2008
Umsatzerlöse	1.345,1	903,9
Materialaufwand	-1.400,7	-1.052,6

Bilanz in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen	149,7	120,7
Geleistete Anzahlungen	47,1	44,6
Verbindlichkeiten	258,1	43,3
Erhaltene Anzahlungen	33,0	38,7

Umsatzerlöse und Materialaufwand resultieren im Wesentlichen aus Stromlieferungs- und Strombezugsverträgen. Allen Geschäftsbeziehungen mit der EDF lagen marktübliche Konditionen zugrunde.

Die Geschäftsbeziehungen zu Gemeinschaftsunternehmen, die unter marktüblichen Bedingungen erfolgten, stellen sich wie folgt dar:

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €	2009	2008
Umsatzerlöse	46,0	37,1
Materialaufwand	-20,9	-9,7

Bilanz in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Sonstige Ausleihungen	12,7	6,1
Forderungen	6,8	3,5
Verbindlichkeiten	5,9	2,7
Erhaltene Anzahlungen	0,1	0,0

Weiterhin bestehen im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit auch Beziehungen zu assoziierten Gesellschaften, unter anderem zu kommunalen at equity bewerteten Unternehmen (insbesondere zu Stadtwerken). Der Leistungsaustausch mit diesen Unternehmen fand zu marktüblichen Bedingungen statt und hat folgende Auswirkung auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung des EnBW-Konzerns:

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €	2009	2008
Umsatzerlöse	204,2	190,4
Materialaufwand	-112,6	-72,3
Finanzergebnis	-2,5	0,0

Bilanz in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Sonstige Ausleihungen	2,4	0,0
Forderungen	24,1	12,8
Verbindlichkeiten	118,8	9,8

Beziehungen zu nahestehenden Personen

Der EnBW-Konzern hat keine wesentlichen Geschäfte mit nahestehenden Personen getätigt.

Die Grundzüge des Vergütungssystems und die Höhe der Vergütungen von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der früheren Vorstandsmitglieder sind im Vergütungsbericht dargestellt, der Bestandteil des zusammengefassten Lageberichts ist.

Die Gesamtbezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2009 betragen 9,8 Mio. € (Vorjahr: 10,1 Mio. €). Die kurzfristig fälligen Leistungen betragen 9,1 Mio. € (Vorjahr: 9,0 Mio. €) und die langfristig fälligen Leistungen 0,7 Mio. € (Vorjahr: 1,1 Mio. €). Die Zuführung zur Pensionsverpflichtung für diesen Personenkreis beträgt im Geschäftsjahr 2009 0,6 Mio. € (Vorjahr: 1,1 Mio. €) und beinhaltet den Dienstzeit- und Zinsaufwand.

Für die aktuellen Mitglieder des Vorstands bestehen Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) nach IFRS in Höhe von 3,6 Mio. € (Vorjahr: 5,3 Mio. €).

Frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen erhielten 7,0 Mio. € (Vorjahr: 5,1 Mio. €). Es bestehen Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen nach IFRS in Höhe von 49,1 Mio. € (Vorjahr: 47,6 Mio. €).

Im Geschäftsjahr 2009 wurden Vorstandsmitgliedern keine neuen Vorschüsse (Vorjahr: 1,2 Mio. €) oder Kredite gewährt. Aus dem Jahr 2008 bestehen noch Vorschüsse in Höhe von 0,3 Mio. €.

Das Vergütungssystem des Aufsichtsrats wird ebenfalls im Vergütungsbericht dargestellt, der Bestandteil des zusammengefassten Lageberichts ist.

Für das Geschäftsjahr 2009 wird den Mitgliedern des Aufsichtsrats eine Vergütung von insgesamt 1,1 Mio. € (Vorjahr: 1,1 Mio. €) gewährt. Die Vergütung beinhaltet fixe und variable Bestandteile, Sitzungsgelder sowie Mandatsvergütungen von Tochtergesellschaften.

Im Geschäftsjahr 2009 bestanden keine Kredite und Vorschüsse gegenüber Aufsichtsratsmitgliedern.

Angaben zu Konzessionen

Zwischen den einzelnen Gesellschaften des EnBW-Konzerns und den Gemeinden bestehen Konzessionsverträge im Strom-, Gas-, Fernwärme- und Wasserbereich. Die Laufzeit der Konzessionsverträge beträgt in der Regel 20 Jahre. Es bestehen gesetzlich geregelte Anschlusspflichten an die Versorgungsnetze. Durch den Abschluss eines Konzessionsvertrags besteht für den EnBW-Konzern die Verpflichtung zur Herstellung und Unterhaltung der zur allgemeinen Versorgung benötigten Anlagen. Des Weiteren besteht die Pflicht, eine Konzessionsabgabe an die Gemeinden zu zahlen. Nach Ablauf eines Konzessionsvertrags sind, sofern der Konzessionsvertrag nicht verlängert wird, die Versorgungsanlagen gegen eine angemessene Vergütung an die Gemeinde oder den nachfolgenden Netzbetreiber zurück- beziehungsweise abzugeben.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nachdem die EnBW dem Bundeskartellamt die Entscheidung zum Verkauf der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG angezeigt hat, hat sich das Unternehmen zwischenzeitlich für die Technischen Werke Dresden (TWD), eine 100%-Tochter der Landeshauptstadt Dresden, als präferierten Bieter entschieden. Die weiteren Verhandlungen führt sie nun exklusiv mit der TWD mit dem Ziel, zeitnah einen Kaufvertrag abzuschließen. Über die weiteren Details des Verhandlungsstands haben EnBW und TWD Stillschweigen vereinbart. Ende Januar 2010 hat die EnBW AG ihre 100%-Beteiligung an der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG in die EnBW International Finance B.V. zur Stärkung deren Finanzierungskraft gegen Gewährung neuer Anteile eingebracht.

Im Januar unterzeichnete die EnBW einen Vertrag zur vorzeitigen Beendigung eines langfristigen Stromlieferungsvertrags mit einem ausländischen Vertragspartner. Die Wirksamkeit des Vertrags ist aufschiebend bedingt. Sofern die aufschiebenden Bedingungen eintreten, erhält die EnBW eine Ausgleichszahlung im zweistelligen Millionenbereich, die zu einem Sonderertrag im Geschäftsjahr 2010 führt.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Annahmen und Prognosen der Unternehmensleitung der EnBW beruhen. Solche Aussagen sind Risiken und Ungewissheiten unterworfen. Diese und andere Faktoren können dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse, die Finanzlage, die Entwicklung oder die Performance der Gesellschaft wesentlich von den hier gegebenen Einschätzungen abweichen. Die EnBW übernimmt keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an künftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

Karlsruhe, den 5. Februar 2010

EnBW Energie Baden-Württemberg AG



Villis



Dr. Beck



Buchel



Dr. Zimmer

Bestätigungsvermerk

Wir haben den von der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtperiodenerfolgsrechnung, Bilanz, Cashflow-Rechnung, Eigenkapitalspiegel und Anhang – sowie den Konzernlagebericht, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst wurde, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung und unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, 5. Februar 2010

Ernst & Young GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Prof. Dr. Wollmert

Wirtschaftsprüfer



Günnewig

Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst wurde, der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Karlsruhe, 5. Februar 2010

EnBW Energie Baden-Württemberg AG



Villis



Dr. Beck



Buchel



Dr. Zimmer

Wesentliche Beteiligungen

	Fußnote	Sitz	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in Tsd. €)	Ergebnis ² (in Tsd. €)	Umsatz- erlöse ² (in Tsd. €)
Holding						
EnBW Energie Baden-Württemberg AG		Karlsruhe		2.576.084	456.156	0
EWE Aktiengesellschaft	3, 6	Oldenburg	26,00	1.932.200	207.500	5.327.300
Neckarwerke Stuttgart GmbH		Stuttgart	100,00	1.042.501	35.642	0
Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel						
Vollkonsolidierte Unternehmen						
1	EnBW Kraftwerk Lippendorf Beteiligungsgesellschaft mbH	Stuttgart	100,00	297.640	- ⁴	273.332
2	EnBW Kraftwerke AG	Stuttgart	100,00	1.063.164	- ⁴	2.387.891
3	EnBW Trading GmbH	Karlsruhe	100,00	2.560	- ⁴	15.979.852
4	Kernkraftwerk Obrigheim GmbH	Obrigheim	100,00	51.130	- ⁴	0
5	KMS Kraftwerke Grundbesitzmanagement und -service GmbH & Co. KG	Karlsruhe	100,00	236.884	2.759	13.332
6	TWS Kernkraft GmbH	Gemrigheim	100,00	149.297	- ⁴	248.633
7	EnBW Kernkraft GmbH	Obrigheim	99,80	10.000	- ⁴	964.555
8	Energiedienst Holding AG	Laufenburg/Schweiz	81,72 ⁸	848.600	82.900	735.700
9	Kraftwerk Bexbach Verwaltungs- gesellschaft mbH	Bexbach an der Saar	66,66	23.010	1.151	2.383
Quotenkonsolidierte Unternehmen						
10	Energotrans a.s.	Prag/Tschechien	100,00	164.056	47.840	152.226
11	Borusan EnBW Enerji yatırımları ve Üretim A. Ş.	Istanbul/Türkei	50,00	52.609	-5.404	2.288
12	Fernwärme Ulm GmbH	Ulm/Donau	50,00	24.116	4.806	54.820
13	Pražská teplárenská a.s.	Prag/Tschechien	48,45	298.381	56.684	227.401
Unternehmen, die nach der Equity-Methode einbezogen sind						
14	Elektrownia Rybnik S.A.	Rybnik/Polen	32,44	183.583	27.090	438.802
15	Grosskraftwerk Mannheim AG	Mannheim	32,00	114.142	6.647	502.913
16	Mátraí Erőmű ZRT. (MATRA)	Visonta/Ungarn	21,71	241.585	54.086	345.265
Beteiligungen						
17	Schluchseewerk Aktiengesellschaft	Laufenburg/Baden	50,00	59.339	2.809	98.672
18	Kraftwerk Ryburg-Schwörstadt AG	Rheinfelden/Schweiz	38,00	26.061	1.153	6.782

Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb		Fußnote	Sitz	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in Tsd. €)	Ergebnis ² (in Tsd. €)	Umsatz- erlöse ² (in Tsd. €)
Vollkonsolidierte Unternehmen							
19	EnBW Regional AG		Stuttgart	100,00	413.925	- ⁴	2.421.090
20	EnBW Transportnetze AG		Stuttgart	100,00	177.791	- ⁴	2.365.375
21	EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH		Stuttgart	100,00	15.164	- ⁴	5.058.495
22	ENSO Netz GmbH		Dresden	100,00	98	- ⁴	399.485
23	EVGA Grundstücks- und Gebäude- management GmbH & Co. KG		Obrigheim	100,00	60.827	8.705	31.754
24	Facilma Grundbesitzmanagement und -service GmbH & Co. Besitz KG		Obrigheim	100,00	123.977	1.998	23.588
25	GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG		Dresden	100,00	112.498	- ⁴	493
26	Netzgesellschaft Ostwürttemberg GmbH		Ellwangen	100,00	135	- ⁴	258.195
27	NWS Grundstücksmanagement GmbH & Co. KG		Obrigheim	100,00	288.537	28.053	72.165
28	Stadtwerke Düsseldorf Netz GmbH	⁶	Düsseldorf	100,00	1.000	- ⁴	327.159
29	Watt Deutschland GmbH		Frankfurt am Main	100,00	4.896	-47	266.559
30	Yello Strom GmbH		Köln	100,00	500	- ⁴	933.927
31	EnBW Ostwürttemberg DonauRies AG		Ellwangen	99,73	105.442	- ⁴	454.243
32	ZEAG Energie AG		Heilbronn	98,26	143.472	19.320	118.147
33	Stadtwerke Düsseldorf AG	⁶	Düsseldorf	54,95	375.214	66.042	1.882.129
34	ENSO Energie Sachsen Ost AG		Dresden	50,11	336.123	62.297	1.235.751
Quotenkonsolidierte Unternehmen							
35	Pražská energetika a.s.	⁶	Prag/Tschechien	58,03	401.360	98.349	763.327
Unternehmen, die nach der Equity-Methode einbezogen sind							
36	EVN AG	^{3,5}	Maria Enzersdorf/ Österreich	35,72	3.127.179	198.009	2.727.018
37	DREWAG-Stadtwerke Dresden GmbH	⁶	Dresden	35,00	301.902	- ⁹	1.022.952
38	Budapesti Elektromos Művek Nyrt. (ELMÜ)	⁶	Budapest/Ungarn	27,25	960.337	60.429	1.074.435
39	Eszak-Magyarországi Áramszolgáltató Nyrt. (EMASZ)	⁶	Miskolc/Ungarn	26,83	336.217	27.528	453.922
40	FairEnergie GmbH	⁶	Reutlingen	24,90	90.766	- ⁹	220.999
41	Stadtwerke Karlsruhe GmbH	⁶	Karlsruhe	20,00	165.710	- ⁹	1.092.760

	Fußnote	Sitz	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in Tsd. €)	Ergebnis ² (in Tsd. €)	Umsatz- erlöse ² (in Tsd. €)
Beteiligungen						
42	6	Biberach	50,00	13.740	4.208	43.454
43	6	Bautzen	49,00	16.630	- ⁹	45.027
44	6	Weinheim	39,32	26.762	2.488	53.571
45	6	Lahr	34,74	39.843	12.093	164.590
46	6	Radebeul	30,00	7.417	- ⁹	51.571
47	6	Geislingen an der Steige	25,10	14.994	5.816	74.510
48	6	Bruchsal	25,10	21.993	- ⁹	48.821
49	6	Rottweil	25,10	23.329	1.679	70.820
50	6	Schwäbisch Gmünd	25,10	22.701	- ⁹	72.211
51	6	Sindelfingen	25,10	25.314	4.838	68.614
52	6	Nürtingen	25,00	29.732	1.397	40.795
53	6	Breslau/Polen	15,59	185.507	13.521	122.186
54	5	Mannheim	15,05	859.756	62.313	1.543.279
Geschäftsfeld Gas						
Vollkonsolidierte Unternehmen						
55		Stuttgart	100,00	133.970	- ⁴	763.204
56	7	Stuttgart	100,00	76.694	- ⁴	1.647.630
57		Dresden	100,00	1.304	- ⁴	20.640
58		Karlsruhe	79,00	42.904	11.078	181.687
Unternehmen, die nach der Equity-Methode einbezogen sind						
59	6	Esslingen am Neckar	49,98	55.602	3.009	77.111
Beteiligungen						
60	6	Heilbronn	25,10	36.375	- ⁹	115.665
61	6	Ravensburg	25,10	23.155	5.631	67.824

Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen		Fußnote	Sitz	Kapitalanteil ¹ (in %)	Eigenkapital ² (in Tsd. €)	Ergebnis ² (in Tsd. €)	Umsatzerlöse ² (in Tsd. €)
Vollkonsolidierte Unternehmen							
62	EnBW Beteiligungen AG		Kornwestheim	100,00	407.875	31.223	0
63	EnBW City GmbH & Co. KG		Stuttgart	100,00	8.885	9.521	15.486
64	EnBW Energy Solutions GmbH		Stuttgart	100,00	48.998	4.811	97.457
65	EnBW Grundstücks- und Gebäudemanagement GmbH & Co. KG Karlsruhe		Karlsruhe	100,00	137.390	1.684	14.278
66	EnBW Grundstücks- und Gebäudemanagement GmbH & Co. KG Stuttgart		Stuttgart	100,00	46.090	1.207	5.591
67	EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH		Stuttgart	100,00	995.226	- ⁴	3.363
68	EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH		Karlsruhe	100,00	16.500	- ⁴	372.071
69	T-plus GmbH		Karlsruhe	100,00	15.000	- ⁴	54.198
70	U-plus Umweltservice AG		Karlsruhe	100,00	163.641	3.743	0
71	AWISTA Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung mbH	⁶	Düsseldorf	51,00	38.784	8.257	155.760
Quotenkonsolidierte Unternehmen							
72	Industriekraftwerke Oberschwaben beschränkt haftende OHG	⁶	Biberach an der Riß	50,00	9.529	5.876	40.603
Unternehmen, die nach der Equity-Methode einbezogen sind							
73	Zweckverband Landeswasserversorgung	⁶	Stuttgart	27,17	108.228	-39.988	40.867
74	Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung	⁶	Stuttgart	22,35	144.094	-47.516	52.140

¹ Anteile des jeweiligen Mutterunternehmens berechnet nach § 313 Abs. 2 HGB (Stand: 31. Dezember 2009).

² Bei Einzelgesellschaften entstammen die Angaben den nach landesspezifischen Vorschriften aufgestellten Abschlüssen und zeigen nicht den Beitrag der Gesellschaften zum Konzernabschluss. Bei Abschlüssen in ausländischer Währung erfolgt die Umrechnung für das Eigenkapital mit den Mittelkursen am Bilanzstichtag, für das Ergebnis und den Umsatz mit den Jahresdurchschnittskursen.

³ Angaben für den Teilkonzern nach IFRS.

⁴ Ergebnisabführungsvertrag beziehungsweise Beherrschungsvertrag beziehungsweise Verlustübernahmeerklärung.


⁵ Abweichendes Geschäftsjahr.

⁶ Vorjahreswerte.

⁷ Gehalten über die EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe (EnBW-Anteilsbesitz: 50 %), die aufgrund einer Casting-Vote-Regelung vollkonsolidiert wird.

⁸ Vor Berücksichtigung eigener Aktien der Gesellschaft.

⁹ Ergebnisabführungsvertrag gegenüber Dritten.

A photograph of a classic interior. In the foreground, a wooden staircase with a dark wood handrail and decorative balusters is visible. The background shows a hallway with a white door leading to a room. Inside the room, a white lampshade is visible on a table, and a large, glowing spherical pendant light hangs from the ceiling. The walls are light-colored with decorative floral patterns.

„Unsere Partnerschaft mit der EnBW ist ein Gewinn für beide Unternehmen. Kunden, Mitarbeiter und Kommunen werden von dieser Zusammenarbeit profitieren.“

Dr. Werner Brinker, Vorsitzender des Vorstands der EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg





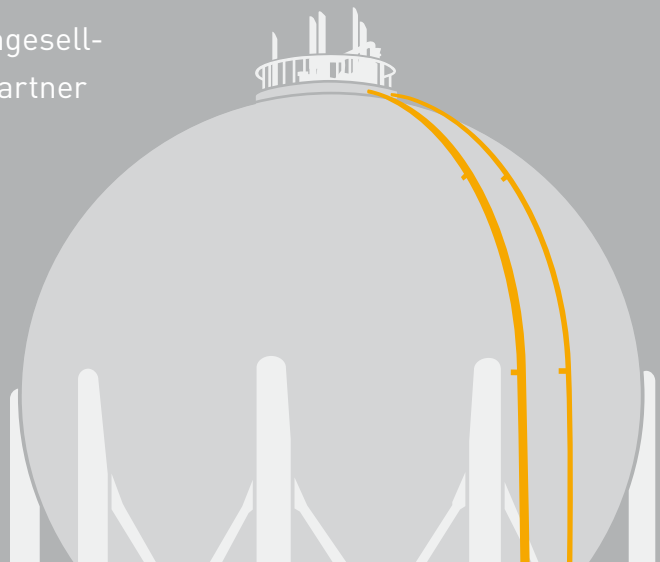
Pipelines des Gasspeichers Huntorf, Elsfleth

EnBW und EWE geben Gas

Kooperation unter anderem im Gasgeschäft, im Bereich Windenergie und in der konventionellen Stromerzeugung: Die EnBW profitiert von der Erfahrung von EWE bei der Erdgasspeicherung. Im Gegenzug kann EWE auf das langjährige Know-how der EnBW beim Management von konventionellen Anlagen zurückgreifen.

26 %

Anteile an der EWE Aktiengesellschaft als strategischer Partner



Die EWE Aktiengesellschaft mit Sitz in Oldenburg ist in der Strom-, Gas- und Wasserversorgung aktiv, in der Energie- und Umwelttechnik, im Gastransport und -handel sowie in der Telekommunikation und Informationstechnologie. Über das angestammte Geschäftsgebiet in Norddeutschland hinaus ist EWE auch in den neuen Bundesländern, in Polen und in der Türkei tätig. Der Konzern beschäftigt über 5.000 Mitarbeiter.

Die im Juli 2009 geschlossene strategische Partnerschaft, bei der die EnBW 26 % der EWE-Aktien erwarb, ergibt Sinn: EWE und EnBW sind zwei starke Unternehmen in

sich ideal ergänzenden komplementären Regionen mit einem gemeinsamen Markt- und Partnerschaftsverständnis. Die Partnerschaft eröffnet beiden Unternehmen in einem sich konzentrierenden Energiemarkt Europa die Chance, sich weiter zukunftsfähig zu entwickeln. Man ist auf beiden Seiten überzeugt von einer lang anhaltenden und erfolgreichen Partnerschaft.

Die Partner wollen in zentralen Geschäftsfeldern, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien, im Gassegment und bei Engagements im Ausland, von ihren Erfahrungen profitieren.



Corporate Governance

Bericht des Aufsichtsrats

- 225 Schwerpunkte der Beratungen im Plenum
- 226 Arbeit der Ausschüsse
- 228 Corporate Governance
- 228 Jahres- und Konzernabschlussprüfung
- 230 Personelle Veränderungen in Vorstand und Aufsichtsrat

Erklärung zur Unternehmensführung einschließlich Corporate Governance Bericht

- 231 Vorstand und Aufsichtsrat
- 233 Compliance
- 234 Vergütungsbericht
- 240 Transparenz
- 240 Rechnungslegung und Abschlussprüfung
- 241 Entsprechenserklärung
- 241 Stellungnahme zu den Anregungen
des Corporate Governance Kodex

242 Der Aufsichtsrat

244 Mandate der Vorstandsmitglieder

246 Zusätzliche Mandate der Aufsichtsratsmitglieder

248 Der Beirat

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat nahm im Geschäftsjahr 2009 pflichtgemäß die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahr. Er beriet den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens und überwachte kontinuierlich die Führung der Geschäfte. Dabei war der Aufsichtsrat in sämtliche Entscheidungen eingebunden, die für die Gesellschaft und den Konzern von grundlegender Bedeutung waren. Er wurde vom Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung und -politik, die Unternehmensstrategie und -planung, die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft und des Konzerns sowie über die Risikosituation, das Risikomanagement, das Interne Kontrollsystem und die Compliance informiert. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen wurden dem Aufsichtsrat jeweils im Einzelnen erläutert und begründet.

Schwerpunkte der Beratungen im Plenum

In sechs ordentlichen Sitzungen am 26. Februar, 22. April, 10. Juni, 9. Juli, 24. September und 10. Dezember 2009, drei außerordentlichen Sitzungen am 13. Mai, 22. Oktober und 30. November 2009 sowie zwei schriftlichen Beschlussverfahren befasste sich der Aufsichtsrat eingehend mit mündlichen und schriftlichen Berichten sowie Beschlussvorlagen des Vorstands. Er forderte zudem zu einzelnen Themen Berichte und Informationen des Vorstands an, die ihm jeweils unverzüglich und vollständig erstattet wurden. Besondere Schwerpunkte der Beratungen und Beschlussfassungen im Plenum waren:

- › Regelmäßige und ausführliche Berichte des Vorstands über den Gang der Geschäfte und die Rentabilität der Gesellschaft und des Konzerns, insbesondere über die aktuelle Umsatz- und Ergebnisentwicklung sowie die Finanzlage
- › Diskussion mit dem Vorstand über die strategische Ausrichtung der EnBW
- › Zustimmung zum Abschluss eines Kaufvertrags mit der EWE Aktiengesellschaft zum Erwerb eines Aktienpakets an der VNG-Verbundnetz Gas AG mit Sitz in Leipzig (VNG) in Höhe von 47,9 % des Grundkapitals unter aufschiebenden Bedingungen und dem Bestimmungsrecht zugunsten der EnBW, zur Erfüllung der Auflage des Bundeskartellamts die GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG mit Sitz in Dresden oder die VNG als Kompensation für den Erwerb von 26 % der Anteile an der EWE Aktiengesellschaft zu veräußern
- › Zustimmung zum Verkauf der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG zur kartellrechtlichen Kompensation für den Erwerb von 26 % der Anteile an der EWE Aktiengesellschaft
- › Zustimmung zum Hinzuerwerb von 50 % der Anteile am Kohlekraftwerk Lippendorf Block S (circa 440 MW) und 8,3 % der Anteile am Kohlekraftwerk Bexbach (circa 79 MW) von der E.ON AG sowie zum Erwerb weiterer 16,7 % der Anteile am Kohlekraftwerk Bexbach (159 MW) von der STAWAG Energie GmbH
- › Zustimmung zum Erwerb von 50,4 % der Anteile am Kraftwerk Rostock (256 MW) und von Strombezugsrechten aus dem Kraftwerk Buschhaus im Volumen von 159 MW sowie zum Tausch von Energiemengen im Volumen von 800 MW aus Bezugsrechten der EnBW aus den französischen Kernkraftwerken Cattenom I und II, Fessenheim I und II sowie einer Bandlieferung gegen Bezugsrechte von E.ON aus den deutschen Kernkraftwerken Krümmel, Unterweser, Gundremmingen und einer Einmalzahlung von E.ON an EnBW
- › Zustimmung zur Begründung einer strategischen Partnerschaft der EnBW mit der türkischen Industrieholding Borusan Holding A. Ş. durch Erwerb von 50 % der Anteile an der Borusan Enerji Yatırımları ve Üretim A. Ş. sowie der Freigabe von Investitionen der in Bau befindlichen Projekte Yedigöl/Aksu (Wasserkraft) und Bandirma (Windkraft) mit einer Gesamtleistung von 110 MW durch das Joint Venture
- › Zustimmung zur unter aufschiebenden Bedingungen vereinbarten Aufstockung der Beteiligung an der Pražská energetika, a. s., Tschechische Republik, auf durchgerechnet 69,9 % durch einen Aktientausch der mittelbaren 24,3 % Beteiligung an der Pražská teplárenská a. s., Tschechische Republik, zuzüglich einer Bar-Komponente
- › Zustimmung zum Erwerb der drei Onshore-Windparks Buchholz (36 MW), Schwienau II (10 MW) und Alt Zeschdorf (6 MW) von der Plambeck Neue Energien AG (nunmehr PNE Wind AG) durch die EnBW Renewables GmbH (nunmehr EnBW Erneuerbare Energien GmbH)
- › Regelmäßige Berichte und Diskussionen zu den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die EnBW

- Befassung mit möglichen Ansprüchen im Zusammenhang mit dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Prof. Dr. Claassen erteilten Zusagen, Begleitung des beim Landgericht Karlsruhe anhängigen Rechtsstreits mit diesem wegen Zahlung eines Übergangsgelds und Zustimmung zum Abschluss eines vom Gericht vorgeschlagenen Vergleichs zur Abgeltung sämtlicher verfahrensgegenständlicher Ansprüche
- Regelmäßige Berichte über den Baufortschritt des Steinkohlekraftwerks RDK 8 in Karlsruhe und weitere Vorhaben im Rahmen der Erzeugungsstrategie
- Behandlung gesetzlicher Neuregelungen, insbesondere aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG), des Gesetzes zur Umsetzung der Aktionärsrichtlinie (ARUG) und des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütungen (VorstAG)
- Stand bedeutender Rechtsstreitigkeiten, zu denen unter anderem die Klagen im Nachgang der Hauptversammlungen der EnBW am 26. April 2007, 25. April 2008 und 23. April 2009 auf Erteilung von Auskünften, zur Anfechtung von Hauptversammlungsbeschlüssen und Anträge auf Feststellung der Nichtigkeit der Jahresabschlüsse 2006, 2007 und 2008 zählen
- Zustimmung zum Budget für das Geschäftsjahr 2010 und Kenntnisnahme der Mittelfristplanung PR1012, bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz und Cashflow-Rechnung

Außerhalb der Sitzungen wurde der Aufsichtsrat vom Vorstand schriftlich über sämtliche Geschäftsvorgänge informiert, die für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung waren. Der Aufsichtsratsvorsitzende stand darüber hinaus mit dem Vorstand, insbesondere dessen Vorsitzenden, in ständigem Kontakt und erörterte mit ihm wichtige Fragen der Strategie, der Geschäftsentwicklung, des Risikomanagements sowie bedeutende Einzelmaßnahmen.

Bei den einzelnen Aufsichtsratssitzungen war durchweg eine hohe Anwesenheitsquote zu verzeichnen. Lediglich das Aufsichtsratsmitglied Laurent Stricker konnte im Geschäftsjahr 2009 an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilnehmen.

Dr. Claus Dieter Hoffmann, Vorsitzender des Aufsichtsrats der EnBW, gehört seit 2002 als einer von gegenwärtig über 70 Senior Advisors einem Expertennetzwerk an, das für die Beteiligungsgesellschaft EQT Partners und deren Portfoliounternehmen beratend tätig ist. Ein von EQT Partners verwalteter Fonds nahm als Interessent und Mitglied eines Bieterkonsortiums am Bieterverfahren zum Erwerb der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG (GESO) teil. Dr. Hoffmann informierte den Aufsichtsrat frühzeitig über seine Tätigkeit für EQT sowie darüber, dass er in die Aktivitäten von EQT im Zusammenhang mit dem Bieterverfahren um GESO nicht involviert ist.

Arbeit der Ausschüsse

Die vom Aufsichtsrat eingerichteten Ausschüsse haben im Geschäftsjahr 2009 erneut regelmäßig getagt und auf diese Weise zu einer effizienten Wahrnehmung seiner Aufgaben beigetragen. Die jeweiligen Ausschussmitglieder sind auf Seite 243 des Geschäftsberichts aufgeführt. Über die Arbeit in den Ausschüssen wurde zu Beginn jeder Aufsichtsratssitzung ausführlich berichtet.

Der Personalausschuss tagte im abgelaufenen Geschäftsjahr in sieben Sitzungen. Darin befasste er sich insbesondere mit der erfolgsbezogenen Vorstandsvergütung (Short Term Incentive) und der Komponente mit langfristiger Anreizwirkung (Long Term Incentive), mit möglichen Ansprüchen im Zusammenhang mit dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Prof. Dr. Claassen erteilten Zusagen und dem beim Landgericht Karlsruhe anhängigen Rechtsstreit mit diesem sowie dem sich aus den geänderten regulatorischen Rahmenbedingungen ergebenden Handlungsbedarf, insbesondere dem Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütungen (VorstAG).

„Für die EnBW war 2009 ein schwieriges und dennoch erfolgreiches Jahr. Wichtige Projekte der langfristigen Zukunftssicherung wurden aufgegriffen und entschieden.“

Dr. Claus Dieter Hoffmann,
Vorsitzender des Aufsichtsrats



Der Finanz- und Investitionsausschuss kam im abgelaufenen Geschäftsjahr zu sechs ordentlichen und einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Er befasste sich eingehend mit der Finanz-, Liquiditäts- und Ergebnissituation der EnBW sowie dem Budget und der Mittelfristplanung PR1012. Zudem prüfte er aktuelle Investitionsvorhaben und bereitete die diesbezüglichen Entscheidungen des Aufsichtsrats vor. Darüber hinaus hat der Finanz- und Investitionsausschuss den ihm nach der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats zur Entscheidung anstelle des Gesamtaufichtsrats übertragenen Projekten, unter anderem dem Verkauf des 49 %-Anteils der EnBW Beteiligungen AG an der Gegenbauer Holding SA & Co. KG sowie dem Erwerb eines Windparkportfolios mit insgesamt sieben Onshore-Windparks und einer Gesamtnennleistung von 53,2 MW durch Erwerb der Anteile an sieben Projektgesellschaften von der PNE Wind AG durch die EnBW Erneuerbare Energien GmbH zugestimmt.

Der Prüfungsausschuss erörterte im Berichtszeitraum in drei ordentlichen und einer außerordentlichen Sitzung insbesondere Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Compliance und befasste sich mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Abschlussprüfung, der vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen, der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems, des Internen Risikomanagementsystems und des Internen Revisionssystems. Nach Einholung der gemäß Ziffer 7.2.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex geforderten Unabhängigkeitserklärung erteilte er dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag, traf mit ihm die Honorarvereinbarung und legte die Prüfungsschwerpunkte fest. In Anwesenheit des Abschlussprüfers erörterte der Prüfungsausschuss mit dem Vorstand detailliert den Halbjahresfinanzbericht. Darüber hinaus befasste er sich mit dem Quartalsfinanzbericht zum 30. September 2009 und erörterte auch diesen mit dem Vorstand. Zur Vorbereitung der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats prüfte der Prüfungsausschuss ausführlich den Jahres- und Konzernabschluss. Der Prüfungsausschuss hat dem Aufsichtsrat empfohlen, der Hauptversammlung vorzuschlagen, für das Geschäftsjahr 2010 die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, zum Abschluss- und Konzernabschlussprüfer sowie zum Prüfer für die prüferische Durchsicht des im Halbjahresfinanzbericht zum 30. Juni 2010 enthaltenen verkürzten Abschlusses zu wählen. Diesem Vorschlag stimmte der Aufsichtsrat zu.

Der Nominierungsausschuss fasste im Geschäftsjahr 2009 in vier Sitzungen und zwei schriftlichen Beschlussverfahren im Rahmen der ihm von den Anteilseignervertretern im Aufsichtsrat übertragenen Zuständigkeiten nach § 32 Mitbestimmungsgesetz (MitbestG) verschiedene Beschlüsse zur Ausübung von Beteiligungsrechten im EnBW-Konzern.

Für den Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG gab es im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Veranlassung zusammenzukommen.

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat hat sich auch im Geschäftsjahr 2009 eingehend mit verschiedenen Fragen der Corporate Governance und der Weiterentwicklung der Corporate Governance Standards befasst. Im Corporate Governance Bericht auf den Seiten 231–241 des Geschäftsberichts werden diese ausführlich dargestellt.

In der Sitzung am 9. Juli 2009 fand die jährliche Effizienzprüfung des Aufsichtsrats statt. Im Rahmen dieser Prüfung wurden Ansätze für eine weitere Verbesserung der Gremienarbeit identifiziert und im Nachgang umgesetzt.

Die Änderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex vom 18. Juni 2009 hat der Aufsichtsrat in seiner Dezember-Sitzung eingehend diskutiert. Entsprechend der neuen Empfehlung in Ziffer 3.8 Abs. 3 des Kodex wurde unter anderem beschlossen, bei der bestehenden D&O-Versicherung der Gesellschaft ab dem 1. Juli 2010 auch für die Mitglieder des Aufsichtsrats einen Selbstbehalt in Höhe von 10 % des Schadens bis maximal zur Höhe des Eineinhalbfachen der jeweiligen festen jährlichen Vergütung zu vereinbaren.

In der Sitzung am 10. Dezember 2009 nahm der Aufsichtsrat ferner den Bericht des Corporate-Governance-Verantwortlichen entgegen und verabschiedete die Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG. Zuvor hatte der Vorstand in seiner Sitzung am 24. November 2009 eine wortgleiche Erklärung abgegeben. Die EnBW entsprach im Geschäftsjahr 2009 sämtlichen Empfehlungen des Kodex in der jeweils geltenden Fassung uneingeschränkt und beabsichtigt, ihnen auch künftig zu entsprechen.

Die aktuelle Entsprechenserklärung sowie die Erklärungen der Vorjahre stehen den Aktionären auf den Internetseiten der EnBW dauerhaft zur Verfügung. Die aktuelle Erklärung ist im Corporate Governance Bericht auf Seite 241 des Geschäftsberichts vollständig wiedergegeben.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die Hauptversammlung am 23. April 2009 hat die Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Stuttgart, (nach formwechselnder Umwandlung nunmehr firmierend als Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) erneut zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer sowie zum Prüfer für die prüferische Durchsicht des im Halbjahresfinanzbericht enthaltenen verkürzten Abschlusses gewählt. Der Prüfungsausschuss erteilte der Ernst & Young GmbH die jeweiligen Prüfungsaufträge und legte die Prüfungsschwerpunkte für die Jahres- und Konzernabschlussprüfung fest.

Entsprechend ihrer Beauftragung nahm die Ernst & Young GmbH eine Durchsicht des im Halbjahresfinanzbericht zum 30. Juni 2009 enthaltenen verkürzten Abschlusses nebst Zwischenlagebericht vor und erteilte darüber anschließend eine uneingeschränkte Bescheinigung nach den Regelungen des Wertpapierhandelsgesetzes. In der Sitzung vom 29. Juli 2009 berichtete der Prüfer den Mitgliedern des Prüfungsausschusses über seine Prüfungstätigkeit sowie die Prüfungsergebnisse und stand für Fragen zur Verfügung. Die Ausschussmitglieder hatten nach ihrer eigenen Durchsicht keine Einwendungen gegen den Bericht.

Auf Grundlage der durch den Prüfungsausschuss festgelegten Prüfungsschwerpunkte und unter Einbeziehung der Buchführung prüfte die Ernst & Young GmbH den vom Vorstand nach den Regeln des Handelsgesetzbuchs (HGB) aufgestellten Jahresabschluss der EnBW Energie Baden-Württemberg AG und den auf Grundlage der internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS) aufgestellten Konzernabschluss jeweils zum 31. Dezember 2009 sowie den zusammengefassten Lagebericht für die Gesellschaft und den Konzern für das Geschäftsjahr 2009. Die Prüfungen ergaben keine Einwendungen, sodass jeweils ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk

erteilt wurde. Darüber hinaus unterzog der Abschlussprüfer das vom Vorstand gemäß § 91 Abs. 2 AktG eingerichtete Überwachungssystem zur Risikofrüherkennung einer intensiven Prüfung und bestätigte, dass dieses seine Aufgaben erfüllt.

Die Entwürfe der Berichte des Abschlussprüfers über die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses (einschließlich des zusammengefassten Lageberichts), die jeweils die Abschlüsse enthielten, sowie der Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns wurden den Mitgliedern des Prüfungsausschusses rechtzeitig vorher für die Ausschusssitzung am 5. Februar 2010 übersandt. In dieser Sitzung berichtete der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen und stand für Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung. Der Abschlussprüfer berichtete den Ausschussmitgliedern, dass keine wesentlichen Schwächen des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess festgestellt worden sind, und informierte die Ausschussmitglieder über von ihm zusätzlich zur Abschlussprüfung erbrachte Leistungen sowie darüber, dass keine Umstände vorliegen, die seine Befangenheit besorgen lassen. Der Prüfungsausschuss befasste sich eingehend mit den übersandten Abschlussunterlagen und Entwürfen der Prüfungsberichte und erhob dagegen keine Einwendungen. Er empfahl dem Aufsichtsrat, die Abschlüsse nebst zusammengefasstem Lagebericht zu billigen und dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns zuzustimmen.

Im Anschluss an die ausführliche Vorprüfung durch den Prüfungsausschuss wurden die ausgefertigten Prüfungsberichte nebst Abschlussunterlagen und Gewinnverwendungsvorschlag sämtlichen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig vorher für die Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 9. März 2010 übersandt. In der Sitzung berichtete der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen sowie darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess vorliegen, und stand für Fragen der Gremienmitglieder zur Verfügung. Er informierte ferner über von ihm zusätzlich zur Abschlussprüfung erbrachte Leistungen und dass keine Umstände vorliegen, die seine Befangenheit besorgen lassen. Darüber hinaus berichtete der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ausführlich über die Beratungen und Ergebnisse der Sitzung des Prüfungsausschusses. Auch er stand für Fragen der übrigen Gremienmitglieder zur Verfügung. Der Aufsichtsrat bezog die Ergebnisse des Abschlussprüfers und des Prüfungsausschusses in seine weiteren Beratungen ein.

Der Aufsichtsrat prüfte sodann seinerseits eingehend den Jahres- und Konzernabschluss zum 31. Dezember 2009, den zusammengefassten Lagebericht über das Geschäftsjahr 2009 und den Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahres 2009. Das abschließende Ergebnis seiner eigenen Prüfung führte zu keinerlei Einwendungen des Aufsichtsrats. Dieser stimmte den Prüfungsergebnissen des Abschlussprüfers zu, billigte den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 – der damit festgestellt ist – sowie den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2009 und schloss sich dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns an.

Auch der vom Vorstand gemäß § 312 AktG aufgestellte Bericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) wurde von der Ernst & Young GmbH geprüft, die am 5. Februar 2010 folgenden Bestätigungsvermerk erteilte:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Entwurf des Abhängigkeitsberichts wurde den Mitgliedern des Prüfungsausschusses gemeinsam mit den übrigen Abschlussunterlagen und Entwürfen der Prüfungsberichte rechtzeitig vor der Sitzung am 5. Februar 2010 zugesandt. Der Prüfungsausschuss befasste sich in dieser Sitzung eingehend mit dem übersandten Entwurf des Abhängigkeitsberichts und nahm den Bericht des Abschlussprüfers entgegen, der über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen informierte und für Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung stand. Nach sorgfältiger eigener Prüfung erhob der Prüfungsausschuss gegen den Abhängigkeitsbericht keine Einwendungen. Anschließend wurde der ausgefertigte Abhängigkeitsbericht den Mitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig zur Prüfung übermittelt. An den Beratungen über den Bericht im Rahmen der Bilanzsitzung am 9. März 2010 nahm der Abschlussprüfer ebenfalls teil und berichtete über die wesentlichen Prüfungsergebnisse.

Darüber hinaus berichtete der Vorsitzende des Prüfungsausschusses über die Prüfung des Abhängigkeitsberichts durch den Prüfungsausschuss.

Der Aufsichtsrat unterzog den Abhängigkeitsbericht unter Einbeziehung der Ergebnisse des Abschlussprüfers und des Prüfungsausschusses einer eingehenden Prüfung im Hinblick auf seine Vollständigkeit und Richtigkeit, billigte das Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers und kam zu dem Ergebnis, dass keine Einwendungen gegen die vom Vorstand am Schluss des Berichts abgegebene Erklärung über die Beziehung zu verbundenen Unternehmen zu erheben sind.

Personelle Veränderungen in Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand

In der personellen Besetzung des Vorstands gab es während des abgelaufenen Geschäftsjahres Veränderungen.

Dr. Rudolf Schulten wurde vom Aufsichtsrat auf Empfehlung des Personalausschusses mit Wirkung zum 1. Januar 2009 für die Dauer von fünf Jahren zum Mitglied des Vorstands bestellt. Dr. Schulten war zuvor Vorstandsvorsitzender der MVV Energie AG und übernahm im EnBW-Vorstand die Funktion des Chief Financial Officer (CFO). Das Finanzressort war bis dahin seit dem Ausscheiden des einstigen Finanzvorstands Dr. Christian Holzherr zum 30. April 2008 in Personalunion vom Vorsitzenden des Vorstands Hans-Peter Villis geführt worden. Aufgrund voraussichtlich längerer krankheitsbedingter Abwesenheit von Dr. Schulten sind die Verantwortlichkeiten für die dem Finanzressort zugeordneten Unternehmensbereiche und Konzerngesellschaften seit 22. Dezember 2009 vorübergehend auf die übrigen vier Mitglieder des Vorstands verteilt.

Pierre Lederer, seit 1. Juni 2000 Mitglied des Vorstands und seit 1. Oktober 2007 auch dessen stellvertretender Vorsitzender, legte sein Amt zum 31. Januar 2009 nieder, um eine neue Aufgabe als Senior Executive Vice President Customers bei der Electricité de France zu übernehmen. Auf Empfehlung des Personalausschusses bestellte der Aufsichtsrat Christian Buchel mit Wirkung zum 1. Februar 2009 für die Dauer von drei Jahren zum Mitglied des Vorstands. Buchel, zuvor Generaldirektor der Electricité de Strasbourg, hat im Vorstand der EnBW die Funktion des Chief Operating Officer (COO) übernommen.

Der Aufsichtsrat hat Pierre Lederer seinen besonderen Dank und seine Anerkennung für die langjährig erfolgreich geleistete Arbeit ausgesprochen, die wesentlich zur Weiterentwicklung der EnBW, insbesondere zur besseren Aufstellung des Unternehmens entlang der Wertschöpfungskette sowie zum Erfolg auf dem Gebiet der Optimierung beigetragen hat.

Aufsichtsrat

Im Aufsichtsrat kam es im Geschäftsjahr 2009 zu keinen personellen Veränderungen.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr hohes persönliches Engagement und die erfolgreiche Arbeit im Geschäftsjahr 2009.

Karlsruhe, 9. März 2010

Der Aufsichtsrat



Dr. Claus Dieter Hoffmann
Vorsitzender

Erklärung zur Unternehmensführung einschließlich Corporate Governance Bericht

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der EnBW sorgen im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft für den Bestand des Unternehmens und seine nachhaltige Wertschöpfung. Wir sind davon überzeugt, dass eine verantwortungsvolle und transparente Unternehmensführung das Vertrauen von Anlegern, Kunden, Mitarbeitern und der Öffentlichkeit in das Unternehmen stärkt und zu einer nachhaltigen Wertschöpfung führt. Gute Corporate Governance ist bei der EnBW ein wichtiger Bestandteil der Unternehmenskultur. Die EnBW entspricht daher auch nach der Änderung des Deutschen Corporate Governance Kodex vom 18. Juni 2009 sämtlichen seiner Empfehlungen.

Der Corporate-Governance-Verantwortliche im Vorstand, Dr. Bernhard Beck, überwachte wie in den vergangenen Jahren die Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex bei der EnBW und berichtete im Vorstand und Aufsichtsrat ausführlich über die aktuellen Corporate Governance Themen. Beide Gremien nahmen seinen Bericht zur Kenntnis und verabschiedeten daraufhin eine uneingeschränkte Entsprechenserklärung, die am Ende dieses Berichts vollständig abgedruckt ist.

Vorstand und Aufsichtsrat

Eine am Wohl des Unternehmens ausgerichtete enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat ist ein wichtiger Bestandteil der EnBW-Kultur.

Der aus fünf Personen bestehende Vorstand leitet das Unternehmen gemeinschaftlich in eigener Verantwortung. Nähere Informationen zu den Mitgliedern des Vorstands und der Ressortverteilung im Vorstand können den Angaben auf den Seiten 8 und 9 des Geschäftsberichts sowie dem Abschnitt „Leitung und Kontrolle“ im Lagebericht auf den Seiten 40 und 41 des Geschäftsberichts entnommen werden.

Der Vorstand hat die Aufgabe, den EnBW-Konzern und seine Beteiligungen strategisch zu führen. Wesentliche Aspekte der Zusammenarbeit im Vorstand sind in einer Geschäftsordnung festgelegt. Diese regelt den regelmäßig wöchentlichen Turnus der vom Vorstandsvorsitzenden geleiteten Vorstandssitzungen und bestimmt, dass alle bedeutsamen Fragen der Konzernführung und ressortübergreifenden Angelegenheiten darin behandelt werden. Weiterhin regelt die Geschäftsordnung die Beschlussfassung im Vorstand nach dem Mehrheitsprinzip, wobei die Stimme des Vorstandsvorsitzenden gemäß § 7 Abs. 2 der Satzung bei Stimmgleichheit den Ausschlag gibt.

Für Vorstandsmitglieder besteht bei der EnBW eine Altersgrenze von 63 Jahren. Im Geschäftsjahr 2009 gab es bei den Mitgliedern des Vorstands wieder keine Interessenkonflikte. Vorstandsmitglieder der EnBW nahmen keine Aufsichtsratsmandate bei konzernexternen börsennotierten Gesellschaften wahr. Damit wird bei der EnBW sowohl die bisherige als auch die neu gefasste entsprechende Empfehlung des Kodex beachtet.

Der Aufsichtsrat besteht aus 20 Mitgliedern, und setzt sich je zur Hälfte aus von den Aktionären und den Arbeitnehmern gewählten Vertretern zusammen. Nähere Informationen zum Aufsichtsrat und seinen Mitgliedern können den Angaben auf Seite 242 des Geschäftsberichts sowie dem Abschnitt „Leitung und Kontrolle“ im Lagebericht auf Seite 41 des Geschäftsberichts entnommen werden.

Nach der dualen Führungs- und Kontrollstruktur des deutschen Aktienrechts ist es wesentliche Aufgabe des Aufsichtsrats, den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens fortlaufend zu beraten und zu überwachen. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben grundsätzlich die gleichen Rechte und Pflichten. Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Auch der Aufsichtsrat hat wesentliche Aspekte der Zusammenarbeit im Gremium in einer Geschäftsordnung festgelegt. Danach wird der Aufsichtsrat insbesondere nach Bedarf zu Sitzungen einberufen, die vom Vorsitzenden geleitet werden. Die Mitglieder des Vorstands nehmen grundsätzlich an den

Sitzungen teil. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend entsprechend den Regelungen der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats insbesondere über die in § 90 AktG aufgeführten Gegenstände, alle wesentlichen Finanzkennzahlen und Risiken der Gesellschaft und des Konzerns und über deren Entwicklung, das Risikomanagement, das Interne Kontrollsystem, die Compliance sowie aus sonstigen wichtigen Anlässen. Die Berichte werden in der Regel in Textform abgegeben. Darüber hinaus erstattet der Vorstand in den Sitzungen des Aufsichtsrats mündliche Berichte. In der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats sind Geschäfte und Maßnahmen des Vorstands bestimmt, die nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vorgenommen werden dürfen. Neben der Festlegung der jährlichen Unternehmensplanung enthält der auf den Konzern bezogene Katalog insbesondere verschiedene Geschäfte des laufenden Betriebs wie Investitionen, Finanzgeschäfte und wichtige operative Verträge sowie außerordentliche Aktivitäten wie Beteiligungstransaktionen, die ab jeweils festgelegten Wertgrenzen der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats regelt ferner die Beschlussfassung im Aufsichtsrat nach dem Mehrheitsprinzip, wobei die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden gemäß § 12 Abs. 4 der Satzung bei Stimmgleichheit den Ausschlag gibt. Auf Anordnung des Aufsichtsratsvorsitzenden können Beschlüsse auch außerhalb von Sitzungen gefasst werden, sofern dem nicht eine Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder widerspricht. Über die Schwerpunkte seiner Tätigkeit und den Inhalt der Beratungen im Geschäftsjahr 2009 informiert der Aufsichtsrat ausführlich in seinem Bericht auf den Seiten 225–230 des Geschäftsberichts.

Zur Steigerung der Effizienz seiner Arbeit und zur Behandlung komplexer Sachverhalte hat der Aufsichtsrat fachlich qualifizierte Ausschüsse gebildet. Eingerichtet sind ein Personalausschuss, ein Finanz- und Investitionsausschuss, ein Nominierungsausschuss, ein Prüfungsausschuss und der nach § 27 Abs. 3 MitbestG zu bildende Vermittlungsausschuss. Die Ausschüsse des Aufsichtsrats und ihre Zusammensetzung sind auf Seite 243 des Geschäftsberichts dargestellt. Der Vorsitzende eines Ausschusses oder ein beauftragtes Mitglied berichten in den Sitzungen des Plenums des Aufsichtsrats über die Beschlüsse, Empfehlungen und Ergebnisse des jeweiligen Ausschusses. Die Ausschüsse des Aufsichtsrats haben keine Geschäftsordnungen; für sie gelten nach der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats die darin enthaltenen Verfahrensregelungen entsprechend.

Vorsitzender des Prüfungsausschusses ist Dr. Daniel Camus, der als Finanzvorstand der Electricité de France (EDF) und ausgewiesener Finanzexperte über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren verfügt. Dr. Camus ist unabhängig und kein ehemaliges Vorstandsmitglied der EnBW. Damit beachtet die EnBW bereits jetzt die bei der nächsten Wahl des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses relevante Anregung des Deutschen Corporate Governance Kodex, dass dieser unabhängig und kein ehemaliges Vorstandsmitglied sein sollte, dessen Bestellung vor weniger als zwei Jahren endete.

Vor dem Hintergrund der Änderungen in den §§ 100 Abs. 5, 107 Abs. 4 AktG durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) sowie den Änderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex hat sich der Aufsichtsrat erneut auch mit den darin niedergelegten Unabhängigkeitskriterien beschäftigt. Er ist zu der Einschätzung gelangt, dass diese nach wie vor erfüllt werden. Zwischen Mitgliedern des Aufsichtsrats und der Gesellschaft existierten im Berichtsjahr zudem keine Berater- oder sonstigen Dienstleistungs- beziehungsweise Werkverträge.

Der Aufsichtsrat achtet bei seinen Vorschlägen an die Hauptversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern auf Vielfalt sowie darauf, dass Bewerber zum Zeitpunkt der Wahl nicht älter als 70 Jahre sind. Dem Aufsichtsrat der EnBW gehören keine ehemaligen Vorstandsmitglieder an.

Die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen sowie freiwillig aufgestellten Grundsätzen und konzerninternen Richtlinien (Compliance) bestimmt unser Handeln und trägt einen wichtigen Teil zum Erfolg des Unternehmens bei. Der Vorstand hat im vergangenen Jahr fortlaufend über Compliance-Themen beraten und diese mit dem Aufsichtsrat bzw. dem Prüfungsausschuss eingehend erörtert. Im nachfolgenden Kapitel wird hierüber ausführlich berichtet. Dort sind auch die wesentlichen relevanten Unternehmensführungspraktiken angegeben, die über die gesetzlichen Anforderungen und die Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex hinaus angewandt werden.

Weitere Informationen zur Arbeitsweise des Vorstands und des Aufsichtsrats und dessen Ausschüsse können dem Abschnitt „Leitung und Kontrolle“ im Lagebericht auf den Seiten 40 und 41 des Geschäftsberichts, dem Bericht des Aufsichtsrats auf den Seiten 225–230 des Geschäftsberichts, sowie den §§ 7 bis 13 und 19 der Satzung

der Gesellschaft, die auf der Internetseite der EnBW (www.enbw.com) im Bereich „Investoren“ unter der Rubrik „Corporate Governance“ allgemein zugänglich ist, entnommen werden.

Die EnBW veröffentlicht im Vorfeld der Hauptversammlung die Tagesordnung und alle zu ihrer Beurteilung relevanten Berichte und Unterlagen einschließlich des aktuellen Geschäftsberichts leicht zugänglich im Internet unter www.enbw.com. Fristgerecht eingehende Gegenanträge zur Tagesordnung der Hauptversammlung werden zusammen mit einer Stellungnahme des Vorstands ebenfalls auf den Internetseiten zugänglich gemacht. Unsere Aktionäre haben auch die Möglichkeit, von der Gesellschaft benannte Stimmrechtsvertreter zu bevollmächtigen, wenn sie nicht persönlich an der Hauptversammlung teilnehmen können. Die Hauptversammlungen wurden in den vergangenen Jahren jeweils bis zum Ende der Rede des Vorstandsvorsitzenden live im Internet übertragen.

Compliance

Die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften und unternehmensinterner Richtlinien (Compliance) hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Komplexer werdende gesetzliche und regulatorische Rahmenbedingungen sowie ein wachsendes Interesse der Öffentlichkeit am Verhalten von Unternehmen hat diese Entwicklung befördert. Im Rahmen einer risikopräventiven Strategie hat die EnBW die Aktivitäten im Bereich Compliance neu ausgerichtet und intensiviert. Anfang 2009 hat der Vorstand der EnBW zentrale Maßnahmen auf den Weg gebracht. In dem neuen Bereich Corporate Compliance erfolgt seitdem die konzernweite Bündelung der bisher bestehenden Maßnahmen, beispielsweise zur Vermeidung von Korruption, Kartellrechtsverstößen und Vertraulichkeitsverletzungen. Darüber hinaus bestehen Schnittstellen zum Risiko- und Krisenmanagement. Zu den weiteren Themen auf der Agenda von Corporate Compliance zählen der Schutz der Mitarbeiter, der Kunden, der Öffentlichkeit sowie von Umwelt und Natur. Vor dem Hintergrund des Wachstums im Ausland wird auch der Umgang mit ausländischen Geschäftspartnern aus Compliance-Sicht beleuchtet. Das Compliance-Management-System der EnBW übernimmt damit zusammengefasst die folgenden Aufgaben:

- › Schutzfunktion: Vermeidung von wirtschaftlich schädigenden Handlungen, Haftungsrisiken und Reputationsschäden
- › Orientierungs- und Beratungsfunktion: Schaffung von Sicherheit für Vorstand, Führungskräfte und Mitarbeiter in einem immer komplexer werdenden Regelungsumfeld
- › Risikominimierung: Aufdeckung von Compliance-Verstößen und Nachverfolgung definierter Gegenmaßnahmen
- › Effizienzsteigerung: Koordination bestehender Compliance-Aktivitäten

Im Detail ist die Compliance-Organisation der EnBW wie folgt strukturiert:

- › Die Gesamtverantwortung für Compliance obliegt dem Vorstand der EnBW. Er fungiert als oberste Instanz bei Fragen und Entscheidungen.
- › Die Einrichtung und methodische Weiterentwicklung des Compliance-Management-Systems wird vom Bereich Corporate Compliance verantwortet. Die Leiterin berichtet direkt an den Holding-Vorstand für Personal, Recht und IT. Zudem werden der Aufsichtsrat und der Prüfungsausschuss durch regelmäßige Berichte über aktuelle Compliance-Themen informiert.
- › Die Leiter der 15 wichtigsten Compliance-Funktionen des Konzerns – dazu zählen etwa Recht, Revision, Umweltschutz, Arbeitssicherheit oder Datenschutz – bilden ein internes Beratungsgremium, das Compliance Committee. Das Compliance Committee übernimmt unter anderem die Funktion, Compliance-Verstöße zu untersuchen und zu bewerten sowie Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Im Rahmen des Gremiums werden auch neue Themen und die Implementierung einheitlicher Tools und standardisierter Prozesse erörtert sowie die Wirksamkeit des Compliance-Management-Systems überwacht.
- › Als dezentrale Ansprechpartner in den Konzerngesellschaften bringen 12 Compliance-Verantwortliche ihr Fachwissen in den Compliance-Prozess ein.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde ein Verhaltenskodex für den EnBW-Konzern verabschiedet, der für jeden Mitarbeiter eine Grundlage und Orientierungshilfe bei der täglichen Arbeit darstellt. Der Verhaltenskodex ist auf der Internetseite der EnBW im Bereich „Investoren“ unter der Rubrik „Corporate Governance“ im Abschnitt „Corporate Compliance“ allgemein zugänglich (www.enbw.com). Er enthält Regeln für die interne Zusammenarbeit

und den Umgang mit Kunden, Wettbewerbern, Amtsträgern sowie öffentlichen Einrichtungen. Zur Einführung des Kodex im Juli wurde dieser an alle Mitarbeiter im EnBW-Konzern versandt. Eine konzernweite Kommunikations- und Trainingskampagne hat die Einführung des Verhaltenskodex flankiert. Im Fokus der Trainingsmaßnahmen standen dabei zunächst die verschiedenen Managementebenen. Bis zum Jahresende 2009 erhielten so insgesamt über 500 Führungskräfte eine persönliche Schulung zum Verhaltenskodex und allgemeinen Compliance-Themen. Weitere Compliance-Trainings erfolgten im abgelaufenen Geschäftsjahr zu diversen Sonderthemen wie Arbeitssicherheit oder Datenschutz. Zusätzlich zu den Informationen im Verhaltenskodex können Mitarbeiter über eine Beratungshotline, E-Mails und das Intranet weitere Informationen zu Compliance-relevanten Themen erhalten. Im Rahmen des Compliance-Management-Systems werden unter anderem kontinuierlich die für Compliance relevanten Risiken erhoben und entsprechende Maßnahmen abgeleitet – etwa in Form von Kontrollen durch das interne Kontrollsystem IKS.

Für das Jahr 2010 ist zunächst die Fortführung der Trainingsmaßnahmen zum Verhaltenskodex in Präsenzveranstaltungen für besonders sensible Bereiche sowie durch ein E-Learning-Programm für alle Mitarbeiter im Intranet geplant. Zur Weiterentwicklung des Compliance-Management-Systems werden zudem inhaltliche Themenschwerpunkte gesetzt. Mit den Aktivitäten im Bereich Compliance verfolgt die EnBW das Ziel, auch in Zukunft das Vertrauen ihrer Partner zu erhalten und damit den Unternehmenserfolg langfristig zu sichern.

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die für die Festlegung der Vergütung der Vorstandsmitglieder maßgeblich sind und erläutert die Struktur und Höhe der Vorstandsvergütung sowie die Vergütung des Aufsichtsrats.

Der Vergütungsbericht berücksichtigt dabei die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und die Vorgaben aus dem deutschen Rechnungslegungs-Standard (DRS) 17. Darüber hinaus beinhaltet er die erforderlichen Angaben, die nach den Erfordernissen des deutschen Handelsrechts, erweitert durch das Vorstandsvergütungsoffenlegungsgesetz, Bestandteil des Anhangs nach § 314 HGB beziehungsweise des Lageberichts nach § 315 HGB sind.

Der Vergütungsbericht ist Bestandteil des Lageberichts und wird im Geschäftsbericht als Bestandteil des Corporate Governance Berichts abgedruckt.

Vergütung des Vorstands

Auf Vorschlag des Personalausschusses beschließt der Aufsichtsrat über das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente und überprüft es regelmäßig. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung sind, neben der Aufgabe und der Leistung der Vorstandsmitglieder, die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die nachhaltige Wertentwicklung des Unternehmens.

Die Vorstandsvergütung setzt sich aus drei wesentlichen Komponenten zusammen:

- **Erfolgsunabhängige Vergütung**
Sie umfasst eine fixe Jahresgrundvergütung, von der nur ein Teil ruhegehaltsfähig ist, sowie sonstige Bezüge und die im Rahmen des Short Term Incentive (STI) vereinbarte Mindestantieme (30% der Jahresgrundvergütung).
- **Erfolgsbezogene Vergütung**
Als erfolgsbezogene Vergütung wird der variable Anteil des STI ausgewiesen. Die Höhe des STI hängt davon ab, inwieweit die Jahresziele erreicht wurden. Diese umfassen Finanzziele auf Konzernebene, die an den beiden Kenngrößen EBITDA und ROCE gemessen werden, sowie individuelle Ziele. Eine Gewichtung dieser Ziele erfolgte durch den Personalausschuss zu Beginn des Geschäftsjahres. Der STI beträgt höchstens 200% der fixen Jahresgrundvergütung.
- **Komponente mit langfristiger Anreizwirkung: Long Term Incentive (LTI)**
Der LTI ist von den erzielten relativen Wertsteigerungen des Konzerns abhängig. Maßgeblich ist die Steigerung des Netto-Eigenkapitalwerts; dabei wird die Steigerung ermittelt, indem die jeweils gemittelten Durchschnittswerte der Netto-Eigenkapitalwerte von zwei Drei-Jahres-Zeiträumen miteinander verglichen werden. Die Größenordnung des LTI liegt zwischen 0% und 85% für ein Vorstandsmitglied und zwischen 0% und 100% für den Vorstandsvorsitzenden, bezogen auf die fixe Jahresgrundvergütung. Hinzu kommt

noch eine Komponente, die die relative Performance des Konzerns verglichen mit einer Peer Group von Wettbewerbern auf Basis des Netto-Eigenkapitalwerts misst. Hieraus kann sich eine Veränderung des LTI von $\pm 20\%$ bezogen auf die nach dem Netto-Eigenkapitalwert ermittelte LTI-Größe ergeben.

Vergütung der Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2009 (Vorjahresangaben in Klammern):

Vergütung der Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2009							
Angaben in €	Erfolgsunabhängige Vergütung				Erfolgs- unabhängige und erfolgs- bezogene Vergütung	Komponente mit lang- fristiger Anreizwir- kung (LTI) ^{1,2}	Gesamt
	Grund- vergütung	Sonstige Bezüge ³	STI ²				
			Mindest- tantieme	Erfolgs- bezogene Vergütung			
Hans-Peter Villis, Vorsitzender	812.500 (762.500)	21.483 (206.807)	243.750 (228.750)	1.134.438 (1.181.875)	2.212.171 (2.379.932)	935.333 (778.750)	3.147.504 (3.158.682)
Pierre Lederer, stellv. Vorsitzender (bis 31.01.09)	45.833 (550.000)	1.185 (2.126)	13.750 (165.000)	45.100 (852.500)	105.868 (1.569.626)	74.517 (461.509)	180.385 (2.031.135)
Dr. Bernhard Beck, LL.M.	500.000 (500.000)	3.230 (1.128)	150.000 (150.000)	668.000 (775.000)	1.321.230 (1.426.128)	472.317 (447.343)	1.793.547 (1.873.471)
Christian Buchel (ab 01.02.2009)	366.667 (0)	14.449 (0)	110.000 (0)	496.467 (0)	987.583 (0)	311.667 (0)	1.299.250 (0)
Dr. Rudolf Schulten (ab 01.01.2009)	450.000 (0)	100.679 (0)	135.000 (0)	609.300 (0)	1.294.979 (0)	382.500 (0)	1.677.479 (0)
Dr. Hans-Josef Zimmer	450.000 (412.500)	14.825 (26.188)	135.000 (123.750)	601.875 (639.375)	1.201.700 (1.201.813)	433.311 (357.000)	1.635.011 (1.558.813)
Dr. Christian Holzherr (bis 30.04.2008)	- (148.333)	- (30.805)	- (44.500)	- (252.167)	- (475.805)	- (88.926)	- (564.731)
Dr. h.c. Detlef Schmidt (bis 30.06.2008)	- (222.500)	- (45.056)	- (66.750)	-16.020 (344.875)	-16.020 (679.181)	33.575 (256.801)	17.555 (935.982)
Gesamt	2.625.000 (2.595.833)	155.851 (312.110)	787.500 (778.750)	3.539.160 (4.045.792)	7.107.511 (7.732.485)	2.643.220 (2.390.329)	9.750.731 (10.122.814)

¹ Aufgrund noch nicht vorliegender Daten für das Geschäftsjahr 2009 wurde bezüglich der Wettbewerbskomponente angenommen, dass sich keine Veränderungen des LTI hieraus ergeben.

² Differenzen zwischen den in den Vorjahren berücksichtigten Beträgen und den tatsächlich zugesagten Beträgen sind in der Gesamtvergütung 2009 enthalten. Falls die tatsächlich zugesagten Beträge geringer als die im Vorjahr gebildeten Rückstellungen sind, können sich negative Beträge hieraus ergeben.

³ Die sonstigen Bezüge beinhalten geldwerte Vorteile insbesondere aus dem Zurverfügungstellen von Dienstwagen in Höhe von 59.773 € (Vorjahr: 62.529 €) und aus Auslagen von 11.078 € (Vorjahr: 52.713 €). Bei Herrn Villis enthält die Vorjahreszahl eine einmalige nicht ruhegehaltspflichtige Zusatzvergütung für die temporäre Führung des Finanzressorts in Höhe von 150 T €, die im Geschäftsbericht 2008 als Grundvergütung ausgewiesen war. Bei Herrn Dr. Schulten ist eine nicht ruhegehaltspflichtige Zahlung in Höhe von 85 T € p.a. in den sonstigen Bezügen enthalten.

Zusagen an den Vorstand für den Fall der Tätigkeitsbeendigung

In der ersten Bestellperiode erwerben die Vorstandsmitglieder grundsätzlich keinen Anspruch auf Ruhegehalt oder Übergangsgeld. Mit Herrn Villis besteht eine Sonderregelung, wonach ihm die Zahlung eines Festbetrags in Höhe von 130 T € p.a. bereits in der ersten Bestellperiode in den folgenden drei Fällen zusteht: Bei dauerhafter Arbeitsunfähigkeit, ab dem Erreichen des 63. Lebensjahres, oder wenn das Vertragsverhältnis vor Erreichen der Altersgrenze von 63 Jahren beendet oder nicht verlängert wird, soweit die Ursache der Beendigung oder Nicht-Verlängerung nicht auf einem in seiner Person liegenden Grund beruht. Bis zum Erreichen des Ruhestandsalters werden andere Bezüge hälftig angerechnet. Bei Herrn Dr. Zimmer leitet sich die Höhe des Anspruchs auf Rentenzahlung aus dem Vertrag seiner vorherigen Konzerntätigkeit ab. Dieser ist unverfallbar.

Ab der zweiten Bestellperiode bestehen die Ansprüche auf Rentenzahlungen ab dem Alter von 63 Jahren oder im Fall einer dauerhaften Arbeitsunfähigkeit wie folgt: Die Anwartschaften steigen proportional zur Dauer der Vorstandstätigkeit und sind auf höchstens 60% der ruhegehaltspflichtigen Jahresgrundvergütung begrenzt. Ab der zweiten Bestellperiode sind die Anwartschaften unverfallbar. Die Steigerungsraten sind grundsätzlich so bemessen, dass mit Erreichen der dienstvertraglich vorgesehenen Altersgrenze die maximale Versorgungshöhe erreicht wird. Eine Anrechnung von anderweitig erworbenen betrieblichen Altersversorgungszusagen erfolgt soweit die ruhegehaltspflichtige Jahresgrundvergütung überschritten wird. Bei Eintritt des Pensionsfalls werden die Rentenzahlungen nach den gesetzlichen Vorschriften des Betriebsrentengesetzes dynamisiert.

soweit die ruhegehaltsfähige Jahresgrundvergütung überschritten wird. Bei Eintritt des Pensionsfalls werden die Rentenzahlungen nach den gesetzlichen Vorschriften des Betriebsrentengesetzes dynamisiert.

Nach dem Tod eines Vorstandsmitglieds haben die Hinterbliebenen Anspruch auf Weiterzahlung der Vergütung für drei Monate. Witwen erhalten lebenslang 60% des Ruhegelds, welches das Vorstandsmitglied am Todestag bezogen hat beziehungsweise bezogen hätte, wenn der Pensionsfall an diesem Tag eingetreten wäre. Kinder des Vorstandsmitglieds erhalten bis zum 25. Lebensjahr eine Waisenrente (20% wenn das Kind Vollwaise ist, 12% wenn das Kind Halbwaise ist). Die Hinterbliebenenversorgung ist insgesamt auf 100% des Ruhegehaltsanspruchs begrenzt.

Mit Herrn Dr. Schulten wurde keine Altersversorgungsregelung und keine Hinterbliebenenversorgungsregelung vereinbart.

Mit Herrn Lederer wurde eine Aufhebungsvereinbarung zum 31. Januar 2009 abgeschlossen. Aus dieser Vereinbarung ergibt sich, dass er bis zum Austritt aus dem Vorstand entsprechend seinen dienstvertraglichen Ansprüchen vergütet wurde. Mit Wirkung vom 1. Februar 2009 hat Herr Lederer Anspruch auf Übergangsgeld in Höhe von 192 T € p.a. entsprechend den dienstvertraglichen Regelungen. Bis zum Erreichen des Ruhestandsalters von 63 Jahren werden andere Bezüge angerechnet. Danach hat Herr Lederer Anspruch auf Ruhegehalt in Höhe von 192 T € p.a.

Eine Anrechnung von anderweitig erworbenen Ruhegehältern erfolgt soweit die maximal erreichbare Versorgungszusage überschritten wird. Bei Eintritt des Pensionsfalls werden die Rentenzahlungen entsprechend der prozentualen Veränderungen der Vergütungen laut Tarifvertrag dynamisiert. Im Fall des Todes von Herrn Lederer erhalten die Hinterbliebenen Anspruch auf Weiterzahlung des Ruhegehalts des Verstorbenen für drei Monate. Anschließend erhalten sie Witwen- oder Waisengeld nach Maßgabe der für Beamte des Landes Baden-Württemberg geltenden Bestimmungen.

Für den Fall einer vorzeitigen Beendigung des Vertrags von Herrn Dr. Beck durch die EnBW AG wurde mit Herrn Dr. Beck ein Wettbewerbsverbot für eine Dauer von 2 Jahren vereinbart. Herrn Dr. Beck steht dementsprechend eine Karenzentschädigung in Höhe von 60% seiner Gesamtvergütung während dieses Zeitraums zu. Die Gesamtvergütung besteht aus der letzten Jahresgrundvergütung plus durchschnittlicher variabler Vergütung der vorausgegangenen 3 Jahre.

Für den Fall der vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit bestehen keine Abfindungszusagen. Eine Abfindung kann sich aber aus einer Aufhebungsvereinbarung ergeben, die im Einzelfall individuell getroffen wird. Beim Abschluss oder der Verlängerung von Vorstandsverträgen wird darauf geachtet, dass Zahlungen an ein Vorstandsmitglied bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund einschließlich Nebenleistungen den Wert von zwei Jahresvergütungen nicht überschreiten (Abfindungs-Cap) und nicht mehr als die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags vergüten. Die Vorstandsverträge beinhalten keine Change-of-Control Zusage. Für den Fall der vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit wegen eines Change-of-Control wird beim Abschluss oder bei der Verlängerung eines Vorstandsvertrags vereinbart, dass Ausgleichs- oder Abfindungszahlungen nicht auf mehr als das 1,5-fache des oben genannten Betrags festgelegt werden können.

Aus den Versorgungsregelungen ergeben sich folgende Angaben für das Geschäftsjahr 2009 (Vorjahresangaben in Klammern):

Angaben in €	Erworbene Anteile an ruhegehaltstfähiger Grundvergütung (%)	Zuführung zur Pensions- rückstellung (€)
Hans-Peter Villis, ³ Vorsitzender	0,0 (0,0)	138.822 (138.822)
Pierre Lederer, Stellv. Vorsitzender (bis 31.01.09)	0,1 (1,0)	55.115 ¹ (401.774)
Dr. Bernhard Beck, LL.M.	2,5 (1,0)	282.135 ² (280.712)
Christian Buchel ³ (ab 01.02.2009)	0,0 -	0 -
Dr. Rudolf Schulten (ab 01.01.2009)	- -	- -
Dr. Hans-Josef Zimmer ³	1,5 (1,5)	107.960 ⁴ (92.602)
Dr. Christian Holzherr (bis 30.04.2008)	- (0,0)	- (50.929)
Dr. h.c. Detlef Schmidt (bis 30.06.2008)	- (0,0)	- (89.203)
Gesamt		584.032 (1.054.042)

¹ Darin enthalten: Zuführung zum Versorgungskapital in Höhe von 23.989 € (Vorjahr: 18.139 €). Hierbei handelt es sich um eine durch Gehaltsverzicht eigenfinanzierte Versorgungszusage.

² Darin enthalten: Zuführung zum Versorgungskapital in Höhe von 29.336 € (Vorjahr: 18.499 €). Hierbei handelt es sich um eine durch Gehaltsverzicht eigenfinanzierte Versorgungszusage.

³ Ab der zweiten Bestellperiode betragen die jährlich erworbenen Anteile an der ruhegehaltstfähigen Grundvergütung 2,5 % rückwirkend zu Beginn des Dienstvertrags.

⁴ Darin enthalten: Zuführung zum Versorgungskapital in Höhe von 15.358 € (Vorjahr: 0 €). Hierbei handelt es sich um eine durch Gehaltsverzicht eigenfinanzierte Versorgungszusage.

Unter der Zuführung zur Pensionsrückstellung werden sowohl der Dienstzeitaufwand als auch der Zinsaufwand ausgewiesen. Für die aktuellen Mitglieder des Vorstands bestehen Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) nach IFRS in Höhe von 3,6 Mio. € (Vorjahr: 5,3 Mio. €).

Die Bezüge der früheren Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen beliefen sich auf 7,0 Mio. € (Vorjahr: 5,1 Mio. €). Diese Rentenzahlungen werden entsprechend der prozentualen Veränderungen der Vergütungen laut Tarifvertrag dynamisiert.

Es bestehen Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands der EnBW und ihren Hinterbliebenen nach IFRS in Höhe von 49,1 Mio. € (Vorjahr: 47,6 Mio. €).

Im Geschäftsjahr 2009 wurden Vorstandsmitgliedern keine neuen Vorschüsse (Vorjahr: 1,2 Mio. €) oder Kredite gewährt. Aus dem Jahr 2008 bestehen noch Vorschüsse in Höhe von 0,3 Mio. €.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für das gesamte Geschäftsjahr 2009 sowie für die nachfolgenden Geschäftsjahre neben dem Ersatz ihrer Auslagen eine feste, nach Ablauf des Geschäftsjahres zahlbare Vergütung in Höhe von je 15.000 €. Sie erhalten ferner pro Geschäftsjahr eine variable Vergütung, die sich an der Höhe des jeweils erzielten EBITDA des EnBW-Konzerns pro Geschäftsjahr orientiert. Für jeden vollendeten Betrag von 10 Mio. €, um den das erzielte EBITDA des jeweiligen Geschäftsjahres die Bemessungsuntergrenze von 1.500 Mio. € EBITDA übersteigt, werden jedem Aufsichtsratsmitglied 250 € vergütet. Die Höhe der variablen Vergütung ist dabei jedoch je Aufsichtsratsmitglied auf einen maximalen Betrag von 20.000 € pro Jahr beschränkt. Die Zahlung der variablen Vergütung erfolgt nach Ablauf der Hauptversammlung, die über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das abgelaufene Geschäftsjahr beschließt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Zweifache, der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats das Eineinhalbfache der vorgenannten Beträge.

Für die Tätigkeit in einem oder mehreren Ausschüssen des Aufsichtsrats erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats zum Ausgleich des zusätzlichen Aufwands pauschal eine feste Vergütung in Höhe von je 5.000 € pro Geschäftsjahr. Der Vorsitzende eines oder mehrerer Ausschüsse erhält das Zweifache der Ausschussvergütung, es sei denn, der jeweilige Ausschuss ist im betreffenden Geschäftsjahr nicht tätig geworden.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat oder einem Ausschuss angehört oder eine Vorsitzendenfunktion wahrgenommen haben, erhalten einen der zeitlichen Dauer ihres Amtes oder ihrer Funktion im Geschäftsjahr entsprechenden Teil der Vergütung.

Zusätzlich erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats für die Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen und Ausschusssitzungen ein Sitzungsgeld in Höhe von je 500 €. Für die Teilnahme an Vorbesprechungen wird ein Sitzungsgeld in Höhe von je 250 € gezahlt, wobei für jede Aufsichtsratssitzung nur eine Vorbesprechung vergütet wird.

Entsprechend dieser Vergütungssystematik erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2009 folgende Gesamtvergütung (einschließlich Sitzungsgeldern und Mandatsvergütungen von Tochtergesellschaften):

> Erklärung zur
Unternehmensführung
einschließlich Corporate
Governance Bericht

Gesamtvergütung der Aufsichtsratsmitglieder der EnBW AG 2009				
Angaben in € (Vorjahresangaben in Klammern)	Fixe Vergütung (inkl. Sitzungsgelder)	Variable Vergütung ¹	Mandatsvergütungen von Tochter- gesellschaften	Gesamt
Dr. Claus Dieter Hoffmann, Vorsitzender	53.000 (50.500)	40.000 (40.000)	0 (0)	93.000 (90.500)
Dietrich Herd, stellv. Vorsitzender	41.250 (42.150)	30.000 (30.000)	20.350 (12.500)	91.600 (84.650)
Prof. Joachim Bitterlich (bis 25.04.08)	0 (7.239)	0 (8.240)	0 (0)	0 (15.479)
Marc Boudier ²	34.500 (31.200)	20.000 (20.000)	0 (0)	54.500 (51.200)
Dr. Daniel Camus ²	30.000 (29.200)	20.000 (20.000)	0 (0)	50.000 (49.200)
Dirk Gaerte ³	19.000 (23.529)	20.000 (20.000)	0 (0)	39.000 (43.529)
Josef Götz	33.750 (30.900)	20.000 (20.000)	10.376 (9.203)	64.126 (60.103)
Reiner Koch ⁴	21.000 (21.350)	20.000 (20.000)	8.750 (2.147)	49.750 (43.497)
Marianne Kugler-Wendt ⁴	27.750 (27.050)	20.000 (20.000)	13.850 (9.000)	61.600 (56.050)
Wolfgang Lang	28.750 (27.200)	20.000 (20.000)	8.620 (7.472)	57.370 (54.672)
Gérard Roth ²	26.500 (27.400)	20.000 (20.000)	0 (0)	46.500 (47.400)
Klaus Schörnich ⁴	18.500 (20.900)	20.000 (20.000)	9.925 (3.528)	48.425 (44.428)
Heinz Seiffert ³	27.500 (26.200)	20.000 (20.000)	0 (0)	47.500 (46.200)
Gerhard Stratthaus	18.500 (18.600)	20.000 (20.000)	0 (0)	38.500 (38.600)
Laurent Stricker ² (seit 25.04.08)	17.000 (12.287)	20.000 (17.831)	0 (933)	37.000 (31.051)
Werner Vorderwülbecke ⁴	30.250 (28.500)	20.000 (20.000)	21.820 (18.990)	72.070 (67.490)
Christoph Walther	28.750 (27.700)	20.000 (20.000)	10.365 (8.880)	59.115 (56.580)
Dietmar Weber	27.250 (27.650)	20.000 (20.000)	9.650 (9.050)	56.900 (56.700)
Kurt Widmaier ³	30.500 (29.100)	20.000 (20.000)	0 (0)	50.500 (49.100)
Dr.-Ing. Gérard Wolf ²	19.000 (18.100)	20.000 (20.000)	0 (0)	39.000 (38.100)
Dr. Bernd-Michael Zinow	30.250 (30.800)	20.000 (20.000)	4.190 (0)	54.440 (50.800)
Summe	563.000 (557.555)	430.000 (436.071)	117.896 (81.703)	1.110.896 (1.075.329)

¹ Die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 wird erst nach Beschlussfassung der Hauptversammlung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2010 ausbezahlt.

² Die Vergütung wird an die EDF abgeführt.

³ Gemäß §§ 82-88 Landesbeamtengesetz in Verbindung mit § 5 Landesnebenberufungsverordnung erfolgt die Ablieferung an den Landkreis.

⁴ Gemäß den Richtlinien von ver.di und des DGB über die Abführung von Aufsichtsratsvergütungen wird die Vergütung an die Hans-Böckler-Stiftung und die ver.di GewerkschaftsPolitische Bildung gGmbH abgeführt.

In den vorstehenden Angaben zu den fixen Vergütungen der Aufsichtsratsmitglieder sind Sitzungsgelder in Höhe von 160.500 € (Vorjahr: 150.000 €) und in den Mandatsvergütungen von Tochtergesellschaften sind Sitzungsgelder in Höhe von 28.624 € (Vorjahr: 17.416 €) enthalten.

Sonstige Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden den Aufsichtsratsmitgliedern nicht gewährt. Sie haben im Berichtsjahr auch keine Kredite und Vorschüsse erhalten.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats werden in eine im Interesse der EnBW von ihr in angemessener Höhe abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Organe einbezogen. Für diese D&O-Versicherung wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart, der für Mitglieder des Vorstands drei Monatsgrundgehälter und für Mitglieder des Aufsichtsrats eine halbe Jahresvergütung beträgt. Ab 1. Juli 2010 beträgt der Selbstbehalt bei der D&O-Versicherung für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats jeweils 10 % des Schadens bis zur Höhe des Eineinhalbfachen der jeweiligen festen jährlichen Vergütung.

Transparenz

Die EnBW schafft fortlaufend die vom Deutschen Corporate Governance Kodex geforderte Transparenz, indem sie die Aktionäre, den Kapitalmarkt, Finanzanalysten, Aktionärsvereinigungen und die interessierte Öffentlichkeit aktuell über wesentliche geschäftliche Veränderungen im Unternehmen informiert. Wir nutzen dafür hauptsächlich das Internet, um eine zeitnahe und gleichberechtigte Information aller Interessengruppen zu gewährleisten.

Über die Geschäftslage der EnBW wird insbesondere durch den jährlichen Geschäftsbericht, den Halbjahres- und die Quartalsfinanzberichte, die Bilanzpressekonferenz, Telefonkonferenzen im Zusammenhang mit den Quartals- und Jahresergebnissen sowie durch Veranstaltungen mit Analysten informiert. Der auf unseren Internetseiten veröffentlichte Finanzkalender enthält alle Termine der wesentlichen wiederkehrenden Veröffentlichungen.

Wenn außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung konkrete Informationen über nicht öffentlich bekannte Umstände auftreten, die sich auf die EnBW-Aktie beziehen und geeignet sind, ihren Börsenkurs erheblich zu beeinflussen, machen wir diese Insiderinformationen durch Ad-hoc-Mitteilungen bekannt. Im vergangenen Geschäftsjahr wurde im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Erwerb von 47,89 % der Anteile an der Verbundnetz Gas AG (VNG) eine Ad-hoc-Mitteilung veröffentlicht.

Der EnBW sind im Geschäftsjahr 2009 keine Meldungen von Personen mit Führungsaufgaben oder mit diesen in einer engen Beziehung stehenden Personen über Geschäfte in EnBW-Aktien oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten zugegangen. Auch mitteilungspflichtiger Wertpapierbesitz von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats lag nicht vor.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Rechnungslegung erfolgt bei der EnBW nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Nachdem die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, von der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2009 zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer sowie zum Abschlussprüfer für die prüferische Durchsicht des im Halbjahresfinanzbericht enthaltenen verkürzten Abschlusses und Zwischenlageberichts gewählt worden war, wurde sie vom Prüfungsausschuss beziehungsweise seinem Vorsitzenden entsprechend beauftragt. Der Ausschuss hat sich im Vorfeld der Hauptversammlung vergewissert, dass an der Unabhängigkeit der zu beauftragenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaft keine Zweifel bestehen und sich mit den von dieser zusätzlich erbrachten Dienstleistungen befasst.

Der Halbjahres- und die Quartalsfinanzberichte werden vom Prüfungsausschuss vor der Veröffentlichung mit dem Vorstand erörtert, so wie es der Deutsche Corporate Governance Kodex in einer neuen Regelung empfiehlt.

Aktionsoptionsprogramme oder ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme der Gesellschaft bestehen bei der EnBW derzeit nicht.

Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat der EnBW Energie Baden-Württemberg AG erklären gemäß § 161 AktG:

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG hat den im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex seit der letzten Entsprechenserklärung vom 11. Dezember 2008 in der jeweils geltenden Fassung uneingeschränkt entsprochen und wird ihnen in der Fassung vom 18. Juni 2009 auch künftig uneingeschränkt entsprechen.

Stellungnahme zu den Anregungen des Corporate Governance Kodex

Gemäß Ziffer 3.10 Satz 3 des Deutschen Corporate Governance Kodex erklären Vorstand und Aufsichtsrat, mit welchen zwei Ausnahmen die EnBW den Anregungen des Kodex im vergangenen Geschäftsjahr entsprochen hat und ihnen künftig entsprechen wird:

Ziffer 2.3.4 des Kodex: Verfolgung der Hauptversammlung über moderne Kommunikationsmedien

Die EnBW überträgt die Hauptversammlung in Übereinstimmung mit einer verbreiteten Praxis bis zum Ende des Berichts des Vorstandsvorsitzenden im Internet. Eine Übertragung der gesamten Hauptversammlung würde aufgrund des geringen Streubesitzes der EnBW-Aktie und der EnBW-üblichen hohen Aktionärspräsenz den zusätzlichen Aufwand nicht rechtfertigen.

Ziffer 5.4.6 des Kodex: Auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogene Bestandteile der Aufsichtsratsvergütung

Die erfolgsorientierte Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder enthält keine auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogenen Bestandteile. Im Unterschied zum Vorstandsvergütungssystem würden derartige Vergütungsbestandteile im System der Aufsichtsratsvergütung zu einer übermäßigen Komplexität führen.

Auch die börsennotierte Tochtergesellschaft ZEAG Energie AG setzt den Deutschen Corporate Governance Kodex um. Abweichungen von den Empfehlungen des Kodex sind in der Entsprechenserklärung der ZEAG Energie AG dargelegt, die auf deren Internetseiten (www.zeag-energie.de) abgerufen werden kann.

Karlsruhe, 10. Dezember 2009

EnBW Energie Baden-Württemberg AG

Der Vorstand

Der Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat

Mitglieder

Dr. Claus Dieter Hoffmann, Stuttgart
geschäftsführender Gesellschafter
der H + H Senior Advisors GmbH
Vorsitzender

Dietrich Herd, Philippsburg
Gesamtbetriebsratsvorsitzender
der EnBW Kraftwerke AG
stellvertretender Vorsitzender

Marc Boudier, Sèvres
Direktor Europa
bei Electricité de France SA

Dr. Daniel Camus, Croissy-sur-Seine
Generaldirektor Finanzen
bei Electricité de France SA

Dirk Gaerte, Sigmaringendorf
Landrat des Landkreises
Sigmaringen

Josef Götz, Stuttgart
Gesamtbetriebsratsvorsitzender
der EnBW Regional AG

Reiner Koch, Glienicke/Nordbahn
Referatsleiter Fachbereich
Ver- und Entsorgung
bei der ver.di-Bundesverwaltung

Marianne Kugler-Wendt, Heilbronn
Bezirksgeschäftsführerin ver.di,
Bezirk Heilbronn-Neckar-Franken

Wolfgang Lang, Karlsruhe
Gesamtbetriebsratsvorsitzender
der EnBW Systeme Infrastruktur
Support GmbH

Gérard Roth, Bois d'Arcy
Direktor Deutschland
bei Electricité de France SA

Klaus Schörnich, Düsseldorf
Betriebsratsvorsitzender
der Stadtwerke Düsseldorf AG

Heinz Seiffert, Ehingen
Landrat des Alb-Donau-Kreises

Gerhard Stratthaus MdL, Brühl
Finanzminister a. D.
des Landes Baden-Württemberg

Laurent Stricker, Paris
Berater des Präsidenten
bei Electricité de France SA

Werner Vorderwülbecke, Stuttgart
Landesfachbereichsleiter ver.di,
Landesbezirk Baden-Württemberg

Christoph Walther, Langebrück
stellvertretender Betriebsratsvor-
sitzender der ENSO Energie
Sachsen Ost AG

Dietmar Weber, Esslingen
Gesamtbetriebsratsvorsitzender
der EnBW Vertriebs- und Service-
gesellschaft mbH

Kurt Widmaier, Ravensburg
Landrat des Landkreises
Ravensburg

Dr.-Ing. Gérard Wolf, Paris
stellvertretender Generaldirektor
für die internationalen Aktivitäten
und Gruppensynergien
bei Electricité de France SA

Dr. Bernd-Michael Zinow, Pfinztal
Bereichsleiter Wirtschaft und Politik
bei der EnBW Energie Baden-
Württemberg AG

Ausschüsse

Personalausschuss

- > **Dr. Claus Dieter Hoffmann**
Vorsitzender
- > **Marc Boudier**
- > **Josef Götz**
- > **Dietrich Herd**

Finanz- und Investitionsausschuss

- > **Dr. Claus Dieter Hoffmann**
Vorsitzender
- > **Marc Boudier**
- > **Dr. Daniel Camus**
- > **Josef Götz**
- > **Dietrich Herd**
- > **Werner Vorderwülbecke**
- > **Kurt Widmaier**
- > **Dr. Bernd-Michael Zinow**

Prüfungsausschuss

- > **Dr. Daniel Camus**
Vorsitzender
- > **Marc Boudier**
- > **Marianne Kugler-Wendt**
- > **Wolfgang Lang**
- > **Heinz Seiffert**
- > **Christoph Walther**
- > **Dietmar Weber**
- > **Kurt Widmaier**

Nominierungsausschuss

- > **Dr. Claus Dieter Hoffmann**
Vorsitzender
- > **Marc Boudier**
- > **Dr. Daniel Camus**
- > **Gérard Roth**
- > **Heinz Seiffert**
- > **Kurt Widmaier**

Vermittlungsausschuss

(Ausschuss gemäß
§ 27 Abs. 3 MitbestG)

- > **Dr. Claus Dieter Hoffmann**
Vorsitzender
- > **Marc Boudier**
- > **Dietrich Herd**
- > **Klaus Schörnich**

Mandate der Vorstandsmitglieder

Hans-Peter Villis

- DREWAG – Stadtwerke Dresden GmbH
- EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH (Vorsitzender)
- ENSO Energie Sachsen Ost AG (Vorsitzender)
- EVN AG
- EWE Aktiengesellschaft (seit 21. Juli 2009)
- GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG (Vorsitzender)
- Stadtwerke Düsseldorf AG (Vorsitzender)
- Gasversorgung Süddeutschland GmbH (Mitglied und Vorsitzender seit 15. April 2009)

Dr. Bernhard Beck

- EnBW Beteiligungen AG (Vorsitzender)
- EnBW Kraftwerke AG
- EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH (Vorsitzender)
- EnBW Technische Dienste und kaufmännische Leistungen GmbH (Vorsitzender)
- EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH
- Energiedienst AG
- ENSO Energie Sachsen Ost AG
- GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG
- SOMENTEC Software AG (Vorsitzender)
- Stadtwerke Düsseldorf AG
- BKK VerbundPlus, Körperschaft des öffentlichen Rechts (Vorsitzender bis 31. Dezember 2009)
- EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Managemententwicklung mbH (Vorsitzender)
- EnBW Trading GmbH (bis 31. Dezember 2009)
- Energiedienst Holding AG
- Gasversorgung Süddeutschland GmbH (bis 31. Dezember 2009)
- Tewateratio GmbH (Vorsitzender)

Christian Buchel

- EnBW Kraftwerke AG (vom 24. Juni 2009 bis 31. Januar 2010)
- EnBW Regional AG (seit 1. Februar 2009, Vorsitzender seit 31. März 2009)
- EnBW Transportnetze AG (seit 1. Februar 2009, Vorsitzender seit 2. Februar 2009)
- EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH (seit 1. Februar 2009)
- Energiedienst AG (seit 27. März 2009)
- EnBW Energy Solutions GmbH (seit 1. Februar 2009, Vorsitzender seit 6. Februar 2009)
- EnBW Gas GmbH (seit 1. Februar 2009, Vorsitzender seit 4. Mai 2009)
- EnBW Trading GmbH (seit 1. Februar 2009, Vorsitzender seit 4. Februar 2009)
- Energiedienst Holding AG (seit 27. März 2009)
- Gasversorgung Süddeutschland GmbH (seit 17. März 2009)

Dr. Rudolf Schulten

- EnBW Kraftwerke AG
(vom 24. Juni 2009
bis 31. Januar 2010)
- EnBW Regional AG
(seit 24. Juni 2009)
- EnBW Systeme Infrastruktur
Support GmbH (seit 1. Januar 2010)
- EnBW Transportnetze AG
(seit 20. Januar 2009)
- EnBW Vertriebs- und Service-
gesellschaft mbH (seit 1. Juli 2009)
- Stadtwerke Düsseldorf AG
(vom 1. Februar 2009
bis 31. Januar 2010)
- EnBW Trading GmbH
(seit 23. Januar 2009)

Dr. Hans-Josef Zimmer

- EnBW Kernkraft GmbH
(Vorsitzender)
- EnBW Kraftwerke AG
(Vorsitzender)
- Energiedienst AG
- EWE Aktiengesellschaft
(seit 21. Juli 2009)
- Stadtwerke Düsseldorf AG
(bis 31. Januar 2010)
- EnBW Trading GmbH
(bis 31. Januar 2010)
- Energiedienst Holding AG
- Gesellschaft für Nuklear-Service mbH

Pierre Lederer

- (Mitglied des Vorstands
bis 31. Januar 2009)
- EnBW Kraftwerke AG
(bis 31. Januar 2009)
- EnBW Regional AG
(Vorsitzender, bis 31. Januar 2009)
- EnBW Transportnetze AG
(Vorsitzender, bis 31. Januar 2009)
- EnBW Vertriebs- und Service-
gesellschaft mbH
(bis 31. Januar 2009)
- Energiedienst AG
(bis 31. Januar 2009)
- Stadtwerke Düsseldorf AG
(bis 31. Januar 2009)
- EnBW Energy Solutions GmbH
(Vorsitzender, bis 31. Januar 2009)
- EnBW Gas GmbH
(Vorsitzender, bis 31. Januar 2009)
- EnBW Trading GmbH
(Vorsitzender, bis 31. Januar 2009)
- Energiedienst Holding AG
(bis 31. Januar 2009)
- Gasversorgung Süddeutschland
GmbH (Vorsitzender,
bis 31. Januar 2009)

- Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten.
- Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen.

Stand: 5. Februar 2010

Zusätzliche Mandate der Aufsichtsratsmitglieder

Dr. Claus Dieter Hoffmann

(Vorsitzender)

- C. A. Leuze GmbH + Co. KG
- De Boer Holding NV
- ING Group NV

Dietrich Herd

(stellvertretender Vorsitzender)

- EnBW Kernkraft GmbH
- EnBW Kraftwerke AG
- BKK VerbundPlus, Körperschaft des öffentlichen Rechts (bis 28. Januar 2010)

Marc Boudier

- Aar et Tessin SA d'Electricité (bis 27. Januar 2009)
- ALPIQ Holding AG
- EDF Belgium SA (Vorsitzender)
- E.D.F. INTERNATIONAL SA
- EDF Peninsula Ibérica SLU (Vorsitzender)
- Edison spa
- S.P.E. SA (Vorsitzender, seit 26. November 2009)
- Transalpina di Energia SRL

Dr. Daniel Camus

- Morphosys AG
- SGL Carbon AG
- Dalkia Holding SA
- EDF Energy Group Holding Limited (Vorsitzender)
- EDF Energy Holdings Limited (seit 10. Juni 2009)
- EDF Energy plc (Vorsitzender)
- EDF Energy UK Limited (seit 13. März 2009)
- E.D.F. INTERNATIONAL SA (Vorsitzender)
- Edison spa (bis 30. April 2009)
- Lake Acquisitions Limited (bis 30. Oktober 2009)
- Transalpina di Energia SRL (bis 30. April 2009)
- Valeo SA

Dirk Gaerte

- GW Privatversicherung AG
- Hohenzollerische Landesbahn AG
- Kliniken Landkreis Sigmaringen GmbH (Vorsitzender)
- Erdgas Südwest GmbH (Vorsitzender)
- Flugplatz Mengen-Hohentengen GmbH (Vorsitzender)
- Hohenzollerische Landesbank Kreissparkasse Sigmaringen, Anstalt des öffentlichen Rechts (Vorsitzender)
- Regionales Technologie- und Innovationszentrum Pfullendorf GmbH
- Sparkassenverband Baden-Württemberg – Körperschaft des öffentlichen Rechts
- Verkehrsverbund Neckar-Donau (Naldo) GmbH
- Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke
- Zweckverband Protec Orsingen
- Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal
- Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen

Josef Götz

- EnBW Regional AG
- Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung

Reiner Koch

- Stadtwerke Düsseldorf AG

Marianne Kugler-Wendt

- Bausparkasse Schwäbisch-Hall AG
- EnBW Kernkraft GmbH
- EnBW Kraftwerke AG
- SLK-Kliniken Heilbronn GmbH
- Heilbronner Versorgungs GmbH
- Kreissparkasse Heilbronn, Anstalt des öffentlichen Rechts (stellvertretendes Mitglied bis 31. Juli 2009)
- Regionale Gesundheitsholding Heilbronn-Franken GmbH (seit 1. August 2009)
- Stadtwerke Heilbronn GmbH

Wolfgang Lang

- EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH
- EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Managemententwicklung mbH
- EnBW Technische Dienste und kaufmännische Leistungen GmbH (bis 30. September 2009)
- Tewaterio GmbH (bis 30. September 2009)

Gérard Roth

- EDF Gaz Deutschland GmbH (seit 16. September 2009)
- Elektrownia Rybnik SA
- Friedeburger Speicherbetriebsgesellschaft mbH Crystal (seit 1. April 2009)

Klaus Schörnich

- Awista GmbH (seit 2. April 2009)
- Stadtwerke Düsseldorf AG

Heinz Seiffert

- Krankenhaus GmbH Alb-Donau-Kreis (Vorsitzender)
- ADK GmbH für Gesundheit und Soziales (Vorsitzender)
- Donau-Iller-Nahverkehrs-GmbH
- Fernwärme Ulm GmbH
- Kreisbau GmbH Alb-Donau (Vorsitzender)
- Pflegeheim GmbH Alb-Donau-Kreis (Vorsitzender)
- Sparkasse Ulm, Anstalt des öffentlichen Rechts (Vorsitzender)
- Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke
- Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal (Vorsitzender)

Gerhard Stratthaus

- Badische Staatsbrauerei Rothaus AG (Vorsitzender)
- Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (Vorsitzender)

Laurent Stricker

- Commissariat à l'Energie Atomique (bis 20. Juli 2009)
- Groupe Ortec
- World Association of Nuclear Operators
- World Nuclear Association (bis 10. April 2009)

Werner Vorderwülbecke

- EnBW Kraftwerke AG
- EnBW Regional AG
- EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH
- LBBW Immobilien GmbH (bis 31. März 2009)

Christoph Walther

- ENSO Energie Sachsen Ost AG

Dietmar Weber

- EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH
- EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Managemententwicklung mbH

Kurt Widmaier

- Oberschwaben Klinik gGmbH (Vorsitzender)
- Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG
- Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH
- Kreissparkasse Ravensburg (Vorsitzender)
- Landesbank Baden-Württemberg, Anstalt des öffentlichen Rechts
- Ravensburger Entsorgungsanlagen GmbH (Vorsitzender)
- WIR – Wirtschafts- und Innovationsförderungsgesellschaft Landkreis Ravensburg GmbH (Vorsitzender)
- Zentrum für Psychiatrie Weissenau, Anstalt des öffentlichen Rechts
- Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (Vorsitzender)
- Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen

Dr.-Ing. Gérard Wolf

- Dalkia International SA
- Dalkia SAS
- Dunkerque LNG SAS
- EDF Energy Holdings Limited (seit 10. Juni 2009)
- EDF Energy UK Limited (seit 13. März 2009)
- E.D.F. INTERNATIONAL SA
- EDF Trading Limited
- Edison spa
- Lake Acquisitions Limited (bis 30. September 2009)
- Transalpina di Energia SRL

Dr. Bernd-Michael Zinow

- EnBW Kernkraft GmbH (seit 3. April 2009)
- EnBW Transportnetze AG

- Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten.
- Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen.

Angaben der Mandatsinhaber gemäß § 285 Satz 1 Nr. 10 HGB

Stand: 5. Februar 2010

Der Beirat

Dr. Wolfgang Schürle

ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender
der EnBW, Landrat a. D. des Alb-
Donau-Kreises, Ulm
Vorsitzender

Dr.-Ing. e. h. Heinz Dürr

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Dürr AG, Berlin
stellvertretender Vorsitzender

Jean-Pierre Benqué

stellvertretender Generaldirektor für
die nordamerikanischen Aktivitäten der
Electricité de France SA, Saint-Denis

Marc Boudier

Direktor Europa der Electricité
de France SA, Paris

Dr. rer. nat. Joachim Dreyer

ehemaliger Vorsitzender des Vorstands
der debitel AG, Stuttgart

Dr. Andreas Fabritius

Rechtsanwalt bei Freshfields
Bruckhaus Deringer, Frankfurt

Walter Frey

Vorsitzender des Verwaltungsrats
der Emil Frey AG, Zürich

Dr. Monika Gommolla

Vorsitzende des Aufsichtsrats der
Maritim Hotelgesellschaft mbH,
Bad Salzuflen

Dipl.-Ing. Karl Haase

Vorsitzender der Geschäftsführung
der Deutsche Edelstahlwerke GmbH,
Siegen

Dr. Burkhard Hofer

Generaldirektor und Sprecher
des Vorstands der EVN AG,
Maria Enzersdorf

Dr. Franz Wilhelm Hopp

ehemaliges Mitglied des Vorstands
der ERGO Versicherungsgruppe AG,
Düsseldorf

Dr. Klaus Kinkel

Vizekanzler a. D., St. Augustin

Dr. Rolf Linkohr

ehemaliges Mitglied des
Europäischen Parlaments, Stuttgart

Roland Mack

geschäftsführender Gesellschafter
des Europa-Parks, Rust

Dr. Klaus Mangold

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Rothschild GmbH, Frankfurt

Gerhard Mayer-Vorfelder

Finanzminister a. D. des Landes
Baden-Württemberg, UEFA-
Vizepräsident, Stuttgart

Dr.-Ing. e. h. Hartmut Mehdorn

ehemaliger Vorsitzender des Vorstands
der Deutsche Bahn AG, Berlin

Dr.-Ing. e. h. Peter Mihatsch

ehemaliges Mitglied des Vorstands
der Mannesmann AG, Sindelfingen

Dr. Wolf Hartmut Prellwitz

Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats
der KUKA Aktiengesellschaft,
Karlsruhe

Urs B. Rinderknecht

ehemaliger Generaldirektor
der UBS AG, Zürich

Dr. Sieghardt Rometsch

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG,
Düsseldorf

Hans-Joerg Rudloff

Vorsitzender des Executive Committee
von Barclays Capital, London

Hans Dietmar Sauer

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Wüstenrot & Württembergische AG,
Karlsruhe

Rezzo Schlauch

Parlamentarischer Staatssekretär a. D.,
Rechtsanwalt, Stuttgart

Dr. Wolfgang Schuster

Oberbürgermeister der Landes-
hauptstadt Stuttgart

Prof. Dr. Dr. h. c. Bernhard Servatius

Rechtsanwalt bei der Treubesitz GmbH,
Hamburg

Dr. Joachim-Heinrich Stamer

ehemaliger Vorsitzender des Vorstands
der EnBW Transportnetze AG, Seedorf

Karl Starzacher

Präsident der Hochschule Fresenius,
Idstein

Erwin Staudt

Präsident des VfB Stuttgart 1893 e. V.,
Stuttgart

Shimon Stein

Botschafter a. D. des Staates Israel in
Deutschland, Tel-Aviv

Dr. Willi Steul

Intendant des Deutschlandradio, Berlin

Hans-Joachim Strüder

Mitglied des Vorstands der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Rita Süßmuth

Präsidentin des Deutschen Bundesta-
ges a. D., Berlin

Willem G. van Agtmael

geschäftsführender Gesellschafter der
E. Breuninger GmbH & Co., Stuttgart

Dr. Theo Waigel

Bundesminister a. D., Rechtsanwalt bei
GSK Stockmann & Kollegen, München

Prof. Dr.-Ing. Hartmut Weule

em. Professor an der Universität
Karlsruhe, Institut für Produktions-
technik, Karlsruhe

Matthias Wissmann

Bundesminister a. D., Präsident des
Verbands der Automobilindustrie e. V.,
Berlin



„Voraussetzungen für eine funktionierende Partnerschaft sind nachhaltiges Engagement und das Bekenntnis zum gemeinsamen Erfolg.“

Jürgen Heindl, Vorstandsvorsitzender der Progroup AG





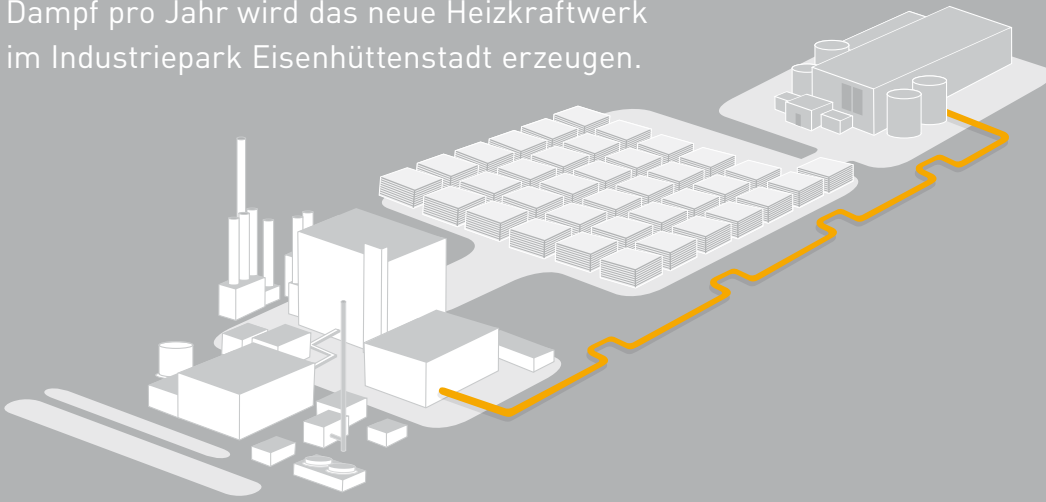
Baustelle des Heizkraftwerks Eisenhüttenstadt

Effizienz und Flexibilität

Beim Bau des Heizkraftwerks in Eisenhüttenstadt kommen modernste und effizienteste Technologien zum Einsatz. In der Multifuel-Anlage lassen sich die Reststoffe aus der Produktion der Papiermaschine ebenso verfeuern wie Ersatzbrennstoffe aus kommunalen und gewerblichen Abfällen, Klärschlämme aus der lokalen Abwasseraufbereitung oder Steinkohle.

1.000.000 t

Dampf pro Jahr wird das neue Heizkraftwerk
im Industriepark Eisenhüttenstadt erzeugen.



Die Progroup AG mit Sitz in Landau/Rheinland-Pfalz und zwölf Standorten in Europa expandiert weiter mit der Errichtung der größten Papierfabrik für Wellpappenroh-papiere Deutschlands. Die neue Papierfabrik Propapier PM2 GmbH ist ein Tochterunternehmen der Progroup AG. Sie errichtet die Papiermaschine im brandenburgischen Eisenhüttenstadt, die EnBW finanziert, plant, baut und betreibt die für die Energieversorgung notwendige Anlage. Das rund 225 Mio. € teure hochmoderne ersatzbrennstoffgefeuerte Wirbelschicht-Heizkraftwerk wird voraussichtlich im März 2011 in Betrieb gehen.

Die EnBW liefert damit ein maßgeschneidertes und innovatives Energiekonzept zur Versorgung der Papiermaschine. Mit dem Projekt, im Rahmen dessen rund 175 Arbeitsplätze in der Region Eisenhüttenstadt geschaffen werden, unterstreicht die EnBW ihre Rolle als Energiedienstleister und Partner der Industrie am Standort Deutschland. Progroup und EnBW verbindet bereits eine seit zehn Jahren bestehende Partnerschaft in Magdeburg. Eisenhüttenstadt ist somit die Fortführung einer langjährigen Partnerschaft der beiden Unternehmen.



Service

Glossar

Base, 53, 111

Grundlastprodukt. Lieferung/Abnahme mit konstanter Leistung über den gesamten Zeitraum.

Beziehungskapital, 73f.

Setzt sich zusammen aus Beziehungen zu Kunden (alle geschäftsrelevanten Beziehungen zu Industrie- und Privatkunden), zu Kooperationspartnern (also zu Lieferanten, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und anderen Geschäftspartnern) und zu Stakeholdern (also z. B. zu Kapitalgebern, Behörden, Ministerien, Kommunen, Parteien, Politik, Gewerkschaften, Fachverbänden, Umwelt- und Naturschutzverbänden, Öffentlichkeit und Presse).

Brennstoffzelle, 84, 88f., 119

Wandelt chemische Energie nach dem Prinzip einer umgekehrten Elektrolyse in elektrische Energie und Wärme um. Effiziente Technologie zur dezentralen Energieerzeugung. Einsetzbar zur Stromversorgung von Geräten und Autos und für die Strom- und Wärmeversorgung von Gebäuden und in der Industrie.

Carbonate Looping, 86

Verfahren zur Kohlendioxid-Abscheidung aus Kraftwerksabgasen. Dabei wird das Kohlendioxid durch Kalk gebunden. Interessante Alternative zu anderen Verfahren, da sein Energiebedarf vergleichsweise gering ist.

CCS – Carbon Dioxide Capture and Storage, 54f., 112

Technologie der Kohlendioxid-Abscheidung und -Speicherung, von der viele Akteure einen erheblichen Klimaschutzbeitrag erwarten.

CDM – Clean Development Mechanism, 84ff.

Instrument aus dem Kyoto-Protokoll, um in Schwellen- und Entwicklungsländern den wachstumsbedingten Anstieg der Treibhausgasemissionen mit kostengünstigen, effizienten

Maßnahmen zu begrenzen. Die erzielten Emissionsminderungen werden dem Investor in Form von → CER gutgeschrieben. CER können von Unternehmen zur Erfüllung der Abgabeverpflichtung gemäß dem Europäischen Emissionshandelssystem (→ Emissionshandel) verwendet werden.

CER – Certified Emission Reductions, 52

Zertifizierte Emissionsreduktion aus → CDM-Projekten. Investoren aus Industrieländern erwirtschaften sie gemäß Kyoto-Protokoll in Entwicklungsländern mit CDM-Emissionsminderungsprojekten. 1 CER entspricht 1 t CO₂.

Commodity, 37, 185, 189, 195

Bezeichnung für eine Ware wie Strom, Gas, Kohle oder CO₂-Zertifikate.

Compliance, 92, 225ff., 233f.

Umfasst die Gesamtheit der organisatorischen Vorkehrungen, mit denen die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und internen Richtlinien in den wesentlichen Unternehmensbereichen und Prozessen gewährleistet wird, um negative Folgen von Regelverstößen für das Unternehmen und die Mitarbeiter zu vermeiden.

Contracting, 39, 116f.

Zeitlich und räumlich abgegrenzte Übertragung von Aufgaben der Energiebereitstellung und -lieferung auf einen Dritten (Contractor), der im eigenen Namen und auf eigene Rechnung handelt. Energieformen sind z. B. Kälte, Wärme, Strom, Druckluft. Die Leistungen der EnBW Energy Solutions GmbH (ESG) beinhalten in der Regel das Energieliefercontracting. Darunter versteht man das Errichten oder Übernehmen und Betreiben einer Energieerzeugungsanlage zur Nutzenergielieferung durch einen Contractor auf Basis von Langzeitverträgen. Ziel ist es, durch Optimierungsprozesse

deutliche wirtschaftliche und ökologische Vorteile zu erreichen.

Derivate, 60ff., 71, 93f.

Finanzinstrumente – z. B. Optionen, Futures, Forwards, Zins- und Währungsswaps –, die Rechte und Verpflichtungen erzeugen, sodass Finanzrisiken, die in den zugrunde liegenden originären Finanzinstrumenten enthalten sind, als separate Rechte und Verpflichtungen zwischen den Vertragsparteien übertragen werden können. Dabei führen derivative Finanzinstrumente bei Vertragsabschluss nicht zu einer Übertragung des zugrunde liegenden originären Finanzinstruments; auch die Erfüllung solcher Verträge ist nicht notwendigerweise mit einer Übertragung des originären Finanzinstruments verknüpft.

Dezentrale Energien, 88

Neben großen Erzeugungseinheiten mit hoher Brennstoffausnutzung, Wirtschaftlichkeit und Zuverlässigkeit werden auch kundennahe, dezentrale Energieversorgungssysteme immer interessanter. Vor allem Industrie und Kommunen sehen in der Eigenerzeugung von Strom und Wärme einen sinnvollen Beitrag zur effizienten und ressourcenschonenden Energieversorgung.

Downstream, 38

Bezeichnet die Geschäftsaktivitäten in Zusammenhang mit Verteilung, Vertrieb und Marketing von Erdgas.

EEX – European Energy Exchange, 37, 53, 98

Energiehandelsbörse in Leipzig, an der die Energieträger Strom, Erdgas und Kohle sowie Emissionsberechtigungen gehandelt werden.

EFET – European Federation of Energy Traders, 98

Zusammenschluss von über 90 Energiehandelsunternehmen und Finanzinstituten aus 23 europäischen Ländern. Intention des Verbands ist im

Wesentlichen die Förderung des Energiehandels mit Elektrizität, Gas, Wärme und Kohle sowie des Handels mit Derivaten in ganz Europa.

Elektromobilität, 18, 89, 113ff.

Bezeichnet die Nutzung von elektronisch angetriebenen Fahrzeugen für den Personen- und Güterverkehr. Die Bundesregierung hat im August 2009 den Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität verabschiedet, mit dem Ziel, die Forschung und Entwicklung, die Marktvorbereitung sowie die Markteinführung von Elektrofahrzeugen mit Batterien voranzubringen. Die EnBW beteiligt sich an diesem Vorhaben unter anderem im Projekt → MeRegio mobil.

Emissionshandel, 48, 54

Der Handel mit Emissionsrechten ist ein Instrument der Umweltpolitik mit dem Ziel des Klimaschutzes. Im Kyoto-Protokoll haben sich die Industrieländer auf eine weltweite Reduzierung der Emissionen von Treibhausgasen verständigt. Um eine möglichst effiziente Verteilung einer mengenmäßig feststehenden Reduktion klimawirksamer Gase zu gewährleisten, wird die einem Land gestattete Emissionsmenge aufgeteilt in Emissionszertifikate, die die Emission bestimmter Mengen klimarelevanter Gase gestatten. Diese Emissionszertifikate können zwischen Staaten gehandelt werden. Zum Erreichen ihrer Emissionsminderungsverpflichtungen hat die Europäische Union einen Emissionshandel auf Unternehmensebene eingeführt. Im Rahmen von Nationalen Allokationsplänen (→ NAP) werden Zertifikate (→ EUA) an die beteiligten Unternehmen vergeben. Unternehmen, die mehr Zertifikate benötigen, als sie zugeteilt bekommen, müssen diese zukaufen, Unternehmen, die mehr Zertifikate erhalten, als sie benötigen, können diese verkaufen. Jedem Marktteilnehmer ist es freigestellt, Emissionszertifikate zu erwerben oder Minderungsmaßnahmen zu implementieren.

EMTN-(Europäisches Medium-Term-Note-)Programm, 21, 64f., 114

Bietet die Möglichkeit als standardisierte Dokumentationsplattform mittel- und langfristige Schuldverschreibungen am Eurokapitalmarkt zu begeben.

EUA – EU-Allowance, 52, 111

Kleinste Handelseinheit im → Emissionshandel in der EU. 1 EUA entspricht 1 t CO₂.

Gegeneinanderregeln, 95

Gleichzeitiger, entgegengerichteter Einsatz von → Regelenergie. In einer → Regelzone wird negative Regelenergie zum Ausgleich einer Überspeisung eingesetzt, während in einer anderen Regelzone positive Regelenergie zum Ausgleich einer Unterspeisung eingesetzt wird. Ein intelligentes Kooperationsmodell der drei Übertragungsnetzbetreiber EnBW Transportnetze AG, E.ON Netz GmbH und Vattenfall Europe Transmission GmbH zur Optimierung des Regelenergieeinsatzes vermeidet seit Dezember 2008 derartige Situationen. Der Bedarf und die Kosten für Regelenergie werden dadurch deutlich reduziert.

Humankapital, 83

Darunter verstehen wir Fachkompetenz, Management- und Sozialkompetenz sowie Mitarbeitermotivation. Fachkompetenz meint alle für die erfolgreiche Durchführung der Geschäftsprozesse entscheidenden Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten der Mitarbeiter. Management- und Sozialkompetenz beschreibt die Fähigkeit, komplexe Aufgabenstellungen zielorientiert und konstruktiv zu unternehmerisch sinnvollen Lösungen zu führen. Auch die Fähigkeit, Menschen zu führen und zu motivieren, gehört dazu. Mitarbeitermotivation bezeichnet die Leistungs- und Einsatzbereitschaft sowie die Identifikation der Mitarbeiter mit ihrer Aufgabe und ihrem Unternehmen.

ICE – Intercontinental Exchange, 98

Elektronische Rohstoffbörse, an der vor allem Ölprodukte, Emissionsberechtigungen, Gas und auch Strom mit Lieferpunkt in Großbritannien gehandelt werden.

IETA – International Emissions Trading Association, 98, 195

Internationale Emissionshandelsvereinigung. Diese Organisation wurde 1999 gegründet, mit dem Ziel, einen funktionsfähigen internationalen Rahmen für den Handel mit Treibhausgasemissionen zu schaffen und ein Emissionshandelssystem zu entwickeln (→ Emissionshandel), das zu einer echten, überprüfbaren Verringerung der Treibhausgasemissionen und zu einem Ausgleich zwischen Wirtschaftlichkeit einerseits und Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit andererseits führt.

ISDA – International Swaps and Derivatives Association, 98, 195

Handelsorganisation der Teilnehmer am Markt für OTC-Derivate. Die ISDA hat einen standardisierten Vertrag, das ISDA Master Agreement, veröffentlicht, die zwei Kontrahenten abschließen, bevor sie miteinander → Derivate handeln.

Joint Implementation, 93

Gemeinsame Projektumsetzung. JI-Projekte haben das Ziel, den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern. Sie werden im Rahmen des Kyoto-Protokolls von Investoren aus Industrieländern in anderen Industrieländern durchgeführt. Die erzielten Emissionsminderungen werden dem Investor in Form von Emissionsreduktionseinheiten gutgeschrieben, die von Unternehmen zur Erfüllung der Abgabeverpflichtung im Rahmen des Europäischen Emissionshandelsystems (→ Emissionshandel) verwendet werden können.

KWK – Kraft-Wärme-Kopplung, 17, 44

Die Abwärme eines Kraftwerks kann in seinem Umfeld zum Heizen von Gebäuden oder als Prozesswärme

genutzt werden. In diesem Fall wird bei gleichem Brennstoffeinsatz mehr Energie gewonnen. Ein Kraftwerk, das Strom und Wärme gekoppelt erzeugt, nennt man Heizkraftwerk.

LNG – Liquefied Natural Gas, 38, 45, 111

Flüssigerdgas. Durch Abkühlung auf -161 °C verflüssigtes Erdgas. Aufgrund seines geringeren Volumens – etwa 1/600stel des Normvolumens von Erdgas in Gasform – bietet es besonders bei Transport und Lagerung große Vorteile.

MeRegio/MeRegio mobil, 85, 89, 119, 122f.

Abkürzung für Minimum Emission Region – eine Region, in der der Einsatz von Energie effizienter und der CO₂-Ausstoß verringert werden soll. MeRegio ist ein Gemeinschaftsprojekt von EnBW, ABB, IBM, SAP, Systemplan GmbH und dem KIT (Karlsruhe Institute of Technology) und wird als eines von sechs E-Energy-Modellprojekten vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie gefördert. Ziel des Projekts MeRegio mobil ist es, in Baden-Württemberg eine weitreichende Infrastruktur für die Nutzung von Elektrofahrzeugen zu entwickeln und aufzubauen (→ Elektromobilität). Im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums stellt die EnBW als Konsortialführer rund 500 öffentliche Ladestationen im Raum Karlsruhe/Stuttgart auf, die gemeinsam mit Bosch entwickelt wurden.

Midstream, 17, 34, 38, 45, 112ff.

Bezeichnet die Geschäftsaktivitäten im Zusammenhang mit Import, Handel und Speicherung von Erdgas.

NAP – Nationaler Allokationsplan, 93

Eine von jedem EU-Mitgliedsland im Rahmen des Europäischen Emissionshandlungssystems (→ Emissionshandel) zu erstellender Plan, der die Obergrenze des Ausstoßes von Treibhausgasen sowie Ausgabe und Verteilung der entsprechenden Emissionszertifikate regelt.

Offshore-Windenergie, 17, 34, 113ff.

Nutzung der Windenergie auf dem Meer. Strom aus Offshore-Windenergieanlagen soll einen wichtigen Beitrag zur künftigen Energie- und Klimapolitik der Bundesrepublik leisten. Die hohen durchschnittlichen Windgeschwindigkeiten auf dem Meer versprechen enorme Energiepotenziale.

Peak, 53

Spitzenlastprodukt. In Deutschland Lieferung/Abnahme von Montag bis Freitag von 8:00 bis 20:00 Uhr.

Rauchgasreinigung, 86

Weitgehende Reduzierung der bei der Verbrennung fester Brennstoffe wie Kohle im Rauchgas entstehenden Bestandteile Stickstoffoxid, Staub und Schwefeldioxid. Dazu durchlaufen die aus dem Kessel kommenden Rauchgase separate Reinigungsstufen.

Regelenergie/Regelleistung, 53, 85

Gewährleistet die Versorgung der Verbraucher mit genügend elektrischer Energie in ausreichender Qualität bei unvorhergesehenen Ereignissen im Stromnetz. Dazu können kurzfristig Leistungsanpassungen bei regelfähigen Kraftwerken durchgeführt werden, schnell anlaufende Kraftwerke (z. B. Gasturbinenkraftwerke) gestartet oder Pumpspeicherwerke eingesetzt werden. Häufig wird der Begriff Regelenergie auch für die Energie verwendet, die die Übertragungsnetzbetreiber zur Bereitstellung von Systemdienstleistungen einkaufen.

Regelzonen, 95, 112

Aufgabe der deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) ist es, das Leistungsgleichgewicht zwischen Stromerzeugung und -abnahme in der Regelzone ständig aufrechtzuerhalten und den Bilanzkreisen (Stromerzeuger und -abnehmer) Ausgleichsenergie aus der vorgehaltenen Sekundärregelleistung und Minutenreserve zur Verfügung zu stellen. Die enge Zusammenarbeit zwischen den deutschen ÜNB trägt dazu bei, den Gesamtbedarf an → Regelleistung möglichst niedrig zu halten.

Smart Grid, 89

Intelligentes Stromnetz. Umfasst die kommunikative Vernetzung und Steuerung von Stromerzeugern, Speichern, elektrischen Verbrauchern und Netzbetriebsmitteln in Übertragungs- und Verteilnetzen der Energieversorgung. Damit wird eine Überwachung und Optimierung der miteinander verbundenen Bestandteile ermöglicht. Ziel ist die Optimierung der Energieversorgung auf Basis eines effizienten, zuverlässigen und kostengünstigen Systembetriebs.

Smart Home, 18, 89, 101, 112ff.

Intelligentes Wohnen. Bezeichnet Lösungen im privaten Wohnbereich, bei denen Geräte, Systeme und Technologien eingesetzt werden, die mehr Energieeffizienz, Komfort, Wirtschaftlichkeit, Flexibilität und Sicherheit schaffen.

Strukturkapital, 74











Setzt sich zusammen aus Unternehmenskultur, Kommunikation und Organisation sowie Innovation. Die Unternehmenskultur umfasst alle geteilten Werte und Normen, die den Umgang miteinander, den Wissensaustausch sowie die Art zu arbeiten prägen. Kommunikation und Organisation beinhalten sämtliche Strukturen und Prozesse, die die Arbeitsteilung und die erforderlichen Abstimmungen in der Leistungserbringung sicherstellen und steuern. Innovation umfasst die Strukturen und Prozesse, die die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen sowie Verfahrens- und Prozessverbesserungen unterstützen.

Unbundling, 54, 94, 117

Ownership Unbundling. Nach dem Energiewirtschaftsgesetz geforderte eigentumsrechtliche Entflechtung von Stromerzeugung und Vertrieb in Europa, das heißt Trennung der netzbezogenen von den marktbezogenen Aktivitäten vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen.

Unsere Standorte

Die wesentlichen Standorte des EnBW-Konzerns sowie zahlreiche unserer Kraftwerke, Verteilungsanlagen, Regional- und Bezirkszentren und Vertriebsniederlassungen sind in ganz Baden-Württemberg verteilt. Weitere Vertriebsniederlassungen haben wir deutschlandweit. Darüber hinaus hält die EnBW Beteiligungen in Deutschland, der Schweiz, Österreich, Ungarn, Tschechien, Polen und der Türkei.

-  Onshore-Windpark
-  Konventionelles Kraftwerk
EnBW-Eigenbetrieb
-  Kernkraftwerk
EnBW-Eigenbetrieb
-  Konventionelles Kraftwerk mit EnBW-Beteiligung,
Bezugs- oder Lieferverträgen
-  Kernkraftwerk mit EnBW-Beteiligung,
Bezugs- oder Lieferverträgen
-  Wasserkraftwerk
EnBW-Eigenbetrieb
-  Wasserkraftwerk mit EnBW-Beteiligung,
Bezugs- oder Lieferverträgen
-  Regionalzentrum und Vertriebsstandort
-  Vertriebsstandort
-  Regionalzentrum

EUROPA

Breslau (Kogeneracja)
Rybnik (ERSA)

Prag (PRE/PT)

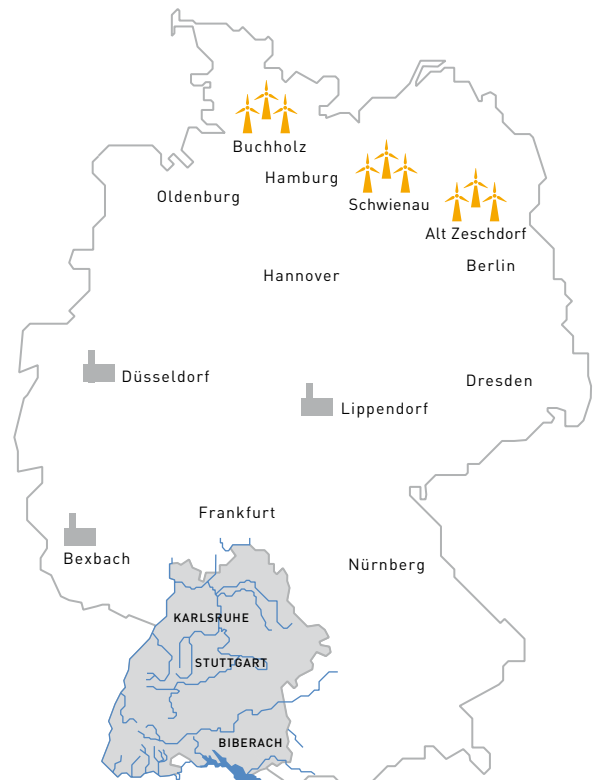
Maria Enzersdorf (EVN)
Vorarlberger Illwerke
Sellrain-Sitz

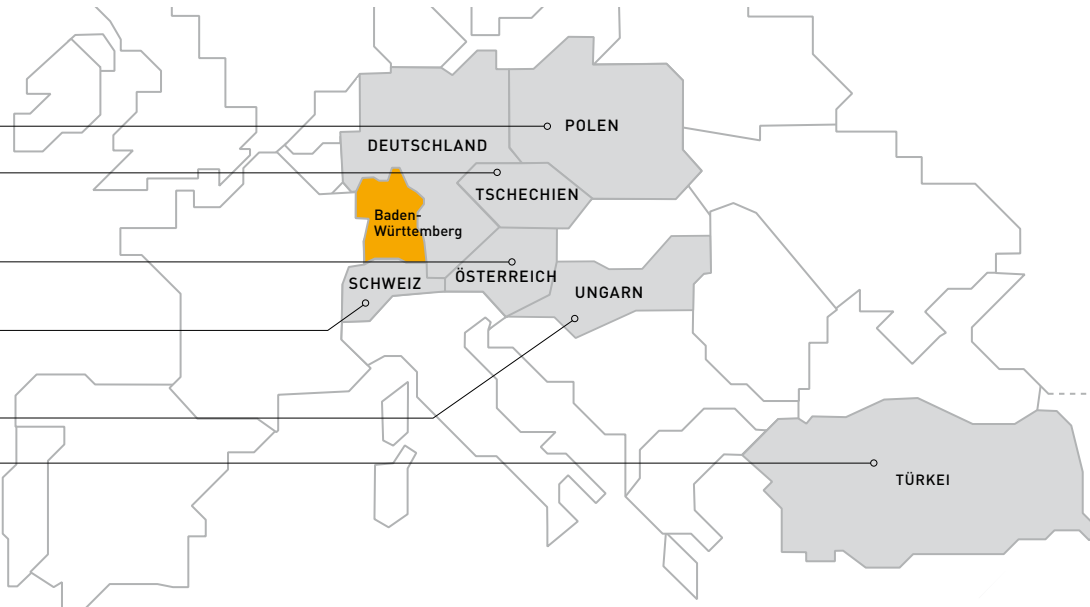
Laufenburg (ED)
Visp (EnAlpin)

Budapest (ELMÜ)
Miskolc (EMASZ)
Visonta (MATRA)

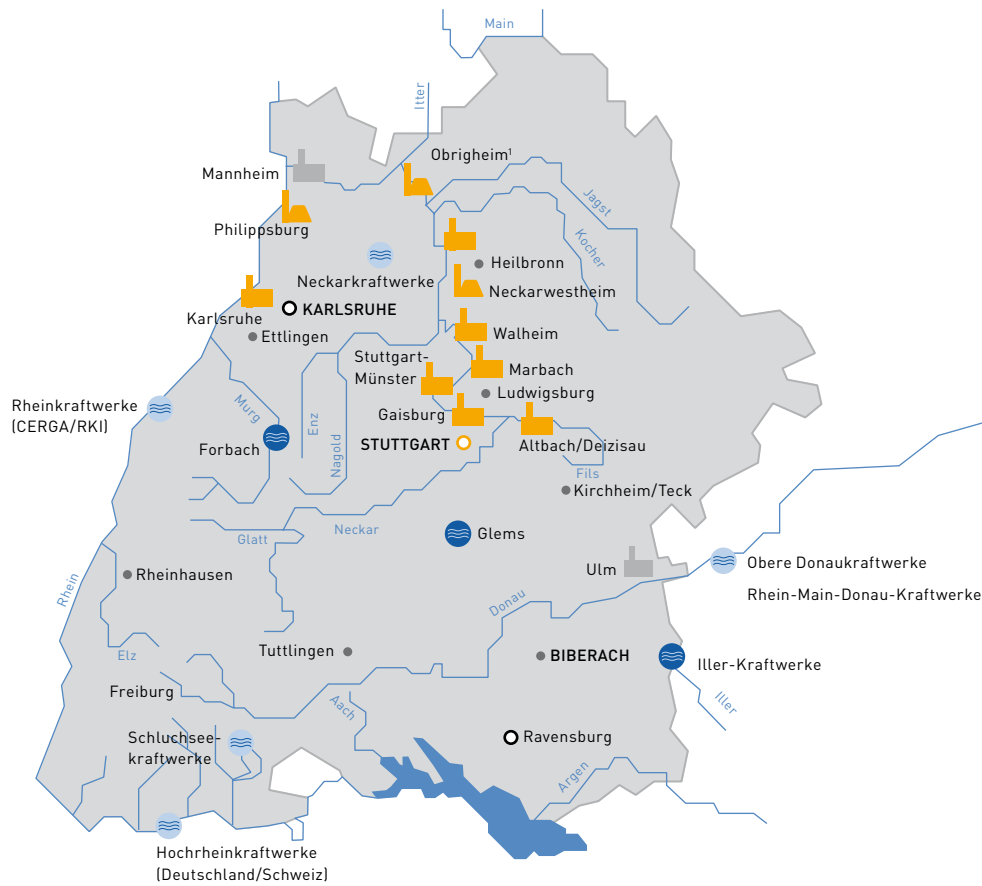
Istanbul/Ankara (Borusan EnBW Enerji A.Ş.)

DEUTSCHLAND





BADEN-WÜRTTEMBERG



¹ Leistungsbetrieb als Folge des Atomkonsenses am 11. Mai 2005 eingestellt.

Mehrjahresübersicht

EnBW-Konzern

Ergebnis		
Umsatz		Mio. €
EBITDA		Mio. €
EBIT		Mio. €
Konzernüberschuss ^{1,2}		Mio. €
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss ^{1,2}		€
Bilanz		
Anlagevermögen ²		Mio. €
Bilanzsumme ²		Mio. €
Eigenkapital ²		Mio. €
Eigenkapitalquote ²		%
Nettofinanzschulden ³		Mio. €
Cashflow		
Operating Cashflow		Mio. €
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen		Mio. €
Free Cashflow		Mio. €
Profitabilität		
ROCE ²		%
Wertbeitrag ²		Mio. €
Kapitalmarkt		
Dividende je Aktie		€
Ausschüttung		Mio. €
Marktkapitalisierung ⁵		Mrd. €
Strom⁴		
Stromabsatz Privatkunden (B2C)		Mrd. kWh
Stromabsatz Industrie und Weiterverteiler (B2B)		Mrd. kWh
Stromabsatz Handel		Mrd. kWh
Umsatz		Mio. €
EBIT		Mio. €
Gas⁴		
Gasabsatz Privatkunden (B2C)		Mrd. kWh
Gasabsatz Industrie und Weiterverteiler (B2B)		Mrd. kWh
Umsatz		Mio. €
EBIT		Mio. €
Energie- und Umweltdienstleistungen		
Umsatz		Mio. €
EBIT		Mio. €
Eigenerzeugung⁷ des EnBW-Konzerns im Kerngeschäft nach Primärenergieträgern⁸		
Konventionelle Energie		%
Kernenergie		%
Erneuerbare Energien ⁹		%
Sonstiges		%
Mitarbeiter		
Anzahl der Mitarbeiter des EnBW-Konzerns im Jahresdurchschnitt ¹⁰		Anzahl
Personalaufwand		Mio. €

¹ Bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW AG.

² Die Zahlen des Geschäftsjahres 2008 wurden angepasst.

³ Ohne kurzfristige Finanzmittel der Spezialfonds und kurzfristige Wertpapiere zur Deckung der Pensions- und Kernenergie Rückstellungen. Bereinigt um Bewertungseffekte aus zinsinduzierten Sicherungsgeschäften.

⁴ Gemäß Vorschlag an die Hauptversammlung.

⁵ Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien zum Ende des Geschäftsjahres, multipliziert mit dem Jahresschlusskurs.

	2009	2008	2007	2006	2005
	15.564	16.305	14.712	12.860	10.769
	2.748	2.540	2.336	2.274	2.054
	1.889	1.468	1.559	1.451	1.335
	768	879	1.364	1.002	532
	3,15	3,60	5,58	4,10	2,21
	23.250	20.267	20.753	20.903	18.867
	34.698	32.759	28.436	28.148	24.942
	6.408	5.592	6.002	4.492	3.068
	18,5	17,1	21,1	16,0	12,3
	5.763	2.919	2.972	3.593	3.284
	2.443	1.524	1.559	1.467	1.330
	1.309	1.257	816	630	547
	1.292	405	853	1.027	1.071
	15,1	17,1	16,2	16,9	13,6
	810	963	828	815	429
	1,53 ⁴	2,01	1,51	1,14	0,88
	374 ⁴	491	369	279	215
	9,8	9,2	14,7	12,3	11,2
	22	23	22	23	21
	51	61	62	56	51
	47	46	55	40	35
	12.389	12.736	11.540	9.509	8.125
	1.794	1.540	1.378	1.473	1.205
	12	13	12	11	11
	54	57	63	73	78
	2.453	2.881	2.479	2.758	2.102
	151	-50	172	223	130
	722	688	693	593	543
	87	86	132	-128	85
	28	28	30	28	28
	57	57	54	56	55
	11	11	10	10	10
	4	4	6	6	7
	20.914	20.357	20.499	20.259	17.926
	1.618	1.480	1.476	1.368	1.222

⁶ Nettoausweis der gehandelten Strom- und Gasmengen.

⁷ In der Eigenerzeugung sind auch langfristige Bezugsverträge und teileigene Kraftwerke enthalten.

⁸ Im Vorgriff auf die Umstellung des Wälzungsverfahrens für erneuerbare Energien ab 2010 (finanzielle statt physikalische Wälzung) werden die Quoten ab dem Geschäftsjahr 2009 jeweils auf Basis der Eigenerzeugung des EnBW-Konzerns ohne Berücksichtigung von EEG-Lieferungen ausgewiesen (Vorjahreswerte angepasst).

⁹ Analog der Ausweisung nach § 42 EnWG.

¹⁰ Anzahl der Mitarbeiter ohne Auszubildende und ohne ruhende Arbeitsverhältnisse.
Der Begriff Mitarbeiter bezeichnet weibliche und männliche Beschäftigte.

Impressum | Bildnachweis | Kontakte

Herausgeber

EnBW Energie
Baden-Württemberg AG
Durlacher Allee 93
76131 Karlsruhe
www.enbw.com

Koordination und Redaktion

Unternehmenskommunikation,
Karlsruhe

Gestaltung und Lithografie

3st kommunikation GmbH,
Mainz

Satz

Inhouse produziert mit FIRE.sys

Druck

Sommer Corporate Media
Elanders GmbH, Waiblingen

Papier

400g/m², 170g/m², 135g/m²
Scheufelen, heaven 42

Fotos von Vorstand und

Aufsichtsrat

S. 4, 8, 9, 227
Catrin Moritz, Essen

Titel/Kapiteltrennseiten

Dominik Obertreis, Althütte
Unser Titelbild zeigt den Ölkessel des Heizkraftwerks Altbach/Deizisau.

S. 12 Borusan Holding

Top-Themen: EnBW Energie
Baden-Württemberg AG

Aktionärshotline/

Investor Relations

Telefon: 0800 1020030 oder
0800 AKTIENBW
Telefax: 0800 3629111
E-Mail: info@investor.enbw.com
Internet: www.enbw.com

Konzernpublikationen

Weitere Exemplare dieses Geschäftsberichts und anderer Konzernpublikationen wie Innovationsbericht und Nachhaltigkeitsbericht senden wir Ihnen auf Anfrage gern kostenlos zu. Diese Berichte sind in deutscher und englischer Sprache erhältlich; der Geschäftsbericht liegt auch in französischer Sprache vor. Im Zweifelsfall ist die deutsche Version maßgeblich. Bestellungen richten Sie bitte an unsere Aktionärshotline.

Auf unseren Internetseiten stehen Ihnen sämtliche Berichte und Broschüren des Konzerns als Download zur Verfügung. Die deutsche und englische Ausgabe des Geschäftsberichts können Sie auch als interaktiven Online-Geschäftsbericht aufrufen.

ISBA: R.2432.1003

Veröffentlichung des
EnBW-Geschäftsberichts 2009:
10. März 2010

Finanzkalender

10 | 03 | 2010

Veröffentlichung des Geschäftsberichts 2009

29 | 04 | 2010

Hauptversammlung der EnBW Energie Baden-Württemberg AG

07 | 05 | 2010

Veröffentlichung des Quartalsfinanzberichts
Januar bis März 2010

30 | 07 | 2010

Veröffentlichung des Halbjahresfinanzberichts
Januar bis Juni 2010

12 | 11 | 2010

Veröffentlichung des Quartalsfinanzberichts
Januar bis September 2010

Top-Themen 2009

Januar – März



EnBW vergibt Großauftrag für Baltic 1

Der Großauftrag zur Lieferung von Fundamenten für den Windpark Baltic 1, den ersten kommerziellen Offshore-Windpark in der Ostsee, hat ein Volumen von 25 bis 30 Mio. €. Der Windpark besteht aus 21 Windenergieanlagen.

Erwerb von Onshore-Windparks

Die EnBW erwirbt von der PNE WIND AG drei Onshore-Windparks in Niedersachsen und Brandenburg mit insgesamt 26 Windkraftanlagen und einer installierten Leistung von 52 MW. Mit dem erneuten Kauf von sieben Windparks im Dezember erhöht die EnBW ihre Leistung im Bereich Wind.

April – Juni

Strategische Partnerschaft in der Türkei

Die EnBW und das türkische Industrieunternehmen Borusan Holding gründen unter Kartellvorbehalt ein Joint Venture mit dem Zweck, in der Türkei künftig bei Entwicklung und Bau von Kraftwerken, vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien, zusammenzuarbeiten.



Ausbau der Erzeugungssparte

Die EnBW erwirbt von E.ON deren Anteile am Block S des Braunkohlekraftwerks Lippendorf von 50% und am Steinkohlekraftwerk Bexbach von 8,3%. Diese Anteile entsprechen einer Gesamtleistung von 525 MW. Mit dem Erwerb weiterer 159 MW im Oktober erweitert die EnBW ihr Strombezugsrecht auf 100%.

Juli – September



Fünfte Maschine in Iffezheim

Gemeinsam mit Ministerpräsident Oettinger und EDF-Vorstand Gadonneix legt die EnBW den Grundstein für die Erweiterung des Rheinkraftwerks. Dort entsteht eines der größten Laufwasserkraftwerke Europas. Ab 2012 werden jährlich zusätzlich 122 Mio. kWh Strom erzeugt.

Partnerschaft mit EWE

Das Bundeskartellamt stimmt der Übernahme von 26% des Grundkapitals des Oldenburger Energiekonzerns durch die EnBW zu. Der Einstieg erfolgt in Form eines Aktienkaufs und einer Kapitalerhöhung. Beide Unternehmen wollen künftig als strategische Partner zusammenarbeiten.

Oktober – Dezember

Startschuss für EnBW-Solarpark

Die EnBW Erneuerbare Energien GmbH beginnt in Leibertingen (Landkreis Sigmaringen) mit dem Bau ihres ersten großen Solarparks. Auf 7 ha werden künftig jährlich rund 2,1 Mio. kWh Strom erzeugt werden. Damit können etwa 600 Haushalte versorgt und 1.240 t CO₂ eingespart werden.



Weniger Verbrauch geht auch

Unter dem Motto „Weniger Verbrauch geht auch“ startet die EnBW eine breit angelegte Öffentlichkeitskampagne. Kunden des Unternehmens werden dabei zu Botschaftern, die berichten, wie sie Energie effizient nutzen und wie die EnBW sie dabei unterstützt.

Netzwerke Energieeffizienz

Im Februar gründet die EnBW mit Unternehmen aus den Regionen Freising und Mainz zwei neue „Netzwerke Energieeffizienz“. Ziel der insgesamt zwölf Netzwerke in Deutschland ist es, dass die beteiligten Firmen Energie effizienter nutzen und so ihre Kosten senken.



Baubeginn in Esslingen

Der Spatenstich für das Wasserkraftwerk, das die EnBW Kraftwerke AG und die Neckar AG gemeinsam bauen, erfolgt in Anwesenheit der baden-württembergischen Umweltministerin Tanja Gönner.



Neues Wasserkraftwerk

Das Laufwasserkraftwerk an der Staustufe in Kehl, ein Gemeinschaftsprojekt von EnBW und EDF, wird feierlich in Betrieb genommen. Mit einer Jahresproduktion von etwa 8.200 MWh wird die Anlage einen Beitrag zur heimischen Stromversorgung aus erneuerbaren Energien leisten.

Top Arbeitgeber

Bereits zum fünften Mal in Folge gehört die EnBW zu Deutschlands attraktivsten Arbeitgebern. Die Studie „Top Arbeitgeber Deutschland 2009“ wird von der Zeitschrift „Junge Karriere“ in Zusammenarbeit mit dem unabhängigen Institut Corporate Research Foundation durchgeführt.

Exzellentes Ergebnis für Neckarwestheim

Nach dem Ende der mehrstufigen Prüfung durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) wird der EnBW abschließend ein hohes Maß an Engagement und Führung beim Management von Sicherheit und Sicherheitskultur in Neckarwestheim attestiert.

Windkraftanlagen am Netz

Wenige Tage vor der Eröffnung der EnBW-Repräsentanz in Ankara als sichtbarem Zeichen der Partnerschaft zwischen der türkischen Borusan Holding und der EnBW können die ersten gemeinsamen Windkraftanlagen in der Westtürkei in Betrieb genommen werden.



Erstes Geothermie-Kraftwerk in Baden-Württemberg in Betrieb

Das gemeinsame Pilotprojekt der EnBW und der Energie- und Wasserversorgung Bruchsal GmbH (ewb) in Bruchsal soll einen Beitrag dazu leisten, dass Geothermie-Kraftwerke durch weitere Forschungs- und Entwicklungsarbeit langfristig wirtschaftlich betrieben werden können.

MeRegio – Stromnetz der Zukunft

Die EnBW startet das vom Bundeswirtschaftsministerium geförderte Forschungsprojekt MeRegio (Minimum Emission Region) mit den ersten 100 von insgesamt 1.000 Testhaushalten in Baden-Württemberg. Ziel ist es, den CO₂-Ausstoß einer ganzen Region durch intelligente Vernetzung zu verringern.

**EnBW Energie
Baden-Württemberg AG**
Durlacher Allee 93
76131 Karlsruhe
www.enbw.com

